This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

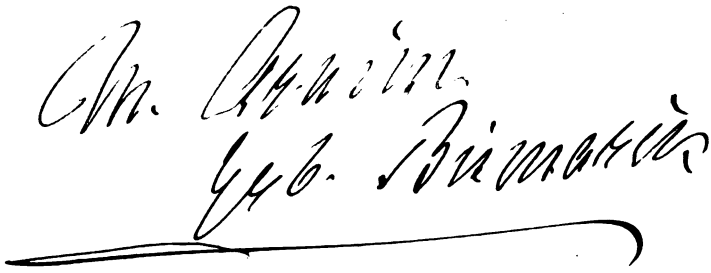
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

VON ARNIM-KROCHLENDORFFSCHE BIBLIOTHEK

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES



H v Kleist Retzow

Kleist-Rezow

Ein Lebensbild

Von

Dr. Herman v. Petersdorff
Kgl. Archivar

Mit einem Porträt

Stuttgart und Berlin 1907
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

H v Kleist Retzow

Kleist-Kekow

Ein Lebensbild

Von

Dr. Herman v. Petersdorff
Kgl. Archivar

Mit einem Porträt

Stuttgart und Berlin 1907
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

DD205
K5 P4

Alle Rechte vorbehalten

Dublette
der Brandenburg. Landes- u. Hochschul-
Bibliothek Potsdam

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Vorwort

Im Januar 1903 trat die Kleistsche Gesamtfamilie, von fachgenössischer Seite auf mich gewiesen, mit der Bitte an mich heran, ein Lebensbild des Oberpräsidenten v. Kleist-Retzow zu entwerfen. Ich fand mich dazu umso lieber bereit, als mir schon längere Zeit vorher von dem Wirklichen Geheimen Rate D. Dr. Freiherrn v. Liliencron für die Nachträge zu der von ihm herausgegebenen Allgemeinen Deutschen Biographie der (inzwischen in Bd. LI der A. D. B. Leipzig 1906 S. 191 bis 202 erschienene) Artikel Kleist-Retzow übertragen worden war. Außerdem hoffte ich, es würde mir hinreichendes Material erschlossen werden. Dies erwies sich jedoch als nicht ganz leicht. Zwar stellte mir die Schwiegertochter Kleist-Retzows, die verwitwete Frau Landrat v. Kleist-Retzow, geborene Gräfin Zedlitz-Trützschler, auf Kieckow, mit der ich mich in Verbindung setzte, in Berücksichtigung des Wunsches der Gesamtfamilie, in der hochherzigsten Weise den ihr zur Hand befindlichen schriftlichen Nachlaß des Verewigten vertrauensvoll zur Verfügung. Bei dessen Prüfung zeigte es sich jedoch, daß er nicht nur in keiner Weise geordnet, sondern auch recht lückenhaft war. Immerhin ergab das, was sich im Laufe der Zeit vorfand, eine reiche und wertvolle Ausbeute, so daß ich es wohl wagen durfte, ein Lebensbild des Mannes zu zeichnen, dessen lauterer Charakter auf alle, die ihn gekannt haben, einen unauslöschlichen Eindruck gemacht hat. Den Grundstock bildeten über 350 Schreiben von Kleist an den Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Schede, mit dem er seit 1844 befreundet war und bis zu seinem Tode in Briefwechsel gestanden hat. Daran reihten sich Briefe Bismarcks, Moritz v. Blanckenburgs, der Gebrüder Leopold und Ludwig v. Gerlach (von diesem allein einige vierzig), Below-

Hohendorfs, Senfft-Pilsachs, der Kabinettsräte Illaire und Markus Niebuhr, des Grafen Anton Stolberg, Hermann Wageners, vieler Minister und sonstiger Staatsmänner, Politiker und bekannter Persönlichkeiten älterer und neuerer Zeit, mehrere hundert Briefe Kleists an seinen zweiten Sohn, zahlreiche Korrespondenzen von seinen sonstigen Freunden und Verwandten, eine Menge Konzepte Kleists zu Briefen, Aufsätzen und Reden, mancherlei Drucksachen. Viele Schriftstücke von intimem geschichtlichen Reize waren dabei. Auch einige nicht unwichtige Schreiben fürstlicher Personen fanden sich vor. Das Vorhandensein von Briefen an die Gattin Kleists wurde nicht festgestellt. Nachdem ich schon ein eng beschriebenes Notizblatt entdeckt hatte, das das Urkonzept zu einer eigenen Lebensbeschreibung Kleists und wichtige Vermerke enthielt, ebenso auch das Konzept Kleists zu dem Artikel über sein Leben, den G. H. Kypke in der Geschichte des Geschlechts von Kleist (3. Teil, 3. Abteilung, Berlin, Trowitzsch u. Sohn, 1885, S. 150—185) veröffentlicht hat, gab mir Kleists Tochter, Fräulein Elisabeth v. Kleist-Retzow, außer einigen anderen in ihrem Besitz befindlichen wertvollen Aktenstücken, aufschlußreiche Aufzeichnungen ihres Vaters aus dem Jahre 1871. Ob die in den Tagebüchern Ludwigs v. Gerlach (II, 128) erwähnten Aufzeichnungen Kleists mit diesen identisch sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Es scheint aber nicht der Fall zu sein. Der noch lebende Sohn Kleists, Herr Referendar a. D. Hans Anton v. Kleist-Retzow auf Kieckow, unterstützte mich durch mancherlei dankenswerte Mitteilungen aus seinem Gedächtnis. In der umfassendsten Weise unterstützte mich ferner Frau Landrat v. Kleist-Retzow bei der Sammlung weiteren Materials, indem sie namentlich von dem kurz darauf verstorbenen Fürsten Herbert v. Bismarck für mich die im Nachlaß des Fürsten Otto v. Bismarck auffindbaren Briefe Kleist-Retzows (über fünfzig an der Zahl) erbat und erhielt. Ebenso verschaffte sie mir Briefe ihres Schwiegervaters an Roon, Moritz Blanckenburg, Gräfin Marie Stolberg, geborene Prinzessin Reuß, Andrae-Roman und andere. Manche ihrer Anfragen blieben leider ergebnislos.

Außer der nicht unbeträchtlichen gedruckten Literatur standen mir sodann die Aufzeichnungen zur Verfügung, die ich mir aus den mir seinerzeit von dem verstorbenen Fräulein Agnes v. Gerlach überlassenen Originalaufzeichnungen des Generals

Leopold v. Gerlach gemacht hatte, und aus denen mein Buch König Friedrich Wilhelm IV. (Stuttgart 1900) erwachsen ist. Sie enthielten Wichtiges über Kleist. Mir überließen außerdem die Hinterbliebenen des Generals v. Gerlach und ebenso der Neffe des Präsidenten v. Gerlach, Geheimrat Jakob v. Gerlach, einige Briefe Kleists, die sich im Nachlasse jener beiden einflußreichen Brüder vorfanden, und die das schöne Gerlachsche Briefmaterial, das ich im Kleist-Retzowschen Familienarchive zu Kieckow (im Text abgekürzt F.A.) entdeckte, in willkommener Weise ergänzten. Namentlich Herrn Geheimrat Jakob v. Gerlach fühle ich mich dafür zu Danke verpflichtet, daß er mir jene Papiere überließ, obwohl er den kritischen Standpunkt, den ich seinem Oheim gegenüber einnehme, gekannt haben wird. Einen ungemein wichtigen Brief Kleists überließ mir Herr v. Below-Saleske, einige Briefe an den Ministerpräsidenten Otto v. Manteuffel sein Sohn, der Wirkliche Geheimrat und Vizepräsident des Herrenhauses Herr Landesdirektor Freiherr v. Manteuffel, einige an Hermann Wagener die Redaktion der Kreuzzeitung. Ebenso gewährte mir Herr Superintendent D. Wetzel Einblick in die Akten des Lutherischen Vereins in Pommern. Pfarrer Ernst Wackernagel in Wustrau setzte für mich eine Schilderung des Lebens in Kieckow auf. Frau Wirkliche Geheimrat Juncker von Ober-Conreut ließ mir wertvolle Auszüge aus Aufzeichnungen ihres Gemahls anfertigen. Fräulein Martha Schede, die Tochter des vertrautesten Freundes Kleists, gewährte mir Einblick in die ausführlichen Aufzeichnungen ihres Vaters. Die glücklichste Entdeckung, die ich bei meinen weiteren Nachforschungen machte, war die Ermittlung von etwa anderthalbhundert Briefen Kleists an seinen ältesten Jugendfreund, den Professor der Theologie Ernst Ranke, die einen überaus tiefen Blick in die innere Entwicklung Kleists in seinen jüngeren Jahren tun lassen. Die Eigentümerin dieser Briefe, Frau Geheimrat Etta Hitzig, geborene Ranke, hat sie mir in liebenswürdigster Weise zur Benutzung überlassen. Inzwischen ist ein großer Teil davon in dem von ihr entworfenen Lebensbilde ihres Vaters Ernst C. Ranke, Leipzig 1906, abgedruckt worden. Diese Jugendbriefe wurden ergänzt durch einige Briefe Kleists aus frühester Zeit an den späteren Ägyptologen Richard Lepsius, die ich durch Vermittlung meines Freundes Professor Richard Heinze in Leipzig erhielt. Zahlreiche andere Privatpersonen, denen

ich sonst noch für Mitteilung von Material zu danken habe, muß ich hier aufzuzählen mir versagen.

Von amtlichen Akten durfte ich das hübsche Material, was über Kleist in der Landesschule Pforta beruht, ebenso die Universitätszeugnisse benutzen. Sodann erteilte mir der Kaiserliche Wirkliche Geheime Rat und Oberpräsident der Provinz Pommern Herr Dr. Freiherr v. Maltzahn-Gültz die Erlaubnis, die Akten aus Kleists Landratszeit, die in den von der Regierung zu Köslin an das Staatsarchiv zu Stettin abgegebenen Akten enthalten sind, zu benutzen. Vor allem aber genehmigten der Herr Ministerpräsident Fürst v. Bülow und der Herr Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg auf einen von Herrn Generalleutnant Georg v. Kleist veranlaßten Antrag des Vorstandes der Familie v. Kleist, daß mir Einsicht in das auf dem Oberpräsidium und dem Staatsarchiv in Koblenz bewahrte Material gewährt würde. Ich habe zu diesem Zwecke einige Zeit in Koblenz gearbeitet und das, was ich aus den zur Zeit meiner dortigen Anwesenheit noch nicht sehr übersichtlich geordneten älteren Akten des Oberpräsidiums der Rheinprovinz ermitteln konnte, für dies Lebensbild zu verwerten gesucht. Eine erschöpfende Darstellung der Verwaltung Kleists am Rhein ließ sich schon deswegen nicht geben, weil sonst der Rahmen dieses Buches zu breit geworden wäre. Immerhin scheint mir das Mitgeteilte hinreichend zu sein, um jene Verwaltung zu veranschaulichen. Auch das sonstige Material, das ich bringe, von der ersten Jugendzeit Kleists an bis in die Tage des neuen Kurses, scheint mir mancherlei Beachtenswertes zu bieten. Selbst bei bedeutenderen Männern, wie Kleist, gelingt es nur selten, die Jugendzeit so aufzuhellen, wie es hier geschehen ist. Der Biograph gedenkt dabei wohl gern der Wahrheit des Goetheschen Wortes zu Eckermann: „Überhaupt ist die bedeutendste Epoche eines Individuums die der Entwicklung."

So hoffe ich die merkwürdige, markige und edle Persönlichkeit Kleist-Retzows in das richtige Licht gestellt und auch einiges zum Verständnis der Zeitgeschichte beigetragen zu haben.

Stettin, den 16. Januar 1907.

Herman v. Petersdorff

Inhaltsübersicht

Seite

Vorwort III

Erstes Buch

Der Beamte. 1814—1858 1

1. Die Vorbereitung. 1814—1844 3

Familie und Elternhaus 3

Wendische Abkunft der Kleists. Berühmte Vertreter des Geschlechts. Seine Ausbreitung. Direkte Vorfahren Kleist-Retzows. Der Roman des Großvaters. Der Vater. Bülow-Cummerow. Chausseesache. Vereinigung der Namen Kleist und Retzow. Religiöse Strömungen in Kieckow. Die pommerschen Erweckten. Kleist-Retzows Mutter. Seine Stiefschwester Littegarde.

Knabenjahre 18

Geburt. Vorfahren der Mutter. Erster Unterricht. Dorfleben. Väterliche Ermahnungen. Prophezeiung des Pfarrers Walter. Schulpforta.

Universitätszeit 37

Bruder Ferdinand. In der Husarenjacke. Häusliche Studien. Mit Ernst Ranke auf der Berliner Universität. Auf der Georgia Augusta. Dahlmann. Innere Sammlung. Wieder nach Berlin.

Auskultator und Referendar 52

Gedanken über Staat und Kirche. Berliner Geselligkeit. Baron Kottwitz. Religiöse Studien. Unbefriedigtheit. Am Oberlandesgericht zu Frankfurt a. O. Präsident Gerlach. Hermann Wagener. Theologischer Abend. Reise. Studium des Lebens Wilberforces. Mit Wagener in Berlin. Philipp Wackernagel. Hermann Schede. Assessorexamen. Hochzeit Blanckenburgs.

2. Landrat. 1844—1851 70

Stille Arbeit im Kreise Belgard 70

Die Wahl. Anfechtung und Bestätigung. Der Kreis Belgard. Stellung und Tätigkeit des Landrats. Kleists Äußeres. Chausseesache. Meliorationsfonds. Sparkasse.

Seite

Polizei- und Patrimonialgerichtsbarkeit. Kirchbau. Missionsverein. Tod von Blanckenburgs Frau. Reise nach der Schweiz. Tod der Mutter.

Im Sturm 97

Das Hungerjahr 1847. Studien. Termin zu Rankes Probepredigt. Eindruck der Berliner Märzereignisse 1848. Unruhen in Polzin. Ranke verzichtet. Woldensche Proklamation. Rückberufung des Prinzen von Preußen durch den Belgarder Kreistag. Antwort des Prinzen und dessen Besuch in Stettin. Gründung der Kreuzzeitung. Das Junkerparlament. Bülow-Cummerow. Ludwig Gerlach. Disziplinaruntersuchung gegen Kleist. Patenschaft bei Bismarcks Tochter. Kirchentag in Wittenberg. Zum ersten Male Ministerkandidat. Vertrauensbeweise des Prinzen von Preußen. Umsichgreifen der Demokratie im Kreise Belgard. Kirchweihe. Adresse an den König. Das Volksblatt „Der Pommer". Wahl zur Zweiten Kammer. Verurteilung Kleists wegen Beleidigung.

Mit Bismarck in der Zweiten Kammer 152

Kleist und Bismarck — die Unzertrennlichen. Kleist wieder Ministerkandidat. Er bringt Ludwig Gerlach ins Parlament. Vorkämpfer des preußischen Machtgedankens. Gemeinsames Wohnen mit Bismarck. Mitarbeit am Verfassungswerk. Bildung des Herrenhauses. Eid auf die Verfassung. Ruf als Redner. Parlamentarische Freundschaften. Erfurter Parlament. Gegensatz gegen Gerlach im Kreise Belgard. Wichern und Kleist. Kleist soll Minister in Dessau werden. Olmütz. Wieder zum Minister vorgeschlagen. Deklaration zum Ablösungsgesetz wegen der Buschpächter. Gemeindeordnung. Weiteres Zusammenleben mit Bismarck. Dessen Gedicht auf Kleist. Knak. Verlobung mit Charlotte Gräfin Stolberg-Wernigerode. Die Stolbergs. Ernennung Bismarcks zum Bundestagsgesandten. Psalm 149. Kleist Regierungspräsident in Köslin. Ernennung zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz.

8. Oberpräsident. 1851—1858 194

Das Kampfgelände und der erste Kampf 194

Eindruck der Ernennung Kleists im Lande. Hochzeit. Nachbarschaft des Prinzen und der Prinzessin von Preußen. Präsident v. Möller. Andere Kollegen. Bevölkerung. Erste Unterredung mit der Prinzessin von Preußen. Wiederherstellung der Provinzialstände. Bruch mit Bethmann-Hollweg. Graf Fürstenberg-Stammheim. Eröffnung des Provinziallandtags. Öffentliche Tischgebete.

Bevormundungspolitik in der Presse und in der Gemeindeverwaltung 206

Der König über die rheinische Presse. Kölnische Zeitung. W. H. Riehl. Erwin Nasse. Volkshalle. Florencourt. Andere Zeitungen. Elberfelder Zeitung. Oskar Meding. Erste Nichtbestätigung des Bürgermeisters Bachem in Kob-

Seite

lenz. Abermalige Wahl Bachems. Wiederholter Antrag auf Nichtbestätigung. Vertagung der Entscheidung. Erneute Versagung der Bestätigung.

Letzte Tätigkeit in der Zweiten Kammer 223

Artikel gegen Budberg. Herrenhausbildung. Zweikampf Vincke-Bismarck. Angriffe der offiziösen Presse. Senfft-Pilsach. Kleist will sein Mandat niederlegen. Empfang der pommerschen Abgeordneten durch den Prinzen von Preußen. Auseinandersetzung mit dem Prinzen wegen Empfangs der Rheinländer.

Neue Beamte 238

Kampf um Schede. Dessen Persönlichkeit. Oberregierungsrat Halm. Jüngere Kräfte.

Gemeindeordnung 244

Gemeindeordnung vom 11. März 1850. Entwurf einer neuen Gemeindeordnung für die Rheinprovinz. Kronrat. Sieg Kleists.

Väterliches Regiment 249

Aachener Spielbank. Innere Mission. Sonntagsruhe. Beschränkung der Tanzlustbarkeiten. Verminderung der Schankwirtschaften. Kleist Gegner des Polizeiregiments. Stieber. Springer.

Landwirtschaft und Bergbau. Verkehrspolitik . 262

Aufforstung der Eifel. Wasserbauten. Hilfe bei Notständen. Pläne zur Verhinderung der Bodenzersplitterung und sonstiger Agrarreformen. Versuche zur Hebung der sozialen Lage der Bergarbeiter. Eisenbahnbau.

Kirche, Schule und Justiz 269

Katholiken. Collegium germanicum. Piusvereine. Kirchhofsstreitigkeiten. Konfessionsschule. Landfermann, Riehl, Kögel, Philipp Wackernagel. Ostrheinische Schöffengerichte ꝛc. Elberfelder Militärbefreiungen. Otto v. Diest.

Kunstakademie 280

Ersatz für Wilhelm v. Schadow. Die alte und die neue Kunst in Düsseldorf. Entscheidung Kleists gegen den Malkasten. Sie wird vom Prinzen-Stellvertreter nicht bestätigt.

Häusliche und Koblenzer Interna 282

Leben im Schlosse. Verkehr mit Freunden. Auseinandersetzungen mit dem Prinzen von Preußen. Freimaurer. Neuorganisation des Johanniterordens. Rheinanlage. Koblenzer Kasino.

Der Sturz 291

Erkrankung in Düsseldorf. Kölner Denkmalstreit. Präsident v. Möller. Erkrankung des Königs. Fest in Rolandseck. Der Abschied.

Zweites Buch

Seite

Der Parlamentarier. 1858—1892 . . 306

1. Bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes. 1858—1866 305

In der Stille 305

Pfarrer Blumhardt. Heimkehr. Rückblick auf die Koblenzer Zeit. Abwandlung der Freundschaften. Bismarck. Wagener. Gutswirtschaft. Das Kieckower Rettungshaus. Erntefeier. Andere Feste. Alltagsleben. Das Polziner Krankenhaus. Kränklichkeit des Kleistschen Ehepaares.

Die ersten Jahre im Herrenhause 323

Die Familie v. Kleist erhält einen Sitz im Herrenhause. Kleist zu ihrem Vertreter gewählt. Grundsteuer. Pommersche Lehen. Kreisordnung. Zivilehe. Handwerkerstand. Wucher. Volksverein. Militärkonflikt. Briefwechsel Kleists mit Ludwig Gerlach über Bismarck. Berufung Bismarcks. Dessen Empfang durch Roon, Kleist und Blanckenburg. Kleist als Bismarcks Gewissenswart.

Mit Bismarck 341

Bismarck will zweijährige Dienstzeit bewilligen. Rede Kleists am 11. Oktober 1862. Seine Begeisterung für Bismarck. Verfassungsbruch und erster Gedanke des Indemnitätsgesuches. Kieckower Adresse an den König. Sonstige Tätigkeit für Bismarck. Polenpolitik. Beratung Bismarcks bei dem Konflikt zwischen König und Kronprinz. Randbemerkungen Bismarcks zu Kleists Briefen. Besuch bei den Ravensbergern. Arbeit für die Sonntagsruhe. Blanckenburg. „Pastorat und Patronat." „Adel und Kirche." Das Für und Wider in der Schleswig-Holsteinschen Sache; bei der österreichischen Frage; bei der Frage des deutschen Parlaments. Bruch Gerlachs mit Bismarck. Streit unter den Freunden. Der Johanniter in Görlitz. Psalm 82.

2. Der Deichhauptmann im liberalen Zeitstrom. 1866 bis 1878 380

Müde Jahre 380

Kampf gegen das Indemnitätsgesuch. Erkaltung der Freundschaft mit Bismarck. Todesgedanken. Tod des Präsidenten Adolf v. Kleist. Nationalbelohnung. Besorgnisse wegen des allgemeinen Wahlrechts. Kirchliche Organisationspläne. Roon. Möller in Hessen. Kultusminister v. Mühler. Hessische und hannoversche Kirchenverhältnisse. Hannoverscher Provinzialfonds. Professor Hanne. Verteidigung Knaks. Meinholds Amtsenthebung. Denkschrift wegen Dotation der evangelischen Kirche. — 1870/71: Frühere Gespräche mit Bismarck und Roon über den kommenden Krieg. Briefe Blanckenburgs. Während des Krieges in Kieckow. Entwurf der Kaiseradresse des Herrenhauses.

Seite

Im kirchenpolitischen Streite 408

Erstarken des Ultramontanismus. Der Kulturkampf und seine Wirkungen. Kleists Stellung darin und zur katholischen Kirche. In den einzelnen Phasen des Streites. Der Kultusminister. Blanckenburg läßt Bismarck im Stich. Kleists Annäherung an das Zentrum. Mißverständnisse und Zerwürfnisse überall. Schulaufsichtsgesetz. Mühlers Brief. Der Bruch mit Bismarck. Kämpfe mit diesem. Kleists Haltung dabei. Roon gegen Kleist. Kämpfe mit Falk. Zivilehe. Andere Gesetze. Entwurf der evangelischen Kirchenverfassung in der Generalsynode und im Herrenhause. Das Echo der Kleistschen Reden.

Der Feldzug gegen die Kreisordnung 437

Wieder Hemmgewicht. Vorgeschichte. Below-Hohendorf. Nathusius-Ludom. Kleists Artikel in der Kreuzzeitung. Blanckenburg über Bismarcks Stellung. Roon. Eulenburg. Die Beratung im Herrenhause. Kleists Erklärung. Die Abstimmung. Below-Hohendorf in Varzin. Der Kaiser. Pairsschub. Annahme des Gesetzes. Charakter der Kleistschen Taktik. Urteil Blanckenburgs darüber.

3. In der Sozialreform. 1878—1892 453

Einzug in den Reichstag 453

Frühere Kandidaturen. Die Wahl im Ravensbergischen. Die Konservativen „graulen" sich vor ihm. Bismarcks Stellung zu ihnen. Die Araartikel. Gründung der deutschen konservativen Partei. Kleists Haltung dazu. Seine Aufnahme in die Fraktion. Beginn der Schwenkung Bismarcks. Erstes Auftreten Kleists im Reichstage. Eugen Richter.

Versöhnung mit Kanzler und Kaiser 469

Attentate. Gottesdienst in Kieckow. Das Sozialistengesetz. Neuwahl. Kleists Rede am 17. September 1878. Ihr Echo im Lande. Versöhnung mit Bismarck. Späterer Verkehr mit ihm. Verhältnis zu Wilhelm I. seit der Koblenzer Zeit. Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat. Spätere Begegnungen mit dem Kaiser.

Parlamentarische Arbeiten bis zu Bismarcks Fall 480

Fülle der Geschäfte. Abneigung gegen Berlin. Beteiligung an Beratungen über nichtsozialpolitische Gegenstände. Das Tabakmonopol. Abbruch der Kulturkampfgesetze. Debatte über den Kulturwert des Christentums am 30. November 1881. Schorlemer-Alst über Kleist. Polenpolitik. Studium nationalökonomischer Schriften. Stoecker. Wuchergesetz. Versicherungsgesetze. Die Frage der Sonntagsruhe, Kämpfe und Siege. Handwerkerpolitik. Verlängerung des Sozialistengesetzes. Änderung im Wesen Kleists. Veränderungen in der Familie.

Seite

Unter dem neuen Kurs 510

Wilhelm II. Regungen in der evangelischen Kirche. Bismarcks ablehnende Haltung. Walderseeversammlung. Der Hammer Thors. Sturz Bismarcks. Die neuen Männer, Caprivi, Graf Zedlitz, Barkhausen, Miquel. Fall Stoeckers. Der Predigtsaal. Rentengutgesetz. Landgemeindeordnung. Volksschulgesetz. Rücktritt des Grafen Zedlitz. Beseitigung Helldorffs.

Außerparlamentarisches Wirken und Tod . . . 582

Tätigkeit in Synoden und geistlichen Versammlungen. Selbstverwaltung. Pommersches Verkehrswesen. Wohltätigkeit. Gesamtfamilie. Leiden. Tod. Begräbnis. Stimmen am Grabe. Würdigung.

Personenregister 544

Erſtes Buch

Der Beamte

1814—1858

1. Die Vorbereitung. 1814—1844

Als Fürſt Bismarck ſeine Anſiedlungspolitik zur Bekämpfung des Polentums einleitete, fand er dabei in ſeinem Jugendfreunde Kleiſt-Retzow einen eifrigen Fürſprecher. Nicht zum mindeſten waren es hiſtoriſche Empfindungen, die Kleiſt zur Unterſtützung jenes großen nationalen Werkes antrieben. Wußte er doch, daß ſein eigenes Geſchlecht aus wendiſchem Blute ſtammte und fühlte er ſich doch ſelbſt ſo ganz als Deutſchen. „Es gibt wirklich keine Nation," rief er am 27. Februar 1886 im preußiſchen Herrenhauſe aus, „die ſo koloniſationsfähig iſt wie die deutſche . . . Ich, mein Geſchlecht, auch ein ſlaviſches Geſchlecht, iſt deutſch geworden. Wir danken es ſolcher Koloniſation." Unter den nicht allzu zahlreichen pommerſchen Adelsgeſchlechtern, deren wendiſche Abkunft ſicher nachgewieſen iſt, ſtehen die Kleiſts obenan. Sie haben ſich über faſt alle preußiſchen Provinzen und darüber hinaus, beſonders in den ruſſiſchen Oſtſeeprovinzen, ausgebreitet. Der Schwerpunkt der Familie iſt aber immer in Hinterpommern geblieben und zwar in der Gegend des alten Städtchens Belgard. Dort treten die Kleſte, d. h. die Füchſe, ſchon ſeit dem Jahre 1175 auf. In der ziemlich wirren und durch eindrucksvollere Ereigniſſe nicht gerade ſehr ausgezeichneten älteren pommerſchen Geſchichte haben ſie kaum eine größere Rolle geſpielt, wenn auch ihr Name oft vorkommt. Erſt unter dem bedeutendſten der pommerſchen Herzoge, dem 1523 geſtorbenen Bogislaw X., treten ſie mehr in den Vordergrund. Ein unmittelbarer Vorfahr Kleiſt-Retzows, Peter v. Kleiſt, war damals Hauptmann von Neuſtettin. Ein anderer Kleiſt, Georg, bekleidete die noch

wichtigere Stelle eines Kanzlers bei Bogislaw. Bischöflich kaminscher Kanzler war Pribislaw Kleist, der 1545 von Johannes Bugenhagen zum Bischof von Kamin vorgeschlagen wurde, also ein namhafterer Parteigänger der Reformation in Pommern war. Wieder ein herzoglicher Kanzler war Jakob Kleist († 1585). Die glorreiche Zeit des Geschlechts aber begann erst seit der Vereinigung Pommerns mit Brandenburg-Preußen. Besonders im Waffendienst pflückte die Familie Lorbeeren. Zwei Feldmarschälle kann sie aufweisen, den 1749 verstorbenen Henning Alexander und Friedrich Graf Kleist v. Nollendorf, den Sieger von Kulm. Auch unter der stattlichen Zahl von Generalen ist mancher berühmt geworden, so unter Friedrich dem Großen der kleine bewegliche „grüne Kleist", ferner der Verteidiger Pommerns gegen die Schweden Georg Friedrich und der infolge seiner bei Lobositz erhaltenen Wunden gestorbene Generalleutnant Franz Ulrich v. Kleist. Auch sonst ist der Name Kleist eng verbunden mit den Taten des großen Königs. Mehr als zwanzig Mitglieder der Familie blieben im Siebenjährigen Kriege vor dem Feinde. Kaum minder eifrig betätigte sich das Geschlecht in den Feldzügen der Befreiungskriege und der Zeit der deutschen Einigung. In der Gelehrtengeschichte ist sein Name vertreten durch den Erfinder der elektrischen Verstärkungsflasche (der Kleistschen oder Leidener Flasche) Ewald Georg v. Kleist, der zur Zeit der Erfindung (11. Oktober 1745) Dechant des evangelischen Domkapitels zu Kamin war und gleich darauf von Friedrich dem Großen zum Präsidenten des Hofgerichts zu Köslin ernannt wurde. Am hellsten strahlt der Name Kleist jedoch in der Geschichte der deutschen Dichtung. Drei Vertreter des Geschlechts weist unsere Literaturgeschichte auf, den Sänger des Frühlings und Freund Lessings, Major Ewald, der an den Folgen seiner in der Schlacht bei Kunersdorf am 12. August 1759 empfangenen Wunden starb und von dem der den preußischen Offiziersgeist verkörpernde Tellheim in „Minna von Barnhelm" manchen Zug trägt, ferner den im Jahre 1797 achtundzwanzigjährig verstorbenen sentimental-schwärmerisch veranlagten Franz Alexander und den in den Tiefen des preußisch-

deutschen Geistes wurzelnden Schöpfer der „Hermannsschlacht“ und des „Prinzen von Homburg“, Heinrich. In ihm beschenkte das Geschlecht die deutsche Nation mit einem Genius.

Das Geschlecht hat sich als ein ungemein lebenskräftiges erwiesen. Namentlich gilt das von der wichtigsten der drei Linien, in die es sich spaltet, der Muttrin-Damenschen. Neben dieser kommen die beiden anderen, die Tychow-Dubberower und die Villnow-Raddatzer weniger in Betracht. Der Muttrin-Damenschen Linie sind in vier Jahrhunderten, vom 15. bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts, nachweislich etwa tausend männliche Mitglieder entsprossen. Über die Ausbreitung größerer Familien liegt bisher wenig statistisches Vergleichsmaterial vor. Immerhin darf behauptet werden, daß eine derartige Ausbreitung, wie sie die Kleists des Muttrin-Damener Stammes in etwa vierzehn Menschenaltern erlebt haben, bemerkenswert ist. Der Muttrin-Damener Linie gehören auch die meisten berühmten Träger an, und hier sind die namhaftesten Vertreter wieder vorwiegend auf einen Ast verteilt, den Damenschen, dem die drei Dichter, der Feldmarschall Graf Kleist v. Nollendorf, der grüne Kleist und die meisten sonstigen bemerkenswerten anderen Persönlichkeiten entstammen. Kleist-Retzow gehörte zwar auch zur Muttrin-Damenschen Linie, aber zu deren minder hervorgetretenem Aste, dem Muttriner. Mit ihm gehörte dazu von bekannteren Persönlichkeiten der Erfinder der elektrischen Verstärkungsflasche und der Vizepräsident des Obertribunals Adolf v. Kleist († 1866), der vertraute Jugendfreund König Friedrich Wilhelms IV., genannt der „lange Kleist“, unter den Bekämpfern des preußischen Verfassungswerkes vielleicht der hartnäckigste. Dieser war ein rechter Vetter Kleist-Retzows.

Die Familie ist keine von den reichen Adelsfamilien. Zwar darf ihr Güterbesitz groß genannt werden. Von den über sechshundert Gütern, die nachweisbar in ihrem Besitz gewesen sind, befindet sich auch jetzt noch eine ansehnliche Anzahl in ihren Händen. Aber dieser Besitz verteilt sich eben auf sehr viele Mitglieder. Nur einzelne kleinere Zweige sind wirklich als vermögend zu betrachten.

Auch der Besitz der unmittelbaren Vorfahren Kleist-Retzows war unerheblich. Überhaupt hat die Stammreihe, die auf dieses berühmte Mitglied der Kleist leitet, bis auf jenen Hauptmann von Neustettin, der im Jahre 1501 starb, und dessen Sohn Jakob auf Vietzow und Poberow, der als fürstlicher Rat genannt wird, in älterer Zeit anscheinend, wie der damalige pommersche Adel zumeist, ein ziemlich nichtiges Landmannsdasein geführt. Jedenfalls sind sie im Staatsdienst kaum hervorgetreten. Der Urgroßvater Kleist-Retzows, Hans Christian v. Kleist auf Damen und Lestin (geboren 1685, gestorben 1749), war von hitzigem Temperament, das ihn dazu verleitete, einen seiner Vettern gröblich zu mißhandeln. Er spazierte dafür 1736 13 Monate aufs Stockhaus in Köslin. Erst mit dem Großvater unseres Kleist-Retzow, Peter Christian auf Groß-Tychow bei Belgard, begann sich das Dasein dieser Krautjunker wesentlich zu verändern. Der gewaltige erzieherische Einfluß des friderizianischen Zeitalters machte sich auch bei ihnen fühlbar. Peter Christian (geboren 1727) trat mit 20 Jahren als Fähnrich ins Heer und zeichnete sich darin sehr aus, so daß er schon mit 33 Jahren, am Tage der Schlacht von Liegnitz, zum Oberst befördert wurde. Er erwarb sich das besondere Vertrauen des Lieblingssohnes des alten Dessauers, des Fürsten Moritz, der ihn zu seinem Adjutanten nahm und ihn mit einem namhaften Erbe bedachte. 1759 wurde Peter Christian Adjutant des Königs. Für seine Verdienste um den siegreichen Ausgang der Liegnitzer Schlacht verlieh ihm der König außer dem Patent als Oberst den Orden pour le mérite. Auch bei Torgau zeichnete Peter Christian sich aus. Damals war er bereits seit 10 Jahren verlobt mit Marie Charlotte v. Retzow, der Tochter des bekannten Generalleutnants Wolf Friedrich v. Retzow, des vortrefflichsten Organisators der Heeresverpflegung, den Friedrich der Große gehabt hat. Dieser hatte sich bei Hochkirch (14. Oktober 1758) durch einen taktischen Fehler die Ungnade des Königs zugezogen, ein Umstand, der nicht gerade dazu beitrug, den im allgemeinen die Verheiratung seiner Offiziere mit scheelen Augen betrachtenden Herrscher der Verbindung Peter Christians mit

Retzows Tochter günstiger zu stimmen. So entschloß sich der Oberst v. Kleist nach der Torgauer Schlacht um seinen Abschied einzukommen, um dem langen Brautstand ein Ende zu machen. Sein durch die Strapazen der Feldzüge angegriffener Gesundheitszustand berechtigte ihn wohl dazu, sich vom Kriegsdienst zurückzuziehen. Der König gewährte ihm jedoch nur einen längeren Urlaub. Peter Christian mag die Empfindung gehabt haben, daß sich seine Heirat nun abermals verzögern würde. Richtig erklärte ihm der König auf sein Ende 1760 gestelltes Gesuch um Genehmigung seiner Heirat, er müsse noch Geduld bis zum Frieden haben. An sich habe er gegen eine Verbindung mit der bezeichneten Dame nichts. Bei dem Bescheide Friedrichs blieb es, so daß Peter Christian schließlich die Geduld doch verlor und zunächst ohne Konsens die Braut heimführte, nämlich am 26. Juni 1762. Dies brachte ihm nun in der Tat den Abschied ein und obendrein 6 Monate Festung, sowie den Verlust einer Pfründe. Zu Ende 1763 durfte er sich endlich als Oberst a. D. betrachten. Es war ein echt friderizianisches Idyll, das sich in diesem Liebesroman wiederspiegelt.

Marie Charlotte v. Retzow war reich. Sie brachte ihrem Gatten 24000 Taler in die Ehe. Mit den namhaften Vermächtnissen an Kapital, Häuserbesitz, Grundstücken, Pferden und anderen Dingen, mit denen ihn Moritz von Dessau bedacht hatte, war der Großvater Kleist-Retzows mithin als ein recht begüterter Mann anzusprechen. Von seinem Gelde kaufte er bald nach dem Kriege die alten Kleistschen Güter Groß-Tychow und Klein-Krössin bei Belgard und schuf sich damit seinen Wohnsitz an der Stelle, mit der sein Geschlecht zuerst urkundlich zusammen erwähnt wird. Landschaftlich ist der Punkt dadurch merkwürdig, daß sich hier der größte erratische Block von ganz Pommern, der sagenberühmte Tychower große Stein befindet. Er hat eine Länge von 42, eine Breite von 17 und eine Höhe von ebenfalls 17 Fuß. In heidnischer Zeit hat er offenbar als Opferstätte gedient. Der Überlieferung nach soll ein Bild des Götzen Triglaw darunter vergraben liegen. Peter Christian genoß später erhebliche Vorteile durch

die Meliorationen, die der geniale Brenckenhoff im Sinne des Königs und mit dessen Mitteln auf den pommerschen Gütern durchführte, so daß der wirtschaftliche Zustand seiner Besitzungen sich gehoben haben muß. Er selbst aber hat nicht hauszuhalten verstanden. So kam es, daß er bei seinem am 21. November 1777 erfolgten Tode eine nicht unbeträchtliche Schuld hinterließ.

Von seinen vier Söhnen trat der jüngste, der Vater des Helden unseres Buches, der am 26. Januar 1771 in Groß-Tychow geborene Hans Jürgen am meisten hervor. Dem Beispiel des Vaters und des älteren am Leben gebliebenen Bruders folgend, trat er ins Heer, noch kurz vor König Friedrichs Tode. In dem Kavallerieregiment, dem er angehörte, unterschied man ihn von drei anderen Kleists durch den Beinamen „der kluge". Familienverhältnisse zwangen ihn schon im Jahre 1793 seinen Abschied einzureichen und die Verwaltung der ihm von seinem älteren Bruder gegen Geldabfindung abgetretenen Güter zu übernehmen. Es zeigte sich bald, daß er in Groß-Tychow einen außerordentlich wertvollen Besitz hatte. So kam er in die Lage, seinen Grundbesitz durch einige Ankäufe zu erweitern. Am 2. September 1800 erwarb er von dem Leutnant Gustav v. Petersdorff das benachbarte Gut Kieckow, auf dem er in der Folge hauptsächlich seinen Wohnsitz nahm. Er betätigte bald Gemeinsinn; so ging er in der Not der Jahre 1806 und 1807 seinen Landsleuten mit aufopferungsvollem Beispiel voran. In Gemeinschaft mit anderen Standesgenossen der Gegend, einem Borcke, einem Puttkamer, einem Gerlach, war er für die Wiedererhebung des Landes tätig. Zur Ausrüstung des sich damals bildenden Krockowschen Freikorps gab er eine von einem 1800 als Major verstorbenen Vatersbruder ererbte Waffensammlung hin. Dieser Opfersinn brachte es wohl zuwege, daß er das Landratsamt im Kreise Belgard erhielt. Seine Ernennung dazu datiert vom 10. Februar 1808[1]). Auch an der Organi-

[1]) Akten der Kösliner Regierung im Staatsarchiv zu Stettin. Tit. III. Sekt. 2 e.

fation des Befreiungskampfes nahm er eifrig teil. In Anerkennung dessen erhielt er am 18. Januar 1818 das Eiserne Kreuz am weißen Bande. Unter seinen Standesgenossen erfreute er sich hoher Achtung. Zu dem angesehensten Landwirt im damaligen Pommern, zu Bülow-Cummerow, trat er in freundschaftliche Beziehungen. Bülow suchte häufig seinen Rat, noch mehr seine tatkräftige Unterstützung bei seinen mannigfachen wirtschaftlichen und finanziellen Unternehmungen nach und erklärte wohl einmal, daß Hans Jürgen in Pommern, wenn es sich um Beförderung des Guten handle, allemal der erste wäre. Namentlich nahm dieser Gründer der ritterschaftlichen Privatbank in Stettin Hans Jürgens Hilfe bei seiner Petition um Schaffung eines Meliorationsfonds im Betrage von einer Million Taler zum Bau von Kunststraßen in dem damals beispiellos wegearmen Pommern in Anspruch. Offenbar rechnete er darauf, daß eine Unterstützung seines Gesuchs durch den Landrat und dessen Anhang seine Verhandlungen mit dem Finanzminister v. Motz fördern würde. Das umfangreiche Schreiben [1]), das Bülow deswegen im Jahre 1830 an Hans Jürgen richtete, verriet eine gewisse Müdigkeit. Er erklärte, daß er mit diesem Unternehmen zum letzten Male für die ritterschaftliche Bank auftrete, da es sein Vorsatz wäre, wie er seine ständische Wirksamkeit aufgegeben habe, so auch hier sein Buch zuzumachen und seine eigenen und Familienverhältnisse womöglich noch zu ordnen, „bevor ich von dieser Welt abgerufen werde". Der damals fünfundfünfzigjährige Mann ahnte nicht, daß er noch 18 Jahre später mit dem Sohne dieses Landrats v. Kleist eine der bemerkenswertesten Taten seines Lebens vollführen sollte.

Die Chausseesachen bildeten in der Landratstätigkeit Hans Jürgens den Mittelpunkt bis zu seinem Lebensende. Auf diesem Gebiet lagen die Kulturaufgaben, die damals ein Landrat dieser Gegenden hauptsächlich zu lösen hatte. Daneben war er eifriges Mitglied der pommerschen ökonomischen Ge-

[1]) Kleist-Retzowsches Familienarchiv zu Kieckow (im folgenden mit F.A. bezeichnet).

sellschaft, deren wohltätiger Einfluß auf die Hebung des landwirtschaftlichen Sinnes bekannt ist. Seinem Einflusse war es zuzuschreiben, daß die bureaukratische Absicht, den Belgarder Kreis in Verfolg des Gendarmerieediktes zu teilen, unausgeführt blieb und dadurch alte Zusammenhänge, die sich im Laufe der Zeit, namentlich in den Kriegsjahren gebildet hatten und vielen lieb geworden waren, gewahrt blieben. Am Ende seiner Verwaltungstätigkeit, das mit seinem Tode zusammenfiel, hatte er die Genugtuung, einen schuldenfreien vermögenden Kreis zurückzulassen. Der Sohn rühmt ihm eine „überwältigende Überredungsgabe" nach, die dazu beigetragen haben mag, sein Ansehen zu heben. Auch knüpften sich zwischen ihm und dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der in jener Zeit der kommandierende General des pommerschen Armeekorps war, freundschaftliche Beziehungen an. Der Thronerbe suchte bei seinen Fahrten durch die Provinz mit Vorliebe deren merkwürdige Stätten auf. So empfand er den Wunsch den großen Stein bei Groß-Tychow zu sehen und bat sich deswegen am 9. Juni 1834 bei dem ihm schon bekannten Hans Jürgen in Kieckow zu Gaste. Der Besuch machte einen gewaltigen Eindruck in der Gegend. Hans Jürgen hielt diese Beziehungen aufrecht und verehrte dem Kronprinzen einige Jahre darauf drei aus der Waffensammlung seines Oheims zurückbehaltene altertümliche Gewehre und einen Dolch mit 32 Schneiden, ein Geschenk, das freundlich aufgenommen wurde. Bei seiner Thronbesteigung gab Friedrich Wilhelm IV. dem Landrat einen Beweis seiner Huld, indem er ihm die neu geschaffene Würde eines Erbküchenmeisters von Hinterpommern verlieh und den Besitz dieses Erbamtes an das Hauptgut Hans Jürgens, Groß-Tychow, knüpfte.

Fürstliche Gunst war ebenfalls mit im Spiele bei der Entscheidung einer anderen für Hans Jürgen wichtigen Angelegenheit. Seine Großmutter, die Generalin v. Retzow, hatte am 30. Januar 1772 letztwillig aus ihrem Gute Moethlow im Westhavelländischen Kreise ein Familienfideikommiß mit der Bestimmung errichtet, daß falls einer der Söhne ihrer beiden Töchter dieses Fideikommiß erbte, er gehalten sein solle, neben

ſeinem Familiennamen und -wappen den Namen und das Wappen der Retzow zu führen. Lange ſah es ſo aus, als ob das Haus Retzow mit den Söhnen des Generals Wolf Friedrich im Mannesſtamme ausſterben ſollte. Da wurde dem zweiten der beiden Söhne noch in ſechſter Ehe ein Sohn geboren, und dieſer Enkel des Generals trug nun im Jahre 1827 gerichtlich darauf an, daß das Erbfolgerecht der Kleiſt auf Moethlow gelöſcht werde. Das Gericht erkannte jedoch auf Abweiſung dieſes Antrages. Um 1837 fiel nun Moethlow, nachdem am 5. Dezember 1836 des Geſchlecht der Retzow endgültig im Mannesſtamme ausgeſtorben war, an den Landrat Hans Jürgen v. Kleiſt, indem ihm die Hypothekenbehörde des Kammergerichts den Beſitztitel zuſprach. Dabei wurde, wie die Familiengeſchichte der Kleiſt[1]) ſelbſt hervorhebt, das Teſtament der Generalin nicht genau befolgt. Nach dieſem ſollte eine andere Tochter der Mutter Hans Jürgens, der Marie Charlotte v. Kleiſt, geborene v. Retzow, in der Erbfolge vorgehen. Die Anfechtung der Kleiſtſchen Erbfolge blieb auch nicht aus. Wieder wurde prozeſſiert, mit wechſelndem Erfolge. Ein erſtes Erkenntnis fiel zum Nachteile Kleiſts aus, ein zweites zu ſeinem Vorteil, aber erſt ein drittes entſchied die Sache, wie angenommen werden muß, endgültig zu ſeinen Gunſten. Die Angelegenheit ſchwebte noch im September 1842. Indes ſchon vorher erging eine königliche Entſcheidung, die gewiſſermaßen dem gerichtlichen Erkenntnis vorgriff. Denn auf ein unter dem 20. Oktober 1838 eingereichtes Geſuch des Landrats an König Friedrich Wilhelm III. erhielt er am 13. Februar 1839 die königliche Erlaubnis, Namen und Wappen der Familie v. Retzow anzunehmen. So wurde dieſe Vereinigung zweier mit der friderizianiſchen Geſchichte verknüpfter Namen vollzogen, die nicht lange danach Jahrzehnte hindurch ein Schlachtruf des Altpreußentums im Parteienkampfe werden ſollte.

In der gemeinnützigen Tätigkeit und der Verwaltung ſeiner Güter erſchöpfte ſich das Leben Hans Jürgens nicht. Er ſcheint früh eine innerlich gerichtete Natur geweſen zu ſein. Die

[1]) Geſchichte des Geſchlechts v. Kleiſt III, 3. Berlin 1885. S. 139. Anm.

eine Tatsache, die der Sohn, nicht ohne Kritik daran zu üben, von ihm berichtet: er habe Heinrich Zschokkes „Stunden der Andacht" bei deren Erscheinen (1809—1816) nicht nur eifrig selbst gelesen, sondern sie oft verschenkt, beweist, daß der Landrat ein Gottsucher war, wenn er sich auch mehr im rationalistischen Fahrwasser bewegte. Später wurde er von Einflüssen berührt, die sein Inneres stärker aufrüttelten. Die religiöse Erweckung in Pommern, die bald nach den Befreiungskriegen um sich griff, teilte sich auch dem stillen Kieckower Hause mit, und seitdem war es mit der erbaulichen rationalistischen Lektüre dort vorbei. Diese merkwürdige pietistische Bewegung, die insbesondere von drei Gebrüdern v. Below, Heinrich auf Seehof, Gustav auf Reddentin und Karl auf Gatz, ausging, faßte den Landrat von zwei Seiten. Einmal war seine ältere, mit Franz v. Puttkamer auf Versin verheiratete Schwester mit den Belows dadurch in verwandtschaftliche Beziehungen getreten, daß ihr Sohn, ebenfalls Franz v. Puttkamer geheißen, die Schwester jener Brüder heiratete, und dieser Neffe Franz wirkte auf seinen Oheim Hans Jürgen ein. Daneben aber gewann eine Stieftochter im Kieckower Hause Einfluß.

Hans Jürgen hatte noch als junger Leutnant die Tochter eines Hauptmanns v. Blankenburg gefreit, die ihm drei Söhne und zwei Töchter schenkte. Nach zwölfjähriger Ehe wurde ihm diese Frau im Jahre 1803 durch den Tod entrissen. Wenige Monate darauf nahm er eine geschiedene Frau v. Kleist-Zarnekow, geborene v. Wussow, zur Gattin, die ihm zwei Stiefsöhne zuführte. Auch diese Frau wurde ihm bereits nach 6 Jahren durch den Tod genommen. Von ihr hatte er keine Kinder. Nach etwa 3 Jahren entschloß er sich zu einer dritten Ehe, indem er am 16. Januar 1814 die am 1. Juni 1778 geborene Witwe eines Leutnants v. Glasenapp auf Gramenz (gestorben 11. August 1810) Auguste, geborene v. Borcke, heimführte. Sie sollte die Mutter des Helden unseres Buches werden. Diese dritte Frau brachte ihm eine damals vierzehnjährige Tochter (geboren 17. Oktober 1799), Luitgarde v. Glasenapp, ins Haus, die am 1. Dezember 1819 einen der beiden Söhne jenes Schwagers von Hans Jürgen, Heinrich v. Putt-

kamer, den nachmaligen Herrn auf Reinfeld im Kreiſe Rummelsburg, ehelichte. Luitgarde vor allem iſt es geweſen, die einen neuen Geiſt in das Kleiſtſche Haus hineintrug.

Was war es denn mit dieſen Erweckten im einſamſten Pommerlande? Es geht nicht an, dieſe Erſcheinung, wie es Ritſchl getan hat, einfach als Romantik zu bezeichnen. Vielmehr muß ſie als eine tiefinnerliche, aus der Reaktion gegen den die Gemüter nicht befriedigenden Rationalismus erwachſene Bewegung verſtanden werden. Jener einſame Gutsherr auf Seehof im Kreiſe Stolp in Hinterpommern lieſt eines Tages in Gerhard Terſteegens Buch „Die Perlenſchnur" den Abſchnitt über Lucä 15 und fühlt ſich gewaltig dadurch ergriffen. „Du biſt der verlorene Sohn" klingt es in ihm nach, und alsbald vollzieht er einen ſchroffen Bruch mit der Welt. Mit verzehrendem Eifer machte er ſich an das Leſen der Bibel. Bald flogen die Funken des neuen Geiſtes weiter, zunächſt zu den Verwandten der Below, dann hinüber zu ferner wohnenden geiſtlich angeregten pommerſchen Edelleuten, wie Thadden-Trieglaff im Greifenberger Kreiſe, Blanckenburg auf Cardemin und Zimmerhauſen. Bald war auch die Verbindung mit dem frommen Baron Kottwitz in Berlin und ſeinen Anhängern Tholuck und Stier hergeſtellt. Tholuck, dieſe mächtige Erſcheinung im evangeliſchen Glaubensleben, erklärte die Belows für „neue Zinzendorfs im lutheriſchen Stil", vor deren Liebesglut er ſich tief in den Staub beuge, obwohl ihm nicht alles an ihnen gefalle [1]).

Dieſe Belows waren es, die auch das Kieckower Haus in ihren Bann zwangen. Der Reddentiner Below, Guſtav, der 1843 dreiundfünfzigjährig als Landſchaftsdirektor ſtarb, zog

[1]) Über die pommerſchen Erweckten vgl. Wangemann, Geiſtliches Regen und Ringen am Oſtſeeſtrande. Berlin 1861. — Wichern, Briefe u. Tagebuchblätter II. Hamburg 1901. — Ewald Rudolf Stier. Verſuch einer Darſtellung ſeines Lebens und Wirkens. Von E. u. F. Stier. I. Wittenberg 1867. — Chr. Tiſchhauſer, Geſch. der evang. Kirche Deutſchlands in der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Baſel 1900. — El. Reuß, Thadden-Trieglaff. 2. Aufl. Berlin 1894. — Ecke, Die evang. Landeskirchen Deutſchlands im 19. Jahrhundert Bd. II. Berlin 1904. (Dieſer Band Eckes ſehr viel weniger tief als der erſte.) — Treitſchke, Deutſche Geſchichte III, 400; V, 245.

etwa seit 1820 seinen Schwager Heinrich Puttkamer und dessen Frau, eben jene Stieftochter Hans Jürgens v. Kleist, Luitgarde, zu sich herüber. Gerade von dieser rühmte er sehr bald, daß sie „in tiefer Demut und Selbstverleugnung und Inbrünstigkeit des Glaubens" ihnen allen ein schönes Vorbild sei. Von seinem Schwager Heinrich schrieb Gustav v. Below am 2. März 1820 strahlend seinem Bruder: „Auch hat die fast felsenfeste Philosophie meines Schwagers Heinrich v. Puttkamer der Wahrheit in Jesu Christo weichen müssen. Vor 2 Monaten hat er zuerst frei und offen vor uns seine Philosophie als ketzerischen Irrtum laut erkannt". Heinrichs Frau Luitgarde gewann nun auf ihre Mutter entscheidenden Einfluß.

Diese, die Tochter des Landschaftsdirektors v. Borcke auf Bernsdorf, war eine Frau von großer Schönheit, wie ein von ihr in Berlin gemaltes Pastellbild, das jetzt im Besitz des fürstlich bismarckischen Hauses ist, und eine Kopie davon in Kieckow lehrt. Sie hatte ursprünglich starken Sinn für das Lesen schöngeistiger Schriften und noch in den ersten Jahren ihrer zweiten Ehe durchwachte sie die Nächte dabei. Für religiöse Dinge empfand sie anfangs weniger Neigung. Noch in den zwanziger Jahren, als sie zwei Töchter aus erster Ehe verlor, war ihr religiöser Trost etwas Fremdes. Jener Verlust brachte sie fast zur Verzweiflung. Damals wollte sie von Gott nichts wissen. Da brachte ihre Tochter Luitgarde den Eltern den Geist der Gebrüder Below nahe, und seitdem gesellte sie sich ebenfalls zu diesen Stillen im Lande. Zwar ging es mit der Bekehrung der Mutter nicht so schnell als mit der des Vaters [1]). Obwohl dieser verstandesmäßig angelegt war, fanden die Belowschen Anschauungen bei ihm eher Eingang. Die von Gustav v. Below „ausgehenden Geistesströme gestalteten in meinem elterlichen Hause alles neu, indem sie an die Stelle eines immerhin edleren Rationalismus den lebendigen christlichen Glauben setzten" hat der Sohn in hohem Alter am 22. März 1882 rückschauend in einem Briefe [2]) gesagt.

[1]) Kleist an Ernst Ranke, 11. Januar 1840. Konzept zu einer Aufzeichnung Kleists etwa aus dem Jahre 1871.

[2]) An Herrn v. Below-Saleske.

Praktisch betätigte sich der Umschwung in der Lebensauffassung bei dem Landrat darin, daß er die Sonntagsarbeit auf seinen Gütern einstellte und seinen Leuten in der Woche genügend Zeit gewährte, ihre eigenen Angelegenheiten zu besorgen. Er gestattete auch nicht die Anlegung einer Gastwirtschaft auf seinen Gütern. Ebenso erlaubte er keinen öffentlichen Tanz und fuhr Sonntags nicht aus. Dabei war er von großer Nüchternheit und Einfachheit. Die Leute der Umgegend erkannten ihn schon von weitem, wenn er auf seinem schlichten Planwagen, auf Strauchholz sitzend, angefahren kam, an seinem bescheidenen grauen Rocke. Nur an Königs Geburtstag ging es bei ihm hoch her. Dann lud er die Gutsbesitzer der Umgegend zusammen und veranstaltete große Gastmähler mit schweren und guten Weinen, zuletzt setzte er seinen Gästen auch Champagner vor. Es konnte nicht ausbleiben, daß der treue Mann, dessen ehrwürdiges Antlitz [1]) jedermann fesseln muß, sich in seinem Kreise allgemeiner Beliebtheit erfreute.

Das reichere Gemüt unter den beiden Eheleuten besaß die Frau. Nicht nur der Sohn, sondern auch die Enkelin, die spätere Fürstin Bismarck, hing mit schwärmerischer Liebe an ihr. Bis in ihr Alter bewahrte sie ihre schönen Züge. Das Wesen der Wirtschaft lag ihr ferner. Manches, was sonst eine Frau vom Lande im Gutswesen besorgte, überließ sie ihrem Gatten. Dafür verriet sie einen ausgeprägten Zug der Mildtätigkeit. Auch rühmte der Sohn ihr Witz und Humor nach.

Die bedeutendste Persönlichkeit des Kieckower Hauses war einstweilen die Tochter, Littegarde oder Litte, wie sie sich schrieb und genannt wurde. Wir müssen das Bild dieser Schwiegermutter des Fürsten Bismarck uns zu vergegenwärtigen suchen, weil sie zu jenen Frauencharakteren gehört, die in der Stille die weitestreichenden Wirkungen ausgeübt haben, und weil sie auch in dem Leben des Mannes, mit dem wir uns beschäftigen wollen, eine wichtige Rolle gespielt hat. Weltabgewandter als Littegarde v. Puttkamer seit ihrer Erweckung durch ihre Belowschen Verwandten ist wohl selten jemand gewesen. Das

[1]) Bildnis in der Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3. Zu S. 138.

beweist uns jenes Zeugnis Gustavs v. Below[1]), das beweist uns auch eine Stelle in einem Briefe des jungen Kleist-Retzow, in dem er sich über die Lehre des dem Ausgang des 17. Jahrhunderts angehörigen, mit dem Mystiker Jakob Böhme innerlich verwandten Theosophen Gichtel und das Verhältnis seiner Verwandten dazu ausspricht. „Richtig ist, daß Gichtel die Neigung des männlichen Geschlechts zum weiblichen als solchem für die Wurzel aller Sünde hielt und glaubte, Gott habe ursprünglich die Fortpflanzung der Menschen auf anderem Wege beschlossen gehabt. Ihm nähert sich in etwas meine Schwester"[2]). In stiller Gottseligkeit lebte Luitgarde an der Seite ihres Gemahls, den sie herzlich liebte, dahin. Es ist durchaus richtig, wenn man eine quietistische Tendenz in ihrem Leben erblickt hat[3]). Bis an ihr Ende hat sie in dieser Gottseligkeit verharrt. Noch im Jahre 1859 bekannte sie: „Es ist doch ein unaussprechlicher Gewinn, gottselig zu sein, und mir etwas Unerklärliches, wie die, die ihren Gott nicht als Helfer und Regierer betrachten, die Schläge, die das Leben bringt, ertragen können." Früh begann sie zu kränkeln. Die Briefe ihres Bruders sind voll von Klagen über ihre vielen Leiden. Vor allem litt sie unter einer starken Körperfülle. Öfter suchte sie in Karlsbad Linderung, aber nur mit vorübergehendem Erfolge. Schon im Jahre 1847 erkannte man, daß ihr Zustand zur Wassersucht neigte. So elend sie sich auch immer fühlte, so bewahrte sie sich doch ein heiteres und fröhliches Gemüt. Ihr Stiefbruder Hans erquickte sich immer aufs neue daran. „Welche Weltmenschen können ein so schönes, wahrhaft frohes Leben führen wie sie," rief er einmal aus[4]). Auch als am 1. Dezember 1840 eine Feuersbrunst ihr Haus in Reinfeld, das sie seit dem Jahre 1833 mit ihrem Gatten bewohnte, nebst einem Teil des dazu gehörigen Gehöfts zerstörte, verlor sie nicht einen Augenblick ihre Gefaßtheit und ihre fröhliche Gottergebenheit. Während das neue Gutshaus gebaut wurde,

[1]) Vgl. oben S. 14.
[2]) Kleist an Ernst Ranke, 11. Januar 1840.
[3]) Lenz, Geschichte Bismarcks S. 109.
[4]) Kleist an Ernst Ranke, 10. November 1838.

bewohnte sie fast zwei lange Jahre ein schlichtes Büdnerhaus im Dorfe zusammen mit ihrem Gemahl, das nicht einmal Raum bot, um ihren Bruder bei einem Besuche zu beherbergen. Ihre Erinnerungen weilten gern in ihrem „lieben, lieben Kieckow", wo sie „trotz großer Eintönigkeit für Geist und Herz viele schöne Stunden gefunden hätte". Oft genug suchte sie das Elternhaus von Reinfeld aus auf und verweilte dort längere Zeit. Ihr Hauptglück wurde ihr einziges Kind, Johanna. Als dann der stürmische geniale Junker Otto v. Bismarck ihr dies Kleinod raubte und es unter Hinzuziehung des Mannes, der in diesem Hause nach dem Tode der Gebrüder Below den Haupteinfluß besaß, nämlich Adolfs v. Thadden-Trieglaff, durch konzentrischen Angriff durchzusetzen wußte, daß ihm die Hand seiner Nanne bewilligt wurde, da war es wohl das erste Mal, daß ihr gottseliger Frohsinn ins Wanken kam. Ihr Bruder berichtet[1]: „Die Trennung von ihrem einzigen Kinde geht ihr an die Seele — wir fürchten eigentlich sehr für sie." Bald aber söhnte sie sich mit dem Geschick der Tochter aus, denn sie überzeugte sich, daß Johanna an der Seite des tollen Junkers glücklich wurde. Welch ein wichtiges Wort sprach sie zu ihrem Bruder aus, als sie diesem schrieb[2]: „Kränklichkeit bestimmt nicht das Glück der Ehe; denn wie kränklich war und ist Johanna; und meine Augen sahen noch nie ein Paar, welches so vollständig glücklich ist, wie Johanna und Bismarck." Mit warmer Anteilnahme verfolgte sie die glänzende Laufbahn ihres Schwiegersohnes und freute sich ähnlich wie ihre Tochter unendlich der Liebe, die diesem zu teil ward. Als er nach dem „kalten Norden", nach Petersburg, kam, empfand sie immer von neuem Schmerz darüber. Sie hat, wie ihr Bruder bezeugt, neben der ersten Frau von Moritz Blanckenburg am meisten von allen Menschen auf das Glaubensleben Bismarcks eingewirkt[3], obwohl oder vielmehr gerade weil sie der evangelischen Kirche als solcher entfremdet war. „Den Streit um die äußere Kirche verstehe ich

[1] Kleist an Ernst Ranke, 11. Juli 1847.
[2] Luitgarde v. Puttkamer an Kleist, 21. Oktober 1859.
[3] Kleist an Below-Saleske, 22. März 1882.

nicht und habe ihn nie verstanden," bekannte sie noch im Jahre 1858 ihrem Bruder. Als sich das Verlöschen der Geisteskräfte König Friedrich Wilhelms IV. ankündigte, da schwand bei ihr auch das letzte Interesse für die Welt. In einem tief ergreifenden Briefe an ihren Bruder [1]) sagte sie es gerade heraus, daß nun das Leben für sie die „Pointe verloren habe". „Es ist leer geworden in der Welt und die Zeit rauschet im Fluge an uns vorüber. Siehe, ich verstehe das Leben nicht mehr recht! Es ist doch so ganz und gar Herbst in mir innerlich und äußerlich geworden! Die Jagd nach Idealen und idealem Leben hat aufgehöret! Die Krankheit unseres teuren Königs und die Angst um sein teures Leben hat mir den letzten Rest von Jugendschimmer genommen." Seit Jahren ein Bild des Zerfalls, wie auch ihr Bildnis in der Puttkamerschen Familiengeschichte zeigt [2]), starb sie am 5. September 1863, gerade als ihr Schwiegersohn begann, der deutschen Geschichte eine neue Wendung zu geben. Bei denen, die sie gekannt hatten, hinterließ ihre Persönlichkeit einen unauslöschlichen Eindruck. Bewegt erinnerte sich einer der edelsten Freunde Bismarcks, Below-Hohendorf, ihres „in Gott erhöhten, mutigen und tief demütigen Geistes" [3]). Außer ihrer Tochter trauerte wohl niemand tiefer um sie als ihr Stiefbruder, der nie müde wird, diese „überaus köstliche Frau" zu rühmen, die „Zeit seines Lebens ein mütterliches Herz für ihn gehabt habe".

Das einzige Kind, das aus der Ehe des Landrats Hans Jürgen v. Kleist mit Auguste v. Borcke hervorging, war Hans Hugo v. Kleist. Er wurde am 25. November 1814 in Kieckow geboren und am 29. November getauft. Paten waren [4]) sein Oheim — Bruder der Mutter — Anton v. Borcke, ein dich-

---

[1]) Luitgarde an Kleist, 10. Oktober 1858.

[2]) Clericus, Geschichte des Geschlechts v. Puttkamer. Berlin 1880. Zu S. 412.

[3]) Below-Hohendorf an Kleist, 12. Oktober 1863.

[4]) Nach Mitteilung des Pfarrers Meinhof in Gr.-Tychow.

terisch veranlagter Herr, der unter anderen bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm in Kieckow[1]) diesen poetisch begrüßte[2]), der Apotheker Gottschalk in Belgard, von dem wir nichts Näheres wissen, dessen Hinzuziehung zu den Taufzeugen aber darauf hinweist, daß im damaligen Belgarder Landratshause durchaus nicht ein exklusiv aristokratischer Geist herrschte, und Sophie v. Glasenapp, geborene v. Borcke, die Schwester der Mutter des Täuflings. Auch das Geschlecht, aus dem die Mutter stammte, war wie das des Vaters ursprünglich rein wendisch. Wie der Name Kleist einen Tiernamen bezeichnet, so auch der Name Borcke. Den Füchsen im redenden Wappen der Kleist entsprechen die Wölfe im ebenfalls redenden Wappen der Borcke. Die Siegel beider Familien zeigen große Ähnlichkeit miteinander. Werden die beiden Geschlechter doch auch zu einer Wappensippe gerechnet. Wie die Kleist sind die Borcke eine der verbreitetsten Familien der preußischen Monarchie. Wie jene, so sind auch diese seit den Tagen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen vornehmlich zur Soldatenfamilie geworden. Im pommerschen Platt heißt es seit alters: „Dat is so old as de Borcken un de Düvel", und ein bekanntes Verslein kündet den Ruhm des Geschlechts:

Der Borcke Mut,
Der Glasenappe Gut,
Der Wedel Tritt,
Kommt man schon mit.

Auch die Glasenapp waren ja durch die Mutter Hans Hugos Anverwandte. Für diese traf der Reimspruch diesmal aber nicht zu. Zwar hatte der erste Gatte der Auguste v. Borcke das stattliche, nachmals sehr bekannt gewordene Gut Gramenz besessen; er geriet jedoch in Zahlungsschwierigkeiten, und gleich nach seinem Tode brach der Konkurs über sein Vermögen aus. Reichtum kam also durch die Glasenapp nicht in die Familie v. Kleist.

---

[1]) Vgl. oben S. 10.

[2]) Geschichte des Geschlechts v. Kleist 3, 2, 107.

Wie durch die väterlichen Ahnen, so war Hans Hugo v. Kleist auch durch die mütterlichen Vorfahren eng mit friderizianischen Überlieferungen verknüpft. War doch der Großvater seiner Mutter jener originelle und witzige General Anton v. Krockow, der seine Laufbahn in französischen Diensten begonnen hatte, dann in Friedrichs des Großen Diensten Gesandter geworden war und später als einer der letzten Vertrauten und Mitglied der engsten Tafelrunde des großen Königs, der ihm unter andern den Schwarzen Adlerorden verlieh, starb [1]). Die Erinnerung an diesen „angenehmen Parleur", wie ihn Friedrich nannte, lebte noch in der Familie fort, und Hans Hugos Mutter wußte allerlei Lustiges von ihm zu berichten [2]). Ja es scheint, als wenn etwas von dem Witz Krockows auf die Frau Landrätin v. Kleist übergegangen wäre.

Seinen ersten Unterricht genoß Hans Hugo oder, wie er genannt wurde, Hänschen bei der älteren Schwester von Luitgarde, der 1797 geborenen Emma v. Glasenapp, die ihr Zögling später ein begabtes Mädchen genannt hat, und dem völlig unfähigen Dorfschulmeister in Kieckow, Scheunemann. Kopfrechnen und Geographie waren Hänschens starke Seite. In jenen ersten Jahren seines Lebens vollzog sich jener Anschluß seiner Eltern an die pietistische Richtung. Der kleine Knabe empfing davon Eindrücke, die in seiner Seele haften blieben. Auch auf ihn wirkte Luitgarde schon damals durch ihre Erzählungen vom Heiland und von der Mission. Damals war es sein sehnlichster Wunsch Missionar zu werden. Tief grub es sich zugleich seinem Gemüte ein, als die unselige preußische Reglementierungssucht jener Tage bei der Nichtanerkennung der altlutherischen Geistlichen und namentlich bei Einführung der Agende (um 1825) den Widerstand der Altlutheraner wachrief und durch ihre Härten den Sektierergeist dieser Gegenden noch mehr verstärkte. Eine ganze Reihe seiner Verwandten hielt sich zu den separierten Lutheranern. Manchen braven Mann sah er voll Grimms gegen die unduldsame Bureaukratie

[1]) Koser, König Friedrich der Große II, 349 f. 676.
[2]) Konzept Kleists zu seiner Lebensskizze.

den Wanderstab ergreifen und über das Meer nach Amerika ziehen, wo ein behaglicheres Dasein winkte und der Ausgewanderte die Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten gegenüber Preußen-Deutschland steigern half. „Es waren die Pioniere, die uns nachher die großen Nachteile der weiteren Auswanderung zugezogen haben," hat Kleist später treffend gesagt. Noch in hohem Alter entsann er sich, wie die frommen Altlutheraner ihren Gottesdienst in Wäldern abhielten und dabei von den Gendarmen belästigt wurden, und wie dann schließlich das Militär gegen sie gebraucht wurde. Lebendig schwebte ihm dabei die ehrwürdige Gestalt des Obersten v. Arnim vom Blücherschen Husarenregiment vor, der sich zu diesen trübseligen Maßregeln hergeben mußte [1]). Unzweifelhaft ist damals der Keim zu der später von ihm betätigten Abneigung gegen das Staatskirchentum und überhaupt gegen staatliche Eingriffe in das Kirchenwesen gelegt worden.

In seinem zehnten Jahre gab ihn sein Vater bei dem Pfarrer von Groß-Tychow, Walter, in Pension. Dieser war ein Rationalist aus der Schule von Wegscheider und Gesenius in Halle. Obwohl kirchlich ganz anders denkend als Walter, konnte Kleist später doch nicht umhin, dem würdigen Pfarrer stets ein treffliches Zeugnis auszustellen sowohl wegen seines Wandels als wegen seines Unterrichts, den er sorgfältig nennt. Immer blieb er ihm dankbar dafür, daß er ihn tüchtig Sprüche und Kirchenlieder lernen ließ und auf regelmäßigen Kirchenbesuch hielt. Ebenso machte es ihm Vergnügen, daß er im Chor mitsingen durfte. Eltern und Pfarrer erlebten fortgesetzt Freude an der Entwicklung des Knaben. Nur dessen Kränklichkeit verursachte mancherlei Sorge. In frühester Zeit litt er sehr an Keuchhusten. Man gab ihm als Brechmittel Wein zu trinken. Dies war die Ursache, wie Kleist meint, daß er für sein Leben eine gewisse Abneigung gegen den Genuß des edlen Rebensafts behielt. In Tychow stellte sich bei ihm oft ein bedenkliches Nasenbluten ein.

So zufrieden seine Erzieher waren, so unzufrieden war

[1]) Sten. Ber. des Herrenhauses, 13. Mai 1874, S. 304.

Hans oft mit sich selbst, weniger noch jetzt, als bald danach und in späteren Jahren, mit seinem damaligen Lebenswandel. Er wuchs in enger Gemeinschaft mit der Dorfjugend auf, und es mag sein, daß der Umgang mit den naturgemäß darunter befindlichen rohen Elementen oft nachteiligen Einfluß auf ihn ausgeübt hat. Wenigstens ist Kleist nie das Gefühl los geworden, daß dieser Verkehr ihm innerlich Schaden zugefügt habe. Er ist mit der Dorfjugend „Piekschlitten" über den Teich in der Nähe des Kieckower Hauses gefahren, hat mit den Jungen Soldaten und Sauball gespielt und sich unter den Eichen und Linden des Heimatsdorfes mit ihnen gebalgt, hat heftige Schneeballgefechte mit ihnen gehabt und in fröhlicher Lust dem Platzregen das Gesicht entgegengeworfen. Behagliche Schilderungen aus späterer Zeit spiegeln die Erinnerung daran [1]). Aber schon bei seinem Abgang vom Gymnasium zur Universität spricht er von der „verdorbenen Phantasie", die sich in ihm durch Umgang mit Spielgefährten und Dienstboten entwickelt gehabt habe. Jene Elemente hätten mit oder ohne Wissen und Wollen viel dazu beigetragen, das zu zerstören, was die Eltern mühsam erbaut hätten. „Ich gab mich ihnen hin, ohne zu merken, welcher Zukunft ich entgegenging. So entstand schon damals ein fortwährendes Schwanken hinüber und herüber in meinem Innern" [2]). So machte ihm ein mutwilliger Dummerjungenstreich, der durch die Umstände gar nicht einmal zur Ausführung kam, später schwere Gewissensbisse, und er erzählt von ihm in der Familiengeschichte, um zu zeigen, auf welche Abwege er zu geraten drohte. Er hatte nämlich den Versuch gemacht, ein hinten an einem durchs Dorf fahrenden Wagen befestigtes Reh zu stehlen und es seinem Pastor zu bringen. Im Grunde war seine versuchte Tat also nur ein falsch sich betätigender Drang, jemand etwas Liebes zu erweisen. Der heilige Crispin soll ja schon ähnlich gehandelt haben. Zum Überfluß gestand der Missetäter gleich reuig seine Untat dem Pastor Walter selbst, und dieser sperrte ihn, hoffent-

[1]) Rede im Herrenhause, 21. März 1890, S. 73.
[2]) Akten von Schulpforta.

lich mehr pro forma, zur Strafe in einem Sandloch ein. Auch sonst mag der Knabe hin und wieder einmal recht wild gewesen sein, mehr als nötig war. War doch der hervorstechendste Zug in seinem Wesen eine ganz außerordentliche Lebhaftigkeit. Zuweilen scheint seine Balgerei mit den Buben im Dorf etwas arge Formen angenommen zu haben. Mehrmals lag der Sohn des Landrats sogar im Teich [1]). Und was schlimmer war, es wird nicht ausgeblieben sein, daß sich unreine Einflüsse aus diesem Milieu der Tagelöhner und deren Kinder, das natürlich in dieser Gegend einer sehr niedrigen Kulturstufe angehörte, an das jugendliche Gemüt heranmachten und ihn zu mehr veranlaßten, als bloßen Äußerungen der ungebundenen Jugendfrische. Darauf deutet auch ein Geständnis Kleists einem Freunde gegenüber aus späten Jahren: „Du glaubst nicht, wie grauliche Erfahrungen ich durch die große Vertraulichkeit der Leute an mir selbst als Kind gemacht habe" [2]). Aber vorwiegend war doch schon damals der Zug zu Gott in ihm. Ein anschauliches Beispiel liefert dafür die Erzählung von einem Traume, den er damals gehabt und von dem er öfter erzählt hat: „Während meiner Pension beim Prediger Walter", so berichtet Kleist nämlich in einer Aufzeichnung vom Jahre 1871, „hatte ich zwei Nächte hintereinander folgenden Traum: Ich ergötzte mich auf einer grünen Wiese mit schönen reinen Sandwegen. Durch die Wiese floß ein klarer Bach, der unfern davon eine Mühle trieb. Da kam der Teufel auf mich zu. Ich floh in die Mühle. In ihr stand ein Engel, der mich mit dem Worte: ‚Ei, du frommer und getreuer Knecht, du bist hier über wenigem getreu gewesen, gehe ein zu deines Herrn Freude' in den Himmel wies. Der Traum machte mich sehr glücklich und hat mich als ein süßer Trost durchs Leben begleitet."

Wie der Vater über seinen kleinen Hans dachte, davon gibt eine Eintragung von seiner Hand in einem religiösen Buche bei Gelegenheit des zwölften Geburtstages seines jüngsten Sohnes Kunde. Sie lautet:

---

[1]) Konzept zu Lebenserinnerungen.

[2]) Kleist an Schede, 21. April 1864.

„So wie vor zwölf Jahren dein Eintritt in die Welt ein freudebringendes Ereignis für mich war, ebenso ist bis jetzt dein wiederkehrender Geburtstag stets ein Festtag für mich gewesen. Denn dein Dasein gewährte mir bei deiner Unbescholtenheit und deinem Bestreben, dich deiner hohen Bestimmung gemäß als Mensch, d. h. Ebenbild Gottes, immer mehr auszubilden, stets eine reine Freude. Du hast diese Freude bis jetzt nie vorsätzlich getrübt, da deine bisherigen Fehler aus kindischem Leichtsinn entsprungen sind und als Folge deiner noch unvollendeten Vernunftausbildung von mir betrachtet wurden, und der einzige Kummer, der mich rücksichtlich deiner während diesen zwölf Jahren zuweilen traf, war nur die Besorgnis wegen deiner körperlichen Gesundheit. Zunächst bringe ich meinen Dank für dieses Glück dem liebenden Allvater dar und rufe ihn inbrünstig an: Dich stets durch seinen guten Geist zu kräftigen! Dann aber, mein teures Kind, bitte und ermahne ich dich: Höre stets auf die göttliche Stimme in deiner Brust, die dich kräftig warnen wird, wenn, was im menschlichen Leben nie ausbleiben kann, Versuchungen nahen, die dich von dem Pfade der Tugend und Wahrheit abhalten könnten. Dann nimm dieses Buch vor Augen und denke daran, daß Gottes Geist dir nahe ist, der ins Verborgene siehet — daß dein göttlicher (Schutz?)geist in deiner Brust trauert — daß deine dich so innig und zärtlich liebenden Eltern und dein väterlich gesinnter Lehrer sowohl in dieser Welt als in der Ewigkeit es mit Wehmut empfinden müßten, wenn du Gottes Liebe, die deiner Eltern und die deines dich mit so vieler Aufopferung ausbildenden Lehrers mit Undank belohnen würdest, wenn du den Pfad der Tugend verließest. Darum, mein Sohn, habe stets Gott vor Augen und im Herzen und hüte dich, daß du in keine Sünde willigest, noch handelst gegen Gottes (nur zu deinem wirklichen Wohl gegebenes) Gebot.

Kieckow, den 25. November 1826.

Hans George v. Kleist."

Mag das Blatt, das sich lose im Nachlaß Kleists fand, vor oder nach der Erweckung des Landrats entstanden sein — die

Ermahnungen sind eigentlich nicht geradezu in der Sprache der Pietisten gehalten, und Kleists Mutter war im Jahre 1826 nach dem Zeugnisse ihres Sohnes sicher noch nicht Mitglied der stillen Gemeinde —, es ist jedenfalls für Vater und Sohn charakteristisch. Es zeigt uns die innerliche Natur des Landrats, es beweist uns aber auch, daß der Sohn schon in seiner frühesten Jugend gut geartet war. Noch beredter kündet ein im Jahre 1830, als Hans schon seit zwei Jahren nicht mehr in Groß-Tychow weilte, aufgezeichnetes Urteil des Pastors Walter das Lob des Knaben. Dieses Urteil ist eins der wichtigsten Dokumente, das wir über Kleist haben. Es liest sich heute wie eine wunderbare Prophezeiung. Pfarrer Walter hat es in einer kirchlichen Chronik von Groß-Tychow aufgezeichnet[1]):

„Unter den Pensionären, welche ich früher in mein Haus aufgenommen hatte, zeichnete sich besonders ein gewisser Hans v. Kleist, jüngster Sohn des Herrn Landrat v. Kleist auf Kieckow durch seine Talente merkwürdig aus. Er besaß ausgezeichnete Geistesfähigkeiten und dabei, wie man zu sagen pflegt, das gute Herz selbst. Seine außerordentliche Lebhaftigkeit verleitete ihn selten zu Mißgriffen. Sein Fleiß, williger Gehorsam und sein wahrhaft kindlich frommer Sinn erwarben ihm Liebe und Bewunderung in gleich hohem Grade. Der Raum und die Zeit gestatten es mir nicht, die guten Eigenschaften und die Liebenswürdigkeit dieses jungen Menschen, welchen ich wie einen Sohn liebe, so ganz darzustellen, wie ich es wohl möchte. Er gehört zu jenen jungen Leuten, von denen man in einem hohen Grade von Gewißheit voraussagen darf, sie werden einst etwas Ungewöhnliches leisten und den berühmten und großen Männern zugezählt werden. Er befindet sich jetzt auf der Schulpforta, wo er seine Studien mit glücklichem Erfolge treibt und von seinen Vorgesetzten sowohl, als von seinen Mitschülern allgemein geschätzt und geliebt wird. O dreimal glückliche Mutter, welche einen solchen Sohn gebar und glücklich auferzog, und beneidenswerter Vater, dem ein solcher Sohn das Alter verjüngt und die Tage erheitert

[1]) Mir mitgeteilt von Pfarrer Meinhof in Gr.-Tychow.

und beseligt! Gott schütze und segne diesen herrlichen Sohn bis zum späten Alter menschlichen Lebens!"

Vier Jahre währte der Unterricht im Pfarrhause von Groß-Tychow. Dann kam Kleist auf die Landesschule Pforta bei Naumburg. Es war ein großer Schritt, als der Landrat im weltfernen Lande Belgard sich entschloß, den Sohn dort weiter bilden zu lassen. Denn Schulpforta war von Kieckow damals kaum in einer Woche zu erreichen. Der Schritt schloß manche Beschwerlichkeit und Unbequemlichkeit in sich, vor allem aber die Gewißheit häufiger langer Trennung von dem Sohne. Daß der Landrat Hans Jürgen gleichwohl den Schritt tat, lag wohl in der Erkenntnis begründet, daß sein Jüngster gute Gaben zeigte, die es zu entwickeln galt. Seine drei anderen Söhne hat er nicht nach Pforta geschickt. Die altberühmte Fürstenschule bei Kösen konnte als eine wohl geeignete Bildungsstätte gelten. Zwar war aus der Gegend von Belgard in der letzten Zeit kaum jemand dorthin gekommen. Immerhin hatten einzelne Söhne pommerscher Familien, mit denen das Kieckower Haus in Berührung stehen mochte, so aus dem Greifenberger Kreise ein junger Landratssohn v. Oertzen aus Trieglaff, aus dem Regenwalder Kreise ein Blanckenburg aus Zimmerhausen, in den vorausgegangenen Jahren Aufnahme in Schulpforta gefunden. Besonders scheint der Landrat durch den bekannten reaktionären Minister v. Kamptz auf die Anstalt hingewiesen worden zu sein. Wenigstens findet sich eine Notiz in Kleists Nachlaß: „Durch Kamptz auf Schulpforta gewiesen." Damit wird der Minister gemeint sein, zumal da die Kleists auch später noch Beziehungen zu dessen Familie unterhielten. So machte sich denn der Landrat Ende September 1828 mit dem Sohne auf und brachte ihn im eigenen Wagen dorthin. Die Postschnecke, deren Monographie Ludwig Börne gerade in jener Zeit schrieb, wurde dadurch fürs erste noch vermieden. Indes die Leiden, die eine Fahrt in ihr mit sich brachte, sollte der künftige Alumnus noch hinreichend auf seinen Heimfahrten kennen lernen. Es war ein feierlicher Augenblick für den fast vierzehnjährigen Knaben, als er an der Hand seines Vaters am 6. Oktober die Räume der Schule

zum ersten Male betrat. Noch nach mehr als einem halben Jahrhundert erinnerte sich der Ägyptologe Richard Lepsius lebhaft des Augenblicks, wie er damals zuerst „die würdige, durch herzliche Freundlichkeit sogleich Vertrauen erweckende Erscheinung" des Landrats neben dessen Sohne sah [1]).

Kleist kam zu guter Zeit nach Schulpforta, denn die Anstalt stand damals hoch in Flor. Zu jener Zeit war überhaupt die Blütezeit des humanistischen Gymnasiums, in der Altensteins kluger Beirat Johannes Schulze allgewaltig im Schulwesen seit mehr als einem Vierteljahrhundert regierte. Und Schulpforta stand unter allen den Klassizismus pflegenden preußischen Gymnasien obenan. Das Regiment daselbst übte der treffliche Ilgen, ein weit berühmter Schulmann. Neben ihm wirkte als Geistlicher Schmieder, der spätere Direktor des Wittenberger Predigerseminars, einer der Mitbegründer der inneren Mission, der ein Patriarchenalter von 100 Jahren erreichte. Vorher war er Gesandtschaftsprediger in Rom gewesen. Mit dem Jünger des frommen Kottwitz, Stier, war er verwandt. Er hatte das Leben der pommerschen Erweckten mit eigenen Augen kennen gelernt. Lehrer des Französischen und Deutschen war der berühmte Literaturhistoriker Koberstein, der allen durch seine stattliche Erscheinung imponierte. Eine der anziehendsten Persönlichkeiten im Lehrerkollegium war der Mathematiker Friedrich Andreas Jacobi, ebenfalls ein Mann von Ruf in seinem Fache. Geboren im Jahre 1795, war er der erste Lehrer, der von Altenstein und Schulze nach Pforta berufen wurde (1819). Der Philologe Ferdinand Ranke, einer der Brüder des Historikers Leopold, hat das Wesen dieses seines Lehrers mit einigen Strichen festgehalten. Er war, sagt er, „gegen alle Schüler gleich freundlich und liebenswürdig, in einer Weise, der man es anfühlte, daß das ganze Herz dabei sei. Dazu kam eine Gattin, welche in jedem Wort und Blick die Güte und Liebe selbst zu sein schien und im Hause mit diesen Tugenden so schön waltete, daß der Eindruck sich verdoppelte. Die Wissenschaft, die Jacobi zu lehren bestimmt

[1]) Rich. Lepsius an Kleist, 21. Dezember 1879.

war, war ihm ein errungener Besitz und Gegenstand seiner innersten Neigung; sie zu lehren, war ihm eine Lust." Zu den tüchtigen Lehrern zählten ferner Neue, ein Schüler Boeckhs, der den Zöglingen mit Strenge und Freundlichkeit zugleich die alten Sprachen nahe zu bringen wußte, und Wex.

Das wichtigste war aber für den neuen Ankömmling vielleicht gar nicht einmal das treffliche Lehrpersonal. Viel mehr Eindruck hat auf dessen jugendliches Gemüt zunächst die Organisation dieses Schulwesens gemacht. Was war das für ein eigenartiges Leben, in das er sich jetzt hineinzufinden hatte, die spartanisch-fromme Zucht, mit der die 180 Alumnen regiert wurden! Im Winter ging es schon um ½5 Uhr Morgens aus den Federn, im Sommer gar bereits um ¼4 Uhr, und allabendlich fanden Andachten statt. Natürlich wurde auch beim Essen ein Gebet gesprochen. Sämtliche Zöglinge waren auf zwölf Wohn- und Arbeitszimmer verteilt. Die Bewohner von je zwei Stuben, also etwa 25 bis 40 Knaben, hatten einen gemeinsamen Schlafsaal. Das Essen wurde von allen in einem größeren Saale eingenommen. Für die Ordnung hafteten die sogenannten Inspektoren oder Obergesellen. Diese Einrichtung machte auf den jungen pommerschen Landratssohn den stärksten Eindruck. Er hat sie nach Jahrzehnten selbst geschildert in Worten, denen man es ansieht, daß sie Erlebtes wiedergeben: „Eine der großartigsten, aber auch schwierigsten Einrichtungen in der alten ehrwürdigen Porta ist das Inspektorat. Die ganze Disziplin ruht eigentlich in den Händen der zwölf obersten Primaner. Sie werden auf ihre treue Wahrung mittels Handschlags vom Lehrerkollegium verpflichtet. Die anderen Primaner sind ihre Klassengenossen und beanspruchen gern ihrerseits davon ausgenommen zu sein. Hier das Rechte zu treffen, geht fast über die Kräfte so junger Leute, bildet aber in hohem Grade den Charakter. Nach dem großen vierzehntägigen Examen (der Elaborier- und Zensurwoche) am Schlusse jedes Semesters und der darauf folgenden neuen Klasseneinteilung stellen erst die zwölf neuen Inspektoren unter sich — nach der Abendandacht — fest, wie die Disziplin gehandhabt und die verschiedenen, am häufigsten vorkommenden Fälle

behandelt werden sollen. Haben sie sich geeinigt, so sammelt der Ruf „Primaner" diese nach der Abendandacht, und ihnen wird nun jene Norm — eine Art prätorisches Edikt — bekannt gemacht. Das gibt lebendige Verhandlungen, heiße Kämpfe und bei gewissenhaften Inspektoren demnächst ein Leben recht schwerer Anfechtung."

Er selbst traf es besonders glücklich mit dem ersten Obergesellen. Dies wurde der vier Jahre ältere Richard Lepsius, der nachmalige berühmte Erforscher des alten Ägyptens. Kleist faßte bald Vertrauen zu ihm, da er von ihm von Anfang an liebevoll behandelt wurde, und gab sich ihm ganz hin. Lepsius machte ihn mit „Pfortas Klippen" bekannt und warnte ihn davor. Er freute sich an der „Offenheit und dem kindlichen Vertrauen" seines Untergesellen. „Je länger ich mit Ihnen zusammen war, desto deutlicher trat der feste Grund hervor, auf welchen das Gute und Rechte in Ihnen erbaut war" hat er bald nach dem Bekanntwerden diesem gestanden [1]). Leider blieben die beiden nur ein halbes Jahr zusammen, da Lepsius zur Universität ging. Aber sie sind Zeit ihres Lebens miteinander verbunden geblieben und haben, als sie beide auf den Höhen des Lebens standen, noch freundschaftlich miteinander in Berlin verkehrt.

Bald nach dem Weggange von Richard Lepsius fühlte sich der Untergeselle bewogen, ihm aus Dankbarkeit ein Geschenk zu machen, ein kostbares Werk, offenbar den Neigungen des Obergesellen entsprechend, das der Rektor Ilgen besorgte: Stobaei florilegium. Ilgen war aus Rücksichten der Disziplin nicht einverstanden mit diesem Schritt, sagte dies dem Vater auch offen in einem Briefe, machte aber diesmal eine Ausnahme und gestattete das Geschenk. Dabei fand er Gelegenheit, sich über Hänschen gegen den Vater auszusprechen. Er war sehr zufrieden mit dessen sittlichem Verhalten. „Eher verdient er in seinem Fleiß einigen Tadel; es fehlt ihm noch etwas Sammlung." Aber er schloß dann wieder: „Er gehört

[1]) Stammbuchblatt, 27. März 1829.

zu den hoffnungsvollsten Jünglingen der Anstalt, und alle Lehrer haben ihn lieb."

Dies Wohlwollen der Lehrer für ihn fühlte Kleist selbst. Das Lernen wurde ihm nicht leicht, und es gelang ihm anfangs nicht, die erstrebten höchsten Zensuren zu erreichen. „Doch werde ich," so schrieb der Vierzehnjährige, „meines Fleißes und meines guten Willens wegen von allen Lehrern sehr geliebt" [1]). So wagte er es, sich Schmieder zu erschließen, der für die in seiner Brust geweckten religiösen Keime seiner ganzen Vergangenheit nach das beste Verständnis haben mußte. Schmieder gewann auf Kleist nach dessen eigenem Bericht großen Einfluß. Halbjährlich empfing er von diesem wie von allen Zöglingen die Beichte. Auch segnete er Kleist ein. Noch lieber ist Kleist der Umgang mit Jacobi gewesen, was seine Ursache zum Teil in dem von Ferdinand Ranke geschilderten liebevollen Wesen dieses Lehrers gehabt haben mag. Zu einem andern Teil lag es aber auch sicherlich in Kleists Begabung für Mathematik, Jacobis Fach, begründet. Hatte Hänschen schon bei seiner Schwester Emma und im Tychower Pfarrhause gezeigt, daß das Rechnen seine starke Seite war, so trat in Schulpforta diese Fähigkeit noch mehr hervor. Die Stunden, die er im Arbeitszimmer des trefflichen Lehrers verbrachte, wurden ihm eine besonders liebe Erinnerung fürs Leben. Mit Jacobi, dessen Frau und Bruder unternahm er auch im Sommer 1833 eine Rheinreise, und als er im letzten Jahre seines Aufenthalts in Pforta erkrankte, nahm ihn der freundliche Lehrer ein halbes Jahr ganz in sein Haus.

Noch angenehmer gestaltete sich für den Knaben der Aufenthalt in Schulpforta durch die Freundschaften, die er dort mit Altersgenossen schloß. Sie haben, wie auch das Freundschaftsverhältnis zu dem ersten Obergesellen, zumeist die Probe durchs Leben bestanden. Das Material, mit dem Hans auf Schulpforta in Berührung kam, war verschiedenartig. Es ist bezeichnend, daß die drei Portenser, denen er am nächsten trat, später Theologen wurden oder sich doch dem Konsistorium zu-

[1]) Kleist an Lepsius, 24. August 1829.

wandten: der ſpätere Profeſſor der Theologie Ernſt Ranke, der jüngſte Bruder des Hiſtorikers Leopold, ſowie Bernhard Freiherr v. Rechenberg, der als Superintendent ſtarb, und Oskar Wunderlich, der ſchließlich Konſiſtorialpräſident wurde. Am nächſten fühlte er ſich in der Portenſer Zeit mit Rechenberg. Es war der einzige Adlige, mit dem er hier befreundet wurde, obwohl in der Anſtalt an jungen Adligen kein Mangel war. Inniger und feſter ſollte ſich jedoch ſpäter die Gemeinſchaft mit Ernſt Ranke erweiſen, der ein ähnliches reines Kindergemüt hatte wie Kleiſt. Fühlte ſich doch Rankes Bruder Heinrich durch den blonden Lockenkopf ſeines lieben Ernſt immer an einen der Engelsköpfe auf dem Bilde der Sixtiniſchen Madonna erinnert. Ernſt Ranke war am 10. September 1814 geboren, alſo um zwei und einen halben Monat älter als Kleiſt. Ihn umgab ſchon damals der Nimbus ſeines Bruders Leopold. Es machte auf Kleiſt einen unauslöſchlichen Eindruck, als ſein Freund beim Abgang von Schulpforta auf dem Katheder des Betſaales bei der üblichen Abſchiedsrede, der „Valediktion", daran erinnerte, daß fünf Brüder Ranke während eines Vierteljahrhunderts und er als der jüngſte und letzte, Leopold als der erſte durch die Schule gegangen wären. „Leopold war derzeit ſchon ein berühmter Mann" [1]).

Ernſt Rankes hervorſtechendſter Zug, eine große innere Heiterkeit, wirkte auch auf Kleiſt wohltuend ein und verſcheuchte trübe Stimmungen in ihm. Deſſen erinnerte er ſich dankbar, als Ranke ſchon zur Univerſität abgegangen war. „Beſter Ranke! Du biſt traurig geſtimmt", ſchreibt er ihm einmal, „und fühlſt Dich noch nicht heimiſch, ja biſt wohl unzufrieden mit Leipzig. Das tut mir weh, und ich würde verſuchen, aus meiner immerwährenden Heiterkeit Dir Troſt zuzuſprechen, wenn ich am Ende nicht bekennen müßte, daß ich ſo viel von derſelben nur Dir und Deinem Frohſinn verdanke, der unbemerkt auf alle, die Dich näher umgaben, wie ein lindernder Balſam herabträufelte" [2]). Die beiden Freunde fanden ſich beſonders in der Religion.

[1]) Kleiſt an Ernſt Ranke, 5. Juni 1886.

[2]) Kleiſt an Ranke, 8. Juni 1884.

Ein anderer Freund wurde für Kleist der jüngere Bruder von Richard Lepsius, Gustav, der als Geheimer Regierungsrat starb. Der Freundschaftsbund mit diesem hielt indes nicht, da die Politik die beiden später entfremdete. Noch andere Freunde waren Dietrich und Buddensieg, dieser später auch ein Theologe. Mit dem 1831 von der Anstalt verwiesenen späteren liberalen Parlamentarier Julius Wiggers, der ihn in seinen Erinnerungen erwähnt, hat Kleist nur oberflächliche Beziehungen gehabt. Dasselbe gilt von dem erst im Jahre 1905 verstorbenen Balten Alfred Freiherrn von Heyking. Noch im Jahre 1904, in einem Alter von mehr als neunzig Jahren, entsann sich dieser lebhaft der Gesichtszüge seines Schulkameraden Kleist. Besonders schwebte ihm noch dessen „starker Kopf" vor. Nach ihm hat Kleist auf Schulpforta den Scherznamen „der dicke Pommer" gehabt [1]). Andere Schulgefährten Kleists waren der spätere Berliner Polizeipräsident Guido v. Madai, der ein nicht gerade besonderes Abiturientenexamen machte, ferner Hermann Bonitz, der nachmals ein berühmter Schulmann wurde. Traf Kleist später mit einem Portenser zusammen, so war die Freude immer groß. Wenn er es oft gesagt hat, daß er sich in dem schönen Tal, in dem die alte Fürstenschule liegt, besonders glücklich gefühlt habe, so hatte das seine Ursache namentlich in den Freundschaften, die er dort gefunden hat. Er wurde in der Zukunft ein begeisterter Anwalt solcher Alumnate. So äußerte er in hohem Greisenalter im preußischen Herrenhause von der Gymnasialzeit: „In dieser Zeit bilden sich die ersten Freundschaften, die vielfach das ganze Leben hindurch dauern; darum ist es wünschenswert, daß der Junge in eine Gemeinschaft kommt, wo er solche Freundschaften schließen kann." Es war ihm dabei eine besonders wertvolle Erinnerung, daß er mit anderen Gesellschaftsklassen in Berührung gekommen war, und nicht auf eine Ritterakademie [2]). Mit großer Lebhaftigkeit nahm der pommersche Landratssohn an den gemeinsamen Veranstaltungen der Schüler teil. So

[1]) Mitteilungen des Barons v. Heyking, 20. April 1904.
[2]) Sten. Ber. des H.H., 9. Mai 1890, S. 220—224.

spielte der alljährlich stattfindende „Bergtag“ eine große Rolle in seinen Gedanken. Am 3. August, dem Geburtstage König Friedrich Wilhelms III., fand alljährlich ein Vogelschießen und Schmaus statt. Im Jahre 1833 zogen Kleist und Ranke als Schützenkönige ein[1]).

Bald nach dem Weggang von Richard Lepsius scheint Kleist vorübergehend etwas seine innere Festigkeit verloren zu haben. Wenigstens machte er sich selbst bittere Vorwürfe wegen seines sittlichen Verhaltens. So unterlag er, wie fast noch jeder Gymnasiast, der Versuchung, bei Übersetzung der Klassiker „unerlaubte Hilfsmittel“ zu benutzen. Auch sonst war er mit seinem Lebenswandel nicht zufrieden. Jene „verdorbene Phantasie“, die ihm nach seinem Geständnis beim Abschiede von Schulpforta schon im Elternhause so viel Pein verursacht hatte, weckte in seinem Innern „die furchtbarsten Kämpfe“. Während der ganzen Portenser Zeit lebte er, wie er bekennt, in einem schrecklichen Zwiespalt. „Die festesten und glühendsten Vorsätze, die wärmsten Absichten sanken zu nichts in den nächsten Stunden, und manchmal bemächtigte sich meiner eine völlige Verzweiflung. Gott helfe mir, daß ich endlich den Sieg davontrage.“ Flehentlich bat er seine Lehrer in jenen Worten, die er beim Abgang aufzeichnete, „nicht den Stab über dem zu brechen, den bei dem besten Willen seine einmal verdorbene Phantasie immer wieder zu Boden warf“. Er berichtet, daß er sich durch Gebet für sich allein oder gemeinsam mit andern geholfen habe, um „die innige Gemeinschaft mit Gott“, nach der er inbrünstig rang, zu erfassen. Aber immer aufs neue glaubte er zu erkennen, daß er noch weit davon entfernt war. „Du wirst treu mit mir kämpfen und mich unterstützen, daß ich den wahrlich nicht leichten Sieg erringe“, schrieb er an Ranke darüber. Man sieht, es offenbart sich hier ein Gemüt, das geradezu zur Askese neigte, das oft genug Zerknirschtheit über seine Sündhaftigkeit verriet, wo doch alle, die ihn kannten, ihm gerade wegen seiner Sittenreinheit ihr Wohlwollen und ihre Liebe bezeigten. Am 1. November 1832

[1]) Kleist an Ranke, 2. August 1834.

erhielt er eine Prämie, die Jacobi dem Vater als eine ungewöhnliche Auszeichnung darstellte. Gleich darauf wurde er selbst mit dem schwierigen Amte des Inspektorats betraut, das er anderthalb Jahre mit Ruhm versah. Nach seinem eigenen Bericht hat diese Stellung sein Wesen außerordentlich gereift und seinen Charakter befestigt. Zusammen mit Jacobi suchte Kleist als Inspektor den Drang der Primaner zum Wirtshausbesuch zu bekämpfen, wenn auch vergeblich [1]).

Während dieser Zeit erkrankte er (zu Anfang des Jahres 1833) bedenklich. Es war, wie er später angibt, ererbtes Hämorrhoidalleiden, das ihn erfaßte und das sich auf seine Brust zu werfen drohte. Daheim schwebten sie in schwerer Sorge um das Leben des geliebten Kindes, nicht nur die Eltern, sondern auch andere Kreise der Erweckten, so Herr v. Senfft-Pilsach auf Gramenz, der damals schon Hoffnungen auf die religiöse Entwicklung des Knaben gesetzt zu haben scheint und sich bei dem Landrat Hans Jürgen dringend nach Hänschens Befinden erkundigte. „Mit Dank erfülltem Herzen gegen Gott" konnte ihm der Vater melden, daß er endlich die sehnlich erwartete Nachricht vom Sohne erhalten habe und daß sich seine Krankheit „nicht weiter verbreitet hätte". „Unsere Freude war sehr groß, — noch größer aber unsere Beschämung wegen unseres schwachen Vertrauens [2])." Später, im Sommer 1834, kam die Krankheit noch einmal und, da Kleists Widerstandskraft durch übergroßes Arbeiten geschwächt war, mit verdoppelter Heftigkeit, so daß der junge Primaner sehr lange aussetzen mußte. Da wurde Frau Jacobi für ihn eine rührende Pflegemutter. Neben dem Inspektoramt versah Kleist bei dem zweiten Nachfolger des Rektors Ilgen, Kirchner, die Stelle eines Famulus, was auch eine große Auszeichnung war und für die besondere Zufriedenheit seiner Lehrer mit ihm spricht. Täglich ging er da im Türmchen des ehrwürdigen Schulgebäudes eine alte Wendeltreppe hinauf, um eine Treppe hoch rechts in der Türe bei dem gestrengen Schulmonarchen zu

[1]) Kleist an Ranke, 1. April 1834.

[2]) Landrat v. Kleist an Senfft-Pilsach, 4. Februar 1833.

verſchwinden und ihm ſeine Dienſte zu widmen. Schon merken wir auch ſeinen reifenden Geiſt und ſeinen auf das Poſitive ſich richtenden Sinn, wenn er den in Leipzig zu ſtudieren beginnenden Ranke, der einen Dichterverein hatte gründen helfen, examiniert und berät: „Iſt es denn etwas Ordentliches oder eine bloße Spielerei, wie ich faſt vermuten muß, da du austreten willſt? Lieber würde ich (an deiner Stelle, bitte ich wohl zu bemerken) [er ſelber hielt ſich nämlich gar nicht zum Dichter berufen] demſelben eine beſſere Richtung in dem letztern Falle zu geben ſuchen als austreten.“ Endlich kam dann, nach ſechsjähriger Lehrzeit in Schulpforte, in der er die Anſtalt von der unterſten Klaſſe, Untertertia, an durchgemacht und zwei und ein halbes Jahr in Prima zugebracht hatte, die Abgangsprüfung. Er beſtand ſie, obwohl er ſich von dem böſen Huſten, der ihn viel plagte, recht geſchwächt und dadurch niedergedrückt fühlte, mit Glanz. Hatte er doch bereits in der letzten Zeit die in jedem Gymnaſium ſo gefeierte Stellung des Primus omnium eingenommen. Als Erſter verließ er auch die Anſtalt. In dem Protokoll über das Examen wird ſein Name faſt an allen Stellen rühmend hervorgehoben. Beſonders lobend klang das Urteil über ſeine Leiſtungen in der Mathematik. „Es ergab ſich,“ ſo heißt es, „daß v. Kleiſt nicht nur den geſetzlichen Forderungen vollkommen genügt, ſondern in ſeinen Leiſtungen noch darüber hinausgegangen iſt, wie ſich dies ſowohl in den Unterrichtsſtunden als in den ſchriftlichen Arbeiten zeigte.“ In dem Zeugnis über ſein Betragen heißt es: daß er durch Beſcheidenheit und Herzensgüte ſich ſtets den Beifall ſeiner Lehrer, durch Umgänglichkeit und offene Rechtlichkeit die Liebe und Achtung ſeiner Mitſchüler zu verdienen gewußt habe. Ihm wurden „gute Geiſtesanlagen vorzugsweiſe in der Mathematik und Reife ſeiner Verſtandesbildung“ nachgeſagt, aber als gewiſſermaßen auffällig wird hervorgehoben, daß er ſich ſchriftlich nur ſchwer gewandt auszudrücken vermocht habe. Dieſe Beobachtung verdient notiert zu werden. Wurde Kleiſt doch ein ſcharfdenkender Juriſt, und waren doch ſeine Reden ſpäter durch große Klarheit ausgezeichnet; ſchriftſtelleriſch hat er es aber nie zu be-

ſonderer Fertigkeit gebracht. Bemerkt darf es auch wohl werden, daß Koberſtein ihn unter denen, die ſich in der Kenntnis der deutſchen Literaturgeſchichte auszeichneten, Kleiſt zuerſt nennt. Und dabei war Koberſtein derjenige, mit dem Kleiſt am ſchlechteſten ausgekommen war. Auch ſeine geſchichtlichen Kenntniſſe wurden von den offenbar ſehr geſtrengen Zenſoren der trefflichen Anſtalt als „recht gut, ſicher und zuſammenhängend" befunden. Am ſchwächſten erwies ſich der Primus Portensis im Franzöſiſchen.

Unter dem 2. September 1834 wurde ihm das Abgangszeugnis ausgeſtellt. Am 10. September verließ er die liebgewordene Stätte. Zurück blieb in ihm eine immerwährende Sehnſucht nach ihr. Er ſuchte ſie noch öfter auf. Wenn er dann in die Nähe kam, am Abhang des Knabenberges auf ſchönen Wegen dorthin gewandert war und endlich die wohlbekannten Glockentöne wieder hörte, dann pochte ihm das Herz. Betrat er darauf den alten vertrauten Boden, ſo beſchlichen ihn wehmütig-freudige Erinnerungen. Nimmer wollte ihm das Leben in dieſen Mauern ſo ſchön und weihevoll erſcheinen als dereinſt in ſeinen Knabenjahren [1]).

Er hatte beim Abgang angegeben, daß er „jura und cameralia" ſtudieren wolle, um, wie er ſich ausdrückte, „ein würdiger Sprößling ſeiner Familie zu werden." Es iſt die erſte Familienſtolz verratende Wendung, auf die wir bei ihm ſtoßen. Zunächſt aber mußte er in die Heimat eilen. War er doch ſeit 2¼ Jahren vom Vaterhauſe getrennt geblieben und auch ſonſt in den Jahren 1828—1832 nur einmal im Jahr dort geweſen, weil die lange Reiſe und die Kürze der Ferien es nicht öfter geſtatteten [2]). Manches Mal hatte er große Sehnſucht nach Nachrichten aus Kieckow verſpürt. Davon wußte der Poſtbote von Schulpforta, Poſegel, zu erzählen, der, wenn er mit leeren Händen kam, bei den enttäuſchten Portenſern „Poſteſel" hieß, und das von Rechts wegen. Schon im erſten Jahre,

---

[1]) Kleiſt an Ranke, 10. September 1841. Buddenſieg an Kleiſt, Brief ohne Jahreszahl.

[2]) Kleiſt an ſeinen Sohn Jürgen, 7. April 1878.

nachdem er den Sohn nach Pforta gebracht hatte, hatte der Landrat in Kieckow es als eine sichtbarliche Gnade Gottes gepriesen, daß Hänschen auf „diese vortreffliche Anstalt" gekommen war. Welche Freude für den Vater, als der lange daheim Vermißte jetzt als Primus Portensis ins Elternhaus zurückkehrte! —

Hans dachte bis Mitte Oktober in Kieckow zu verweilen, um sich dann in Berlin eifrig ins Studium zu stürzen und zugleich die Freude des Umgangs mit „seinem Ranke und seinem Rechenberg" zu genießen. Er hatte schon bei seinem Fortgange von Schulpforta alles, was er nicht entbehren zu können glaubte, darunter die Briefe Rankes, um Transportkosten zu ersparen, nach Berlin gesandt. Da trat plötzlich sein Vater mit dem dringenden Wunsche hervor, er möchte diesen Winter über noch in Kieckow bleiben, um seine Gesundheit zu kräftigen und erst im Frühjahr nach Berlin zu gehen. Zugleich suchte er Hans zu bestimmen, in dieser Zeit seiner Militärpflicht bei der Schwadron seines Bruders Ferdinand in Belgard zu genügen. Der Oberst und der Brigadekommandeur hätten das feste Versprechen gegeben, den jungen, angehenden Studenten nach einem halben Jahr zu beurlauben, damit er ungehindert die Universität beziehen könne. Das war eine unliebsame Überraschung für Hans. Er sah sich offenbar einer Art Verabredung seines Vaters und Stiefbruders gegenüber, die sichtlich nur zögernd mit dem Vorschlage hervortraten, weil sie den brennenden Wunsch von Hans kannten, so bald wie möglich nach Berlin zu gehen. Die Seele dieses geheimen Einverständnisses der beiden lieben Verwandten war ohne Frage der Bruder Ferdinand. Dieser wird von Hans in einem seiner Briefe an Ranke[1]) als „ein ebenso edler und ehrenfester Charakter wie ausgezeichneter Soldat" geschildert, der seine sehr bedeutenden Einnahmen auf seine Soldaten, für die Armen oder zu Geschenken für Freunde und

[1]) Kleist an Ranke, 11. Januar 1840.

Verwandte verwende. „Christ ist er noch nicht, doch fürchtet er Gott, aber fast mehr als ein Fatum" urteilt Hans über ihn in eben jenem Briefe vom Jahre 1840. Ferdinand war der jüngste Sohn aus der Ehe des Landrats mit dem Fräulein v. Blankenburg und etwa 19 Jahre älter als Hans. Sein leidenschaftlicher Hang zum Soldatenhandwerk prägte sich unter anderem auch darin aus, daß er 1812, als Preußen mit Napoleon jenes schlimme Bündnis gegen Rußland schließen mußte, das eine Anzahl der größten Patrioten veranlaßte, ihren Abschied zu nehmen, durchaus mit ins Feld gegen Rußland ziehen wollte. Der Vater, im Gegensatz zu dem siebzehnjährigen Jüngling von bewußter Nationalgesinnung erfüllt, verhinderte damals indes Ferdinands Eintritt ins Heer. Umso freudiger erlaubte er ihm diesen im folgenden Jahre, als der König zur Befreiung vom Joche Napoleons aufrief. Ferdinands stiller Ehrgeiz war es offenbar gewesen, auch aus seinem so viel jüngeren Bruder Hans einen tüchtigen Soldaten zu machen. Darauf deutet, daß er ihn in den ersten Knabenjahren in Kieckow und Tychow militärisch kleidete und einübte. Dann aber erlebte er den Kummer, daß Hans sich den Stillen im Lande zuwandte, für deren Wesen der biedere Husarenoffizier gar kein Verständnis besaß. Er mußte also wohl oder übel seinen Wunsch, Hans für das Kriegshandwerk zu gewinnen, aufgeben. Da kam dieser aus Pforta, durch Krankheit und Arbeit körperlich ganz herunter, zurück, und nun wollte er ihm wenigstens eine kräftige soldatische Kur verordnen. Er liebte Hans, wie nur ein Bruder den Bruder lieben konnte, so sehr er von ihm verschieden war, und war überzeugt, daß der Militärdienst hier nur nützen konnte. Da er aber zweifellos mit dem Widerspruch des Bruders zu rechnen hatte, vermochte er den Kommandeur der Blücherschen Husaren und den Brigadegeneral Graf v. d. Gröben zu dem in der preußischen Militärpraxis ungewöhnlichen Zugeständnis, die Dienstzeit zunächst nur auf ein halbes Jahr zu bemessen. Der kommandierende General — niemand anders als Kronprinz Friedrich Wilhelm — erteilte dazu nachher seine Genehmigung. Freilich gab Ferdinand seinerseits den Vorgesetzten das Versprechen, seinen Bruder in jener

Zeit so gut wie irgend einen Freiwilligen sonst in einem Jahr auszubilden! Der Brigadegeneral erklärte, die Sache ignorieren zu wollen. Mit solchem Rückhalt versehen, steckte sich Ferdinand hinter den Landrat, und dieser suchte die Angelegenheit Hans beizubringen.

Die Wirkung war, wie Vater und Stiefbruder geahnt hatten. Hans war außer sich. In seine Sehnsucht, Kollegia zu hören und mit seinen Freunden zusammen zu sein, mischte sich ein unbestimmtes Gefühl der Abneigung gegen das Soldatenwesen. Er hat das preußische Heer stets mit Liebe und Verehrung betrachtet und war sich immer bewußt, daß hierauf die Größe und Stärke seines Vaterlandes beruhte. Er hat auch selber Freude empfunden beim Dienst mit der Waffe. Aber besonderen inneren Beruf zum Soldaten hat er offenbar nie gefühlt. Die ganze Richtung, die sein Wesen genommen hatte, harmonierte nicht recht damit. Im Soldatenleben kam ihm der innere Mensch zu kurz. Vor der Geistlosigkeit des Exerzierens empfand er einen leisen Horror. „Erst später kommt im Soldatenstand die Möglichkeit einer tieferen geistigen Fortbildung, und es gehört viel dazu, bis dahin sich die rechte Empfänglichkeit dafür zu bewahren," hat er nachmals einem seiner Söhne gesagt[1]). So entlockte ihm jetzt der Wunsch seines Vaters „bittere Tränen". Als letztes Geschütz spielte in diesem Kampfe zwischen Vater und Sohn der Rat seines Vetters Adolf Kleist, des Vertrauten des Kronprinzen, mit, der damals vortragender Rat im Justizministerium war. Vetter Adolf riet Hans nachzugeben[2]). Diesem war durch das Kompromiß zwischen seinem Bruder und dem Kommandeur der Entschluß erleichtert, weil er ja so nur ein Semester daran zu geben brauchte. Außerdem hatte er erfahren, daß Savigny, „der doch immer die Hauptperson für mich ist," im kommenden Winter etwas für ihn „ganz Ungenießbares" läse. Schließlich war er einsichtig genug, um sich zu sagen, daß die Dienstzeit in der Tat seiner Gesundheit nur zu statten kommen könne,

[1]) Kleist an seinen Sohn Jürgen, 11. Oktober 1875.
[2]) Kleist an Ranke, Dezember 1834.

und so trat er denn bei der zweiten Schwadron des 5. (Blücherschen) Husarenregiments in Belgard ein. Bruder Ferdinand nahm ihn, seinem Versprechen gemäß, dermaßen vor, daß der arme junge Mensch infolge der ungewohnten Anstrengung eine heftige Gelbsucht bekam [1]). Aber er konstatierte doch nachher, daß sein Körper gekräftigt und an militärische Zucht gewöhnt wurde. In den Herbstferien des Jahres 1835 diente er noch weitere zwei Monate. Am 12. Februar 1837 wurde er Sekondeleutnant im 2. Bataillon des 9. Landwehrkavallerieregiments. Als solcher machte er im Sommer 1840 eine große Revue vor König Friedrich Wilhelm IV. mit. Am 20. September 1859 nahm er als Rittmeister seinen Abschied.

Zu seinem Schmerz konnte Kleist während seiner Dienstzeit nur wenig Zeit erübrigen, um sich in deutsche und alte Klassiker zu vertiefen. Nur die „Staatszeitung" scheint er regelmäßig gelesen zu haben. Immerhin fand er Gelegenheit, ein kleines Buch anzulegen, in das er allerlei Auszüge aus Büchern und Zeitungen eintrug [2]). Das Heft ist erhalten. Sehr zahlreich sind die Notizen nicht, die sich darin finden. Sie eröffnen aber einen willkommenen Einblick in das Geistesleben des jungen Husaren. Er zitiert wiederholt aus dem Leben Friedrichs des Großen von J. D. E. Preuß, aus Droysens „Alexander der Große", aus „Kabale und Liebe", Gottlieb Friedlaenders Ausgabe des „Antimachiavell", dem „Machiavell" selbst, ferner aus Tiecks Dichtung „Die Wundersüchtigen", wobei Parzival und der Gral erwähnt werden, ferner Tiecks „Dichterleben", Buchholz' „Monatsschrift für Deutschland 1830" über Schiller. Ebenso hat der junge Mann sich damals die Zeit abgespart, unter der Überschrift „Vaters Wissenschaft über unsere Familie" einige Notizen zur Geschichte der Kleist zusammenzustellen. Es waren die ersten Anfänge zu seinen großen Arbeiten über sein Geschlecht. Diese Forschungen fanden bald danach, als er als Student wieder einmal im Elternhause weilte, in der Weise Fortsetzung, daß er an die alten

[1]) Aufzeichnung 1871.

[2]) Kleist an Ranke, Dezember 1884.

Papiere und Dokumente seines Vaters ging und darin herumkramte. Dabei entdeckte er zu seiner freudigen Überraschung „eine Masse Briefe Friedrichs des Großen" an seinen Großvater Peter Christian, namentlich über dessen Heiratssache. Er studierte daran mit höchstem Interesse das Wesen des Königs. Aus der Zeit seines Militärdienstes stammt auch wohl ein unvollendeter Aufsatz über die Beweise für das Dasein Gottes, in dem besonders der ontologische Beweis erörtert wird. Die Niederschrift dieser Ausarbeitung findet sich bei jenem Heft, ebenso eine andere Aufzeichnung, die besonders wertvoll für die Kenntnis von Kleists Entwicklung ist. In der ihm damals eigentümlichen, auffällig kleinen Schrift, in der auch seine Portenser Prüfungsarbeiten geschrieben sind und die so sehr von seiner späteren abweicht, hat er nämlich eine kleine Liste von Einwürfen gegen die agrarische Gesetzgebung Preußens zur Zeit Friedrich Wilhelms III. aufgesetzt unter der charakteristischen Überschrift: „Beschwerden, die ich gegen mein liebes Preußen vernommen habe". Sie sind offenbar der Niederschlag von Unterhaltungen, die er in Pforta und Umgegend, wo man ja noch nicht lange preußisch war, geführt hatte. Sehr merkwürdig ist es, daß die Notizen sich hauptsächlich um die Fragen der Ablösungen und der gutsherrlichen Polizei mit Nutzanwendungen auf die Provinz Sachsen im Gegensatz zu den alten Provinzen drehen, Fragen, die Kleist zum Teil sein ganzes Leben hindurch beschäftigen sollten. Man sieht, das Familienbewußtsein und der Agrar- und Verwaltungspolitiker begann sich jäh in ihm zu regen, und gerade im Verein damit begann Kleist sein Preußentum zu fühlen.

Als endlich der rote Attila ausgezogen war, eilte Kleist nach Berlin, mit Empfehlungsbriefen an den Meister der historischen Schule, Savigny, ausgerüstet. Am 6. Mai wurde er immatrikuliert. Er blieb dort während der ersten drei Semester und belegte währenddessen bei Savigny Institutionen und Altertümer des römischen Rechts sowie Pandekten, ferner eine ganze Reihe anderer juristischer Vorlesungen, unter ihnen solche von Lancizolle, Homeyer und Rudorff, d. h. lauter namhaften Vertretern der historischen Schule, die, soweit sie über-

haupt berufen wurden, im politischen Leben eine Partei zu ergreifen, sich der äußersten Rechten anschlossen. Aber er begnügte sich nicht damit, sich der juristischen Disziplin zu widmen, sondern wandte sich auch den Staatswissenschaften zu. So hörte er bei dem jungen Dr. Riedel, dem späteren Herausgeber des Codex diplomaticus Brandenburgensis, die Vorlesung „Einleitung in das Studium der Staats- und Kameralwissenschaften" und bei dem trefflichen Statistiker Dieterici Staatswirtschaft. Aber auch damit hatte er noch nicht genug. Vielmehr besuchte er außerdem rein philosophische, geschichtliche, naturwissenschaftliche und literarhistorische Kollegs, so Logik und Metaphysik bei Trendelenburg, Psychologie und Anthropologie bei dem Norweger Steffens, preußische Geschichte bei dem bekannten Historiker Adolf Schmidt, der sich damals gerade habilitiert hatte, deutsche Geschichte bei Ranke, Unsterblichkeitslehre bei Dr. Erdmann und bei dem ausgesprochenen Hegelianer Hotho über Lessing als Dichter und Ästhetiker. Diese Liste beweist, daß er viele Interessen hatte. Es muß angenommen werden, daß er auch ein fleißiger Hörer war. Weniger weil die Dozenten ihm den Fleiß attestierten, obwohl einige dieser Zensuren ziemlich sicher darauf hindeuten, daß sie auf Tatsachen beruhten. So schrieb ihm Riedel in die Bescheinigung seines Besuches „unausgesetzt mit ausgezeichneter Aufmerksamkeit" und Ranke „mit rühmlichem Fleiße". Noch sicherer aber kann auf Kleists Fleiß aus seiner ganzen Art geschlossen werden. Er selbst hat zudem in einer Aufzeichnung über diese Zeit seines Studiums notiert: „Legal fleißig". Der Nutzen der verschiedenen Vorlesungen für ihn war indes nicht überall derselbe. Vor allem war er von Savigny enttäuscht [1]). Viel hatte er dagegen von Ranke. So betonte er später in seinem Beileidschreiben an Ernst Ranke aus Anlaß des Todes des großen Historikers: „Was habe ich von ihm in seinen Kollegien und aus seinen Schriften gehabt!" In seine parlamentarische Reden flocht er außerdem gelegentlich Erinnerungen an Rankesche Vorlesungen noch

[1]) Mitteilung von Kleists ältestem Sohne.

nach langen Jahrzehnten ein[1]). Der geiſtreiche und beredte Steffens begeiſterte ihn. Er berichtet davon, daß er bei dieſem mit anderen anregende Beſprechungen gehabt habe[2]).

Einer ſtudentiſchen Verbindung ſchloß er ſich nicht an. Vielmehr führte er ein trautes „Familienleben" zuſammen mit Ernſt Ranke und Rechenberg. Sonntags beſuchte er den Gottesdienſt von F. G. Lisco in der kleinen alten, ſeit dem Ende der ſiebziger Jahre abgeriſſenen Spittelkirche am Ende der Leipzigerſtraße. Lisco, einer der erſten Prediger in Berlin, der mit dem bis dahin üblichen Rationalismus brach, ſtand damals auf der Höhe ſeines ſegensreichen Wirkens[3]). Die Herzensgemeinſchaft mit Ranke geſtaltete ſich in dieſer Zeit immer inniger. Ranke wußte, wie es ſcheint, die Zerknirſchtheit, unter der ſein Freund wieder gelitten haben muß, begütigend zu zerſtreuen. Davon zeugt eine Erinnerung Kleiſts aus dem Jahre 1878: „Ich entſinne mich eines Vorgangs, wie ich hier in Berlin ſtudierte und mit Ranke zuſammen wohnte. Wir hatten zum Abendmahl gehen wollen. Am Sonntag morgen wollte ich nicht, ich ſei deſſen unwürdig." Da hätte ihn der Freund unter Hinweis auf mehrere Schriftſteller, die darlegten, daß Gott nicht immer Reinheit verlange, ſondern ſie ſchenke, genötigt. „Und ich denke, es war ein geſegneter Gang," fügte der alte Kleiſt hinzu[4]). Ranke notiert in ſeiner Selbſtbiographie: „Wahrhaft vorbildlich war es für mich, daß Kleiſt jeden Morgen damit begann, daß er eine Strecke des griechiſchen Neuen Teſtaments las." Die beiden lernten zuſammen auch fechten. Als ſie einmal entdeckt hatten, daß ihr Hauswirt unbefugt an ihrem Holzvorrat teilgenommen hatte und dieſer dadurch vorzeitig zu Ende gegangen war, heizten ſie dem Wirt zur Strafe gar nicht mehr ein und tanzten, wenn ſie froren, „koſakiſch", was ſie in Pforta gelernt hatten, zum Entſetzen der unter ihnen wohnenden Wirtsleute[5]). Kleiſts Mutter und ebenſo Litte-

[1]) Z. B. Sten. Ber. des H.H., 22. Juni 1876.
[2]) Aufzeichnungen 1871.
[3]) Vgl. über ihn Otto v. Ranke in der A. D. B. 18, 757—759.
[4]) Kleiſt an ſeinen Sohn Jürgen, 13. Januar 1878.
[5]) Rankes Selbſtbiographie in Etta Hitzig, Ernſt Konſtantin Ranke S. 25 f.

garde Puttkamer gewahrten den guten Einfluß, den namentlich Ranke auf ihren Hans ausübte, mit heller Freude. Voll mütterlicher Wärme schrieb Frau v. Kleist gelegentlich an das Kleeblatt: „Ihr seid nun alle meine lieben Söhne und sollt es bleiben, so lange ich lebe[1])."

Als das Sommersemester des Jahres 1836 zu Ende ging, war es mit dem trauten Zusammenleben der drei vorbei. Während Rechenberg in Berlin blieb, ging Ranke nach Bonn; Kleist aber schnürte sein Bündel und bezog die Georgia Augusta. Eine Überlieferung sagt, daß er sich in Berlin zu sehr durch gesellschaftliche Verpflichtungen in Anspruch genommen fühlte, so daß er nicht genügend Zeit zum Arbeiten gefunden hätte[2]). Das wird zutreffen. Jedenfalls versichert Kleist, daß er in Berlin nicht zur rechten Sammlung gekommen sei und dort lange nicht das gelernt habe, was er wünschte[3]). Ähnlich urteilt er einmal im Gegensatz zu Göttingen über Berlin, es biete auf die Dauer zu viel Zerstreuung[4]).

Nach Göttingen trieb ihn anscheinend der Wunsch, Savignys Schüler Mühlenbruch zu hören. Es war aber nicht so leicht für ihn, die Erlaubnis zu erhalten, dorthin zu gehen. Woran das lag, vermag ich nicht mit Sicherheit anzugeben. Anscheinend hängt es mit der damals in höchster Blüte stehenden Demagogenverfolgung zusammen. Göttingen stand seit dem Putsch des Jahres 1831 bei den Behörden ohnehin nicht mehr in gutem Rufe. Seitdem waren das Hambacher Fest und der Frankfurter Wachensturm gewesen und hatten die von Metternichs Angstmeierpolitik beeinflußten deutschen Bundesstaaten einen erneuten Anlauf nehmen lassen, über das Heil ihrer Musensöhne zu wachen. So müssen Bestimmungen ergangen sein, die den Besuch der altberühmten Georgia Augusta für die preußischen Studierenden erschwerten. Jedenfalls mußte man um die Erlaubnis, dorthin gehen zu dürfen, einkommen. Sowohl der Kultusminister Altenstein als sein Rat Schulze

[1]) Frau v. Kleist an Ranke, 14. Mai 1836.
[2]) Mitteilung des ältesten Sohnes Kleists.
[3]) Kleist an Ranke, 13. November 1836.
[4]) Kleist an seinen Sohn Jürgen, 23. April 1882.

sprachen sich für die Genehmigung des Gesuchs des Studiosus v. Kleist aus, auf ein Jahr nach Göttingen zu gehen, zumal da Kleist anführen konnte, daß Savigny selbst und der Geheimerat Adolf v. Kleist im Justizministerium ihm zu diesem Universitätswechsel geraten hätten. Trotzdem hielt das Ministerium es für angemessen, das Gesuch noch dem Könige zu unterbreiten. Erst nach langem Zeitverlust ging dem sehnlich Wartenden eine Kabinettsorder zu, die seinem Wunsche willfahrte, und zwar war die Erlaubnis schließlich nur deswegen erteilt, weil Kleist von der Mutter seines Portenser Bekannten Wunderlich in Göttingen aufgenommen werden sollte [1]). Diese bureaukratische Bedenklichkeit will uns heute kaum noch faßbar erscheinen.

Am 2. Dezember 1836 wurde Kleist in Göttingen immatrikuliert. Wie in Berlin studierte er auch hier drei Semester hintereinander. Er bezog zunächst bei Frau Wunderlich, der Witwe eines Professors der Philosophie, in der Gothmarstraße eine Wohnung. Später wohnte er in der Buchstraße, nach Ausweis des Studentenverzeichnisses. Er selbst glaubte im Alter sich zu entsinnen, daß er „wunderschön in einem Garten unmittelbar am Wall" gewohnt habe [2]). Die Buchstraße liegt aber weit vom „Wall". Es handelt sich hier also wohl um eine Gedächtnistäuschung bei ihm. Er belegte gleich bei Mühlenbruch die schon einmal bei Savigny belegten Pandekten. Außerdem hörte er im Laufe der drei Semester bei Mühlenbruch Zivilprozeß und Erbrecht und von sonstigen juristischen Vorlesungen Handelsrecht bei Thöl und Staatsrecht bei Albrecht. Bei Thöl machte er auch ein Zivilpraktikum und bei Bergmann ein Prozeßpraktikum durch. Von verwandten Fächern hörte er Deutsche Rechtsaltertümer bei Jakob Grimm, über Staatspapiere bei Thöl, sowie Staatswissenschaften und Finanzen bei Dahlmann. Aber wie in Berlin dehnte er sich noch auf andere Wissensgebiete aus. So belegte er Dahlmanns berühmte Vorlesung über die Geschichte der französischen Revolution und das Kolleg

[1]) Kleist an Ranke, 13. November 1836. Aufzeichnung 1871.
[2]) Kleist an seinen Sohn Jürgen, 24. Januar 1876.

des großen Philologen Otfried Müller über Archäologie. Daneben scheint er bei Dahlmann dessen Deutsche Geschichte nach dem studentischen Ausdruck „geschunden" zu haben. Denn er spricht in gleichzeitigen Briefen davon. Auf der Liste der von ihm belegten Vorlesungen steht diese aber nicht. Er merkte bald, daß das Studium in Göttingen viel fruchtbarer für ihn wurde als in Berlin, weil er sich ihm ungleich mehr hingab. Vor allem wirkte Mühlenbruch nützlich auf ihn ein. Sehr angeregt wurde er auch durch Otfried Müller. Eigentümlich war die Wirkung der Dahlmannschen Vorlesungen. Sie weckten nämlich lebhaften Widerspruch in ihm und zwangen ihn, sich mit den liberalen Ideen dieses bedeutenden Historikers auseinanderzusetzen. Davon hat er öfter erzählt. Es war einer der stärksten Eindrücke, die er gehabt hat. So schreibt er einmal an seinen Sohn Jürgen im Jahre 1876: „Wenn Dahlmann uns interessant in Politik und Geschichte seine Ideen vorgetragen hatte, so lief ich Nachmittags auf den schönen Spaziergängen rund um die Stadt einsam umher, um dagegen mich zu sammeln und Hilfe zu finden." Ebenso verzeichnet er in seinen Erinnerungen von 1871, daß diese Kollegs ihn oft „sinnend und trauernd auf den Wall" getrieben hätten. In einem Briefe an Ranke wird ein solcher Einzelfall erzählt. Dabei zeigt sich, daß der pommersche Landratssohn den allergrößten Respekt vor der Gediegenheit des Lehrers hatte, dessen Ansichten ihm vielfach so irrig schienen. „Nach seiner ganzen Art", so schreibt er an Ranke, „kann ich mich wohl fest darauf verlassen, daß er nichts vorträgt, was er aus den Quellen selbst nicht reiflich erwogen hat."

Auch sonst suchte Kleist sich in jeder Weise eine allgemeine Bildung zu verschaffen. So suchte er Alexander v. Humboldt auf, als dieser während jener Zeit in Göttingen die ersten elektromagnetischen Versuche mit dem großen Mathematiker Gauß unternahm. In die Zeit von Kleists Studium fiel (im September 1837) die Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität und (November-Dezember 1837) das die ganze damalige Zeit so bewegende Ereignis der Verjagung der Göttinger Sieben. Bei beiden Vorgängen ist Kleist offen-

bar innerlich nicht sehr beteiligt gewesen, obwohl drei von den sieben Professoren und gerade die bedeutendsten, Dahlmann, Grimm und Albrecht, seine Lehrer waren, und obwohl er gerade bei Albrecht, dem Verfasser der Protesterklärung der Sieben, Staatsrecht belegt hatte. Nirgends findet sich in seinen Briefen und Aufzeichnungen eine Spur davon, daß sie ihn bewegt hätten. In seinen Aufzeichnungen erwähnt er sie nur nebenher. Bei der Vertreibung der Sieben scheint er eine neutrale Stellung eingenommen zu haben [1]) im Gegensatz zu der Mehrzahl der Studentenschaft, die begeistert für ihre Lehrer Partei ergriff. Freilich deutet eine Bemerkung aus einem seiner Briefe vom März 1840, in der es heißt, daß Ernst August Göttingen ruiniert habe, darauf hin, daß er mehr gegen als für ihn Partei genommen hat. Immerhin dürfen wir annehmen, daß er sich damals bereits innerlich mit dem Liberalismus einigermaßen auseinandergesetzt hatte und daher den Willkürakt Ernst Augusts und seiner Trabanten kühler beurteilte als die liberale Welt. Dabei wuchs hier auf hannoverschem Boden sein preußischer Stolz. So schrieb er seinem in eine Pfarrstelle nach Bayern berufenen Freunde Ranke: „Es ist ja doch nicht wahr das: ubi bene ibi patria, und unser Preußen findest du nicht wieder“ [2]).

Der Hauptgrund zu Kleists Teilnahmlosigkeit jenen Begebenheiten gegenüber war jedoch weniger in seinem geringeren Gemeinschaftsgefühl mit der nichtpreußischen Universität und den damit verbundenen Verhältnissen sowie mit dem liberalen Zeitgeist als anderswo zu suchen. Kleist war damals zu sehr mit sich selbst, mit seinem inneren Menschen beschäftigt, als daß die Außenwelt ihn sehr in Anspruch nehmen konnte. Zum ersten Male in seinem Leben war er allein auf sich selbst gestellt. Zwar machte er einige neue Bekanntschaften. So erwähnt er, daß er damals „die Prinzen Hohenlohe“, d. h. den späteren deutschen Reichskanzler Chlodwig Hohenlohe, der da-

[1]) Mitteilung des ältesten Sohnes von Kleist.
[2]) Kleist an Ranke, Sommer 1837.

mals auch in Göttingen studierte, und dessen Bruder Viktor, den späteren Herzog von Ratibor, kennen gelernt habe. Ebenso trat er in eine gewisse nähere Berührung mit dem ihm ungefähr gleichaltrigen späteren Justizminister Leonhardt, der in jener Zeit in Göttingen studierte und großenteils dieselben Lehrer hörte. Am meisten Umgang pflog er noch mit der Familie des Gymnasialdirektors Ferdinand Ranke, eines der Brüder seines Freundes. Namentlich während der Erkrankung eines Kindes des liebenswürdigen Pädagogen kam er mit diesem in engere Beziehung. Auch anderweitig fand er Zerstreuung und Gesellschaft. So hielt er es für zweckmäßig, auf der trefflichen Universitätsmanege Reitunterricht zu nehmen, um sich körperliche Bewegung zu verschaffen, zumal da ihn sein Hämorrhoidalleiden wieder heimsuchte, und öfter ritt er in Gesellschaft eines andern nach dem nahen Seeburg oder einer der „schönen naheliegenden alten Burgen", Burg Plesse, Hardenberg oder Berlepsch. Auch Schwimmen lernte er. Das Gepräge jedoch empfing sein Göttinger Aufenthalt durch die Einsamkeit, in die er sich dort versetzt fühlte. Diese führte ihn zu innerer Sammlung und, nach langem erneuten Ringen um die Gemeinschaft mit Gott, gewissermaßen zu einem Abschluß jener Kämpfe, die er schon als Knabe besonders auf Schulpforta in seiner Brust bestanden hatte, und damit zu einem Wendepunkt seines inneren Lebens. Wir können an der Hand seiner gleichzeitigen Briefe an Ernst Ranke sowie seiner Briefe an seinen zweiten Sohn und sonstiger Aufzeichnungen einen tiefen Blick in die rührenden Seelenkämpfe dieses tiefen, aufrichtigen und tapferen Gemüts tun. Schon im Anfang seiner Göttinger Zeit schreibt er an Ranke, daß es sein heißes Bestreben sei, allen Eigenwillen und alle Eigenliebe zu vernichten. „Vermag ich es nur recht, so werde ich Ruhe und Frieden finden." Damals zuerst begann er nach seinem eigenen Geständnis gründlich in der Bibel zu lesen. Täglich erhob er sich Morgens um 4 Uhr und beschäftigte sich eine Stunde damit zu seiner Erbauung. Nachmittags trieb er eingehendes Studium darin. Zunächst begann er mit dem Neuen Testament. „Dazu habe ich mir den Gerlach gekauft und bin hocherfreut, zum Verständnis des

Ganzen wie Einzelnen recht viel daraus lernen zu können“ [1]). Von „Gerlach“ begeiſtert, ſchenkte er das Werk auch ſeinen Eltern. Vor dem Alten Teſtament empfand er eine gewiſſe Scheu, weil er nicht ganz in ſeinen Sinn einzudringen glaubte. Dazu fehlten ihm, wie er meinte, die archäologiſchen Kenntniſſe und das Verſtändnis des Hebräiſchen. Auch als ihn Ranke auf das Studium des Ewaldſchen Werkes über die Pſalmen hinwies, nahm er dieſes wohl zur Hand, ging aber nicht näher darauf ein, obwohl, wie er erklärte, Ewalds Rationalismus ihn nicht ſchreckte. Man ſieht, er nahm es ehrlich mit ſeinem Bibelſtudium. An den Sonntagen beſuchte er, wie ſich's verſteht, fleißig die Kirchen der Stadt. Ihre Schönheit und Größe ſtanden ihm in einem häßlichen Gegenſatze zu ihrer Leere. Als er am Neujahrsmorgen des Jahres 1837 das Abendmahl begehrte, war er zu ſeinem Schrecken der einzige Gaſt in der Kirche und begrüßte es mit Dankbarkeit, daß der Generalſuperintendent es ihm allein reichte. Aber auch die Geiſtlichen ſagten ihm bis auf einen nicht zu. Umſo befriedigter fühlte er ſich bei ſeinem eigenen Studium der Heiligen Schrift. Zuweilen nahm er religiöſe Werke mit auf ſeine einſamen Spaziergänge und las darin im Schatten einer alten Burgruine im Graſe liegend [2]).

Doch ſollten auch in Göttingen nicht die Stunden der Anfechtung fehlen. Heiterkeit war, wie ihm ſchon auf Schulpforta zum Bewußtſein kam, die Grundſtimmung in Kleiſts Weſen. Mitunter aber ſtellten auch jetzt ſich Zeiten ein, in denen ihn das Gefühl der Sündhaftigkeit übermannte. Es waren wieder durchaus unſchuldige Sachen, die ihm Pein machten und ihn zur Selbſtqual trieben. So ſuchte er immer aufs neue einen Hang zu gutem Eſſen zu bekämpfen. Er flehte inbrünſtig zu Gott, dieſe Luſt am Eſſen in ihm zu tilgen „und ihn eben nur genießen zu laſſen, weil es nötig iſt zum Leben“. Es mag ſein, daß er dem Hange zum Eſſen öfter zu ſehr nachgegeben hat. Aber als er ſeinem väterlichen Freunde Ferdinand Ranke von

[1]) Kleiſt an Ranke, 13. November 1836.

[2]) Kleiſt an ſeinen Sohn Jürgen, 24. Januar 1876.

seinen Gewissensängsten Mitteilung machte, meinte der freundlich, er und ebenso sein Bruder Ernst, der sich in ähnlichen asketischen Gedanken bewegte, gingen wohl etwas zu weit[1]). Das Ergebnis seines vielfältigen Ringens gegen alle Versuchungen verspürte der junge Studiosus allmählich. Er fühlte sich mit der Zeit fester und sicherer, und ein schöner Frieden zog in seiner Brust ein. Er fand, daß er „durch Gottes Gnade den rechten Grund und Boden gefunden habe, auf dem allein der Sieg möglich sei[2])". Dann sang er wohl „seelenvergnügt muntere Lieder", ja seine Gedanken wurden „in selbst komponierten Melodien laut". „Freilich möchten andere die Regeln meines Generalbasses nicht gelten lassen", fügte er launig hinzu[3]). „O, es gibt Augenblicke der Seligkeit, wo man den Strom der Liebe leibhaftig zu sich herniederfließen fühlt. Möchte man doch alle Herrlichkeit der Welt für einen solchen Augenblick nicht hingeben[4])!"

So wurde der Aufenthalt in Göttingen für Kleist eine Quelle schönster Erinnerungen. Schon im Juli 1840 erklärte er Ranke: „Wie mir gerade ein zurückgezogenes Leben förderlich, ja notwendig ist, das habe ich lange erkannt, darum ist mir Göttingen so überaus wert geworden." Ebenso gestand er seinem zweiten Sohne im Jahre 1876, daß er die Frucht seiner Göttinger Glückseligkeit fürs ganze Leben empfunden habe. Und ein ander Mal, in seinen Aufzeichnungen von 1871: die Einsamkeit, in der er in Göttingen gelebt habe, hätte ihn näher zu seinem Gott geführt.

Diese Versenkung in Gott hatte nun aber auch das zur Folge, daß Kleist sich von dem Treiben der Welt gar sehr abschloß und stetig geringeres Verständnis für das allgemeine geistige Leben zeigte. Von dem Studium der Klassiker der alten Welt oder der neueren Dichtung, zu dem es ihn noch während seiner Dienstzeit so hinzog, ist jetzt bald nur noch wenig die Rede.

---

[1]) Kleist an Ernst Ranke, Sommer 1837.
[2]) Kleist an Ernst Ranke, 10. September 1837.
[3]) Kleist an Ernst Ranke, 3. April 1837.
[4]) Kleist an Ernst Ranke, 28. Januar 1838.

Noch zu Anfang des Jahres 1838 glaubte er sich, wie er an Ranke schreibt, ohne gerade Hegels Schriften selbst gelesen zu haben, als Schüler Hegels fühlen zu dürfen. Den Pantheismus der Hegelianer zwar lehnte er ab als „unverträglich mit dem Wort des Herrn". Die konservative Staatsgesinnung, die er in der Hegelschen Lehre und bei dessen rechtsstehenden Schülern vertreten fand, wird es ihm angetan haben. Die konservativen Anschauungen der historischen Rechtsschule und der Althegelianer wurden ihm unverlierbares Besitztum.

Sein Aufenthalt in Göttingen sollte im Herbst 1837 abgelaufen sein. Er war jedoch noch einmal um Verlängerung der Erlaubnis dort zu studieren eingekommen. Seine Eltern wünschten auch, daß seinem Gesuche stattgegeben würde, weil die Cholera in Berlin ausbrach. Schließlich muß Sanctus Bureaucratius borussicus es über sein Gewissen bekommen haben, den jungen Studiosus noch ein ganzes Semester der Georgia Augusta zu belassen. Dann kehrte Kleist von da zurück, um noch ein letztes Semester in Berlin zuzubringen.

Am 16. März 1838 in Göttingen exmatrikuliert, wurde er am 8. Mai wieder an der Berliner Universität aufgenommen. Er hörte noch vier Vorlesungen, u. a. bei dem radikalen Junghegelianer und Gegner Savignys, sowie der historischen Schule, Eduard Gans, preußisches Landrecht und — ein Beweis dafür, daß er selbst in seinem letzten Semester noch Sinn hatte, sich näher mit Dingen zu befassen, die außerhalb seines Faches lagen — Technologie bei dem berühmten Physiker F. G. Magnus.

Dieses letzte Semester verlebte er wieder mit Portenser Freunden zusammen. Wunderlich trat ihm jetzt näher und bezog mit ihm eine gemeinschaftliche Wohnung am Hackeschen Markte Nr. 5. Der dritte im Bunde war Gustav Lepsius. Gegen diesen hatte Ranke eine Abneigung. Kleist jedoch suchte ihn zu verteidigen. Er ließ auch nicht davon ab, als Lepsius ihm den Kummer bereitete und ihn nicht auf seinen Gängen in die Spittelkirche zu Lisco, die er wieder mit großer Freude aufnahm, begleitete. Durch Wunderlich wurde Kleist damals mit Otto de la Croix, dem späteren Ministerialdirektor im Kultusministerium, bekannt und fürs Leben befreundet. Schnell

war das Semester um. Am 2. August 1838 wurde er exmatrikuliert und am 11. August bestand er bereits das Examen als Auskultator. So hieß bis zum Jahre 1869 die erste Stufe in der preußischen Verwaltungslaufbahn. Weit davon entfernt, nun einmal auszuspannen, war er von dem sehnlichen Wunsche durchdrungen, sich weiter in seinem Fache auszubilden. Gleichsam um sich gegen die Versuchung zu wappnen, sich einem bequemen Landleben hinzugeben, faßte er diese Weiterbildung sofort fest ins Auge, indem er seinem „lieben lieben Ranke" mitteilte: „So viel ist gewiß, daß ich vor allem anderen weltlichen Beruf erst ein tüchtiger Jurist werden will [1])."

Für einige Wochen reiste er nach Kieckow und Reinfeld. Mitte Oktober war er wieder in Berlin und ging dort sogleich mit Eifer dem Dienst nach. Zwar befriedigte ihn die erste Tätigkeit am Kriminalgericht nicht. Aber er ließ sich nicht abschrecken. „Ich weiß ja wohl, daß man sich des Grabens unterziehen muß, um Schätze zu finden," meinte er deswegen gegen seinen „lieben Ernst", und nahm sich vor, auch das Unbedeutende „mit herzlicher Liebe" zu ergreifen. Zuweilen hatte er recht viel zu tun. Auf der Zivilstation konnte er eine ziemlich selbständige Tätigkeit entfalten [2]). Er scheint sich auch unter seinen Berufsgenossen eine Stellung verschafft zu haben. Denn als sein Direktor im Sommer 1840 das Jubiläum als fünfundzwanzigjähriger Vorsteher des Stadtgerichts feierte, erhielt Kleist den Auftrag, den würdigen Herrn im Namen der Auskultatoren zu beglückwünschen [3]). Bei der juristischen Ausbildung ließ er es aber nicht bewenden. Vielmehr fuhr er fort Vorlesungen bei Leopold Ranke zu hören; so erlaubte ihm dieser im Sommer 1839 den Besuch seines Kollegs über neuere Geschichte. Es war das für Kleist „die liebste Vormittagsstunde", und es verdroß ihn sehr, wenn er einmal zur Vertretung eines

[1]) Kleist an Ranke, 12. August 1838.
[2]) Aufzeichnungen 1871.
[3]) Kleist an Ranke, Juli 1840.

Kollegen gezwungen war und deswegen die Vorlesung aufgeben mußte. Außerdem suchte er jetzt, wenn auch, wie das bei dem Schüler eines so ausgesprochen humanistischen Gymnasiums wie Schulpforta nicht wunder nehmen kann, ohne inneren Trieb, nachzuholen, was er im Französischen versäumt hatte. „Ich muß jetzt mit aller Gewalt das bis dahin so schnöde behandelte Französisch treiben. Ich muß, denn es ist wohl schwer, diesem Studium große Lust abzugewinnen" schrieb er[1]). Zu diesem Zwecke abonnierte er sich im französischen Theater.

Auch politische Interessen begann er jetzt zu betätigen. So sammelte er unter seinen Freunden für die „unglücklichen Neuenburger". Gegen den Katholizismus empfand er gewisse aggressive Neigungen. Denn zu seinem „treuen Ernst", der um diese Zeit Pfarrer in Buchau bei Kulmbach wurde, meinte er gelegentlich unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß dessen Bruder Heinrich durch seinen Beruf noch in Bayern gefesselt würde, das habe auch sein Gutes, weil es zur Eindämmung des Katholizismus beitrage[2]). Lebhaft bewegte ihn der Streit der preußischen Krone mit dem tückischen polnischen Erzbischof Dunin. Das Ereignis zwang ihn zum ersten Male näher über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nachzudenken. Bald nach der Absetzung Dunins, am 2. Juli 1839, schrieb er an Ranke, angeregt durch diesen: „Wohl ist das richtige Verhältnis zwischen Staat und Kirche bis jetzt noch nicht gefunden, wenigstens noch nicht zur Erscheinung gekommen, und oft liegt es mir recht schwer und drückend auf dem Herzen, wie da Hilfe zu schaffen sei. Aber die Arbeit erfordert eines Menschen Leben und eines ganzen Mannes geistige Kraft, wie ich sie einmal in mir Schwachen wahrlich nicht fühle. Ich habe zwar den festen Willen, später auch gerade darauf vorzüglich meine Studien und meine Bestrebungen zu richten. Aber gegenwärtig muß ich mich durchaus bescheiden, noch fern davon zu bleiben." Es liegt etwas von einer Ahnung seines späteren Lebens in diesen Worten

[1]) 8. Februar 1839.

[2]) Kleist an Ranke, 8. Februar 1839.

des vierundzwanzigjährigen jungen Mannes, der vor wenigen Monaten mit dem Vater seinem ursprünglichen Familiennamen den Namen Retzow hinzugefügt hatte. Er fühlt, daß es die Quadratur des Zirkels ist, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu regeln. Aber schon jetzt nimmt er sich vor, einmal das Seinige zu tun, um dieses Problem der Lösung näher zu führen; und in hohem Alter sollte er, als dieser gewaltigste Streit um die Macht im neugegründeten Deutschen Reiche wieder auflebte, in diesen hineingezogen werden wie wenige Menschen.

Einen sehr breiten Raum während seiner Ausbildung als Auskultator nahm, wie wohl schon während seiner ersten Berliner Studienzeit, die Geselligkeit ein. Durch seinen Vetter Adolf, den Vizepräsidenten beim Obertribunal, wurden ihm einzelne der großen Häuser des vormärzlichen Berlin erschlossen, so das des Polizeiministers v. Rochow. Wohler als hier fühlte er sich in dem Hause des Professors der Theologie Twesten, in das ihn Gustav Lepsius eingeführt zu haben scheint. Mit Lepsius setzte er nämlich ebenso wie mit Wunderlich die Garçonwirtschaft seines letzten Semesters bis zum April 1840 fort. Von Twestens aus kam er in das Haus des Ministerialdirektors Eichhorn, der bald darauf von Friedrich Wilhelm IV. zum Kultusminister berufen wurde. Beide Häuser waren damals in Berlin besonders beliebt. Ebenso gelangte er von Twesten zum Obertribunalpräsidenten Sack. Heimatliche Beziehungen scheinen ihn in das Haus eines Bankiers Oppenheim geführt zu haben. Bei weitem die stärksten Eindrücke empfing er auf den Twestenschen „offenen Abenden". Gleich zu Anfang geriet er dort in einen überaus anregenden Kreis. War doch Leopold Ranke, der Philologe Lachmann und die Familie Eichhorn dort. Mit gespanntem Interesse hörte der junge Auskultator den Unterhaltungen der Berühmtheiten zu. So erzählte er in einem Briefe an Ranke, daß Lachmanns Äußerung, die damalige Zeit sei faul, an jenem Abend allseitig Widerspruch geweckt habe. „Eichhorn verteidigte mit Feuer und Glück die gegenwärtige Zeit, bedauerte Lachmann wegen einer solchen Lebensansicht. Dein Bruder als Geschichtsforscher stellte sie über alle Zeiten, wies überhaupt von jeglicher Zeit das Bezeichnungs-

wort ‚faul‘ zurück und gab auch der unſeren zu den vorigen ihre richtige Stellung, wo er freilich die gänzliche Unproduktivität in der Poeſie ihr vorwarf.“ Mit dieſem Abend verglich er die Abende bei Rochow: „Da ſollte im Kreiſe der Regierer des Staats die Weisheit ſitzen, aber einen ſolchen Abend bei Tweſten gegen zehn beim Miniſter, wenn überhaupt eine Vergleichung zuläſſig wäre! Man kann ſich an einem Geſicht wie das von Eichhorn, deinem Bruder ꝛc. nicht ſatt ſehen, immer wieder wird man angezogen, durch die Augen hindurch ins tiefſte Innere hineinzuſchauen.“ Eichhorn hatte ihm ſo gefallen, daß er geſtand, er wünſchte wohl bei ihm im Hauſe zu verkehren und zwar näher. „Aber ich habe mir feſt vorgenommen, die Burg durchaus nicht mit Gewalt zu erſtürmen.“ Später kam er dann auch dorthin. Auf einem Balle bei Tweſtens ſchloß er Freundſchaft mit einer jungen Geheimratstochter, die er bei Sacks kennen gelernt hatte, einer Verwandten des Eichhornſchen Hauſes. Es ſcheint das erſte und das letzte Mal vor ſeiner ſehr viel ſpäter erfolgenden Verlobung geweſen zu ſein, wo ſein Herz etwas engagiert war. Er fand, daß das junge Mädchen — es hieß Erbkam — „ganz das liebe tiefe Gemüt“ der Eichhorns habe. Wir erfahren auch, wodurch er ſich zu der jungen Dame hingezogen fühlte. Der Vorgang iſt durchaus charakteriſtiſch für ihn. „Schon aus der einen Antwort, die ſie mir auf meine halb ſcherzhaft hingeworfene Äußerung ‚ſie habe wohl nie eine Urſache ſich zu ſchämen‘ gab: ‚Wir hätten wohl alle dazu täglich recht vielfach Urſache‘ wirſt du“, ſo ſchrieb er an Ranke, „erſehen, wie man ſelbſt an jenem Abend mitten unter dem Lärm ein ernſtes, förderndes Geſpräch mit ihr führen konnte.“ Auf einem Maskenball im Schauſpielhauſe, wo das Fräulein wieder mit Eichhorns erſchien, verſäumte er nicht, ihr in Verſen ſeine Huldigung darzubringen. Die kleine Courmacherei ſcheint nicht unbeachtet geblieben zu ſein, denn einige Tage darauf wußte auch Leopold Ranke darum.

Der ernſtgerichtete junge Mann wurde allmählich von dem Strudel der Geſelligkeit ſo erfaßt, daß er es mit einem richtigen Geſellſchaftshelden aufnehmen zu wollen ſchien. Seine Teil-

nahme daran zeigt ihn in einem kindlichen harmlosen Lichte. Im Winter des Jahres 1840 beteiligte er sich bei seinem französischen Lehrer an der Aufführung französischer Schauspiele, die „unter allgemeinem Jubel eines zahlreich versammelten Publikums" stattfanden. Einmal waren es Molières „Fourberies de Scapin", das andere Mal Bayards „Vorleserin", was man zur Aufführung gewählt hatte. In „La Lectrice" gab Kleist die Rolle eines alten blinden Kapitäns. „Ich hatte mich in meinen Schiffskapitän so hineingespielt, daß ich wirklich ganz angegriffen war," bemerkte er in seinem Briefe an Ranke darüber und fährt dann fort: „Dies letzte Stück spielte gerade am Abend vor Fastnacht. Sowie es vorbei war, zogen Lepsius, Wunderlich und ich noch als die heiligen drei Könige verkleidet zu dem Präsidenten Meusebach." Diesem geistreichen Sammler, der den jungen Leuten manches von den lustigen Fastnachtsscherzen am Rhein erzählt hatte — er kannte sie gar wohl aus seiner jungen Zeit in Koblenz — und dessen „jugendlich-kindlichem Gemüt", wie Kleist sein Wesen kennzeichnet, es einen Hauptspaß zu bereiten pflegte, die jungen Leute recht derb zu necken, brachten die drei Gefährten mit launigen Versen allerhand Gaben dar.

Bei der Natur Kleists, die wir kennen, vermag es nicht wunder zu nehmen, daß dieses mitunter auch recht schale Gesellschaftstreiben ihn auf die Dauer nicht befriedigte. Zwar war er nebenher stets seinen religiösen Neigungen weiter nachgegangen. Einer seiner ersten Gänge in der Auskultatorzeit war zu Baron Kottwitz am Alexanderplatz gewesen, zu dem ihn mannigfache Fäden hingeleitet haben mögen. Am ersten ist anzunehmen, daß er durch Herrn v. Senfft-Pilsach, der von Kottwitz in früheren Jahren Anregungen empfangen hatte, auf ihn gelenkt worden ist[1]). Kottwitz, dieser merkwürdige Mann, einer der namhaftesten Vorläufer der inneren Mission, wie er denn alle jene Arten der Liebestätigkeit entfaltete, die

[1]) Über Kottwitz vgl. J. L. Jacobi, Erinnerungen an Baron Kottwitz. Halle 1882. — Leopold Witte, Das Leben Tholucks Bd. I. Bielefeld u. Leipzig 1884. — Wichern, Briefe und Tagebuchblätter. — F. Oldenberg, J. H. Wichern. Hamburg 1884.

ſpäter die innere Miſſion planmäßig organiſierte — er nahm ſich der ſchleſiſchen Webernot an, ſchuf ein Heim für heimatloſe Großſtädter, ſorgte für Unterbringung verwahrloſter Kinder — ſtand damals ſchon in hohem Greiſenalter und iſt bald danach (1843) geſtorben. Kaum hat er noch jenen überwältigenden Eindruck zu machen vermocht, wie noch etwa zwei Jahrzehnte vorher auf Männer wie Tholuck und Stier. Damals ſchrieb Tholuck über die Stunden im Kottwitzſchen Hauſe: „Was ich hier empfand, das faſſen menſchliche Worte nicht, denn es floß von einer höheren Region aus. Es ging gleichſam wie ein mildes heiliges Weſen von dem Jünger aus und verbreitete ſich über alle Gegenwärtigen. Wie Glockengeläut tönten die Geſpräche in meinem Innern nach.“ Ebenſo rief ein anderes pietiſtiſch angelegtes Gemüt, Stier, aus: „Wenn der Herr ſo in ſeinen Jüngern iſt, wie wird er ſelbſt ſein!“ Aber auch Kleiſt wurde ſehr berührt von dem Kottwitzſchen Weſen. Er berichtete über ſein Bekanntwerden mit der vielverehrten Patriarchengeſtalt an Ranke[1]): „Ob ich Dir ſchon mitgeteilt habe, daß Lepſius und ich ihn aufgeſucht haben? ohne andere Empfehlung als den Wunſch, ihn kennen zu lernen, häufiger um ihn zu ſein, von ihm lernen zu können, und daß er uns ſo freundlich und herzlich aufgenommen hat. Was iſt das für eine ehrwürdige Geſtalt. Bei dem ſehr ſehr hohen Alter und bei der dadurch ſichtbar herbeigeführten körperlichen Schwäche noch ſolche geiſtige Friſche und Kräftigkeit. Eine große majeſtätiſche Figur, ein ſo ruhiges, durch tauſend Stürme bewährtes, liebevolles Auge. Alles, was er denkt und tut, ſeinem Gott ergeben. In alle menſchlichen Verhältniſſe einen ſo klaren und tief chriſtlichen Blick. Er hat Gottes Führungen in ſeinem langen Leben ſo recht erkennen und preiſen lernen.“ Er beſuchte Kottwitz öfter an Sonntagnachmittagen, und es iſt ganz zweifellos, daß er hier mannigfache Anregungen für ſein ſpäteres Tun empfangen hat. Auch mancherlei Anſchauungen Kleiſts mögen hier beeinflußt worden ſein. So war Kottwitz ſehr gegen den Freimaurerorden ein-

[1]) Kleiſt an Ranke, 8. Februar 1839.

genommen, gegen den Kleist später heftig kämpfte. Auch der Brüdergemeinde mag Kleist durch ihn nahegebracht worden sein; war doch Kottwitz von dieser ausgegangen.

Daneben fuhr Kleist fort, sich durch religiöse Schriften weiter zu bilden. So erquickte er sich an Lavaters aphoristischen Gedanken in der Christoterpe von 1833. Hin und wieder stärkte er sich auch an einem Aufsatze der Hengstenbergschen evangelischen Kirchenzeitung, der wir damals zuerst bei ihm begegnen. Noch mehr aber erfreute er sich an den „Vater-Unser-Predigten" von Ludwig Harms, der dem Kreise der Erweckten zuzuzählen ist. „Ach was sind die wunder-wunderschön!" rief er nach dem Lesen jener Predigten in fast kindlich anmutender Schwärmerei aus. Von Predigern hörte er gelegentlich den rhetorisch so begabten Theremin. Er fand, daß Theremin „recht christlich und wahrhaft bewegend" spräche, aber „erweckt" wäre er nicht durch ihn. Mehr zog ihn Otto v. Gerlach in der Elisabethkirche an.

So viel ernste Anregung Kleist mithin auch hatte, so gaben sie ihm doch nicht dasjenige Gegengewicht, dessen er in seinem Innern bedurfte, um Behaglichkeit der Seele zu empfinden. Daher kehrten schließlich die trüben Stimmungen wieder zurück, von denen er sich durch anhaltendes Ringen mit sich selbst in Göttingen zu befreien gewußt hatte. Er merkte, daß das weltliche Treiben von ihm sehr Besitz nahm. Infolgedessen klagte er sich bitter an: „Es ist noch ein jämmerlich Ding mit meinem Christentum, eine tote Gewohnheit, ein eitles Gerede." In seinen Gewissensängsten flüchtete er sich gewöhnlich zu seinem „Herzens-Ernst" und beichtete ihm sein Leid und seine Sünden. „Du bist es überhaupt", so gestand er ihm, „nächst meinen Eltern und meiner Schwester, zu dem meine Gedanken sofort eilen, wenn ich mich in der Welt zurückgestoßen fühle und das dadurch zur Selbstprüfung — und damit ja auch von selbst zur Selbstanklage geführte Herz Trost im Bewußtsein solcher Liebe empfängt." Er konnte nicht genug Fehler in sich entdecken. Wieder führt er in erster Linie seine „Unmäßigkeit" an. Aber auch Zorn und Eitelkeit registriert er. Zerknirscht gestand er sich, daß „alle äußeren

Mittel, aller menschliche Zwang, Tagebücher, Gottesdienste, ja selbst Gebete" ihm nicht hülfen, den alten Adam zu besiegen. Er kam sich recht zerfahren vor. In solchen Stimmungen besann er sich darauf, wie wohltuend ihm die Göttinger Einsamkeit geworden war, und so faßte er wieder den Entschluß, das Berliner zerstreuende Leben zu fliehen und an einen Ort zu gehen, wo er mehr Sammlung fände.

Anfänglich dachte er an Arnsberg. Von dort aus wollte er einige Zeit an den Rhein gehen, um das rheinische Verfahren zu studieren. Dann aber kam er, zumal da Arnsberg etwas zu weit schien, auf den Gedanken, nach Ablegung des Referendarexamens sich nach Frankfurt an der Oder versetzen zu lassen. Dahin zog ihn vor allem die Persönlichkeit des Vizepräsidenten am dortigen Appellationsgericht Ludwig v. Gerlach, auf die ihn der Freund seines elterlichen Hauses Herr v. Senfft-Pilsach hingelenkt hatte. „Ich habe mir vorgenommen, meinen Umgang so gut wie ganz auf sein Haus zu beschränken," schrieb er an Ranke. Zwar verzögerte sich sein Referendarexamen, insbesondere weil er zu militärischen Übungen einberufen wurde. Aber schließlich war auch diese Staffel überwunden, und bald darauf erfolgte seine Versetzung seinem Wunsche gemäß. Am 4. Mai 1841 wurde Hans v. Kleist-Retzow als Referendar beim Oberlandesgericht in Frankfurt eingeführt. —

Die sieben Vierteljahre, die Kleist in der alten märkischen Oderstadt, wo der Größte seines Geschlechts das Licht der Welt erblickte, zubringen sollte, wurden die entscheidendste Zeit für seinen inneren Entwicklungsgang. Hier vollendete sich das, was im Elternhause als Keim in seine Brust gesenkt war und was in Göttingen zuerst bewußt in ihm sich auslöste. Den meisten Anteil daran hat der Präsident Ludwig v. Gerlach gehabt.

Wir müssen einen Augenblick bei diesem außergewöhnlichen Menschen verweilen. Er hat eine große Rolle in der neueren Geschichte Preußens gespielt als Rundschauer der Kreuzzeitung und als Bekämpfer der Bismarckschen Politik. Neuerdings ist seine Persönlichkeit durch verschiedene Veröffentlichungen poli-

tischer Papiere, so besonders aus der Bismarckliteratur, den Denkwürdigkeiten seines Bruders, des Generals Leopold, und zuletzt aus seinen eigenen Tagebüchern in ein helleres Licht gerückt worden [1]). Für diejenigen, welche ihn als politische Erscheinung zu erfassen suchen — und sie werden die Mehrzahl bilden — kann der Eindruck seines Wesens in der Totalität im wesentlichen nur unerfreulich sein. Anders dagegen fällt das Urteil aus, wenn man diese paradox angelegte Natur als selbstlosen, idealistischen und festen Charakter zu würdigen sucht. Das zeigt z. B. die Analysierung seiner Persönlichkeit durch Erich Haupt in den ehemaligen Beyschlagschen deutsch-evangelischen Blättern [2]). Was mir bisher noch nicht genügend geschehen zu sein scheint, das ist die Hervorhebung des ungewöhnlichen Einflusses, den dieser „Säulenheilige", wie ihn Bismarck später nannte, auf namhafte Männer ausgeübt hat. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß er auf den Größten seiner Zeitgenossen, auf Bismarck, nicht nur recht anregend, sondern anfangs auch vielfach bestimmend wirkte. Hören wir, was der spätere Geheimrat Schede, ein sehr urteilsfähiger Kopf, der im Jahre 1833 unter Gerlach in Halle als Auskultator arbeitete, von ihm sagt [3]). Er berichtet, daß Gerlach sofort auf ihn einen gewaltigen Eindruck gemacht habe. „Im Kollegium des Landgerichts war er fast von lauter Gegnern umgeben, hatte sie aber als Jurist sämtlich an seine Leitung gewöhnt, ich möchte sagen: mit fester Hand am Zügel eingefahren. Nichts war ihm lieber, als der Widerspruch einiger junger, gut geschulter und begabter Assessoren und der Kampf mit diesen. Aber seinem Geist und seinen Gaben vermochten sie nicht zu widerstehen. Es war eine Lust ihm zuzuhören. In seinem Hause war der Eindruck von der Bedeutung seiner Person und der Einheit seines ganzen Wesens und Lebens freilich noch viel gewaltiger. Mir war

[1]) Ernst Ludwig v. Gerlach. Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken 1795—1877. Herausgegeben von Jakob v. Gerlach. 2 Bände. Schwerin 1903.

[2]) 29. Jahrgang (1904). Ludwig v. Gerlach als religiöser Charakter.

[3]) Hermann Schede. Erlebtes und Erstrebtes. Aus dem Leben eines alten Berliners. Handschriftlich.

noch nie ein Mensch begegnet von solchem Schwergewicht der persönlichen Erscheinung." Dabei hatte Schede in näherem Verkehr mit Schleiermacher gestanden und war stark von ihm berührt worden. Ähnlich wie Schede äußerte sich der spätere bekannte Professor der Theologie Kahnis über den Präsidenten. Er sagt, Gerlach hätte eine beherrschende Stellung in einem Kreise jüngerer Männer eingenommen. „Die Funken seines reichen Geistes fielen zündend in ihre Seelen[1])." Auch der Tribunalpräsident Goetze wußte von dem starken Einfluß Gerlachs auf ihn zu berichten[2]). Clemens Brentano gestand seinem Freunde Goetze: „Ludwig (Gerlach) war mir vom ersten Augenblick eine bange Erscheinung[3])." Darin deutet sich die geistige und dialektische Überlegenheit des Präsidenten an, die auf manchen niederdrückend wirken mochte. Selbst ein Mann von der geistigen Freiheit Wicherns fühlte sich noch im Jahre 1850 von der Persönlichkeit des Präsidenten stark berührt, so daß er sich veranlaßt fand, diesen unerbittlichen Doktrinär einen „wahren Volksmann" zu nennen, dessen Wert erst eine künftige Zeit würdigen würde[4]).

In dieses Mannes unmittelbare Nähe kam jetzt Kleist. Er fand ihn gleich so „herzlich und teilnehmend als wären wir alte Bekannte[5])". Der Präsident nahm ihn sofort auf eine viertägige Inspektionsreise mit, auf der das große Zuchthaus zu Sonnenburg in Augenschein genommen wurde. Offenbar war es der Ausdruck des Wohlgefallens, wenn Gerlach dem jungen Referendar drohte, er würde ihn jetzt regelmäßig auf seinen Inspektionsreisen als Protokollführer mitnehmen. Und in der Tat machte er diese Drohung wahr. Außer bei den Gerichtssitzungen gewann der Präsident dann noch besonders Einfluß auf das nach Geist und Gemüt noch recht bildsame Wesen seines Zöglings bei einem alle Woche

[1]) F. J. Winter, Kahnis. Leipzig 1896.

[2]) (M. u. G. Goetze.) Unsere Voreltern u. unsere Eltern. Wernigerode 1895.

[3]) Ebenda S. 110.

[4]) Briefe u. Tagebuchblätter Wicherns. Hamburg 1901. 15. Juli 1850.

[5]) Kleist an Ranke, 6. Juni 1841.

in seinem Hause stattfindenden Referendarabend, bei dem er die jungen Leute im Disputieren zu üben suchte. Sie schlossen sich an Vorträge juristischen, meist staatsrechtlichen Inhalts an. Mit Vergnügen erinnerte sich Gerlach selbst noch in späterer Zeit dieser Abende und erklärte Kleist wohl voller Zärtlichkeit: „Sie waren in Frankfurt ein so wesentliches, so liebes Stück unseres Lebens." Kleist selbst hat immer das Bewußtsein gehabt, daß er kaum einem Menschen so viel verdanke, wie gerade Ludwig Gerlach. Er hat das u. a. noch kurz vor seinem Tode auf dem Krankenbette gesagt [1]). Dem entspricht, was in der Geschichte seiner Familie angegeben wird. Er lernte von ihm, wie er sagt: „die hohe Achtung vor der Geltung des Rechts, die treue Geistesarbeit, dasselbe im konkreten Falle zu finden, die unbedingte Selbständigkeit der Gesinnung in seiner Bewahrung, die Geltendmachung der kirchlichen Weltanschauung im ganzen — auch im öffentlichen Leben." Die letzten Wendungen decken sich dem Sinne nach wohl mit dem, was Kahnis über Gerlach in dieser Beziehung sagt: „Es war besonders der Gedanke des christlichen Staats, für den er einzunehmen wußte." Irren wir nicht, so ist hier der springende Punkt in der Einwirkung des Präsidenten auf Kleist zu suchen. Hier in Frankfurt vollzog sich jene eigentümliche Verschmelzung des pietistischen Wesens mit dem politischen Denken und Empfinden, das Kleist charakterisiert. Aber auch die reinjuristische Denkweise Kleists erhielt durch Gerlach die Richtung auf das Staatsleben. Das hat er selbst, als er die Einrichtung des Reichsgerichts in Leipzig im Reichstage bekämpfte, hervorgehoben [2]).

Aber noch andere Bekanntschaften machte Kleist in Frankfurt, die für sein Leben von Bedeutung werden sollten. Vor allem lernte er hier Hermann Wagener, den späteren Kreuzzeitungsredakteur und Freund Bismarcks kennen, der wie er Referendar am Oberlandesgericht war. Sie traten sich bald nahe. Kleist erklärte den ihm im Alter nur um etwas über

---

[1]) Mitteilung seines ältesten Sohnes.

[2]) Sten. Ber. R.T., 19. März 1877, S. 243.

drei Monate nachſtehenden Wagener für den „ſchärfſten Kopf“ im Kreiſe ſeiner Altersgenoſſen. Augenſcheinlich richtig ſagte er von ihm: „Er neigt nur leicht zur Diskuſſion mehr ſpitzer als wichtiger Fragen. Doch beſitzt er ein liebenswürdiges Feſthalten am Wort, ja am Buchſtaben, das nur bisweilen eben dadurch umſchlägt und ihn zu ſpitzigen Erklärungen zwingt“ [1]).

Wagener kam mit Kleiſt viel auf einem ſogenannten theologiſchen Abende zuſammen, der zu Anfang des Jahres 1842 begründet wurde und wie der Referendarabend allwöchentlich ſtattfand. Ihm gehörten noch der Predigtamtskandidat Karl Jahn, der als Schwerinſcher Hofprediger ſtarb, ein Predigtamtskandidat Roquette, wohl ein Bruder des Dichters Otto Roquette, der damals das Gymnaſium zu Frankfurt beſuchte, und zwei weitere Kandidaten an. „Roquette“, ſo ſchreibt Kleiſt, „iſt der lebendigſte und beweglichſte unter uns, hat aber einen Anflug von Rationalismus. Das iſt mit die Urſache, warum er durch die ſich ihm entgegenſtellende Oppoſition am meiſten Lebendigkeit in unſere Abende, aber auch leicht Streit in ſie bringt.“ Die jungen Leute laſen auf jenen Abenden die ſymboliſchen Bücher in der Urſprache. „Das Geſpräch umfaßt aber oft alle möglichen wichtigen kirchlichen Fragen. Sie haben nur noch zu wenig einen erbaulichen Charakter“ berichtete Kleiſt ſeinem Ranke. Auch der Bruder Karl Jahns, die originelle Perſönlichkeit des ſpäteren Leiters der Züllchower Miſſionsanſtalten bei Stettin, Guſtav Jahn, der als Dichter und Volksſchriftſteller im Stile des Wandsbecker Boten unter dem Namen Schulze Gottlieb bekannt wurde, lernte Kleiſt damals kennen. Guſtav Jahn war zu jener Zeit noch wie ſein Vater Gerber. Er las Kleiſt und deſſen Freunden ſein „Hohes Lied“ vor [2]). Wichtig war für Kleiſt ferner der Umgang mit dem Bruder ſeines Präſidenten, dem Chef des Generalſtabs des 3. Armeekorps, Oberſt Leopold von Gerlach. Damals befand ſich das Generalkommando dieſes Korps noch in Frankfurt. Der kommandierende General war zu jener Zeit General-

[1]) Kleiſt an Ranke, 13. September 1842.

[2]) Aufzeichnungen 1871.

leutnant v. Thile, der Bruder des Kabinettsministers und Vertrauten Friedrich Wilhelms IV. und Vater des Staatssekretärs Hermann v. Thile, ebenso wie der Kommandeur des Leibregiments daselbst, Oberst v. Schmeling, ein sehr christlich gesinnter Mann, wie Kleist mit Freuden erfuhr. Dem Obersten v. Schmeling half Kleist einen Krankenverein gründen. Unter den Mitgliedern des Oberlandesgerichts nennt er den Oberlandesgerichtsrat v. Caprivi, den Vater des späteren Reichskanzlers, und andere als geschickte Juristen. Dagegen kam ihm der Präsident des Gerichtes, Scheller, lebern vor. Ein für sein Wesen bezeichnender Zug ist es, daß er sich dem Prediger des Arbeitshauses als Vorsänger der Gefangenen beim Gottesdienste zur Verfügung stellte [1]).

Mit der Welt außerhalb Frankfurts kam er durch eine im Sommer 1841 unternommene Reise durch die Sächsische Schweiz, Schlesien und einen Teil Böhmens in Berührung. Sie geschah zusammen mit Gustav Lepsius sowie den Referendaren de la Croix aus Berlin und v. Richthofen aus Breslau. In Prag kehrte die Reisegesellschaft um, weil ihr das Geld ausging. Bei einem Besuch der Heimat während des Sommers 1842 unternahm Kleist mit Schwager, Schwester und deren Tochter Johanna eine kleine Reise nach Danzig, bei der er sich an den schönen Bauwerken der alten Hansestadt lebhaft erfreute. Die größte Freude bereitete es ihm freilich, die Lebendigkeit seiner kleinen Nichte zu beobachten [2]).

Durch seinen Aufenthalt in der Heimat empfing seine pietistische Richtung neue Nahrung. „Auch Schuberts liebe Seele ist uns während meiner Anwesenheit in Kieckow recht nahe getreten" meldete er seinem „geliebten Ranke". „Wir hatten seine Lebensbeschreibung von Oberlin gerade dort; ich las sie einer meiner Cousinen während einer kleinen Reise im Wagen vor, und sie und ich und der Kutscher weinten dabei um die Wette." Die ganze Einrichtung seiner Lebensweise

[1]) Gensichen, Hans v. Kleist-Retzow. Berlin 1892. S. 9. Wohl nach einer Mitteilung der Gebrüder Jahn.

[2]) Kleist an Ranke, 13. September 1842.

aber bestimmte in dieser Zeit ein Buch, das er noch in Berlin gelesen hatte: das von Uhden herausgegebene Leben des kindlich gläubigen Bekämpfers der Sklaverei und Vorkämpfers der Sonntagsruhe in England, William Wilberforce. Dies hatte in ihm eine „Sehnsucht nach dem Sonntagsglück", das Wilberforce empfunden hatte, wachgerufen. In Frankfurt nahm er sich fest vor, „keinen Sonntag mehr zu gewöhnlichen Arbeiten zu verwenden". Das Beispiel, das ihm Gerlach gab, bestärkte ihn darin. Seitdem erschienen ihm die Sonntage „wie die grünen wasserreichen Inseln in der Wüste" [1]). Er wußte, daß Ranke, dem er dies schrieb, früher nicht mit ihm in dieser Frage übereingestimmt hatte: „Ich weiß wohl, wie du mir einst im Tiergarten bei einem unserer Nachmittagsspaziergänge die Zweckmäßigkeit oder doch die Notwendigkeit des Sonntags ganz hast absprechen wollen. Du wirst aber, seitdem du Pfarrer bist, gewiß anderer Ansicht geworden sein." So wenig verständlich diese pedantische Ausdehnung der Sonntagsfeier auf die privaten Verhältnisse den meisten erscheinen wird, diese grundsätzliche Stellung Kleists ist für seine spätere Tätigkeit ungemein lehrreich. Hier sind die Keime seiner unermüdlichen tapferen Arbeit zur Schaffung des freien Sonntages für die Mühseligen und Beladenen zu suchen. Kleist sollte in dieser Beziehung recht eigentlich ein Wilberforce des deutschen Volkes werden.

Bemerkenswert ist bei dieser engen Gemeinschaft, die Kleist mit dem Pietismus fand, daß er nicht dem Beispiel Thadden-Trieglaffs und anderer sektiererischer Freunde folgte, sondern in der Landeskirche blieb. Er war doch zu gesund angelegt, um diese Irrwege mitzumachen, die zuletzt in einem religiösen Hochmut ihre Wurzel haben. Neben praktischen Erwägungen, die ihn die Unfruchtbarkeit solcher Sektiererei erkennen ließen, wird ihn der Geist preußischer Disziplin, der sich unterzuordnen weiß, dabei bestimmt haben. Sehr wahrscheinlich hat ihn auch der Präsident v. Gerlach bei der Kirche festgehalten. —

[1]) Kleist an Ranke, 6. Juni 1841.

Ein anderer, als er gegangen, kehrte Kleist im Januar 1843 nach Berlin zurück, um sein drittes juristisches Examen abzulegen. Sein Wesen war vor allem gefestigter und strenger geworden. Der Umgang, den er in den nun folgenden anderthalb Jahren pflegen sollte, brachte ihn noch mehr in den Bann der Gebrüder Gerlach hinein, die sich auf einem dreifach mit Grundsätzen gepflasterten Boden bewegten. Der Vizepräsident war ihm schon nach Berlin vorausgegangen, ebenso Leopold Gerlach. Mit Kleist siedelte Hermann Wagener zur Vorbereitung für das Assessorexamen in die Hauptstadt über. Erst zog jener wieder mit Wunderlich zusammen nach der Marienstraße 14. Doch hatten beide eigene Wirtschaften. Bald aber scheint Kleist in der Marienstraße 1a mit Wagener zusammengezogen zu sein. Mit ihm aß er bei Zook Unter den Linden. Der Umgang mit diesem begabten Neuruppiner Pfarrersohn, der sich wohl in damaliger Zeit den Irvingianern zuwandte, entfremdete ihn seinen alten Freunden etwas und brachte ihn in einen anderen Kreis religiös und wissenschaftlich angeregter junger Männer, unter denen außer Wagener der spätere Leipziger Professor Kahnis, der einer der namhaftesten Vorkämpfer des neueren Luthertums wurde, ferner der besondere Vertraute Ludwig Gerlachs, der damalige Assessor nachmalige Geheimrat Bindewald, eine wie Ludwig Gerlach sehr zum Katholizismus neigende Persönlichkeit, sodann der anglo-dänische[1]) Irvingianer Böhme und ein amerikanischer Professor Schaff von ihm genannt werden. Die jungen Männer trafen sich sehr oft des Abends, um religiöse und politische Fragen zu besprechen. Wir haben hier offenbar ein Seitenstück zu jener damals in der preußischen Hauptstadt aufkommenden frommen Vereinigung, deren Mitglieder der Berliner Volkswitz „nasse Engel" nannte[2]), nur von tieferem und wissenschaftlicherem Charakter. Leider fließen die Quellen über diese Zusammenkünfte nur spärlich. Ein paar nicht ganz miteinander übereinstimmende dürftige Notizen Kleists aus

[1]) Ludwig Gerlach an Kleist, 8. Mai 1846.

[2]) Vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte V, 245.

verſchiedenen Zeiten ſind faſt alles, was wir darüber erfahren. Auch äußerlich mögen die Mitglieder des Kreiſes einen recht geiſtlichen Anſtrich gehabt haben. Ging doch Kleiſt in dieſen jungen Jahren bartlos, und auch Hermann Wagener ſcheint dieſes männlichen Schmuckes entbehrt zu haben. Zweimal wird in jenen Kleiſtſchen Notizen ein „Vorfall mit Gauß" erwähnt. Nach einer Tradition handelt es ſich um einen Auftritt zwiſchen Kleiſt und dem berühmten Mathematiker, der ihn von Göttingen her gekannt haben wird. Gauß, übrigens ein konſervativer Mann, ſoll eine ſpöttiſche Bemerkung über die frommen jungen Leute gemacht haben, worauf Kleiſt ſehr ſcharf erwiderte, ſo daß er erwartete, Gauß würde ihn fordern, was jedoch unterblieb [1]).

Natürlich verkehrte Kleiſt auch mit Ludwig Gerlach eifrig weiter. Damals knüpfte er außerdem mit Philipp Wackernagel Bekanntſchaft an, der „im Staube der Berliner Bibliotheken" für ſein Werk über das Kirchenlied ſammelte [2]). Beide befreundeten ſich ſchnell. Denn Wackernagel ließ ſich überreden, mit Kleiſt zuſammenzuziehen. Wagener aber nahm in der Charitéſtraße eine Wohnung. Die Bekanntſchaft mit Wackernagel ſcheint der Aſſeſſor Hermann Schede herbeigeführt zu haben, den Kleiſt am 24. Juni 1844 kennen lernte und ſchnell liebgewann. Es ſollte die innigſte Freundſchaft ſeines Lebens werden. Zu jener Zeit als Hilfsarbeiter im Miniſterium des Innern beſchäftigt, gehörte Schede ſchon längſt dem Gerlachſchen Kreiſe an, war ein Vertrauter des Präſidenten Goetze und Freund des ebenfalls zu den Gerlachſchen Vertrauten gehörigen Geheimen Oberjuſtizrates Göſchel. So machte es ſich leicht, daß ſich die neuen Bekannten näher traten. Bald fanden ſie heraus, daß zwiſchen ihnen eine außerordentliche Geſinnungsgemeinſchaft beſtand. Kaum waren ſie aber einige Monate zuſammen geweſen, da wurden ſie einſtweilen getrennt. Am 3. September 1844 beſtand Kleiſt ſein großes Examen. Sein Zenſor war der Geheimrat

[1]) Mitteilung des älteſten Sohnes Kleiſts.

[2]) Konzept Kleiſts zu einer Rede im F.A.

Philippsborn [1]). Sowohl seine schriftlichen Arbeiten als die mündliche Prüfung erhielt das Prädikat gut. Die Examinationskommission rühmte ihm „Schärfe des Urteils und Gabe des mündlichen Vortrages" nach. Am 13. September erhielt er seine Bestallung als Oberlandesgerichtsassessor, und zwar wurde ihm mitgeteilt, daß er wieder in Frankfurt beschäftigt werden solle [2]). Am Abend des Examenstages veranstaltete sein ehemaliger Lehrer v. Lancizolle, dem Kleist auch persönlich näher getreten war und für den er während eines Sommers die Wohnung gehütet hatte, offenbar zu Ehren des Prüflings einen Abend, bei dem Schede, Göschel, Ludwig Gerlach, der spätere kurhessische Minister Hassenpflug, der auch zu dem näheren Bekanntenkreise der Gerlach gehörte, und noch einige Gerlachsche Verwandte und Freunde zugegen waren [3]). Bald nach Empfang seiner Bestallung reiste Kleist nach Kieckow. Kaum war er dort angelangt, als ihn eine Hochzeitsfeier von dort wegrief. Moritz v. Blanckenburg auf Zimmerhausen, mit dem Kleist seit seiner Referendarzeit [4]) wohl durch die Beziehungen der Stillen im Lande befreundet geworden war, sollte am 4. Oktober in Trieglaff Marie v. Thadden, die Tochter des wackeren Thadden-Trieglaff als Frau heimführen. In fliegender Hast ersuchte Kleist noch am 27. September von Kieckow aus den Freund Schede mit jener ihm eigentümlichen Bestimmtheit, durch die er ungemein auf den Willen einzuwirken wußte, um die Besorgung von tausend Sachen, die er in seiner Wohnung zurückgelassen hatte und die er zur Hochzeit brauchte. „Es *muß* den 3. Oktober in Zimmerhausen bei Plathe eintreffen. Der Herr v. Senfft-Pilsach wird zu dem Tage von Berlin dort eintreffen und wird es mir gern mitbringen." Der Tag der Hochzeit sollte in mancher Hinsicht denkwürdig werden. Tief ergriffen lauschte Kleist mit der Festversammlung der „gewaltigen Traurede" des trefflichen Pfarrers Nagel „über den Stab

[1]) Aufzeichnung 1871.

[2]) Schreiben der Kommission an den Justizminister, 10. September 1844. Der Justizminister an Kleist, 13. September 1844. Bestallung. F.A.

[3]) Schede an Kleist, 20. September 1871.

[4]) Aufzeichnung 1871.

Lind und Wehe, bisher seien beide mit jenem, nun würden sie vielleicht mit letzterem regiert, die sofort ihre Wahrheit in dem grauenvollen Brande erhielt, der am Abend das ganze Gehöft und halbe Dorf in Asche legte“ [1]). Auf der Hochzeit machte Blanckenburg Kleist mit seinem und seiner Frau nächsten Freunde, Otto v. Bismarck, Herrn auf Kniephof, bekannt. Der mit einem tiefernsten Gemüte einen reizenden Humor vereinigende Bräutigam hatte sich dabei den Spaß erlaubt, Kleist aufzubinden, daß Bismarck schwerhörig sei, und umgekehrt dem Junker von Kniephof dasselbe von Kleist [2]). Wie sich erraten läßt, gab das Veranlassung zu einer höchst drolligen Szene, da Bismarck und Kleist sich furchtbar anschrien, bis sie den Irrtum, in dem sie sich befanden, gewahrten. So leitete sich die folgenschwerste Freundschaft, die Kleist schloß, gleichsam symbolisch ein. Denn einst sollte die Zeit kommen, da die beiden sich wirklich gar nicht verstanden, und da konnte der Spaßmacher vom 4. Oktober 1844 selbst nichts zur Verständigung beitragen.

Am 6. Oktober Abends traf Kleist von Trieglaff wieder in Kieckow ein.

---

[1]) Aufzeichnung 1871.

[2]) Aufzeichnung 1871.

2. Landrat. 1844—1851

Im Kreise Belgard hatte sich mittlerweile allerlei zugetragen. Die darüber reichlich fließenden Quellen würden auch einem Dichter wie dem des „Grabenhäger" willkommenen Stoff haben liefern können.

Bei Kleists Vater hatten sich im Laufe der Zeit Spuren des Alters und der Hinfälligkeit gezeigt. Daher rechneten seine Bekannten schon seit Jahren mit der Möglichkeit des baldigen Rücktritts ihres langjährigen Landrats. Es lag wohl im Zuge der Zeit, in der die liberalen Ideen aufwärts strebten, daß sich bei dieser Sachlage inmitten der bürgerlichen Kreisstände der Wunsch regte, jetzt einmal einen aus ihrer Zahl an die Spitze des Kreises zu bringen, zumal sich in der Person des ersten Kreisdeputierten, der seit Jahrzehnten diesen Posten mit Eifer und Geschick versah, ein höchst geeigneter bürgerlicher Kandidat für das Landratsamt aufstellen ließ. So wurde denn von einigen bürgerlichen Kreisständen schon um die Wende des Jahres 1842 auf 1843, vermutlich sogar noch früher, eifrig für diesen geworben, und als den Werbenden von anderer Seite entgegengehalten wurde, daß zunächst wohl der Sohn des langjährigen Landrats in Betracht käme, meinte man kühn, der junge Kleist würde gar nicht annehmen. Dies bestimmte einen der angesehensten Grundbesitzer des Kreises, v. Hagen auf Langen, im Einverständnis mit dem Besitzer des Schloßbrunnens zu Polzin, Dr. Simon, zu dem eben zur Vorbereitung auf das Assessorexamen von Frankfurt nach Berlin zurückgekehrten Kleist zu reisen und sich zu vergewissern, ob er geneigt sein würde, seines Vaters Nachfolger zu werden.

Hagen bat ihn darum und meinte, der größere Teil der Rittergutsbesitzer im Kreise wünsche es sehnlich. Fände er sich bereit, so würden er und der Dr. Simon schon das weitere veranlassen [1]). Diese Männer kannten offenbar das solide zuverlässige Wesen Kleists und wußten, daß er tüchtig und vielversprechend war. Außerdem mochten sie wohl den anderen Bewerber nicht mehr jung genug finden. Kleist war überrascht durch das Angebot, nahm aber natürlich an. Eröffnete sich doch mit dem Landratsposten damals noch mehr wie heute im preußischen Staate ein Wirkungskreis, wie er sich segensreicher nicht oft bietet. Als Hagen, in den Kreis zurückgekehrt, nun seinerseits für den Sohn des alten Landrats Stimmung machte, erkannte er, daß er sich über die Stärke der Gegenströmung getäuscht hatte und daß mehr Widerstand zu befürchten war, als sich hatte annehmen lassen. Er und andere suchten daher ihren in Examensarbeiten steckenden Kandidaten zu veranlassen, durch seine Gegenwart den Stimmbewerbungen anderer Kandidaten den Boden zu entziehen. Kleist blieb trotz wiederholter Aufforderungen im Sommer 1843, auch nachdem er schon die schriftlichen Arbeiten abgegeben hatte, in Berlin und überließ so den Umtrieben der Gegner das Feld. Diese waren nicht wählerisch in ihren Mitteln und benutzten jede Gelegenheit, so auch die Saison, um in den Bädern für ihren Kandidaten zu arbeiten. Dessen Hauptvorkämpfer, Bruns auf Lutzig, erhielt freilich auf einem Markttage in dem zweiten Städtchen des Kreises, Polzin, bei dem Bemühen, gegen den bösen Adligen Stimmung zu machen, die unliebe Antwort: ein höflicher adliger Landrat sei angenehmer als ein hochmütiger bürgerlicher. Da erkrankte im November Kleists Vater ernstlich, und nun reiste der Sohn nach Kieckow. Sein Erscheinen im Kreise war der Partei des bürgerlichen Kandidaten sichtlich unangenehm. Bis dahin war der junge Kleist vielen Kreisständen völlig unbekannt geblieben, und da das Befinden seines Vaters sich noch hielt, dieser außerdem den Wunsch aussprach, daß sein Hans sein Nach-

[1]) Aufzeichnung 1871.

folger würde und um ihn bliebe, nahm Kleist Gelegenheit, sich den einzelnen Kreisständen persönlich vorzustellen, namentlich auch einzelnen bürgerlichen. Noch nach Jahrzehnten stand ihm der leichte Korbwagen mit geteertem Leinwandsverdeck, in dem er die Rundfahrt unternahm, lebhaft vor Augen [1]). Wie es dem Takte des vornehmen Mannes entsprach, berührte er die bevorstehende Landratswahl von sich aus mit keiner Silbe, da ausgenommen, wo er wußte, daß er es mit solchen zu tun hatte, die für ihn stimmen würden. Der Eindruck, den er machte, war sehr vorteilhaft. Einzelne der Wahlberechtigten schwenkten sofort zu seinen Gunsten ein. Da hielt der von Kleist als klug und schlau geschilderte erste Kreisdeputierte die Stunde für gekommen, um sich selbst ins Mittel zu legen und unter naivem Hinweis auf seine mannigfachen Verdienste um den Kreis zweifelhafte Stimmen zu zwingen, sich für ihn zu erklären [2]). Von einer Seite erhielt er eine deutliche Antwort. Diese erklärte, daß sie den jungen Kleist, „den mein Bruder und ich von seiner Kindheit an lieben und achten," vorzöge. „Er ist ein grundrechtlicher Mensch, vom besten Willen beseelt und hat gewiß in jeder Hinsicht das Zeug in sich, ein tüchtiger Landrat zu werden. Durch seine Wahl ehrt man den würdigen alten Vater, dem unser Kreis so vieles noch von der unglücklichen Kriegszeit an, wie Sie selbst mir ja früher erzählten, verdankt [3])."

So stiegen die Aussichten für Kleist. Die Dinge trieben unterdes ihrer Entscheidung zu. Am 29. Dezember 1843 setzte Hans im Namen seines Vaters dessen Abschiedsgesuch auf. Am 4. Januar beantragte daraufhin die Regierung zu Köslin die Pensionierung des Landrats Hans Jürgen v. Kleist zum 1. März 1844. Sie erfolgte nicht. Warum, ist nicht klar. Am 8. März mußte Hans der Regierung anzeigen, das Befinden seines Vaters

[1]) Aufzeichnung 1871.

[2]) Schreiben des Kreisdeputierten an einen Ungenannten. Urschriftlich im F.A., datiert 7. Dezember 1843.

[3]) Konzept zur Antwort auf das Schreiben vom 7. Dezember 1843 ohne Unterschrift im F.A. Vielleicht war der Schreiber der Dr. med. Simon zu Polzin.

habe sich so verschlimmert, daß er die Geschäfte nicht mehr führen könne. Der alte Herr verfiel in einen Zustand der Bewußtlosigkeit. Dann wurde er noch einmal einen ganzen Tag hindurch klar, und die Familie v. Kleist-Retzow konnte so mit ihrem Haupte im Angesichte des Todes eine ergreifende Abendmahlsfeier begehen [1]). Am 13. März starb Landrat Hans Jürgen v. Kleist-Retzow in Kieckow.

Nun begann der Streit um das Landratsamt hell aufzuflammen. Es regte sich noch eine zweite Partei gegen Kleist, die meist aus Adligen bestand. Sie mochte ihre Wurzeln in der Eifersucht gegen die Kleists haben. War doch dies Geschlecht bei weitem das mächtigste im Kreise Belgard. Noch heute gehört ihm etwa ein Fünftel des gesamten größeren und mittleren Grundbesitzes in dieser Gegend, etwa 15000 Hektar, fast 3 Quadratmeilen. Die beiden schönsten Güter, Schmenzin und Groß-Tychow, befinden sich darunter. Zudem war auch der Vorgänger des Landrats Hans Jürgen ein Kleist gewesen. „Sollte denn dieser Posten immer in den Händen dieses Geschlechts bleiben?" so mochten diese adligen Herren vielleicht fragen. An ihrer Spitze standen die Herren v. Manteuffel auf Ziegelwiese und Kollatz und noch einige andere Manteuffel, welche die nächst den Kleist verbreitetste adlige Familie im Kreise vertraten. Neben dem Gegensatz gegen den Adel und der Familieneifersucht schwang noch ein drittes Motiv gegen Kleist mit, das auch einige seiner Stammesvettern in das Gegenlager führte. Kleist hat sich selbst nicht verhehlt [2]), daß es schwerwiegend war: Vielen war Kleists pietistische Richtung zuwider.

So war der Ausgang der Wahl durchaus unsicher. Für Kleist traten noch als Gründe, sich zu bewerben, hinzu, der Wunsch, um seine vereinsamte Mutter zu sein, und die Rechnung, daß die geringen Einnahmen aus dem ihm zugefallenen Kieckow eine amtliche Stellung für ihn erwünscht machten. Deswegen hatte er ein großes Interesse daran, gewählt zu werden. Zugleich regte sich natürlich in ihm der Gedanke,

[1]) Aufzeichnung 1871.
[2]) Aufzeichnung 1871.

daß hier die Gelegenheit gegeben sei, seine Kraft zu betätigen. Er fühlte offenbar den Drang und die Fähigkeit in sich, seinem Heimatkreise dasselbe zu werden, was sein Vater diesem drei-undeinhalbes Jahrzehnt hindurch gewesen war: ein fürsorgender Anwalt in allem und jedem. Als der Tag der Wahl schon bestimmt war, suchte die Partei der Bürgerlichen noch einen achtundsiebzigjährigen Mann, der sich für Kleist erklärt hatte, auf alle Weise umzustimmen, allerdings vergeblich, da jener, teils aus Anhänglichkeit für den alten Landrat, teils weil ihm der Sohn gefallen hatte, standhaft blieb. Kleist vernahm davon und ließ sich bereden, den alten Herrn zu besuchen, um ihn festzulegen und dadurch erneuten Versuchen, ihn in seiner Absicht zu erschüttern, entgegenzutreten. Es war offenbar ein saurer Gang, den er unternahm. Der wackere Alte erklärte ohne weiteres, bei seiner Absicht, für Kleist zu stimmen, unter allen Umständen zu beharren, und bevollmächtigte für den Fall, daß er wegen seiner Gebrechlichkeit nicht auf den Kreistag kommen könnte, nicht seinen eigenen Sohn, von dem er wußte, daß er gegen Kleist war, sondern einen anderen Kreisstand, für ihn zu stimmen. Auf die Bitte des alten Herrn, dem das Schreiben schwer fiel, setzte Kleist die Vollmacht auf, und der andere unterschrieb. Wohl hätte Kleist richtiger gehandelt, wenn er diesen Besuch unterlassen hätte. Zwar verfuhr er in jeder Hinsicht korrekt. Aber der böse Schein, der durch jenen Schritt veranlaßt wurde, war von der übelsten Wirkung.

Am 23. Mai fand dann die Wahl statt. Nie hat Belgard eine folgenschwerere Landratswahl erlebt. Als erster der drei vom Kreistag vorzuschlagenden Kandidaten wurde mit 38 gegen 34 Stimmen, die auf den bewußten ersten Kreisdeputierten fielen, Kleist gewählt, als zweiter eben dieser Gegenkandidat mit 49 gegen 25 Stimmen, als dritter der zweite Kreisdeputierte, ein wohlhabender adliger Gutsbesitzer. Die Erregung der Gegner über diesen Ausfall war groß. Wenige Tage nach der Wahl gingen zwei Proteste ins Land hinaus [1]). Der

[1]) Akten der Regierung zu Köslin. Tit. III. Sekt. 2e. Belgarder Kreis. Nr. 1. Vol. 2. 1. Protest, Lutzig, 8. Juni 1844 (Urschrift). 2. Protest (Immediateingabe). Polzin, 9. Juni 1844 (Abschrift).

eine, von acht bürgerlichen Grundbesitzern unterzeichnet, erging sich in heftigen Angriffen auf Kleist und suchte insbesondere jenen Besuch bei dem alten Herrn unter irriger Darstellung der Begebenheiten auf das schärfste gegen Kleist auszubeuten. Die Protestler stellten es so dar, als ob Kleist einen nicht mehr im Besitze seiner vollen Willenskraft befindlichen Mann eingeschüchtert hätte, während gerade umgekehrt sie es, allerdings vergeblich, bei jenem also doch nicht so altersschwachen Kreisstandsmitglied versucht hatten, und gebärdeten sich entrüstet, daß, angeblich durch Kleists Schuld, nicht der Sohn jenes Greises, sondern ein Dritter von diesem bevollmächtigt worden sei. Darum unterzeichnete auch der Sohn des alten Mannes an der Spitze. Das Schriftstück ist nach Stil und Inhalt leider ein Beweis dafür, daß die mittleren Grundbesitzer des Belgarder Kreises in damaliger Zeit es noch nicht an Bildung und Formen mit den adligen Grundbesitzern aufnehmen konnten. Der zweite, in die Gestalt einer Immediateingabe gekleidete Protest, entstand zu Polzin und war von elf adligen Grundbesitzern, darunter sechs Manteuffel und einem Kleist, unterschrieben. Er war in einem ruhigeren Tone gehalten, unterließ jeden Angriff auf Kleist, erkannte vielmehr dessen Fähigkeiten und Kenntnisse an, die, wie die Schreiber gehört hätten, „zu großen Erwartungen" berechtigten, meinte aber, daß die Verdienste des ersten Kreisdeputierten durch die Ernennung zum Landrat gewürdigt werden müßten.

Nicht genug aber damit. Auch die Regierung zu Köslin, deren Präsident damals der im Jahre vorher in den Adelsstand erhobene Herr v. Fritsche, ein Mann von etwas liberaler Färbung, war, sprach sich in dem am 17. Juni an den Minister des Innern erstatteten Berichte gegen Kleist aus [1]). „Der Oberlandesgerichtsreferendar v. Kleist", heißt es in dem Bericht, „ist uns erst neuerlich von Person bekannt geworden, dagegen sind seine amtlichen Leistungen uns fremd geblieben. Es hat der v. Kleist weder hier noch im Kreise Belgard durch Leistungen sich bemerklich zu machen Gelegenheit gehabt." Im weiteren

[1]) Konzept bei den Akten der Kösliner Regierung a. a. O.

ging der Bericht auf die von den Gegnern irrigerweise behaupteten Umtriebe Kleists ein und spielte sie, ohne die gegnerische Darstellung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, gegen Kleist aus. Anstatt Kleists empfahl der Bericht warm die Ernennung des an zweiter Stelle vorgeschlagenen ersten Kreisdeputierten, der trotz seiner 56 Lebensjahre „ungewöhnlich rüstig und kräftig" sei und sich die mannigfachsten Verdienste um den Belgarder Kreis erworben habe. „Er ist uns schon seit vielen Jahren als ein tatkräftiger Mann von adliger Gesinnung bekannt, der auch im Geschäftsleben sich mit Umsicht und Erfolg zu bewegen weiß."

Kleist war in einer kritischen Lage. Zudem rückte der Tag seiner mündlichen Prüfung zum Assessor näher. Er begab sich daher nach Berlin zurück, um dort neben dem Examen auch die Landratssache zu betreiben. Auf der Reise erkrankte er an den Masern. In diesem Zeitpunkt suchten ihn der General Leopold v. Gerlach und Herr v. Senfft-Pilsach auf. Diese beiden alten Gönner von ihm nahmen sich sofort seiner Sache an. Wie es scheint, fügte es sich dabei, daß der spätere Schwiegervater Kleists, der Hausminister Graf Anton Stolberg, der dem Könige Friedrich Wilhelm IV. und ebenso dem General v. Gerlach und Herrn v. Senfft-Pilsach nahestand, sich gleichfalls für die Angelegenheit interessierte. So wenigstens ist eine Notiz im Nachlasse Kleists nur zu verstehen [1]). Der Minister des Innern sandte Kleist unter dem 15. Juli den Bericht der Regierung nebst dem Protest der bürgerlichen Gutsbesitzer zu und forderte ihn, da er „jetzt persönlich anwesend" sei, „zur Vermeidung eines weiteren Zeitverlustes unmittelbar" auf, „über diese Anschuldigungen schleunig eine schriftliche und zwar den Tatbestand vollständig darlegende unumwundene Erklärung" an ihn gelangen zu lassen [2]).

Schon am Tage nach Eingang der ministeriellen Verfügung hatte Kleist eine erschöpfende Antwort aufgesetzt [3]). Es war

[1]) Aufzeichnung 1871.

[2]) Urschrift F.A.

[3]) Konzept, 19. Juli 1844, F.A. Abschrift bei den Akten der Köslin er Regierung a. a. O.

eine Antwort, die Hörner und Zähne hatte und erkennen ließ, daß in diesem noch nicht dreißigjährigen Landratskandidaten eine Verve und eine Reife steckte, die Beachtung verdiente. Er setzte in seiner Rechtfertigung knapp und anschaulich den wahren Tatbestand auseinander und knüpfte daran die Bemerkungen: „Sollten Eure Exzellenz es hienach noch erforderlich halten, so bitte ich die betreffenden Personen über diese meine Auseinandersetzung durch einen benachbarten Landrat vernehmen zu lassen. Ich hoffe jedoch, daß es solcher zeitraubenden und aufregenden Untersuchung bei der Lage der Sache nicht bedürfen wird. In dieser Hoffnung kann ich mich auch jetzt noch nicht dazu entschließen, Eurer Exzellenz darzustellen, wie vielmehr gerade umgekehrt ich alle Ursache hätte, mich über Wahlumtriebe der anderen Seite zu beschweren, obschon ich die bestimmtesten Nachrichten, selbst schriftliche Beweise darüber besitze" — hierbei wird er jenes Schreiben des ersten Kreisdeputierten im Sinne gehabt haben, das von dem Adressaten so ablehnend beantwortet wurde —, „muß mir dies aber freilich vorbehalten, für den Fall, daß Eurer Exzellenz meine obige Rechtfertigung noch nicht völlig genügen sollte." Mit Genugtuung konnte er im weiteren noch darauf hinweisen, daß auch zu seinen Gunsten eine Immediateingabe erfolgt sei und daß eben jener alte Mann, dessen Beeinflussung ihm vorgeworfen wurde, sie mit unterschrieben habe.

Auf Grund dieser Rechtfertigung erstattete der Minister des Innern am 13. August an den König Bericht. Dieser entschied unter dem 20. August von Erdmannsdorf aus, daß er Kleist „unter Vorbehalt der Prüfung" zum Landrat des Belgarder Kreises ernennen wolle [1]). Darauf „eröffnete" der Minister des Innern der Regierung zu Köslin unter dem 16. September [2]) die allerhöchste Entscheidung mit dem Hinzufügen: „Da Kleist inzwischen die dritte Staatsprüfung bestanden und am 13. September seine Bestallung als Assessor erhalten habe, so habe die „Königliche Regierung ihn nunmehr von seiner Ernennung

[1]) Abschrift Kösliner Akten a. a. O.
[2]) Urschrift Kösliner Akten a. a. O.

zum Landrat des Belgarder Kreises in Kenntnis zu setzen". Das Ministerialschreiben trug die Unterschrift des schon damals dem Gerlachschen Kreise wegen seines liberalen Bureaukratismus verhaßten Freiherrn v. Patow, des späteren Finanzministers, mit dem Kleist dereinst im Parlament noch oft die Klinge kreuzen sollte. Den Herren v. Manteuffel nebst Genossen aber erteilte der Minister, für den wieder Patow zeichnete, ebenfalls unter dem 16. September auf ihre Immediateingabe den Bescheid, daß das Verhalten Kleists „nach dem Ergebnis der sorgfältigsten Erwägung" keinen begründeten Verdacht, sich unerlaubter Mittel bedient zu haben, entstehen lassen könne. Vielmehr dürfe Kleist „des Vertrauens gewürdigt werden, daß er in seiner Bewerbung nicht weiter gegangen sei, als Pflicht und Ehre es zulassen" [1]). Damit war diese Sache aller Umtriebe und Hindernisse ungeachtet zu Gunsten Kleists entschieden. Namentlich angesichts des Berichts der Regierung erscheint der Ausgang auffällig. War die Entscheidung immerhin wohl von richtigen Erwägungen diktiert, so läßt sich doch ein starker Wille dahinter erkennen. Man wird vielleicht nicht mit Unrecht vermuten, daß Kleists Gönner Gerlach, Senfft und Stolberg den Grafen Arnim oder den noch weniger kraftvollen Freiherrn v. Patow beeinflußt haben.

Wohl mit etwas sauersüßem Lächeln stattete darauf die Kösliner Regierung, indem sie unter dem 1. Oktober Kleist von der Ernennung Kenntnis gab, dem von ihr bekämpften Kandidaten ihren Glückwunsch dazu ab. Fritsche hatte vorgezogen, das Schreiben nicht zu zeichnen. An seiner Statt unterschrieb der Oberregierungsrat v. Kries [2]).

Dies Schreiben fand Kleist in Kieckow am Abend des 6. Oktober bei seiner Rückkehr von der Blanckenburgschen Hochzeit vor.

Nachdem unter dem 25. September seine Entlassung aus dem Justizdienst erfolgt war, führte ihn am 6. November der

---

[1]) Abschrift Kösliner Akten a. a. O.

[2]) Urschrift im F.A. Dort auch Kleists Antwort vom 9. Oktober 1844 (Konzept).

Oberregierungsrat v. Kries in sein neues Amt ein. Am selben Tage zeigte Kries an, daß der erste Kreisdeputierte, der, wie Kleist selbst angibt [1]), seinen ganzen Lebensplan gescheitert sah, seine Entlassung erbeten habe. Für diesen rückte bald darauf durch Wahl der bisherige zweite Kreisdeputierte ein und an dessen Stelle der Hauptvorkämpfer für den bürgerlichen Kandidaten, Rittergutsbesitzer Bruns auf Lutzig [2]).

Niemand freute sich mehr über die Ernennung Kleists als seine bejahrte Mutter. „Ihretwegen vor allem bin ich hierher gegangen", gestand Kleist, noch bevor die Angelegenheit endgültig erledigt war, seinem Freunde Schede [3]). „Die Freude meiner Mutter mich wiederzusehen, läßt sich gar nicht beschreiben", heißt es in demselben von Kleist bei seiner Rückkehr aus Berlin im September geschriebenen Briefe. „Sie hatte fortwährend kränkelnd gefürchtet, sie werde diese Freude nicht mehr erleben". Und wie der Sohn der ihn Umarmenden in die „großen blauen Augen" sah, jene Augen, die ihre Tochter Luitgarde von ihr geerbt hatte, da konnte sich dieser nicht des wehmütigen Gedankens erwehren, daß sie sich in der Tat wohl bald schließen würden. Frau v. Kleist-Retzow hatte kaum gehofft, ihren Hans, auch wenn sie den Winter erlebte, wirklich als Landrat bei sich zu behalten. Nun war ihr dieser Wunsch erfüllt und „sie vermochte ihre Tränen nicht zu stillen [4])".

Es war eine außerordentliche Aufgabe, die Kleist mit dem Antritte seines Amtes übernahm. Er kam in Verhältnisse, die ihm durch seine lange Abwesenheit von der Heimat größtenteils fremd geworden waren, und stand überhaupt dem ganzen Wesen der Verwaltung noch fern, außerdem hatte er die große Opposition gegen ihn im Kreise und die durch den Ausgang

---

[1]) Kleist an Ranke, 7. August 1845.
[2]) Kösliner Akten a. a. O.
[3]) Kleist an Schede, 27. September 1844.
[4]) Kleist an Ranke, 7. August 1845.

der Wahl zurückgebliebene Verbitterung zu besiegen und zu versöhnen, ferner konnte er sich auf unerfreuliche Verhältnisse zu der ihm unmittelbar vorgesetzten Behörde, der Kösliner Regierung, gefaßt machen. Dazu mußte er jetzt auch zu lernen suchen, was er bisher noch ganz vernachlässigt hatte, nämlich den Beruf eines Landmannes auszuüben, da er das ihm zugefallene Kieckow zu bewirtschaften hatte. „Kaum im stande, mein eigenes Herz zu beherrschen, sollte ich mein Haus, mein Gut, meinen Kreis regieren," schrieb er einige Zeit nachher [1]).

Die ersten Eindrücke waren nicht gerade sehr ermutigend. Schon die nüchterne bureaukratische Art der Einführung durch den Oberregierungsrat hatte ihn peinlich berührt. Sie „beruht eigentlich nur in der Übergabe bestaubter Aktenstücke und vom Alter verdorbener Bureauutensilien" meinte er. Als der Vertreter der Regierung ihn verlassen hatte, sah er auf seinem kleinen Platze, einem kleinen Stehpult mit Lederdrehschemel, hoch aufgehäuft die Akten liegen, die seit langem der Erledigung harrten [2]). Es gab also gleich tüchtig Arbeit. Bald nach der Einführung veranstaltete der junge Landrat ein Mahl, zu dem er die Stände einlud. Hier machte er einen guten Eindruck. Sagt er doch selbst: „dabei neigten sich mir die Herzen freundlich zu" [3]). Als er aber mit seinem Bruder Ferdinand, dem Erben von Groß-Tychow und Möthlow sowie des Erbküchenmeisteramtes, das Fest verließ, mußte er von diesem hören: „Was würdest du im Kreise leisten, und welche Liebe würde dir zufallen, wenn du in christlicher Beziehung nicht so entschieden wärest" [4]). Mit Festigkeit entgegnete er da dem Major: „Ferdinand, was ich bin und leiste, bin ich allein dadurch, und welche Undankbarkeit wäre es und welcher Strafe wäre ich wert, wenn ich nun meinen Herrn verleugnen

---

[1]) Kleist an Ranke, 7. August 1845.

[2]) Kleist an seinen Sohn Jürgen, 18. März 1883.

[3]) Aufzeichnung 1871.

[4]) Die Worte des Majors mögen wohl etwas schroffer gelautet haben, als diese von Kleist überlieferte Fassung.

wollte." Im Vertrauen auf Gott ging er denn auch an die Erledigung der ihm gewiesenen Aufgabe.

Der ihm unterstellte Kreis umfaßte ungefähr 20 Quadratmeilen. Es ist das die Durchschnittsgröße der preußischen Kreise dieser Gegend. Damals zählte er ohne das Militär nur etwa 31000 Seelen. Die Hauptstadt Belgard mit ihren 3327 Einwohnern, die sie zu jener Zeit hatte, ist eine der ältesten Städte Pommerns. Aus ihrem Häuserkomplex ragt der mächtige Ziegelrohbau der aus dem Beginn des vierzehnten Jahrhunderts stammenden Marienkirche, einer der edelsten gotischen Kirchen Pommerns hervor, eine dreischiffige Pfeilerbasilika, im Innern mit einem schönen Altar aus dem 17. Jahrhundert. Die stille, meist von Ackerbürgern bewohnte Stadt mit dem ehrwürdigen Gotteshaus gewährte, wie auch noch heute, einen friedsamen und anheimelnden Eindruck. Mit starkem Gefälle rauscht durch sie ein Flüßchen, die Persante, die sich bei Kolberg in die Ostsee ergießt. Etwas lebhafter war schon zu jener Zeit die zweite, kleinere, beinahe 5 Meilen südlich von Belgard gelegene Stadt des Kreises, Polzin, von deren 2194 Seelen im Jahre 1843 allein 248 Juden waren. Diese hatten ja eine Art Eldorado unter dem wenig unternehmungslustigen pommerschen Volksschlage gefunden. Neben den Juden machten Weber einen großen Teil der Bevölkerung aus. Es war noch gar nicht so lange her, da war das Städtchen dem Geschlecht der Manteuffel untertan gewesen. Erst seit der Steinschen Gesetzgebung hatte das aufgehört. In der Kirche ruht der letzte katholische Kaminer Bischof, Erasmus v. Manteuffel, dessen Persönlichkeit noch heute heiß umstritten ist, von seinen Fehden aus. Ein metallenes Grabmal vom Jahre 1544 zeigt das Bild des alten Streiters in Lebensgröße. Am Rathause soll einst eine Rolandsäule gestanden haben. Sie ist spurlos verschwunden. Der Boden in der Umgegend von Polzin darf geologisch als merkwürdig gelten. Die sich dort findenden Ablagerungen von Kalktuff enthalten vorzüglichen Töpferton. Am bekanntesten ist die Gegend durch ihre Eisenquellen geworden, die im Jahre 1688 entdeckt wurden. Der Gesundbrunnen wurde berühmt, als er im Jahre 1712 von

Herzog Ferdinand von Kurland und noch mehr, als er später von der preußischen Königin Luise besucht wurde. Nach ihr wurde das Luisenbad genannt. Besitzer des Schloßbrunnens war zu Kleists Zeit, wie wir wissen, der Doktor Simon, einer der treusten Freunde seiner Familie. Die Stadt Polzin liegt 300 Fuß, also recht hoch über dem Meere, und ist rund von Bergen umgeben, die einen malerischen Anblick gewähren. Dadurch hat die Polziner Gegend den Namen „die pommersche Schweiz" erhalten. Auch sonst hat der Kreis Belgard Gebirgsgepräge. Im wesentlichen stellt er ein Plateau dar. Hinter Belgard beginnt von Westen nach Osten ein Bergzug aufzusteigen, dessen Vorstufe der im Leben Kleists eine Rolle spielende Bergrücken Kappin bildet. In diesem Bergzuge lagert sich der große Stein bei Tychow[1]). Etwas über 3 Meilen südöstlich von der Kreisstadt liegt Kieckow, der Wohnsitz Kleists. Eine schöne Lindenallee führt auf das überaus schlichte Herrenhaus.

Das Streben des Belgarder Kreises war, ebenso wie während der ganzen Verwaltung des Landrats Hans Jürgen v. Kleist-Retzow, hauptsächlich auf Verwirklichung des Anschlusses an den Verkehr gerichtet. Von Bahnen war freilich noch nicht die Rede, sondern lediglich von dem Bau von Steinstraßen. Als Kleist sein Amt antrat, war die erste pommersche Bahn, die Stettin mit Berlin verband, gerade ein Jahr eröffnet. Im Jahre 1845 wurde sie von Stettin bis Stargard weitergeführt. Über den bei Anlage der Steinstraße durch den Kreis zu wählenden Trakt hatte es heftige Parteiungen gegeben. Waren doch dabei auch die Nachbarkreise, so der Neustettiner, zu berücksichtigen und bot die Einigung darüber mit dem diese Unternehmungen damals betreibenden Provinziallandtag, dem die Bülow-Cummerowsche Gründung der Ritterschaftlichen Privatbank dabei zur Seite stand, doch ganz besondere Schwierigkeiten. Zwar war es kurz vor dem Hinscheiden des Landrats Hans Jürgen noch zu einer Verständigung gekommen. Aber die ganze Chausseesache spielte noch unliebsam in die Kämpfe um den Landrats-

[1]) Vgl. oben S. 7.

posten hinein. Überhaupt ging man allenthalben nur sehr langsam daran, das Wort des 1831 verstorbenen verdienten Oberpräsidenten der Provinz, Sack, daß in Pommern noch ein zweites und drittes Pommern zu erobern sei, wahrzumachen.

Die Chausseesache sollte nun Kleist zunächst vornehmlich in Anspruch nehmen. Er fand einen alten treuen Kreissekretär vor, namens Butzke, der schon 40 Jahre in dieser Stellung, also bereits vor dem Amtsantritte Hans Jürgens tätig war. Dieser wurde sein treuer Gehilfe in allen Wirrnissen und Kämpfen namentlich der ersten Zeit. Damals kündigte der wackere Mann jedesmal, wenn ein Kreistag anstand, am Abend vorher seinem Herrn voller Sorgen an, daß es am anderen Tage heiß hergehen würde[1]). Es ging aber gewöhnlich besser von statten, als Kleist dachte. Zwar hatte er anfangs ein Gefühl, als wenn gefährliche Schlangen im Grase lauerten[2]). Und eine versteckte Opposition gegen ihn bestand noch einige Zeit, die bei jedem kleinen Mißgriffe neue Nahrung erhielt. „Es ist wie eine schwere, schwere Last, die ich nicht von mir nehmen kann, weil es eben verhärtete Herzen sind, auf die auch die Liebe, die ich ihnen allen reichlich entgegentrage, keinen Eindruck macht", schrieb Kleist an Ranke, und an Schede: „Überhaupt habe ich seit meiner Ernennung als Landrat zum erstenmal und schon wiederholt Begebenheiten erlebt, die mich schwer treffen, wo ich nicht, wie wohl früher, in einer unmittelbaren Schuld von meiner Seite die Erklärung finden kann, sondern meine Hand auf meinen Mund und meine Augen nach dem Vertrauen meines Gottes richten muß, um zu sehen, welche Wege er mit mir gehen will —, wo nichts übrigbleibt als zu hoffen, daß er alles herrlich hinausführen wird." Aber bald gewann der junge Landrat doch Boden. Offen erklärten ihm einige Gegner, eine bessere Wahl als die seinige hätte gar nicht getroffen werden können. Mit einigen der Unterzeichner des Protestes der bürgerlichen Gutsbesitzer wurde er sogar befreundet. So begann er sich allmählich in

[1]) Aufzeichnung 1871.

[2]) Kleist an Ranke, 7. August 1845.

seiner Stellung wohl zu fühlen. „Das mir von Gott anvertraute Amt", so plauderte er mit Ranke darüber, „ist gar köstlich und schön. Unabhängig nach oben, gegen die Regierung, wie gegen die Kreisinsassen nach unten, bringt es mich allenthalben mit diesen in lebendige Berührung und ruht allein auf meiner Verantwortung. Mehr durch meine Persönlichkeit wie durch die Handhabung der Gesetze kann ich und muß ich in ihm wirken. Es gibt darin vielfach freilich gar kleinliche Dinge, die ich zu ordnen und schlichten habe, und schwerlich wird irgend ein Landrat als solcher in deines Bruders Geschichtsbüchern einen Platz finden, — aber desto mehr Gelegenheit hat er zur Treue im Kleinen, und desto gesegneter kann sein Andenken noch nach Generationen sein. Jedes Amt ist köstlich, weil von Gott eingesetzt. Oft, wenn ich vorher schwanke, — wenn ich noch nicht weiß, wie ich eine Sache anfangen soll, — sobald ich sie amtlich vornehmen muß, haben alle Zweifel ein Ende, und es gerät mir wohl. Ich suche alles selbst und womöglich an Ort und Stelle abzumachen. Selten bin ich in einer Woche mehr wie zwei bis drei Tage zu Hause, oft keinen, — und dann kommt bald dieser oder jener Besuch, hier ein Knecht, dort ein Bauer, dort ein Ortsarmer, die Rat und Hilfe auch hier noch von mir haben wollen und mir bis aufs Feld zu den Mähern und Bindern nachgelaufen kommen. Noch hat der Landrat eine Autorität, die mich oft selbst erschreckt, und da ich früher Jurist war, so kommen die Leute oft weither, um sich auch noch in ihren mich von Amts wegen gar nichts angehenden Rechtsangelegenheiten meinen Rat zu holen. Wenn man den Kindern erzählt: der Papst dürfte nicht heiraten, — dann fragen sie, ob es ihm der Landrat verboten habe?"

Die viele Bewegung in der frischen Luft bekam ihm sichtlich. In der ihn erfüllenden, ja packenden Tätigkeit brach die große Lebendigkeit, die schon der Vater einstmals an ihm hervorgehoben hatte, allmählich immer stärker durch. Jedermann fiel die lebhafte kleine Persönlichkeit mit dem überaus starken Haarwuchs, in dem sich seit dem ersten Landratsjahr mehrfach Silberstreifen bemerkbar machten, auf, wenn sie flinken Schrittes auf der Straße daher kam, zu jener Zeit gewöhnlich in einer

Mütze von schwarzem Tuch, die nach dem damals die Gemüter durch sein Auftreten bewegenden freireligiösen Prediger den Namen à la Ronge führte. „Du wirst nicht meinen, daß es auf seine heimliche Verehrung abgesehen sei", bemerkte Kleist launig zu dem Freunde, dem er davon schrieb. Auf Befehl seiner Mutter ließ er sich einen Schnurrbart stehen, der unter seiner großen gebogenen Nase seinem Gesicht erst vollständig das so bekannt gewordene Gepräge verlieh. „Ich glaube, die Mutter hat dabei allein den Zweck, meinen großen Mund etwas zu verdecken", scherzte er. Angenehm berührte alle seine wohlklingende Stimme. Über dem Ernst der Geschäfte ging die „immerwährende Fröhlichkeit", die er sich in den letzten Jahren seiner Vorbereitungszeit fest zu eigen gemacht hatte, etwas verloren. Als er dies an Ludwig Gerlach mitteilte, meinte dieser Katechet in alttestamentarischem Tone: das wäre ihm nicht „ganz unlieb" und ein Zeugnis, daß Kleist amtlich und innerlich auf dem rechten Wege wäre. „Es ist dies der Hauptsegen, den der Herr mit dem Fluche des ‚Essens des Brots im Schweiße des Angesichts' verbunden hat[1])."

Der Ernst und die Tatkraft, mit der Kleist die Geschäfte angriff, führte dazu, daß die Steinstraßenbausache bald in Fluß kam. Er erwirkte, daß der Finanzminister den Bau für eine feste, vom Kreise aufzubringende Summe übernahm. Ein Teil davon wurde durch eine den Chausseen bauenden Kreisen gewährte Staatsprämie gedeckt. Den Rest des Geldes verschaffte Kleist dem Kreise durch ein von dem sich schon zu Hans Jürgens Zeit lebhaft für diese Belgarder Kreissache interessierenden Könige gewährtes Darlehen zu dem für damalige Zeit außerordentlich niedrigen Zinsfuß von dreieinhalb vom Hundert[2]). Auf diese Weise konnte der Bau von etwa acht Meilen Chaussee im Anschluß an die Stettin-Danziger Hauptstraße von dem dicht an der Kreisgrenze gelegenen, zum jetzigen Kolberger Kreise gehörigen Städtchen Körlin aus über Belgard und Polzin nach dem im Kreise Neustettin liegenden

[1]) Ludwig Gerlach an Kleist, 8. Mai 1846.
[2]) Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, 152.

Städtchen Bärwalde und nach der Kreisstadt Schivelbein, Virchows Geburtsstätte, unternommen werden. So erfolgte in den Jahren 1846—1850 der Bau jener ersten, mit kanadischen Pappelreihen gezierten Chausseeanlagen im Belgarder Kreise. Kleist hat um diesen das Verdienst, hier endlich Bahn gebrochen zu haben. Der Kostenanschlag erwies sich als sehr günstig, so daß das geliehene Kapital in wenigen Jahren zurückgezahlt zu werden vermochte.

Die absolute Uneigennützigkeit des Landrats zeigte sich dabei in einem glänzenden Lichte. Denn die Anlage der Kunststraße war geradezu so gewählt, als ob Kieckow und die sonstigen Kleist-Retzowschen Güter möglichst vermieden worden wären. Die Straße von Belgard nach Bublitz, die die Kleistschen Güter berührt, wurde erst nach dem Abgange Kleists vom Landratsamte gebaut, und zwar unmittelbar danach, ein Beweis, daß sie ein fühlbares Bedürfnis geworden war.

Mit nicht geringerem Eifer nahm sich Kleist seines Kreises in einer anderen Sache an, freilich mit weniger Erfolg, vor allem wohl, weil er die Regierung zu Köslin nicht auf seiner Seite hatte. Als nämlich im Jahre 1846 dem Regierungsbezirk ein Meliorationsfonds von 300000 Talern zur Verfügung gestellt wurde, schloß die zur Verteilung des Fonds ermächtigte Kommission, die unter Fritsches Vorsitz stand, außer anderen Kreisen auch den Belgarder von der Zahl derjenigen, die hilfsbedürftig erschienen, aus. Sowie Kleist davon erfuhr, verständigte er sich mit den beiden nächstbeteiligten Landräten des Schivelbeiner und Dramburger Kreises und verlangte für diese und den Belgarder ebenfalls Berücksichtigung. Das Bemerkenswerte ist, daß er, obwohl er bei weitem der Jüngste war, als der Wortführer und Verfasser der Eingaben auftrat. Er reiste zur Betreibung der Angelegenheit im Sommer 1846 nach Berlin und verhandelte dort mit den Ministern des Innern und der Finanzen. Das Ergebnis aller seiner Bemühungen war schließlich doch gleich Null. Er konnte nicht umhin, dem Regierungspräsidenten seine Enttäuschung darüber auszudrücken, und meinte, der Gedanke wäre für jeden demütigend, der ein warmes Herz für den ihm anvertrauten Kreis habe, wenn auch

nur eines einzigen Einsassen Verderben nicht abgewendet zu haben, wo es vielleicht doch noch möglich gewesen [1]). Fritsche speiste ihn mit dem mageren Trost ab, er dürfe beruhigt sein, da er seine Pflicht als Landrat mit einer solchen Wärme erfüllt habe, daß der Belgarder Kreis ihm dafür dankbar sein würde und müsse. Kleist bat, ihn bei den weiteren Beratungen über die Verwendung der Meliorationsgelder hinzuzuziehen. Dies geschah jedoch zu seinem tiefen Verdrusse nicht.

Ein weiteres Werk, das Kleist betrieb, war die Einrichtung einer Kreissparkasse. Dazu ermutigten ihn die Erfahrungen, die in Köslin und in der Niederlausitz mit Sparkassen gemacht wurden. Zunächst wandte er sich wiederholt, auch persönlich, an den Finanzminister Rother, um durch Vermittelung der Königlichen Bank die Gründung zu ermöglichen. Als er damit kein Glück hatte, rief er die Ritterschaftliche Privatbank in Stettin an, und diese fand er geneigt. So trat er unter dem 9. Februar 1847 mit ausführlichen Vorschlägen zur Gründung einer solchen Sparkasse und einem umfangreichen Satzungsentwurf an den Kreistag heran. Er nahm dabei Bezug auf die Vorschläge des „praktischen Rheinländers" Diergardt und das Beispiel des Berliner Buchhalters Liedtke und bezeichnete es als Pflicht, soviel als irgend möglich die Sparsamkeit zu erleichtern. „Es existieren unter den niederen Ständen," so führte er aus, „namentlich dem Gesinde, den sogen. Deputanten, den Bauern, eine gar nicht unbedeutende Anzahl kleiner, sauer erworbener Kapitalien, die entweder ganz unbenutzt im Bettstroh oder einem Topfe verwahrt liegen, um bei der nächsten Gelegenheit leichtsinnig vergeudet zu werden. Aus der Erfahrung an meinen eigenen Leuten weiß ich, wie das Beispiel eines einzigen die anderen anspornt. Bei ihrer Bequemlichkeit, bei ihrem Mißtrauen kann eine solche Einrichtung aber nur dann von recht ausgedehntem Erfolge sein, wenn sie ihnen ganz nahe gebracht und leicht gemacht wird" [2]). Am 11. März beschloß der Kreis-

[1]) Kleist an den Regierungspräsidenten v. Fritsche. Belgard, 22. November 1846. Akten der Reg. zu Köslin. Tit. XVI. Nr. 27. Volumen 4.

[2]) Konzept der Vorschläge von Kleists Hand im F.A., 28 Folioseiten. Satzungsentwürfe ebenda, 15 Folioseiten.

tag auf diese Darlegungen hin die Gründung der Sparkasse und beauftragte Kleist mit den weiteren dazu erforderlichen Schritten. Ehe das Unternehmen zur Ausführung kam, verging noch einige Zeit. Jedenfalls erwarb sich aber Kleist auch hier das Verdienst, bahnbrechend für seinen Kreis gewirkt zu haben.

Zur selben Zeit beschäftigte er sich, angeregt durch die Gesetzgebung, mit Gedanken über die Neugestaltung der Polizeigerichtsbarkeit, deren Reform damals unter dem Einflusse des neuen Zeitgeistes eingeleitet worden war. Der gelehrige Schüler der historischen Rechtsschule, dem nichts mehr widerstrebte, als überstürzte Neuerungen, konnte sich doch auch nicht verhehlen, daß hier manches Besserung erheischte. „Wohl jedem, der nur einige Zeit in unserer Polizeigerichtsbarkeit beschäftigt gewesen ist," legte er in einem gedruckten Aufsatz, datiert Kieckow, 26. Januar 1847, der seine Unterschrift trägt [1]) und als Petition an den pommerschen Provinziallandtag gedacht war [2]), dar, „drängen sich sogleich die wesentlichen Mängel ihrer gegenwärtigen Organisation auf". Er fand den Gang der Justiz und Verwaltung infolge des langen Instanzenzuges schleppend, die unteren Instanzen zu wenig selbständig und die Gutsbesitzer häufig interessiert, und meinte, daß es sich mehr um Verwaltungsarbeit als um Rechtspflege handle. Dem Gesetz vom 17. Juli 1846 rühmte er zwar große Vorzüge nach. Aber er war gar nicht damit einverstanden, daß die Magistrate und Rittergutsbesitzer der Polizeigerichtsbarkeit beraubt worden waren. Dem gegenüber meinte er: „Wo sich die Persönlichkeiten der großen Grundbesitzer dazu eignen und wo sie nicht selbst dabei beteiligt sind, da ist es unmöglich, eine geeignetere Polizeigerichtsbarkeit in unterster Instanz zu erfinden". Sein Hauptvorschlag bezog sich auf die Schaffung eines Kreispolizeigerichts als zweite Instanz, bestehend aus Landrat, Kreisjustizrat und einem Gutsbesitzer oder Bürgermeister oder Domänenbeamten. Daß die Verbindung obrigkeitlicher Rechte

[1]) F.A.

[2]) Kleist an Ranke, 11. Juli 1847.

mit der Gutsherrschaft mit den Grundsätzen der sich bahnbrechenden Rechtsgleichheit nicht mehr vereinbar und schon darum nicht mehr zu retten war, ganz abgesehen von den steigenden Anforderungen, die der Verkehr und die bloße Bewirtschaftung der Güter an die Grundbesitzer stellte, verkannte er vollständig. Als Schüler Gerlachs hielt er vielmehr an dem, was an den ständischen Staat erinnerte — und die Polizei der Gutsherrschaft gehörte doch zu den Trümmern des ständischen Staates — mit Zähigkeit fest.

Darum wollte er noch weniger von der Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit hören, während die Regierung gerade damals die Ritterschaft zu deren Aufgabe auffordern ließ [1]). Um dieser Beseitigung entgegenzuarbeiten, hat er im Frühjahr 1847 in Köslin vor eingeladenen Vertretern der Kreise des Kösliner Regierungsbezirks eine Rede über „eine notwendige Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit" gehalten [2]). Denn für reformbedürftig hielt er sie auch. Aber die Tonart, die er in jener Rede gegen den anstürmenden Zeitgeist fand, war doch recht lebhaft: „Es ist bekannt genug," hieß es darin, „daß seit der französischen Revolution die ganze Existenz der Patrimonialgerichtsbarkeit gewissen Leuten, welche die öffentliche Meinung darzustellen beanspruchen, überhaupt ein Dorn im Auge ist. Das Geschrei ist groß, es hat Widerhall gefunden in vielen Provinzialständen, es wird ihn — nach den diesjährigen Verhandlungen zu schließen — auch im vereinigten Landtage finden. Soll uns Seine Majestät der König dem etwaigen Drängen des Landtages und fast der gesamten Presse gegenüber schützen, wenn wir selbst stumm die Hände in den Schoß legen und uns nachgesagt wird, wir selbst wären mit Freuden bereit, dieses veraltete Recht aufzugeben? Das Recht der Gerichtsbarkeit ist die Grundlage unserer ständischen Vertretung im ersten Stande. Hört dieser Vorzug auf, so werden wir in kurzer Zeit in den Landtagen nicht mehr nach Ständen und Kreisen, sondern nach Verhältnis der Steuern wählen

[1]) Aufzeichnung 1871.
[2]) Konzept im F.A.

und somit den Staat der Geldherrschaft des reinen Konstitutionalismus überantworten." Er findet die Vorzüge der Patrimonialgerichtsbarkeit in der Zeit- und Kostenersparung, in der Vertrautheit der Richter mit Personen und Gewohnheiten. „Bei königlichen Gerichten wird jede Angelegenheit durch einen anderen Richter, meist durch lernende Referendare oder schlecht besoldete, in wenigen Jahren vielleicht durch mehrere Provinzen wandernde Assessoren behandelt, die nicht einmal die Sprache des gemeinen Mannes verstehen. Die gegenwärtige Zeit liebt den Schein, statt der Wahrheit." Er sagte sich aber auch: „Kein Institut kann sich erhalten, ohne sich zu entwickeln; das ist kein rechter Konservativer, der niemals auch solche Änderungen nicht will, die verbessern, sondern der, welcher die Entwicklung und Entfaltung auch der alten Wurzel anstrebt. Die Folge des Gegenteils wird dann revolutionäres Abtun des Ganzen mit der Wurzel." Demgemäß machte er einige Reformvorschläge. Das Ergebnis war, daß die zahlreich besuchte Versammlung den Vorschlag der Regierung auf Aufgabe der Patrimonialgerichtsbarkeit ziemlich einstimmig ablehnte. Aber über positive Reformvorschläge, wie sie Kleist „nach dem Vorgange der Wanzlebener Justizorganisation" [1]), also offenbar nach vorheriger Verständigung mit Ludwig Gerlach, Graf Alvensleben-Erxleben und Bismarck [2]) gemacht hatte, gelang es nicht, eine Einigung herbeizuführen.

Bald sollte Kleist erfahren, daß auch die Patrimonialgerichte unter dem Ansturm der neuen Zeit „mit der Wurzel abgetan" und mit ihnen, wie das bei allen umfassenden Neuerungen zu geschehen pflegt, auch das mancherlei Gute, das diese Einrichtung aufwies, einstweilen begraben wurde.

Bei diesem Kampfe Kleists gegen die Abschaffung altständischer Ehrenrechte spielte offenbar ein Gefühl der Kränkung darüber mit, daß die fürsorgende und hingebende Tätigkeit, die manche Gutsherren bei Ausübung jener Befugnisse zeigten, von dem Zeitgeist nicht genügend gewürdigt wurde. Vor allem

---

[1]) Aufzeichnung 1871.

[2]) Vgl. Aufzeichnungen Ludwigs v. Gerlach I, 470 f.

Kleist selbst war ein Beispiel dafür, wie tatkräftig und treu einzelne ihren Verpflichtungen gegen das Gemeinwohl nachzukommen bemüht waren. Gewiß ist die Zahl derjenigen Grundbesitzer, die ihrer Stellung als Gerichtsherren vollkommen genügten, weit größer gewesen, als gemeinhin angenommen wird. Kleist entging es anderseits keineswegs, daß sich viele seiner Standesgenossen untüchtig für solche Aufgaben zeigten. Nur neigte er vielleicht zu sehr dazu, diese Beispiele als Ausnahmen zu betrachten, und von sich auf die Mehrzahl der anderen zu schließen.

Welch ein Drang zu gemeinnütziger Tätigkeit in Kleist lebte, offenbarte sich am meisten in der Schaffung christlicher Liebeswerke durch ihn. Der neuere Pietismus sollte in ihm einen seiner tatenfrohesten Vertreter finden.

Das erste, was er nach Antritt seines Landratsamtes in Angriff nahm, war der Bau einer Kirche in Kieckow an Stelle der alten, die im Jahre 1813 von seinem Vater wegen ihrer Baufälligkeit abgebrochen worden war. Die Anregung zu dem Bau gab Kleists Stiefbruder, der Major Ferdinand v. Kleist, offenbar auch, um dem Bruder ein Zeichen seiner Liebe zu geben. Denn durch nichts hätte er ihn mehr erfreuen können. Beide Brüder beteiligten sich zu ungefähr gleichen Teilen bei den Herstellungskosten, und auch ein dritter Bruder trug etwas dazu bei. Kleist wußte gleich einen trefflichen Baumeister, keinen geringeren als den Konservator der preußischen Kunstdenkmäler v. Quast, den er in Berlin kennen gelernt hatte, und dieser übernahm denn auch in sehr entgegenkommender Weise den Entwurf des Planes zu dem Gotteshause [1]), das in romanischem Stil gehalten, in Rohziegeln aufgeführt und mit einer geräumigen Gruft versehen wurde. Es erhielt 112 Sitzplätze und wurde von Kleist im Laufe der Jahre sinnig und hübsch geschmückt. Wegen der Abhaltung des Gottesdienstes und der Seelsorge verständigte sich der Bauherr mit dem Pfarrer in Groß-Tychow, später in der Weise, daß er einen Hilfsgeistlichen zum Teil aus eigenen Mitteln anstellte. So-

[1]) v. Quast an Kleist, Berlin, 16. Januar 1845.

dann ruhte er nicht, als bis er in seinem Pfarrbezirk einen Missionsverein gegründet hatte. Voller Freude machte er davon sofort an Schede Mitteilung [1]). Mit Pastoren der Umgegend bildete er ein Missionskränzchen, das reihum ging und alle Monate statthatte. Eingeleitet wurde es allemal durch eine „Missionsstunde". In Tychow wurde alljährlich ein größeres Missionsfest veranstaltet, mit dem sich eine Pastoralkonferenz verband. An einem dieser Missionsfeste trat die hochgewachsene Gestalt des jungen Alexander Andrae, damals auf Ramelow, das nicht gar fern von Tychow liegt, in die Kirche, dessen innige Frömmigkeit ihm gleich das ganze Herz Kleists gewann [2]), was Andrae mit verehrungsvollster Freundschaft erwiderte. Diese Missionsfeste wurden bald weithin in der Gegend berühmt. Noch ganz anders sollte das werden, als Kleist seit dem Jahre 1849 einen der sehnlichsten Wünsche seines Herzens, die Gründung eines Rettungshauses in Kieckow, durchzuführen begann und seitdem alljährlich die Rettungshausfeste in Kieckow stattfanden. Wichtig wurde für Kleist auch der Verkehr mit dem seit 1834 im Kreise Dramburg zu Wusterwitz, das südlich von Polzin, nahe der Belgarder Kreisgrenze liegt, in großem Segen wirkenden Pfarrer Gustav Knak, einem der glaubensinnigsten Mitglieder der stillen Gemeinde, der nachmals zu den verschrieensten Vertretern der Orthodoxie gehören sollte. Kleists Mutter hatte in Knak schon seit Jahren einen geistlichen Berater gefunden, der ihr oft und gern die Bibel deuten half. Jetzt knüpfte Kleist mit ihm an und besuchte mit besonderer Freude die Wusterwitzer Missionsfeste [3]). Während Kleist so eine aus der Kraft des Glaubens geborene ungewöhnliche Tatkraft zur Linderung der sittlichen Not der armen Leute entfaltete, verhielt sich, wie auch sonst im Lande, ein großer Teil der Bevölkerung, vorzugsweise diejenigen, welche nach liberalen Verfassungsformen strebten, aber auch mancher reiche Edelmann, ablehnend gegen dieses ganze Treiben und

---

[1]) Kleist an Schede, 15. Dezember 1844.
[2]) Aufzeichnung 1871.
[3]) Aufzeichnung 1871.

hatte dafür vielfach nur Spott. Die gewaltigen Unterlassungssünden des liberalen Bürgertums auf diesem Gebiete sollten sich dereinst schwer rächen. Je mehr Versäumnisse jedoch im anderen Lager zu Tage traten, umsomehr mußte Kleist wachsen, da er ein Müdewerden nicht kannte.

War er ein Helfer der Armen und Notleidenden, die ihm persönlich nicht näher standen, so war er es natürlich auch denen, mit denen er Freundschaft geschlossen hatte. In dieser Zeit gab es ein schweres Herzeleid zu lindern, als Moritz Blanckenburg erst seine Schwiegermutter und dann seine über alles geliebte Frau verlor (Oktober und November 1846)[1]. Damals reiste Kleist wiederholt gen Cardemin und suchte gemeinschaftlich mit Otto v. Bismarck den fassungslosen Freund wieder aufzurichten. Wir besitzen keinen unmittelbaren Bericht über die Stunden, die er mit ihm verbrachte. Wohl aber legen zwei Schriftstücke Zeugnis davon ab, daß in jenen Stunden drei große Herzen einander sich erschlossen. Littegarde Puttkamer schrieb am 23. November 1846 ihrer Mutter: „Hans hat nun seine Reisen nach Cardemin beschlossen. Der liebe Gott möge ihm die Treue lohnen gegen seinen armen, tiefgebeugten Freund. Man mag über diesen herzzerreißenden Gegenstand lieber schweigen wie reden[2]." Blanckenburg aber hat Kleist ebenso wie seinem Freunde Bismarck die damals bewiesene Freundestreue nie vergessen. Als 40 Jahre später auch Kleists Frau gestorben war, da schrieb ihm sein Moritz aus Zimmerhausen die wehmütigen Zeilen: „Der Himmel ist nun auch Dir dadurch näher gebracht, daß Du Dein Liebstes auf Erden hast abgeben müssen — wie ich das bereits vor 40 Jahren habe tun müssen. Das neue Cardemin sieht freilich moderner aus, wie das alte — wiewohl am Hause nichts verändert ist. Dort am Küchengiebel bei kaltem Nordostwind saßen wir, Otto, Du und ich! auf drei Stühlen die Füße hoch an den Giebel streckend! Grüße Dein Töchterchen[3]!" Noch näher als während

[1]) Vgl. hierüber Eleonore Fürstin Reuß, A. v. Thadden-Trieglaff, 2. Aufl. S. 80 ff. u. E. L. v. Gerlach, Aufzeichnungen I, 456—462.

[2]) F.A.

[3]) Blanckenburg an Kleist, 15. Mai 1885.

der Blanckenburgischen Leidenszeit kam Kleist dem frischen Junker von Kniephof, der inzwischen Schönhausen übernahm, seit dessen Verlobung mit dem einzigen Kinde der über alles geliebten Schwester Kleists, Luitgarde v. Puttkamer. Auf der Hochzeit der beiden durfte er nicht fehlen[1]). Die hohe Wertschätzung, welche Bismarck schnell in Kleists Augen erworben hatte, beweist die Tatsache, daß dieser am Tage der Vermählung ahnungsvoll auf den Bräutigam als einen neuen Otto von Sachsen sprach, „bittend und prophezeiend, daß er unserem Vaterlande in politischer und kirchlicher Hinsicht ein neuer Otto der Sachse" werde[2]). Bismarck erwiderte humoristisch mit einem Hoch auf „Pippin den Kleinen". Noch nach mehr als drei Jahrzehnten hat der Fürst dieses kleinen Zwischenfalles gedacht[3]). Auf der Hochzeitsreise ging das junge Paar nicht an Kieckow vorbei[4]).

Eine andere Freundschaft empfing in diesem Jahre neue bedeutsame Anregungen, die mit Ludwig Gerlach, und zwar durch eine gemeinsam mit diesem und anderen Freunden unternommene Reise in die Schweiz. Schon am 3. Mai 1846 hatte der jetzt als Oberlandesgerichtspräsident in Magdeburg beschäftigte Gerlach den 19 Jahre jüngeren Kleist dazu aufgefordert. „Naturschönheiten", so erklärte der Präsident, „sollen auch genossen werden, bleiben aber, mir wenigstens, entschieden Nebensache. Zu Bekanntschaften würde ich die Wege bahnen. Sie repräsentieren das Moment der guten Laune." Im Jahre 1847 wurde der Gedanke zur Tat. Die Reise währte von Mitte August bis Anfang Oktober. Teilnehmer waren Ludwig Gerlach, der alte Thadden-Trieglaff, der nach dem Zeugnis von Littegarde Puttkamer den Verlust seiner Gattin und Tochter standhaft getragen und „deshalb auch siegreich sein zerschlagenes Haupt" hatte erheben können, ferner Thaddens Sohn Gerhard, Kleist und ein Predigtamtskandidat. Man berührte Leipzig, Erlangen und Nürnberg und nahm zuerst

---

[1]) Kleist an Bismarck, 17. Juni 1851.
[2]) Aufzeichnung 1871.
[3]) Kleist an seinen Sohn Jürgen, 12. November 1878.
[4]) Bismarck an seine Frau, 8. Juli 1851.

einen längeren Aufenthalt in München. Überall wurden bekanntere Männer aufgesucht, besonders Theologen. In München gewannen die Reisenden Fühlung mit dem späteren Wortführer der apostolischen Gemeinde, Professor Thiersch, für dessen Vorlesungen über Katholizismus und Protestantismus sich Gerlach im Jahre vorher begeistert hatte, und mit dem greisen Vorkämpfer des Ultramontanismus, Joseph Görres. Von dort ging es über Augsburg, Lindau und Konstanz nach Schaffhausen. Hier hatte die Gesellschaft eine Begegnung mit dem Obersten Joseph v. Radowitz. In Zürich, wo der ortsübliche Regen herrschte, half der preußische Gesandte v. Sydow die Tage „auf das angenehmste" zu verbringen. Über Cappel, Zug und Schwyz gelangte man dann nach Luzern, wo die Bekanntschaft des schweizerischen Bundesgenerals v. Salis-Soglio gemacht wurde, eines Protestanten, der ganz von dem Ideale einer Versöhnung zwischen Katholiken und Evangelischen erfüllt war. In Genf wurde der berühmte Prediger Merle d'Aubigné aufgesucht, und am 22. September kehrte Gerlach in Solothurn zusammen mit Kleist bei dem Manne ein, durch den er die bestimmende Richtung in der Politik empfangen hatte, dem Restaurator der Staatswissenschaften, Albrecht v. Haller. Dann kehrte die Reisegesellschaft über Basel nach Deutschland zurück. Kleist ging als „quartiermachender Offizier" nach Koblenz voraus. Dort wurde der alte Frankfurter Freund General v. Thile besucht, der jetzt kommandierender General des rheinischen Armeekorps war. In Bonn traf man mit Bethmann-Hollweg zusammen, der mit Gerlach und Thadden damals befreundet war und zu dem Kleist auch schon Beziehungen gehabt zu haben scheint. Auf der Rückreise nahm Kleist seinen Weg über Schönhausen, um dort die jüngst vermählten Bismarcks zu besuchen und überzeugte sich dabei von dem Glück des Paares[1]). Seine Stimmung auf der ganzen Reise war, wie seine Briefe an Ranke zeigen, gehoben und glücklich. In seiner Entwicklung spielt sie in-

[1]) Kleist an Ranke, 25. September 1847; Keudell, Fürst u. Fürstin Bismarck 19.

ſofern eine Rolle, als ſein geſtrenger Erzieher Gerlach hier ſozuſagen ein letztes Examen mit ihm abhielt. Haller und Katholizismus war die Parole geweſen. Die ſyſtematiſche Annäherung an Wortführer des Ultramontanismus und Vertreter des Verſöhnungsgedankens, wie ſie Gerlach zur Natur geworden war, hat ſicherlich ihren Einfluß auf Kleiſts ganze Denkweiſe geübt und ſeine urſprüngliche Kampfesſtellung den Katholiken gegenüber verändert. Der Geſamteindruck, den Gerlach von ſeinem Zögling hatte, konnte nur ein befriedigender ſein. So ſicher, wie Kleiſt durchs Leben ſchritt, wandelten wenige Menſchen auf Erden. Man wird kaum fehlgehen, wenn man urteilt, daß die Schweizerreiſe von 1847 im weſentlichen den Abſchluß der inneren Entwicklung Kleiſts darſtellt. Nur wenig ſollte ſich ſeine Auffaſſung von Welt und Dingen noch verändern.

An die Schweizerreiſe knüpfte auch die perſönliche Erneuerung noch anderer, ſtets weiter gepflegter freundſchaftlicher Beziehungen. Er hatte den Gedanken gefaßt, Ernſt Ranke durch die Berufung an die freigewordene Pfarre in Polzin ganz in ſeine Nähe zu bringen. War doch der Portenſer Gefährte auch ſeiner Mutter und Schweſter, obwohl ſie ihn noch nicht geſehen hatten, außerordentlich lieb geworden. Frau v. Kleiſt hatte ihm noch vor zwei Jahren geſchrieben: „Alt, abgelebt und dem Grabe wohl nicht mehr fern, gebe ich Ihnen hiermit die aufrichtige Verſicherung, daß ich Sie bis zum letzten Hauch mütterlich und dankbar lieben werde als den größten Wohltäter meines Hans[1]).“ Als ihm nun Kleiſt jenen Vorſchlag wegen der Polziner Pfarre machte, da verſagte ſich Ranke nicht, und ſo vereinigten ſich die beiden Freunde am 5. Oktober in Berlin, um zuſammen nach Polzin zu reiſen. Am 10. hielt Ranke dort eine Gaſtpredigt. Gleich darauf eilte er wieder zurück. Als er fort war, legte ſich Frau v. Kleiſt nieder und ſtarb (16. Oktober), während der Sohn ihr das Lied vorſprach: „Mitten wir im Leben ſind von dem Tod um-

[1]) Frau v. Kleiſt an Ranke am Rande des Briefes ihres Sohnes an Ranke vom 7. Auguſt 1845.

fangen." Kleist war allein bei ihr und drückte ihr die Augen zu[1]). Er pries sich glücklich, sie noch wohl wiedergesehen zu haben. Aber ihm war einsam zu Mut nach ihrem Hinscheiden. „Mir ist der Belgarder Kreis jetzt verwaist", schrieb er dem Freunde[2]).

Schon vor Jahren hatte Kleist seinem Ranke gestanden: „Ich habe immer noch die bange Ahnung sehr schwerer Zeiten und bitte nur Gott, er wolle dazu mein Herz recht fest machen"[3]). Als Kleists Mutter starb, waren bereits einige Monate seit einem Ereignisse verstrichen, das gleichsam als der Auftakt zum Sturmlied der Revolution bezeichnet werden kann: die Hungersnot im Frühjahr 1847.

Kleist sah es voraus, daß der Notstand zu Verwicklungen in seinem Kreise führen könnte, vor allem, weil dort durch den noch in vollem Gange befindlichen Chausseebau viele schlecht verpflegte Arbeiter beschäftigt waren. Am 23. April beantragte er zur Beseitigung der Teurung die sofortige Öffnung der Militärgetreidemagazine in Belgard, Körlin und Kolberg, ein Mittel, das einst Friedrich der Große mit so glänzendem Erfolge in seinem Lande angewendet hatte. Andernfalls glaubte er Unruhen voraussagen zu müssen. Sie kamen noch schneller als er gedacht hatte. Schon am 24. April rottete sich in Polzin am Markttage die Bevölkerung unter Anführung des Stadtverordnetenvorstehers zusammen, besetzte die Ausgänge des Städtchens, um die Abfahrt der Marktwagen zu verhindern, bestimmte die Preise, mißhandelte alle, die sich widersetzten, band die Säcke auf und verschüttete deren Inhalt, der dann von den Frauen fortgeschleppt wurde. Die städtischen Behörden versagten vollständig, zeigten vielmehr die gröblichste Nachlässigkeit und Schlaffheit. Einzig der in Polzin stationierte Gendarm bewies Umsicht und Entschlossenheit, wobei er aber von

[1]) Aufzeichnung 1871.
[2]) Kleist an Ranke, 16. Oktober 1847.
[3]) Kleist an Ranke, 7. August 1845.

dem Kämmerer der Stadt verhöhnt wurde. Es entstand die Gefahr, daß die Märkte von Polzin gar nicht mehr beschickt würden, weil die Produzenten angesichts der Haltung der Stadtbehörden Wiederholung solcher Auftritte befürchten mußten. Die Not wäre dadurch noch gesteigert worden. Für Belgard waren ähnliche Szenen zu besorgen.

Als Tags darauf Kleist davon erfuhr, beantragte er sogleich erneut und dringend Öffnung der Magazine, außerdem Erhöhung des Lohnes der Chausseearbeiter, „die nicht leben können und die, einmal aufgeregt, vor allen anderen grobe Exzesse befürchten lassen", und setzte sich mit einigen Produzenten in Verbindung, um sie zu weiterer Beschickung des Polziner Marktes zu bestimmen. Inzwischen traf ein ablehnender Bescheid der Regierung auf seinen ersten Bericht ein. Alsbald wandte sich Kleist an den Oberpräsidenten und sprach diesem die dringende Bitte um schleunige Hilfe aus. Der Regierung meldete er, daß er vom Belgarder Magazinrendanten erfahren habe, daß die Garnison noch bis zum 1. September mit Getreide versehen sei. Es wäre also sehr gut möglich, mit dem Magazingetreide zu helfen. Am 27. richtete er an den kommandierenden General v. Wrangel das Ersuchen, ihm aus Belgard eine Abteilung Husaren zur Verfügung zu stellen, weil er nur dann in der Lage wäre, für die Sicherheit der Produzenten daselbst einzustehen; Belgard wäre nur wegen der Anwesenheit des Militärs ruhig geblieben. Wrangel stellte es in das Ermessen der Regierung, ob eine Abteilung Husaren nach Polzin zu schicken nötig sei. Diese aber hielt das nicht für erforderlich. Ebenso bestätigte der Oberpräsident ihre Entscheidung, daß die Öffnung der Magazine abzulehnen sei. Obendrein wurde Kleist amtlich von Fritsche getadelt, daß er von seinem Gute aus berichtet habe und nicht gleich selbst nach Polzin aufgebrochen sei. Es wurde ihm aufgegeben, den Polziner Magistrat zur Bildung einer Bürgerwehr zu veranlassen, was in diesem Falle den Bock zum Gärtner setzen hieß.

Eine Reise Kleists nach Polzin hätte zunächst nicht viel helfen können. Über die Vorgänge daselbst unterrichtete einstweilen erschöpfend der Bericht des Gendarmen. Treffend be-

merkte Kleist also in seiner Antwort vom 29.: „Es kam darauf an, Maßregeln zu treffen, daß jenen Vorfällen zum nächsten Markttage (1. Mai) vorgebeugt würde.“ Er hätte deswegen eine größere Anzahl von Gutsbesitzern zu sich eingeladen gehabt, um solche Maßregeln einzuleiten. „Schon bei mir verpflichteten sich die anwesenden Gutsbesitzer, welche überhaupt noch Vorräte haben, diese von jetzt ab nur nach den benachbarten Städten des Kreises, namentlich nach Polzin zum Markt zu bringen oder scheffelweise im Hause zu verkaufen. Es wurden 100—125 Taler zusammengebracht, um der Stadt Polzin für die Bedürftigeren Mittel zu gewähren.“ Am 28. war er inzwischen selbst, nachdem er schon vorher die bedeutenderen bei Polzin wohnenden Pächter aufgesucht hatte, in Polzin gewesen, hatte dort eine Beratung mit anderen Gutsbesitzern abgehalten und erreicht, daß der Stadt eine größere Menge Getreides zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt wurde. So ging der Wochenmarkt am 1. Mai ruhig vorüber. Trotzdem hielt es der Magistrat, an dessen Spitze ein neuer Bürgermeister getreten war, den Kleist als einen „tüchtigen Menschen“ bezeichnete, unter dem 4. Mai auch seinerseits für notwendig, wegen Entsendung einer Abteilung Truppen bei der Regierung vorstellig zu werden, weil immer noch der Wiederausbruch von Unruhen und deswegen eine Nichtbeschickung des Marktes zu befürchten war. Die Regierung blieb jedoch bei ihrer Ablehnung. Ihre wenig wohlwollende Gesinnung gegen den Belgarder Landrat verrät zum Überdruß der Nachwelt eine Randglosse zu jenem Lobe des Polziner Bürgermeisters durch Kleist. Dazu hat nämlich ein weiser Thebaner mit Rotstift ein Fragezeichen gemacht und über „Mensch“ das Wort „Mann“ geschrieben. Sein naives liberales Gemüt lehnte sich unwillig gegen den vermeintlichen Hochmut des Herrn v. Kleist auf. In seinem komischen Ärger begriff der Glossist gar nicht, als welch ein schlechter Stilist er sich durch seine Randbemerkung entpuppte.

Kleists entschlossenem Handeln war es zu verdanken, daß es zu weiteren Unruhen nicht kam. Nachdem er durch seine Erhebungen festgestellt hatte, daß der Mangel auch bei Ver-

wendung der aufzutreibenden Vorräte andauern würde, berief er einen Kreistag zusammen und vermochte diesen am 18. Mai zu dem Beschlusse, den als fehlend berechneten Getreidebestand von Kreis wegen anzukaufen. Die Mittel dazu sollten aus den Beständen der Kommunalkasse, der Chausseebaukasse und etwaigenfalls aus der Ritterschaftlichen Bank zu Stettin entliehen werden. Die anwesenden Rittergutsbesitzer erklärten ihrerseits dafür haften zu wollen, wenn die Behörden den Beschluß nicht gutheißen sollten und der Kreis dabei Schaden haben würde. So wurde für 10000 Taler russischer Roggen angekauft, der verbacken und im einzelnen als Brot billig an die Notleidenden, die sich zum Teil mit Gemüse von Nesseln und Brot von Quecken nährten, abgesetzt wurde. Für die kleinen damaligen Verhältnisse war dieser Schritt eine Tat, denn der Kreistag übernahm damit ein ziemliches Risiko. Aber das Experiment gelang. Der Kreistag büßte nur 400 Taler dabei ein. Diese erfolgreiche Beseitigung des Notstandes wurde Kleist eine der liebsten Erinnerungen seines Lebens[1]).

Hatte er schon vorher die Opposition, die er bei seiner Wahl gefunden hatte, im wesentlichen entwaffnet gehabt, so trug dieses hilfreiche Eingreifen in der Zeit der Not noch außerordentlich dazu bei, seine Stellung im Kreise zu befestigen, zumal da er von allen anderen Instanzen, Regierung, Oberpräsident, kommandierendem General, im Stiche gelassen worden war und er ganz auf seine eigene Faust die Situation gerettet hatte. Auch der Gegensatz zwischen Adel und Bürgertum war, wie es ihm schien, dort zu seiner Freude so gut wie verschwunden. Er dachte später stets voller Zufriedenheit an diese landrätliche Zeit zurück. „Schwerlich kann ein glücklicheres und einflußreicheres landrätliches Verhältnis gedacht werden", zeichnete er im Jahre 1871 von seiner landrätlichen Position auf.

Die Mußezeit, die der stets tätige Mann damals übrig

[1]) Über den Notstand im Jahre 1847 benutzt: Akten der Regierung zu Köslin. Tit. X. Sekt. 7a. Nr. 15 u. 19. Sekt. 11. Nr. 10, Aufzeichnungen 1871 im F.A. Geschichte des Geschlechts v. Kleist III. 8, 169. Sten. Ber. der 2. Kammer, 6. März 1852. Sten. Ber. des H.H., 28. Oktober 1872 S. 891.

behielt, benutzte er, um die Wissenschaften, für die er außer der seines Faches von früh an besonders Sinn gezeigt hatte, Naturwissenschaften und Geschichte, weiter zu pflegen. So las er den damals erscheinenden ersten Band von Alexander v. Humboldts Kosmos. Obwohl er offen erklärte, nicht alles zu verstehen, arbeitete er sich durch und urteilte schließlich: „Was jede Seite schlagend lehrt, das ist das Wort: unser, auch Herrn v. Humboldts Wissen ist Stückwerk und wird es bleiben, bis einst die Vollkommenheit erscheinen wird. Einzelne Teile sind höchst interessant, seine Schilderungen von Naturzuständen oder Ereignissen wahrhaft poetisch[1])." Auch Rankes Geschichte der Päpste und Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation nahm er sich vor zu lesen[2]), und wir dürfen annehmen, daß er dies Vorhaben auch ausgeführt hat. Zuweilen, namentlich des Sonntags Morgens in aller Frühe, las er daneben ein poetisches Werk. Dann ging der einsame Junggeselle wohl in die Ellern an einen Platz mit schöner Aussicht auf Wiesen und genoß glückselig zugleich Sonntagsruhe, Natur und Dichtung. Diese frühe Sonntagsstunde erschien ihm als die schönste Zeit in der ganzen Woche. Noch in hohem Alter entsann er sich bewegt, welche köstlichen Empfindungen es ihm bereitet hatte, als er so einst die eben (1849) erschienene Amaranth von Redwitz in sich aufnahm[3]).

So lebte er nach dem Tode der Mutter für sich, voll der Hoffnung, daß er demnächst den Pfarrer Ranke in seiner Nähe haben würde. Sein Freund, der Dr. Simon, einer der Patrone der Polziner Kirche, teilte ihm mit, daß er sich für Ranke entschieden habe. Der andere Patron schien erst zweifelhaft. Durch einen Todesfall und Kleists Fürsprache gestaltete es sich so, daß der noch immer in Franken lebende Freund auch von dem zweiten Patron, also einstimmig präsentiert wurde. Schließlich wurde die Probepredigt auf den 26. März 1848 festgesetzt. Am 9. März sandte Kleist noch

---

[1]) Kleist an Ranke, 7. Februar 1846.
[2]) Kleist an Ranke, 15. Dezember 1845.
[3]) Kleist an seinen Sohn Jürgen, 28. August 1880.

einen Gruß nach Buchau und sprach seine Freude über das zu erwartende baldige Wiedersehen aus[1]).

Da traten die Ereignisse jählings dazwischen. In Berlin brach die Revolution aus, und die Nachricht davon verpflanzte sofort die Erregung in den stillen Belgarder Kreis. Mit einem Schlage schien die Opposition von 1844 wieder aufzuleben. Es sah so aus, als wenn gerade die Berufung Rankes der zündende Funke wäre.

Von den kleinbürgerlichen Schichten bis tief hinein in die Kreise des Adels wurde der Berliner Märzaufstand in der Belgarder Gegend als gegen den pietistischen Geist am Hofe König Friedrich Wilhelms IV. gerichtet angesehen. Kaum war die Nachricht von den Ereignissen in der Hauptstadt in Tychow angelangt, da eilte Kleists Bruder Ferdinand, der Major, nach Kieckow. Als königstreuer Mann war er ganz verzagt. Seine alte starke Abneigung gegen das ihm unverständliche fromme Wesen seines Bruders brach jetzt mit verdoppelter Heftigkeit hervor. „Und das Schlimmste ist, daran seid *ihr* schuld! Und nun macht ihr euch daraus nicht einmal so viel, weil ihr noch einen anderen König habt[2])!" Ein denkwürdiger Augenblick in dem Leben dieser beiden Brüder! Der tapfere Husar verlor den Mut, der Pietist aber richtete sich stolz auf und erwiderte: „Gott sei gelobt, daß wir noch einen anderen König haben. Aber der gerade gibt uns Treue und Macht, für unseren irdischen König einzutreten." Es war die uralte Erzählung vom auf dem Meere wandelnden Petrus, die auch Goethe so lieb hatte, welche hier einmal wieder ihre tiefe Wahrheit offenbarte. Hans v. Kleist-Retzow hatte Glauben und behielt darum frischen Mut selbst in der schwierigsten Lage.

Währenddessen hatte sich die Kunde von den Berliner Ereignissen in dem schon längst in Gärung befindlichen Polzin verbreitet. Sofort bemächtigte sich des Städtchens ein wahrer Taumel. Bei den Honoratioren fing es an. Jetzt hielten sie

---

[1]) Kleist an Ranke, 25. Oktober 1847; 2. Januar, 28. Januar, 18. Februar, 9. März 1848.

[2]) Aufzeichnung 1871. Geschichte des Geschlechts v. Kleist III. 3, 158.

es für an der Zeit, ihr Mütchen an dem pietiſtiſchen Landrat zu kühlen und gewaltſam die Berufung ſeines Freundes Ranke zu verhindern, wo dieſer Bruder des großen Hiſtorikers, der einen geachteten Namen als Profeſſor der Theologie in Marburg erwerben ſollte, gar nicht einmal ſo durchaus in den engen pietiſtiſchen Anſchauungen der pommerſchen Erweckten befangen war, was unter anderem die Tatſache lehrt, daß Kleiſt ihn viel weniger von den ihn beſchäftigenden religiöſen Angelegenheiten erfahren ließ als ſeinen Freund Schede. Später hat Ernſt Ranke ſogar einen bedeutſamen Einfluß auf die Berufung Adolf Harnacks nach Berlin geübt [1]). Die Bezirksvorſteher gingen in Polzin von Haus zu Haus und ſammelten Stimmen gegen Ranke [2]). Dann wurde eine Deputation zum Kirchenpatron Dr. Simon abgeſchickt, die auf dieſen alten kranken Herrn einen Druck auszuüben ſuchte. Sie überreichten ihm eine im Namen von 36 Honoratioren der Stadt abgefaßte Erklärung, in der es hieß: „Vorweg erklären wir offen, daß wir auf einem echt chriſtlichen Standpunkt ſtehen. Dem Pietismus wollen wir, ſoviel an uns liegt, keinen Eingang in die Gemeinde verſtatten; wo er eindringt, bringt er ja nur Unfrieden in Haus und Gemeinde.“ Unter den Gründen, die ſie beſonders gegen Ranke anführten, ſtand wörtlich zu leſen: „Er iſt der jüngere Bruder eines Mannes, von dem im allgemeinen geſagt wird, daß er, bei anerkannt wiſſenſchaftlichen Verdienſten, jener Richtung, welche wir nicht in die Gemeinde herein laſſen wollen, zuneigt.“ Der letzte Trumpf, der ausgeſpielt wurde, richtete ſich gegen Kleiſt und lautete: „Er (Ranke) wird von einem Manne empfohlen, der bei anerkannt trefflicher Geſchäftskenntnis und Tätigkeit und bei einem ausgezeichneten moraliſchen Charakter es gar nicht leugnet, daß er dem Pietismus in ſeiner Ausbreitung förderlich ſein wolle [3]).“ Allerhand ſonderbare Gerüchte durchſchwirrten die Luft. „Am

[1]) Etta Hitzig, Ernſt K. Ranke S. 63 f.

[2]) Bericht des Gendarmen Preiß. Polzin, 20. April 1848.

[3]) Ranke an Heinrich Ranke, 4. April 1848, bei Etta Hitzig a. a. O. S. 210 f.

Sonntage" (dem Tage der Probepredigt, 26. März) „ginge es in Polzin los." Man drohte dem Dr. Simon die Fenſter einzuwerfen. „Wir wollen nicht, daß dieſer über uns herrſche", hieß es von Ranke [1]). Auch in Kieckow erſchien ein Abgeſandter und erſuchte den Landrat, Rankes Verzicht zu vermitteln. Kleiſt erklärte dem Manne: In ſolchen Dingen müſſe jeder für ſich allein einſtehen und ſie in ſeinem Kämmerlein mit Gott abmachen. Seinem Freunde aber ſchrieb er noch am 23. März: Er wolle weder zu- noch abreden. „Wenn ich ſelbſt es aber wäre — ich würde predigen."

Gleichzeitig mit dieſen Umtrieben gegen die Predigerwahl gaben die bemittelteren Schichten des erregten Städchens, voran der Wegebaumeiſter Brückner und ſeine Bauführer, ihren Gefühlen einen feſtlichen Ausdruck. Man ſteckte ſchwarzrotgoldene Fahnen heraus und ebenſo dreifarbige Kokarden an. Dies taten namentlich die Juden [2]). Im Hotel Pietſch wurden am 21. die Zugeſtändniſſe des Königs durch ein ſolennes Mittagsmahl gefeiert, an dem jene Leiter des Chauſſeebaues, Kaufleute und auch Gutsbeſitzer teilnahmen. Man kam überein, die errungene Freiheit durch Erleuchtung der Häuſer zu begehen. Doch verſagte der wohl von Simon oder anderen Anhängern Kleiſts beratene Bürgermeiſter die Genehmigung dazu. Das verſchlug nicht viel. Denn nun wurde die „Illumination" ohne ihn veranſtaltet. Faſt die ganze Stadt beteiligte ſich daran. Natürlich verſammelte ſich die begeiſterte Menge auf dem Markte, und dort wurden Trinkſprüche auf den König, das neue Miniſterium und Deutſchlands Einheit ausgebracht ſowie Lieder angeſtimmt. Ein von der Feier etwas mitgenommener Bürgersmann verſuchte auch mit ſchwerer Zunge eine Rede zu halten. Nach dem Geſange des Liedes „Nun danket alle Gott" zerſtreute man ſich ſolide um die zehnte Stunde. Es handelte ſich hierbei zunächſt offenbar um eine durchaus gut gemeinte, wenn auch von irrigen Vorausſetzungen ausgehende patriotiſche Kund-

[1]) Kleiſt an Ranke, 23. März 1848.

[2]) Erklärung Kleiſts gegen Kaufmann Gottſchalk Levi, 4. Januar 1849. Konzept im F.A.

gebung des von freiheitlichen Ideen erfüllten kleinen Bürgertums. Die guten Leute ahnten aber nicht, daß sie Sturm säten. Denn wenige Tage darauf, am 2. April, hatte sich die Erregung der bemittelteren Schichten den unteren Volksklassen mitgeteilt und dort eine den Brückner und Genossen höchst unliebsame Wirkung geübt. Der Rausch, der das preußische Volk erfaßte, offenbarte selbst hier im abgelegenen Hinterpommern die geheimsten Gedanken der Bevölkerung.

In der seligen Trunkenheit, die sich fast aller Klassen in jenen Tagen bemächtigte, erhoben die Tagelöhner und sonstigen Besitzlosen des Ostens allenthalben den Ruf: „Der König muß uns Land verschreiben!" So verstanden sie die Märzerrungenschaften[1]). „Sie meinen, es handele sich jetzt darum, daß die Gutsbesitzer ihnen Eigentum geben sollten", schrieb Kleist an Ranke am 12. April. Ja, sie hatten „den Glauben, daß sie sich gegenwärtig alles erlauben dürften und von Strafen nicht die Rede sei. Sie verstehen das unter Preßfreiheit"[2]). Es war kein Wunder, daß es unter diesen Umständen in dem unruhigen Polzin am 2. April — einem Sonntage — zu einem heftigen Tumult kam. Einem jüdischen Getreidehändler und dem Wegebaumeister wurden die Fenster eingeworfen. Mit Hurra wurde die Apotheke gestürmt und dort sowie in mehreren Gasthöfen Branntwein erpreßt. Nur mit Mühe gelang es dem Bürgermeister mit Hilfe des Gendarmen und einiger Bürger in später Nachtstunde die tumultuierende Masse zum Auseinandergehen zu bewegen.

Nun entfiel dem Wegebaumeister doch das Herz, und erschreckt bewilligte er endlich seinen Chausseearbeitern die schon vor Jahresfrist von Kleist beantragte und jetzt von den Arbeitern stürmisch verlangte Lohnerhöhung. Da aber bei der Aufgeregtheit der Bevölkerung das Eigentum weiter gefährdet schien, bildete sich eine Bürgerwehr, die gleich mit Widersetzlichkeiten zu tun bekam und sich noch mehrere Tage mit der

---

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte V, 512.

[2]) Bericht Kleists an die Regierung, Polzin, 6. April 1848. Übereinstimmend damit sein Schreiben an Ranke, 12. April 1848.

Bekämpfung der Unruhen zu beschäftigen hatte. Ein eigentümliches Zeichen der Zeit war es sodann, daß sich in der Folge zahlreiche Gemeinden weigerten, Abgaben zu provinziellen Zwecken und zum Chausseebau zu zahlen. Überall gewahrte Kleist ein Kochen und Gären in der Masse der Besitzlosen. Nur der Bauernstand bewahrte Ruhe[1]).

Der Besitzer des Schloßbrunnens, Dr. Simon, mußte an jenem Sonntagabend vor der erregten Menge fliehen und ging auf einige Tage zu Kleist. Wie erstaunte dieser, als der alte Herr in nächtlicher Stunde auf der Rampe des Kieckower Herrenhauses vorfuhr. Nun sagte er sich, daß es mit dem Kommen Rankes doch wohl nicht mehr anging. Der besorgte Dr. Simon selbst ließ Ranke ersuchen, zu entsagen. Man mußte Schlimmes für ihn bei Gelegenheit der schon hinausgeschobenen Probepredigt befürchten. Kleist war froh, daß es nicht dazu gekommen war. Indem er so auf die Erfüllung eines Lieblingswunsches verzichtete, beschlich ihn die Besorgnis, daß es bald zu einer völligen Zerrüttung „dessen, was man jetzt Kirche nennt", kommen würde.

An die Heranziehung von Militär war nicht zu denken. Denn dieses war sämtlich zur Abwehr eines möglichen polnischen Überfalles zusammengezogen. Seltsamerweise lehnte das Oberlandesgericht zu Köslin ein Eingreifen ab, da nicht „Tumult", sondern „Straßenunfug" vorläge[2]).

In einem am 5. April erstatteten Bericht über die Polziner Vorgänge durfte Kleist mit Überlegenheit auf die Tatsache hinweisen, daß er schon lange die Lohnerhöhung beantragt habe. „So bedauerlich es ist, daß eine solche Lohnerhöhung erst auf diese gezwungene Weise eingetreten, kann ich ihre Fortdauer als der Billigkeit entsprechend doch nur dringend befürworten."

In dem folgenden Bericht vom 6. April kam er auf diese Sache zurück: „Es ist des Staates nicht würdig, die Preise

[1]) Berichte Kleists an die Regierung, 5. u. 6. April, desgl. des Magistrats zu Polzin, 4. April, des Wegebaumeisters Brückner, 20. April 1848. Eingabe von 196 Polziner Bürgern vom 9. April 1848. Kleist an Ranke. 12. April 1848. Allgem. Pomm. Volksblatt, 12. April 1848.

[2]) Akten der Kösliner Regierung, 6. April 1848.

zu drücken. Ich habe mich wochenlang, ja monatelang deshalb mit dem Wegebaumeister in Korrespondenz befunden."

Im Gegensatz zum Vorjahr unterstützte die Kösliner Regierung diesmal Kleist tatkräftig. In ihrem Schoße kämpften offenbar die Geister miteinander. Kleist gegenüber errang aber, vermutlich nicht ohne das Widerstreben des Präsidenten v. Fritsche, der später mit Kleist befreundete damalige Oberpräsident v. Senden die Oberhand. Auf eine tumultuarische Eingabe von 196 Polziner Bürgern, d. h. eines recht beträchtlichen Teiles der männlichen Bevölkerung des Städtchens, darunter einer größeren Anzahl von Analphabeten, die sich mit allerhand heftigen Ausfällen gegen den Landrat, die Berufung Rankes und den tapferen Gendarmen des Orts wandte, entwarf Senden eine sehr bestimmte Antwort, die sich ganz auf Kleists Seite stellte. Der Bescheid schloß: „Wir dürfen erwarten, daß diese Auseinandersetzung Sie beruhigen wird [1])." Das taten die guten Bürger nun nicht. Sie schickten vielmehr eine Deputation an den Minister in Berlin. Aber auch dieser hörte nicht auf sie. So blieb den Polzinern nichts übrig, als hinaus nach dem zwei Meilen entfernten Kieckow zu ziehen und dem Herrn Landrat eine Katzenmusik zu bringen [2]).

Dem gegenüber sollte im Belgarder Kreise die Gegenwirkung nicht auf sich warten lassen. Das Städtchen Polzin und die Leiter des Chausseebaues daselbst blieben hier sehr vereinzelt in der Vertretung des liberalen Völkerfrühlings. Kam doch aus dem Belgarder Kreise überhaupt die erste Kundgebung *gegen* die Berliner Ereignisse. Es war der konfuse Versuch eines wackeren verabschiedeten Oberstleutnants v. Wolden auf Wusterbarth, der die Pommern in einem Aufruf aufforderte, Verwahrung gegen die Behandlung des Königs einzulegen, zu diesem Zweck eine Massendeputation nach Berlin zu senden und durch diese den Berlinern Vorstellungen zu machen. Der treue Offizier setzte alles in Bewegung, um seine Kundgebung

---

[1]) Eingabe von Polziner Bürgern an die Regierung, 9. April 1848. Kösliner Regierung an Feldmesser Hein u. Genossen in Polzin, 20. April 1848.

[2]) Kleist an Ranke, 15. Juli 1848.

so allgemein wie möglich zu gestalten und erschien dazu am 24. März auf der Regierung zu Köslin [1]). Bei Fritsche kam er nicht an den Rechten. Dieser königliche Regierungspräsident bewegte sich in einer eigentümlichen Auffassung der Sachlage, indem er Wolden bedeutete, daß der König „völlig frei" sei, während Friedrich Wilhelm IV. sich gerade damals in der unsichersten Lage befand und kaum wagen durfte, nach Potsdam zu entweichen. Im Anschluß an seinen Bericht, den er über Wolden an den Oberpräsidenten erstattete, stellte Fritsche an den Polizeidirektor die Frage: „Ist der Oberstleutnant v. Wolden nicht zu arretieren?" Der wegen seiner liberalen Gesinnung bei der Bürgerschaft sehr beliebte Polizeidirektor stimmte zu mit den Worten: „Allerdings würde ich diesen Don Quichotte anhalten und darüber zur weiteren Verfügung Anzeige machen." Wolden nahm nicht weniger als sechzehn Schreiber zur Verbreitung seines Aufrufs an, der zwar wenig Anklang fand, aber in Pommern vielfach Erbitterung gegen Berlin hervorrief. Auch mit Kleist hatte Wolden eine Besprechung. Dieser gab sich „alle Mühe", dem Oberstleutnant „das Ungeeignete seiner beabsichtigten Proklamation vorzustellen" und ihn zu deren Zurückziehung zu bewegen [2]), jedoch vergeblich, obwohl ihn noch mehrere andere Landräte und Gutsbesitzer in seinen Bemühungen unterstützten. Die Proklamation wurde zur Genugtuung der Liberalen von der Regierung beschlagnahmt.

Währenddessen ließ der Landrat des Kreises Belgard dessen Insassen nicht im Zweifel darüber, was er von den Vorgängen in Berlin dachte. In der gewaltsamen Unterbrechung der historischen Entwicklung, die dort in der Hauptstadt im Anschluß an die Umwälzungen in den andern europäischen Zentren vollzogen wurde, erblickte der Jünger der historischen Schule und Hegels „offenbaren Wahnsinn". Sollte sich in seiner nächsten Umgebung irgend eine Stelle schwankend gezeigt

[1]) Akten der Kösliner Regierung. Pr. Tit. V. Nr. 28. Wolff, Revolutionschronik Bd. II, S. 39.

[2]) Erklärung Kleists gegen Kaufmann Gottschalk Levi in Belgard, 4. Januar 1849. Konzept im F.A.

haben, so bewog sie sicher ein Stirnrunzeln Kleists alsbald zum Einlenken. Er beobachtete damals, daß Weichherzigkeit und Güte allein bei den niederen Klassen lediglich der Ausbreitung der schlechten Instinkte Raum gaben. Schon darum hielt er es für angezeigt, neben der ihm angeborenen Güte auch Strenge gegen seine Untergebenen zu zeigen, wenn es ihm zuweilen auch wirklich schwer fiel. Er hatte sich dies zudem schon längst zum Grundsatz gemacht. „Ich weiß von der Schule und vom Militär, daß man diejenigen Lehrer und Rittmeister später am meisten lieb hat, die ernst und, wenn es nötig ist, selbst strenge waren. Ich habe das Gesetz und seinen Ernst aufrecht zu erhalten." So schrieb er schon im August 1845 an Ranke. Das Jahr 1848 bestärkte ihn in dieser Anschauung. Er fühlte sich in seiner amtlichen und gutsherrlichen Stellung gleichsam als ein Vertreter Gottes und meinte, daß dementsprechend die Untergebenen ihre Herren und Herrschaften „fürchten und lieben" sollten [1]). „Aber ich muß mich wahren," so schränkte er solche Erörterungen in einem Briefe an Ranke ein, „daß ich bei der Strenge nicht in ein kaltes, despotisches Wesen gerate, daß die Liebe und Barmherzigkeit im Herzen Platz behält und auch allein das Schwert führt [2])." Öfter nahm er Gelegenheit, seine Untergebenen durch ernste zornige Reden zu strafen. Dann blitzten seine Augen und wie ein Gewitter ging es über die Schuldigen daher. Der kleine Mann hatte dann geradezu etwas Majestätisches an sich.

Die Festigkeit und Sicherheit Kleists in der anfänglichen allgemeinen Unsicherheit und Verwirrung übte eine geradezu erlösende Wirkung aus. Zunächst kamen die Grundbesitzer zur Besinnung und schlossen sich ihm an. Ihnen folgten die meisten anderen Kreisinsassen. Der Spalt, der sich in den ersten Wochen nach den Märzereignissen zwischen dem Landrat und seinen ehemaligen Gegnern von neuem zu öffnen schien, schloß sich sehr schnell wieder, und gerade auf dem Belgarder Kreis-

[1]) Mitteilung des Pfarrers Wackernagel in Wustrau.
[2]) Kleist an Ranke, 9. August 1845.

tage kam es zu der eindrucksvollsten Bekundung der einmütigen Stimmung. Das geschah am 19. April.

Die Kundgebung knüpfte an die Persönlichkeit an, die am konzentriertesten und männlichsten das alte Preußentum damals vertrat, an den Bruder des Königs, den Thronfolger Prinzen Wilhelm, den hartnäckigen Vorkämpfer altständischen Wesens, dem es nur allzu schwer geworden war, den Märzverheißungen seines Bruders zuzustimmen, den Abgott des Heeres, der im März nach England hatte entweichen müssen, um vor der Wut des aufgehetzten Pöbels sicher zu sein. Wie die in Schleswig-Holstein liegenden Truppen Gaudys Lied bei den Wachtfeuern sangen, das ihrer Sehnsucht beredten Ausdruck gab:

Prinz von Preußen, ritterlich und bieder,
Kehr zu deinen Truppen wieder,
Heißgeliebter General —,

so regte sich auch auf dem Belgarder Kreistage mächtig der Wunsch, den Prinzen wieder im Heimatlande zu wissen. Ein ehemaliger Kutscher, der im Dienste des alten Landrats v. Kleist-Dubberow, des Vorgängers von Kleists Vater, gestanden hatte und jetzt als Besitzer des Gutes Klein-Reichow Belgarder Kreisstand war — Ziemer hieß der wackere alte Mann —, verglich Preußens Lage mit dem Bienenstock, dem der Weisel fehlte, wenn der Prinz fortbliebe[1]). So kam man auf den Gedanken, den Prinzen zurückzuberufen. Eine besondere Berechtigung dazu entnahm man der Tatsache, daß der Prinz die Würde eines Statthalters von Pommern innehatte. Ja, man wollte ihn jetzt einladen, unter seinen treuen Pommern seinen Wohnsitz zu nehmen. Wie der alte Rauschebart von Württemberg sein Haupt ruhig in den Schoß eines jeden seiner Untertanen legen konnte, so könnte der Prinz geruhig sich am Herde eines jeden seiner treuen Pommern niederlassen: dieser Gedanke etwa schwebte Kleist und seinen Freunden vor. Man sprach auch wohl von einer „pommerschen Vendée". Gerade die Hälfte der Kreistagsstimmen war für die Rückberufung. Die andere unter Führung des bei der

[1]) Aufzeichnung Kleists 1871.

Landratswahl unterlegenen Gegners Kleiſts meinte, ein ſolcher Schritt ſei noch verfrüht. Die Stimme des Landrats entſchied. Die Adreſſe wurde beſchloſſen. Und nun wollte keiner mehr zurückſtehen. Der Beſchluß kam einſtimmig zu ſtande. Während des Eſſens entwarf Kleiſt den Wortlaut. Sie drückte dem Prinzen „die ungeheuchelten Geſinnungen der Teilnahme und Verehrung aus, welche nach wie vor in den Herzen der alten Pommern“ für den König und deſſen ganzes Haus in unwandelbarer Treue fortlebten. „Seine Majeſtät der König haben in allerhöchſter Machtvollkommenheit die bisherige Verfaſſung des Staats in eine konſtitutionelle Monarchie verwandelt, ſo nehmen auch wir ſie an mit ihren notwendigen Folgen; eingedenk unſeres alten in mancher heißen Schlacht bewährten Wahlſpruches ‚Mit Gott für König und Vaterland‘ werden wir auch unter dieſer neuen Verfaſſung um dies Banner uns ſcharen. Das Haus Hohenzollern hat uns groß gemacht, des Vaterlandes Wohl iſt von dem ſeinen nicht zu trennen. Gut und Blut ſind wir ihm zu opfern wie in früheren Tagen auch heute noch entſchloſſen. Gnädigſter Prinz, Pommern hat die Ehre, ſeit der Thronbeſteigung Seiner Majeſtät des Königs Ihrem Gouvernement anvertraut zu ſein; bittend nahen wir uns Eurer königlichen Hoheit, ſtatt in fremdem Lande unter uns Ihren Wohnſitz aufzuſchlagen“ [1]).

Die Adreſſe war die erſte Kundgebung der Treue, die aus dem Heimatlande dem geflüchteten Prinzen entgegengetragen wurde. Es konnte nicht anders ſein, als daß das weiche Herz des Verkannten dadurch bewegt wurde. Am 2. Mai erteilte der Prinz den Kreisſtänden aus London eine eigenhändige Antwort. „Meine Herren,“ ſo ſchrieb er, „mit Freude und Rührung habe ich die Adreſſe der zum Belgarder Kreistage verſammelt geweſenen Stände, welche an mich die Aufforderung enthält, in Ihre Mitte zurückzukehren, entgegengenommen. Sie war mir ein neuer Beweis jener Liebe und Anhänglichkeit, welche die treuen Pommern gegen das königliche Haus und gegen mich ſo oft betätigt haben. Ihre Adreſſe hat meinem

[1]) Geſchichte des Geſchlechts v. Kleiſt III, 8, 175 f.

Herzen wohlgetan, und ich spreche Ihnen für dieselbe meinen Dank aus, umsomehr, als ich vollkommen Ihre in derselben ausgesprochene Gesinnung teile, daß Sie die in eine konstitutionelle Monarchie verwandelte Verfassung des Staats mit ihren notwendigen Folgen annehmen, und daß Sie entschlossen sind, wie in früheren Tagen, Gut und Blut auch heute noch für denselben zu opfern.

So gern ich aber Ihrem Wunsche gleich nachkommen möchte, so muß ich mir die Freude für jetzt untersagen, weil mich ein besonderer Auftrag Seiner Majestät des Königs zur Zeit noch in England festhält, um für die Interessen des gesamten deutschen Vaterlandes tätig zu sein.

Zugleich lassen mich die besonderen Verhältnisse, in welchen Preußen sich befindet, die Konstituierung der neuen Rechtszustände, sowie meine eigene Stellung zu dieser Reorganisation der Monarchie die unmittelbare Rückkehr in die Hauptstadt, nach Berlin unerläßlich erscheinen.

Sie wissen, daß ich als Mitglied des damaligen Staatsministeriums das Patent Seiner Majestät des Königs vom 18. März d. J., durch welches dem preußischen Volke die vorgenannte konstitutionelle Verfassung verheißen worden ist, mit voller Übereinstimmung unterzeichnet und mich dadurch zu deren einstiger Aufrechterhaltung verpflichtet habe; Sie kennen mich auch hinreichend, um zu mir das Vertrauen zu hegen, daß ich meinem gegebenen Worte mich treu erweisen werde. Da aber in letzterer Zeit über meine Wirksamkeit sowohl als über meinen Charakter böswillige und vollkommen ungegründete Gerüchte verbreitet worden sind, so wünsche ich vor allem durch mein persönliches Erscheinen in Berlin, denselben bald entgegentreten zu können. Später werde ich dann freudig in Ihre Mitte eilen! Indem ich Sie schließlich ermächtige, meine Herren, von dieser Erklärung den Gebrauch zu machen, der Ihnen für Ihre im Auge gehabten Zwecke angemessen erscheinen mag, verbleibe ich Ihr wohlgewogener Prinz von Preußen[1])".

[1]) Das Schreiben ist nachgebildet in der Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 8, bei S. 176.

Damit hatte Kleist ein historisches Aktenstück von ungewöhnlicher Bedeutung in Händen. Der preußische Thronfolger nahm die Belgarder Adresse zum Anlasse, um zum ersten Male zur preußischen Nation zu sprechen. Gab er ja doch den Ständen anheim, den ihnen gut dünkenden Gebrauch davon zu machen, d. h. eventuell das Schriftstück zu veröffentlichen. Es ist nicht sicher, ob Kleist noch besonders zurückgefragt hat, ob gegen eine Veröffentlichung etwas vorläge. Jedenfalls äußerte der Legationsrat Graf Pourtalès in London sehr bald nach Abgang des prinzlichen Schreibens Bedenken gegen dessen Bekanntwerden. Kleist erhielt davon Kenntnis. Doch schon am 12. Mai konnte der Adjutant des Prinzen, Otto Graf v. d. Goltz, ihm mitteilen, daß diese Bedenken beseitigt wären, was wenige Stunden darauf von demselben Offizier dahin eingeschränkt wurde, es wäre „von geeigneter Stelle" angeregt worden, daß es angemessen erscheine, den Zweck der bisherigen Anwesenheit Seiner Königlichen Hoheit in England dem Publikum nicht näher bekannt zu machen und sich daher entweder auf die Mitteilung des gedachten Schreibens an die Kreisstände zu beschränken oder dasselbe wenigstens nur im Auszuge, insbesondere mit Weglassung der Worte ‚um für die Interessen des gesamten deutschen Vaterlandes tätig zu sein' zu veröffentlichen [1]).

So erschien die Adresse des Kreises und die Antwort des Prinzen mit jener einen Auslassung in den Zeitungen. Am 20. Mai sandte Kleist die Schriftstücke an das zu Köslin erscheinende Allgemeine Pommersche Volksblatt, das sie in seiner Nummer vom 27. zum Abdruck brachte. Zugleich wurde darin ein von Kleist, dem ersten und zweiten Kreisdeputierten und dem seinerzeit gegen Kleist bei der Landratswahl unterlegenen Kandidaten, also von Kleists ausgesprochensten früheren Gegnern, unterschriebenes Begleitschreiben veröffentlicht. In diesem Begleitschreiben sprangen die Unterzeichner dem Ministerium Camphausen bei, das am 11. Mai im Staatsanzeiger seinen auf das Drängen König Friedrich Wilhelms IV.

[1]) Graf v. d. Goltz an Kleist, 12. Mai 1848. F.A.

gefaßten Beschuß bekannt gegeben hatte, „dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthaltes in England zu empfehlen". Von diesem Beschlusse des Ministeriums hieß es in der Zuschrift, er habe mehrere Anfechtungen erfahren; es gewähre den Unterzeichneten daher eine hohe Freude, zur Veröffentlichung des prinzlichen Schreibens ermächtigt zu sein, weil das zur Beruhigung der Parteien dienen könne. Die Vossische Zeitung brachte das Schreiben des Prinzen schon am 24. Mai. Und so wird es die Runde durch die gesamte, freilich noch spärlich entwickelte Presse Preußens gemacht haben.

Der Eindruck der Veröffentlichung war außerordentlich. Hatten sich in den Provinzen entgegen der andauernd bösartigen und feindlichen Haltung der hauptstädtischen Bevölkerung bereits wiederholt Stimmen zu Gunsten der Rückkehr des Prinzen geäußert — so wurde am 6. Mai in der Vossischen Zeitung der Gedanke der Belgarder Adresse wiederholt, daß der Prinz nach Stettin zurückkehren und dort als Statthalter residieren möchte —, nach der Veröffentlichung wurde der Ruf nach dieser Rückkehr immer lauter. Bald wagte niemand mehr sich dagegen auszusprechen. Anfang Juni erschien der Prinz von Preußen dann tatsächlich wieder in der Heimat. Es ist das Verdienst des Belgarder Landrats von 1848 gewesen, dieser Rückkehr die Wege geebnet und damit eine längere, Preußen schimpfierende Abwesenheit des nachmaligen ersten deutschen Kaisers von seinem Volke verhindert zu haben. Das Bewußtsein davon erfüllte Kleist sein Leben lang mit Stolz[1]).

Auch der Prinz hat Kleist die Tat nie vergessen. Mitte Juli erschien er in der Hauptstadt der „preußischen Vendée", in Stettin, um sich den Pommern zu zeigen und ihnen zu danken. Kleist war gerade zusammen mit Otto v. Bismarck und Herrn v. Below-Hohendorf in Reinfeld bei Schwester und Schwager, als er die Aufforderung des Oberpräsidenten erhielt, sich in der Provinzialhauptstadt einzufinden. Eiligst brach er mit Bismarck und Below auf. In Körlin schlossen

[1]) Über die Rückberufung des Prinzen von Preußen vgl. E. Brandenburg, König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Ludolf Camphausen. Berlin 1906.

sich ihnen eine Anzahl der Schulzen seines Kreises an, die er dorthin bestellt hatte und die dann auch mit Extrapost dahin gefahren waren. Der anscheinend die außergewöhnliche Lage nicht würdigende Oberpräsident v. Bonin wollte naserümpfend den Schulzen wegen Mangel an Raum bei dem Festessen, das er dem Prinzen im Remter des alten Schlosses der Greifenherzoge gab, keinen Platz anweisen. Da erklärte Kleist kategorisch, wo seine Schulzen äßen, da bliebe auch er. Und alsbald fand sich der Platz für die braven Männer. Als der Prinz die Runde unter den Anwesenden machte und zu den Belgardern kam, äußerte er: „Ich werde es der Provinz Pommern nie vergessen, daß zu einer Zeit, wo niemand meinen Namen zu meiner Verteidigung in den Mund zu nehmen wagte, wo die größten Verleumdungen über mich ausgegossen wurden, die erste Stimme aus Pommern zu mir erscholl und mich der Treue und Hingebung dieser Provinz versicherte. Ich habe zwar nie daran gezweifelt, daß die Wahrheit an das Tageslicht kommen würde, allein daß damals Pommern von meiner Unschuld überzeugt war und das laut aussprach, hat mich wahrhaft erhoben. Ich versichere, daß mich keine Schuld trifft“ [1]).

Noch wirkungsvoller als dieses rührende Bekenntnis des Prinzen zu den Pommern war vielleicht die nun folgende Kundgebung seiner temperamentvollen Gemahlin, dieser reichbegabten Fürstin, die in jenen Monaten zuerst die Augen der größeren politischen Welt auf sich lenkte. Prinzessin Augusta, deren hochstrebendes Herz es beglückte, daß durch die Belgarder Adresse Bresche gelegt worden war für eine weitere Popularität ihres edlen Gemahls, ergriff bei der Vorstellung der Abgesandten des Belgarder Kreises Kleists Hand und dankte ihm ebenfalls in den bewegtesten Worten für die Adresse. Sie nannte diese den „ersten Lichtblick“ in ihrem „damaligen kummervollen Leben“. Als sie Kleists Schulzen sah, rief sie ihren sechzehnjährigen Sohn, den späteren Kaiser Friedrich, heran

[1]) Bericht der Abgeordneten der Stadt Kolberg, Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, 177. Der Schlußsatz in der Aufzeichnung Kleists 1871.

mit den Worten: „Vor dir, mein Sohn, stehen die Männer aus dem Kreise, welcher deinem Vater zuerst die Fortdauer seiner Liebe und Treue zu einer Zeit versichert hat, wo kein Freund sich öffentlich für uns erhob. Vergiß dies nie, mein Sohn!" Dann wandte sich die hohe Frau zu den Bauern: „Und ihr sagt es euren Frauen und Kindern, daß die Frau und der Sohn des Mannes, welchem ihr eure Anhänglichkeit bewiesen habt, euch ewig verpflichtet sind" und zog jeden der Bauern ins Gespräch [1]).

Diese denkwürdige Begegnung mit der Familie des Thronfolgers wurde getrübt durch eine Demonstration, die am Abend von Stettiner Demokraten verübt wurde, als gerade ein patriotisches Liederkränzchen ein Ständchen darbrachte. Der kommandierende General v. Wrangel hatte zu jener Zeit noch nicht die Entschiedenheit inmitten der Bürgerwirren gefunden, durch die er sich bald nachher so auszeichnete. Infolgedessen brach das prinzliche Paar seinen auf mehrere Tage bemessenen Aufenthalt in Pommern ab und fuhr am anderen Tage wieder nach Berlin zurück [2]). Doch das Bleibende blieb in der Erinnerung des Prinzen die Kundgebung der Treue. Noch fast 40 Jahre später, als der greise Kriegsheld in Pommerns Hauptstadt sein letztes Manöver abhielt, verlieh er in warmen Worten noch einmal seiner Dankbarkeit dafür Ausdruck [3]).

Die Begegnung mit dem prinzlichen Paare gab einen trefflichen Sporn für Kleist ab, die Gegenbewegung gegen die revolutionäre Sturmflut weiter zu organisieren. Drüben in der Altmark weckte sein Freund und Neffe Bismarck die Gefühle der Treue in den märkischen Bauern. Hier in Pommern erhielt Kleist durch die Ereignisse geradezu die Aufgabe zugewiesen, die mächtigen Kapitalien, die in der königstreuen Gesinnung der preußischen Bauern angesammelt sind, zu verwerten. Diese Erscheinung drängte sich dem Kulturhistoriker Riehl, der bald danach im Nassauischen seine ersten

---

[1]) Bericht der Abgeordneten der Stadt Kolberg a. a. O.
[2]) Aufzeichnung Kleists 1871.
[3]) Kleist an Gräfin Marie Stolberg, 10. November 1887.

Schriften ins Land hinausgehen ließ und sich schnell als überaus feinen Beobachter des deutschen Volkslebens erweisen sollte, als eine der auffälligsten der Revolutionszeit auf. Der schrieb in seiner „Bürgerlichen Gesellschaft" den Satz nieder: „Die märkischen und pommerischen Bauern bildeten die moralische Operationsbasis in den Kämpfen gegen die Revolution." Die eifrige Versammlungstätigkeit, die Kleist entfaltete, erregte das Mißtrauen der Demokraten seiner Gegend. Allmählich begann sich die öffentliche Meinung mit ihm zu beschäftigen. In der Berliner „Reform" erschien ein Brief aus Schivelbein, der meinte, auf den Landrat des Belgarder Kreises v. Kleist müsse jeder Wohlgesinnte ein wachsames Auge haben. „Dieser Herr," behauptete der weise Briefschreiber, „hatte sich früher mit höheren Missionen nach Luzern und kürzlich nach London befaßt, war früher Pietist und Aristokrat, gibt sich jetzt aber nur noch mit aristokratischen Intrigen ab" [1]). Die Intrige, die Kleist zunächst spann, war allerdings von ganz besonders gefährlicher Natur für die Demokratie, weil sie einen gewaltigen Hebel zur Kräftigung der historischen Gewalten in Preußen darstellte. Kleist beschäftigte sich nämlich gerade mit der Gründung der Kreuzzeitung.

Daß es die Aufgabe der Vertreter der altpreußischen Traditionen war, ein Organ zu schaffen, welches den an der Arbeit befindlichen destruktiven Elementen die Spitze bot, hatte schon im Vorjahre kein geringerer erkannt als Otto v. Bismarck. Nach seiner positiven Art war er, sobald ihm dies klar geworden war, auch sofort zur Tat geschritten und noch in den Wochen, welche seiner Hochzeit unmittelbar vorausgingen, eifrig damit beschäftigt gewesen, eine solche Zeitung ins Leben zu rufen. Er hatte dabei charakteristischerweise zugleich das pietistische Element im äußerlichen Gebaren des Blattes auszuschalten gesucht, obwohl er gerade in den pietistischen Kreisen Rückhalt suchte und suchen mußte. Das Projekt, zu dessen Verwirklichung Bismarck am 5. Juli 1847

[1]) Adolf Wolff, Berliner Revolutionschronik Bd. III, S. 153.

zusammen mit dem General Fürst Radziwill unter Entwicklung eines ausführlichen Programms ein Rundschreiben erließ, war gescheitert, teils wohl weil sich Bismarck durch seine häuslichen Angelegenheiten verhindert sah, es so energisch, wie er wohl wünschte, zu betreiben, teils weil die Gebrüder Gerlach scheelen Auges auf das Unternehmen sahen, bei dem ihnen etwas der Mund verboten werden sollte, und weil diese einflußreichen Männer daher taten, was in ihrer Macht stand, um die darin enthaltene Spitze gegen die Hervorkehrung religiöser Tendenzen herauszubrechen, teils aber und sicherlich vor allem deswegen, weil die konservativen preußischen Elemente im Jahre 1847 sich noch nicht in größerer Zahl bewußt geworden waren, wie dringend nötig das Unternehmen war. Kleist nach seiner tatkräftigen Art freilich war gleich dabei gewesen, das Unternehmen eifrig zu unterstützen, obwohl er es sicher lieber gesehen hätte, daß die kirchlich dogmatischen Bestrebungen in der zu gründenden Zeitung berücksichtigt worden wären [1]).

Da gaben die Märzereignisse des Jahres 1848 dem preußischen Adel — er war es fast ausschließlich — den Sporn, das bedeutendste Parteiblatt ins Leben zu rufen, das die preußische Geschichte bisher gesehen hat. Diesmal war der Haupttreiber des Unternehmens, der es auch zuerst anfaßte, der Präsident Ludwig v. Gerlach. Sein Bruder Leopold hatte keine rechte Hoffnung auf dessen Gelingen. Ludwig wußte die beiden Kräfte heranzuholen, welche vornehmlich dazu gehörten, die Idee zu verwirklichen: einen kapitalkräftigen und einen schreibgewandten Mann. Das eine war der reiche Graf Voß-Buch, das andere war Gerlachs Referendar von Frankfurt her, Hermann Wagener, Kleists Freund, der inzwischen mehrere Jahre von Herrn von Senfft-Pilsach bei dessen Meliorationen beschäftigt worden war. Außer diesen Männern nahmen noch an den grundlegenden Beratungen teil die Regierungsräte Schede und Bindewald. Wie man sieht: es waren alles

[1]) Vgl. hierzu meinen Aufsatz in den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte XVII, 580—586: Ein Programm Bismarcks zur Gründung einer konservativen Zeitung.

Freunde Kleists. Sie tagten in der Wohnung des Generals v. Gerlach im Gasthof zum Bären in Potsdam [1]). Schon am 10. April 1848 gingen Einladungen zur Unterzeichnung und Programme ins Land [2]). Erst sollte der Name der Zeitung „Das Eiserne Kreuz" lauten, anknüpfend an die begeisterungsvolle Zeit der preußischen Erhebung im Anfang des Jahrhunderts, die beide Gerlach als Offiziere mit durchgemacht hatten. Schließlich war der Name „Neue Preußische Zeitung" und als Vignette das Bild des Eisernen Kreuzes gewählt worden.

Zu den ersten, die zur Beteiligung aufgefordert wurden, gehörte natürlich Kleist. Er war selbstverständlich Feuer und Flamme für das Unternehmen. Sofort erließ er mit der Unterschrift: „v. Kleist-Retzow, Landrat", ein gedrucktes Rundschreiben [3]), in dem er für die Zeitungsgründung Stimmung zu machen suchte. Darin hieß es: „Euer Hochwohlgeboren werden gewiß ebenso, wie es uns allen hier ergeht, die gegenwärtigen Berliner Zeitungen mit Widerwillen in die Hand nehmen und mit Widerwillen wieder aus derselben legen. Auch die Ostseeblätter, großenteils erst durch die Gutsbesitzer der Provinz in Aufnahme gekommen, schreiben gegenwärtig vielfach in einem wahrhaft empörenden Tone. Von einer sehr guten Gesinnung bietet sich jetzt die Stettiner Zeitung dar, — doch wünscht man gern auch ein Berliner Blatt zu haben. Als die Befriedigung eines wahren Bedürfnisses erscheint daher das Herauskommen der Neuen Preußischen Zeitung." Er hatte guten Erfolg mit seinen Werbungen, obwohl die Abneigung gegen den Pietismus manchen abhielt, von dem eine Unterstützung erwartet wurde [4]). Sowie die ersten Nummern im Juni heraus waren, brach sich das Blatt schnell weiter

[1]) Über die Entstehungsgeschichte der Kreuzzeitung sind u. a. Ludwig Gerlachs Aufzeichnungen I, 524 ff. zu vergleichen.

[2]) Originaldruck in meinem Besitz.

[3]) Originaldruck, datiert Belgard, 19. Mai 1848.

[4]) Kleist an Wagener, 1. Juli 1848. Archiv der Kreuzzeitung. Ebenso undatierter Brief, offenbar auch von Kleist, abgedruckt in Wagener, Erlebtes. Berlin 1884. I, 9.

Bahn. Die Wahl des Redakteurs erwies sich zunächst als außerordentlich glücklich. Man spricht wohl, und mit Recht, davon, daß von dem Sturm der Revolutionsbewegung des Jahres 1848 viele schlummernde Talente der deutschen Nation überhaupt erst ans Licht gerufen worden und dann aus der Stille einer privaten Tätigkeit im kleinen Kreise in die „jauchzend erwachte Öffentlichkeit eines großen Volkes" getreten sind [1]). Im wesentlichen gilt das von Kräften der Opposition. Man darf aber nicht vergessen, daß auch auf der Seite der Vorkämpfer der altpreußischen Tradition durch die Erschütterung des Staatslebens viele namhafte Persönlichkeiten in die Schranken gerufen wurden, die sonst voraussichtlich in der Verborgenheit dahingelebt hätten. Die Revolution rief eben allenthalben eine Steigerung der Kräfte hervor. Ein solches durch die Revolution in die Arena getriebenes Talent war auch der erste Leiter der Kreuzzeitung. Wagener entwickelte ausgebreitete Kenntnisse, eine hervorragende Gabe klarer und präziser Darstellung, Schwung, Fleiß, ungewöhnlichen Mut und unerschütterliche Tapferkeit; dazu verriet er eine glänzende Begabung für die dem Tagesschriftsteller unentbehrliche Polemik und eine unverwüstliche Arbeitskraft. Er zeigte sich ferner als einen wirklich politischen Kopf, der die Menschen zu behandeln wußte und eine überaus feine Witterung für die Zeitbedürfnisse besaß. Geistig ohne Frage Kleist überragend, besaß er freilich nicht die innere Lauterkeit und Herzensgüte dieses seines Freundes. Die kantige, zänkische Art des Mannes, eine gewisse unvornehme Art des Ehrgeizes und die ihm mangelnde Noblesse in Geldsachen sollte seinen Freunden noch manche schwere Stunde bereiten. Mit den kurzen ihm eigentümlichen Leitartikeln, die wie Fanfarenstöße ins Land hinausgingen, eroberte er dem Blatte bald einen weiten Anhängerkreis, selbst in solchen Schichten, die ihm ursprünglich ferner standen. So begeisterte sich damals dafür auch ein im Belgarder Kreis angesessener Berliner Bankier Oppenfeld, der

[1]) H. Oncken, Lassalle S. 54.

sein Gut Reinfeld im Jahre 1820 bei einem infolge der Kriegszeit ausgebrochenen Konkurse ersteigert hatte [1]).

Kleist unterstützte die Zeitung nicht nur durch Kauf von Aktien und Werbebriefe, sondern auch durch Einsendung von Nachrichten, Korrespondenzen, Aufsätzen, ferner durch Aufgabe von Anzeigen, kurz, auf alle und jede Weise, nicht zum wenigsten durch Ratschläge, die er Wagener erteilte und die von diesem dankbar angenommen wurden. So befürwortete er gleich in seinem ersten den Inhalt der Zeitung kritisierenden Briefe charakteristischerweise — sicherlich dabei in Gerlachschem Ideenkreise stehend — ein stärkeres Eingehen auf den nationalen Gedanken. „In Nr. 2 erkennst du aber doch zu wenig an, was Wahres in dem Streben nach Nationalität liegt", redete er auf den Freund ein. „Wie jeder Mensch, so hat jede Völkerfamilie ihre wahre — ihr von Gott eingeprägte Eigentümlichkeit, die ausgebildet, veredelt, geheiligt, Gott zum Dienst dargebracht werden soll. Die Möglichkeit, sich eben dieser wahren Eigentümlichkeit, — seinem innersten Wesen gemäß zu bewegen, ist Freiheit [2])." Er freute sich an Wageners klarer und praktischer Schreibweise und daran, daß „spinnende Räsonnements" vermieden wurden. „Dabei müßt Ihr bleiben. Dann recht fröhlich und getrost, und entschieden, — denn wunderbar, so feige und zaghaft viele der Bessergesinnten sind, so freuen sie sich doch darüber, wenn ein anderer derb und deutlich die Wahrheit redet." Köstlich ist die Bestimmtheit, mit der er auch diesen Freund zu behandeln wußte. „Die Zeitung kommt hier um einen Tag zu spät an. Das mußt du ändern. Artikel wie in Nr. 2 müssen Schlag auf Schlag folgen. Die Korrespondenzen dürfen nicht zu lang sein [3])." Treffend bezeichnete er dem Redakteur als Hauptaufgabe des Blattes, „die zersprengten Konservativen zu sammeln, eine mächtige konservative Partei zu bilden" [4]). Dieses Ziel hat Wagener denn auch verfolgt und geradezu glänzend erreicht.

[1]) Oppenfeld an Herrn v. Hagen auf Langen. 1850. F.A.
[2]) Kleist an Wagener, 1. Juli 1848. Archiv der Kreuzzeitung.
[3]) Kleist an Wagener, 6. Juli 1848. Archiv der Kreuzzeitung.
[4]) Wagener, Erlebtes I, 9.

Für Kleist wurde die Zeitung gleich sehr wichtig, weil sie ein außerordentlich brauchbares Hilfsmittel zur Einleitung eines Unternehmens wurde, in dem Kleist die führende Rolle spielen und das seine ganze Laufbahn bestimmen sollte: des Junkerparlamentes. Die unter diesem Namen bekannt gewordene Kundgebung gegen die Revolution hat eine symptomatische Bedeutung gehabt. Sie ist das erste größere Zeichen dafür, daß die altpreußischen Elemente sich zur offensiven Defensive organisierten, und sie hat etwas von der Entschiedenheit, welche in den die Kundgebung veranstaltenden Kreisen lebte, der Regierung eingehaucht.

Es ist vielleicht an der Zeit, die Geschichte dieses Unternehmens einmal etwas genauer zu skizzieren. Fast allgemein sind damit recht unklare und unrichtige Vorstellungen verbunden. Das liegt großenteils daran, daß überhaupt sehr wenig Material darüber vorliegt.

Das Unternehmen richtete sich gegen die auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zu stande gekommene und zur Vereinbarung einer Verfassung einberufene preußische Nationalversammlung, sowie gegen das von ihr beeinflußte liberale Ministerium Hansemann-Patow. Es war jene Versammlung, der ein so milde und besonnen urteilender Mann wie Heinrich Abeken „unheilbare Mediokrität und Jämmerlichkeit" vorwarf. Ihr standen in Hansemann und Patow geschickte und patriotische Finanzmänner gegenüber, die aber entweder, wie Hansemann, nicht genügenden Sinn für die historische Entwicklung oder, wie Patow, nicht die erforderliche Festigkeit besaßen. Patow, weich wie Wachs, hielt es für angemessen, den kommunistischen Gelüsten, die die großenteils aus den untersten Schichten zusammengesetzte Versammlung bekundete, möglichst schnell entgegenzukommen und hieß die Denkschrift eines liberalen Bureaukraten gut, die tief in die bestehenden Rechtsverhältnisse zu Ungunsten des Grundbesitzes einschneidende Maßregeln befürwortete. Ganz offen begründete dieser Staatsmann sein Vorgehen am 16. Juni 1848 mit den Worten: „Überläßt man es der Versammlung, die Initiative zu ergreifen, so kommen notwendig Beschlüsse zu stande, welche weit nachteiliger für die

Berechtigten ſind und weit tiefer in die beſtehenden Rechtsverhältniſſe einſchneiden[1])." Aber Patow konnte ſich wenigſtens noch in das ſchimmernde Gewand eines in die Fußſtapfen von Stein und Hardenberg tretenden Reformers hüllen und die von ihm empfohlenen geſetzgeberiſchen Maßnahmen der Rentenablöſung u. ſ. w. als eine Fortſetzung der agrariſchen Reform aus dem Anfang des Jahrhunderts hinſtellen. An Stelle eines Trümmerchaos aus der Zeit feudaler Rechtsordnung ſollten einfache, klare Rechtsverhältniſſe treten. Es war wohl das richtige, hier reinen Tiſch zu machen. Eine Entwicklung aus dem Beſtehenden heraus wäre damals kaum möglich geweſen. Immerhin enthielten die Vorſchläge unleugbare große Härten, die zu vermeiden waren. Noch kraſſer trat der Geiſt der Unbilligkeit zu Tage in den Hanſemannſchen Steuergeſetzentwürfen[2]). Sie zeigten, daß dieſer reichbegabte und das Beſte wollende rheiniſche Geſchäftsmann gar kein Empfinden für die hiſtoriſch gewordenen Verhältniſſe des Oſtens beſaß. Solche radikalen Neuerungen ſind nur zu mißlich. Hier findet das Wort eines neueren Nationalökonomen ſeine Stelle: „Wehe dem Volk, das, um eine etwas überſchwer gewordene Schale, es ſei die monarchiſche, die ariſtokratiſche, die demokratiſche, wieder etwas leichter zu machen, zu raſch, zu leidenſchaftlich verfährt und die Schale, der man gram geworden, alles ihr gebührenden Gewichts beraubt[3])." Das Vorgehen des Miniſteriums bedeutete ein weiteres Gleiten nach unten. Noch eine Weile ſo fort wirtſchaften hieß eine Konventsregierung heraufbeſchwören.

Da kam die Hilfe von den Pietiſten. Nicht etwa der bedrohte Grundbeſitz als ſolcher war es, der ſich zum Handeln aufraffte, ſondern die Initiative ergriffen Männer, die zwar auch Grundbeſitzer waren, bei denen man aber nicht wird ſagen dürfen, daß der Eigennutz das ausſchlaggebende Motiv für ſie war. Es iſt bezeichnend, daß die Idee dazu in dem Hauſe

[1]) Knapp, Bauernbefreiung II, 421.

[2]) Über David Hanſemann unterrichtet deſſen Biographie von Alexander Bergengrün (Berlin 1901).

[3]) A. v. Wenckſtern in Schmollers Jahrbuch 29, 1165.

Littegardes v. Puttkamer entstand. Dort in Reinfeld weilten im Juli Bismarck-Schönhausen, Kleist-Retzow und Alexander v. Below, der unter dem Namen Below-Hohendorf bekannt geworden ist und von dem Fürst Bismarck gesagt hat, daß er neben Graf Alvensleben-Erxleben der einzige gewesen sei, mit dem er sich in den wechselnden Phasen der Politik stets in Übereinstimmung gefunden habe [1]). Below-Hohendorf, ein naher Angehöriger jener Below, von denen die pommersche Erweckung ausging, gehörte zu den frömmsten adligen Herren seiner Zeit. Ihm haftete die sektiererische Richtung seiner Verwandten an. Seine geistige Bedeutung wird aber auch von Hermann Wagener hervorgehoben, der ihn als einen der feinsten Köpfe bezeichnet [2]). Angesichts des eben erschienenen Patowschen Promemorias befanden sich die Gäste Heinrichs v. Puttkamer in einer gedrückten Stimmung. Durchaus nicht aus dem Grunde, weil sie ihre eigenen materiellen Interessen gefährdet sahen. Dieser Gesichtspunkt stand erst in zweiter Linie. Vielmehr beschäftigte diese realpolitisch angelegten Männer der Gedanke, daß das preußische Staatsschiff steuerlos dahintrieb. Ihr preußischer Stolz litt. Am meisten klagte Bismarck. Er sprach von Auswandern [3]). Aber auch Kleist klagte: „In welchen Abgrund sind wir alle, vor anderen aber wir Preußen hineingeraten; und gerade wir vielleicht vor anderen, weil wir so besonders eingebildet waren auf unser Preußentum [4])." Und noch nach Jahrzehnten bekannte er: „Uns bewegte das Elend des Vaterlandes, das seinen Ausdruck in den elenden Verhandlungen der damaligen Nationalversammlung fand [5])." Da war es Alexander v. Below, der in einer Buchenlaube des Reinfelder Gartens mit Kleist und Bismarck zusammen sitzend, den Gedanken aussprach, eine Versammlung von „treuen, tüchtigen, praktischen Männern", die dem preußischen Volk nicht fehlten, aus allen Provinzen zu berufen, die der Nation die Augen

[1]) Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, 146.
[2]) Wagener, Erlebtes I, 72.
[3]) Al. Andrae (Roman) an Karl Reinhold, 20. Dezember 1872.
[4]) Kleist an Ranke, 15. Juli 1848.
[5]) Kleist an Herrn v. Below-Saleske, 22. März 1882.

öffnen und ihr zeigen sollten, wo ihre wahren Vertreter zu suchen seien. Bismarck und Kleist leuchtete der Vorschlag ein. Es entstand die Frage, wer die Versammlung berufen sollte. Kleist und Below waren damals als Politiker noch nicht bekannt, eher waren sie es als Pietisten. Einen pietistischen Anstrich aber, das sagten die drei sich, dürfte das Unternehmen nicht haben, weil dann eine größere Beteiligung ausgeschlossen wäre. Bismarck war durch den Vereinigten Landtag bereits in den Vordergrund des politischen Interesses getreten. Aber er stand auch im Geruche des Pietismus und zudem im Rufe eines Heißspornes. So sah man sich nach einer markanten Persönlichkeit um, die nicht pietistisch gerichtet war. Man glaubte sie in der Person des dreiundsiebzigjährigen agrarischen Publizisten v. Bülow-Cummerow gefunden zu haben, dessen Name allerdings wie ein Programm wirkte, zugleich indes die wesentlich allgemein preußische Grundrichtung des Below-schen Gedankens verschob und dem Unternehmen von vornherein den Stempel eines lediglich materiell-agrarischen aufdrückte.

Da Kleists Vater mit Bülow befreundet gewesen war und Kleist selbst zu dem Cummerower Beziehungen unterhalten haben mag, so erhielt er den Auftrag, sich mit dem geistig noch sehr rührigen Herrn in Verbindung zu setzen. Es war, soweit sich erkennen läßt, gerade damals, als Kleist seine Einladung nach Stettin aus Anlaß des Besuchs des Prinzen von Preußen erhielt. Bülow unterrichtete sich zunächst über die Ausführbarkeit und ging dann mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit auf die Idee ein. Zum 24. Juli wurde eine erste Versammlung nach Stettin berufen. Sie war stark von Grundbesitzern aus Pommern, Preußen, Posen, den Marken und Sachsen besucht. Kleist, der den Bericht darüber für die Kreuzzeitung schrieb, schätzte die Teilnehmerzahl auf dreihundert. Es zeigte sich, daß Bülows Ruf auf guten Boden gefallen war, obwohl Wagener den ersten Aufruf nicht vollständig abgedruckt hatte. Er mußte dafür eine Zurechtweisung Kleists einstecken [1]).

[1]) Kleist an Wagener, 22. Juli 1848. Akten der Kreuzzeitung.

Wagener ſtand dabei offenbar unter dem Einfluſſe von Ludwig Gerlach, der nicht mit Unrecht an der materiellen Spitze, die das Unternehmen bekommen hatte, Anſtoß nahm, aber ſich auch inſofern wieder treu blieb, als er verkannte, daß der Kernpunkt bei der ganzen Angelegenheit war, wenn überhaupt gehandelt würde. Vermöge der Unfruchtbarkeit ſeines Weſens verfiel der Präſident wieder einmal in den Fehler, einer friſchen Tat hemmend entgegenzuwirken. Seinem praktiſcher angelegten Bruder Leopold ſuchte er den Geſchmack an Bülows Vorgehen durch die auch nicht völlig unrichtige Bemerkung zu verderben, daß jenes Vorgehen nicht ſtaatsmänniſch ſei. Weil es eben den Anſtrich des Egoiſtiſchen an ſich trug, traten die allgemeinen politiſchen Geſichtspunkte und natürlich noch mehr das Prinzipielle, auf das es Gerlach in erſter Linie ankam, mehr zurück.

Die Stettiner Verſammlung bekundete einmütige Entrüſtung über die Geſetzentwürfe des Miniſteriums, die die Heiligkeit des Eigentums und der Verträge zu vernichten drohten. Mit Mühe konnten die perſönlichen Angriffe auf Hanſemann unterdrückt werden. Ebenſo mußten einige der Herren zur Ruhe gewieſen werden, weil ſie den unſinnigen Ruf nach Steuerverweigerung erhoben. Bülow verlas mehrere Adreſſen, die an König und Miniſter gerichtet werden ſollten. Vernünftigerweiſe ſchied man Angriffe auf Entwürfe, wie die geplante auch recht hohe Erhöhung der Branntweinſteuer, aus, weil es ſich dabei nicht um eine Rechtsfrage handelte. Es wurde aus den Vertretern der fünf Provinzen ein Elferausſchuß mit Bülow an der Spitze gewählt, der die Adreſſen näher beraten ſollte. Sodann konſtituierte ſich die Verſammlung als Verein zur Wahrung der Rechte der Grundbeſitzer. Der Elferausſchuß wurde beauftragt, dieſe Rechte gegen Miniſterium und Nationalverſammlung wahrzunehmen und geeignetenfalls neue Verſammlungen einzuberufen. Kleiſt ſchloß ſeinen K. gezeichneten Bericht: „In gewiſſem Sinne kann man Hanſemann danken, daß er durch das offene Hervortreten mit derartigen Maßregeln alle Grundbeſitzer überzeugen wird, wie es ſich um ihre Exiſtenz handelt, ſo daß auch die indifferenten und nur durch materielle Verluſte zu bewegenden Mitglieder dieſes Standes

nunmehr anfangen werden, ſich zu energiſchem Handeln zu vereinen und das Weſen eines wahren Konſervativen nicht mehr in der trägen Ruhe der Negation, ſondern in dem unausgeſetzten heißen Kampfe für die Erhaltung, Kräftigung, Ausbildung der höchſten und edelſten Güter des Menſchen, ſeines ganzen rechtlichen, ſittlichen, religiöſen Lebens zu finden."

Hanſemann empfing den Elferausſchuß mit jener zum Zynismus neigenden Nonchalence, durch die er bei ruhigen Beobachtern Entſetzen, bei den Grundbeſitzern aber noch mehr Erbitterung hervorrief. Wo alles wankte, glaubte dieſer Miniſter, der für die alten, ſeit Jahrhunderten mit der Geſchichte des Landes und Herrſcherhauſes verwachſenen Familien ein „Mann von Geſtern" war, dieſen Kreiſen gegenüber eine Haltung einnehmen zu dürfen, die geradezu nach Hohn ſchmeckte. Sein Verhalten bewies nur zu deutlich, wie gering die ſtaatsmänniſche Ader in dem als Geſchäftsmann ſo hervorragenden Miniſter war. Sein eigener Kollege, der Juſtizminiſter Märker, gab zudem die Geſetze den Vertretern des Grundbeſitzes gegenüber völlig preis. Die Elfmänner legten dem Vereine den recht ungeſchickt gewählten Namen des „Vereins zur Wahrung der Intereſſen des Grundbeſitzes und Förderung des Wohlſtandes aller Volksklaſſen" bei. In der Satzungsberatung kam man überein, auf die Ehrenrechte der Patrimonialgerichtsbarkeit und ähnliches, an dem der Grundbeſitz noch im Jahre vorher ſo hartnäckig feſtgehalten hatte, freiwillig zu verzichten, um die angeblichen Rechtseingriffe des Miniſteriums deſto nachdrücklicher bekämpfen zu können. Deutlich wurde die preußiſche Spitze des Unternehmens betont, indem darauf hingewieſen wurde, daß die Beſchlüſſe des deutſchen Parlaments in Frankfurt die Selbſtändigkeit „des großen preußiſchen Volkes" gefährdeten, was mit allen Kräften zu verhindern ſei. Kaum waren die Satzungen am 29. Juli fertiggeſtellt, da erhielt Bülow von Kleiſt die dringende Anregung, ſchleunigſt eine große allgemeine Verſammlung nach Berlin zu berufen. Dieſer gab ihm recht und auch darin, daß keine Zeit zu verſäumen ſei. Doch wollte er die Sache noch beſprechen und bat Kleiſt, mit Bismarck und

Below zu ihm zu kommen[1]). Kleist und die anderen scheinen ihn dann endgültig bestimmt zu haben. Denn am 11. August trat Bülow mit einem großen Aufruf hervor, in dem er alle Provinzen der Monarchie zur Beschickung einer von ihm nach Berlin berufenen Versammlung einlud. „Elend ist über das ganze Land verbreitet," hieß es darin, „Handel und Gewerbe stocken gänzlich, das Geld und der Kredit sind verschwunden. Von welcher Seite her steht Abhilfe in Aussicht? Von der Regierung für jetzt wenigstens nicht. Soll noch gerettet werden, was zu retten ist, so muß es rasch geschehen." Die Versammlung sollte gleichsam einen Rat von Sachverständigen neben der urteilslosen Nationalversammlung und dem Staatsministerium bilden und zu diesem Ende einen Fünfzigerausschuß wählen, der dauernd in Berlin bliebe.

Einer der eifrigsten Werber für die Versammlung war Kleist. Er hatte mittlerweile in Belgard am 2. August einen „patriotischen Verein für konstitutionelles Königtum" ins Leben gerufen. Auch hier trat die Spitze gegen die Paulskirche, die Preußen zu mediatisieren gedenke, sofort hervor. In einer Sitzung dieses Vereins schlossen sich sämtliche anwesenden Gutsbesitzer dem Bülowschen Verein als Zweigverein an. Auf Kleists Veranlassung wurde für den von Bülow erstrebten Fünfzigerausschuß ein Vertreter vom Vereine gewählt, und zwar fiel die Wahl auf niemand anders als den gegen ihn unterlegenen Kandidaten bei der Landratswahl, der also weiter gemeinsame Sache mit ihm machte. Sodann erließ Kleist unter dem 10. August, noch bevor Bülow mit seinem allgemeinen Aufrufe heraus kam, ein lithographiertes Rundschreiben an die Rittergutsbesitzer der Umgegend mit der Aufforderung zum Beitritt. Kaum einer, ob adelig oder bürgerlich, schloß sich aus. Auch der Bankier Oppenfeld auf Reinfeld vermerkte auf der Liste: „tritt bei". Am 14. August konnte Bülow seinem Kieckower Freunde die Mitteilung machen, daß der von Kleist „zuerst ausgegangene Gedanke wegen einer

[1]) Bülow an Kleist, 31. Juli 1848. Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, 178. Im Datum irrig August statt Juli gedruckt.

großen Versammlung einen sehr bedeutenden Eindruck" gemacht habe und daß darüber von vielen Seiten „sehr interessante Mitteilungen" eingingen [1]).

So wurde denn die Versammlung am 18. August im Mielentzschen Saale zu Berlin eröffnet. Sie war glänzend beschickt. Nachgewiesenermaßen waren vierhundert Personen zugegen. Die Hauptmasse bestand aus Adligen; es waren aber auch sehr viele Bürgerliche dort und durchaus nicht nur Gutsbesitzer, sondern auch viele Beamte, Geistliche, städtische Grundbesitzer, auch Professoren. Es kann auch keineswegs gesagt werden, daß nur ganz rechts stehende Männer sich eingefunden hätten. Neben Bülow und Kleist erschien Bismarck, nicht zurückgehalten dadurch, daß seine Frau unmittelbar vor ihrer ersten Entbindung stand, wohl auch Below, ferner Thadden-Trieglaff, die Landtagsmarschälle Graf Bismarck-Bohlen und Hiller v. Gärtringen, der Landrat des Kreises Niederbarnim, Scharnweber, vermutlich der Sohn des Verfassers des berühmten Bauernediktes vom 14. September 1811, und der jugendliche Landrat des Kreises Arnswalde, Meyer, der später als Parlamentarier durch seinen liebenswürdigen Witz sehr bekannt wurde, der Landesökonomierat Thaer, Sohn des Reformators der Landwirtschaft, Regierungsrat Schede, der später übel berufene Graf Breßler, der bei dem Zeitungsprojekt von 1847 besonders tätige Geheimrat v. Werdeck, Herr v. Plötz, später Mitvorsitzender der Fraktion Stahl und der reiche Graf Pinto. Trotz seines Widerstrebens hatte Kleist auch den Präsidenten v. Gerlach vermocht, sich einzustellen. Noch nach langen Jahren entsann sich Ludwig Gerlach deutlich des Druckes, den sein tatkräftiger junger Freund damals auf ihn ausgeübt habe [2]). Hier riß der Realpolitiker in Kleist den Doktrinär Gerlach, von dem der ehemalige Frankfurter Referendar sonst nur gar zu sehr den Stempel seines Wesens erhalten hatte, mit sich. Am meisten bemerkt wurde vielleicht die Anwesenheit zweier Notabilitäten, nämlich die des damals auf der Höhe seiner

[1]) Bülow an Kleist, 14. August 1848. F.A.

[2]) Gerlach an Kleist, Ostern 1856.

Kraft stehenden, seit kurzem ins Kultusministerium eingetretenen namhaften Rechtslehrers v. Bethmann-Hollweg, den weder sein Beruf, noch sein großer Kapitalbesitz, noch seine rheinische Abkunft veranlassen konnten, hier zu erscheinen, und ebenso die des Märzministers Grafen Arnim-Boitzenburg, der sich durch sein Verhalten in den Tagen der ersten Krisis der Monarchie so sehr die Vorwürfe der Rechtsstehenden zugezogen hatte. Bethmann-Hollweg und Arnim griffen auch beide energisch in die Erörterungen ein und ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie die Hansemannsche Politik auf das schärfste verurteilten.

Die Versammlung wurde mit der Verlesung einer langen Programmrede Bülows, den ein Halsleiden am Sprechen verhinderte, durch Kleist eröffnet[1]). Die Rede zeichnete sich durch Geist, Kritik und Offenheit aus, wie denn Bülow stets Selbständigkeit des Denkens bewiesen hat. Er sprach unumwunden von der Halbheit der Regierungsmaßnahmen Friedrich Wilhelms IV., die zu den augenblicklichen Zuständen geführt hätte, und von der Nichterfüllung des Verfassungsversprechens Friedrich Wilhelms III. „Der Regierung blieb im ganzen Lande keine Partei, auf die sie sich stützen konnte; nichts war daher erklärlicher, als daß sie demnächst bei dem ersten Stoß zusammenbrach." Er führte aus, daß zwar tatsächlich die eigentliche Gewalt in den Händen der Regierung geblieben sei, daß diese sie aber nicht anders als in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung und zwar der von Berlin anzuwenden wage. Jetzt sei man auf dem besten Wege, dem Kommunismus in die Hände zu arbeiten. Die Stein-Hardenbergsche Bauerngesetzgebung wäre von höheren Zwecken geleitet und vor allem gerechter gewesen. Er regte an, den Verein über das ganze Land durch Bildung von Kreisvereinen auszubreiten und den zu schaffenden Fünfzigerausschuß mit umfassenden Vollmachten auszurüsten. „Wir befinden uns", so rief er aus, „in einer Zeit, in welcher eigentlich niemand mehr regiert und alles regieren will, in einer Zeit, in welcher

[1]) Wortlaut in der Kreuzzeitung, 20. August u. f.

es doppelt wahr ist: hilf dir selbst, wenn du willst, daß Gott dir helfen soll!"

Nach der Verlesung der Rede wurde zur Wahl eines Präsidenten geschritten. Bismarck schlug Bethmann-Hollweg vor, auch Graf Arnim wurde genannt. Beide lehnten ab, ebenso andere, so die von Kleist vorgeschlagenen Landtagsmarschälle. Es scheint doch so, als wenn niemand so recht die nötige Verantwortungsfreudigkeit besaß, um diese exponierte Position einzunehmen. Der junge Andrae-Ramelow bestimmte darauf den Kammerherrn v. Elsner, „getrost" Kleist vorzuschlagen [1]); und siehe da, obwohl Bülow selbst und andere wegen des Pietismus Bedenken hatten: Kleist trug kein Bedenken und wurde mit großer Mehrheit gewählt. Das lag in der Natur der Sache, denn er hatte den größten Eifer von allen bewiesen. Seine Tatkraft hatte wesentlich das Unternehmen zu stande gebracht. Immerhin war es eine bemerkenswerte Erscheinung, daß der junge hinterpommersche Landrat, dem der Ruf des Frömmlers hindernd vorausging, über diese Versammlung den Vorsitz erhielt. Nur eine Stimme war nachher, daß Kleist sich seiner Aufgabe vortrefflich entledigt habe. Er lieferte hier vor dem Lande den Beweis, daß er das Zeug zu einem Präsidenten größeren Stiles hatte.

Die Beratungen boten ein buntbewegtes Bild. So viel Köpfe, so viel Sinne, konnte man fast sagen. Ziele und Ansichten waren noch so wenig geklärt, die meisten kannten einander noch nicht; es war wirklich eine große Aufgabe, in dem Wirrwarr den Faden der Diskussion festzuhalten. Kleist selbst ergriff viel das Wort. Hatte er sich doch außerordentlich in die Materie hineingearbeitet, wie verschiedene Konzepte in seinem Nachlasse beweisen. Er griff auch Bülows Vorschläge als teilweise zu weit gehend an. In seinen Ausführungen legte er besonderes Gewicht auf die Gefahren, welche die Hansemann-Patowsche Gesetzgebung für andere Kreise als die Gutsbesitzer mit sich bringe, so für Witwen und Waisen, Kirchen, milde Stiftungen, namentlich Städte. Er wußte

[1]) Aufzeichnung Kleists 1871.

dafür aus seiner eigenen Praxis mehrere einleuchtende Fälle anzuführen. Besonders ein die Stadt Kolberg betreffendes Beispiel leuchtete ein. Er hielt Hansemanns Behauptung, daß die östlichen Provinzen geringer besteuert seien als die westlichen, für völlig unerwiesen. „Die kurze Geschichte der Nationalversammlung", so meinte er, „ist eine Kette von Rechtsverletzungen." Neben ihm beteiligte sich Bismarck eifrig an den Erörterungen, zum Teil unter großem Beifall. Der Landrat Meyer verriet schon damals seinen Witz, indem er auf die Bemerkung, man müsse Hansemann unmöglich machen, erwiderte: „Wir haben vor allem zu sorgen, daß er uns nicht unmöglich macht." Bethmann-Hollweg sprach sich lebhaft für die Idee aus, daß der Fünfzigerausschuß die Funktionen eines Sachverständigenrats ausüben müßte. Ebenso meinte er, ganz im Sinne Bülows, die einschneidenden Maßregeln zu Anfang des Jahrhunderts seien von großen Gedanken getragen und notwendig gewesen. Beides träfe hier nicht zu. Eine längere, in mancher Hinsicht sehr beachtenswerte und dabei tapfere Rede, die, anscheinend ohne offenen Widerspruch zu erregen, manche gute Anregung gab, hielt der Präsident v. Gerlach[1]). Er redete den Junkern, indem er zugleich im allgemeinen ihre Opposition als richtig bezeichnete, wegen ihres Egoismus ins Gewissen. „So wie der Adel nicht um der Edelleute, sondern um des Staates willen da ist, so ist auch der Reichtum nicht um der Reichen, sondern um der Armen willen da. Genuß ohne Pflicht, Eigentum als bloßes Mittel des Genusses ist nicht heilig, sondern schmutzig. Bloß konservieren, diese negative Haltung —, die Front gegen den Mist, den Rücken gegen den Ansprüche machenden Staat — ist eine Stellung, die allenfalls dem Bauer verziehen werden kann. Aufopfern, zu Felde ziehen, erobern, ohnehin die stärkste Form der Verteidigung — den Rücken gegen den Mist, die Front gegen den Feind — das ist adlig."

Es wurde dem geistreichen Prinzipienreiter, der mit diesen Ausführungen die Notwendigkeit der Beibehaltung der Patri-

[1]) Bericht der Kreuzzeitung.

monialgerichte und der sonstigen gutsherrlichen Ehrenrechte begründete, noch nicht bewußt, daß das Junkertum bereits in der von ihm empfohlenen angreifenden Defensive begriffen war, indem es dieses Parlament einberief, und daß er selbst mit in die Angriffsbewegung gezogen war und dadurch auch überhaupt erst in die parlamentarische Laufbahn gedrängt wurde. Später hat er Kleist dafür Dank gewußt, daß er ihn vorwärts gezogen hatte, ebenso wie der General Leopold v. Gerlach nach Jahren bei ruhiger Betrachtung sein früheres ungünstiges Urteil über das Junkerparlament umstieß und es genau so formulierte, wie es die allgemeine Meinung faßte: „Es war die Basis und der Anfang der nachmals kleinen aber mächtigen Partei, die das Land gerettet hat“ [1]).

Man tagte bei Mielentz am 18. und 19. August in drei langen Sitzungen. Dann wurde der Fünfzigerausschuß gewählt, und man ging auseinander. Die demokratischen Zeitungen spotteten wohl über die „antediluvianische Herrenkurie“; aber die Kreuzzeitung antwortete schlagfertig: „Wie reaktionär, die Märzrevolution als Sündflut zu bezeichnen“. Der Fünfzigerausschuß wählte sofort aus seiner Mitte ein Direktorium von sechs Männern, zu dem außer Bülow auch Graf Arnim-Boitzenburg und Bethmann-Hollweg gehörten. Diese Zusammensetzung lehrt an sich zur Genüge, daß von einer einseitigen junkerlichen Vertretung nicht gesprochen werden kann. Schon am 20. erließ dieses Direktorium ein Rundschreiben an die Provinzen. Im September erschien das ebenso wie der Name des Vereins recht langatmige Programm [2]). Der Verein hat noch mehrere Jahre eifrig im stillen durch Flugblätter und gelegentliche zweckmäßige Vorstellungen gewirkt. So wurden am 4. und 5. November wieder Sitzungen unter dem Vorsitz des zum Vizepräsidenten gewählten v. Werdeck abgehalten [3]); an diesen nahm u. a. der Kaminer Seminardirektor Wangemann

---

[1]) Denkwürdigkeiten, 10. Dezember 1855. Vgl. Nationalzeitung vom 2. September 1851 (Nr. 407).

[2]) Berlin, Druck u. Verlag von G. Reimer. 8°. 40 Seiten.

[3]) Protokolle, gedruckt Berlin 1848, J. Sittenfeld, Johannisstr. 4.

als Abgesandter des Wolliner Zweigvereins teil[1]). So wurde im Dezember 1848, der ursprünglichen Idee des Vereins gemäß, tatsächlich vom Ministerium eine Aufforderung an ihn gerichtet, ein Sachverständigengutachten über die Fassung der Gemeindeordnung zu erteilen, und zwar insbesondere über die Trennung von Stadt und Land[2]). So unterhielt der Verein Fühlung mit dem Prinzen von Preußen. Dieser ließ sich noch im Dezember 1849 von Bülow-Cummerow Zeitungsartikel mitteilen, ebenso den Entwurf zu einer Adresse an die erste Kammer[3]). Bei Gelegenheit der Mobilmachung im November 1850 hatte Bülow eine Denkschrift über die Verpflegung des Heeres auszuarbeiten[4]). Noch im September 1852 empfahl Kleist dem Präsidenten v. Gerlach, den „Vorstand des Vereins zum Schutz des Eigentums" für eine Wahlsache zu interessieren[5]).

Für Kleist schien das Präsidium am 18. und 19. August 1848 anfangs bedenkliche Folgen nach sich zu ziehen. Erhielt er doch bei Schluß der Versammlung die Mitteilung, daß er seiner Suspendierung vom Amte entgegenzusehen habe. Es bezeichnet den tollen Wirrwarr der damaligen Zeit, daß Kleist völlig überrascht von dieser Ankündigung war. Denn es war doch eine gewagte Sache, wenn ein Landrat einer Versammlung präsidierte, in der förmlich Sturm gelaufen wurde gegen die Politik des leitenden Ministers, und in der manche recht persönliche Angriffe auf Hansemann unterliefen, so sehr sich der Präsident vielleicht bemüht haben mochte, die Persönlichkeiten auszuschalten. Formell war es jedenfalls nicht in der Ordnung, daß Kleist die Leitung geführt hatte. Er hat aber wohl damit gerechnet, daß das Ministerium Hansemann keine Lebensfähigkeit besaß, und daß deswegen kein Einschreiten zu befürchten wäre. Spottete doch die Kreuzzeitung in jenen Tagen, indem sie die falsche Nachricht brachte, daß Hansemann

[1]) Wangemann, D. Wangemann, Ein Lebensbild. Berlin 1899.
[2]) Bülow an Kleist, 14. Dezember 1848.
[3]) Bülow an Kleist, 13. Dezember 1849.
[4]) Hektographisches Exemplar, 30. November 1850. F.A.
[5]) Kleist an Ludwig Gerlach, 10. September 1852.

sein Ministergehalt für das ganze Jahr erhoben habe, er denke wohl doch nicht gar noch ein volles Jahr im Amte zu bleiben, das wäre „ja fürchterlich". Von Hansemann ist es ganz verständlich, daß er gegen Kleist vorging. War er doch auch durch die scharfen Angriffe der Kreuzzeitung so gereizt worden, daß er solche, die unbegründet waren, mit Namensunterschrift in dem Blatte als erfunden zurückwies. Er veranlaßte also den jungen Minister des Innern, Kühlwetter, gegen seinen Untergebenen eine Disziplinaruntersuchung zu eröffnen. Kühlwetter soll sich indes gar nicht sehr bereit gefunden haben, vielleicht weil er voraussah, daß es zwecklos sein würde. Jedoch tat er, was Hansemann verlangte. Kein Geringerer als der nachmalige Minister des Innern, Graf Fritz Eulenburg, mit dem Kleist später manchen Strauß ausfechten sollte, der aber in dieser Angelegenheit sachlich vermutlich auf Kleists Seite stand, mußte, wie er nachher Kleist erzählt hat, das erforderliche Schreiben aufsetzen. Mit etwas melancholischen Gefühlen trat der also hart angefaßte Belgarder Landrat beim Verlassen der Versammlung ins Freie. Dort empfing die Heraustretenden der Gesang der Gassenjungen: „Der Adel wird abgeschafft, Stiefel, du mußt sterben." Den Text verteilte die hoffnungsvolle Jugend in den damals recht verödeten Straßen Berlins gleich dabei [1]).

Kleist wurde unter dem 31. August zum 4. September vor die Regierung zu Köslin geladen [2]). Der die Untersuchung führende Kommissar war ein Regierungsrat Weger. Dieser ließ den Suspendierten seine Verteidigung schriftlich aufsetzen. Als sie nach Berlin abging, wurde das Ministerium Hansemann gestürzt (10. September); an Kühlwetters Stelle trat Eichmann. Seitdem redete kein Mensch noch von Weiterführung der Untersuchung. Auch sonst wäre Kleist vielleicht glimpflich davon gekommen; denn sein Gönner, General v. Gerlach, hatte sofort einen Schachzug gegen Hansemann geführt, indem er dem Prinzen von Preußen und dessen Ge-

[1]) Vortrag Kleists: Adel u. Kirche. Berlin, W. Hertz. 1866. S. 6. — Rede Kleists im H.H., 28. Oktober 1872.

[2]) Konzept Kleists an Weger, 2. September 1848.

mahlin Kleists Brief gab, worin dieser ihm Mitteilung von seiner Suspension machte[1]). Noch hatte Kleist bei dem prinzlichen Paare einen großen Stein im Brett.

Bedurfte es eines Anstoßes, um Kleist wieder seine fröhliche Laune zurückzugeben, so geschah das durch ein Billett, das Bismarck an seinen Freund gelangen ließ:

Verhandelt Schönhausen, 17. Sept. 1848.

Vor dem unterzeichneten dominio erscheint die verehelichte von Bismarck, Johanna geb. von Puttkamer, und trägt nachstehendes Gesuch vor:

Nachdem mir am 21. v. M. eine gesunde Tochter durch Gottes Gnade geworden ist, beabsichtige ich dieselbe am 1. October c. durch die Taufe in den Bund Christi aufnehmen zu lassen, und wünsche dabei die Assistenz meines Großoheims[2]), des kleinen Hansen, des reactionären Kreis-Wühlers in Belgard, von welchem ich wünsche, daß er eine Pathenstelle übernehme, und die Verpflichtungen solcher Stelle in persona coram ac praesens hier in Schönhausen ausübe, oder, falls mein Großohm wegen notorisch bekannter hochverrätherischer Umtriebe noch in ministeriellen Kerkern zu Cöslin verschlossen gehalten werden sollte, er seine Functionen durch geeignete Prokuration ausüben lasse.

v[orgelesen] g[enehmigt] u[nterschrieben]

Handzeichen der verehelichten (†††) von Bismarck geb. v. Puttkamer

a[ctum] u[t] s[upra]

Bismarck.

D. cit[atur] der wühlerische Oheim unter Verwarnung der Realcitation

S[chönhausen] eod[em]

B[ismarck][3]).

---

[1]) Denkwürdigkeiten Leopolds v. Gerlach S. 391, 4. September 1848.

[2]) So ist übertreibend gesagt. Kleist war, wie aus unserem Buche hervorgeht, nicht der Großoheim, sondern der Oheim der Frau v. Bismarck.

[3]) Nach dem mir von der Tochter Kleists, Fräulein Elisabeth v. Kleist-Retzow, zur Verfügung gestellten, von Bismarck auf einem Bogen Konzeptpapier geschriebenen Originale.

Noch war die Untersuchung nicht niedergeschlagen, da fand (am 21. September) die Wittenberger Tagung zur Gründung eines evangelischen Kirchenbundes statt, zu der sich Kleist gleichfalls begab.

Sie erfüllte seine Seele kaum minder als das Junkerparlament. Fand hier doch die andere Seite seines Wesens, die die stärkere war, die religiöse, umsomehr Betätigung und Anregung, als bei der politischen Kundgebung im Mielentzschen Saale zu Berlin die materiellen Rücksichten mehr in den Vordergrund gerückt waren, als ihm lieb sein konnte. In Wittenberg spielte er aber eine bescheidenere Rolle. Dort nahm die beherrschende Stellung Wichern ein, der damals das große Werk der planmäßigen Organisierung der inneren Mission begann. Seine an der Wiege der Reformation am 21. September gesprochenen Worte, sich zu diesen Werken der Liebe zusammenzuscharen, zündeten umso gewaltiger, als der Boden durch die allgemeine Erschütterung des gesamten nationalen und christlichen Lebens dafür bereitet worden war. Aber auch hier in Wittenberg ist der junge pommersche Landrat bereits hervorgetreten. Etwas im Gegensatz zu Wichern ergriff er das Wort, um Rücksichtnahme auf die Strengkonfessionellen zu erbitten, als deren Mitvertreter er sich fühlte. Er bat, nicht auf etwas zu bestehen, was irgend wie ein Ansatz zu einem neuen Bekenntnisse aussehen könnte. „Jeder Versuch derart kann den Kirchenbund von vornherein sprengen," meinte er. Dieser Wunsch fand, wie man weiß, in der Tat Gehör, so daß gerade die Strengkonfessionellen im engeren und weiteren Ausschuß des Kirchenbundes, dessen Präsidentschaft Bethmann-Hollweg übernahm, stark vertreten waren. Kleist selbst wurde in den weiteren Ausschuß gewählt, in dem neben vielen anderen bekannten Männern auch sein Freund Wackernagel saß. Im engeren befand sich u. a. sein alter Lehrer Schmieder.

Bald sollte er erfahren, daß seine Präsidentschaft im Junkerparlament ihn nicht nur mit einem Schlage im ganzen Lande bekannt gemacht, sondern auch bei dem Mangel an tatkräftigen Menschen in die Reihe der Ministerkandidaten ge-

rückt hatte. Schon am 26. September faßte ihn der sich zum Ministermacher herausbildende General Leopold v. Gerlach dazu ins Auge. Am 30. schlug dieser dem nach einem Ersatz für das Ministerium Pfuel umherschauenden Könige Kleist geradezu vor. Doch Friedrich Wilhelm sah ihn einstweilen noch unmöglich an, weil Kleist noch in Untersuchung sei. Der General und ebenso sein Bruder Ludwig hielten indes an dem Gedanken fest. Am 3. Oktober fragte der Präsident Moritz Blanckenburg, wem er mehr traue als Minister, Hans Kleist oder Bismarck. Die Namen der beiden wurden schon fast immer zusammen genannt, gleichsam als wären ihre Träger untrennbar voneinander. Blanckenburg gab dem Präsidenten ohne Bedenken die charakteristische Antwort: „Hans Kleist"; wohl, weil er diesen mehr auf Grundsätze eingeschworen und fester im Glauben gegründet kannte, als den ihm persönlich näher stehenden Schönhäuser. Am 6. Oktober kam der General bei einer Besprechung mit dem andern Generaladjutanten des Königs, Rauch, in Verbindung mit Brandenburg, dessen Ministerium seitdem in Erwägung gezogen wurde, auf Kleist zurück, und ebenso in einem Gespräche mit dem Könige. Ludwig Gerlach fand, daß der Bruder seinen Schützling geradezu übermäßig stark empfohlen habe. In der Folge entsandte Friedrich Wilhelm am 7. Oktober Leopold Gerlach nach Breslau, um dem dort kommandierenden Brandenburg das Ministerium anzutragen. Als Brandenburg in seiner Unerfahrenheit nach Kollegen fragte, die er sich wählen sollte, empfahl Gerlach wieder und in erster Linie Kleist, und zwar dachte er ihn sich dabei als Minister des Innern. In einer Konferenz zwischen dem Könige, Brandenburg und Gerlach am 17. kam man von dieser Idee jedoch etwas ab und faßte als Minister des Innern den Freiherrn Otto v. Manteuffel ins Auge, neben dem Kleist dann Ministerialdirektor werden sollte. Immerhin wurde dem inzwischen nach Potsdam berufenen Kleist zunächst das Ministerium angetragen. Kleist war doch über die Maßen erschrocken, als er hörte, was man mit ihm Großes vorhabe. Er hatte bei einer Fahrt von Kieckow nach Belgard, als er gerade die Höhe des Kappin passierte, geträumt, daß vier Adler

seinen Mantel erfaßten, ihn in die Höhe hoben und auf einem Gebirge niedersetzten. Als er in Belgard eintraf, fand er das ihn nach Sanssouci rufende Schreiben Gerlachs vor [1]). Fortan bildete dieser Traum eine der merkwürdigsten Erinnerungen seines Lebens. Seine innere Bescheidenheit sträubte sich gegen die Übernahme eines größeren leitenden Postens. Er schob den Pietismus als hinderlich vor; der König könne Pietisten nicht brauchen, er bedürfe der Staatsmänner. Auch machte er geltend, daß er zu wenig Geschäftskenntnis hätte; er habe noch nie einer Regierungssitzung beigewohnt. Den Präsidenten Gerlach und Thadden, die dabei waren, verdroß diese Zurückhaltung, und sie suchten ihn zu belehren, daß die Begriffe Staatsmann und Pietist miteinander nicht im Widerspruche ständen. Ebenso erntete Kleist von Bismarck Vorwürfe. Der setzte ihm auf einer Fahrt von Berlin nach Schönhausen auseinander, es komme zur Zeit nur auf Entschlossenheit an. Ein diese voll besitzender Sekondeleutnant mit einem Trommler als Adjutanten sei die geeignetste Vertretung der Regierung der Nationalversammlung gegenüber. Doch der nüchternere Leopold Gerlach war durch Kleists Haltung etwas abgekühlt. Der salbungsvolle Ton, den dieser angenommen hatte, ließ ihn seinen Schützling auch nicht so ganz angebracht erscheinen. „Ich überzeugte mich, daß er bis jetzt nur als second zu brauchen wäre," notierte er. Immerhin äußerte Brandenburg noch am 19., mit Kleist sprechen zu wollen; aber dieser verharrte bei seiner Zurückhaltung. Wohl durch Bismarcks Reden ermutigt, erklärte er dem Grafen jedoch am 23., wenn es sein müßte, würde er ein Amt annehmen. Am 31. Oktober sah es so aus, als wenn er das Amt eines Direktors im Ministerium des Innern erhalten würde. Schließlich zerschlug sich die Sache. Kleist war aufrichtig froh darüber [2]).

Auch von der Seite des Prinzen von Preußen wurde ihm

[1]) Aufzeichnungen 1871. Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, 154.

[2]) Tagebücher Leopold Gerlachs. Aufzeichnungen Kleists 1871. Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, 154. Kleist an Leopold Gerlach, 17. November 1848, in den Akten der Kreuzzeitung.

fortgesetzt Vertrauen entgegengebracht. Ein redender Beweis dafür ist ein Schreiben des Adjutanten des Prinzen, Grafen Otto v. d. Goltz, an Kleist vom 6. Oktober, in dem dieser ihn dringend bat, sich bei einer zu erwartenden Ersatzwahl in Teltow aufstellen zu lassen, um den bisherigen Abgeordneten Harassowitz mit Hilfe der mit Harassowitz unzufriedenen Teltower Bauern aus der „vereinbarenden Versammlung" zu Berlin zu verdrängen und dem in Preußisch Stargard gewählten Georg v. Vincke, mit dem der Prinz seit Vinckes preußischer Haltung in Frankfurt auf dem besten Fuße stand, möglichst Beistand zu leisten. „So wichtig es ist, ein Talent wie das des Herrn v. Vincke in der hiesigen Versammlung zu besitzen," hieß es in dem Schreiben, „so sehr es auch zu erwarten steht, daß es ihm gelingen werde, die zersplitterte, haltlose, hin und her schwankende Rechte zu vereinigen und zu befestigen, so bedarf er doch einer zuverlässigen Unterstützung." Goltz lud Kleist ein, sich zur Königsgeburtstagsfeier am 15. nach Köpenick zu begeben. Dann würde sich das weitere schon finden. Er würde damit dem Vaterlande einen „großen Dienst" leisten [1]).

Das Schreiben ist ungemein lehrreich dafür, wie unklar und werdend die Parteiverhältnisse damals noch waren und wie oberflächlichen Einblick die Umgebung des Prinzen noch in diese Verhältnisse hatte. Sonst wären sie nicht auf den Gedanken gekommen, daß Kleist Schulter an Schulter mit Georg v. Vincke kämpfen würde. Was Kleist darauf geantwortet hat, entzieht sich der Kenntnis. Jedenfalls wurde nichts aus seiner Wahl im Kreise Teltow. Indes das Vertrauen des Prinzen blieb ihm nach wie vor erhalten.

Als Kleist Anfang November nach Pommern zurückkehrte, harrten seiner wieder eine Menge Aufgaben. Die demokratische Bewegung war angesichts der unsicheren Leitung des Staatsschiffes im Laufe der Monate stärker geworden und hatte sich allen Städten der Provinz mitgeteilt. So bildete sich im September auch im stillen Belgard ein sogen. „Volksverein"

[1]) Graf v. d. Goltz an Kleist, Berlin, 6. Oktober 1848. F.A.

mit demokratischer Tendenz. Sogar eine demokratische Zeitung mit dem schönen Namen „Kometenstrahlen" erschien dort zu jener Zeit unter der Redaktion eines Buchdruckers von geringer Bildung. Die Ernennung des Ministeriums Brandenburg sowie die Verlegung der Berliner Nationalversammlung nach Brandenburg und der damit bekundete Wille der Regierung, zu einer entschiedenen Politik überzulenken, trug in den Belgarder Kreis neue Erregung hinein. Der Belgarder demokratische Verein, der von jenem Buchdrucker und Redakteur, einem Schankwirt und einem wohlhabenden jüdischen Kaufmann geleitet wurde, stellte sich sofort auf die Seite des die Steuerverweigerung proklamierenden Klubs Unruh. Dasselbe tat der demokratische Verein zu Polzin, geführt vom Wegebaumeister Brückner und dem Feldmesser Hein. Die vom Ministerium angesichts der bedrohlichen Haltung der Bevölkerung veranlaßte Einberufung der Landwehr ging jedoch in dieser Gegend ruhig vor sich. Mit heller Freude sah Kleist, wie die Leute fröhlich, viele mit schwarz-weißen Fahnen zu ihren Gestellungsorten fuhren. Auch machte sich in der Bürgerschaft der Städte eine lebhafte Reaktion gegen das demokratische Wesen geltend. Sowohl in Belgard als in Polzin wurden Ergebenheitsadressen an den König aufgesetzt. Besonders stark äußerte sich die monarchische Gesinnung in Belgard, wo der „Preußenverein" 150 Mitglieder zählte. Der Regierungspräsident v. Fritsche konnte am 18. November nicht umhin, in einem Bericht an den Oberpräsidenten über die Haltung der Städte in seinem Bezirk Belgard rühmend hervorzuheben. Auf dem Lande war die Botschaft, daß die Steuern nicht gezahlt werden sollten, die durch Flugschriften vertrieben wurde, natürlich Sphärenmusik. Einige Gemeinden, so konstatierte Kleist, zahlten infolgedessen auch nicht. Der Landrat zeigte jedoch eine solche Festigkeit und Strenge, daß den wenigen, die solche Anwandlungen hatten, bald die Lust dazu verging. Brückner und andere Baubeamte zogen es schließlich vor, ihren Austritt aus dem demokratischen Verein zu erklären [1]).

[1]) Akten der Regierung zu Köslin. Tit. V. Nr. 30. Berichte des

Gleichzeitig mit der rettenden Tat des Miniſteriums Brandenburg, die durch die Verlegung der preußiſchen Nationalverſammlung nach Brandenburg bezeichnet wird, vollzog Kleiſt in Kieckow (am 15. November) einen Akt, der gleichſam ſymboliſch verſtanden werden konnte, die Einweihung der im Jahre 1845 zu bauen begonnenen Kirche, die ſich über einer geräumigen Krypta erhob [1]). Der Herr des Kirchleins kam ſich vor, als wenn er in einer Zeit der Chriſtenverfolgung ſtände. Die Einweihung fand ſtatt „unter Erinnerung an die Möglichkeit der Wiederkehr der Zeiten, wo die Chriſten ihre Gottesdienſte in Grabgewölben hielten", hat er in der Geſchichte ſeiner Familie aufgezeichnet. An dem Tage waren viele Freunde aus der Umgegend, insbeſondere Paſtoren und Kirchenpatrone, ſeine Gäſte, unter ihnen Guſtav Knak. Die Verſammelten ſetzten in einmütiger Begeiſterung eine Adreſſe an den König auf, die Kleiſt durch General v. Gerlach dieſem zuſtellen ließ [2]) und außerdem in der Kreuzzeitung, der Voſſiſchen und Spenerſchen Zeitung in Berlin ſowie der Norddeutſchen Zeitung in Stettin veröffentlichte [3]). Seine Stimmung bei Einſendung des Schriftſtücks zeigen ſeine Worte zu Gerlach: „Gott ſei Dank — bei aller Aufregung kann man gegenwärtig doch anfangen, wieder aufzuatmen und Hoffnung zu ſchöpfen!"

Als Johann Jacoby dem ihn mit anderen Abgeordneten empfangenden Friedrich Wilhelm ſein berüchtigtes Wort von den Königen, die die Wahrheit nicht hören wollten, entgegengeſchleudert hatte, ſetzte Kleiſt in ſeinem Kreiſe eine Kundgebung dagegen ins Werk, insbeſondere weil der Vertreter

---

Bürgermeiſters Baehr zu Belgard, 17., 18. u. 20. November 1848, des Bürgermeiſters Meier zu Polzin, 18. u. 20. November 1848, Kleiſts, 26. Oktober, 18. u. 29. November 1848, des Bürgermeiſters zu Schivelbein, 19. November 1848, des Wegebaumeiſters Brückner, 2. Dezember 1848, des Präſidenten v. Fritſche, 18. November 1848. Desgl. Akten der Regierung zu Köslin. Tit. XXI. Gen. Nr. 151.

[1]) Kleiſt an Leopold Gerlach, 17. November 1848.

[2]) Leopold Gerlach an Wagener, 21. November 1848. Akten der Kreuzzeitung.

[3]) Kleiſt an Leopold Gerlach, 17. November 1848. Akten der Kreuzzeitung.

des Belgarder Kreises in der Nationalversammlung sich bemüßigt gefunden hatte, ein offenes Dankschreiben an den Königsberger Demokraten zu richten. In Polzin unterschrieben 59 Urwähler den von Kleist aufgesetzten Protest, lauter kleine Leute, viele Analphabeten; nur ein Adliger war dabei [1]). Einer der Analphabeten ließ neben seine drei Kreuze die Worte setzen: „bedeutet Butzke, will sein König behalten". Dieser kindlichen Seele gleich empfand ein Arbeiter Teske, der eine demokratische Versammlung in Polzin bei Pietsch dadurch in Unruhe versetzte, daß er, Pfeife und Mütze in der Hand, auf die Rednerbühne ging und erklärte: „Meinen König laß ich nicht, einen Napoleon wollen wir nicht, einen Judenkönig auch nicht" [2]). Für diese Schichten war eben das Königtum der sicherste Hort, und sie hatten zwar dunkle, aber durchaus nicht ganz unrichtige Vorstellungen von dem, was bei den damaligen Kämpfen auf dem Spiele stand. Abermals veranstaltete Kleist eine Kundgebung, als die Nationalversammlung die Formel von „Gottes Gnaden" in der Verfassung strich. In einer Adresse wurde dem König die Betrübnis der Unterzeichner darüber und der Wunsch ausgesprochen, sich trotzdem ferner von Gottes Gnaden zu nennen. Auf Kieckow und dem benachbarten Kl.-Krössin fand die Adresse am 28. November 61 Unterschriften. Es wird die ganze männliche Bevölkerung gewesen sein. Nicht ein Analphabet findet sich unter diesen Leuten, ein Zeichen dafür, daß hier seit langem auf gute Schulzucht gehalten worden war. Auch von anderen Gütern der Gegend liegen Unterschriften für diese Adresse vor [3]). Es hat etwas Rührendes, diese Tagelöhner dichtgedrängt für ihren König Zeugnis ablegen zu sehen in mühsam hingemalten Schriftzügen. Aus solchen Kundgebungen, wie sie vielfach zu den Stufen des Thrones gelangt sein mögen, durfte die preußische Monarchie wohl einige Beruhigung schöpfen.

Mit Behagen verbreitete Kleist vermutlich in dieser Zeit

[1]) Original und eigenhändiges Konzept Kleists im F.A.

[2]) Akten der Kösliner Regierung. Bericht eines Polziners an Kleist, 21. November 1848.

[3]) F.A.

in der Belgarder Gegend das derbe Lied v. Merckels auf die „fünfte Zunft", die im Jahre 1848 nach Erschaffung der Engel, Menschen, Affen und des Teufels von der Natur geboren sei, die der Demokraten [1]). Das kühnste Unternehmen, an das er in seinem Kreise ging, war wohl die Gründung einer eigenen Zeitung. Die Idee trat an ihn von anderer Seite heran. Der Kolberger Buchhändler C. F. Post unterrichtete ihn am 18. Oktober von seiner Absicht, unter dem Namen „Der treue Pommer" vom 1. Dezember ab ein „Volksblatt für Stadt und Land" erscheinen zu lassen, um „den immer mehr überhand nehmenden Bestrebungen der Republikaner, welche in letzter Zeit selbst versucht haben, die Treue des Militärs wankend zu machen," entgegenzutreten, und empfahl das Unternehmen Kleists „starkem Schutze". Kleist sagte seine Hilfe zu, konnte jedoch nicht unterlassen dem Buchhändler zu bemerken, daß unter dessen Firma auch ein Blatt ganz entgegengesetzter Richtung erscheine. Er ersuchte Post zunächst auf eine Änderung der Haltung jenes schon bestehenden Blattes hinzuwirken [2]). Gemeint waren die „Kometenstrahlen" unter der Redaktion des Buchdruckers Bauer in Belgard. Die Verhandlungen scheinen in der Folge ein günstiges Ergebnis gehabt zu haben. Der arme Hungerleider Bauer schwenkte um, und seine Kometenstrahlen leuchteten nicht mehr. Dafür übernahm er die Druckerei des neuen Volksblattes, dessen Erscheinungsort Belgard und dessen Redakteur ein verabschiedeter Leutnant L. v. Blum wurde. Der geistige Leiter aber wurde Kleist, der selbst den Wortlaut der Ankündigung des Blattes aufsetzte [3]). Es sollte mit dem Beginn des Jahres 1849 unter dem Namen „Der Pommer" und mit dem Wahlspruche: „Mit Gott für König und Vaterland" wöchentlich einmal erscheinen. „Wir Pommern", so hieß es in Kleists Ankündigungsworten, „haben von alters her den guten Ruf gehabt, daß Gottesfurcht und Treue gegen unseren

[1]) Zahlreiche handschriftliche und gedruckte Exemplare im F.A. Den Wortlaut findet man u. a. in Merckel, Zwanzig patriotische Lieder, Berlin 1850.

[2]) Schreiben Posts an Kleist u. Konzept der Antwort Kleists. F.A.

[3]) Konzept im F.A.

König und Liebe zum Vaterlande bei uns recht zu Hause wären, und das haben unsere Väter oft bei größter Armut als ihr bestes Erbteil den Kindern hinterlassen. Nun ist schon manches und soll in unserem Lande noch vieles neu und anders werden, und auch dies Blatt will dazu an seinem Teile mithelfen. Aber darauf kommt alles an, nicht daß es bloß neu, sondern daß es besser werde. Und da meine ich nun so, wenn das neue Haus, welches wir uns bauen wollen, nicht auf jenen dreifachen Grund gebaut ist, so fällt's uns über dem Kopf zusammen und erschlägt uns mit, und wir sind schlechter daran als zuvor ohne eigenes Haus unter Gottes freiem Himmel, wo's wohl kalt war, aber wir doch heile Haut und ganze Glieder hatten." Nach diesem Ausblick auf das werdende Verfassungswerk fuhr der Schreiber im Blücherschen Stile fort: „Unsere Soldaten (viele von euch, liebe Leser, mit), die sind ihrem Feinde immer gerade auf den Leib gegangen oder geritten und nicht rechts oder links ausgewichen und abseits gegangen. So soll's bleiben bei den Pommern." So trat denn das Blatt ins Leben. Es erschien sogar nicht nur einmal, sondern zweimal wöchentlich. Der erste Artikel war von Kleist[1]). Unter der Überschrift „Der Mann mit dem doppelten Gesicht" setzte der Verfasser in einfacher, herzlicher, auf das Gemüt und das Denken seiner schlichten Leser sicherlich außerordentlich günstig einwirkender Sprache, anknüpfend an den bei den Römern den Anfang des Jahres versinnlichenden Janus, auseinander, wie ein ordentlicher Hausvater am Schlusse des Jahres sich Rechenschaft darüber ablege, ob es mit ihm vorwärts oder rückwärts gegangen sei, und meinte, wenige würden diesmal finden, daß sie vorwärts gekommen wären. „Das ganze Land ist wie eine Familie, der König ist der Vater, wir sind die Kinder; wie kann es einem guten Kinde wohl gehen, wenn es dem Vater nicht wohl geht." Weil das Jahr ein Jahr des Aufruhrs gewesen sei, so wären auch schlechte wirtschaftliche Zustände entstanden. „Das Geld, und der Kredit noch mehr, die sind wie die Mäuse, sie kommen

[1]) Konzept u. mehrere Druckexemplare im F.A.

nur aus den Löchern, wenn's hübsch ruhig und still ist; sobald Lärm und Aufruhr wird, da verkriechen sie sich schnell in die Löcher." „Sieben Monate haben die von uns gewählten Abgeordneten in Berlin gesessen und diesen Aufruhr befördert und selbst getrieben, und darum nichts getan als Fluch und Unsegen über das Land auszuschütten." Im nächsten Jahre dürften nur solche Abgeordnete gewählt werden, die auf die Frage: „Bist du für den König oder gegen ihn" nur eine runde Antwort hätten, ohne viel Redensarten drum und dran: „Ja, mit Gut und Blut — mit Leib und Leben bin ich für den König."

Wie lange „Der Pommer" bestanden hat, ist nicht genau bekannt. Niemand hat, wie es scheint, das Blättchen aufgehoben. Doch hatte es bereits zu Anfang des Jahres 1850 sein Erscheinen eingestellt [1]). War es an sich schon schwer, damals in einem Städtchen, das wie Belgard so sehr außerhalb des Verkehrs lag, eine Zeitung über Wasser zu halten, so wurde „Der Pommer" noch sicherer dem baldigen Untergang dadurch geweiht, daß Kleist sich bald nicht mehr viel darum kümmern konnte. Den Gedanken, das Blatt auch in Köslin und Polzin erscheinen zu lassen, hatte Kleist gleich aufgegeben. Doch fand es in den Kreisen Neustettin, Schivelbein und dem die drei heutigen Kreise Kolberg, Köslin und Bublitz umfassenden Fürstentumer Kreise Verbreitung. Kleist schrieb noch öfter dafür längere Aufsätze, so einen solchen über „Die Dankbarkeit der Demokraten", ebenso eine ausführliche und ruhige Erörterung: „Was haben wir von der neuen Gerichtseinrichtung zu hoffen oder zu fürchten", in der der konservative Praktiker Bedenken gegen die Einrichtung der Geschworenengerichte erhob und es als einen Mangel bezeichnete, daß für den Belgarder Kreis kein Gericht vorgesehen sei. Natürlich wird er sein Organ auch mit Nachrichten versehen haben. Zur Erschütterung des jungen Daseins der kleinen Zeitung trug schließlich wesentlich ein Zwischenfall bei, den Kleist selbst verursachte.

[1]) Ostseezeitung 1850, Nr. 72.

Er hing mit den Wahlen zusammen, die im Februar des Jahres 1849 zum ersten Male für die durch die provisorische Verfassung vorgesehenen beiden Kammern stattfanden.

Auf diese Wahlen war bereits der Programmartikel des „Pommern" berechnet gewesen. Sollten doch bereits am 22. Januar 1849 die Urwahlen stattfinden. Die monarchischen Elemente des preußischen Landes rechneten sehr darauf, daß es Kleist gelingen würde, in die zweite Kammer zu kommen, wie ein Flugblatt, das der „Vorstand des Vereins für König und Vaterland" als Zentralinstanz der konservativen Partei am 16. Januar von Berlin aus ergehen ließ, beweist. Darin schlug der Vorstand, der aus Bethmann-Hollweg, Stahl, Bismarck, Wagener, Bindewald und dem Legationsrat v. Savigny bestand, seinen Gesinnungsgenossen 14 Männer „von erprobter Tüchtigkeit" vornehmlich als Kandidaten vor, an erster Stelle drei Gelehrte, den großen Denker der Partei, Professor Julius Stahl, den Staatsrechtslehrer Professor Keller und Bethmann-Hollweg. Darauf folgten zwei frische junge Männer des praktischen Lebens, Bismarck und Kleist-Retzow, dann erst Staatsmänner wie die Minister Otto v. Manteuffel, Graf Alvensleben-Erxleben und Canitz, ferner Präsident Gerlach, Fürstbischof v. Diepenbrock, Graf Fürstenberg-Stammheim und zum Schluß drei Assessoren: der spätere Botschafter Graf Robert v. d. Goltz und Kleists Freunde Bindewald und Hermann Wagener[1]). Es war natürlich, daß Kleist in seiner Heimat aufgestellt wurde, zumal da der Vertreter Belgards in der Berliner Nationalversammlung, der Polziner Fleischermeister und Stadtverordnetenvorsteher Jentsch, der sich am Kartoffelkrawall des Vorjahres beteiligt hatte, nicht gerade die Zufriedenheit seiner Gegend durch sein Verhalten während der Tagung der Versammlung erworben hatte. Kleist bemerkte, daß viele monarchische Elemente durch Jentschs Auftreten überhaupt die Lust zu wählen verloren hatten, und gab sich Mühe, diese Unlust zu bekämpfen. Ganze Ortschaften erklärten, sie wären durch ihren Abgeordneten angeführt worden; eine

[1]) Druckblatt im F.A.

ſolche Vertretung wie die bisherige ſei nutzlos; müßten ſie durchaus wählen, ſo wollten ſie den König ſelbſt wählen. Dem gegenüber führte Kleiſt in einem Flugblatt aus: „Der König will einmal, daß wieder gewählt wird. Der König kann nach dem Grundgeſetz weder zum Wahlmann noch zum Deputierten gewählt werden, würdet ihr alſo ihn oder gar nicht wählen, ſo würden ſeine Feinde, und das ſind, ſie mögen ſo ſchmeichelnde Worte machen, wie ſie wollen, auch eure größten Feinde, die Wahl durchſetzen“ [1]). In ſolcher Lage war es das Gegebene, daß der rührige Landrat von Belgard von ſeinem Kreiſe den übrigen drei Kreiſen, die mit dem Belgarder einen Wahlkreis bildeten, nämlich dem Neuſtettiner, Schivelbeiner und Dramburger, zum Kandidaten vorgeſchlagen und auch angenommen wurde. Freilich ſtieß ſein Pietismus auch bei den konſervativen Elementen abermals auf Widerſpruch, ſo im Schivelbeiner Kreiſe. Doch der dortige Landrat v. d. Goltz ſuchte dieſe Bedenken zu zerſtreuen [2]). Neben Kleiſt wurde — eine höchſt intereſſante Erſcheinung — der weſtfäliſche Volksmann Fritz Harkort als königstreuer Kandidat aufgeſtellt, der die Kandidatur auch annahm. Zwar wurde dieſer ſpätere leidenſchaftliche Bekämpfer des Junkertums und vorgeſchrittene Liberale bei den Vorbeſprechungen den Städten des Kreiſes als Kandidat bewilligt [3]); es unterliegt aber keinem Zweifel, daß auch Kleiſt ſich damals für dieſen Mann erwärmte. Hat er doch den in jener Zeit erſcheinenden erſten Bürger- und Bauernbrief Harkorts begeiſtert in ſeinem Preußenverein verleſen [4]). Wir erkennen hieran, wie wenig das Parteiweſen zu jener Zeit erſt entwickelt war. Noch lehrreicher iſt dieſer kleine Zug aber um deswillen für uns, weil er uns wieder ſchlagend lehrt, was wir ſchon ſonſt an Kleiſt beobachten konnten: daß ſein ganzes Herz für den kleinen Mann ſchlug. Freilich auf Koſten des Königtums bewilligte er ihm nichts. Dies und

[1]) Flugblatt, Konzept von Kleiſts Hand.
[2]) Andrae-Roman, Erinnerungen aus dem Jahr 1848.
[3]) Konzept Kleiſts zu einer Wahlrede.
[4]) Pommerſches Volksblatt, 16. Auguſt 1848.

die engen Paragraphen des Parteiprogramms mußten ihn später von Harkort trennen. Dieser selbst fand in jener Zeit auch Gefallen an dem Belgarder Landrat. Als die beiden sich schon im Parlament befehdeten, erkannte der Westfale noch die „gerade Gesinnung" des hinterpommerschen Junkers „mit großer Hochachtung" an [1]).

Verständlich war es, daß derselbe Wahlkreis für die erste Kammer neben dem Minister des Äußeren, Grafen Bülow, den Prinzen von Preußen wählte, der von hier aus zuerst in die Heimat zurückberufen worden war. Der Prinz fand sich allerdings bewogen abzulehnen. Auch Harkort lehnte die Wahl schließlich ab, weil er noch in einem anderen Wahlkreis gewählt worden war [2]). Unter Kleists Gegenkandidaten war ein Gutspächter Braun, der sich seinen Wählern dadurch empfahl, daß er schon früher für ihre Freiheit gestritten und dafür viele Jahre im Kerker geschmachtet habe. Er hatte dazu ein gutes Recht. Denn er war Greifswalder Burschenschafter gewesen und als solcher der unglückseligen Demagogenverfolgung zum Opfer gefallen, die dank dem Einflusse Metternichs auch in Preußen so übel gehaust hatte. Laut richterlichen Erkenntnisses vom 4. August 1836 war er nach der damaligen unerhört harten Justizpraxis wegen hochverräterischer Umtriebe zum Tode durch das Beil verurteilt, dann aber zu lebenslänglicher Kerkerhaft begnadigt worden und hatte beim Regierungsantritt König Friedrich Wilhelms IV. durch den allgemeinen Gnadenerlaß seine Freiheit wieder erlangt. Sein Brüsten mit seinen Freiheitsstrafen fand aber bei der Gegenpartei wenig Verständnis. Für diese bestand zu Recht, daß Braun einmal zum Tode verurteilt gewesen war. Und recht radikal ist er zweifellos gewesen. Ja, wie drei einwandfreie Zeugen, unter ihnen ein Bauinspektor, mit dem Kleist amtlich zu tun hatte, bekundeten, hatte er sich gerühmt, daß er mit seinen Verbindungsgenossen gelost hätte, wer von ihnen den damaligen König ermorden sollte, und ihn hätte das Los ge-

[1]) Sten. Ber. der 2. Kammer, 25. September 1849, S. 416.

[2]) Über Harkort vgl. Louis Berger, Der alte Harkort, 3. Aufl. Leipzig 1895.

troffen; dies sei entdeckt und dafür sei er zum Tode durch das Beil verurteilt worden. Dies erfuhr Kleist von jenen Ohrenzeugen unmittelbar vor der Urwahl. Augenblicklich setzte er sich hin und schrieb, in dem guten Glauben an die Wahrheit des Mitgeteilten und in hellem Zorn darüber, daß ein solcher Mann es wagte, sich um ein Abgeordnetenmandat zu bewerben, eine Mitteilung für die Nummer des „Pommern" vom 20. Januar, die folgenden Wortlaut hatte:

„Ein echter Demokrat! Der Gutspächter Braun aus Grössin war nicht, wie er behauptet, weil er für die Volksfreiheit stritt, sondern weil er unsern verstorbenen verehrten König Friedrich Wilhelm III. den Gerechten ermorden sollte, der ja bekanntlich dem Volke die Freiheit gegeben hat, zum Tode durch das Beil verurteilt. Durch die Gnade des bedrohten Königs selbst ward ihm das Leben, durch seines Sohnes, unsers jetzigen Königs Gnade, die Freiheit wieder geschenkt. Das ist der Dank, daß er ihn jetzt verleumdet und anfeindet. Und der wagt es, sich dessen öffentlich in demokratischen Klubs zu rühmen und zum Volksvertreter anzubieten. O liebes deutsches Volk, wie weit ist es mit dir gekommen, daß er nur wagen darf, vor dir den Mund zu öffnen, o armes und verführtes Volk in unserer Stadt, das ihm noch Beifall zuruft. Lieben Leute, öffnet endlich doch die Augen. Die mit Königsmord umgehen, das sind die Helden der Demokraten; können die Gesellen, die sie empfehlen, besser sein; kann irgend eine treue Seele ihnen Glauben und Vertrauen schenken? Wer's tut, ist seines früheren Mordanschlags und seiner Undankbarkeit mitschuldig!"

Dieser heftige Angriff sollte den Landrat in einen Beleidigungsprozeß verwickeln. Mochte Braun nun gegen jenen Bauinspektor und die andern Zeugen geflunkert oder diese ihn mißverstanden haben, kurz und gut, Kleist, der sich als Verfasser der Notiz bekannte, dessen Wahrheitssinn es auch rühmlich kennzeichnet, daß er diesen Vorfall selbst in seiner Familiengeschichte nicht verschwiegen hat, wurde Ende Oktober 1849 von dem Kreisgericht zu Belgard zu sechs Monaten Festung verurteilt. Das Kösliner Appellgericht hob dies in keinem Verhältnis zu

sonstigen Beleidigungsstrafen stehende und offenbar von dem bekannten radikalen Liberalismus des damaligen Kreisrichtertums etwas beeinflußte Urteil am 20. März 1850 vernünftigerweise wieder auf und verurteilte Kleist dafür zu hundert Talern Strafe. Dies Urteil wurde am 20. November 1850 vom Obertribunal bestätigt. Die Behörde unterließ es indes merkwürdigerweise, den Betrag einzuziehen, bis im Jahre 1856 der Stempelrevisor dahinter kam und das Geld einforderte. Damals lag Kleist als Oberpräsident in Düsseldorf auf den Tod darnieder. Unter diesen Umständen fand sich König Friedrich Wilhelm IV. veranlaßt, die Strafe niederzuschlagen[1]).

Der Gutspächter Braun fiel bei der Wahl in Belgard am 5. Februar 1849 ganz aus. Erst wurde die Wahl dreier Mitglieder der „demokratisch-konstitutionellen" Partei gemeldet, unter denen sich sein Name nicht findet[2]). Dann stellte sich heraus, daß neben einem Gutsbesitzer Stettin und dem Kaufmann Harkort der Landrat von Kleist-Retzow gewählt worden war. Vornan unter denen, denen diese Wahl eine Genugtuung bereitete, stand kein Geringerer als der Prinz von Preußen. Der richtete aus Berlin unter dem 10. Februar einige vertrauensvolle Zeilen an Kleist, die mit den Worten begannen: „Wie freue ich mich, daß Sie gewählt sind[3])!"

So schloß für Kleist das Sturmjahr. Aus dem Mitglied der stillen Gemeinde hatte es einen lauten Rufer im Streite der Parteien gemacht, der alsbald fühlte, daß er zum Kampfe geschaffen war, und der sich, trotz aller innerlichen Bescheidenheit, mehr und mehr als eine stolze Herrennatur offenbaren sollte. Es eröffnete sich für Kleist jetzt eine länger als vier Jahrzehnte währende, nur durch ein Lustrum freiwilliger Mandatlosigkeit unterbrochene parlamentarische Tätigkeit, so

---

[1]) Abschrift der Erklärung im „Pommer", Schriftsätze des Verteidigers Kleists, Ausfertigung des Erkenntnisses des Obertribunals, Gutachten des Präsidenten Gerlach vom 2. Januar 1850 im F.A., Aufzeichnung Kleists 1871, Geschichte des Geschlechts v. Kleist III. 3, 155. Pomm. Volksblatt, 31. Oktober 1849. Ostseezeitung, 27. März 1850.

[2]) Pomm. Volksblatt 1849. Nr. 11.

[3]) F.A.

reich an Arbeit und Kampf, wie sie in Preußen nicht häufig beobachtet worden ist. In einem später entstandenen Konzept zu Lebenserinnerungen gedachte Kleist demütig dieser Berufung in die parlamentarische Laufbahn: „Nicht von Natur, aus Not, errungen und doch nur gegeben".

Als die Ergebnisse der Wahlen vom 5. Februar 1849 im allgemeinen vorlagen, notierte der General Leopold v. Gerlach: „Von zuverlässigen Leuten, die wir so nennen können, ist gewählt Bismarck, Kleist, ich will annehmen Professor Keller. Es wäre wichtig, diese in eine Kontreopposition zu organisieren." Das Wort beleuchtet die ganze damalige parlamentarische Lage in Preußen. Bismarck und Kleist vereinigt sollten den Keil bilden, den die Kamarilla in die zweite Kammer hineintreiben wollte, um die phantastische deutsche Politik des Königs zu vereiteln. Bismarck und Kleist sollten vermöge ihrer Willenskraft die Revision des Verfassungswerkes bestimmen und die rückbildende Gesetzgebung beeinflussen. So wurden die beiden Verwandten, der geniale märkische und der charaktervolle, treuherzige pommersche Junker in den kommenden beiden Jahren ein einheitlicher Begriff. Sie verkörperten das Stockpreußentum. Ministerium, Kamarilla und das ganze Land nannten die beiden jungen Männer, die mit unerschütterlicher Sicherheit und tatenfroh ihren Weg daherschritten, stets zusammen. Und die beiden kamen sich selbst immer näher, was dadurch äußerlich in die Erscheinung trat, daß Kleist, wie er einst mit Ranke und Wunderlich einen gemeinsamen Haushalt geführt hatte, so schließlich auch in der Hauptzeit der kommenden Jahre mit seinem Neffen eine Wohnung bezog, bis sie fast gleichzeitig in einen größeren Wirkungskreis gestellt wurden.

Ein seltsames Bild, diese beiden unzertrennlichen Führer der preußischen Reaktion! Schon äußerlich so verschieden: dort der hünenhafte Sohn der Altmark, hier der auffällig kleine Pommer aus germanisiertem Slavenblute, Bismarck damals noch von jugendlicher Frische, im Schmuck des blonden Haupthaars, Kleist äußerlich gemessen, das buschige Haar trotz

seiner vierunddreißig Jahre schon ergraut. Während Littegarde v. Puttkamers Bruder eine fast asketische Jugend hinter sich hatte, sah Littegardens Schwiegersohn auf eine wildverbrachte Lebenszeit zurück. Welch ein Gegensatz des Treibens der beiden in Göttingen, wo Bismarck einige Semester vor Kleist studiert hatte! Kleist war schwerlich jemals von größeren Zweifeln an den Lehren des Christentums heimgesucht worden, sondern hatte das Glück gehabt, von früh auf im Glauben zu bleiben, und hatte sich zu immer innerlicherer Betätigung dieses Glaubens hindurchgerungen. Bismarck war früh in Zweifel geraten und hatte Jahre furchtbarer Gewissensnöte durchlebt, bis er seit dem Tode seiner und seiner Frau Freundin Marie Blanckenburg einen Zustand inneren Friedens und der Selbstgewißheit gefunden hatte. Wohl mag es gewesen sein, daß er sich zu der stillen Heiterkeit und Glaubensfestigkeit seines ihm nur wenig mehr als vier Monate im Alter voranstehenden Oheims hingezogen fühlte und bei etwa ihn wieder befallenden Anfechtungen in Kleist eine Stütze zu finden hoffte. Er liebte ihn von ganzem Herzen und erschloß ihm, wie seine Briefe an Kleist lehren, seine geheimsten Gedanken. Das hinderte nicht, daß er oft kopfschüttelnd und mit einer gewissen Ironie das ihm doch gar zu puritanische Wesen seines Freundes mit ansah, und wenn der kleine herrische Mann ihm seine religiösen Gewohnheiten und Gebräuche aufzwingen wollte, dann lehnte sich die zum Unterordnen noch minder geschaffene Natur des Schönhäusers sehr entschieden dagegen auf; aber Bismarck bewahrte doch immer Liebenswürdigkeit dabei, weil ihm das treue innige Wesen des andern zu achtungswert erschien, um es zu kränken. Kleist wurde stets wieder versöhnt durch den heiteren ungebundenen sprudelnden Humor seines Zeitgenossen. Den Mangel dieses göttlichen Geschenkes empfand er an sich selbst sehr, wohl fast schmerzlich. Gemeinsam war den beiden neben der politischen Grundanschauung und einem gesunden Wirklichkeitssinn, der auch bei Kleist vielfach den ihn beengenden Doktrinarismus siegreich durchbrach, der frische frohe Kampfesmut. Als geborene Kampfnaturen offenbarten sie sich in der parlamentarischen Arena. Kleist erwies sich als

der Redebegabtere. Doch will es nach den stenographischen Berichten scheinen, als wenn die Resonanz, die Bismarcks Reden fanden, schon damals noch stärker war als die, welche die Reden des anderen hatten. Gemeinsam war dem Freundespaare auch die stolze, freimütige, auf sich selbst gestellte Herrennatur. Vor der geistigen Überlegenheit des Freundes, die ihm ja von Anfang an zum Bewußtsein gekommen war, beugte sich Kleist bescheiden. „Du hast freilich viel mehr menschliche Weisheit, eine ganz andere menschliche Höhe als ich," so schrieb er ihm einmal in jenen Jahren [1]). Nur die Prinzipientreue, das feste Wurzeln in Gottes Wort, vermißte er schon zu jener Zeit etwas in ihm. Später erblickte er in diesem Mangel das Grundübel der Bismarckschen Politik. Es entsprach seinem Wesen, daß er ängstlich Fürbitte bei dem Höchsten für den Gefährten einlegte, auf daß dieser Gnade bei Gott fände.

Nun ist es gewiß eine eigenartige Erscheinung, daß nicht Bismarck, sondern Kleist in diesen Jahren bei den leitenden Staatsmännern und entscheidenden Stellen die größere Beachtung fand. Wohl kam auch Bismarck schon damals bei Besetzung von Ministerposten in Frage. Noch mehr aber suchte man Kleists Dienste. Das erste, was dem Gewählten des Kreises Belgard-Schivelbein-Dramburg-Neustettin entgegentrat, als er in der Hauptstadt anlangte, war das Angebot des landwirtschaftlichen Ministeriums durch Graf Brandenburg. Man hatte es dabei darauf abgesehen, das Ministerium durch eine rednerische Kraft zu verstärken, ein Zeichen dafür, daß die rednerische Begabung Kleists bereits stark hervorgetreten war. Leopold Gerlach, der diesmal nicht die treibende Ursache gewesen zu sein scheint, unterstützte Brandenburgs Wunsch dringend und suchte Kleist klarzumachen, daß es sich weniger um Fähigkeiten als um Mut dabei handle, wie das diesem ja auch Bismarck schon gesagt hatte. Doch aus dem Gedanken wurde nichts [2]). Kleist wandte sich vielmehr mit Eifer der parlamentarischen Tätigkeit zu und setzte zunächst zur Über-

[1]) Kleist an Bismarck, 17. Juni 1851.

[2]) Tagebücher Leopold Gerlachs. Aufzeichnungen Kleists 1871.

raschung selbst der Gerlachs durch, daß die Kammern mit einem öffentlichen Gottesdienste im Dom eröffnet wurden. Dann traf er Vorkehrungen für die durch Harkorts und des Prinzen von Preußen Ablehnung erforderlichen Neuwahlen. Für Harkort gewann er den Sohn des originellen Präsidenten v. Meusebach, mit dem er in seinen Auskultatorjahren in Umgang gekommen war, den bereits aus der preußischen Nationalversammlung bekannt gewordenen Geheimrat v. Meusebach, der ähnlich wie Harkort damals eine gemäßigtere konservative Richtung einnahm, einen witzigen und beredten Mann, der von der Demokratie sehr gefürchtet wurde [1]). Meusebach reiste auf einige Wochen in die Belgarder Gegend und wurde am 14. März gewählt. Schon am 10. März fand die Nachwahl für die erste Kammer an Stelle des Prinzen von Preußen statt. Kleist hatte niemand anders als seinen Gönner, den Präsidenten Ludwig v. Gerlach, zur Annahme vermocht und diesen dadurch in die parlamentarische Laufbahn gedrängt. Der Wunsch, den der Prinz von Preußen Kleist in jenem Glückwunschschreiben vom 10. Februar ausdrückte, den Grafen Robert v. d. Goltz bei der Ersatzwahl zu berücksichtigen, war nicht erfüllt worden. Der Grund ist nicht ganz erkennbar. Eine politische Differenz hat dabei wohl weniger eine Rolle gespielt; denn Goltz gehörte auch zu den vom Zentralwahlkomitee vorgeschlagenen Kandidaten und stand Kleist politisch näher wie Meusebach. Vermutlich kam es Kleist aber mehr auf Gerlach als auf Goltz an.

In der Kammer vertrat Kleist zusammen mit Bismarck getreu seiner bisherigen Gesinnung und seinem Auftreten im patriotischen Verein für konstitutionelles Königtum sowie im Preußenverein in der entschiedensten Weise den preußischen Machtgedanken und zeigte sich den Lockungen der Frankfurter Kaiserpartei völlig unzugänglich. Doch während Bismarck und Leopold Gerlach bald das Aussichtslose ihrer Haltung erkannten, hegte Kleist lange gewisse Hoffnungen auf

[1]) Vgl. über Meusebach: Temme, Erinnerungen S. 493; Wagener, Erlebtes I, 26; Aus dem Leben des Generals v. Brandt III, 281, 283.

einen günstigen Ausgang der Sache. In der Folge führte der Reichsgedanke unter der Rechten eine Spaltung herbei. Nur Bismarck und Kleist mit einigen wenigen beharrten schließlich dabei, die Kaiserkrone abzulehnen. Sie haben beide am 21. April diese ihre Stellung begründet. „Ich protestiere", rief Kleist unter Anspielung auf den Abgeordneten Rodbertus, „gegen den uns gemachten Vorwurf, daß alle diejenigen, welche gegen seine Anträge stimmten, eine undeutsche Gesinnung hätten. Ich will annehmen, daß Sie mit uns, wie wir es wirklich wollen, die wahre Einheit Deutschlands zu erringen streben. Der Unterschied ist der, daß wir die gewisse Überzeugung haben, daß Sie auf Ihrem Wege die Einheit nicht erreichen, und zwar darum nicht, weil Sie mit der Annahme dieser Verfassung ein unbedingtes Aufgehen Preußens in Deutschland wollen, und wir die gewisse Überzeugung haben, daß, wenn Preußen in dieser Weise in Deutschland aufgeht, Deutschland selbst nicht bestehen kann. Sind Sie bereit, meine Herren, nicht bloß eine, sondern die gesamten preußischen Festungen, sind Sie bereit, das ganze preußische Heer, unsere ganze Geschichte auf diese Weise fortzugeben? Ich muß erklären, daß ich mich lieber in Stücke zerreißen lassen würde." Er hatte mit dieser Haltung ins Schwarze getroffen. Dem Könige war es schwer geworden, sich in diesem Sinne zu entscheiden, und noch langsamer fand sich der Prinz von Preußen in diese Ansicht. Die Geschichte hat Bismarck und Kleist und den wenigen, die mit ihnen stimmten, recht gegeben.

Der Abstimmung folgte die Auflösung der Kammer (am 27. April) auf dem Fuße. Wieder galt es für Kleist, sich einer Wahl, jetzt nach dem Dreiklassensystem, zu unterziehen, und wieder waren damit für ihn vielfache Aufregungen verbunden. Er reiste im Juni mit Ludwig Gerlach in seinen Wahlkreis und verteidigte dort seine Haltung in der deutschen Frage. „Deutschland kann nur vorwärts gehen, wenn Preußen darin bestehen bleibt als der Fels, an den es sich anklammert", war der eine Grundgedanke der von ihm in den Städten des Kreises unter wachsendem Beifall gehaltenen Reden, und der andere, dem Könige sei eine „papierne" Kaiserkrone angeboten

worden. Die deutsche Einheit, so meinte er, könne nur durch Bajonette gegründet werden [1]). Er gefiel sich in der Betonung seines entschiedenen Standpunktes. „Mehr wie je kommt die alte Wahrheit zur Geltung: ach, daß du kalt oder warm wärest, — weil du aber lau bist, will ich dich ausspeien aus meinem Munde. Vielleicht bin ich eben deshalb gerade den Gegnern so unangenehm gewesen."

Wiedergewählt, verabredete er im August mit Bismarck in eine Wohnung zu ziehen. Dabei scheint Kleist mehr der bestimmende Teil gewesen zu sein. In der Friedrichstraße, an der Ecke der Taubenstraße, richteten sie sich wohnlich ein. „Mit Hans führe ich eine friedfertige Ehe, und ich schmeichle mir, daß er liebenswürdiger und menschlicher dabei wird", berichtete Bismarck bald nach Hause. „Er singt und pfeift doch mitunter, und wiehert wieder wie sonst, aber alt ist er doch weit über seine Jahre." Oft war der Schönhäuser verstimmt durch die ruhelose Tätigkeit seines Gefährten, durch die die gemeinsame Wohnung zu einem Taubenschlage wurde. Unaufhörlich gingen die Politiker und die hilfeheischenden Wähler aus und ein. Wenn dann aber sein Hans, sobald der Besuch fort war, „jodelte", dann war ihm der währenddessen in die Schlafstube gebannte Bismarck wieder sofort gut. Beide fanden es indes angebracht, sich untereinander im Lösen der deutschen Frage praktisch zu üben. „Meine Ehe mit Hans geht noch immer recht gut", meldete Bismarck seiner Gattin am 31. August 1849, „er ist jetzt ganz duldsam, erkennt an, daß wir in keinem Bundesstaate, sondern in einem Staatenbund zusammen leben, und läßt mich unter Umständen bis zehn Uhr schlafen." Auf Bismarcks Vorschlag hielten sie sich gegenseitig vorher ihre Reden [2]). So mag es auch wohl mit der „strammen preußischen Rede" gewesen sein, die Bismarck am 6. September in der zweiten Kammer hielt, jener wundervollen Rede über das „spezifische Preußentum", in der der Begründer des Deutschen Reiches an die friderizianis-

[1]) Konzepte zu Wahlreden. Berichte der (Stettiner) Norddeutschen Zeitung, 19. Juni, 6. Juli, sowie des Allgem. Pomm. Volksblatts, 14. Juli; Aufzeichnungen Ludwig Gerlachs II, 61.

[2]) Aufzeichnung Kleists 1871.

schen Traditionen appellierte und in der er im Hinblick auf die die preußische Machtstellung nicht berücksichtigende und darum von ihm bekämpfte Unionsverfassung erklärte: „Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben." Zornig über die ihm nachher dadurch entstehende Arbeit, da er insbesondere lügnerischen Entstellungen der Gegner entgegentreten mußte, berichtete er im Anschluß daran seiner Frau: „Noch schlimmer ist es Hans gegangen; er hatte sich auf das sorgfältigste und gründlichste vorbereitet, und seine Rede gehörte eigentlich zu der meinigen, um das gründlich zu entwickeln, was ich oberflächlich andeutete; da wurde, ehe er zum Sprechen kam, der Schluß votiert, und er mußte seine ganze schöne Rede bei sich behalten." Kleist ergriff einen Ausweg und verarbeitete die Rede unter der Überschrift: „Die Mitteilungen der Regierung in der deutschen Verfassungsangelegenheit und der Bericht der Kommission der zweiten Kammer über dieselben" zu Leitartikeln für die Kreuzzeitung. Doch ist von den drei Abschnitten nur der erste erschienen [1]). Augenscheinlich unterblieb die weitere Veröffentlichung, weil sie durch den Gang der Ereignisse unnötig geworden war. Der Aufsatz begann mit den Worten: „Die deutsche Frage hat die vorige zweite Kammer zu Tode gehetzt; es sind alle Anzeichen vorhanden, daß sie ihr auch diesmal, wenn nicht den Tod, doch eine starke Schwindsucht zuziehen wird. Die nüchternsten, praktischsten Leute" (gemeint ist Graf Brandenburg) „befinden sich auf diesem Gebiete wie auf einer Zauberinsel und namentlich seitdem sie durch die Rede des Kgl. Kommissarius" (das war Radowitz) „in der zweiten Kammer einen so tüchtigen Zug aus dem Taumelbecher der Begeisterung getrunken, drehen sie sich trotz der besten Derwische unaufhaltsam im Kreise." Im weiteren wurde das Ministerium Brandenburg gefeiert, weil es von der Annahme der Kaiserkrone abgeraten und dadurch zum zweiten Male das Land gerettet hätte. Von dem in Aussicht genommenen neuen deutschen Parlament fürchtete Kleist noch viel mehr Angriffe auf Preußens Selbständigkeit, als von der Paulskirche.

---

[1]) Kreuzzeitung, 9. September 1849. Konzept zu den beiden anderen Abschnitten im F.A.

über die Zukunft Preußens hieß es im Konzept zum zweiten Abschnitte: „Wir können uns wohl die Möglichkeit denken, daß unter gegebenen Verhältnissen es Preußens Beruf, sein Recht und seine Pflicht wäre, eine noch hervorragendere Stellung mit dem Schwert in der Hand zu erobern, und wir würden unter einer solchen Voraussetzung nicht die letzten sein, es in die Hand zu nehmen."

Wenn die parlamentarische Arbeit beendigt war, begab sich das Freundespaar gern in die „reaktionäre Kneipe" zu Schwarz, um sich dort an Bier und Klops zu laben. Nicht mit ging Bismarck im September 1849 nach Wittenberg zum zweiten Kirchentag. Diese kirchlichen Fragen blieben doch das Spezialgebiet des grauen Landrats. Ohne dem Freunde ein Wort zu sagen, war er eines Morgens früh nach der Lutherstadt abgefahren. Dafür fanden sie sich wieder zusammen, als die Kleists einen Familientag in Berlin abhielten. Unter sechzehn Kleists „war ich der einzige Gast, wegen politischer Verwandtschaft", berichtete Bismarck. Öfter waren die Freunde auch mit dem zur apostolischen Gemeinde übergetretenen Wagener zusammen. Johanna Bismarck sorgte sich schon, daß ihr Ohm sich auch jener Sekte anschließen könnte. Darüber beruhigte sie Bismarck: „Hans denkt nicht an Irvings". Als die Geburt des zweiten Kindes des Bismarckschen Paares herannahte, mietete Bismarck für sich und seine Frau eine überaus enge Wohnung in der Dorotheenstraße. Kleist blieb auch jetzt wenigstens insofern sein treuer Gefährte, als er mit den Ehegatten zusammen „aus einer über Spiritus stehenden Menage" aß. Am 29. Dezember 1849 wurde in jenem „Biwak", wie Bismarck später sagte, der spätere Fürst Herbert Bismarck geboren. Gleichzeitig mit der Anzeige davon war im „Zuschauer" der Kreuzzeitung, der die Berliner Lokalnachrichten enthielt, von der Hand des neckischen Vaters die Notiz zu lesen: „Wir machen unseren politischen Freund Herrn v. Kleist-Retzow auf ein in unserem heutigen Blatte befindliches Inserat aufmerksam und knüpfen daran die mahnende Frage, wie er es vor der Nachwelt zu verantworten gedenkt, wenn nach dreißig Jahren in der Kammerwelt" (hier schaltete der fröhlich lachende dritte im Freundesbunde,

Hermann Wagener, ein: „nach dreißig Jahren noch Kammern??? sehr sanguinisch-konstitutionelle Anschauung. Anmerkung des Zuschauers") „wieder ein Bismarck-Schönhausen auftaucht und kein Kleist-Retzow dabei ist. Eheu fugaces, Posthume, Posthume, labuntur anni!" Natürlich mußte Kleist, wie schon bei dem erstgeborenen Kinde Bismarcks, auch bei dem Neuankömmling Pate stehen. Er teilte diese Ehre mit dem Präsidenten Gerlach, der die Liturgie las. Goßner, dessen „Schatzkästlein" Kleists tägliche Morgenlektüre bildete, taufte.

Der Bösewicht Hans beherzigte die Mahnung seines Freundes einstweilen nicht. Er war viel zu sehr mit der hohen Politik beschäftigt. Mehr als je bekam er gerade jetzt die Klinke der Gesetzgebung in die Hand. So beeinflußte er die Abfassung des von dem Minister des Innern Freiherrn Otto v. Manteuffel eingebrachten Ablösungsgesetzes, das er scharf befehdete, da es sich, wenn auch modifiziert, in denselben Grundgedanken bewegte, wie seinerzeit der Hansemannsche Entwurf. Vor allem nahm er sich der in der Tat durch den Gesetzentwurf benachteiligten Pfarrer an, weil diese nicht im stande wären, die bei der Ablösung erhaltenen Kapitalien mit entsprechendem Gewinn anzulegen. Es kam dabei zwischen ihm und dem Freiherrn v. Patow zu einem Zusammenstoß, bei dem Patow recht gründlich von dem bibelfesten Kleist über die Jubel- und Halljahre der mosaischen Gesetzgebung belehrt wurde, auf die sich der liberale Freiherr zur Verteidigung des Gesetzes zu berufen bemüßigt gefunden hatte [1]). Mit vorausschauendem Blick betonte Kleist bei jenen Beratungen, daß man der Gefahr des Proletariats entgegentreten müsse. Der Staat könne das unter anderem dadurch, daß er es erleichtere, kleinen Besitz zu erwerben. Voller Genugtuung wies er darauf hin, daß im Belgarder Kreise letzthin im Laufe von fünfzehn Jahren zehn größere Güter parzelliert und an kleinere Besitzer ausgetan seien. Im Dezember 1849 setzte er, offenbar im Einverständnis mit Bülow-Cummerow, ein scharfes Promemoria gegen das Ablösungsgesetz auf und schickte es dem Präsidenten Gerlach. Dieser

[1]) Sten. Ber. der 2. Kammer, 26. November 1849.

erkannte darin ein treffliches Material, um das Ministerium zu beeinflussen. Auch er sah wie Kleist in der ganzen Vorlage einen Eingriff in Rechtsverhältnisse. Er schickte die Denkschrift daher an Graf Brandenburg. Wenige Tage darauf erklärte der Minister v. Manteuffel gegen den General v. Gerlach, daß er die Bülow-Kleistsche Forderung, die infolge der Rezesse hypothezierten Multiplikatoren oder Kapitalien beizubehalten, akzeptiere [1]). Ebenso beeinflußte Kleist die Revisionsgesetzgebung der Kammern. Freilich unterlag er mit dem Antrage, im Artikel 24 der Verfassungsurkunde in der Bestimmung „bei Errichtung von Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen" an Stelle des allzu dehnbaren Begriffes „möglichst" zu sagen: „grundsätzlich". Noch war die preußische Gesetzgebung nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß die konfessionelle Schule, wo es irgend mit der praktischen Politik vereinbart werden kann, das zweckmäßigere Prinzip ist. Auch hatte er kein Glück mit seiner Opposition gegen die Aufnahme des geistlosen Satzes über die Gleichheit vor dem Gesetze in die preußische Verfassung, obwohl er sich auf seinen alten liberalen Lehrer Dahlmann berufen konnte. Er meinte, der tiefere Grund der Menschenrechte wäre allerdings die ewige Wahrheit der Gleichberechtigung aller Menschen vor Gott. „Aber wie alle solche göttlichen Wahrheiten, wenn sie losgetrennt werden von dem ewigen Grunde, gerade in das Gegenteil umschlagen, würden wir auch mit diesem Satze in unserer Staatsverfassung gerade das Gegenteil erreichen. Es würde zur Ungerechtigkeit und Unwahrheit führen. Niemand wird die Unterschiede des Alters, des Geschlechts, des Vermögens, der Bildung, der Berufsarten aufheben wollen. Keiner wird behaupten, daß, wenn ein und dieselbe Person zwei andere Personen auf der Straße beleidigt, von denen die eine nach ihren gewöhnlichen Verhältnissen vielleicht täglich einer derartigen Behandlung ausgesetzt ist, die andere dagegen nicht, der Richter in Bezug auf beide Beleidigungen ein gleiches Urteil fällen müsse" [2]). Von Bedeutung

[1]) Leopold Gerlachs Tagebücher, 2. Januar 1850.

[2]) Sten. Ber. der 2. Kammer, 3. Oktober 1849. Vgl. dazu Treitschke, Politik I, 167 u. 188.

wurde es, als Kleist im Oktober 1849 die Idee aufbrachte, man solle die Verfassungsrevision zwar fortgehen lassen, sofern die Kammern sich vereinigen würden, dann aber erklären, auf der Annahme einer Reihe von Hauptpunkten als conditio sine qua non bestehen zu wollen. Der richtige Weg sei verpaßt worden. Der wäre gewesen, nicht eine Verfassungsvorlage zu machen, sondern einzelne Gesetze mit den Kammern zu vereinbaren. Dabei würden diese mehr eigenes und unabhängiges Urteil geltend gemacht haben. Der General Gerlach, dem er dies entwickelte, gab ihm durchaus recht und sprach mit Brandenburg darüber. Auch dieser pflichtete bei [1]). Kleist ist es demnach gewesen, der die Aufsetzung der Einschränkungsvorschläge zur Verfassung, durch die König Friedrich Wilhelm IV. seine Stellung stärken und von deren Bewilligung er seinen Eid auf die Verfassung abhängig machen wollte, veranlaßt hat, jener Forderungen, um die so außerordentliche Kämpfe im Schoße der Regierung ausbrachen, bis zuletzt Radowitz den König vermochte, den größten Teil davon aufzugeben. Noch in letzter Stunde hat Kleist einen entscheidenden Anteil an der Formulierung der königlichen Botschaft vom 7. Januar 1850 gehabt, in der Friedrich Wilhelm IV. den Rest jener Propositionen verkündete. Es handelte sich dabei vornehmlich um die künftige Bildung des Herrenhauses.

Die Bildung eines Herrenhauses hatte Kleist schon in früherer Zeit beschäftigt, als der vereinigte Landtag und mit ihm die Herrenkurie berufen worden war. Merkwürdigerweise spielen auch in dieser Sache, bei der seine persönliche Einwirkung auf die Gestaltung der preußischen Politik so stark war, wie nirgends sonst, Einflüsse der Herren v. Below mit. Aus dem Hause Reddentin empfing Kleist den Gedanken, daß die Provinz Pommern, welche nur im Fürsten Putbus einen hervorragenden Grundbesitzer habe, in solchen gesetzgebenden Körperschaften durch Verbände größerer Grundbesitzer vertreten sein müsse [2]). Durch Alexander Below-Hohendorf, den

[1]) Leopold Gerlachs Tagebücher, 15. Oktober 1849.

[2]) Kleist an Herrn v. Below-Saleske, 22. März 1882.

Freund Bismarcks, wurde ihm dann der Gedanke nahegebracht, daß das Herrentum einheitlich durch Grundbeſitz und Wiſſenſchaft vertreten ſein müſſe. Während der Verfaſſungsreviſion lag ihm eine ſachgemäße Ausgeſtaltung der erſten Kammer ſehr am Herzen. So meinte er am 25. Oktober 1849, daß darin die höchſten Spitzen des Richterſtandes und des Heeres vertreten ſein müßten, „welche durch ihre hohe Stellung dem Ehrgeiz entrückt ſind, um noch auf eine höhere Stellung Anſpruch zu machen, die aber auch durch ihre hohe Stellung eine Überſicht über das ganze Lebensgebiet gewonnen haben, aus dem ſie hervorgegangen ſind. Wenn irgendwo, ſo hat jedenfalls bei uns das Militär Anſpruch auf eine ſolche Vertretung". Als es ſich nun um Formulierung der Wünſche des Königs handelte, ſträubte ſich der Monarch kurz vor Abſchluß der Angelegenheit, die Forderung eines Herrenhauſes, das doch eine ſeiner Lieblingsideen war, in die Reihe der Propoſitionen aufzunehmen. Er hielt ſich vielmehr für berechtigt, ſeinerzeit das projektierte Herrenhaus nach ſeinem Belieben ins Leben zu rufen. Mit richtigem Blicke ermaß da Kleiſt, der in der Herrenhausſache ganz ähnliche Wünſche hatte, wie der König, daß das vorausſichtlich auch die Unausführbarkeit des Herrenhausprojekts bedeuten würde, da die eine Kammer, die nach der Verfaſſungsurkunde vorgeſehen war, ſpäter ſchwerer für ein ſolches Projekt zu haben ſein würde, als jetzt die beiden proviſoriſchen Kammern. Er begab ſich daher am 6. Januar, am Tage, bevor jene Propoſitionen in Form einer königlichen Botſchaft vor die Kammern gebracht werden ſollten — es war ein Sonntag —, in aller Frühe zu dem Miniſter des Innern v. Manteuffel und ſtellte dieſem vor, daß es den Augenblick zu nutzen gälte, um eine erſte Kammer „ungefähr nach dem Stahlſchen Antrage" zu erlangen. Manteuffel gab es ihm in ſeiner paſſiven Art anheim, dem Könige darüber Vortrag zu halten, und zeigte ſich geneigt, die Einbringung der Botſchaft zu verſchieben, wenn der König auf Kleiſts Vorſchlag einginge. Sofort eilte Kleiſt nun zu dem General v. Gerlach und berichtete ihm über die Sache. Dieſer fand ſeine Beweisführung „ſchlagend" und begab ſich ſchleunigſt mit Kleiſt zu ſeinem Bruder

Ludwig, wo man auch Bismarck antraf. Wie dieser über die Angelegenheit dachte, wird nicht berichtet. Der Präsident dagegen fand Kleists Idee ebenfalls vortrefflich. So machten sich die beiden Brüder mit Kleist am Nachmittag auf den Weg nach Potsdam zum König. Leopold Gerlach als Generaladjutant führte Kleist sowie seinen Bruder ein, und Kleist hielt nun dem Monarchen einen eingehenden Vortrag über die Angelegenheit. Vor allem legte er ihm dar, daß mit Hilfe der beiden Kammern leichter ein Herrenhaus zu erreichen sei als bei einem einzigen Hause. Wenn aber die Forderung von den Kammern verworfen würde, so wäre der König nicht gebunden, den Eid auf die Verfassung zu leisten. Das hätte dem Monarchen ein willkommener Trumpf sein können. Denn er widerstrebte ja dieser Vereidigung auf das äußerste, weil er sich dadurch behindert fühlte, etwas Vollkommeneres an die Stelle der Verfassungsurkunde zu setzen. Doch war Friedrich Wilhelm damals in einer jener überreizten Stimmungen, durch die er seinen Dienern den Verkehr mit ihm aufs äußerste erschwerte. Er zeigte sich gar nicht zur Verständigung geneigt, wunderte sich überhaupt höchlichst, daß Kleist so gleichmütig mit einer Verwerfung der Herrenhausidee rechne, und meinte, Kleist rede gegen sein eigen Fleisch und Blut; seine königliche Absicht sei es nämlich, Elemente des niederen Adels namentlich bei größeren Familienverbindungen ins Herrenhaus zu nehmen. Schließlich gelang es Kleist jedoch, den Monarchen zum Einlenken zu bewegen. „Kleist benahm sich vortrefflich," buchte der dabei lediglich die Rolle eines Zuhörers spielende General v. Gerlach, den die Erregtheit seines Herrn bedrückte, „kam immer wieder auf seinen Auftrag (von Manteuffel) zurück, vermittelte, demonstrierte u. s. w." Beistand leistete ihm dabei der Präsident Gerlach, dessen Widerspruchsgeist durch das Wesen des Königs geweckt wurde und der dem Könige nach seiner Art mit stolzem Freimut begegnete. Zuletzt entwarf Friedrich Wilhelm die Redaktion des Artikels über die erste Kammer. Der Entwurf enthielt die allgemeinen Normen des späteren Herrenhauses, über deren Einzelheiten der König frei bestimmen sollte. Zu einer Normierung im einzelnen war er zu Kleists

Kummer nicht zu bewegen. Am Ende erklärte er, dies wolle er den Ministern überlassen. Nach zweistündiger Verhandlung eilten Kleist und Präsident Gerlach in der neunten Abendstunde zur Bahn, die sie noch knapp erreichten, und Kleist in Berlin zu Manteuffel, bei dem er in der elften Stunde eintraf.

Der Minister war nicht sonderlich über diesen späten Besuch erfreut. Das vom König aufgestellte Ultimatum, insbesondere die unbeschränkte Zahl von Pairs, behagte ihm nicht. Er sprach von einem deus ex machina und meinte, jetzt könne die Botschaft nicht mehr hinausgeschoben werden, es sei schon alles unterschrieben. Kleist berief sich auf Manteuffels ausdrückliche Erklärung, die Vorlage verzögern zu wollen, wenn er ihm bis zum Abend die Zustimmung des Königs zur ersten Kammer brächte, und verlangte kategorisch, daß Manteuffel sich seinen Worten gemäß verhalte. Manteuffel machte geltend, daß ohne eine klare Präzisierung der Kategorien, aus denen die künftige erste Kammer bestehen sollte, die Proposition nicht annehmbar wäre. Da konnte Kleist helfen, indem er mitteilte, daß der König die nähere Bestimmung dem Ministerium überließe. Nun suchte Manteuffel die Angelegenheit auf Graf Brandenburg abzuwälzen. Kleist erklärte sich bereit, in Manteuffels Auftrage mit dem Ministerpräsidenten zu verhandeln. Inzwischen war bereits der Kabinettsrat Markus Niebuhr, ein enger Gesinnungsgenosse der Gerlach, der der Verhandlung Kleists mit dem Könige beigewohnt hatte, auch von Potsdam nach Berlin zu Brandenburg geeilt und hatte diesen unterrichtet. Er kam gerade, als Kleist von Manteuffel weggehen wollte, und brachte die Nachricht, Brandenburg wolle am nächsten Morgen mit Manteuffel eine sofortige Berufung des Ministeriums verabreden. Nachts zwei Uhr erstattete Kleist, der Sieger in dieser Sache, über den Verlauf an den Präsidenten Gerlach Bericht. Die königliche Botschaft wurde um zwei Tage verschoben und das Ultimatum des Königs wegen der künftigen ersten Kammer aufgenommen; die Minister verzichteten auf eine nähere Feststellung der Verhältniszahlen. So darf behauptet werden, daß die Umsicht, Geschicklichkeit und Energie Kleists die Bildung des preußischen Herrenhauses ermöglicht

hat. König Friedrich Wilhelm hat ihm auch noch später dafür Dank gewußt [1]).

Die Verkündigung der vom 7. Januar datierten Botschaft am 9. Januar machte gewaltiges Aufsehen. Eine Ministerkrisis, die schon lange infolge der vom Könige gestellten Bedingungen drohte, wurde jetzt brennend. Bei der Frage der Neubesetzung der Posten kam Kleist in erster Linie in Betracht. Dem setzte aber der Kriegsminister v. Stockhausen einen hartnäckigen Widerstand entgegen. Wie gerade vielfach den Militärs, auch wenn sie ganz rechts standen, fielen diesem General die Pietisten — „Frömmler" wird er gesagt haben — auf die Nerven. Er erklärte gegen den General v. Gerlach alle Pietisten für ganz unmöglich. Dabei hatte er außer Kleist besonders den Grafen Krassow im Sinne, der auch ein Mitglied der Kammer war und in dieser Zeit mit Kleist befreundet wurde. Krassow wurde von Stockhausen geradezu verspottet. Gegen Kleist spielte er aus, daß er seinerzeit in seiner Stellung als Landrat die Berufung eines pietistischen Predigers nach Polzin durchzusetzen versucht hätte. So wirkte jene unschuldige Berufung Ernst Rankes nach. Trotzdem faßte Leopold Gerlach die Ernennung Kleists zum Minister als sehr möglich ins Auge. Am 15. Januar erwog sie auch Brandenburg. In dieser Lage richtete Stockhausen an den Generaladjutanten v. Rauch, der durch seinen bon sens einen außerordentlichen Einfluß auf den König ausübte, ein Schreiben gegen diese Wahl unter Bezugnahme auf die Polziner Predigersache. Dem arbeitete General Gerlach bei Rauch entgegen, indem er behauptete, bald würde man ohne die Pietisten nicht fertig werden. Am 22. Januar liefen gedruckte Ministerlisten umher, auf denen auch Kleists Name stand. Schließlich blieb das alte Ministerium im Amte [2]).

---

[1]) Aufzeichnungen Leopold Gerlachs. Denkschrift Niebuhrs im Nachlaß Gerlachs. Kleist an Ludwig Gerlach, 6./7. Januar 1850. Aufzeichnungen Ludwig Gerlachs. Aufzeichnungen Kleists 1871. Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, 155.

[2]) Aufzeichnungen Leopold Gerlachs. Vgl. Varnhagen, Tagebücher VII, 29.

Währenddessen bemühte sich Kleist in dem Kampfe, der um die vom König als unerläßlich bezeichneten Bedingungen entbrannte, zu vermitteln. Er schrieb am 20. Januar an den General v. Gerlach, um die „unberechenbaren Folgen" eines Bruches mit den Kammern zu verhindern, schiene es ihm darauf anzukommen, die Hauptsache von den Nebensachen zu sondern, um durch etwaiges Nachgeben in Nebensachen die Hauptsache zu retten, und falls es doch zum Bruch kommen sollte, wenigstens alles mögliche zu seiner Verhinderung versucht zu haben. „Weil ich an der Sache Anteil habe, glaube ich umsomehr Grund zu haben, das Meinige dazu zu tun." Er meinte, daß in der Bildung der ersten Kammer, „die an sich so wichtig gar nicht ist", wohl nachgegeben werden könne, namentlich wenn eine konservative Grundlage festgehalten würde. Als erreichbar schlug er neben den erblichen Mediatisierten 60 lebenslänglich vom König zu ernennende, 90 vom großen Grundbesitz und 30 von Städten zu wählende Pairs vor. Der springende Punkt hierbei war eine Vermehrung des Großgrundbesitzes, aber eine Ausscheidung der erblichen Mitglieder, mit Ausnahme der Mediatisierten. Es war ein durchaus vernünftiger Vorschlag, den Kleist dem General mundgerecht machte durch die Erläuterung: „Seine Majestät würden dieselben Personen, wie sonst erblich, hier lebenslänglich ernennen — und wieder den Sohn — wenn er fähig. Wir machen ja unsere Verfassung nicht für die Ewigkeit." Interessant war dabei, daß damit auch die dauernde Vertretung bestimmter Familien zunächst nicht berücksichtigt wurde, wodurch Kleist und seine Familie hätten ausgeschlossen werden können. Kleist machte sich bei dem General anheischig, für Annahme seiner Vorschläge in der Kammer zu sorgen, falls auf deren Gutheißung durch den König zu rechnen wäre. Wie man weiß, kam es nachher anders. Der König setzte mit der ihm eigenen Zähigkeit seine Wünsche und Ideen trotz allen Wirrwarrs und allen Widerstands durch. Nur seinem größten Vertrauten, dem General v. Radowitz, gelang es, ihn zu bewegen, das Inkrafttreten des Herrenhauses auf drei Jahre zu vertagen. Man rechnete dabei auf eine Änderung der Ansichten des Königs,

im wesentlichen indes, wie sich zeigen sollte, vergeblich. Angesichts des Vermittlungsversuchs Kleists bemerkte der darüber mißvergnügte Präsident Gerlach: Kleist wäre vor der eigenen Tat und ihren Folgen bange geworden; er hätte sich schlecht im Examen bewährt. Für diesen Kritikus gab es eben keine realpolitischen Erwägungen.

Seine ganze unglückliche Prinzipienreiterei, die kein Kompromiß kannte und dadurch zu völliger Unfruchtbarkeit führen mußte, kehrte der Präsident Gerlach hervor, um der durch Radowitz bewirkten Abschwächung der Botschaft vom 7. Januar entgegenzutreten, indem er nunmehr die Beeidigung der Verfassung durch die Kammern, sowie die Annahme der revidierten Verfassungsurkunde zu verhindern suchte. Da die gesamte Linke gegen das Verfassungswerk in der vorliegenden Form war, fehlte es nur an wenigen Stimmen, um die Ablehnung zu erreichen. Dann wäre die oktroyierte Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 in Gültigkeit geblieben und die ganze Arbeit des Jahres 1849 umsonst gewesen. Aber der König hätte dann auch nicht zu schwören brauchen. In dieser Lage hielt es Kleist im Gegensatz zu seinem alten Gönner für staatsmännischer, das Erreichte zu retten und damit allerdings den König zum Eide zu veranlassen. Es war das erste Mal in einer schwerwiegenden Frage, daß er sich von Ludwig Gerlach trennte. Offenbar kostete ihm das einen großen innerlichen Kampf. Aber er stimmte schließlich mit einer Reihe nahestehender Freunde, darunter Bismarck, gegen den Präsidenten und für die Verfassung und entschied dadurch die Annahme des Gesetzes. Zu seiner Rechtfertigung gab er mit jenen Freunden am 1. Februar 1850 eine offene Erklärung ab, in der es hieß: „Wir stehen nicht an, die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung zu beschwören, wenngleich wir die Bestimmungen der revidierten Verfassungsurkunde nicht alle für gerecht und weise halten und noch weniger die Grundsätze, aus denen sie geflossen, unbedingt zu den unserigen machen“ [1]).

[1]) Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 8. 178. Auf der bekannten Zeichnung Paul Bürdes, die den Schwur auf die Verfassung darstellt, steht Kleist neben Bismarck.

Schnell war Kleist eine parlamentarische Berühmtheit geworden. Seine Reden schlugen unter anderm besonders in Halle ein, wo damals der Volksschriftsteller Philipp Nathusius das konservative „Volksblatt für Stadt und Land" herausgab, und wo der Historiker Heinrich Leo ein geistvoller Vorkämpfer des konservativen Gedankens war. Nathusius lernte Kleist auf dem Wittenberger Kirchentage kennen und lieben. Dort in Halle feierte man den Jahrestag der Ernennung des Ministeriums Brandenburg — den 9. November 1849 — auch mit einem kräftigen Hoch auf Kleist, gleichzeitig mit einem solchen auf Bismarck, Gerlach und Stahl [1]). Wenige Wochen darauf, am 8. Dezember 1849, richtete der Hallesche Preußenverein an Bismarck und Kleist zusammen ein Schreiben, in dem den beiden begeistert gehuldigt wurde. „Ihr und Ihrer Freunde Auftreten", so hieß es darin, „in der zweiten Kammer erinnert uns an die glorreichsten früheren Zeiten unseres Vaterlandes, wo unser Adel, unsere Bürger, unsere Landleute von höheren allgemeinen Interessen ergriffen waren. Wir fühlen uns gedrungen, Ihnen als Vorbildern des Adels, wie wir ihn als den rechten und echten in unseren Herzen verehren, offen und ungeheuchelt eine Huldigung darzubringen, welche, wie sich auch die Geschicke unseres Volkes wenden mögen, die Nachwelt Ihnen noch stärker aussprechen wird, als wir es vermögen" [2]). Aber auch in anderen Kreisen gewann sich der feurige Junker Achtung und Zuneigung. In jener Zeit hat der Redakteur des Kladderadatsch Ernst Dohm dem jungen auf die Journalistentribüne geratenen Rudolf Kögel versichert, „in der ganzen Abgeordnetensippe interessierten ihn nur zwei Reaktionäre, Bismarck, der den Willen habe, Menschen und Dinge anzupacken, und Kleist, in dessen Kehle wohltuende Erzstufen steckten" [3]).

Außer mit dem in Vorpommern reich begüterten Grafen Krassow befreundete sich Kleist in jener Zeit in der Kammer eng

[1]) Nathusius an Kleist, 24. November 1849. F.A. Volksblatt für Stadt u. Land 1849, Nr. 92.

[2]) Urschriftlich im F.A.

[3]) G. Kögel: Rudolf Kögel, sein Werden u. Wirken I, 141.

mit dem Grafen Eberhard Stolberg-Wernigerode, dem Sohne des Hausministers Anton Stolberg, der jedermann als das Muster eines vornehmen Edelmannes erschien und auch mit Bismarck nahe befreundet wurde. Graf Eberhards begeisterungsfrohes patriotisches Herz kennzeichnet ein Wort, das uns Robert Keudell von ihm überliefert hat. Als im Jahre 1870 Frankreich den Krieg erklärte, begegnete der Graf Herrn v. Keudell in Berlin „Unter den Linden" und rief: „Hoch in der Luft schwebt eine Kaiserkrone! Will's Gott, so wird sie sich herniedersenken auf das geheiligte Haupt unseres Kriegsherrn"[1]). Bei Eberhard Stolberg und Krassow, dann beim Grafen Finckenstein, später eine Weile bei Below-Hohendorf fanden vertraute Zusammenkünfte statt, auf denen die leitenden Männer der konservativen Partei ihre innersten Gedanken austauschten[2]). Außer den Gerlach gehörte Stahl dazu, damals auch noch Bethmann-Hollweg. Ein näheres Verhältnis Kleists zu dem großen Denker der konservativen Partei ist nicht festzustellen. Doch ist er von Stahls Ideen sehr beeinflußt worden und sich dessen auch bewußt gewesen.

Kaum war durch den Verfassungseid die Ministerkrisis im Anfang des Jahres 1850 erstickt, da suchte der König nach einem neuen Minister des Auswärtigen, weil ihm die deutsche Politik des Grafen Arnim-Heinrichsdorf nicht zusagte. In seiner Ratlosigkeit bot er diese Stelle am 18. März auch Kleist an[3]), der allerdings hierzu gar nicht geeignet gewesen wäre und gleich bestimmt ablehnte. Damals warf das Erfurter Parlament, auf dem über die Unionsverfassung die Würfel fallen sollten, bereits seine Schatten voraus. Am 10. Januar hatte Kleist mit vielen anderen, unter ihnen auch Bismarck, einen Aufruf zu den Wahlen für Erfurt erlassen, in dem gegen den Verfassungsentwurf vor allem geltend gemacht wurde, daß in ihm die Selbständigkeit Preußens nicht genügend gewahrt sei. Kleist wurde vom Könige zum Mitglied des

[1]) Keudell, Fürst u. Fürstin Bismarck 444.

[2]) Kleist an Herrn v. Below-Saleske, 22. März 1882. Leopold u. Ludwig Gerlachs Tagebücher.

[3]) Denkwürdigkeiten des Generals v. Gerlach I, 448.

Staatenhauſes in Erfurt ernannt, während Bismarck für das Volkshaus gewählt wurde. Die beiden führten dort wieder ihre gemeinſame Wirtſchaft. Selbſtverſtändlich traten ſie der von Stahl und Ludwig Gerlach geleiteten Partei „Zum Schlehendorn" bei. Bismarck konſtatierte bald, daß ſein Genoſſe ſich außerordentlich vergnügungsſüchtig zeigte. „Hans iſt ſoeben in weißer Weſte und Halsbinde in Geſellſchaft gegangen, wie alle Abend", ſchrieb er ſeiner Johanna, „es iſt gerade umgekehrt wie in Berlin, er iſt der Geſellſchaftsjäger, ich ſitze artig zu Hauſe." Er rächte ſich für die ſchnöde Vernachläſſigung dadurch, daß er die ſchönen Leckerbiſſen, die ihnen von Hauſe geſandt wurden, unbarmherzig, ohne Rückſicht darauf, für wen ſie beſtimmt waren, vertilgte. Im Staatenhauſe verſah Kleiſt das Amt eines Schriftführers. Am 17. April fand er auch Gelegenheit in einer größeren Rede ſeinen den Verfaſſungsentwurf ablehnenden Standpunkt darzulegen. Er brach darin, offenbar unter dem Einfluſſe Ludwig Gerlachs, der im Parlament und in ſeinen Kreuzzeitungsrundſchauen gewaltig für Öſterreich ins Horn blies, eine entſchiedene Lanze für Öſterreich und meinte, ebenſo wie damals noch Bismarck, daß es nicht ohne weiteres aus dem Reiche ausgeſchloſſen werden könne. Am Tage ſeiner Abreiſe nach Schluß des Parlaments ſchrieb er an Ernſt Ranke, daß ſeine Hoffnungen auf das Zuſtandekommen eines Verfaſſungswerkes ſehr ſchwach wären. „Es müßte noch unendlich viel darin geändert werden. Es iſt unmöglich, daß es ſo wird, und darum hoffe ich auch, man wird von dem Verſuche einer derartigen Ausführung abſtehen." Wie man weiß, erfüllte ſich dieſe Hoffnung.

In die Heimat zurückgekehrt, fand Kleiſt dort die Stimmung durch den Fortgang der Politik etwas verändert. Es begann ſich ein Gegenſatz gegen Ludwig Gerlach und die Kreuzzeitung zu regen. Man fand den Ton, den das führende Blatt der Konſervativen anſchlug, zum Teil übermütig, gehäſſig und gemein. Vor allem aber verſchnupfte die öſterreichiſche Geſinnung Gerlachs. Es wurden Stimmen laut, die erklärten, daß ſie den Präſidenten nicht wieder wählen würden, da ſie nur für Männer zu haben ſeien, die „echt preußiſch" wären.

Man fragte ſich, woher es wohl käme, daß Gerlach da, wo er lange Zeit in hervorragender Stellung gelebt und gewirkt habe, alſo auch am genaueſten bekannt ſei, in Frankfurt und Magdeburg, nicht gewagt hätte, ſich um ein Mandat zu bewerben, und war zum Teil der Anſicht, daß Kleiſt durch den Einfluß Gerlachs behindert würde, ſich entſprechend zur Geltung zu bringen. Von Kleiſts Rechtlichkeit, Fähigkeit und Kenntniſſen waren alle Klaſſen durchdrungen. Es kam über Gerlach zwiſchen den Grundbeſitzern der Belgarder Gegend öfter zu ſcharfen Auseinanderſetzungen. Da iſt es charakteriſtiſch, daß bei einem ſolchen Schriftwechſel einer der bedeutendſten bürgerlichen Grundbeſitzer, der ſpäter geadelt wurde, gegen einen Anhänger Gerlachs Kleiſt, der zwar ein „Schüler Gerlachs", aber „gewiß ein ehrenhafter Menſch" ſei, zum Schiedsrichter in dem Streit über Gerlachs Perſönlichkeit und Auftreten vorſchlug [1]).

Durch die Wahrnehmung dieſes Gegenſatzes gegen Gerlach ſcheint ſich Kleiſt veranlaßt geſehen zu haben, den Präſidenten zu einer Bereiſung ſeines Wahlkreiſes einzuladen. Gerlach erklärte ſich bereit dazu. „In der erſten Hälfte des Auguſt", ſo ſchrieb er an Bismarck, „hoffe ich mit meiner Frau bei Ihrem ehrwürdigen Onkel Hans in Kieckow zu ſein." Demgemäß geſchah es. Am 14. Auguſt fand zu Ehren Gerlachs in Polzin ein Feſt ſtatt. Die Perſönlichkeit des Mannes überrumpelte und entwaffnete doch wieder viele. Er brachte einen Trinkſpruch aus auf „deutſches Recht und deutſche Freiheit". Kleiſts Stiefbruder Ferdinand geſtand ſeinem Bruder nachher, daß Gerlach den Bürgern und Bauern unbedingt gefallen habe; unter der Ritterſchaft ſeien Bedenken aufgetaucht, ob er auch rechts genug ſei. Faſt ſcheint es ſo, als ob der Präſident mehr, als es ſonſt ſeine Gewohnheit war, darauf ausgegangen wäre, ſich um die Volksgunſt zu bewerben. Denn ſeinem Tagebuche vertraute er an, daß er nach jener Rede bei der Heimfahrt von Polzin nach Kieckow „politiſchen Katzenjammer" empfunden habe.

[1]) G. M. Oppenfeld an v. Hagen-Langen, 14. Januar 1850. F.A.

In jener Zeit bereiste auch Wichern Pommern und kam dabei in Kleists Gegend. Dem Hamburger fiel hier vor allem die Schlichtheit der Lebensweise der viel angefeindeten Junker auf. „Das Leben der Gutsbesitzer", schrieb er aus Stettin am 15. Juli 1850, „ist viel einfacher, als man es in Holstein und in unserer Gegend zu sehen gewohnt ist; namentlich ist mir das hinsichtlich der Wohnungen und deren Zubehör aufgefallen. Der Gutsherr ist in dieser Beziehung mehr noch wirklicher Landmann." Wichern lernte in jener Zeit besonders Kleist, für dessen Kieckower Rettungshaus er aus seinem Missionshause in Hamburg einen Hausvater zu beschaffen hatte, schätzen und lieben. Wir wissen bereits, daß er damals den Präsidenten v. Gerlach als einen wahren Volksmann bezeichnet hat[1]), dessen Wert erst ein künftiges Geschlecht würdigen würde. Mit ihm zusammen nannte er außer Bethmann-Hollweg, mit dem er die nächsten persönlichen Beziehungen hatte und mit dem er innerlich noch mehr Gemeinschaft besaß, auch Kleist-Retzow, diesen unter den dreien zuerst. Das zeigt, wie sehr er von der Volkstümlichkeit des Belgarder Landrats durchdrungen war.

Im September kehrte Kleist nach Berlin zurück. Er zog wieder mit Bismarck zusammen, zunächst in ein Hotel am Gendarmenmarkt. Das stille Berlin von damals tritt uns entgegen, wenn wir in einem Briefe Bismarcks lesen: „Ich höre Hänschen eben auf dem Gendarmenmarkt lachen." In Berlin war Kleist gleich mit allerlei beschäftigt. So wurden — ein Zeichen des österreichischen Kurses, in dem damals gesegelt wurde — mit verschiedenen österreichischen Magnaten Konferenzen wegen Anknüpfung von Beziehungen zu den österreichischen Konservativen abgehalten, an denen von preußischer Seite außer Kleist noch Hermann Wagener und Bismarck teilnahmen[2]). Viel kam dabei wohl nicht heraus. Dann wurde Kleist wieder für einen Ministerposten in Betracht gezogen, diesmal nicht in Preußen, sondern in Dessau, wohin ja auch Bismarck mehr-

[1]) Vgl. oben S. 61.

[2]) Aufzeichnungen Ludwig Gerlachs II, 111. Bericht Bismarcks an seine Frau S. 186.

mals berufen werden sollte. Ein Bekannter Ludwig Gerlachs, der auf die Besetzung des Ministerpostens in dem Dessauer Ländchen Einfluß gehabt zu haben scheint, ersuchte nämlich den Präsidenten unter dem 1. Oktober, unmittelbar nachdem er mit dem von einem Besuche bei Gerlach in Magdeburg kommenden Kleist in Köthen bekannt geworden war, dringend, beim Könige dahin zu wirken, daß statt des Herrn v. Selchow, den man preußischerseits als Nachfolger des Dessauer Ministers v. Plötz abgeben wollte, Kleist für diesen Posten hergegeben würde, da Kleist viel mehr Bürgschaften persönlicher Selbständigkeit zu geben scheine. „Es kommt vielleicht binnen langer Zeit nicht wieder eine gleich günstige Konstellation für uns“ [1]). Doch wurde aus diesem Projekt nichts.

Mittlerweile ging die Politik König Friedrich Wilhelms IV. und des Generals v. Radowitz in der deutschen Frage ihrem Schiffbruche entgegen. Während die Gerlach nur von dem Gedanken des Triumphes erfüllt waren, daß sich Radowitz, dessen allzuwenig mit den realen Verhältnissen rechnende Politik von ihnen von Anfang an auf das schärfste bekämpft worden war, nun durch den nach Warschau und Olmütz führenden Gang der Dinge völlig unmöglich gemacht hatte, regte sich jetzt in Kleist abermals wie auch in Bismarck der Gegensatz zu der doktrinären und rein juristischen Anschauung der politischen Verhältnisse durch die geistreichen Brüder. Auch Kleist hatte ebenso wie Bismarck die Radowitzsche Politik als unpraktisch und unpreußisch bekämpft. Nun aber, als es zur Demütigung Preußens kam, erwies sich doch, daß in ihnen der kernigere preußische Geist lebte, als in den Gerlach. Es kam zu heftigen Szenen zwischen den Freunden. Am 21. November stieß der General v. Gerlach mit seinen beiden Jüngern zusammen. Diese erklärten ihm, daß sie ein Nachgeben in der hessischen Frage für unvereinbar mit der preußischen Ehre hielten. Kassel müsse durchaus gehalten werden. Wenn Österreich zu übermütig auftrete, dürfe man dem Kriege nicht aus dem Wege gehen. Preußen dürfe es nicht leiden, daß sich

[1]) Schreiben an Ludwig Gerlach, Dessau, 1. Oktober 1850, im F.A. Name des Schreibers nicht leserlich.

ein österreichisch-bayrisches Heer zwischen den östlichen und westlichen Provinzen des Staates aufstelle. Das war eine der herbsten Enttäuschungen, die der General erlebt hatte; er hat den beiden diese Opposition nie vergessen. „Ich wurde ganz heftig," notierte er in seinem Tagebuche, „da ich mich nun auf der Bresche von allen verlassen sehe." Auch Bismarck schrieb seiner Frau: „Wir (d. h. Bismarck und Gerlach) wurden beide sehr heftig." Ebenso erzählte Fräulein Agnes v. Gerlach, die junge Tochter Leopolds, Tags darauf ihrem Oheim Ludwig: Bismarck und Kleist hätten sich mit ihrem Vater „gezankt". Es muß also in der Tat sehr lebhaft zwischen den Parteien zugegangen sein. Am meisten kränkte es den General vielleicht, daß auch Kleist in das Horn derjenigen stieß, die sich nicht in die Lage finden wollten; denn auf dessen Unterstützung hatte er sicher besonders gerechnet. Auch Bismarck scheint durch den Widerspruch Kleists etwas überrascht worden zu sein; denn er schrieb seiner Frau, daß „sogar" Hans gegen den General heftig geworden sei. Wenige Tage darauf, am 24. November, setzte sich der Kampf zwischen Ludwig Gerlach auf der einen und Stahl und Kleist auf der anderen Seite fort. Stahl und Kleist zeigten nach dem Bericht des Präsidenten die größte Lust, gegen die Räumung Kassels durch die preußischen Truppen öffentlich zu protestieren. Der dialektischen Gewandtheit Ludwig Gerlachs gelang es, die meuternden Anhänger zu beruhigen. „Ich sagte ihnen," zeichnete er in seinem Tagebuch auf, „die Frage sei: Manteuffel oder Gotha." Bismarck scheint noch zuerst die Sachlage und die sich daraus ergebende Fragwürdigkeit eines preußischen Widerstandes erkannt und sich daher, wenn auch bedrückt und mißmutig, in die Erkenntnis gefügt zu haben, daß der Einsatz zu gewagt gewesen wäre, wenn man den Krieg herbeigeführt hätte. Denn schon am Tage nach dem Streit mit dem General schrieb er, daß er vom Morgen bis zum Abend die Notwendigkeit des Friedens gegen ganz vernünftige Leute mit derselben Heftigkeit habe verteidigen müssen, mit der er Tags zuvor gegen Gerlach vorgegangen sei, und am 25. glaubte der Präsident seinem Bruder schreiben zu dürfen, Bismarck ginge nun ganz

mit ihm. Von Stahl und Kleist dagegen meinte er damals noch etwas unsicher, sie „schienen" sich überzeugt zu haben. Am 7. Januar 1851 erinnerte sich Leopold Gerlach grollend dieser Schwachheit der Freunde: „Stahl, Bismarck, Kleist schwankend, Bodelschwingh (gemeint ist der spätere Finanzminister Karl v. Bodelschwingh, einer der nächsten Gesinnungsgenossen der Gerlach) entschieden für den Krieg, Hengstenberg (der Herausgeber der Kirchenzeitung) auch, imitatorum turbam nicht zu nennen, selbst Niebuhr schwankend. Wer blieb denn hier übrig? Die drei Minister, ich, Edwin Manteuffel, Ludwig und dann die Königin."

Am 3. Dezember lenkte Kleist in aller Form zurück in das Gerlachsche Fahrwasser in einer großen Rede, die er bei der Adreßdebatte in der Kammer hielt. An demselben Tage hielt Bismarck seine berühmte Rede, in der er ebenfalls die Unvermeidlichkeit von Olmütz darlegte. Kleist führte in der seinigen aus: „Es kann ja der Krieg notwendig sein; auch der Weg des Bruders vom Bruder trennt sich oft, aber es muß uns wenigstens das Herz bluten über solchen Zwist. Sie alle kennen das Urteil, durch welches der weiseste der Könige des Altertums die rechte Mutter eines Kindes erkannte. Lassen Sie uns umgekehrt daran die rechte Sohnestreue erkennen, wem von uns es am schwersten wird, der Mutter teuren Leib zerfleischt zu sehen. Man spricht so viel von Preußens Ehre. Seh' ich mir die an, die am meisten davon reden, so finde ich solche, die kein Murren geäußert haben, als wir einem fremden Prinzen als Reichsverweser durch die Armee huldigen sollten, solche, die verlangt haben, daß das Votum der preußischen Nationalversammlung, das den Namen „Stein" trägt, schmählichen Andenkens, gegen das Heer gerichtet, ausgeführt werden sollte[1]). Sie werden es mir nicht verargen, wenn ich dadurch stutzig werde über den geäußerten preußischen Patriotismus. Wenn aber Preußen nach meiner Überzeugung in der Tat in Deutschland den Beruf hätte und die Stellung,

[1]) Gemeint ist der am 9. August 1848 angenommene radikale Antrag Stein.

daß es seinerseits keine wichtige Frage darin ohne seine Mitwirkung und Zustimmung entscheiden lassen dürfte, dies Recht uns jetzt aber irgendwie verkümmert wird, so sind diejenigen daran schuld, die das unbedingte Unionsrecht in Deutschland verlangt haben und noch verlangen. Wir wollen nicht Krieg führen um bloße Schatten und Namen, sondern um lebensvolle Realitäten, auf die wir nach dem Siege als guten Kampfpreis zurückblicken könnten für die jahrelangen Verwüstungen. Da ist jene Union, welche die Schuld trägt, daß die Früchte der Siege in Dresden und Baden uns entgangen sind, nicht eine solche Realität."

Nur notgedrungen nahm Kleist in den Tagen von Olmütz wieder einmal eine exponiertere Stellung zu den auswärtigen Fragen. Seine Befähigung wies ihn sonst mehr auf die Beschäftigung mit der inneren Politik. In dieser suchte man ihn daher immer wieder an leitender Stelle zu beschäftigen. Zumeist war er bisher, namentlich vom Könige, als landwirtschaftlicher Minister in Betracht gezogen. Noch während der Ministerkrisis Mitte November 1850 kam Friedrich Wilhelm mißmutig auf diese fallengelassene Idee zurück, indem er zu Leopold Gerlach äußerte: „Einen auswärtigen Minister schlägt man mir nicht vor, einen Ackerbauminister Kleist will man nicht, was soll ich machen?" Es ist die Frage aufzuwerfen, ob der Herrscher damit nicht wirklich, was ihm im allgemeinen so selten glückte, den richtigen Mann an die richtige Stelle gesetzt hätte. Zur Abwechslung kam jetzt im Dezember die Ernennung Kleists zum Minister des Innern an Stelle des zum Ministerpräsidenten aufgerückten Freiherrn v. Manteuffel zur Erörterung. Der König dachte an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Witzleben. Da dieser jedoch nicht Neigung hatte, empfahl der General v. Gerlach neben anderen Kleist. Auf diesen verfiel auch Manteuffel, angeregt durch einen Führer der Konservativen, den früheren Minister Graf Arnim-Boitzenburg. Schon wollte Manteuffel Kleists Ernennung vollziehen lassen, da entschied sich der König für Westphalen, eine Wahl, die sich wieder als sehr unglücklich erweisen sollte. Voraussichtlich wäre Kleist besser gewesen.

Seine Neigung für die agrarischen Dinge bekundete Kleist aufs neue, indem er es unternahm, eine Änderung in dem Ablösungsgesetze vom 2. März 1850 anzuregen. Seiner Beharrlichkeit und seiner sachverständigen Darlegung der Verhältnisse gelang es schließlich auch damit durchzudringen und so eine tiefgreifende Maßregel zu veranlassen, die ihm neuerdings auch von wissenschaftlicher Seite zum Vorwurf gemacht worden ist. Es handelte sich dabei um die Auslegung einer Bestimmung des Gesetzes über neue Eigentumsverleihungen, wegen der Unklarheiten entstanden waren. Daß diese entstehen würden, hatte Kleist bei Beratung des Ablösungsgesetzes vorausgesehen. Sie betrafen insbesondere die Behandlung einer in der Dramburger und Neustettiner Gegend zahlreich vertretenen Klasse von Zeitpächtern, der sogen. Buschpächter. Diese erhoben auf Grund des Gesetzes Ansprüche auf Eigentumsverleihung. Wurden diese Ansprüche anerkannt, so waren die bedenklichsten Folgen für manche Gutsbesitzer zu befürchten, da in der Gegend Kleists zahlreiche Waldgüter entweder ganz oder größtenteils in kleinere Pachtungen aufgelöst waren, um aus ihnen größeren Ertrag durch Weidewirtschaft und Viehzucht zu erzielen. Den Buschpächtern waren schon durch radikal angelegte Mitglieder der preußischen Nationalversammlung die Köpfe verdreht worden. Kleist hatte schriftliches Material in Händen, durch das er die gewissenlosen Wühlereien dieser Leute mit drastischen Beispielen belegen konnte. Dieselben Elemente suchten jetzt den Zeitpächtern den Glauben beizubringen, daß sie durch das Gesetz vom 2. März 1850 Ansprüche auf Eigentum erheben könnten, was notorisch nicht in der Absicht der Gesetzgeber gelegen hatte. Das verursachte eine große Aufregung unter den Pächtern, die auch auf die Tagelöhner übersprang, und in diesen wieder jene ausschweifenden Eigentumsansprüche hervorrief, die die bedenklichste Erscheinung des Sturmjahres gewesen waren. Ebenso machte sich unter den Gutsbesitzern eine lebhafte Beunruhigung geltend. Schnell trat Kleist angesichts dieser Umstände mit dem neuernannten Minister des Innern, Westphalen, in Verbindung und legte ihm mündlich die Sachlage dar. Westphalen bat

ihn, ſeine Anſichten ſchriftlich niederzulegen. Dies tat Kleiſt in einer vom 17. Januar 1851 datierten längeren Denkſchrift. Darin führte er unter Heranziehung Savignyſcher Rechtsgründe aus, die in Pommern mit dieſen Dingen beſchäftigte Stargarder Generalkommiſſion verträte zwar auch die Meinung, daß die Anſprüche der Buſchpächter gänzlich irrig ſeien, die Generalkommiſſion hätte auch die Abſicht, öffentlich eindringlich vor dieſem Irrtum zu warnen und von leichtſinnigen Anträgen der Art abzumahnen, trotzdem aber würden zahlreiche dahingehende Anträge geſtellt, und es ſei mißlich, den langwierigen juriſtiſchen Prozeß abzuwarten, weil ſchon aus der Einleitung der Prozeſſe bei vielen der Glaube an ihre Berechtigung dazu entſtünde; es ſei ferner bei der Unklarheit der Beſtimmungen des Geſetzes nicht ſicher, wie entſchieden werden würde. Deswegen verlangte er eine bündige Deklaration der in Frage kommenden Beſtimmungen, durch die jene Buſchpächter ein für allemal von der Ablöſung ausgeſchloſſen würden. Kleiſt ſelbſt war bei dieſer Sache nicht perſönlich beteiligt. Weſtphalen forderte auf Grund der Denkſchrift unter dem 10. Februar ein Gutachten des Reviſionskollegiums für Landeskulturſachen ein. Dieſes erklärte nach Kenntnisnahme der Kleiſtſchen Ausführungen unter dem 7. März eine Deklaration nicht für nötig, da ſchon ohnehin im Sinne Kleiſts entſchieden würde. Tags darauf brachte Kleiſt die Sache in der Kammer zur Sprache. Seine dortigen Ausführungen gelangten zur Kenntnis des Königs, der ſeinerzeit ſelbſt Bedenken wegen der Beſtimmungen über die Regulierungsfähigkeit gehabt hatte. Friedrich Wilhelm ſah ſich darauf unter dem 29. Juni veranlaßt, an Weſtphalen einen Kabinettsbefehl zu richten, in dem er ausführte, daß durch Kleiſts Darlegungen in der Kammer klar geworden ſei, wie ſehr die früher geäußerten Befürchtungen begründet geweſen ſeien. Andere Beobachtungen hätten die beſtehenden Übelſtände noch mehr beleuchtet. Er erwarte von dem Miniſter einen Bericht, welche Maßregeln er dagegen zu ergreifen gedenke. Weſtphalen kam nach ſeiner Art nicht zum Entſchluß, auch dann nicht, als der pommerſche Provinziallandtag ſich unter dem 28. Oktober 1851 mit einer

Vorstellung an den König wandte, in der gleichfalls eine neue Bestimmung über die Regulierbarkeit als notwendig bezeichnet wurde. Da trat am 16. März 1852 der Fall ein, daß einer der schwebenden Prozesse zu Gunsten des Buschpächters entschieden wurde. Diese Entscheidung brachten der Freund Kleists, Landrat v. Busse in Neustettin, und der uns auch bereits bekannte, die Kösliner Regierung vertretende Oberregierungsrat v. Senden sofort zur Kenntnis des Ministeriums. Nunmehr verschloß sich das Ministerium nicht mehr der Notwendigkeit einer Änderung der Bestimmung, zumal da auch der Generalkommissar zu Stargard, Bauer, unter dem 5. April die vorhandenen Bestimmungen als „außerordentlich dehnbar" und die sehr mögliche Entscheidung zu Gunsten der Buschpächter als schädlich bezeichnete. Jene in dem an das landwirtschaftliche Ministerium erstatteten Verwaltungsberichte Bauers für 1851 enthaltenen Ausführungen über die Buschpächterfrage werden überhaupt durchschlagend beim Ministerium gewesen sein. Konnte Bauer doch hervorheben, daß die Ansprüche in unerwartet großer Zahl erhoben worden wären, daß in den bisher verhandelten Fällen in erster Instanz ganz wider Erwarten und überraschend zu Gunsten der Buschpächter entschieden worden sei und daß man infolgedessen mit einer Anerkennung des größten Teils der erhobenen Ansprüche rechnen müsse. So kam schließlich am 24. Mai 1853 die von Kleist angeregte Deklaration zu stande, durch die die Buschpächter von der Regulierung ausgeschlossen wurden. Es ist durchaus unberechtigt, wenn es von sonst sehr um die Erforschung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse verdienter Seite so hingestellt worden ist, als habe sich das Ministerium schwach benommen, indem es denjenigen „nachgegeben" hätte, die „ihr Anliegen am lautesten" vertraten. Denn Kleist hatte, indem er jene Deklaration durchsetzte, lediglich nicht einmal sein eigenes Recht, sondern das gute Recht der Grundbesitzer seiner Gegend wahrgenommen und sie vor erheblichem Schaden gehütet, was durch die Fassung der betreffenden Stellen des Gesetzes vom 2. März 1850, wie der Erfolg lehrte, nicht erreicht worden wäre. Hat die Fassung der Deklaration vom

24. Mai 1853 nach anderer Seite hin, wie behauptet worden ist, schädlich gewirkt, so lag das keinesfalls in der Absicht von Kleist. Die Schuld daran würde lediglich das Ministerium treffen, das auch insofern gefehlt hat, als es längere Zeit den Zustand der Beunruhigung bestehen ließ [1]).

Sehr beachtet wurde der Widerstand, den Kleist dem im Jahre 1849 eingebrachten Entwurf einer neuen Gemeindeordnung entgegensetzte. Nichts schien ihm gefährlicher, als ein willkürliches schematisches Eingreifen in diese Dinge, wie es der damaligen Gesetzgebung beliebte. Schon im August 1849 legte er seine Ansichten darüber in einer Denkschrift nieder, die er dem General v. Gerlach brachte und die diesem sehr beachtenswert schien, so daß er sie dem Könige vorzutragen beschloß. Doch fanden seine Ideen damals bei dem Gesetz keine Berücksichtigung. Vergebens protestierte Kleist in seinen Reden gegen die darin beabsichtigte Verwischung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land. „In unserer Gartenkunst ist der französische Geschmack der Hecken dem englischen Geschmack der Parkanlagen gewichen", so führte er einmal aus, „und hier in der Gemeindeordnung soll mit der scharfen administrativen Schere des Schematismus die Heckenwirtschaft eingeführt werden. Wo man noch keinen Wald und keine Bäume kennt, da mag man daran Geschmack finden, wer aber deutsche Wälder kennt, der wird und kann an den geraden glatten Linien derartiger Hecken nur vermöge des durch eine falsche Theorie verdorbenen Geschmacks Gefallen finden." Ihm, dem Jünger der historischen Schule, war es ganz unfaßlich, wie man das Bestehende ignorieren und in seinen Grundlagen zerschlagen könnte. Seine Reden hierüber lesen sich vielfach gerade so, als wenn man W. H. Riehl liest, der um dieselbe Zeit seine berühmt gewordenen Werke „Land und Leute" und „Die bürgerliche Gesellschaft" schrieb. Dieser zwar äußerlich sich dem

[1]) Denkschrift Kleists vom 17. Januar 1851, abschriftlich nebst dazu gehörigen Akten, unter anderm Auszug aus dem Verwaltungsbericht des Generalkommissars vom 5. April 1852 und Schreiben des Abgeordneten Räntsch, 5. Oktober 1848 im F.A. — Knapp, Bauernbefreiung I, 281 ff.; II, 448 ff. — Sten. Bericht der 2. Kammer, 8. März 1851.

Liberalismus anschließende, begabte nassauische Schriftsteller sah die durch die damalige Gesetzgebung berührten sozialen Verhältnisse just mit denselben Augen an wie der hinterpommersche Landrat. Auch Wichern schrieb, als er im Sommer 1850 durch Pommern reiste: „Wer Hinterpommern nicht gesehen hat, hat keine Vorstellung davon. Die unsinnigen Kammerverhandlungen, welche durch rheinisch-französische Doktrinen die Gleichmacherei der Gemeindeverhältnisse bezwecken und zum Beschluß erhoben haben, sind mir dadurch noch unsinniger erschienen." Den praktischen Mann erfaßte ein „Zorn der Wehmut" über die „parlamentarische Oberflächlichkeit", die solche Gesetze erlassen konnte. Er sah voraus, daß das Gesetz nur schwer durchführbar sein würde. Heute ist alle Welt darüber einig, daß das Gesetz vom 11. März 1850 ein großer Mißgriff war [1]). Auch die damalige Regierung erkannte bald den Fehler, den sie begangen hatte, und zwar, als sie an die praktische Ausführung ging. Es zeigte sich, daß es vielleicht doch besser gewesen wäre, wenn der Gedanke, Kleist zum Minister des Innern zu ernennen, ausgeführt worden wäre. Jetzt fiel Westphalen die Aufgabe zu, eine Umgestaltung des Gesetzes herbeizuführen. Schon im Januar 1851 verhielt er sich den von Einsassen verschiedener Provinzen, unter denen sich auch Kleist befand, erhobenen Vorstellungen über die Unzuträglichkeiten, die das Gesetz mit sich brachte, äußerst zugänglich [2]). Bald reifte im Schoße des Ministeriums der Gedanke, den frischen Landrat, der diese Dinge so eifrig und sachverständig angriff, mit einer besonderen Aufgabe in dieser Richtung zu betrauen.

Das Junggesellenleben mit Bismarck wurde inzwischen immer traulicher. Zwar bemühte sich Bismarck redlich, dem Freund den Gedanken an eine Heirat näher zu bringen. Als Kleist am 25. November 1850 sein 36. Lebensjahr vollendete, entstand jenes launige, im Schluß an das Lied „Lott' ist tot" anklingende Gedicht des späteren deutschen Reichskanzlers, das als

[1]) Edgar Löning, Landgemeinden u. Gutsbezirke in den östlichen Provinzen Preußens. Conrads Jahrbücher. 3. Folge, Bd. III, S. 188.

[2]) Bericht Kleists über die Unterredung mit Westphalen an Leopold Gerlach, 22. Januar 1851.

Begleitbrief zu einer großen braunen Tasse, dem Geburtstagsgeschenk Bismarcks, diente:

Nicht ganz so schwarz wie Ebenholz[1]),
Doch braun wie Mahagonig,
Wünsch' ich dir, aller Pommern Stolz,
Ein Leben süß wie Honig.

Wenn Wentzel[2]) dich gelangweilt hat,
Schwerin[3]) den Zorn erregt in dir,
Wenn übel dir von Beckerath[4]),
Dann, Hans, erhole dich bei mir.

Wenn dann der Kaffee dir behagt,
Und du, um streng dich zu kasteï'n,
Die zweite Tasse dir versagt,
Dann, Hans, laß mich die erste sein.

Und schein' ich dir zu groß und weit
Für ein so kleines Landrätlein,
So denk, es ist die höchste Zeit,
Dir eine Gattin anzufrei'n.

Ihr trinkt aus mir dann alle beide
Kaffee, Schok'lade oder Tee
Zu Tante Adelgundes Freude
In Kieckow auf dem Kanapee.

Geliebter Onkel Schivelbein,
Schaff bald uns eine Tante,
Dann wirst du alles hocherfreun,
Was jemals Hans dich nannte.

In gleichem Belgard und Polzin,
Schivelbein und Tempelburg,
Ratzebuhr und Neustettin,
Callies nebst Dramburg, Falkenburg.

Sie und die Leute all nicht minder
Aus Kieckow, Tychow und Krössin,

---

[1]) Kleist hatte sich in seinen Reden das Wort „eben" angewöhnt.

[2]) Wentzel war ein Gerichtspräsident und liberaler Parteiführer in der Kammer.

[3]) Der Minister von 1848, Graf Schwerin-Putzar, war durch seine Grobheit bekannt.

[4]) Die Reden des Krefelder Seidenwebers Beckerath waren Bismarck und Kleist wegen ihrer Sentimentalität zuwider.

Sowie die beiden Typhuskinder
Woll'n all zu Landrats Hochzeit ziehn.

Aber Hochzeit — hohe Zeit,
Hans! schon ist dein Härchen grau,
Wart nicht länger, 's wird dir leid,
Du kriegst wahrhaftig keine Frau.

Und uns wär' es großer Jammer,
Wenn die Art aus sollte sterben,
Wem willst dann in Kreis und Kammer
Deine Stelle du vererben?[1])

Seit dem Januar 1851 wohnten die beiden in einem unscheinbaren Quartier in der Jägerstraße, wo in einer kleinen Kammer ihre Betten, nur durch einen schmalen Durchgang getrennt, dicht beieinander standen[2]). Bismarck war wieder unerschöpflich in humoristischen Berichten über den possierlichen „grauen Onkel", über das Vertilgen herrlicher Würste aus der heimatlichen Räucherkammer auf der Spitze des Jagdmessers, über das rastlose Arbeiten Hänschens u. dergl. „Als ich um halb drei Uhr Nachts nach Hause kam, fand ich Hans noch bei flackerndem Licht im grauen Schlafpelz und grauen Kopf halb schlafend, halb arbeitend auf dem Sofa sitzen; er wird da noch anwachsen wie Daphne." Wenn der Freund in der Kammer sprach, dann legte der schreibeifrige Gatte wohl die Feder aus der Hand und begründete das: „Ich muß schließen und aufpassen, über Ministerverantwortlichkeit; Hans spricht wie eine Trompete so laut." Als der böse Hans einmal gegen die Verabredung mehrere Tage länger ausblieb, „bangte" sich sein Neffe nach ihm und ließ ihn im Zuschauer der Kreuzzeitung suchen. „Da kam er gleich."

Gemeinsam besuchten die beiden auch regelmäßig den Gottes-

---

[1]) Eine Nachbildung der Niederschrift des Gedichts in der Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, zu S. 182. Auf dem Kopf des Bogens ein bunter Hahn mit Korb und der Unterschrift: Ma famille vous salue. Daß das Gedicht zum 25. November 1850 entstanden ist, geht aus einem Briefe Kleists an Bismarck vom 17. Juni 1851 hervor.

[2]) R. Kögel, Deine Rechte sind mein Lied S. 381. Ludwig Gerlachs Tagebücher II, 125.

dienst. Für Kleist war es gleichsam eine Fügung, daß Knak nach Berlin gekommen war. Bismarck folgte ihm zu diesem nur widerstrebend; doch bekannte er, als er im Februar an der Abendmahlsfeier dieses Geistlichen teilgenommen hatte, daß er ihm in die Tiefen des Herzens gegriffen habe. Hans war ganz glücklich über diese Wirkung und behandelte den Kameraden seitdem merklich freundlicher. Wenige Monate darauf bäumte sich aber Bismarcks Ich gegen Knak auf. „Er überspannt mir die Saiten; er findet nicht nur alles Tanzen, auch jegliches Theatergehen und alle Musik, die nicht zur ‚Ehre Gottes' gemacht werde, sündlich. Das geht mir zu weit, Zelotismus." Kleist ließ seine Anschauungen durch die Knaks bestimmen. Früher hatte er doch selbst eifrig getanzt und Theater gespielt; jetzt begann er diese Zerstreuungen und Freuden zu meiden. Halb schuldbewußt, halb ironisch gestand Otto seiner Johanna: „Er ist zu gut für mich." Besser als Knak gefiel ihm Büchsel, zu dem Kleist ebenfalls in ein Vertrauensverhältnis trat. Zuweilen gingen die beiden Freunde auch zur Predigt des Pastors Schulz nach Bethanien.

Plötzlich fiel in diesen trauten Freundesverkehr gleich einer Bombe ein Ereignis hinein. Was Bismarck seinem Hans unablässig gepredigt hatte, erst neckisch und witzig, dann immer ernster, bis er ihm schließlich vorwarf, es fehle ihm an Glauben, weil er sich nicht zu dem Schritte entschließen konnte [1]), das wurde jetzt Tatsache: Hans v. Kleist-Retzow verlobte sich.

Schon am 29. März schrieb Bismarck seiner Frau von ihrem Ohm: „Sie reden hier schon davon, er werde eine sehr reiche Partie machen, ich glaube es aber nicht; er ist über seine Person und sein Inneres so zugeknöpft, als ob wir uns erst seit drei Tagen kennten. Das Mädchen ist gescheit, hübsch, liebenswürdig und fromm, dabei eine große Erbin und von guter Familie; ich möchte sie ihm wohl gönnen, wenn die Eltern nur ebenso denken wie ich." Hans hatte sich inzwischen schon Knak geoffenbart und ihn gebeten, Fürbitte für ihn zu

[1]) Rudolf Kögel, Deine Rechte sind mein Lied S. 381. Aufzeichnungen Kleists 1871.

halten. Er hatte sich entschlossen, sich um die Hand der Gräfin Charlotte zu Stolberg-Wernigerode zu bewerben, die in Bethanien Probeschwester war. Sie war ihm durch ihren Bruder, den gemeinsamen Freund Bismarcks und Kleists, Graf Eberhard Stolberg, bekannt geworden. Bismarck merkte, daß innerlich etwas mit dem Gefährten vorgegangen war; doch kam er noch nicht dahinter, was es war, so sehr er sich bemühte. Dem kleinen Schäker gelang es sogar, ihn anzuführen. „Er ist," so berichtete Bismarck am 7. April an seine Gattin, „übrigens seit einigen Wochen viel heiterer und umgänglicher, obschon ich nicht glaube, daß er ernstliche Liebes- und Heiratsgedanken hatte. Fräulein v. Rantzau in Bethanien, meint er, würde er schon gern zu seiner Gattin machen." Allmählich merkte Bismarck aber doch, daß es Kleist Ernst war. Dieser empfand nun auch das dringende Bedürfnis, sich zu erschließen, und sehnte sich daher sehr nach der Rückkehr des inzwischen nach Reinfeld verreisten Freundes. Als Bismarck kam, am 23. April, führten die beiden ein längeres Gespräch über die Ehe. „Er will sehr gern," schrieb Bismarck, „findet aber überall Bedenken." Die Freunde verabredeten nun einen Feldzugsplan. Der Diplomat Bismarck fing die Sache gleich richtig an, indem er Kleist riet, sich mit der Frau des Grafen Eberhard, Marie, geborenen Prinzessin Reuß, in Verbindung zu setzen, um die Ansichten der Eltern seiner Geliebten und dieser selbst zu ergründen. Das tat Kleist, und Gräfin Marie Stolberg veranlaßte das weitere[1]). Der Vater, Oberstkämmerer Graf Anton Stolberg, eilte sofort herbei, und „Charlotte wurde dem Pastor Schulz und der Frau Oberin nicht ohne schmerzlichen Kampf abgenommen"; sollte sie doch am 10. Mai als Diakonisse von Bethanien eingesegnet werden. Am 4. Mai verlobte sich Kleist mit seiner Erkorenen in Gegenwart ihrer Eltern im Konferenzzimmer des Krankenhauses Bethanien im Südosten Berlins. Die Stätte ist ihm sein Leben lang geheiligt gewesen.

„Hans ist unausstehlich glücklich," meldete Bismarck seiner

[1]) Bismarck an seine Frau 4. (verschrieben für 5.) Mai 1851. Kleist an Gräfin Marie Stolberg, 21. Juni 1851.

Gattin, „geht gar nicht zu Bett und gebärdet sich wie ein Kind; es sollte noch nicht deklariert werden, er konnte es aber nicht bei sich behalten, hatte das Bedürfnis, es in ‚jeden Kieselstein zu schneiden', und erzählt es Freund und Feind, in dem seligen Gefühl, daß nun aller Hader in der Welt ein Ende hat und jeder glücklich sei. Er hat ein ganz anderes Gesicht bekommen, tanzt und singt dabei die sonderbarsten Lieder allein in seinem Zimmer; kurz, der alte Sauertopf ist gar nicht mehr wiederzuerkennen, und wenn er mich des Nachts schlafen ließe mit seinem Glück, so wäre er sehr liebenswürdig. Er will sogleich heiraten, und ich bemühe mich, ihm ein solides Brautreglement einzuprägen." Wenige Tage darauf versicherte er der Frau noch einmal: „Er ist beleidigend glücklich." Ebenso klingt es aus Kleists eigenen Briefen. „Es kann keiner auch nur ahnden, auch du nicht, mein ältester und treuester Freund", gestand er seinem Ranke, „welch einen Segen Gott mir mit meiner lieben Charlotte geschenkt hat." An Bismarck schrieb er von Belgard aus am 17. Juni: „Es ist wahrhaftig doch ein Wunder Gottes, wie ganz wir miteinander harmonieren." Aber auch die Eltern der Braut waren beglückt über den Schwiegersohn. „Keinem Mann", äußerte der greise Graf Anton zu Kleist, „hätten wir unser Kind lieber anvertraut als dir." Von seiner Tochter versicherte der Oberstkämmerer, er hätte kaum je eine Braut gesehen, welcher „der Ausdruck eines vom Herrn geschenkten Gnadenglücks sich so lieb über das ganze Wesen verbreitet hätte[1])." Der alte Freund Lancizolle äußerte enttäuscht über die Verlobung zu Kleist: „So machen Sie uns unser bißchen protestantisches Nonnentum wieder zu Wasser[2])." Der einzige Leidtragende scheint niemand anders als Bismarck gewesen zu sein; empfand er doch jetzt, was er an dem Freunde gehabt hatte. Kleist war seitdem viel abwesend zum Besuch der Verwandten seiner Braut. In dieser Zeit schrieb Bismarck: „Das Gefühl der Einsamkeit war mir so schwer, daß ich nicht schlafen konnte." Er sprach

[1]) Graf Anton Stolberg an Kleist, 1. Juni 1851.

[2]) Aufzeichnungen Ludwig Gerlachs, II, 125.

in jenen Wochen mit besonderer Zärtlichkeit von Kleist und schrieb ebenso in der innerlichsten Art an ihn.

Die Braut Charlotte Gräfin zu Stolberg-Wernigerode hatte am 27. März ihr dreißigstes Lebensjahr zurückgelegt, war also sechs Jahre und vier Monate jünger als ihr Verlobter. Bismarck fand sie liebenswürdig, „auch hübsch, bis auf den Mund", aber sehr ernst. Sie entstammte einer Familie, die, wie die Kleistsche, seit Jahrzehnten zu den Stillen im Lande gehörte. Durch die Verbindung zwischen ihr und Kleist vollzog sich gleichsam eine Vereinigung zwischen den pommerschen Erweckten und den Erweckten am Fuße des Riesengebirges, deren Mittelpunkt bis vor einigen Jahren die fromme Prinzeß Marianne von Preußen, geborene Prinzessin von Hessen-Homburg, zu Fischbach gewesen war und zu denen ferner die Gräfin Reden in Buchwald gehörte. Aber auch mit den Erweckten des Wuppertales waren die Stolbergs in Berührung gekommen durch die rheinischen Beziehungen der Familie. Graf Anton besaß nämlich in der Nähe von Düsseldorf die Herrschaft Diersfort. Die Verlobte Kleists hatte vor Jahren (1842) bereits eine Probe heroischen Duldermuts abgelegt. Auf einem Balle in Magdeburg, wo der Graf Anton damals Oberpräsident war, trat sie ihr Tänzer so auf den Fuß, daß ein Zeh zerquetscht wurde und das Blut herausdrang. Ihr Vater wünschte aus Rücksicht auf den Tänzer, daß sie weiter tanzte. Sie tat es und ließ sich ihre furchtbaren Schmerzen nicht merken. Der Zeh wurde brandig und das oberste Gelenk mußte von Grimm abgenommen werden. In der Genesung faßte das tapfere Mädchen den Entschluß, Diakonisse zu werden. Doch wagte es diesen Gedanken erst im Jahre 1849 gegen ihren Vater auszusprechen. Graf Anton willigte ein und dachte daran, der im übrigen eine schwächliche Gesundheit verratenden Tochter die Verwaltung des Mariannenstifts bei Kreppelhof, seiner Hauptherrschaft im Kreise Landeshut, anzuvertrauen, bis er auch diesen Gedanken fallen ließ und sich damit vertraut machte, daß sie in dem unlängst von Friedrich Wilhelm IV. gegründeten Bethanien neben einer zweiten Tochter, die bald Oberin des Stifts wurde, das Amt einer Diakonisse übernahm.

Dadurch, daß Kleist jetzt in den Kreis der altberühmten Stolbergschen Familie trat, die nicht nur als ehemals reichsunmittelbares Geschlecht, sondern auch sonst durch ihre Tätigkeit im Staatsdienst großen Einfluß besaß, änderte sich mit einem Schlage die soziale Stellung des bescheidenen hinterpommerschen Landrats. Dieser selbst wurde sich dessen anfangs gar nicht einmal so bewußt. Er sah vor allem auf den frommen Geist, der ihm im Hause des Grafen Anton, des „alten Ritters", wie Bismarck von ihm sagte, und der Angehörigen desselben fast überall entgegentrat. „Und nun die ganze köstliche Familie Stolberg", schrieb er an Bismarck am 17. Juni 1851. „Wo könnte man eine Familie finden, der ich lieber angehörte, mit der ich in jeder Beziehung, in der ganzen Denk- und Anschauungsweise so völlig harmoniere." Der Freund sah mehr die andere, die Familie auszeichnende Seite. „Wenn doch alle unsere vornehmen Leute", so äußerte er sich über sie[1]), „diesem in bestem Sinne des Wortes adligen Blut der Stolbergs ähnlich wären, dann sollte der Kampf zwischen Ständen und Kopfzahlen bald entschieden sein." Freilich die pekuniären Verhältnisse Kleists sollten sich durch seine Verbindung mit der Gräfin Charlotte nicht allzu erheblich verändern. Nach wie vor konnte der Hausstand, den er führte, nicht glänzend genannt werden.

Der Hausstand, den er bis jetzt mit Bismarck geführt hatte, wäre auch ohnehin zu Ende gewesen. Denn mittlerweile waren die leitenden Kreise sich darüber einig geworden, die beiden kühnen Vorkämpfer des konservativen Gedankens in höherer amtlicher Stellung zu verwenden. Schon am 22. Januar hieß es, daß Kleist Regierungspräsident in Königsberg werden sollte, und er suchte nun den Stubengenossen zu bereden, sein Nachfolger im Landratsamt zu Belgard zu werden. Am 29. Januar war Kleist nach Schluß der Kammer als Regierungspräsident in Köslin in Aussicht genommen. Die Angelegenheit blieb fortwährend in der Schwebe. Noch am 29. März schrieb Bismarck seiner Frau, daß Kleist an Fritsches

[1]) Bismarck an Kleist, 4. Juli 1851.

Stelle kommen sollte. Kleist wurde, da er inzwischen den Entschluß gefaßt hatte, um Gräfin Charlotte anzuhalten, und er dies besseren Mutes tun konnte, wenn ihm eine höhere Stellung gewiß war, ungeduldig. Er wandte sich daher an den Ministerpräsidenten mit der Bitte, ihm Klarheit zu geben, was mit ihm geschehen würde. Manteuffel stieß sich neuerdings wieder mehr an Kleists Pietismus. Es hatte ihn verdrossen, daß Kleist es vermochte, einen Ball des Ministers v. d. Heydt, der in der Fastenzeit stattfinden sollte und zu dem schon die Einladungen ergangen waren, durch einen Brief an v. d. Heydt, zum Ärger namentlich der jungen Welt zu hintertreiben. Es war in der Tat eine mißliche Sache, wenn ein höherer Beamter das Odium der Gesellschaft auf sich geladen hatte; seine Stellung wurde dadurch von vornherein erschwert. So kam Manteuffel nicht recht zum Entschluß. Doch auf Kleists Frage sagte er ihm, daß er für Köslin bestimmt sei. Zugleich verriet er ihm, daß Bismarck zum Bundestagsgesandten in Frankfurt ausersehen sei, und ersuchte ihn, seinen in Pommern weilenden Freund nach Berlin zurückzurufen. Nun beschloß Kleist, sich um die Hand der Erwählten zu bewerben. Zugleich aber rief er Bismarck zurück. Der traf am Abend des 23. April ein. Es war jener Abend, an dem Kleist ihm seine Verlobungsabsichten mitteilte. Die beiden legten sich gleich in ihrer kleinen Kammer zu Bett, und nun erst kam der glückliche designierte Regierungspräsident mit der Sprache heraus. Nie hat er diese Stunde vergessen. Nachdem er seine eigene Herzenssache von der Seele hatte, rückte er mit der Mitteilung über die Absichten, die das Ministerium mit Bismarck hegte, heraus, und wie ein Seher kam er sich vor, als er bei dieser wichtigen Veranlassung nach dem Brauche, der gerade in den Kreisen der Erweckten, so auch im Hause der Prinzeß Marianne, treu und oft geübt wurde, dem Freunde ein Bibelwort schenkte und es ihm mit nach Frankfurt gab. Es war der 149. Psalm. Der sollte Bismarck als Wegweiser für seinen neuen Beruf dienen. Es waren insbesondere die Verse 5—9, die er ihm ans Herz legte: „Die Heiligen sollen fröhlich sein und preisen und rühmen auf ihren Lagern. Ihr Mund soll Gott erhöhen

und sollen scharfe Schwerter in ihren Händen haben, daß sie Rache üben unter den Heiden, Strafe unter den Völkern, ihre Könige zu binden mit Ketten und ihre Edlen mit eisernen Fesseln, daß sie ihnen tun das Recht, davon geschrieben ist. Solche Ehre werden alle seine Heiligen haben." Nachmals, als sein Freund mit scharfem Schwerte die deutsche Frage löste, Könige und Fürsten absetzte, einen Kaiser entthronte, und eine übermütige Nation demütigte, da dachte Kleist oft an diese Stunde in der stillen Studentenklause der Jägerstraße zurück und sah das Bismarck geschenkte Bibelwort als erfüllt an. Aber auch Bismarck hat diese Stunde im Gedächtnis behalten.

Noch vergingen Wochen, ehe sich das Los der beiden Freunde endgültig entschied. Als Manteuffel seine Bedenken wegen des Kleistschen Pietismus äußerte, nahm sich Bismarck des Freundes an und meinte: „Jeder habe seine Fehler." Kleist hingegen wußte seinen künftigen Schwiegervater, der in seiner innigen Frömmigkeit ebenso wie Kleist selbst manchmal an dem burschikosen Wesen des Schönhäusers Anstoß genommen haben mag, „ganz für Bismarck einzunehmen," wie Leopold Gerlach am 7. Juni verzeichnete. Bismarck ging endlich am 10. Mai nach Frankfurt ab, und Stolberg war bald dafür tätig, daß er dort selbständig und der ihm vorgesetzte General v. Rochow von Frankfurt abberufen wurde. Kleist dagegen blieb noch immer im ungewissen. Er ging unterdes nach Kieckow und suchte sein Haus seiner Gattin zu Ehren in einen würdigen Stand zu setzen. Er hoffte, daß für ihn wieder eine stille Zeit beginnen möchte; die Jahre des Sturms und des Kampfes schienen ihm jetzt vorüber zu sein. „O wie gerne möchte ich dort (in Kieckow) mit meiner lieben Charlotte meine Tage in rechter Stille, in rechter Anbetung, im Dienst unseres Gottes zubringen können" schrieb er seinem Freunde Schede. Die Hochzeit wurde auf den 5. August angesetzt und sollte in Kreppelhof stattfinden. Kleist erhielt den Auftrag der ganzen Familie Stolberg, dazu Bismarck auf jeden Fall „herzuschaffen". In der beweglichsten Weise lud er den Freund ein. „Lieber Otto, ich habe an deinem Hochzeitstage nicht gefehlt ... Wenn du kannst, dann kommst du, das weiß ich.

So lieb haſt du mich.“ Der ſchrieb zurück: „Es macht mich ſehr traurig, daß ich nicht gewiß bin, ob ich auf deiner Hochzeit werde ſein können; ich wünſche es dringend, nicht bloß weil ich dich lieb habe.“ Ausgang Juni erfuhr Kleiſt endlich, daß ſeine Ernennung für Köslin bevorſtände. Fritſche zeigte ſich verſtimmt und glaubte, Kleiſt hätte ihn verdrängt. Wie wenig dieſe Annahme zutraf, geht auch aus der Antwort Kleiſts an den zum Präſidenten in Stralſund beſtimmten Oberregierungsrat v. Senden hervor, der ihm angeboten hatte, er möchte mit ihm tauſchen und nach Stralſund gehen, da er vorausſichtlich nur vorübergehend in Köslin bleiben würde. Kleiſt erwiderte Senden, er würde bereitwillig hingehen, wohin das Miniſterium ihn auch ſchicken würde, aber daß er ſelbſt die Hand dazu biete, nach Stralſund zu kommen, könne Senden nicht erwarten. Am 2. Juli erfolgte dann die Vollziehung der Ernennung für Köslin, was Kleiſt vom Grafen Anton Stolberg ſofort mitgeteilt wurde. Gleichzeitig ſchrieb der Graf ihm, daß Tags zuvor der Oberpräſident der Rheinprovinz Rudolf v. Auerswald verabſchiedet worden ſei. „Dies unter uns. Es iſt dieſes etwas ſehr Großes, weil es viel innerliche Opfer gekoſtet hat. Der Herr ſei hoch geprieſen. In inniger Liebe Dein jubelnder Vater Anton.“ Darin lag neben der Freude über die endliche Ernennung Kleiſts der Triumph über den Sturz des liberalen Oberpräſidenten, der mit der in Koblenz reſidierenden Prinzeſſin von Preußen die Politik des Königs und ſeiner Miniſter bekämpfte. Schon ſeit dem März hatte der Kommandant von Mainz, General v. Schack, bei Friedrich Wilhelm auf eine Verſetzung Auerswalds gedrungen, wegen der heftigen Oppoſition, die dieſer, geſtützt von der Prinzeſſin, gegen die Regierung zu treiben für gut fand [1]). Kaum hatte der Hausminiſter den Brief an Kleiſt abgeſchickt, da nahm der Wille der preußiſchen Regierung plötzlich eine andere Richtung. Der Miniſterpräſident Freiherr v. Manteuffel hatte ſich inzwiſchen beſonnen, daß Kleiſt wohl die geeignete Kraft wäre, um die geplante Reaktivierung der Provinzialſtände und vor allem die

[1]) Aufzeichnung Leopold Gerlachs.

Einführung einer neuen Gemeindeordnung in der Rheinprovinz zu bewerkstelligen. Er hatte sich mit diesem Gedanken schon beschäftigt, noch ehe der König die Ernennung Kleists für Köslin unterschrieben hatte. Denn an verschiedenen Stellen war darüber bereits etwas durchgesickert. Schon am 2. Juli schrieb Niebuhr davon an Bismarck, ebenso wußte Varnhagen an diesem Tage bereits davon [1]). Aber erst am 2. oder 3. Juli schlug der Minister Kleist an Auerswalds Stelle vor. Am 3. Juli, nachdem Kleist mithin auf dem Papier einen Tag Regierungspräsident von Köslin gewesen war, ernannte Friedrich Wilhelm IV. unseren Helden zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Das war in der Tat ein kühner, ja gewagter Entschluß. Alle Welt fühlte das, nicht zum mindesten Kleist selbst. Aus der beschaulichen Ruhe, von der er geträumt hatte, das sah er sofort, wurde nun nichts; jetzt lautete die Losung abermals Kampf. Voll freudigen Feuereifers folgte er dem Rufe, der so unerwartet an ihn erging. In einer unklaren Erinnerung an eine Stelle von Wallensteins Tod rief er mit Max Piccolomini aus: „Blast, blast, und wären es die schwedischen Dragoner," nicht in der Stimmung der Verzweiflung, sondern mit der brennenden Sehnsucht des tapferen Soldaten nach siegreichem Streite [2]).

[1]) Niebuhr an Bismarck, 2. Juli (so wohl zu lesen statt 2. Juni) 1851. Bismarckjahrbuch VI, 19. Am 4. Juli schreibt Bismarck an Kleist: „Man schrieb mir vor kurzem aus Berlin, Du seist nach Koblenz bestimmt?" Vgl. dazu Varnhagen, Tagebücher, 2. Juli 1851.

[2]) Kleist an Schede, 19. Januar und 4. Februar 1877. Aufzeichnung 1871. Vgl. Wallensteins Tod: Schluß des 3. Aufzugs.

3. Oberpräsident. 1851—1858

Der Eindruck der Ernennung Kleists zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz spiegelt sich in zahlreichen Äußerungen. Die Gebrüder Gerlach triumphierten; sie erblickten darin geradezu eine Großtat. Obwohl, wie Leopold Gerlach buchte, Manteuffel die Ernennung allein gemacht hatte, durfte der General sich doch wohl einen Teil davon zuschreiben. Mindestens hatte er nie geruht, auf eine Verwendung Kleists zu drängen. Zugleich aber empfanden die beiden Gerlach Mitleid mit ihrem Freunde, weil die Aufgabe, die ihm bevorstand, schier unübersteigliche Schwierigkeiten bot; vor allem sahen sie voraus, daß die Prinzessin von Preußen dem neuen Oberpräsidenten das Leben sauer machen würde. Ähnlich, nur mit anderen Gefühlen, urteilte Varnhagen: „Herr v. Kleist-Retzow hat zunächst eine Feindin an der Prinzessin von Preußen. Mit dieser wird er doch nicht umspringen wie mit einem Demokraten?“ Professor Perthes in Bonn, ein Mann von gemäßigter konservativer Anschauung, der Freund Albrecht Roons, fand den Augenblick der Ernennung so unglücklich wie möglich, weil die Entsendung dieses „Fanatikers“ auch die wenigen wirklich preußisch gesinnten Teile der Provinz in Erregung versetzen würde [1]). Die Kölnische Zeitung betrachtete die erste Nachricht von der Ernennung des „edlen Pommern“ als einen „schlechten Witz“. Als sich die Nachricht aber bestätigte, erklärte sie gehalten: „Die Rheinprovinz wird sich nicht provozieren lassen, sie wird auch diesen Prokonsul zu ertragen wissen“

[1]) M. v. Bunsen, Georg v. Bunsen, 10. Juli 1851.

und redete dann von dem „Wahnsinn des Junkertums". Auch die übrigen Blätter stimmten ein Geschrei an. Sogar das Journal des débats fühlte sich bemüßigt, seiner Entrüstung Ausdruck zu geben[1]). Es war nicht zu verkennen, daß die Erregung der Rheinprovinz infolge des Ereignisses außerordentlich war. Das Schicksal wollte es, daß Kleist seinen Einzug während einer Sonnenfinsternis hielt, was natürlich die Blätter mit Behagen aufgriffen, um daran ihren Witz zu üben. Doch Kleist ließ sich nicht beirren, wie seine Briefe und Reden aus jenen Tagen zeigen. Als Bismarck im Mai nach Frankfurt abging, hatte Kleist ihm noch einmal ein Bibelwort geschenkt: „So aber jemand unter Euch Weisheit mangelt, der bitte von Gott. Er bitte aber im Glauben und zweifle nicht, denn der da zweifelt, ist gleich wie die Meereswoge, die vom Winde getrieben und gewehet wird"[2]). Er bekannte dem Freunde, daß, wenn irgend jemand die Wahrheit dieses Apostelwortes an sich erfahren habe, „so bin ich es". In diesem Gottvertrauen zweifelte er nicht, daß ihm sein Werk gelingen würde. Die plötzliche Ernennung machte eine Veränderung des Hochzeitstages notwendig, da am Rhein natürlich ein schnelles Eintreffen des neuen Herrn im Interesse des Geschäftsganges erwünscht war und Kleist auch vom Minister ein dahingehender Wunsch ausdrücklich mitgeteilt wurde. So wurde sie statt auf den 5. August auf den 24. Juli anberaumt. Am 12. Juli traf Kleist auf dem Wege nach Kreppelhof von Kieckow in Berlin ein und erfuhr daselbst von Manteuffel und Westphalen, daß man ihn wegen der Provinzialstände und der Gemeindeordnung nach Koblenz gesetzt habe. Er wurde auch vom Könige empfangen. Diesem erklärte er, daß er vorhabe, in der schärfsten Form den christlichen Charakter seines Regiments hervorzukehren; sollte das nicht genehm sein, so würde er gern zurücktreten. Friedrich Wilhelm mag sich dessen gefreut haben; jedenfalls hatte Kleist den Eindruck, daß man ihm freie Hand lassen würde. Seine Gönner wie die Gebrüder Gerlach konnten sich indes gleich

[1]) Aufzeichnungen Ludwig Gerlachs II, 127.

[2]) Kleist an Bismarck, 17. Juni 1851.

nicht der Sorge erwehren, daß er zu frisch und rücksichtslos vorgehen und sich dadurch festrennen würde. „Warne und endoktriniere doch bei der Durchreise den armen Hans Kleist, daß er nicht aus lauter praktischem Wohlwollen Unsinn macht und Schiffbruch leidet", schrieb der Präsident an den General. Etwas bedenklich wurde auch dieser, als Kleist ihm seine Absicht ankündigte, lautes Tischgebet und Morgen- und Abendandacht, Bräuche, die auf dem Lande in Pommern bestanden, am Rheine festhalten zu wollen. Aber er glaubte sich nicht berufen, dem mutigen glaubensfesten Manne die Sicherheit durch Gegenrede zu rauben.

In Kreppelhof eröffnete die hohe ritterliche Gestalt Graf Eberhard Stolbergs den Brautzug. Sämtliche Kreisschulzen des Landeshuter Kreises waren zugegen. Die konservative Partei des Kreises Belgard sandte einen silbernen Pokal und ein Gedicht, das schwungvoll Kleists Verdienste um den christlich-konservativen Gedanken feierte. Die Braut begegnete ihrem Verlobten mit christlich-demütiger Unterwürfigkeit. „Sie ist orientalisch gehorsam", schrieb Bismarck bald darauf von ihr. Am 28. Juli passierte das Paar Magdeburg; „Kleist voller Pläne und in high spirits" notierte Ludwig Gerlach. Am 30. Juli kamen sie in Koblenz an. Am Landungsplatze wurden sie vom Großherzog und der Großherzogin von Mecklenburg, die zufällig in Koblenz weilten, empfangen. Kleist übernahm sofort die Geschäfte.

Er trat damit in einen Wirkungskreis, der ihn sieben und ein halbes Jahr fesseln sollte und in der Tat so dornenvoll wurde, wie man vorher annehmen durfte. Der neue Oberpräsident hatte nahezu alles in der Provinz gegen sich, die Bevölkerung nach ihrem Naturell, ihren Konfessionen, ihrer sozialen Beschaffenheit, die Beamten, die meist liberal waren, und vor allem den Prinzen von Preußen und dessen Gemahlin, die mit ihm zusammen in dem schönen vom Trierer Kurfürsten Klemens Wenzeslaus erbauten und neuerdings von Friedrich Wilhelm IV. erneuerten Schlosse unmittelbar am Rheine mit dem Blick auf den wuchtigen Fels Ehrenbreitstein und der Festung darauf wohnten.

Die politischen Anschauungen des Prinzen hatten sich seit dem Sturmjahre einigermaßen geändert, zum Teil unter dem Einflusse seiner für die liberale deutschnationale Zeitströmung sehr empfänglichen geistvollen Gemahlin, in der Traditionen Karl Augusts von Sachsen-Weimar, Goethes und Herders fortwirkten. Prinzessin Augusta besaß zwar nicht das politische Augenmaß, über das ihr mehr realpolitisch angelegter Gemahl verfügte, wohl aber war sie ihm dialektisch überlegen[1]). Der frühere Bekämpfer der liberalen Politik seines Bruders stand jetzt den Rechtskonservativen in einer ausgesprochenen Kampfesstellung gegenüber. Er hatte sich mehr auf den Boden der Tatsachen zu stellen gewußt, als viele Konservative, war innerlich durch die Ereignisse und durch Beschäftigung mit den Dingen wesentlich gereifter geworden und hatte sich einen viel freieren Blick angeeignet, als er ihn vordem besessen hatte. Das Jahr 1848 hindurch und im Anfang 1849 war er noch mit den Konservativen gegangen. Er schloß sich ihnen auch, im Gegensatz zu seiner Gemahlin, in der Ablehnung der Kaiserkrone an, wenn auch mit Widerstreben. Seitdem aber, besonders seit er im März 1850 als Militärgouverneur von Rheinland und Westfalen nach Koblenz gegangen war, geriet er immer tiefer in Gegensatz zur Politik seines Bruders und namentlich der Konservativen. Er begann Kleist, dem er sich noch kürzlich so zu Danke verpflichtet gefühlt hatte, mit gutem Grunde als einen der hartnäckigsten und doktrinärsten Reaktionäre zu betrachten, dessen Verwendung am Rhein beklagenswert wäre. Dabei mochte persönlich eine Verstimmung darüber zurückgeblieben sein, daß Kleist jene beiden Versuche des Prinzen, sich bei ihm für Georg v. Vincke und Robert v. d. Goltz zu verwenden, unbeachtet gelassen hatte. Es entging dem edlen Fürsten, daß er Kleist vielfach ungerecht beurteilte und in ihm auch Eigenschaften und Bestrebungen bekämpfte, die niemand höher schätzte, als der spätere erste Hohenzollernkaiser selbst, vor allem solche, die aus dem Solidaritätsgefühl mit den altpreußischen Traditionen emporwuchsen.

[1]) Ich beziehe mich hierbei auf meine Schrift: Kaiserin Augusta. Leipzig 1900.

Noch wenige Monate bevor Kleist zum Oberpräsidenten ernannt wurde, hatte er, wohl von dem Gefühl geleitet, daß der Prinz sich am Rheine den alten Provinzen entfremdete, als Vertreter der pommerschen Stände eine Audienz bei jenem durchgesetzt und ihn gebeten, als Statthalter von Pommern zeitweise seine Residenz in dieser Provinz zu nehmen. Der Prinz hatte das abgelehnt unter Hinweis darauf, daß das nicht ginge wegen seines Kommandos am Rheine [1]). Dafür kam nun Kleist in die unmittelbare Nähe des Prinzen. Dieser nahm bei Ernennung Kleists zum Oberpräsidenten zunächst nach seiner ganzen vornehmen und gerechten Art eine abwartende Haltung ein. Gegen den Bundestagsgesandten General v. Rochow sprach er sich im Juli über die Verabschiedung Auerswalds nicht durchaus abfällig aus, sondern gab zu, daß Auerswald manches aus liberaler Zeit ankleben möge, was nicht gut wirke, und über Kleist äußerte er sich sehr lobend unter Betonung seiner Ritterlichkeit und Ehrenhaftigkeit, meinte indes doch gleich, Kleist vertrete seiner Ansicht nach zu sehr den Standpunkt der alten Provinzen [2]).

Unter den Beamten, die Kleist vorfand, kam vornehmlich der Regierungspräsident von Köln Eduard v. Möller in Betracht [3]), der spätere Oberpräsident der Reichslande, ein Westfale von Geburt, der nur wenige Monate älter wie Kleist war, bereits kurze Zeit, nämlich vom September 1848 bis Anfang 1849, kommissarisch die Rheinprovinz verwaltet hatte und seit dem Frühjahr 1849 in der Stadt mit dem ewigen Dom die Geschäfte führte. Er war unverheiratet. Seinem großen Ehrgeiz stand seine hohe Begabung nicht nach; man wird sagen dürfen, daß er als Verwaltungsbeamter Kleist überlegen war. Vermutlich sah der zugeknöpfte stattliche Mann, der sich viel elastischer in allen Verhältnissen zurecht-

[1]) Norddeutsche Zeitung, 8. Februar 1851.

[2]) Poschinger, Denkwürdigkeiten Manteuffels II, 41.

[3]) Über ihn vgl. A. Schricker, Eduard v. Möller. Kassel 1881. — v. Ernsthausen, Erinnerungen eines preußischen Beamten. Bielefeld u. Leipzig 1894. — G. v. Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen. — Neuerdings Jos. Hansen, G. v. Mevissen. Berlin 1906.

zufinden wußte als der neue Herr der Rheinprovinz, mit mißgünstigem Auge auf die Ernennung des Belgarder Landrats. Wie dem auch sein mag, Kleist mußte bald die Erfahrung machen, daß Möller ihm auf Schritt und Tritt hinderlich war. Unbequem sollte sich ihm auch der Regierungsvizepräsident in Koblenz von Spankeren erweisen, der liberale Gesinnungen hegte und zu dem engeren Umgang der Prinzessin von Preußen gehörte. Es war dies umso mißlicher, als der damals bestehende Posten eines Regierungsvizepräsidenten neben der Verwaltung des Regierungspräsidiums noch die so häufig notwendig werdende Stellvertretung des Oberpräsidenten in sich schloß. Das war eine ganz fehlerhafte Organisation, die darum auch später beseitigt worden ist. Spankeren kritisierte jede Handlung Kleists übelwollend und suchte ihm fortgesetzt Ungelegenheiten zu bereiten [1]). Mit Spankeren in den Gesinnungen stimmte der Dirigent der Finanzabteilung Oberregierungsrat Delius überein, ein Rheinländer von Geburt und ein vermögender Mann, der gleichfalls in hohem Ansehen bei dem prinzlichen Paare stand. Delius war eine feine, edle Natur voll trefflicher Gaben und tüchtiger Bildung und mit ihm eher ein Zusammenwirken möglich als mit Spankeren [2]). Doch verharrte er in einer Art passivem Widerstande. In Aachen fand Kleist als Regierungspräsidenten den ehemaligen Minister des Innern Kühlwetter vor, der im August 1848 im Auftrage Hansemanns das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet hatte. An diesem sollte er jetzt einen seiner geschmeidigsten Untergebenen haben.

Von der rheinischen Bevölkerung hatte sich Kleist schon in seinen parlamentarischen Kämpfen eine Ansicht gebildet. Er betrachtete sie noch nicht als gute Preußen, und diese Ansicht war durchaus nicht unbegründet. Sie wurde ihm von seinem Vorgesetzten, dem Minister des Innern v. Westphalen, der einige Jahre im Rheinland Landrat gewesen war, bestätigt. Später gelangte sein Freund Schede genau zu derselben Ansicht. Auch

[1]) Aufzeichnung des Präsidenten Junker v. Ober-Conreut.
[2]) Aufzeichnungen Schedes.

W. H. Riehl hegte sie, obwohl er die Fortschritte, die das Preußentum seit der Erwerbung des Landes gemacht hatte, hervorhob. Ebenso dachte ja Perthes. Gleichartige Eindrücke empfing zu jener Zeit ferner der liebenswürdige Prinz Kraft Hohenlohe, als er beim 25. Infanterieregiment in Koblenz Dienst tat [1]). Das rheinische Wesen zeigte noch immer die Neigung, sich über die östlichen Provinzen zu erheben; die Bewohner des Landes urteilten dabei über den Osten ab, ohne ihn zu kennen. Sie hatten noch nicht den richtigen Sinn für die Vorzüge des Preußentums und suchten wohl gar preußisches Heldentum zu verkleinern und zu verwischen. Kleist hatte einmal durchaus richtig über sie geurteilt: „Sie haben noch keine Bluttaufe mit uns durchgemacht, keinen Siebenjährigen Krieg, nur zum Teil die Freiheitskriege. Sie sind wie unartige Kinder; verzogen und verhätschelt zum Nachteil der östlichen Provinzen, drohen sie alle Augenblicke mit hochverräterischem Abfall — wie die Kinder — nicht mitzuspielen, wenn sie ihren Willen nicht erlangen sollen [2])." Die ewige Unzufriedenheit galt überhaupt, wie Treitschke sagt, als das Stammesvorrecht des echten Rheinländers [3]). Dies trifft zwar mehr auf die städtische Bevölkerung und die Rheintalbewohner zu. Mit dem Landvolk stand es großenteils anders und besser; aber dessen Stimme wog in der öffentlichen Meinung wenig. Empfand Kleist diese unerfreulichen Erscheinungen mit Recht unliebsam, so besaß er anderseits nicht das genügende Verständnis für die liebenswürdige rheinische Kunst des Lebens und Lebenlassens, eine Eigenschaft, der man nicht allzu eifrig mit polizeilichen Maßregeln zu Leibe gehen durfte, sondern die man zu behandeln wissen mußte. Dazu verkörperte er zu sehr die preußische Steifheit, die von jeher der Schrecken des beweglichen Rheinländers gewesen war, verbunden mit einem Puritanertum, das in diesen ehemaligen Krummstabslanden etwas ganz Unfaßliches war.

Es ist hiernach klar, daß es etwas Groteskes an sich hatte,

[1]) Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, Aus meinem Leben I, 188.

[2]) Konzept einer Rede. Vgl. Chlodwig Hohenlohe II, 365 (Urteil des Prinzen von Preußen).

[3]) Treitschke, Deutsche Geschichte II, 271.

einen Mann wie Kleist mit dem Oberpräsidium der Rheinlande zu betrauen.

Gleich am Tage nach der Übernahme der Geschäfte bekam Kleist einen Vorgeschmack davon, wie er gebettet sein würde. Da die Durchreise des Königs bevorstand, hatte er ein Dampfschiff für diesen zu mieten. Er wollte auf den Rat des Kommandanten von Mainz, General v. Schack, dabei nicht die Kölnische Dampfergesellschaft berücksichtigen, weil diese kurze Zeit vorher demokratische Gesinnungen bekundet und dementsprechend ein Schiff „Friedrich Wilhelm" in „Armin" und ein anderes, „Elisabeth", in „Germania" umgetauft hatte. Freilich hatte sie inzwischen wieder eingelenkt und zwei Schiffe „König" und „Königin" genannt. Weniger war ein Einlenken in der Benennung zweier großer Schiffe nach dem Prinzen und der Prinzessin von Preußen zu erkennen. Immerhin wollte Kleist die demokratische Gesinnung noch nachträglich strafen und die Düsseldorfer Dampfergesellschaft, die sich stets königstreu gezeigt hatte, bevorzugen. Im Schloßgarten stellte nun die Prinzessin von Preußen das Verlangen an ihn, ein Schiff der Kölnischen Gesellschaft zu chartern. Kleist machte die Vergangenheit der Gesellschaft geltend, worauf die Prinzessin erwiderte, man müsse vergessen können. Kleist meinte, solche gnädige Gesinnung sei sehr edel, er als Vertreter der königlichen Regierung glaube aber eine andere Stellung einnehmen zu müssen, und schnitt alle weiteren Wünsche der hohen Frau mit dem Bemerken ab, daß er bereits die „Lorlei" der Düsseldorfer Gesellschaft gemietet habe. Die Prinzessin drehte sich darauf kurz um und ließ ihn stehen. Kleist aber fuhr umso mehr fort, sich ganz als Vertreter des Königs in der Provinz zu fühlen, in dessen Sinne zu regieren und nicht ein Titelchen von seiner Auffassung zu verleugnen[1]). Das Land sollte es erleben, daß ein unbeugsamer Charakter hierhin gestellt war.

Die erste Verwaltungsmaßregel, die er auf Grund einer Verordnung vom 18. Mai zu treffen hatte, beraubte ihn auch

[1]) Aufzeichnung 1871. Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, 126. Volksausgabe I, 147. Außerdem Zitate der Gedanken und Erinnerungen bei mir S. 124, Anm. 1.

der Stütze, auf die er allein zählen zu dürfen geglaubt hatte, die kleine Zahl der evangelischen Konservativen in der Rheinprovinz. Es handelte sich um die Wiederherstellung der in den Stürmen der Revolution beseitigten Provinzialstände. Daß diese Wiederherstellung ein dringendes Erfordernis war, kann keinem Zweifel unterliegen. In der Verblendung der damaligen Zeit, die darin eine Gefährdung der eben geschaffenen parlamentarischen Gesamtvertretung des Landes erblickte, lag es begründet, daß man nicht erkannte, wie die Gesamtvertretung einer Entlastung dringend bedurfte. Heute, wo die Tätigkeit der Provinziallandtage stetig wächst, ohne im geringsten die parlamentarischen Körperschaften zu beeinträchtigen, ist der leidenschaftliche Widerstand, der der Wiederherstellung der Provinzialstände von ziemlich allen Parteien geleistet wurde, kaum noch verständlich. Selbst konservative Männer, wie Bethmann-Hollweg, der als der bedeutendste Wortführer der evangelischen Konservativen der Rheinlande gelten konnte, und der Graf Fürstenberg-Stammheim, ferner der frühere Landtagsmarschall Fürst Solms und der langjährige Dezernent für das Schulwesen der Rheinlande, der tüchtige Regierungsrat Landfermann, bereiteten der Einführung die größten Schwierigkeiten, wenn Bethmann-Hollweg immerhin auch einsichtsvoll genug war, das Ziel der Regierung als solches nicht zu verwerfen. Das hielt ihn jedoch nicht ab, in schroffer Form seine Beteiligung an der Wahl zum Provinziallandtage zu verweigern. Triumphierend brachte die Kölnische Zeitung die Nachricht, daß selbst dieser Konservative protestiere; dasselbe meldete sie bald vom Grafen Fürstenberg. Erst als es zu spät war, trat Bethmann mit einer „Rheineck, den 3. Oktober" datierten Flugschrift hervor, die die mißverständlichen Nachrichten der Presse richtig stellte [1]). Sein allgemein Aufsehen erregendes Verhalten führte auf immer den Bruch seiner bisherigen Freundschaft mit Kleist herbei. Noch akuter wurde der Zwist Kleists mit Fürstenberg. Der geriet in einen überaus gespannten Brief-

[1]) Bethmann-Hollweg, Die Reaktivierung der preußischen Provinziallandtage. Berlin, W. Hertz, 1851.

wechsel mit dem Oberpräsidenten und gewann es nachher über sich, diesen Schriftwechsel nebst anderen Aktenstücken zum Gaudium der Rheinprovinz und aller Regierungsfeinde der Öffentlichkeit zu übergeben [1]). Derartige Schritte, wie sie damals von Bethmann-Hollweg und Fürstenberg unternommen wurden, mußten notwendig die Autorität der Regierung schwer schädigen und die Disziplinlosigkeit fördern. Kleist aber ging seinen Weg sicher weiter. Was selbst Leopold Gerlach nicht glaubte: er setzte es durch, daß die Provinzialstände Ende September in Düsseldorf zusammentraten, mochten die Gegner auch noch so sehr über die geringe Wahlbeteiligung zetern. „So viel ist gewiß, daß gar nicht abzusehen, was alles durch Positivität hätte ausgerichtet werden können", schrieb der Generaladjutant angesichts dieser Tatsache erfreut in sein Tagebuch. Wenn heute der Rheinländer an dem stattlichen Ständehaus zu Düsseldorf vorübergeht, in dem die Vertreter der Provinz eine so überaus segensreiche Tätigkeit entfalten, dann ahnt er meist nicht, daß der verketzerte pommersche Junker Kleist-Retzow es war, der gegen den Willen der gesamten Provinz es durchsetzte, daß eine Provinzialvertretung gebildet wurde.

Am 28. September wurde der Provinziallandtag durch eine Rede Kleists eröffnet. Es traf den Kernpunkt der Sache, wenn der Jünger Savignys darin sagte: „Seit dem Anfange des Jahres 1847 ist die innere Tätigkeit des Staates allein dahin gegangen, seine einzelnen Landesteile zu konzentrieren. So berechtigt eine solche Forderung an sich ist, so überspannt wurde sie geltend gemacht, so sehr hat man verkannt, daß die Kraft des Ganzen nicht erhöht, sondern geschwächt wird, wenn man das eigene selbständige Leben seiner Glieder vernichtet [2])." Zum Landtagsmarschall wurde der Feuersozietätsdirektor v. Waldbott-Bassenheim und zu dessen Stellvertreter der Bürgermeister von Köln, Stupp, gewählt. Die Hauptarbeit, die der Landtag leistete, war ein Gutachten über die Abänderungsbedürftigkeit

---

[1]) Aktenstücke zu der Erklärung des Grafen F. E. von Fürstenberg-Stammheim. Berlin, W. Hertz, 1851.

[2]) Sitzungsprotokoll des 9. rheinischen Provinziallandtags S. 3.

der Gemeindeordnung vom 11. März 1850. Kurz vor dem Schlusse ergriff Kleist noch einmal das Wort auf einem im Jägerhof, wo er Wohnung genommen hatte, veranstalteten Festmahle, um einen Trinkspruch auf die Provinz auszubringen. Darin kam er auf den Gegensatz der östlichen und westlichen Provinzen zu sprechen und bemerkte dazu: „Nach meiner ganzen Anschauungsweise freue ich mich der Anerkennung und Ausbildung jeder an sich berechtigten Eigentümlichkeit. Es kann keinen größeren Gegner allgemeiner Nivellierung geben als mich." Das lautete friedlich. Dann aber klang es wie Fanfarenton: „Aber, meine Herren, was sich früher vielfach ausgegeben hat für eine Eigentümlichkeit der hiesigen Provinz, was sich vielfach geltend gemacht hat als deren Vertreter in der Presse und in öffentlichen Versammlungen, dessen Freund bin ich nicht, ich bin sein unerbittlicher, unversönlicher Gegner" [1]).

Mehr als diese Kampfansage erregte die Provinz die Tatsache, daß Kleist das Fest durch das Gebet eines evangelischen Geistlichen, des Freundes von Wackernagel und Ranke, Krafft, der ihn allerdings gleich auf das Bedenkliche der Sache aufmerksam machte, eröffnen ließ. Das setzte mit einem Male hundert katholische Federn und hunderttausend katholische Stimmen gegen ihn in Bewegung, die sich bitter beklagten, er hätte sie zu einer Sünde verleitet. Vor allem griff ihn die ultramontane „Deutsche Volkshalle", die Vorläuferin der „Kölnischen Volkszeitung" heftig an. Der stets katholisierende Präsident v. Gerlach gab den Katholiken recht; für die Katholiken gäbe es keine communio in sacris. Kleist berief sich darauf, daß es in seinem Hause geschehen sei, in dem er auf christliche Sitte zu halten habe. Die Angelegenheit bereitete ihm schweres Herzeleid. Beim nächsten Landtage flüchtete er sich zu Gerlach, indem er ihn fragte, ob er lieber selbst das Gebet sprechen sollte. „Ich weiß wohl, daß die Entscheidung zuletzt in meinem Herzen vorgehen muß. Gott wolle sie durch

[1]) Konzept, datiert 28. Oktober 1851, von Kleists Hand und Abschrift von der Hand seiner Frau.

seinen Geist wirken, — allein guter Rat christlicher Freunde ist auch Gottes Wirkung." Auf den Rat von Waldbott entschied er sich schließlich dafür, das Gebet selbst zu sprechen, und hat daran immer festgehalten. Freilich blieben einige Katholiken infolgedessen weg, so auch der Graf v. Hoensbroech, der noch zu denen gehörte, die Kleist freundlicher gesinnt waren. Vielfach verstimmte diese von Kleist auch sonst beobachtete Sitte außerdem die Evangelischen; so war der Prinz von Preußen ganz außer sich darüber. Er erblickte, als er gelegentlich Zeuge des Vorgangs war, darin eine „Profanierung des Heiligsten" und schilderte dem Minister von Manteuffel anschaulich den Vorgang: „Nach einem großen Konzert bei ihm geht man zum Souper; viele Personen sitzen schon, andere kommen sprechend auf ihren Plätzen an und hüpfend, weil es sehr kalt im Saale ist — als er mit einemmal — ein Tischgebet hält. Der Mann macht hier alles Gute, was er wo anders leisten könnte, unmöglich durch seine Taktlosigkeiten und seinen Fanatismus." Sogar die nächststehenden Freunde Kleists, wie der fromme Schede, dachten nicht ganz so, wie er. Schede hat in seinen Aufzeichnungen geschrieben: „Zur *vollen* Gebetsgemeinschaft gehört wesentlich die *volle* Glaubensgemeinschaft." Kleist verhinderte es auch, daß die Feste des Provinziallandtags Sonntags stattfanden, obwohl die Stände ihn baten, eine Feier einmal auch auf diesen Tag legen zu dürfen, um den Anstoß etwas zu beseitigen, den die strenge Wahrung des Sonntags durch ihn im Lande errege. Ohne Frage wäre es besser gewesen, wenn Kleist in diesen Dingen nicht so starrsinnig verfahren wäre. Dabei läßt sich kaum annehmen, daß er durch dies Beispiel die Bekenntnisfreudigkeit irgendwie im Lande gefördert hätte [1]).

Immerhin gelang es Kleist, die Geschäfte der Provinzial-

---

[1]) Gebetssache: Kleist an Ludwig Gerlach, 10. Oktober 1852. Aufzeichnungen Ludwig Gerlachs II, 184. Aufzeichnungen Leopold Gerlachs, 6. November 1851. Aufzeichnungen Kleists, 1871. Schreiben eines Berliners an Kleist, 25. September 1852. Der Brief des Prinzen von Preußen bei Poschinger, Denkwürdigkeiten Manteuffels II, 432.

landtage friedlich und förderlich zu erledigen, so daß er später auf diesen Teil seiner rheinischen Tätigkeit mit besonderer Genugtuung zurückblickte. —

Das erste Tischgebet zu Düsseldorf hatte sofort praktisch eine nachteilige Folge, indem Verhandlungen, die der katholische Graf Cajus Stolberg im Interesse der Regierung mit dem Hauptblatt der Ultramontanen, der „Deutschen Volkshalle", angeknüpft hatte, nunmehr abgebrochen wurden. War doch die Behandlung der Presse eine der kitzlichsten Angelegenheiten im Rheinlande. König Friedrich Wilhelm hatte gleichsam dem neuen Oberpräsidenten die Wege auf diesem Gebiete zu ebnen gesucht, als er, kurz nach der Übernahme der Geschäfte durch Kleist, bei einem Besuche in Köln am 16. August an eine Deputation einige Worte richtete, die den oppositionellen Geist der rheinischen Presse beschwören sollten. „Ich weiß, daß Sie im Punkte Ihrer Presse sehr sensibel sind," hieß es in jener Ansprache, „aber es ist nötig, daß die Verblendung aufhöre, die kein Vertrauen und keine Anhänglichkeit aufkommen läßt. Suchen Sie diesen feindseligen Geist zu bannen. Sonst können wir keine guten Freunde bleiben und werden die strengsten Maßregeln ergriffen werden." Kleist selbst war sich klar, daß die Regelung der rheinischen Preßverhältnisse ein „schwieriges Problem" wäre. Doch in seiner frischen mutigen Art glaubte er, wie er gegen den ihn gleich zu Anfang besuchenden Präsidenten v. Gerlach äußerte, in einigen Monaten damit fertig zu werden. Dieser hatte mehr Erfahrung in dergleichen, lächelte über die Hoffnungsfreudigkeit seines jungen, allerdings auch so sehr viel tatkräftigeren Freundes und entgegnete, einige Jahrhunderte würden wohl das richtigere Zeitmaß sein. Kleist hat nun im allgemeinen für die damalige, noch sehr der Bevormundung gewohnte Zeit eine verständige Politik der Presse gegenüber befolgt. Was bisher darüber geurteilt worden ist, erweist sich bei näherer Prüfung als unrichtig oder einseitig gefärbt. Er hat für seinen Standpunkt eine bewundernswerte Unbefangenheit gezeigt, und einige Mißgriffe kommen mehr

auf Rechnung des Ministeriums als auf seine eigene. Schon in der ersten Zeit seiner Tätigkeit am Rhein klagte er seinem Ranke über die verkehrten Einwirkungen des Berliner Zentralpreßbureaus auf das Zeitungswesen und sprach von seinen Protesten dagegen.

Das Hauptblatt am Rhein war damals noch mehr wie heute, wo die „Kölnische Volkszeitung" mächtiger geworden ist, die „Kölnische Zeitung". Ihr wendete sich natürlich die Aufmerksamkeit Kleists in erster Linie zu. Sie war, nach einem allerdings nur zum Teil zutreffenden Wort des katholischen konservativen Publizisten Franz v. Florencourt, der wie der Sozialdemokrat Karl Marx der Schwager des Ministers des Innern v. Westphalen war, das Blatt der „indifferenten" Katholiken. Nach jenem Besuche König Friedrich Wilhelms in Köln sah sich der Regierungspräsident v. Möller, nicht etwa durch Kleist dazu veranlaßt, sondern aus eigenem Antriebe, bewogen, dem Leiter des Blattes mit den vom Könige angekündigten Verwaltungsmaßregeln zu drohen, wenn er sich nicht einer friedlicheren Haltung befleißigte. Darauf wurde der Ton des Blattes in der Tat gemäßigter. Nur in den Tagen der Einberufung des Provinziallandtages erregte es den Zorn Kleists, so daß er Möller zu erneuten Schritten veranlaßte. Darauf war die Zeitung nach Kleists eigenem Ausdruck wieder eine Weile „anständiger, so daß man sich die Haltung allenfalls gefallen lassen könnte". Als sie bei den Wahlen des Jahres 1852 von neuem eine lebhaftere Sprache führte, ließ der Oberpräsident ihr mit Entziehung der Anzeigen drohen. Im März 1853 machte der Bundestagsgesandte v. Bismarck darauf aufmerksam, daß das Blatt zu österreichischen Intrigen gebraucht würde. Kleist ließ Möller sofort durch vertrauliche Vorstellungen einwirken. Zu offenem Kriege kam es zwischen dem Oberpräsidenten und der Zeitung, als diese während der Orientwirren im Gegensatz zu der preußischen Regierung eine ausgesprochen westmächtlich-österreichische Haltung einnahm. Kleist drohte ihr damals mit der Entziehung des Postdebits, einer vom Minister v. d. Heydt ersonnenen Verwaltungsmaßregel zur Behandlung mißliebiger Zeitungen, die in einer Verordnung

vom 6. Juni 1850 festgesetzt war, und dachte daran, einen Redaktionswechsel herbeizuführen. Es eröffnet nun einen weiten Ausblick, auf welche Männer er dabei sein Augenmerk gelenkt hat. Zwei Namen von dem allerbesten Klange sind es, der Kulturhistoriker W. H. Riehl und der spätere berühmte Bonner Nationalökonom Erwin Nasse. Zu Nasse war er durch seinen Freund Ranke in Beziehungen gekommen. Für Riehl hatte er sich beim Lesen der „Bürgerlichen Gesellschaft" begeistert. Vielleicht hat ihn sein mit Riehl von Wiesbaden her gut bekannter Freund Philipp Wackernagel noch besonders auf ihn aufmerksam gemacht. Er schrieb infolgedessen im März 1854 an Bismarck und bat ihn, über diesen augenscheinlich sehr tüchtigen Schriftsteller, der in jener Zeit gerade nach Bayern übergesiedelt war, Erkundigungen einzuziehen, da er ihm die Leitung einer „größeren Zeitung" zu übertragen gedenke. In seinem Schreiben meinte er, daß Riehl sich als ein „scharfer Beobachter" der sozialen Verhältnisse und Mann von „gesundem Urteil und tüchtiger Gesinnung" gezeigt habe. Bismarck ermittelte die Personalien Riehls, betonte aber in seiner im April erteilten Auskunft Riehls Tätigkeit an „liberalen" Blättern. Der Gedanke Kleists, Riehl zu verwenden, hat Leopold Gerlach schwer verdrossen, ebenso wie Kleists ursprüngliche Vorliebe für Harkort. Verhandlungen, die Kleist trotz der Betonung der liberalen Richtung Riehls durch Bismarck mit dem geistreichen Publizisten anknüpfte, zerschlugen sich jedoch, hauptsächlich infolge der Haltung des Besitzers der Kölnischen Zeitung. Dieser hatte bis dahin noch keine Kenntnis von Riehls Schriften und war erst durch den pommerschen Junker Kleist auf sie aufmerksam geworden. Er teilte diesem dann am 15. Juli 1854 mit, daß er die freie Zeit einer Reise benutzt hätte, um sich mit den neuesten Veröffentlichungen des Mannes bekannt zu machen, und suchte Riehl auch persönlich auf, meinte aber, daß dessen „Ansichten in den wichtigsten Fragen der Staatswissenschaft und Politik den am Rhein und in Westfalen weit überwiegend geltenden so verschieden" wären, daß er „bei aller sonstigen Achtung vor seinen Talenten" ihn nicht brauchen könne. Vielleicht wäre es Kleist aber trotzdem gelungen, Riehl

zu gewinnen, wenn sich ihm nicht der Kultusminister v. Raumer bei dieser Sache versagt hätte, der die von Kleist für Riehl erbetenen 3000 Taler — für damals eine ganz außerordentlich hohe Summe — nicht hergeben wollte. Leopold Gerlach erblickte in dieser Ablehnung Raumers „feinen Takt". Die Verhandlungen mit Erwin Nasse gediehen nicht so weit wie die mit Riehl, denn Nasse, bei dem Kleist wegen Übernahme „einer größeren Zeitung", vermutlich eben der Kölnischen — es kann sich freilich auch um die Neugründung der Elberfelder Zeitung gehandelt haben —, im Juli 1856 anfragte, fühlte sich der Aufgabe nicht gewachsen und lehnte von Basel aus, wo er damals weilte, ab, „so anziehend die Größe und Bedeutung der in Aussicht gestellten Wirksamkeit" sowie die Rückkehr in sein Vaterland für ihn auch sein würden.

Auch auf andere Weise suchte Kleist den Bann, den die Kölnische Zeitung auf die politischen Anschauungen der Rheinländer ausübte, zu brechen, so, indem er Reden Stahls gegen bare Bezahlung darin abdrucken ließ. Einmal suchte er dabei den ihm bekannt gewordenen, damals in Köln stehenden Oberst Albrecht v. Roon als Mittelsmann zu benutzen; damit die Leser der Zeitung einmal „gründlich" von anderer Seite über die orientalische Frage belehrt würden, sollte Roon den Abdruck der Rede Stahls in der ersten Kammer vom 25. April 1854 besorgen. Roon lehnte taktvollerweise ab, wenn er es auch als wünschenswert bezeichnete, daß einmal eine andere als die „rheinisch-vulgäre" Ansicht in den Spalten des Blattes vertreten würde; er hielt es aber für unvereinbar mit seiner Stellung als Offizier, hierbei mitzuwirken. Ein andermal veranlaßte der Minister v. Westphalen Kleist, die Aufnahme der Rede Stahls vom 24. April 1855 über eine Kreditbewilligung für den Armeebedarf zu bewirken. Das geschah denn auch. Die Quittung der Kölnischen Zeitung über den eingezahlten Betrag von 56 Tlr. 6 Sgr. findet sich noch in Kleists Nachlaß.

Im März 1855 hat er ernstlich erwogen, der Zeitung die Konzession zu entziehen. Daß der Schritt unterblieb, wird zum Teil auf einen Rat des einsichtsvollen Florencourt zurück-

zuführen ſein, der ihm von ſeiner Tätigkeit als Leiter des konſervativen „Volksblatts für Stadt und Land" vorteilhaft bekannt war und der ihn in dieſen Preßangelegenheiten vielfach beraten hat. Florencourt ſtellte ihm am 11. März 1855 vor, daß eine ſolche Maßregel nur das Gegenteil von dem, was ſie bezweckte, erreichen würde. So kam es nur zu einem Wechſel in der Redaktion, indem am 1. April 1855 an Stelle des bisherigen Redakteurs Brüggemann der begabte, dichteriſch angelegte Stralſunder Heinrich Kruſe die Leitung der Kölniſchen Zeitung übernahm.

Noch mehr zu ſchaffen als die „Kölniſche Zeitung" machte Kleiſt die ultramontane „Deutſche Volkshalle". Dieſes Blatt war dem Miniſterium des Innern ein Dorn im Auge. Schon im Jahre 1853 machte der Unterſtaatsſekretär Karl v. Manteuffel, der neben Weſtphalen beſonders über dieſe Dinge mit Kleiſt im Briefwechſel ſtand, ungeduldig ſeinem Zorn über ſie gegen den Oberpräſidenten Luft. Dieſer verhehlte ſich nicht, daß ein katholiſches Oppoſitionsblatt im Rheinlande kaum zu vermeiden ſein würde, obwohl auch ihm das Treiben der Zeitung ſehr unbehaglich war. Deswegen hielt er lange ſeine ſchützende Hand über die Volkshalle und ſuchte nur ihre Haltung zu beeinfluſſen. Es gelang in der Tat, den konſervativen Florencourt in die Zeitung zu bringen, der heftig gegen die Reichenſpergerſche liberale Politik Oppoſition machte. Doch war das durch ihn geſchaffene Gegengewicht nicht ſtark genug, insbeſondere als die Zeitung eine böſe öſterreichiſche Haltung einzuſchlagen begann, ſo daß zu Anfang des Jahres 1854 im Berliner Zentralpreßamt eine Konzeſſionsentziehung geplant wurde. Da griff Kleiſt mit dem Vorſchlage ein, den er auch beim Könige begründete, zunächſt eine andere katholiſche Zeitung ins Leben zu rufen und deren Redaktion Florencourt zu übertragen. Dieſe neue Zeitungsgründung fand Hinckeldeys Beifall, nicht aber Florencourts Perſönlichkeit. Damals ging der Schlag noch an der Volkshalle vorüber. Im nächſten Jahre jedoch riß Weſtphalen der Geduldsfaden. Er ſchrieb an Kleiſt unter dem 9. Juni 1855, die Haltung der Volkshalle wäre ihm ſchon längſt unerträglich geworden. Er hätte bisher nur

deswegen nicht entscheidend eingegriffen, weil Kleist ihn davon abgehalten hätte; jetzt ließe sich aber ein längeres Zögern nicht mehr entschuldigen, vielmehr erfordere es „die Ehre und Pflicht der Regierung, dem Treiben dieses frechen Blattes ein Ende zu machen". Er hätte deswegen Möller nach Berlin berufen. Wenige Tage darauf, am 13. Juni, teilte er dem Oberpräsidenten mit, daß an diesem Tage in Anwesenheit Möllers vom Ministerpräsidenten und ihm selbst beschlossen sei, gegen das Blatt sofort vorzugehen. Dies solle nunmehr mit der größten Entschiedenheit geschehen. Am 8. Juli zeigte Möller dem Oberpräsidium an, daß er im Auftrage des Ministers die Suspension der Volkshalle verfügt habe. Am 10. Juli machte der Polizeipräsident von Köln dem Drucker des Blattes Bachem bekannt, daß die Zeitung sofort ihr Erscheinen einzustellen habe.

Kleist war nicht sonderlich erbaut von diesem Vorgehen seiner Vorgesetzten. Er stand gerade mit Florencourt, der seit Mitte August in Köln ein kleines Blatt herausgegeben hatte, sowie mit einem Verleger in Verhandlungen wegen der Begründung eines neuen größeren katholischen Blattes, wofür er sich vom König die Bewilligung von Geldern verschafft hatte. Wie Florencourt war er durchaus der Ansicht, daß erst eine Neugründung erfolgt sein müsse, ehe man zum Verbot der Volkshalle schritte. Dann konnte sich das neubegründete Blatt schnell in den Besitz des leergewordenen Gebiets setzen, bevor das unterdrückte Blatt in anderer Form wieder auferstand. Daß ein solches Neuerstehen erfolgen würde, war nicht nur für ihn, sondern auch für Hinckeldey zweifellos gewesen. Wenn die Neugründung schon bei Eintritt des Verbots bestände, führte Florencourt in einem wohldurchdachten Schreiben an Kleist aus, so würden alle Gewohnheitsleser des unterdrückten Blattes ohne Widerstreben dem Blatte zufallen, das vorhanden sei, und nur die ausgesprochenen Parteimänner, deren Zahl immer nur sehr gering wäre, würden sich nach dem eingegangenen Blatte sehnen. Florencourt hatte es für den ungünstigsten Augenblick erklärt, die Neugründung unter dem frischen Eindrucke des Verbots vorzunehmen. Für den

Fall, daß dies einträte, versagte er seine Beteiligung, sonst würde er sich bereit finden, die Redaktion zu übernehmen. Er hatte noch ein anderes Bedenken gegen die Unterdrückung der Volkshalle, nämlich daß sie als eine konfessionelle Maßregel aufgefaßt werden und dadurch selbst billig denkende Katholiken aufregen würde. Als nun der tödliche Schlag gegen die Volkshalle geführt wurde, verlor Florencourt zu Kleists Leidwesen jede Lust, sich weiter an diesen Dingen zu beteiligen, und verschaffte sich im August 1855 von seinem Schwager Westphalen den Posten eines Amtmanns im westfälischen Städtchen Dringenberg. Wie Kleist und er vorausgesehen hatten, lebte die „Volkshalle" sehr bald unter einem anderen Namen wieder auf.

Ein zweites ultramontanes Blatt, das Kleist Ungelegenheiten bereitete, war der „Rhein- und Moselbote", der wie die Volkshalle österreichischen Zwecken diente. Er erschien seit dem 1. Oktober 1853 in Koblenz. Der findige Offizioſus Joel Jacobi kam zuerst im Sommer jenes Jahres dahinter, daß der Erzbischof von Paris an den Bischof von Grätz eine von den Bischöfen von Mainz und Freiburg unterstützte Aufforderung habe ergehen lassen, beim Kongreß der Piusvereine zu Wien Sammlungen zur Gründung einer katholischen Zeitung in Koblenz zu veranstalten. Im Ministerium des Innern wunderte man sich sehr über diese Absicht und mißtraute der Meldung. Der Unterstaatssekretär v. Manteuffel meinte gegen Kleist, seiner Meinung nach hätten auch die Ultramontanen an der deutschen Volkshalle gerade genug. „Ich würde es für einen Fehler der ultramontanen Partei selbst halten, wenn sie am Rhein noch ein Konkurrenzblatt gründete; Fehler pflegt aber diese Partei gerade nicht zu machen." Doch trat die Zeitung wirklich ins Leben. Ihre Haltung wurde so bös antipreußisch, daß sehr bald von Kleist vertrauter Seite ein Einschreiten gegen sie verlangt wurde. Kleist lehnte das zunächst noch ab. In der Zeit der Unterdrückung der Volkshalle mußte er jedoch auch der Frage des Verbots dieser neueren Gründung näher treten, da es zu sehr an den Tag kam, daß das Blatt ein offiziöses Organ der österreichischen Regierung war. Schließ-

lich stellte es zu Anfang des Jahres 1856 freiwillig sein Erscheinen ein. Zufällig geriet Kleist bald darauf in den Besitz eines Schriftstücks der Redaktion, das den Beweis für die Korrespondenz des österreichischen Ministers v. Brenner mit der Zeitung erbrachte. Er machte sich das Vergnügen, das Schreiben an Bismarck zu senden [1]).

Eine evangelisch-konservative Presse gab es zu der Zeit, als Kleist an den Rhein kam, noch so gut wie gar nicht. Lediglich in Düsseldorf bestand in Gestalt der „Rheinzeitung" ein auf Antrag des Prinzen von Preußen von der Regierung unterstütztes kümmerliches Blättchen mit leidlich konservativer Tendenz. Es zählte 1851 etwa 900 Besteller. Kleist hoffte wenigstens hier eine evangelische Färbung durchsetzen zu können, was durchaus im Interesse der Regierung lag. Dem stellte sich aber gleich der Prinz von Preußen entgegen, indem er an den Ministerpräsidenten schrieb: „Das geht in der katholischen Provinz niemals an." Hierin irrte sich der Prinz freilich, wie sich später zeigte. Kleist fuhr auch fort, sein Ziel im Auge zu behalten. Er ersuchte Bismarck, das Blatt mit Nachrichten zu versehen, was dieser durch seinen Helfer Zietelmann zu besorgen versprach. Ferner stellte Kleist dem Ministerpräsidenten eindringlich vor, daß es „Pflicht" der Regierung sei, den Redakteur Böttger — er wurde später Bürgermeister von Ottweiler —, der sich als außerordentlich opferwillig gezeigt habe, nicht fallen zu lassen. Doch vermochte sich das Blättchen nicht über Wasser zu halten. Im Januar 1852 wurde es von dem Verleger der „Rhein- und Ruhrzeitung" in Duisburg gekauft, der Kleist zugleich um Unterstützung ersuchte. Die „Rhein- und Ruhrzeitung" blieb aber nicht lange konservativ, sondern schwenkte im Jahre 1854 um und wurde liberal. In Düsseldorf schloß Kleist nach Eingehen der Rheinzeitung mit der „Düsseldorfer Zeitung" einen Vertrag ab. Diese zählte Anfang 1852 etwa 1100 Besteller. Kleist gönnte ihr eine gewisse Selbständigkeit. „Sie darf nicht ängstlich gouvernemental, aber sie muß mutig konservativ sein", schrieb

[1]) Kleist an Bismarck, 15. März 1856.

er dem Ministerpräsidenten am 7. März 1852. „Das muß sie wenigstens gleich nach Beginn des neuen Quartals ganz entschieden sein. Ich bitte aber aufs dringendste, sie auf alle Weise mit telegraphischen und sonstigen Nachrichten zu unterstützen; soll ein Blatt nützen, so darf man die Kosten nicht sparen." Da lag aber der Hase im Pfeffer. Der Minister v. Manteuffel konnte sich nicht entschließen, in diesen Dingen etwas splendide zu sein. Hier übte das altpreußische Wesen der Pfennigfuchserei eine seiner verderblichsten Wirkungen aus. Infolgedessen konnte der Inhalt des Blattes Kleist nicht befriedigen, so sehr er auch Freunde und Bekannte wie Philipp Wackernagel, Hermann Wagener und den Bankdirektor Karl v. d. Heydt um Beihilfe ersuchte. Die Redakteure wechselten mit unheimlicher Schnelligkeit. Als schließlich im Jahre 1854 die Leitung in Hände geriet, die ihm nicht gefielen, verlor Kleist das Interesse für die Zeitung.

Dafür verfolgte er bald nach dem Verbot der „Deutschen Volkshalle" mit großem Eifer das Ziel der Begründung eines namhafteren evangelischen Blattes in Elberfeld, und zwar gestaltete er die dort schon bestehende „Elberfelder Zeitung" um. Auch in dieser Hinsicht scheint er von Florencourt beraten worden zu sein. Der schrieb ihm am 11. März 1855: „Ich begreife sehr wohl den Wunsch, auch ein protestantisch-konservatives Blatt für die Rheinprovinz zu gewinnen. Dafür ist aber Köln nicht der Ort, sondern Elberfeld." Er riet deswegen Kleist zu einer Verständigung mit der „Elberfelder Zeitung", die „in diesem Augenblicke ebenso gemein und revolutionär, wie die Kölner Zeitung wäre". Kleist hatte sich schon zu Anfang seiner Verwaltung am Rhein für die Elberfelderin interessiert, weil sie den größten Leserkreis nach der Kölnischen hatte. Er verhandelte über sie bald mit dem Leiter des offiziösen Preßwesens Quehl, als dieser die Rheinprovinz bei einer Durchreise berührte, von dem er aber den Eindruck eines eingebildeten Wichtigtuers und, was ihm noch weniger angenehm war, eines Beschützers von Schriftstellern mit übler Vergangenheit empfing. Er stellte Manteuffel in seiner nachdrücklichen Art vor, daß das, was für die „Elberfelder Zeitung" nötig

sei, geschafft werden müsse. Wie auch eine Zeitlang bei der Volkshalle, brachte er es dahin, daß der Zeitung neben dem Hauptleiter ein „Aufsichtsredakteur", wie die Rheinländer sagten, gegeben wurde. Es war dies der begabte Dr. Keipp, der später durch Hermann Wageners Vermittlung in der österreichischen konservativen Presse Verwendung fand. Immerhin gelang es nicht, einen nennenswerten Einfluß auf das Blatt zu gewinnen, bis Kleist zu Anfang 1855 in größerem Stile und planmäßiger deswegen vorging. Wieder griff er darauf zurück, Riehl zu verwenden. Voller Freude schrieb er am 31. März seinem Freunde Schede aus Berlin: „Auf die Verhandlungen mit Riehl wird man mit allem Ernst eingehen. Auch das Geld für die Elberfelder Zeitung werde ich hoffentlich erhalten." Freilich gelang es auch diesmal nicht, Riehl zu gewinnen. Dafür wurde ein höchst gewandter junger Mann in der Person des Regierungsreferendars Oskar Meding an der Zeitung angestellt, der sich freilich bald als etwas wurmstichig erwies. Es war der spätere, unter dem Namen Gregor Samarow als Romanschreiber bekannt gewordene hannoversche Regierungsrat und Vertraute Georgs V., dessen geschickte Feder einst noch der in der Wahl der Werkzeuge unbedenklicher als Kleist verfahrende Bismarck viel für seine Zwecke benutzen sollte. Meding entwickelte eine ungemeine Tätigkeit. Er wußte auch Einfluß auf die kleinere Volkspresse zu gewinnen, die nach seiner Ansicht von Kleist viel zu wenig berücksichtigt worden war. Um diesen Einfluß zu vermehren, schlug er sehr verständigerweise die Schaffung einer lithographierten Korrespondenz vor. Kleist unterbreitete diesen Vorschlag dem Minister v. Manteuffel. Dieser aber lehnte bei seiner Knauserei ab und bezweifelte überhaupt die Fähigkeit Medings, — was allerdings ein gründlicher Irrtum war. Kleist suchte wiederum Bismarck zur Unterstützung der für die Vertretung der konservativen Interessen so trefflich geeigneten „Elberfelder Zeitung" heranzuziehen, und Bismarck wies demgemäß seinen getreuen Zietelmann an. Doch befriedigten die Zuschriften, mit denen Zietelmann die „Elberfelder Zeitung" versah, Meding nicht, insbesondere weil sie ihm ohne hinreichenden Grund zu scharf

antikatholisch waren. Er beschwerte sich daher bei Kleist über die ungenügende Unterstützung durch den Bundestagsgesandten, und Kleist gab die Beschwerde an Bismarck weiter. Daß dieser die Vorstellungen des gewandten Referendars beachtet hat, zeigen einige Bleistiftstriche an den wichtigsten Stellen des Medingschen Schreibens. Einen anderen gewandten und fleißigen Korrespondenten für die „Elberfelder Zeitung" fand Kleist in der Person des früheren Schauspielers Hofrat Louis Schneider, des bekannten treuen und aufopferungsvollen Dieners Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms I., der damals manchen Artikel für die „Elberfelder Zeitung" geschrieben hat. Auf diesen Praktikus machte die Gewandtheit Medings einen großen Eindruck. „Man kann der Zeitung zu einer solchen Hilfe nur gratulieren," schrieb er an Kleist. Bald jedoch merkte dieser, daß es mit Meding eine eigene Bewandtnis hatte. Er schickte den jungen Assessor Gustav v. Diest zur Untersuchung der Angelegenheit nach Elberfeld, und dieser veranlaßte es, daß Meding von der Redaktion zurücktrat. Meding ging darauf in hannoversche Dienste.

So verursachte die Beaufsichtigung des Zeitungswesens Kleist auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten [1]).

---

[1]) Über Preßwesen benutzt Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. VII. Sekt. 1. Nr. 7, 113, 169. (Darin der Briefwechsel Kleists und Bismarcks über Riehl.) Florencourt an Kleist, 11. März u. 22. Juni 1855; Kleist an Bismarck, 15. März 1856, 15. Dezember 1857 (dabei Meding an Kleist, 23. November 1857); Bismarck an Kleist, 4. Februar 1854; Kleist an Ranke, 5. Dezember 1852, an Schede, undatiert (1854), 31. März, 18. u. 20. Juni, 6. u. 20. Juli, 12. August 1855; Schede an Kleist, 8. Juli 1855; Kleist an Wagener, 19. Juni 1852; Leopold Gerlach an Kleist, 13. Juli 1855; Ludwig Gerlach an Kleist, Ostern 1856, nebst Randbemerkungen Kleists, desgl. 8. Dezember 1865; Unterstaatssekretär v. Manteuffel an Kleist, 21. Juli 1853; Minister des Innern v. Westphalen an Kleist, 27. April, 9. u. 18. Juni 1855; J. Dumont an Kleist, 15. Juli 1854; Erwin Nasse an Kleist, 5. Juli 1856; Louis Schneider an Kleist, 18. November 1857; sämtlich im F.A. — Kleist an Roon, 1. Mai 1854; Roon an Kleist, Mai 1854; Kleist an Ministerpräsidenten v. Manteuffel, undatiert (1852?). — Aufzeichnungen Leopold Gerlachs, 6. November 1851, 1. Juli 1855. — Damit zu vergleichen und im einzelnen zu berichtigen:

Eine der verwickeltſten und aufregendſten Sachen während ſeiner Verwaltung der Rheinprovinz ſollte die Beſetzung des Bürgermeiſterpoſtens in Koblenz werden, die ſich faſt ganze ſieben Jahre hinzog, namentlich weil der Prinz von Preußen Kleiſt Hinderniſſe in den Weg legte. Was in dieſem Falle richtig geweſen wäre, wird ſchließlich immer eine müßige Doktorfrage bleiben. Man wird aber hier gewiß den Bismarckſchen Satz gelten laſſen, daß es weniger darauf ankommt, ob eine Regierung richtig handelt, als darauf, ob ſie mit Feſtigkeit und Sicherheit verfährt. Dieſe Sicherheit konnte nicht erzielt werden, weil der Prinz und die Prinzeſſin von Preußen die Maßregeln Kleiſts auf jede Weiſe zu hintertreiben ſuchten. Es offenbart ſich dabei ſo recht, welch ein Übelſtand es war, daß das erlauchte prinzliche Paar gewiſſermaßen ein Nebenregiment in Koblenz führte. So edel und vielleicht auch ſo berechtigt die Haltung des Prinzen geweſen ſein mag, ſo mißlich war es, einem ſo entſchieden von der Richtigkeit ſeines Tuns durchdrungenen Beamten, wie Kleiſt, in dieſer Sache entgegenzutreten.

Der Sachverhalt war folgender. In Koblenz verſah ſeit 1847 ein früherer rheiniſcher Landgerichtsrat Bachem, ein kluger, juriſtiſch und adminiſtrativ recht befähigter Mann, das Amt des Bürgermeiſters. Dieſer entpuppte ſich im Jahre 1848 als ein ganz roter Demokrat. In dem Freiheitstaumel jenes Jahres war er am 18. Mai der Mittelpunkt einer großen Volksdemonſtration am Königsſtuhl zu Rhenſe, den man zu Schiff von Koblenz in kurzer Zeit erreicht. Er zerſchmetterte damals unter allgemeinem Jubel der weinſeligen demokratiſchen Koblenzer und ſonſtiger Rheinländer ſein Weinglas mit den Worten: „So wie ich dies Glas zerſchmettere, ſo ſollen die Fürſtenthrone zerſchellen, die dem Volkswillen entgegenhandeln“ und

---

Dumont-Schauberg, Geſchichte der Kölniſchen Zeitung S. 42 ff.; Denkwürdigkeiten Manteuffels II, 78; Dieſt, Aus dem Leben eines Glücklichen S. 251; Kölniſche Volkszeitung 1893, Nr. 497; Ludwig Paſtor, A. Reichenſperger I, 352, 356, 359, 366 f.; Konſervative Monatsſchrift 1893 S. 377 ff.; Louis Berger, Der alte Harkort, 3. Aufl., S. 475 f.; auch Varnhagens Tagebücher.

taufte die althistorische Stätte, an der die Kurfürsten die deutschen Könige erwählt hatten, in „Volksstuhl" um. Mit der übrigen demokratischen Bevölkerung war dieser Herr dann sehr enttäuscht, als mit dem Ministerium Brandenburg wieder ein entschiedener Geist in die preußische Staatsregierung einzog. Er reiste daher mit anderen Vertretern der Stadt als deren Abgesandter nach Berlin und suchte dort dem Könige vorzustellen, daß dieses Ministerium unmöglich sei, wenn nicht ein Abfall der Rheinlande erfolgen sollte. Seine radikale Gesinnung betätigte er aufs neue, indem er sich in einer Sitzung des Koblenzer Gemeinderats am 16. Mai 1849 auf den Boden von demonstrativen Beschlüssen einer Städtetagung zu Köln stellte. Darin erblickte laut Erlaß vom 4. Februar 1850 Manteuffel als Vorgänger des Ministers von Westphalen eine schwere Verletzung der Amtspflicht. Als Bachem nun nach Inkrafttreten der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 wieder zum Bürgermeister gewählt wurde, stellte die Koblenzer Regierung unter dem 18. Juni 1851, also noch vor der Ernennung Kleists zum Oberpräsidenten, und unter dem Präsidium des liberalen Präsidenten von Spankeren, den Antrag, Bachem nicht zu bestätigen. Seines Postens als Polizeidirektor, den Bachem neben dem Bürgermeisterposten innehatte, wurde er auch am 25. Oktober enthoben und an diese seine Stelle der Landrat Juncker aus Düsseldorf kommissarisch berufen. Die Berücksichtigung des Antrags der Regierung auf Nichtbestätigung der Bürgermeisterwahl ließ indes auf sich warten. Denn Bachem hatte inzwischen eine gemäßigtere Rolle als im Sturmjahre eingenommen, wie auch mancher andere angesehene Mann jener Gegend, und sich bei dem prinzlichen Paare in Gunst zu setzen gewußt, obwohl er seinerzeit einer der ausgesprochensten Gegner des Prinzen gewesen war. Man merkte eben im Rheinlande bald, daß sich eine große Veränderung in den Anschauungen des Prinzen vollzogen hatte. Der Prinz fand in diesem Falle wieder einmal einen besonderen Anlaß, den Rheinländern gegenüber mildere Seiten hervorzukehren, und trat für Bachem ein. Nach der Auffassung Kleists zu damaliger Zeit war diesem auch weniger Bösartigkeit als Mangel an Energie und Takt vorzu-

werfen. Schließlich wurde aber doch unter dem 22. Mai 1852 die Bestätigung der Wahl versagt und Bachem schonenderweise für den Posten eines Oberamtmanns zu Hechingen bestimmt. Mit dem Prinzen im Rücken wählte der sehr radikal gesinnte Gemeinderat darauf Mitte Juni Bachem wieder, zugleich mit drei auch schon einmal abgelehnten Beigeordneten, und richtete eine Adresse an den König mit der Bitte, die Bestätigung nicht zu versagen. Gleichzeitig wandte sich der Prinz von Preußen an seinen Bruder und legte ausdrücklich Fürsprache für den Gewählten ein, dessen radikales Verhalten ihm in harmloserem Lichte dargestellt worden war. Zu Gunsten der Bürgerschaft machte er geltend, daß diese in der Ernennung Bachems zum Oberamtmann in Hechingen eine Rehabilitierung desselben hätte sehen müssen. König Friedrich Wilhelm geriet in Verlegenheit. Er sprach sich unwillig über die Bürgerschaft aus, aber auch darüber, daß man einen anrüchigen Kommunalbeamten nach dem jüngst erworbenen Hohenzollern zu schicken beabsichtige, gleichsam als wolle man dort eine preußische Strafkolonie schaffen, und fand einen Ausweg in der Angelegenheit, indem er anordnete, daß über Bachems Verhältnisse genauere Erhebungen angestellt würden. Als er bald darauf auf einer Reise durch Koblenz kam, wurde er von einer Deputation der Stadt nochmals um Bestätigung ersucht. Er verfügte nun erneute Untersuchung der Angelegenheit. Es fanden Zeugenvernehmungen über die Vorgänge zu Rhens statt, durch die der schon länger zurückliegende Sachverhalt geradezu verwirrt wurde. Und doch wußte jedes Kind der Gegend von dem demonstrativen Verhalten Bachems in der Revolutionszeit zu erzählen. Da griff Kleist ein, weil er erkannte, daß die Angelegenheit verschleppt würde. Er bat im Gegensatz zu der Absicht Westphalens, die Einführung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 einzustellen, wiederholt, dieser Einführung ihren Lauf zu lassen, zumal da sie für Koblenz so gut wie fertig war, und beantragte im Anschluß daran wiederum Nichtbestätigung der Wahl, wie auch diesmal die Regierung, nach Abschluß der abermaligen Untersuchung einstimmig, beantragte, und zwar mit Rücksicht auf das Gesamtverhalten Bachems und die ganze

Zusammensetzung des Gemeinderats, die ein ersprießliches Wirken nicht erwarten ließe. In unruhiger Zeit würde er sich gar nicht auf den schwachen Bachem verlassen können. Auf die Einzelheiten der Vorgänge legte er weniger Gewicht. Dem Unparteiischen will es scheinen, als wenn der Oberpräsident einen durchaus korrekten, praktischen und auch wohl politisch richtigen Standpunkt eingenommen habe. Denn bei der unzuverlässigen Haltung der Provinz in den vergangenen Jahren war es sicherlich das Bessere, sie fühlen zu lassen, daß sie ein energisches Regiment über sich hatte. Die radikale Vergangenheit Bachems stand doch noch allzu frisch in aller Gedächtnis, namentlich im Gedächtnis der Bewohner dieser Gegend, als daß die Regierung sie ignorieren und, wie es sonst im allgemeinen bei Bürgermeisterwahlen angebracht ist, Milde walten lassen durfte. Westphalen stimmte politisch und sachlich ganz mit Kleist überein. Nur bewies er wieder seine unpraktische Hand, indem er gegen Kleists Rat die Einführung der Gemeindeordnung doch einstellen ließ, wodurch die Entscheidung über die zweite Wahl vertagt wurde, die ganze Sache also in der Schwebe und Bachem im Amt blieb. Der Minister rechnete auf ein baldiges Zustandekommen der neuen Gemeindeordnung. Kleist ermaß gleich, daß es damit noch lange Wege hatte. So konnte sich Bachem, wie es in solchen Fällen immer zu geschehen pflegt, als Märtyrer aufspielen. Ein besonders peinliches Ansehen bekam die Angelegenheit aber dadurch, daß sie sich durch Jahre hinzog und daß das prinzliche Paar dem so lange über seine Bestätigung im ungewissen Gelassenen in der deutlichsten Weise seine Huld bezeigte. Bachem war ein häufig gesehener Gast im Schlosse, wurde von der Prinzessin durch das Geschenk einer Busennadel und einer Stutzuhr geehrt und auch sonst demonstrativ von ihr ausgezeichnet. Das führte zu recht heiklen Verhältnissen. Man fühlte, daß Bachem seine ganze Rechnung auf den Thronfolger gesetzt hatte. Der neue Polizeidirektor Juncker hatte ebenfalls fortgesetzt über Bachem zu klagen. Bachems Verhalten erregte bei der Wahl des Vertreters von Koblenz für das Herrenhaus im Jahre 1854, ebenso bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause im Jahre 1855 und

sonst auf Schritt und Tritt bei den dem Könige ergebenen Behörden das größte Mißfallen. So suchte Kleist auf jede Weise seine Versetzung in eine unpolitische Stellung, sei es in die Intendantur, die Eisenbahnverwaltung, eine Generalkommission oder in die Zivilkammer eines Landgerichts herbeizuführen. Das war jedoch nicht so leicht. Eine Disziplinarunterſuchung, auf die Westphalen drang, wollte Kleist vermeiden, weil das Disziplinargesetz von 1850 einen allzu schwerfälligen Apparat erforderte und es ihm auch nicht um eine Bestrafung Bachems zu tun war. Eine Übernahme in die Intendanturverwaltung lehnte der Kriegsminister Graf Waldersee hartnäckig ab und fand dabei die Billigung des Königs. So geschah nichts, bis endlich die neue Gemeindeordnung am 15. Mai 1856 Gesetz wurde. Nun stellte die Koblenzer Regierung am 22. August 1856 abermals einstimmig den Antrag auf Nichtbestätigung Bachems. Dem schloß sich Kleist am 9. September in einem fulminanten, von einem Regierungsrat Kaupisch aufgesetzten Berichte an, in dem im Gegensatz zu den früheren milderen, großenteils von Kleist selbst aufgesetzten Berichten kaum ein gutes Haar an dem Charakter und der Verwaltung Bachems gelassen und der Bürgermeister als falscher Charakter, ein „Wolf im Schafskleide" hingestellt wurde. Das ganze Schriftstück trägt den Stempel der gereizten Stimmung, in die die Parteien notwendig im Laufe der langen Zeit geraten mußten, an sich. Mit Rücksicht auf Bachems Fähigkeiten und auf das prinzliche Paar wurde aber immerhin seine Verwendung im Justizdienst vorgeschlagen. Die vielleicht aufzuwerfende Frage, ob nach so langer Zeit die Angelegenheit nicht auf sich beruhen bleiben und die Bestätigung befürwortet werden sollte, mußte sich Kleist, von allem anderen abgesehen, schon aus Gründen der Selbstachtung verneinen. Nach dem Vorgekommenen wäre es Schwäche gewesen, wenn er nicht alles getan hätte, um Bachem von Koblenz fortzubringen. Die sonderbare Lage der Dinge wird dadurch veranschaulicht, daß ungefähr gleichzeitig mit jenem Bericht vom 9. September Bachem vom eben auf den Thron gelangenden Großherzog von Baden das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen erhielt. Kleist befür-

wortete die Genehmigung der Anlegung des Ordens, um eine Kränkung des großherzoglichen Paares zu vermeiden, und in der Hoffnung, daß dadurch die Versagung der Bestätigung erleichtert würde. Nach vielen weiteren Kämpfen wurde denn auch im März des Jahres 1857 in seinem Sinne entschieden. Bachem wurde Appellationsgerichtsrat in Köln.

Als der Kabinettsrat Illaire dem Oberpräsidenten Mitteilung über den endlichen Ausgang der Sache machte, da zitterte die Erregung über die Kämpfe, deren Zeuge dieser Beamte gewesen war, deutlich in seinem Schreiben nach. „Gebe Gott, daß die getroffene Entscheidung zum Guten führt. Ich besorge sehr, daß dieselbe bei dem lebhaften Interesse, welches der Prinz von Preußen für die Bestätigung des Bachem betätigt hat, nicht ohne Einfluß auf das gute Vernehmen zwischen dem Könige und seinem Herrn Bruder vorübergehen wird." Er hätte der ihm obliegenden peinlichen Aufgabe, dem Könige darüber Vortrag zu halten, nur dadurch gerecht werden zu können geglaubt, daß er das Material in möglichster Vollständigkeit und Objektivität dem Könige dargelegt habe, um diesen so in den Stand zu setzen, ganz nach freiem Ermessen zu entscheiden. Kleist aber durfte nach Bachems Weggange aufatmen. Als einige Monate darauf in Koblenz zur Neuwahl geschritten wurde, schrieb er: „Gott schenke uns eine gute Wahl, daß die bisherigen Quälereien mit der Stadt endlich aufhören und es uns möglich wird, ihr gegenüber ein wirkliches väterliches Regiment zu führen." Dieses väterliche Regiment war das Ziel seiner Wünsche, wie sich's versteht, nicht nur für Koblenz, sondern für die ganze Provinz [1]).

Bachem erlebte unter der Regierung Wilhelms I. im

---

[1]) Über die Angelegenheit Bachem benutzt: Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. III. Sekt. 4. Lit. A. Nr. 1255 im Staatsarchiv zu Koblenz. — Akten des Oberpräsidiums Tit. III. Sekt. 4. Lit. A. Nr. 26, Vol. 8. — Leopold v. Gerlach an Kleist, 18. Juni 1852; Kleist an Schede, 20. Juli 1856, 3. Juni 1857; Schede an Kleist, 10. Oktober 1856; Illaire an Kleist, 4. März 1857; im F.A. — Aufzeichnungen des Regierungspräsidenten Junckers v. Ober-Conreut. — Rheinischer Antiquarius, Mittelrhein, Abteilung II, Bd. IV, S. 330 f.

Jahre 1864 den Triumph, zum Oberbürgermeister von Köln gewählt und auch als solcher bestätigt zu werden.

Als eine Behinderung in der Ausübung eines väterlichen Regiments empfand Kleist bald seine parlamentarische Tätigkeit. Nach seiner Ernennung zum Oberpräsidenten hatte er sich einer Neuwahl für den Rest der Legislaturperiode unterziehen müssen und war fast einstimmig wieder gewählt worden. Im Laufe der Session kam er nur wenig zu Worte, hauptsächlich bei Angriffen auf seine Verwaltung am Rhein. Seine bemerkenswerteste politische Handlung während der Tagung im Winter 1852 war ein Artikel in der Kreuzzeitung, in dem er den russischen Gesandten in Berlin General v. Budberg heftig wegen Veranstaltung eines Balles am Sonntag mittag angriff. Er hatte von dem Bevorstehen des Festes kurz vorher erfahren und noch in letzter Stunde den Gesandten zu dessen Abbestellung zu veranlassen gesucht. Als Budberg den Tanz doch stattfinden ließ, erschien der Artikel ohne Namen mit den einleitenden Worten: „Wir rühmen uns der Fortschritte, die wir in gesunder Reaktion seit dem Jahre 1848 und über dasselbe hinaus gemacht haben wollen gegen die in Staat und Kirche hereinbrechende Auflösung.“ Im Anschluß daran wurde ausgeführt, daß es wenig dazu passe, wenn ein angesehener Diplomat in der Weise, wie es geschehe, den Sonntag entheilige. „Es macht einen wohltuenden Eindruck, wenn des Vormittags die Läden sämtlich geschlossen sind und man nicht mehr wie sonst den einkaufenden Dienstmädchen zwischen den Kirchgängern begegnet.“ Die Veranstaltung solcher Festlichkeit zu dieser Zeit würde von den kleinen Leuten einfach nicht verstanden. Daneben wurde es ohne Nennung der Namen, aber für die Gemeinten natürlich durchaus verständlich, getadelt, daß Bethmann-Hollweg und Graf Arnim-Boitzenburg ähnlich gefehlt hätten. Es war der ganze Kleist-Retzow, der in unermüdlicher Tatenfrische und durch die Erfahrungen noch wenig geschult, mit dem tiefsten sittlichen Ernst rücksichtslos darauf los ging. Aber selbst diese Zeit Friedrich Wilhelms IV. ertrug dergleichen nicht. Die darin

nachklingenden Wilberforceschen Gedanken, die richtige soziale Forderungen enthielten, verschwanden für die Öffentlichkeit unter dem unbehaglichen Eindruck, den die scheinbare äußerliche Werkheiligkeit hervorrief. Der tieffromme Kultusminister Robert Bosse hat in seinen Tagebüchern noch im Jahre 1879 die Klage über Bälle in der Passionszeit für Mückenseigen erklärt angesichts der sonst bestehenden Mißstände. Schon im vorhergehenden Jahre hatte Kleist sich durch jenen Brief an v. d. Heydt [1]) fast um seine Anstellung als Präsident gebracht. Jetzt war der Sturm, der sich über den Artikel in der Kreuzzeitung erhob, noch viel größer. Freilich richtete er sich nicht gegen Kleist, weil dieser sich natürlich nicht öffentlich nennen konnte, wenn er es auch gegen seine Freunde tat; der Unwille entlud sich vielmehr über die Kreuzzeitung. Der russische Gesandte wurde leidenschaftlich aufgebracht und richtete einen heftigen Brief an den Ministerpräsidenten. Auf dem im Schlosse stattfindenden Fastnachtsballe am 24. Februar war alles voll von dem Artikel. Prinz Karl, der Bruder des Königs, stellte den Präsidenten Gerlach, der den Artikel sehr schön fand, deswegen zur Rede und bezeichnete den Angriff als sehr ungeschickt, da der Besuch des russischen Kaiserpaares bevorstände. „Aber man hätte leider Preßfreiheit als Märzerrungenschaft." Dem General v. Gerlach war der Vorfall weniger recht. Er notierte: „Es scheint, daß sich diese Sache beruhigt." Nach einigen Tagen brachte die Zeitung eine Erklärung, in der sie versicherte, daß ihr eine Beleidigung Budbergs fern gelegen habe. Damit war dieser Zwischenfall äußerlich erledigt. Die Rückwirkung auf die Öffentlichkeit aber konnte im wesentlichen nur schädlich sein, weil dieses heftige Zufahren wegen äußerer Sonntagsheiligung in Berlin den meisten unverständlich war und der Zeitung als Gleisnerei ausgelegt wurde. Am Rhein freilich wagte damals auch der Prinz von Preußen nicht in der Fastenzeit Bälle zu geben und schrieb darüber an Zar Nikolaus am 24. März 1851: „Hier ist man sehr streng katholisch, so daß ich nicht wagte, am 22. tanzen zu lassen." Kleist

[1]) Vgl. oben S. 190.

empfand allen Widerspruchs ungeachtet innere Befriedigung über seinen Schritt, weil er seinem himmlischen Herrn damit in Bekenntnisfreudigkeit gedient zu haben glaubte [1]).

Um dieselbe Zeit nahm er wieder einen bemerkenswerten Anteil an den Verhandlungen, die der König neuerdings wegen der Umbildung der ersten Kammer zum Herrenhause nach englischem Vorbilde mit einigen Spitzen der konservativen Partei führte. Er befand sich jetzt mehr im Gegensatze zu den Plänen des Herrschers, der damals von dem für die englischen Verhältnisse begeisterten Bunsen stark beeinflußt war, und hatte die Absicht, gegen deren gesetzliche Formulierung zu stimmen, auf die Gefahr hin, daß es ihm sein Amt kosten könnte. Wie früher bekämpfte er namentlich die inzwischen noch stärker hervortretende Betonung der erblichen Mitgliedschaft durch den König, durch die der Kleinadel noch mehr zurückgedrängt wurde. In dem Wirrwarr der Meinungen über die zu befolgende parlamentarische Taktik gab Leopold Gerlach gegen Bismarck, den Ministerpräsidenten und den Finanzminister v. Bodelschwingh der von Kleist geäußerten Absicht — wenn der Monarch auf der Vorlage bestände, diese zu verweigern, aber nicht den Abschied zu fordern sondern ihn sich geben zu lassen — allein recht, weil der König sich schwerlich entschließen würde, die Minister zu entlassen. Friedrich Wilhelm empfand in dem Streit der Parteien das Bedürfnis, mit Bethmann-Hollweg über die Herrenhaussache zu sprechen und durch ihn eine Verständigung zu versuchen. Mit Hilfe von Graf Anton Stolberg veranlaßte es der General v. Gerlach, daß auch Stahl und Kleist zu dieser Unterredung hinzugezogen wurden. Sie fand am 30. Januar 1852 in der Bildergalerie des Schlosses statt und währte mehrere Stunden, in denen vorwiegend der

[1]) Fall Budberg: Kreuzzeitung, 25. Februar 1852, Artikel „Wir rühmen uns", 28. Februar 1852, „Wir hören". — Wagener, Erlebtes II, 54. — Konzept Kleists an Budberg im F.A. — Aufzeichnungen Leopolds v. Gerlach, 27. Februar 1852. Aufzeichnungen Ludwigs v. Gerlach II, 140. — Das Wort Bosses: Grenzboten 1904, Nr. 20. Erinnerungen an D. Dr. Robert Bosse, 15. April 1879. — Schreiben des Prinzen v. Preußen an Zar Nikolaus: Katalog J. A. Stargardt Nr. 223, Nr. 1368.

König seine Pläne entwickelte. Während Friedrich Wilhelm es darauf absah, Bethmann-Hollweg zu gewinnen, ging Kleist diesem ehemaligen Freunde und Gesinnungsgenossen, auf den er seit Übernahme der Geschäfte am Rheine noch besonders schlecht zu sprechen war, kecklich zu Leibe, so daß der König sich veranlaßt sah, zu christlicher Versöhnlichkeit zu mahnen. Unumwunden erklärte ihm da der junge Oberpräsident: das Christentum hätte nichts mit der Politik zu tun, ein Wort, das dem Könige lange im Gedächtnis haften blieb. Noch im März 1855 erinnerte er Leopold Gerlach an diese Schroffheit Kleists. Sachlich stand Kleist dem Könige näher als Bethmann-Hollweg, der eine doppelte Vertretung der Ritterschaft in den Kammern zu hintertreiben suchte. Demgemäß war der König auch nicht ganz mit dem in derselben Richtung wie Bethmann-Hollweg sich bewegenden Antrag Heffter-Koppe einverstanden. Einige Tage nach jener Audienz gab Kleist auf einem Hofballe dem Könige gegenüber mit freimütiger Offenheit der Enttäuschung darüber Ausdruck, daß dieser sich zu Bethmann-Hollweg und der von diesem kürzlich gegründeten Wochenblattspartei, die eine gemäßigt konservative Richtung einnahm, hinwende und sich dadurch von der äußersten Rechten, mit der er doch ungleich größere innere Gemeinschaft habe, trenne. Schließlich stimmte er am 26. April tatsächlich an der Spitze der äußersten Rechten zusammen mit der Linken gegen den vom Könige gut geheißenen und auch von Leopold Gerlach gewünschten Kompromißantrag Koppe und half damit zu dessen Ablehnung gegen die Stimmen der Mittelparteien, wodurch die Frage der Zusammensetzung des Herrenhauses erneut in der Schwebe gehalten wurde. Am 10. März 1853 überließ das Abgeordnetenhaus darauf die Bildung der ersten Kammer der Anordnung des Königs, wie dieser von Anfang an gewünscht hatte. Am 7. Mai 1853 wurde dementsprechend ein Gesetz erlassen und am 12. Oktober 1854 erging endlich die bekannte königliche Verordnung, durch die das Herrenhaus ins Leben trat. Dabei zeigte es sich, daß König Friedrich Wilhelm im Gegensatz zu seinen Ratgebern Bunsen und Bethmann-Hollweg den Gedanken der Erblichkeit wieder etwas zu Gunsten der Wählbar-

keit im Sinne seiner ursprünglichen Idee eingeschränkt und damit die Stellung des Kleinadels, wie es gerade von Kleist gewünscht worden war, mehr berücksichtigt hatte. Es ist nicht richtig, wenn vielfach von einem Unterliegen des Feudalismus gegen den Willen des Königs bei der Darstellung der Entstehung des Herrenhauses gesprochen wird. Gerade der beharrliche Kampf Kleists gegen Bethmann und dessen Freunde hat zuguterletzt doch noch zu einer Stärkung der Ritterschaft beigetragen [1]).

Bei dem Zweikampf zwischen Georg v. Vincke und Bismarck am 25. März 1852 hat Kleist eine wesentliche Rolle gespielt. Es ist lehrreich, die Stellung dieses tiefinnerlichen Christen zu dem Problem des Duells kennen zu lernen. In ihm rangen germanische, preußische und rein ritterliche Empfindungen schwer mit der bedingungslosen Hingabe an Gottes Wort, die weltlichen Motive aber, oder wenn man so will, das junkerliche Gefühl blieb entschiedener Sieger. Er hat sich oft in seinem Leben Rechenschaft über seine Auffassung des Zweikampfs gegeben, aber von seiner Studentenzeit an bis in sein hohes Alter hat er stets den Gedanken festgehalten, daß der Ehrenmann unter Umständen um der Ehre willen die Waffe zu gebrauchen habe. Noch wenige Zeit vor seinem Tode freute er sich darüber, daß er die Wahl des Herrn v. Rochow-Plessow, durch dessen Kugel Hinckeldey fiel, zum Präsidenten des Herrenhauses durchsetzte. Er hat seine Ansicht auch gegen seine nächsten Freunde hartnäckig vertreten. „Das Duell ist ja eine furchtbar ernste und schwere Frage," schreibt er einmal an einen Gegner des Duells, „Gott behüte jeden, sie an sich in concreto lösen zu müssen. Aber man tut den Verteidigern unrecht, wenn man sie allein auf die Aufrechterhaltung persönlicher Ehre stellt. Vielmehr ist es nach meiner Ansicht da gerechtfertigt, wo ich noch neben der persönlichen Ehre etwas Höheres zu vertreten habe, dessen Verteidigung ich nicht dem Gericht überlassen

[1]) Umbildung der 1. Kammer: Aufzeichnungen Leopold Gerlachs. Dazu: Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV. II, 125 ff.; Aufzeichnungen Ludwigs v. Gerlach II, 138 ff.; mein Buch: König Friedrich Wilhelm IV. S. 176 ff. Stuttgart 1900.

darf." Ähnlich so dachte auch Thadden-Trieglaff. Als Beispiel führte Kleist zunächst eine Stelle der Bibel an, „wie Pinehas den Hurer durchstach," wo es sich um die Sühnung des Abfalls der Israeliten zum Baaldienst handelt, dann den Fall des Grafen Kanitz, der im Jahre 1806 einen die Königin Luise an öffentlicher Stätte beleidigenden französischen Offizier forderte, ferner einen Königsberger Offizier, der im Jahre 1848 die Beschimpfung des Königs nicht zuließ, ebenso das Duell Manteuffel-Twesten und allgemein „des Königs Ehre im Offizierstande und Offizierkleide". So hat er auch das Duell seines Freundes Bismarck mit Vincke gebilligt. Bismarck fragte ihn, als ihn Vincke infolge eines parlamentarischen Wortwechsels forderte, neben dem Grafen Anton Stolberg sowie dem General v. Gerlach um Rat, und alle kamen überein, daß der Zweikampf stattfinden müsse. Man urteilte, daß Bismarck im Stande der Notwehr und gerechten Krieges sei. Kleist wurde derjenige, der am energischsten zu Gunsten Bismarcks handelte. Er bezeichnete diesen als einen Gideon und bestärkte dadurch seinen Freund in seiner Auffassung der Sache. Er wußte auch die Bedenken des Präsidenten v. Gerlach zu besiegen, der die Frage aufwarf, ob Bismarck mit seinen Stachelreden gegen Vincke nicht viel Schuld habe, so daß Gerlach sich schließlich sagte, daß das, was Bismarck etwa gefehlt habe, an der Sache nichts Wesentliches ändere. Aber noch mehr. Kleist ging am 23. mit Bismarck zu Büchsel, der, wie wir von früher wissen, Bismarck ein angenehmer Geistlicher war, um diesen frommen und kraftvollen Prediger zu bestimmen, Bismarck das Abendmahl zu reichen. Büchsel weigerte sich dessen. Da ist es eine merkwürdige Tatsache, daß Kleist ihn am anderen Tage doch noch umzustimmen wußte, so daß der zum Duell schreitende Bismarck aus Büchsels Händen Kelch und Hostie empfing. Kaum je tritt uns die eigentümliche Herrschaft, die Kleist über den Willen der Menschen auszuüben vermochte, so stark entgegen wie in diesem Falle [1]).

---

[1]) Duell. Kleist an Schede 1865 und 13. September 1874; an seine Schwiegertochter, 15. Januar 1888, im F.A. — Aufzeichnungen Ludwig

Nach Schluß der Kammern wurde Kleist zum ersten Male daran erinnert, daß seine Stellung nicht unerschütterlich sei, indem die offiziöse Presse aus Anlaß seiner Haltung in der Herrenhaussache eine Fehde gegen ihn eröffnete. Am 11. Mai brachte nämlich das Manteuffelsche Blatt „die Zeit" einen Artikel über die Behandlung des Heffter-Koppeschen Antrags, in dem es mit deutlicher Spitze gegen Kleist und Bismarck hieß: „Der Partei- und Fraktionsgeist wurde vergeblich zu bekämpfen versucht, durch die Koalition der äußersten Parteien vielmehr ein erklärter Wunsch des Königs vereitelt und die Zukunft der ersten Kammer aufs neue der Ungewißheit überlassen. Die Mitglieder der Zentren haben mit einem großen Teile des Publikums erwartet, die Regierung werde nach diesem Resultate mit einer Auflösung dieser Kammer vorgehen, mindestens werde sie tatsächliche Beweise dafür geben, daß sie nicht gesonnen sei, sich von einigen hohen, über Verdienst und Fähigkeiten geförderten Beamten in dieser Weise bekämpfen zu lassen." Am 13. Mai gab das Blatt zur Erläuterung des Artikels indirekt ausdrücklich zu, daß jene Angriffe auf Kleist zielten. Bismarck, Kleist, Leopold Gerlach waren ganz außer sich über diesen Ausfall. „Ist das Gouvernement so ohnmächtig, daß es seinem Oberpräsidenten Kleist gegenüber kein anderes Mittel hat, ihm sein Mißfallen zu erkennen zu geben, als rohe schimpfende Injurien in einer schlechten Zeitung?" fragte Bismarck in einem Briefe an den General Gerlach. „Müssen sich die höchsten Beamten Preußens gefallen lassen, daß ihre Personen und ihre Autorität im In- und Auslande subalternen Aventuriers preisgegeben werden?"

Gerlach rückte sofort dem Ministerpräsidenten zu Leibe. Dieser suchte das Blatt von sich abzuschütteln. Doch ein heftig gegen Kleist vorgehendes Schreiben Quehls, des Leiters der „Zeit", in dem Kleist als das vornehmste Haupt einer zu vernichtenden Hydra bezeichnet wird, an Manteuffel aus jenen

Gerlachs, 28. und 28. März 1852. — Aufzeichnungen Leopold Gerlachs, 23. März 1852. — Bismarck an seine Frau, 4. April 1852. — Thaddens Ansicht vgl. El. Reuß, Thadden-Trieglaff, 2. Aufl., S. 279 ff. — Betr. Pinehas vgl. 4. Mose, Kap. 25.

Wochen beweist, daß Quehl mit einer Mißstimmung des Ministers gegen Kleist rechnen durfte, und Manteuffel scheute sich auch gar nicht, Kleist zu sagen, daß er gegen die Artikel nicht auftreten könne, da sie ganz die Ansichten des Königs wiedergäben. Die Artikel waren also zweifellos als eine ministeriell genehmigte Kampagne zur Erschütterung der Stellung Kleists aufzufassen. Vergeblich versuchte der mitangegriffene Minister v. Westphalen, der in der Herrenhaussache auf Seite Kleists gestanden hatte, den Verfasser des Artikels, Quehl, zu beseitigen. Noch im Juli stand Kleist unter dem ärgerlichen Eindrucke dieses Vorstoßes gegen ihn. Leopold Gerlach ermahnte ihn durch Bismarck, auf der Hut zu sein, da die Bureaukraten darauf ausgingen, ihm Netze zu stellen. Der prinzipientreue General sah sich durch die Haltung Manteuffels und seiner Trabanten sogar veranlaßt, eine auffällige Schwenkung vorzunehmen, um Kleist und ein von diesem verfolgtes Ziel zu unterstützen. Kleist arbeitete nämlich seit dem Anfang des Jahres 1852 zugleich mit seinem Schwiegervater, Moritz Blanckenburg und dem Präsidenten Gerlach daran, dem Freunde seines Vaters, Herrn Senfft v. Pilsach auf Gramenz, das Oberpräsidium in Pommern zu verschaffen. Senfft-Pilsach war ein Mann von großen Gaben und bestechenden persönlichen Eigenschaften. Er stand bei den verschiedensten Männern hoch in Gunst oder Ansehen, nicht nur beim König Friedrich Wilhelm und dem Grafen Anton Stolberg, denen schon seine Frömmigkeit etwas Wohltuendes hatte, sondern auch bei Bismarck und Hermann Wagener, aber ebenso bei Bethmann-Hollweg und Wichern und nicht zuletzt auch bei dem Prinzen von Preußen. Er besaß indes eine große Schwäche: er spekulierte viel, ja zu viel, weniger in seinem Interesse, als um die Landwirtschaft zu heben. Man kann ihn einen kleinen Brenckenhoff nennen, wenngleich er nicht dessen praktischen Blick besaß. Dieser Schwäche verschloß Kleist sich nicht. Aber er meinte, daß kaum jemand zu finden wäre, der mehr als Senfft zu dem Posten des Oberpräsidenten in Pommern geeignet sei, und außerdem fielen bei ihm die „ganz eminenten Eigenschaften des Charakters und Herzens", die Senfft besaß, und dessen aufrichtige Gläubig-

keit in die Wagschale. „Es ist mehr Vertrauen auf Gott wie auf ihn, wenn ich bei jenen Eigenschaften mich lebhaft für seine Ernennung interessiert habe" schrieb er. Leopold Gerlach bekämpfte demgegenüber anfangs Senffts Ernennung lebhaft. Der edle Berater seines königlichen Herrn, der Senffts Fähigkeiten und ehrlichen Glauben ähnlich wie seine andern Freunde, den Erfolg seiner Spekulationen aber um einige Schattierungen schärfer beurteilte, fand das Spekulieren für einen Edelmann und Staatsmann nicht passend. Deswegen wollte er nicht die Verantwortung übernehmen, zu seiner Ernennung zu schweigen. Im Juli 1852 aber schwenkte er infolge der Haltung Manteuffels gegen Kleist und gegen die Kreuzzeitung um. Er hatte vorher mit Kleist eine etwas spitze Auseinandersetzung über dessen Bemühungen für Senfft gehabt. Jetzt sah er sich veranlaßt, dem erstaunten Freunde seinen Meinungswechsel mitzuteilen. „Und wissen Sie, was der Grund meiner scheinbaren Inkonsequenz ist?" schrieb er ihm. „Die freche Art, wie die Bureaukratie ihr Haupt erhebt, was sich bei dem Verfolgen der Kreuzzeitung, ja unserer ganzen Partei von Quehl und Genossen unter den Flügeln unseres Premiers zeigt. Geht das so fort, so steht der König nächstens noch isolierter und noch ununterrichteter da, als am 18. März 1848."

Friedrich Wilhelm empfand eine wahre Herzensfreude, als sein „Polte" ihm mitteilte, daß er seinen Rat, Senfft nicht zum Oberpräsidenten zu machen, zurücknähme. Einige Zeit darauf erfolgte diese Ernennung denn auch wirklich. Kleist aber kam seitdem mit Senfft-Pilsach in das herzlichste Verhältnis. Mit Freuden verfolgte er, wie dieser eine Verwaltung großen Stils zur Hebung des wirtschaftlichen Lebens in Pommern einleitete, sich auch sofort des darniederliegenden Stettiner Handels annahm, und erlebte später die Genugtuung, daß der Prinz von Preußen zu der Zeit, als er Kleist verabschiedete, dem Bestreben seines Ministeriums, Senfft ebenfalls zum Rücktritt zu veranlassen, entschieden Widerstand entgegensetzte [1]).

[1]) Über Senfft-Pilsach: Leopold Gerlach an Kleist, 28. Juni und 15. Juli 1852; Kleist an Leopold Gerlach, 9. August 1852; Senfft an Kleist, Juli 1852; Kleist an Ludwig Gerlach, 10. September 1852; Auf-

Der Gesichtspunkt, daß angesichts der unklaren parlamentarischen Lage Kleists weitere Zugehörigkeit zur zweiten Kammer erwünscht sei, bestimmte seine Freunde, ihm zur Wiederannahme eines Mandats zu raten, obwohl er es als eine schwere Last empfand, längere Zeit von der Rheinprovinz fern bleiben zu müssen. Er bat im September wiederholt seinen nächsten Vorgesetzten, den Minister des Innern, zu entscheiden, ob seine Anwesenheit in der Kammer durchaus erwünscht sei. Sein eigener Wunsch sei es, sich nicht wieder wählen zu lassen, weil es ihm unmöglich wäre, am Rhein seine „wichtigere Schuldigkeit" zu tun, wenn er in der Kammer säße. „Zu gleicher Zeit Oberpräsident und Kammermitglied zu sein," so meinte er gegen Ludwig Gerlach, „ist unmöglich. Darunter leiden beide Berufe. Bismarck war im vorigen Jahre für die Kammern eigentlich tot, ich auch schon sehr wenig wert. Es scheint für mich unverantwortlich, wieder hinzugehen." Nach seiner ganzen Art konnte Westphalen keinen bestimmten Entschluß finden und schob immer seinem Oberpräsidenten die Entscheidung zu. Im Rate der Gebrüder Gerlach aber hielt man doch Kleists energische Persönlichkeit für unentbehrlich bei den bevorstehenden parlamentarischen Kämpfen. Leopold schrieb ihm: „Wenn man sich erinnert, wie von oben her mit den Offizianten unter den Deputierten verfahren worden ist, so müßte man sagen nein; aber da wir noch immer in der Krisis sitzen, ist doch mein bestimmter Rat ja!" Seinem Bruder schrieb der General: „Ich muß mich nach reiflichem Nachdenken dafür erklären, daß Hans Kleist ein Mandat annehme. Unser Übel sitzt recht eigentlich im centro und so lange das der Fall ist, müssen die rüstigen Kämpfer sich auch dort sammeln. Doch möchte ich keinem wünschen im centrissimo zu sein, wie ich." Diesem Gutachten schloß sich der Präsident an. „Bedenken Sie, liebster Freund," schrieb er an Kleist, „die Lage der Dinge ... Da sind Sie nötig. — Sie waren, ehe Sie

---

zeichnung Leopold Gerlachs, 10. Februar und 8. April 1852; Kleist an Schede, 23. Dezember 1858; Senfft-Pilsach an König Friedrich Wilhelm, 9. Mai 1853, betr. Hebung des Stettiner Handels, Abschrift im F.A.

Oberpräsident wurden, eine politische Notabilität (mein politischer Vater) und sind nur auf diesem Wege Oberpräsident geworden. Ihr allgemeiner politischer Charakter ist und bleibt das prius; den, mit allem was daran hängt, sind Sie dem Vaterlande und dem Könige schuldig. Ohnehin bleibt Ihnen das Niederlegen des Mandats immer noch offen — nicht aber, wenn Sie nicht gewählt sind, der Eintritt. Also, kommen Sie!" Dies schlug durch. Kleist nahm die Kandidatur an, veranlaßte außerdem die Aufstellung Ludwig Gerlachs für die zweite Kammer in seinem Kreise und wurde mit diesem und dem im Neustettiner Kreise begüterten einarmigen Herrn v. Arnim-Heinrichsdorf am 3. November gewählt. Außerdem suchte er Stahl und den eine Wiederwahl ablehnenden Minister von Westphalen zur Annahme eines Mandats in der 2. Kammer zu bestimmen. Doch hatte er, wie er Ranke anvertraute, die „stille Hoffnung", daß er in der Kammer nicht viel nötig sein würde. Einen Augenblick gewann es den Anschein, als wenn er sehr in Anspruch genommen werden sollte. Denn der diesmal auch in die Kammer gewählte Kabinettsrat Markus Niebuhr und Graf Eberhard Stolberg betrieben es, daß die Rechte Kleist als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl vorschlug. „Von allem Hin- und Herreden war der Schluß, daß Sie der einzige seien, den man aufstellen könne", teilte ihm Niebuhr am 11. November mit. Es war ein Schachzug der Rechten gegen Manteuffel, der seinen Bruder, den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, zum Präsidenten haben wollte. Graf Eberhard Stolberg glaubte sogar seinen Schwager durch die Wahl zum Kammerpräsidenten in seiner amtlichen Stellung stützen zu müssen. Schließlich wurde, am 7. Januar 1853, nicht Kleist, sondern der Kandidat der Liberalen, Graf Schwerin-Putzar, gewählt. Beide erhielten 154 Stimmen. Das Los entschied für Schwerin.

Im Verlaufe der Tagung zeigte es sich, daß Kleist tatsächlich durch seine amtlichen Geschäfte zu sehr abgehalten wurde, um noch eine nennenswerte Rolle in der Kammer spielen zu können. Nur durch zwei Begebenheiten, die sich außerhalb der Kammer ereigneten und bei denen der Gegen-

satz zwischen ihm und dem Prinzen von Preußen den springenden Punkt bildete, wurde die Tagung für ihn von Bedeutung. Seit Jahren übten die pommerschen Abgeordneten den Brauch, dem Prinzen von Preußen als dem Statthalter ihrer Provinz ihre Aufwartung zu machen. Das geschah auch am 27. April 1853. Geführt von dem Präsidenten der Kammer Grafen Schwerin und begleitet von dem jüngst ernannten Oberpräsidenten der Provinz v. Senfft-Pilsach erschienen die Abgeordneten vor dem Prinzen. Dieser hielt die Gelegenheit für angebracht, um einen heftigen Vorstoß gegen die damals zur Beratung stehende Gemeindeordnung zu machen und die Konservativen seinen Zorn fühlen zu lassen. Er meinte, diese hätten nichts gelernt und nichts vergessen; im Jahre 1848 habe man offenbar der Selbstverwaltung zu viel Spielraum gewährt, jetzt gehe man nach der anderen Seite zu weit. Preußen sei auf den gemäßigten Fortschritt basiert. Wohlgefällig hörten die wenigen anwesenden Vertreter der Linken, insbesondere Graf Schwerin, das Gewitter an, das über die Mitglieder der Rechten niederging. Einen kurzen Augenblick schwiegen die so ungnädig Angelassenen betroffen, bis plötzlich Hans v. Kleist-Retzow das Wort nahm und gegen den Prinzen, der gemeint hatte, man hätte die Städteordnung vom Jahre 1808 beibehalten müssen, schlagfertig anführte, gerade der Präsident Gerlach hätte einen Antrag im Sinne der Städteordnung eingebracht. Auch sonst verteidigte er mutig seine Partei. Die schroffe Absage des Prinzen an die Konservativen verfehlte nicht, großes Aufsehen im Lande zu machen. Auf der Linken herrschte lauter Jubel. Man sprach von einem vollständigen Bruche des Prinzen mit der Rechten. Die Konservativen zeigten sich gedrückt. Dem Prinzen aber taten seine Worte alsbald leid; er erklärte das, was die Zeitungen meldeten, für falsch, und es geschah wohl in seinem Sinne, wenn alsbald beschwichtigende Berichte über den Auftritt in Umlauf kamen. „Der Prinz ist entschieden verlegen über das, was er den Pommern gesagt", notierte Leopold Gerlach am 8. Mai. Aber noch lange gingen die Liberalen mit den vom Prinzen auf jener Audienz gebrauchten Worten hausieren;

selbst maßvollere Männer wie Theodor Bernhardi und Vincke-Olbendorf benutzten noch in den Jahren 1857 und 1858 jenes Gespräch, um den Prinzen in boshafter Weise gegen Kleist und die Konservativen aufzuhetzen [1]).

Wenige Tage nach dem Empfang der Pommern sollte auch ein Empfang der rheinischen Abgeordneten erfolgen. Er war offenbar als eine Gegenkundgebung der Rheinländer gedacht, bei denen bisher noch nicht der Brauch bestand, regelmäßig eine Audienz bei dem Prinzen nachzusuchen. Vergeblich suchte der Graf Anton Stolberg dem Prinzen von diesem Empfange abzuraten. Dieser hielt es in der Kampfesstimmung, in der er sich damals befand, nicht nur für sein Recht, was unbestreitbar war, sondern auch für seine Pflicht, die Rheinländer zu sprechen. Als Kleist von dem Bevorstehen des Empfanges erfuhr, dachte er der Gegenkundgebung die Spitze dadurch abzubrechen, daß er um die Erlaubnis nachsuchte, selbst dabei anwesend zu sein. Der König, den er zuerst deswegen anging, versagte sie begreiflicherweise. So fuhr Kleist am Morgen des Tages, es war am 8. Mai, einem Sonntage, im Einverständnis mit Leopold Gerlach zum Prinzen nach Babelsberg und stellte diesem vor, da der Prinz zu Westfalen dieselbe Stellung wie zum Rheinlande einnehme, müsse das Erscheinen der Rheinländer allein notwendig auffallen, und wenn der Oberpräsident nicht dabei wäre, als gegen diesen gerichtet betrachtet werden. Der Prinz sah ihn an und meinte, Kleist sei doch weder rheinischer noch westfälischer Abgeordneter. Da machte dieser geltend, daß auch bei dem Empfang der Pommern der Oberpräsident v. Senfft mit Bewilligung des Prinzen zugegen gewesen wäre, und ersuchte den Prinzen ihm seine Stellung als Beamter des Königs nicht zu erschweren, was überhaupt mit der Stellung des Prinzen unvereinbar sei. Der Prinz entgegnete nicht gerade gnädig, er sei nicht schuld daran, wenn der Empfang als Demonstration aufgefaßt werden würde, und meinte, durchaus nicht mit Unrecht, er glaube den Herren, die ihn um die Audienz gebeten hätten, Kleists Gegen-

[1]) Tagebücher Theodor v. Bernhardis II, 166, 168, 358; III, 39. Aufzeichnungen Leopolds und Ludwigs v. Gerlach, sowie Kleists.

wart nicht aufzwingen zu können. Kleist versetzte wieder schlagfertig, er könne ihnen aber ohne sie den Empfang verweigern und einen dahingehenden Wunsch aussprechen. Und nun spielte er seinen Haupttrumpf aus: „Er glaube als Diener des Königs ein Recht darauf zu haben, dies zu beanspruchen; wolle der Prinz das nicht anerkennen, so dürfe er gewiß persönlich mit Beziehung auf die Adresse der Stände des Belgarder Kreises an ihn im Jahre 1848 darum bitten." Nun war der Prinz entwaffnet. Sein weiches Herz regte sich in ihm und gewann die Oberhand. Kleist schildert selbst in seinen Erinnerungen den Vorgang nach Wiedergabe jener seiner Worte gegen den Prinzen: „Lange Pause — in welcher die Gedanken rechte Zeit hatten, zu Gott emporzusteigen, und von dem gnädigen Gott wieder zu Seiner Königlichen Hoheit herniederstiegen. Denn plötzlich nahm er eine Feder, ging an ein Stehpult und sagte: „Sie wünschen also, daß ich schreibe, ich wolle, daß gleichzeitig die westfälischen Abgeordneten zu der Audienz aufgefordert würden, und daß Sie als Oberpräsident der Rheinprovinz bei der Audienz zugegen seien." Kleist bejahte dankbar. Der Prinz schrieb und übergab Kleist selbst den Brief zur Besorgung. „Das war Gnade und Freude", bemerkte der Sieger in diesem denkwürdigen Gespräch unter vier Augen, als er den Vorgang achtzehn Jahre später zu Papier brachte. Niemand wird sich der Hochherzigkeit verschließen können, die der spätere erste deutsche Kaiser in jener Stunde bewies. Aber auch der beharrlichen und trotzigen Energie, mit der der pommersche Junker hier einem stolzen Fürsten gegenübertrat, im Gefühl, was er seiner Stellung als hoher Beamter seines Königs schuldig sei und was er um den Prinzen verdient habe, wird man seine Bewunderung nicht versagen. Größer als Kleist zeigte sich freilich der Prinz von Preußen, indem er sich im Gefühl alter Dankbarkeit selbst überwand. Kleist selbst fühlte sich etwas beschämt durch die Güte des hohen Herrn und machte sich später innerlich Vorwürfe über den „Kitzel von Energie", von dem er sich hierbei vielleicht habe treiben lassen.

Die Audienz fand darauf am Abend des Tages im Bei-

sein Kleists statt, nachdem dieser das Schreiben des Prinzen an den Führer der rheinischen Abgeordneten, den Vorsitzenden des rheinischen Provinziallandtages Waldbott v. Bassenheim abgegeben hatte. Über ihren Verlauf sind wir nicht unterrichtet. Möglich, daß der Prinz auf ihr, wie Varnhagen erfahren haben wollte, Kleist geschnitten hat. Bald danach brach wieder eine Mißstimmung des Thronfolgers gegen den kecken Junker durch. Es war ihm hinterbracht worden, Kleist habe Waldbott bei Übergabe jenes Schreibens zur Zurückziehung der ganzen Audienz zu veranlassen gesucht. Dies erregte seinen heftigsten Zorn. Er setzte am 14. Mai in einem Handschreiben Kleist deswegen in höchst ungnädiger Weise zur Rede und tadelte es mit herben Worten, daß der Oberpräsident überhaupt mit Waldbott über die Angelegenheit gesprochen habe. Kleist wies mit trotzigem Freimut sofort nach Eingang des Schreibens von Kieckow aus die Vorwürfe des Prinzen zurück. Der Prinz habe ihm nicht befohlen, mündliche Mitteilungen an Waldbott zu unterlassen, diese wären auch gar nicht zu umgehen gewesen, da er Waldbott von dem geschichtlichen Verlauf der Sache habe Kenntnis geben müssen. „Ohne einen derartigen speziellen Befehl muß ich untertänigst bitten, mir die Beurteilung des richtigen Moments der Unterredung, in welchem eine schriftliche Ordre auszuhändigen ist, auch für etwaige künftige Fälle zu überlassen. Eure Königliche Hoheit tun mir ungehört unrecht, wenn Hochdieselben mir Vorwürfe darüber machen, daß ich Herrn v. Waldbott gesagt habe, ob er nicht die ganze Audienz rückgängig machen wolle. Vielmehr habe ich ihm gesagt: Eure Königliche Hoheit hätten geäußert, Höchstdieselben wollten, daß die Audienz ganz unterbliebe, wenn in meiner Ausschließung von ihr eine tendenziöse Absicht gegen mich liegen solle. Es waren dies die Worte, welche Eure Königliche Hoheit die Gnade hatten, am Schlusse meiner Audienz Höchstselbst als diejenigen zu bezeichnen, welche Höchstdieselben an Herrn von Waldbott zu schreiben beabsichtigten“[1]). Man glaubt die kühne Sprache des wackern Junkers

[1]) Konzept Kleists vom 21. Mai 1853 im F.A.

Marwitz zu vernehmen, wenn man dies liest. Nur fühlte sich Kleist hier nicht als Vertreter der eigenen Interessen, sondern als Vertreter seines königlichen Gebieters. An solchen Beispielen wird aber klar, daß die Charaktere dieser beiden Junker aus einem Holze geschnitzt gewesen sind.

Die Audienz der rheinischen Abgeordneten war der letzte parlamentarische Akt von einiger Bedeutung, bei dem Kleist als Mitglied der zweiten Kammer mitwirkte. Bald danach machte sich bei ihm gebieterisch das Bedürfnis geltend, sich aus der Kammer zurückzuziehen und sich ganz auf sein Amt als Oberpräsident zu beschränken. Westphalen schob ihm seltsamerweise abermals die Entscheidung darüber zu, und nun entschloß Kleist sich zur Niederlegung. Sein Entschluß fand jetzt auch die Billigung des Präsidenten Gerlach. In einem warmen Schreiben an seine Wähler bat Kleist diese, ihn von dem ihm durch sie erteilten Auftrage zu entbinden. „Ich kann keinem ganz dienen, keinem, wie ich es von mir selbst verlange, und das ist auf die Dauer unerträglich." Zu seinem Nachfolger empfahl er Hermann Wagener. „Er war es, welcher im Jahre 1848 unter dem Zeichen des Eisernen Kreuzes zuerst den Wahlspruch wieder erhob ‚Vorwärts mit Gott für König und Vaterland'. Er hat ihm gedient mit völligster Aufopferung seiner selbst"[1]). Am 18. Oktober 1853 legte er sein Mandat nieder und schied damit einstweilen aus der Tätigkeit, durch die er emporgestiegen war.

In der Verwaltung zu Koblenz wurde es je länger je mehr Kleists Bestreben, sich mit ihm zusagenden Beamten zu umgeben. Insbesondere tastete er nach einem geeigneten Vertreter an Stelle Spankerens. Diesen suchte er auf alle Weise fortzuloben, schlug ihn für das Regierungspräsidium in Minden und für das in Arnsberg vor und hatte damit nicht allzuviel Mühe. Im Oktober 1854 wurde Spankeren in der Tat Präsident in Arnsberg. Ganz anders gestaltete sich die Wahl des

[1]) Konzept im F.A.

Ersatzmanns. Da hat es wieder die heftigsten Kämpfe gegeben. Die richtige Persönlichkeit wäre Delius gewesen. Dieser war auch der Kandidat des Prinzen von Preußen. Er hatte schon seit dem Jahre 1850 eine ihm auf den Posten Hoffnung machende Zusicherung Manteuffels erhalten und bewarb sich darum, sobald er davon erfuhr, daß Spankeren versetzt werden sollte, amtlich bei dem Ministerpräsidenten unter Berufung auf jene Zusicherung, erstattete auch an Kleist von seiner Bewerbung Anzeige. Zu seinem Unglück nahm Kleist diesen trefflichen Beamten nicht. Er hoffte vielmehr erst, einen Geheimen Regierungsrat Scherer im Ministerium des Innern zu bekommen. Daraus wurde aber nichts. Da verfiel er auf seinen Freund Hermann Schede und begann mit seiner ganzen Hartnäckigkeit für dessen Berufung zu kämpfen. Manteuffel war dagegen. Auch Leopold Gerlach hielt Schede mehr zum Konsistorialpräsidenten geeignet. Westphalen zeigte sich nur vorübergehend bereit, diesen Wunsch Kleists zu erfüllen. König Friedrich Wilhelm kam nicht zum Entschluß, nicht nur, weil die Minister gegen Schedes Berufung waren, sondern auch weil er stark von den Freunden des Oberregierungsrats Delius, insbesondere vom Prinzen von Preußen bearbeitet wurde. Da gab Oberpräsident Senfft v. Pilsach vermöge seines außerordentlichen Einflusses auf den König schließlich der Sache eine für Kleist günstige Wendung. Am 26. September 1854 schrieb er diesem, daß er wegen Schede gründlich mit dem Könige gesprochen habe, „der entschieden auf Deine Wünsche einging und in meiner Gegenwart Illaire auftrug, ihm in dem Sinne Deiner Wünsche eine Kabinettsordre vorzulegen." Mehrere Wochen darauf erkannte Senfft aber, daß die Sache wieder nicht vom Fleck kam: „Für Schede habe ich tapfer gefochten, noch vorgestern beim Könige, ich glaube auch, daß Du gegen den Willen der Minister diese Ernennung durchsetzest, und daß dieselben nachgeben, wenn der König an Seiner Ansicht festhält." Er riet Kleist aber, schleunigst nach Berlin zu kommen und die Angelegenheit mit Energie selbst in die Hand zu nehmen. Kleist reiste darauf wirklich ab und trug in Sanssouci dem Könige sein Gesuch für Schede am 13. No-

vember, wie Leopold Gerlach buchte, „sehr dringend und hübsch“ vor. Nun endlich vollzog Friedrich Wilhelm unter dem 25. November das Patent für den Freund Kleists und beendigte damit einen fast zweijährigen Kampf. Noch am 25. Oktober hatte der Prinz von Preußen an den Ministerpräsidenten geschrieben: „Nochmals nicht Schede, sondern Delius als Vizepräsidenten nach Koblenz. Dieser hat Ihr Versprechen.“

Kleist war glücklich und dankte Gott. Leider sollte sich aber die Wahl, die er getroffen, bald, wie Schede selbst schnell erkannte, als ein böser Mißgriff erweisen. Schede war ein Berliner Kind, geboren am 9. September 1812, also etwas über zwei Jahre älter als Kleist, ein Mann von reicher Bildung und schöner musikalischer Begabung. Sein Vater war Rechtsanwalt am Kammergericht. Das Haus seiner Eltern stand neben dem der Gerlach an der katholischen Kirche. Kein Geringerer als Zelter hatte seine Vorliebe für die Musik genährt. Der Vater stand mit den Gebrüdern Tieck, Chamisso, Fouqué und Schleiermacher in nahem Verkehr. Auf dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium hatte der junge Schede mit Otto Bismarck zusammen Unterricht genossen. Dessen damalige „schlanke, hochgewachsene“ Gestalt, die „einer Gemse oder Gazelle ähnlicher war wie einem Eichenstamm“, schwebte ihm noch im Alter lebhaft vor. Den Konfirmandenunterricht erteilte ihm Schleiermacher, der einen großen Eindruck auf ihn hinterließ. Durch Zelter als junger Student an Goethe empfohlen, besuchte er diesen in Weimar. In Heidelberg wurde er Saxoborusse, zusammen mit Johann Jacoby, dem späteren Demokraten. Noch als Auskultator hatte er ein Duell, wurde aber bald Gegner des Zweikampfes. In Halle kam er unter den ihn überwältigenden Einfluß Ludwig Gerlachs. Nach Halberstadt versetzt, verheiratete er sich dort mit der Tochter des Biographen Thaers, Körte. Diesen will er davon überzeugt haben, daß Thaer der Verfasser des Lessing zugeschriebenen Aufsatzes „Die Erziehung des Menschengeschlechts“ sei. Nach längerer richterlicher Tätigkeit in Greifswald kam er als Hilfsarbeiter ins Ministerium des Innern und von dort ans Konsistorium in Magdeburg, sodann an die Regierung zu Marien-

werder, und schließlich wurde er (seit 1851) als Geheimer Regierungsrat im Handelsministerium beschäftigt. Wie kein zweiter stand er in innerer Gesinnungsgemeinschaft mit Kleist, insbesondere in kirchlichen Dingen. Er war nur noch ausgeprägter konfessionell lutherisch als dieser und dabei, offenbar von Ludwig Gerlach beeinflußt, der römisch-katholischen Kirche zugänglicher als sein Freund. Zu diesem fühlte er sich besonders durch dessen „reiche Liebesfülle" hingezogen. Als Kleist ihn rief, wollte er sich ihm als treuer Freund nicht versagen; anfangs übersah er auch nicht die Koblenzer Verhältnisse. War der sehr kluge, arbeitsame und wohlwollende Mann Kleist an Vielseitigkeit der Bildung und wissenschaftlichem Sinne überlegen, so konnte er dafür in keiner Weise als repräsentative Natur gelten und eignete sich schon darum nicht für den Posten, zu dem ihn der Freund ausersehen hatte. Er hatte überhaupt etwas Unselbständiges an sich. „Sub altero zu arbeiten schien mir Beruf", hat der Treffliche, der in seinen Erinnerungen mit einer bewundernswerten Objektivität über sich selbst spricht, von sich gesagt. Ihm fehlte auch die Gabe der freien Rede. Seine Frömmigkeit kehrte er bei den Geschäften noch viel mehr hervor, als es Kleist zu tun pflegte, so daß er oft selbst auf Näherstehende abstoßend wirkte, so aufrichtig diese Frömmigkeit war. Zudem sprach aus dem ganzen Mann eine durchaus irenische Natur, die, da er dabei nicht das Zeug zum Diplomaten besaß, auf dem heißen Koblenzer Kampfplatz in eine üble Situation geriet. Und schließlich paßte sein Wesen noch weniger als das Kleists zu dem rheinischen. So mußte Schede sich schwer unglücklich in Koblenz fühlen und hat still dem Freunde zuliebe viel gelitten.

Eine andere Persönlichkeit, die Kleist näher an sich heranzog, war der katholische Regierungsrat Halm, der der Koblenzer Regierung schon lange, ehe Kleist an den Rhein versetzt wurde, angehörte. Kleist und Schede hielten ihn trotz seines strengen Katholizismus für einen durch und durch preußisch und konservativ gesinnten aufrichtigen Beamten, und auch Wichern hatte von ihm einen guten Eindruck. Unter seinen Amtsgenossen besaß der hagere schwerhörige Mann aber wenig Zuneigung,

was Kleist auf Mißgunst schob, die Halm dadurch erwachsen wäre, daß er von allen Oberpräsidenten mit Ausnahme Auerswalds wegen seiner Tüchtigkeit häufig mit Aufträgen bedacht worden sei. In Wahrheit scheint es sich bei Halm, dessen Bruder Domkapitular in Köln war, um einen geschmeidigen Herrn gehandelt zu haben, der seine arglosen Vorgesetzten Kleist und Schede zu betören wußte und der lediglich die Geschäfte der römischen Kirche zu besorgen suchte. Schede schätzte in ihm besonders seine Vertrautheit mit Personen und Verhältnissen. Als Kleist Senfft-Pilsach um Fürsprache für Halms Ernennung zum Oberregierungsrat beim Könige nachsuchte, warnte ihn dieser ausdrücklich vor diesem seinem Schützling, der ihm von verschiedenen Seiten als ein unzuverlässiger Gehilfe Kleists geschildert werde. Halms Briefe an Kleist machen auch einen durchaus unaufrichtigen Eindruck. Doch wußte Kleist es mit seiner beharrlichen Energie, allerdings wieder erst nach langem Kampfe, durchzusetzen, daß der gewandte und energische Mann die Leitung der Abteilung des Innern in der Regierung erhielt und bald einen weitgreifenden, gefürchteten Einfluß in der Provinz gewann. Seine Beförderung scheint Halm etwas aus dem Gleichgewicht gebracht zu haben. Denn als er in vertraulichem Gespräche mit einem evangelischen Geistlichen, mit dem er von der Universität her befreundet war, zusammen saß, fragte er diesen zu dessen Entsetzen hochmütig: „Was ist eure evangelische Kirche? Siehe, ich, der Katholik, habe sie in meiner Hand." Kleist gebrauchte ihn zur Bearbeitung der katholischen Presse. Hoch hatte er es ihm angerechnet, daß er für ihn in der „Deutschen Volkshalle" bei der Gebetsfrage auf dem Provinziallandtage Partei ergriff. Schon im Jahre 1853 suchte er ihm im Wetzlarer Kreise ein Mandat für die Zweite Kammer zu verschaffen, wodurch er indes die ausgesprochen evangelische Bevölkerung jener Gegend tief verstimmte. Er führte statt dessen bei einer Nachwahl im Kreise Bonn Halms Wahl herbei. Daß Halm einen unheilvollen Einfluß auf die Haltung des Oberpräsidenten bei den Wahlen ausübte, gab selbst Schede zu. Ein vielberufener Wahlerlaß Kleists an alle Bürgermeister der Provinz

im Jahre 1855 ist auf den Vorschlag Halms zurückzuführen. Kleist war selbst nicht ganz behaglich dabei. Doch in seinem Eifer und seiner Kampfesfreude hatte er sich dazu verstanden. Halm behauptete sich noch einige Jahre nach Kleists Fortgang von Koblenz in seiner Stellung als Dirigent der wichtigen Abteilung des Innern, bis er in der Konfliktszeit beseitigt wurde. Damals suchte sich der Trierer Dompropst Holzer seiner vergeblich anzunehmen. Er schrieb an Kleist: „Auerswald und Schwerin haben unter den Instigationen von Damenzungen den tüchtigsten Mann der Koblenzer Regierung, Halm, lahm gelegt, und niemand denkt daran, dem Mann und der Sache Genugtuung zu leisten. Das Banner für des Königs Sache wird dort keiner erheben, so lange der entschiedene, tatkräftige Halm fehlt“ [1]).

Glücklicher als mit diesen beiden Hauptgehilfen war Kleist in der Wahl jüngerer Kräfte. Sie stiegen großenteils später zu hohen Würden empor. Von der trefflichen Arbeitskraft des Assessors v. Gärtner, die er vorfand, trennte er sich bald, weil er Gärtner zur Beförderung vorschlagen zu müssen glaubte. Dafür gewann er in dem späteren Unterstaatssekretär Eck einen ausgezeichneten Ersatz. Ebenso zog er seinen Freund de la Croix an sich heran. Einer seiner besten Gehilfen wurde ferner der Landrat des Kreises Kreuznach, v. Jagow, der nachher zum Minister des Innern ernannt wurde. Ebenso erlebte er an Berthold Nasse, dem nachmaligen langjährigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, große Freude. Andere Kräfte, deren er noch später mit Vergnügen gedachte, waren der nachmalige Detmolder Minister v. Oheimb, der Assessor

[1]) Halm: Schedes und Kleists Aufzeichnungen. Senfft-Pilsach an Kleist, 4. November 1854. — Kleist an Schede, 18. September 1855. — Illaire an Kleist, 9. April 1855. — Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. II, Sekt. 2, Lit. D, Nr. 892. — Pfarrer C. A. Schapper in Kleinrechtenbach an Kleist, 24. November 1858. — Dompropst Holzer an Kleist, 19. Juli 1863. — Briefe Halms an Kleist. — Wichern, Briefe u. Tagebuchblätter II, 17. August 1857. — Rudolf Back, Friedrich Back, Lebensbild eines Hunsrücker Pfarrers. Berlin u. Neuwied 1889, S. 52. — Kladderadatsch beim Abgang Kleists, 1858. — Louis Berger, Der alte Harkort, 3. Aufl., S. 546.

v. Quadt, die Referendare v. Kröcher, v. Sommerfeld, v. Helldorff, v. Massenbach, Graf Kleist. Wichtig wurde auch die Mitarbeit des Regierungsassessors Gustav v. Diest, dessen Bruder Otto in Elberfeld das Landratsamt bekleidete. Unter den Landräten jener Zeit rühmt Schede vor allen den des Adenauer Kreises Fonk, der sich durch seine rastlose Tätigkeit zur Hebung jener armen Gegend unendlich verdient gemacht habe. Oft hatte Kleist seine liebe Not mit dem Material, das ihm vom Ministerium geschickt wurde. Mit Händen und Füßen suchte er sich einmal eines vornehmen Herrn zu erwehren, der aus dem Osten kam und ein Landratsamt erhalten sollte, aber nach dem Ermessen des Oberpräsidenten den an ihn zu stellenden Ansprüchen nicht genügte. Wenn die aus dem Osten kommenden Beamten Blößen darböten, setzte er Westphalen auseinander, so wirkten derartige Versetzungen ganz besonders nachteilig. „Solche Beispiele werden Menschenalter hindurch angeführt." Trotzdem wurde der Beamte ihm aufgezwungen; er mußte nachher sehr bald verabschiedet werden [1]). Die jungen beim Oberpräsidium beschäftigten Beamten wurden von Kleist sehr zur Arbeit herangenommen, und mancher, so Gustav Diest, hat oft zu seufzen gehabt unter der ihm aufgebürdeten Geschäftslast. Aber der Oberpräsident schonte sich selbst am wenigsten. „Ganz dienstlicher Pflichteifer; wenn er einmal bei den Akten sitzt, so kennt er keinen Menschen mehr", schreibt Bismarck gelegentlich über ihn. Die Gehilfen, die sich Kleist erwählte, hingen an ihrem Oberpräsidenten mit großer Verehrung und Liebe, insbesondere Eck. Sie erkannten alle in ihm die glühende Vaterlandsliebe und die selbstlose, aufopfernde Tätigkeit im Dienste des Königs.

Die Hauptaufgabe, die Kleist bei seiner Ernennung zum Oberpräsidenten übernommen hatte, das Werk der Schaffung einer neuen Gemeindeordnung für die Rheinprovinz, war,

---

[1]) Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. II, Sekt. 2, Lit. D, Nr. 847.

nachdem der Provinziallandtag sich für den Erlaß einer solchen neuen Gemeindeordnung ausgesprochen hatte, mittlerweile von Kleist kräftig gefördert worden. Er hatte sich bald überzeugt, daß die für die Monarchie ergangene nivellierende Gemeindeordnung vom 11. März 1850 auch für die Rheinprovinz ein Unding war, ganz im Sinne von W. H. Riehl, der sie „monströs" nannte, und hatte sich entschlossen im allgemeinen auf die in der Provinz beliebt gewordene rheinische Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845 unter Beseitigung einiger in dieser beobachteten Mängel zurückzugreifen. Es kam ihm vor allem darauf an, den von der Gemeindeordnung von 1850 gänzlich ignorierten Unterschied von Stadt und Land wieder zur Geltung zu bringen. Zwar besteht am Rhein seit alters vielfach die Erscheinung, daß die Grenzen zwischen Stadt und Land kaum zu erkennen sind, eine Erscheinung, die häufig genug von den aus dem Osten an den Rhein versetzten Beamten nicht richtig gewürdigt worden ist, die freilich auch nicht gesund genannt werden kann. Solche Städte oder Dörfer, von denen man nicht recht zu urteilen vermag, was sie darstellen, sind nach Riehls zutreffendem Worte „Zwittergestalten, die der Teufel gesegnet hat", und gehören zu den zweifelhaften Errungenschaften höherer Kultur. Aber neben derartigen Unklarheiten gab es doch noch genügend klare Verhältnisse. Der Unterschied zwischen den armen Eifeldörfern und den großen unermeßlich reichen Stadtgemeinden am Rheine springt auch dem Blöden ins Auge, und es war ein schwer begreiflicher Fehlgriff des Liberalismus, den Eifeldörfern dieselbe Gemeindeverfassung zu geben, wie Städten von der Größe Kölns und Düsseldorfs. Die kleinen Gemeinden sahen sich einfach nicht im stande, den an sie gestellten Anforderungen selbständiger Verwaltung zu genügen. Kleist fand dem gegenüber, daß die Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845 aus dem Geist und den Bedürfnissen der Rheinprovinz hervorgegangen sei. Er betrachtete die Zerstörung der auch nach seiner Meinung für die Rheinprovinz charakteristischen und sehr nützlichen Samtgemeinde durch die Gemeindeordnung von 1850 für einen ganz verhängnisvollen Mißgriff, weil da-

durch die Verwaltung der Sondergemeinden in die Hände von Ortsvorstehern gelegt worden sei, die meistens vollständig unfähig für die Verwaltung wären. Bei dem Reichtum einzelner, auch kleinerer Gemeinden war eine größere Geschäftskenntnis und Vorbildung erforderlich, als die meisten dieser Ortsvorsteher besaßen. Das hatte zur Folge, daß vielfach Verwirrung und schiefe Verhältnisse entstanden. In der früheren zum Zwecke der Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen aus mehreren Einzelgemeinden gebildeten Samtgemeinde erblickte Kleist geradezu den gegebenen vornehmlichen Träger der rheinischen Selbstverwaltung im Gegensatze zu der Kreisverwaltung der übrigen Provinzen. Ein anderer Mißstand der Gemeindeordnung von 1850 war der niedrige Zensus, der destruktiven Tendenzen Tür und Tor öffnete. Kleist war gewillt, durch einen höheren Zensus das konservative Element wesentlich zu stärken. Sodann beabsichtigte er das Aufsichtsrecht des Staates zu erweitern, um zu verhindern, daß die reichen Gemeinden dem Staate entgegen wirkten, und einer Verschleuderung der Vermögen vorzubeugen. Er wollte ferner den geringen Großgrundbesitz in der Provinz, dessen Einfluß in der Gemeindeordnung von 1850 ganz ausgeschaltet war, wieder mehr zur Geltung bringen. In einem Bericht an den Minister des Innern vom 14. Juni 1853 führte er aus: „Der Charakter des Rheinländers verlangt ein starkes und entschiedenes Regiment, und ihm würde es als Schwäche erscheinen, wollte die Staatsregierung einen Zustand länger bestehen lassen, dessen Charakteristik sich in kurzen Worten dahin stellt, daß in dem größten Teile der Provinz eine Gemeindeordnung besteht, welche von der Staatsregierung, dem Provinziallandtage und von den Kammern als höchst nachteilig anerkannt ist." Er hielt mehrmals Konferenzen über die der Regierung zu machenden Vorschläge ab, zu denen er vor allem den Regierungspräsidenten v. Möller und den Landrat v. Jagow hinzuzog. Der Hauptbearbeiter der zahlreichen Berichte und Formulierungen war Halm. Doch erkennt man überall, daß dieser nach Kleists Weisungen verfuhr. Oft genug korrigierte der Oberpräsident wichtige Stellen hinein. Seine Ideen wurden in der Kammer

liberalerseits insbesondere von seinem Vorgänger Auerswald und dem Rheinländer Diergardt, ultramontanerseits von Mallinckrodt und A. Reichensperger, im Ministerium von dem ebenfalls vom Rhein stammenden Justizminister Simons und beim Könige selbst durch den anscheinend von dem Grafen Fürstenberg-Stammheim und von Auerswald beeinflußten Prinzen von Preußen bekämpft. Er war sich aber seines richtigen Weges nur zu wohl bewußt. Dem Präsidenten Möller schienen die Kleistschen Vorschläge noch zu liberal. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern hielten zu Kleist. Dieser zog auch Riehl zu Rate. Auf das Gutachten dieses „die Provinz nach allen Seiten durchstreifenden" Publizisten wies er gelegentlich den Freiherrn v. Manteuffel ausdrücklich hin. Nachdem schon zu Anfang des Jahres 1853 heftige Kämpfe wegen der Sache in den Kammern stattgefunden hatten, drängte sie im Frühjahr 1856 zur Entscheidung. Kleist spannte alle Segel an, um diese nach seinem Sinne zu gestalten. Er stand fortdauernd mit seinem Parteigenossen v. Klützow darüber in Schriftwechsel. Zuguterletzt kam man überein, noch eine besondere Städteordnung für die Rheinprovinz zu entwerfen, die für die Städte über 10000 Einwohner von vornherein, für die übrigen dispositiv gelten sollte. Zu Kleists Verdruß nahm der sonst in diesen Fragen innerlich mit ihm ganz übereinstimmende Landrat v. Jagow bei den Verhandlungen mehrfach eine von der Auffassung des Oberpräsidenten abweichende Stellung ein, und er verfehlte nicht, diese Selbständigkeit seines Landrats sofort zu rügen. Mißlicher mußte ihm die Einsprache des Prinzen von Preußen sein. Der schrieb auch an Manteuffel in den schärfsten Ausdrücken über Kleist und sprach die Befürchtung aus, daß man sich durch die beabsichtigte Neugestaltung die Provinz auf Jahre hindurch entfremden würde, was bei der unruhigen französischen Nachbarschaft hochbedenklich sei. Seinen königlichen Bruder suchte der Prinz zu bewegen, die Vorlagen noch während der Beratungen im Landtage zurückzuziehen. Nach einem achttägigen Kampfe nahm das Abgeordnetenhaus schließlich am 15. April 1856 mit einer stattlichen Mehrheit eine Novelle zu der Gemeindeordnung von

1845 im Sinne Kleists an. Voller Genugtuung schrieb dieser an den Ministerpräsidenten, indem er ihn zugleich zu kräftiger Weiterverfolgung der Sache anspornte: „Sie fühlen, daß hier ein Hauptprinzip ihrer Gleichmacherei gebrochen werden soll, welches sich bereits hier eingenistet hatte; deshalb der allgemeine Angstschrei der Liberalen und Ultramontanen" und hob treffend als Grund des Widerspruchs der Ultramontanen gegen die Städteordnung den höheren Zensus hervor. Kaum hatte er seine ausführliche Darlegung der Sachlage an Manteuffel abgehen lassen, da erhielt er von Klützow im Auftrage Westphalens die dringende Aufforderung, sich persönlich in Berlin zur Betreibung der Angelegenheit einzufinden. Er reiste ab und wurde am 9. Mai zu einem Kronrat hinzugezogen; außer ihm und den Ministern nahm daran noch teil der Prinz von Preußen. Es gab einen harten Kampf, dessen Ausgang nicht nur die Gerlach, sondern auch am Rhein die Eingeweihten wie Schede und Reichensperger erwartungsvoll entgegensahen. Der Prinz von Preußen glaubte sich auf Möller beziehen zu dürfen. Zu seiner Überraschung holte da Westphalen einen Brief des Kölner Regierungspräsidenten hervor, in dem dieser zur Vollziehung der Gesetze riet. König Friedrich Wilhelm teilte Kleists Ansichten, konnte aber, von entgegenstehenden Einflüssen bestürmt, wieder einmal nicht zum Entschlusse kommen. Die peinliche Sorge, die sein Bruder hatte, daß die Gesetze die Rheinprovinz verstimmen würden, beunruhigte auch ihn. Im Vorzimmer wartend, wurde Kleist von dem vorbeigehenden Prinzen von Preußen hart angelassen, weil er ihn auch zu den Liberalen gezählt habe. Kleist reiste ab, ohne in voller Gewißheit über das Schicksal der Gesetze zu sein. In einer Denkschrift vom 10. Mai suchte er nochmals auf den Monarchen einzuwirken. „Es gilt eine Hauptfestung des Liberalismus. Deshalb allein dessen Geschrei und Gebaren, ohne alle reelle Bedeutung, ohne allen irgend tiefer greifenden Anklang im Lande. Deshalb aber auch die heiligste Pflicht aller, welche dies erkennen, sich nicht dadurch täuschen zu lassen, ihre wahrhaft schwere Verantwortung vor Gott und vor dem Lande, diesen guten Kampf zu Ende und zum Siege zu führen. Es

sind dieselben Leute, welche die Politik Eurer Majestät in der orientalischen Frage mit derselben Heftigkeit angegriffen haben und nachher beschämt schwiegen, aber dankbar sie anerkennen mußten." Auch diese Ausführungen entschieden noch nicht. Der König ließ noch den Präsidenten v. Möller aus Köln kommen. Dieser wiederholte seinen Rat, zu vollziehen. Noch am 14. Mai war alles ungewiß. Endlich, am 15. Mai, vollzog Friedrich Wilhelm die wichtigen Vorlagen, die vierzig der Quartseiten der preußischen Gesetzessammlung füllen. Als er im Herbst wieder die Rheinlande bereiste, überraschte ihn der begeisterte Empfang, der ihm überall bereitet wurde. Er dachte wegen des Erlasses der Gesetze mißmutige Gesichter vorzufinden. Die Gesetze aber bewährten sich, gerade weil sie an die provinziellen Eigentümlichkeiten und an das historisch Gewordene anknüpften. Während in den östlichen Provinzen im Jahre 1891 eine umfassende Neuregelung der Gemeindeordnung stattfand, haben Kleist-Retzows Gemeindeordnungen am Rhein sich behauptet [1]).

Gleichzeitig mit der Entscheidung über die rheinischen Gemeindeordnungen fiel die über eine andere schon lange Jahre schwebende Sache, die Aachener Spielbankfrage.

Bei seinem Regierungsantritt hatte König Friedrich Wilhelm angeordnet, daß die Aachener Spielbank in zwölf Jahren eingehen solle. Seinem sittlichen Gefühle widersprach es, eine derartige Einrichtung zu dulden; er hoffte durch sein Vor-

[1]) Gemeindeordnungen: Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. III. Sekt. 4. Lit. A. Nr. 26. Vol. 8 u. 9. — Aufzeichnungen Kleists. — Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 8, 157. Undatiertes Konzept Kleists zu einem an den König gerichteten Promemoria, dem Inhalte nach am 10. Mai 1856 geschrieben. — Kleist an Manteuffel, 25. April 1856. — Klützow an Kleist, 13. Februar 1853, 24. April 1856. — Kleist an Schede, 6. Mai 1856. — Schede an Kleist, 9. Mai 1856. — Aufzeichnungen Leopold Gerlachs, 16. Mai 1856. — Prinz von Preußen an Manteuffel, 6. Mai 1856, in Denkwürdigkeiten Manteuffels III, 83. — Dumont-Schauberg, Geschichte der Kölnischen Zeitung. — Pastor, A. Reichensperger I, 373. — Reden Kleists in der 2. Kammer, 11. Mai 1852.

gehen zudem anderen Fürsten ein gutes Beispiel zu geben. Im Jahre 1853 sollte nun die Anordnung des Königs befolgt werden. Aber die Stadt bezeigte keine Lust, auf die schöne Einnahme zu verzichten; hatte sie doch in den zwölf Jahren aus der Bank 900 000 Taler für Angelegenheiten bezogen, die sonst aus dem Stadtsäckel bestritten werden mußten. Es regte sich daher großer Widerstand gegen die Aufhebung. Da legte sich Kleist ins Mittel. Nicht oft hat er mit solcher Frische und Freudigkeit gehandelt als hierbei. Ludwig Gerlach konnte nicht umhin, ihm seine Anerkennung auszusprechen. Aber so leicht gewonnen Spiel hatte der Verfechter des königlichen Befehls nicht. Im April 1854 schien es zwar, als ob er seinen Willen durchgesetzt hätte; Senfft-Pilsach schrieb ihm frohlockend: „Daß Du mit der Spiel-, Sünden- und Schandbank in Aachen Ernst machst und ihr ein baldiges Ende bereitest, darüber werden sich die Engel Gottes freuen!" Indes es war noch nicht so weit. Der Prinz von Preußen, der Friedrich Wilhelm befreundete Aachener Historiker Alfred v. Reumont, der Regierungspräsident von Aachen, Kühlwetter, und, wie sich nachher zeigte, der Ministerpräsident, der Minister des Innern, der Justizminister und der Finanzminister befürworteten alle die Wünsche der Stadt. Auf Kleists Seite standen der Kultusminister v. Raumer, der Handelsminister v. d. Heydt, der Kriegsminister Graf Waldersee und der Unterstaatssekretär Karl v. Manteuffel, der im Herbst des Jahres 1854 das Ministerium der Landwirtschaft übernahm. Sie vertraten mit dem Oberpräsidenten die Auffassung, daß die Spielbank gegen das Strafgesetz verstoße und ein ferneres Dulden ein Ding der Unmöglichkeit sei. Karl v. Manteuffel brachte es noch als Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern schließlich so weit, daß die Aufhebung vor der Tür stand. Er betrachtete dies, wie er zu Kleist sagte, „als sein letztes gutes Werk" in seiner damaligen Stellung. Die Aufhebung wurde in der Tat noch in demselben Jahre ausgesprochen, aber alsbald wieder sistiert. Kleist mußte seinen Kampf von neuem beginnen. Bundesgenossen erhielt er in dem Erzbischof von Köln und in dem evangelischen Kirchentag zu Frankfurt a. M. Der König empfand

bei Unterdrückung der Bank insofern einen persönlichen Schmerz, als dadurch der ihm sehr am Herzen liegende Ausbau des Aachener Münsters hinausgeschoben wurde; denn dieser sollte aus den Spielbankeinkünften bestritten werden. Doch hielt er an seinem Ziele fest. Als ihm endlich die vier Minister Otto Manteuffel, Westphalen, Simons und Bodelschwingh im Frühjahr 1856 einen Bericht unterbreiteten, in dem sie in schwer verständlicher Schwäche die Bitte der Stadt befürworteten, verweigerte er die Vollziehung und befahl Vortrag im Ministerrat. So kam diese Sache vor denselben Kronrat, in dem in Gegenwart Kleists und des Prinzen von Preußen über die rheinischen Gemeindeordnungen entschieden wurde. Sie wurde vor der Beratung über diese Gesetze erledigt. Nach einem eindrucksvollen, sehr entschiedenen Vortrage Kleists befahl der König, daß es bei der Aufhebung der Spielhölle bleibe. Kleist bat noch um eine Garnison für Aachen und jährliche Gewährung von 10000 Talern zum Ausbau des Münsters [1]).

Die energische Wirksamkeit Kleists zur Unterdrückung der Aachener Spielbank war so recht im Sinne des väterlichen Regiments, das er auszuüben gedachte. Verwandt damit waren die Werke der inneren Mission, die er während seiner rheinischen Zeit ins Leben rief, die Einrichtung einer Besserungsanstalt für verwahrloste Knaben katholischen Bekenntnisses im Kloster Steinfeld, die Gründung einer ebensolchen Anstalt für evangelische Knaben in St. Martin bei Boppard und eines Magdalenenhauses in derselben schönen Stadt am Rhein. Auch diese Unternehmungen stießen auf mancherlei Schwierigkeiten. Die Provinzialstände verlangten, daß die von dem Oberpräsidenten geplante Gründung einer staatlichen Anstalt für jugendliche Verbrecher nur für katholische Knaben gelten sollte. So faßte Kleist den Entschluß, eine besondere evangelische Besse-

[1]) Spielbank: Aufzeichnungen Kleists. — Ludwig Gerlach an Kleist, 8. Juli 1858. — Senfft an Kleist, 29. April 1854. — Karl v. Manteuffel an Kleist, 2. Oktober 1854. — Kleist an Schede, 6. Mai 1856. — Sten. Berichte des Reichstages, 29. Mai 1883, S. 2624. — Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 8, 157. — Reumont, Aus Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen S. 427 f.

rungsanstalt ins Leben zu rufen, und setzte sich deswegen mit seinem Freunde Wichern und dem Finanzminister v. Bodelschwingh in Verbindung. Bei Wichern fand er, obwohl sein Einvernehmen mit ihm seit seinem Zerwürfnisse mit Bethmann-Hollweg nicht mehr so herzlich wie früher war, tatkräftige Hilfe, nicht aber bei dem eigensinnigen Bodelschwingh. Zwar verstand sich dieser schließlich dazu, die Mittel für den Ankauf des Grundstücks von St. Martin herzugeben. Die Mittel für die Einrichtung der evangelischen Anstalt mußte sich Kleist indes von den Ständen erbitten, und er hatte das Glück, sie im Herbst 1854 bewilligt zu erhalten. Nun aber traten Schwierigkeiten bei der Organisation der Verwaltung von St. Martin ein und es kam darüber im Herbst des Jahres 1857 zu einer Auseinandersetzung zwischen Wichern und Kleist. Doch beseitigte Wichern mit rühmenswerter Hoheit und Friedfertigkeit Verstimmungen und Mißverständnisse Kleists, den er, wie er sich ausdrückte, „nicht bloß hochverehrte, sondern was viel mehr ist und vor Gott allein etwas bedeutet, als einen Bruder im Herrn lieb hatte". Die letzte der drei Schöpfungen, das Magdalenenhaus in Boppard, fand beim Kultusminister Unterstützung, weniger bei Bodelschwingh. Bei ihr half die Frau Oberpräsident eifrig mit. Auch die Provinzial-Taubstummenschulen zu Brühl und Neuwied verdanken Kleist ihre Entstehung. Ein großes humanitäres Werk, das er ins Leben rief, war ferner die Provinzialhilfskasse zu Köln. Auf diese Werke blickte er in späteren Jahren immer mit besonderer Freude zurück [1]).

Eine seiner Hauptbestrebungen zielte dahin, die Bevölkerung der sozialen Wohltat des Sabbats teilhaftig werden zu lassen. Er fand in dieser Beziehung arge Zustände vor, ging

[1]) Aufzeichnungen Kleists. — Bodelschwingh an Kleist, 21. November 1853. — Leopold Gerlach an Kleist, 10. November 1853. — Illaire an Kleist, 3. November 1857. — Wichern an Kleist, 6. Dezember 1857. — Konzept der Antwort Kleists an Wichern. — Sten. Berichte des Herrenhauses, 21. Februar 1877. — Wichern, Briefe u. Tagebuchblätter II, 30. April 1852. — Sitzungsprotokolle des rhein. Provinziallandtags 1854. — Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, 159.

aber mit kühnem Mute ans Werk. Hier hatte er gleichfalls fast alles gegen sich, die den Ton angebenden Bevölkerungsschichten, aber auch zum Teil die zuständigen Minister, ferner die katholische Geistlichkeit, insofern als sie ihm allerhand konfessionelle Schwierigkeiten bereitete. Ihr pflichtete Ludwig Gerlach bei. Die evangelische Geistlichkeit benahm sich schwach, und die eigenen Polizeibeamten gingen ebenfalls nur widerstrebend auf Kleists Verordnungen ein. Nach langen Erhebungen und Verhandlungen mit den zuständigen Behörden, insbesondere den Ministerien des Handels, der geistlichen Angelegenheiten, des Innern und der Landwirtschaft, bei denen der Handelsminister v. d. Heydt das meiste Verständnis für Kleists Absichten zeigte, hatte dieser am 7. Dezember 1853 eine dreizehn Paragraphen umfassende Polizeiverordnung wegen der äußeren Heilighaltung der Sonntage in der Rheinprovinz fertig. Aber die Behörden mußten bald von allerhand Schwierigkeiten, die die Durchführung bereitete, berichten, so die Regierung zu Aachen. Der Polizeidirektor Juncker in Koblenz hatte die ärgsten Mißhelligkeiten mit der katholischen Geistlichkeit wegen der Verordnung. Kleist bemühte sich, berechtigten Wünschen entgegenzukommen. „Allerdings kann es nur wünschenswert sein, die Einführung so leicht wie möglich zu machen und das ihr anfangs entgegenstehende Odium so weit irgend tunlich zu mindern," schrieb er an den ihn in dieser Sache eifrig unterstützenden Kühlwetter. Möller dagegen schüttete einen ganzen Sack von Bedenken gegen die Verordnung aus. Ebenso fand der Prinz von Preußen die Maßregel zu hart und verhehlte dies Kleist nicht. Dem gegenüber hielt Kleist an ihr fest. Eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Petition von Aachener Bierbrauern um Beseitigung der ihnen lästigen Verfügung wies er ab. Anderen Vorstellungen erging es ähnlich. Immerhin rechnete Kleist nach dem Rücktritte Raumers vom Kultusministerium mit der Möglichkeit, daß sein unter vielen Mühen erreichtes Werk wieder zusammenstürzte. Noch am Tage seines Rücktritts vom Oberpräsidium warnte er die neuen Minister besorgt vor einem dahin führenden Schritte. Er erlebte die Genugtuung, daß sein Nachfolger unmittelbar nach Übernahme

der Geschäfte eine Eingabe von Kölner Bürgern, in der um Aufhebung der Ordnung gebeten wurde, abschlägig beschied, und daß auch die drei zuständigen Ministerien noch ein Jahr nach seiner Verabschiedung im Auftrage des Regenten die Handelskammer und den Gewerberat von Trier mit den noch während Kleists Verwaltung eingereichten Immediateingaben abwiesen und die Verordnung aufrecht erhielten. Der Prinzregent hatte sich inzwischen also selbst überzeugt, daß die Verordnung gut wirkte. Eine fernere Genugtuung bildete es für Kleist, daß seine Verordnung in anderen Provinzen nachgeahmt wurde. Er durfte daher sein Vorgehen als bahnbrechend betrachten. Noch am Abend seines Lebens hatte er die Freude, daß ein Minister, der wie wenige Verständnis für die Sozialpolitik zeigte, der Freiherr v. Berlepsch, in einer Sitzung des preußischen Herrenhauses die Mitteilung machte, daß in seinem Ministerium der Entwurf einer Sonntagsverordnung aufgestellt worden sei, für welchen die von Kleist erlassene, noch geltende Polizeiverordnung als Grundlage gedient habe [1]).

In engem Zusammenhange mit dem Wirken für eine Förderung der Sonntagsruhe standen Kleists Bemühungen um Beschränkung der Tanzlustbarkeiten. Die Zustände, die er vorfand, konnten ihn nur tief betrüben. Er sah sich umsomehr veranlaßt, hier einzuschreiten, als er von vielen Seiten, nicht nur von Geistlichen beider Konfessionen, sondern auch von Behörden und vielen Privatpersonen, um Abstellung der bestehenden Mißbräuche angegangen wurde. Es war Brauch geworden, unbegrenzte Konzessionen für solche Tanzlustbarkeiten an jedweden Besitzer einer Schankwirtschaft zu jeder Zeit zu erteilen. Der Gipfel waren die Kirmessen, die in den am Rhein so eng beieinander gelegenen Ortschaften gewöhnlich zu verschiedenen Zeiten gefeiert wurden. Dann zogen die jungen Leute heute auf dieses, morgen auf jenes, übermorgen auf ein drittes Tanz-

[1]) Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz Tit. III. Sekt. 6. Nr. 17. Gen. — Aufzeichnungen Kleists. — Aufzeichnungen des Präsidenten Juncker von Ober-Conreut. — Kleist an Schede, 1. Juni 1852, 5. Dezember 1853. — Ludwig Gerlach an Kleist, Ostern 1856. — Sten. Berichte des Herrenhauses, 22. März 1892. — Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 8, 159.

fest und so oft wochenlang in der schönen Jahreszeit. Dieses Leben glich mehr einem Vagabundieren als einer geregelten Lebensführung und ließ eine Arbeitsscheu groß werden, die nur tief schädigend auf das Volksleben wirken konnte. Daneben wucherte Liederlichkeit und Unzucht empor. Unter den unausbleiblichen Raufereien, die regelmäßig stattfanden, kamen, wie Kleist mit Erstaunen wahrnahm, unverhältnismäßig viel Messerstechereien vor. Das kannte er noch gar nicht von seinen Pommern her. „Diese sogenannte Kirmeßfeier", so schaltete Kleist richtig in einem seiner Berichte an den Minister des Innern ein, „ist vielfach durchaus nicht mehr im Zusammenhange mit ihrem Ursprunge, der kirchlichen Feier der Kirchweihe oder auch der sogenannten Patronstage der Kirchen, sondern aus äußeren Gründen, zum Teil auf Betreiben der Wirte, willkürlich auf andere Tage verlegt worden." „So sehr auch der Tanz an sich ein unschuldiges Vergnügen sein könnte," entwickelte der diese Dinge freilich besonders streng ansehende Oberpräsident dem Minister ferner, „und so sehr unschuldige Volksfreuden von der Obrigkeit nicht nur geduldet, sondern sogar gern gesehen und gefördert werden müssen, so wenig gehören doch die meisten dieser heutzutage gewöhnlichen Tanzbelustigungen zu den ‚unschuldigen Freuden'. Die Obrigkeit hat die Sitte dadurch wieder in eine bessere Richtung zu leiten, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwendet, das Unsittliche, Schädliche derartiger Vergnügungen zu verhüten, ihnen einen reinen inhaltreicheren Kern zu geben." Seine Hauptstütze bei diesen seinen Bestrebungen war wieder wie bei der Sonntagsfrage sein ehemaliger Vorgesetzter, Regierungspräsident Kühlwetter in Aachen, der schon vor Kleists Verwaltung ähnliche Schritte eingeleitet hatte, wie sie jetzt unternommen wurden. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Johannes Geißel, kam dem Oberpräsidenten entgegen; und so wurden die acht Pfarrkirmessen im Aachener Bezirke im Jahre 1853 auf vier verringert. Zu einer weiteren Einschränkung verstand sich Geißel nicht. Nicht so glatt ging es im Kölner Bezirke, wo Kleist die Zahl der Kirmessen von neunzehn auf vier herabzusetzen sich bestrebte. Da zeigte der Erzbischof dem gestrengen

Oberpräsidenten ein anderes Gesicht. Am 18. Februar 1857 berichtete Möller nämlich an Kleist: Geißel habe sich ebenso wie das Pfarrkollegium des Stadtdekanats „entschieden gegen jede Zusammenlegung der Kirchweihfeste ausgesprochen, indem diese kirchlichen Feierlichkeiten nur löbliche und fromme Zwecke verfolgten und mit den Tanzbelustigungen in keinerlei ‚nötigender' Verbindung ständen." Am schärfsten wurde gegen die Tanzbelustigungen im Koblenzer Bezirk eingeschritten. Hier war es nicht Kleist, sondern Schede, der den Ton angab, und zwar durch eine während einer längeren Erkrankung Kleists unter dem 20. Dezember 1856 erlassene Verfügung, durch welche die von Kleist veranlaßte Verordnung vom 29. Dezember 1853 erheblich verschärft wurde. Schede zeigte in dieser Frage eine viel größere Rücksichtslosigkeit als sein Freund. Die Folge war, daß der Prinz von Preußen seinen ganzen Einfluß aufbot, um die Verfügung zu hintertreiben, und diesmal mit mehr Erfolg als bei seinen sonstigen Eingriffen in die Verwaltung Kleists. Westphalen setzte, ohne erst einen Bericht von Schede einzufordern, am 23. Januar 1857 telegraphisch für die Zeit des Karnevals die Verfügung außer Kraft. Der wiedergenesene Kleist nahm sich vornehm und entschieden der Verordnung seines Freundes an und sprach dem Minister seinen „tiefen Schmerz" aus, daß er, ohne Schede zu hören, dessen Maßregel hintertrieben hätte. Er ließ indes gleich darauf selbst eine Milderung in der Handhabung der Schedeschen Vorschriften eintreten. Am 20. Mai 1857 veranlaßte ihn jedoch Westphalen, sicherlich auf Betreiben des Prinzen von Preußen, zu weiteren Modifikationen. Die Folge war, daß der Prinz von Preußen von manchen der Beteiligten, die sich durch Kleist oder die Behörden beengt fühlten, direkt um Vermittlung angegangen wurde, so von jenem Koblenzer Wirt, der sich am 15. September 1858 telegraphisch an den damals bereits mit der Stellvertretung seines Bruders betrauten Prinzen mit der Bitte wandte, ihm am 19. September Tanzmusik zu gestatten und dessen Depesche der Prinz am selben Tage von Liegnitz aus drahtlich an den Oberpräsidenten „zur billigsten Berücksichtigung und Bericht" weiter gab. In diesem Falle erlebte der hohe Herr aber wieder eine Probe

von der furchtlosen Entschiedenheit Kleists, der ihm am 24. berichtete, daß dem Wirte die Abhaltung der Tanzmusik schon vor Eintreffen der Depesche von dem Polizeidirektor Juncker unmittelbar auf den Antrag des Wirtes erlaubt worden sei. „Es lag somit überall kein Grund vor, Euer Majestät mit einem Bittgesuch zu behelligen. Wenn ich mir alleruntertänigst gestatte, bei dieser Gelegenheit die Bitte auszusprechen, Euer Majestät wollen derartigen auf dem außergewöhnlichen telegraphischen Wege angebrachten Gesuchen keine Beachtung, namentlich aber keine Beantwortung auf demselben Wege zu teil werden lassen, so gibt mir hierzu die pflichtmäßige Überzeugung die Veranlassung, daß bei dem entgegengesetzten Verfahren nicht nur die Autorität der Behörden leidet, sondern vor allem die Euerer Kgl. Majestät von den Untertanen schuldige Ehrerbietung verletzt wird, indem es Allerhöchstdieselben in nicht entsprechender Form mit unnötigen und verhältnismäßig unerheblichen Gesuchen belästigt [1])."

Hand in Hand mit den Vorkehrungen gegen das Unmaß der Tanzbelustigungen ging ein Kampf gegen die allzu große Zunahme der Schankwirtschaften, die gleichfalls einen fressenden Krebsschaden in der Rheinprovinz darstellte. Sofort nach Übernahme der Oberpräsidialgeschäfte ließ Kleist ein Rundschreiben an seine Regierungspräsidenten ergehen, in dem er um statistische Erhebungen über die in den Jahren 1840—47 vorhandenen und die zur Zeit bestehenden Gast- und Schankwirtschaften ersuchte. Im Regierungsbezirk Köln fand Möller selbst, daß die Landräte von ihrem Recht der Konzessionserteilung einen ungehörigen Gebrauch gemacht hätten. Im Düsseldorfer Bezirk fand der Handelsminister v. d. Heydt die Zahl zu hoch. Am schlimmsten standen die Verhältnisse in Aachen. Dort gab es im Jahre 1850 auf 106 Einwohner eine Schankwirtschaft, im Düsseldorfer Bezirk kam auf 130 Seelen eine, im Kölner auf 141, im Koblenzer auf 147 und im Trierer auf 160. Kleist

[1]) Tanzbelustigungen: Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz Tit. V. Sekt. 4. Nr. 30. — Aufzeichnungen Kleists und des Präsidenten Juncker v. Ober-Conreut. — Sten. Berichte des Reichstags, 29. Mai 1883.

verfehlte nicht, in einer Verfügung vom 31. März 1853 Kühlwetter einen schweren Vorwurf darüber zu machen, daß er die Zahl der Wirtschaften so habe anschwellen lassen. Wie Kühlwetter später, als Kleist nicht mehr im Amte war, berichtete, war der Vorwurf „nur zu begründet". Namentlich wirkten die kleinen Kramläden, die Spirituosen verkaufen durften, schädlich auf die Bevölkerung ein. Von dort bezogen vielfach Kinder und Frauen Branntwein. Die Landstraßen waren übersät mit Wirtschaften, in denen, wie der landläufige Ausdruck lautete, die Wanderer „die Hacke untersetzten". Im Aachener Bezirk stand es unter allen Bezirken Preußens am schlimmsten. „Es ist fast unglaublich, mit welcher Leichtfertigkeit die Erneuerung von Konzessionsscheinen von den Lokalbehörden betrieben worden war," berichtete Kühlwetter noch am 15. März 1859. Er entdeckte, daß im Kreise Geilenkirchen 19 und in der Stadt Aachen 22 Personen, die die Erlaubnis zum Ausschank erhalten hatten, gar nicht mehr vorhanden waren, vielmehr die Scheine sich in den Händen anderer Personen befanden, welche den Betrieb ungestört fortsetzten. Am laxesten hatte der Bürgermeister von Aachen, Contzen, mit der Erteilung von Konzessionen geschaltet. „Und doch ist gerade in Aachen der Anblick der physischen und moralischen Verheerungen, welche der Genuß geistiger Getränke anrichtet, wahrhaft Entsetzen erregend," schrieb Kühlwetter ebenfalls 1859. Durch strengere Handhabung der gewerbepolizeilichen Vorschriften wurde überall in der Provinz in wenigen Jahren eine erhebliche Verminderung der Zahl der Wirtschaften erzielt. Im ganzen gab es nach drei Jahren 926 Wirtschaften weniger. Am Schluß seiner Verwaltung berechnete Kleist die Zahl der durch ihn beseitigten Wirtschaften auf etwa 2000. Einen besonders günstigen Erfolg hatte er dank der Energie Kühlwetters im Aachener Bezirk zu verzeichnen. Westphalen unterstützte diesmal seinen Oberpräsidenten. Er zog es sogar in Erwägung, ein Verbot des Verkaufs von Branntwein zu erlassen. Dem gegenüber äußerte Kleist jedoch Bedenken. „In dem Berufe der Staatsregierung," so führte er in einem Bericht vom 9. April 1857 an den Minister des Innern aus, „oder auch nur in der Möglichkeit liegt es meines Erachtens

nicht, jede in der Volksgewohnheit seit langer Zeit eingewurzelte Unsitte im Wege des polizeilichen Zwangs auszurotten." Kühlwetter erhielt eine besondere Belobigung von ihm für sein umsichtiges Vorgehen gegen den Teufel Alkohol. Als nun die Reaktion erfolgte und der Prinz von Preußen ein neues Ministerium berief, da glaubte man Kühlwetter für sein rigoroses Vorgehen zur Verantwortung ziehen zu müssen. Der neue Minister des Innern, Flottwell, forderte von ihm Bericht ein. Kleists Nachfolger aber kam zu dem Schluß, daß Kühlwetter nur seine Pflicht getan hätte, und setzte dem Minister auseinander, daß der Aachener Regierungspräsident durchaus nicht zu streng verfahren sei. Das war die beste Rechtfertigung für die Wirtshauspolitik Kleists [1]).

Es konnte nicht ausbleiben, daß die ganze väterliche Erziehungspolitik, die Kleist den Einsassen seiner Provinz widmete, die des Zwangs wenig gewohnten, in der letzten Zeit seiner vielfach nur allzusehr entwöhnten Rheinländer gegen ihn aufbrachte. Man verwünschte sein Polizeiregiment umsomehr, als man dabei einen Rückhalt bei dem Prinzen und der Prinzessin von Preußen hatte. Der alte Satz beneficia non obtruduntur hatte hier seinen besonderen Sinn. Dabei war der aus der Schule der Gerlach stammende Kleist namentlich im Sinne des Präsidenten Ludwig innerlich selbst ein Gegner der polizeilichen Schikanierung. Seine Auffassung vom Wesen der Staatsverwaltung stempelte ihn gerade zusammen mit den Gerlach zu einem Feind des bureaukratischen geistlosen Polizeiregiments, wie es den Gebrüdern Manteuffel, Westphalen, Hinckeldey, Quehl und ähnlichen Männern angemessen schien. Gerade in Preßsachen, bei den Wahlen und auch sonst vielfach befand er sich in einem beständigen Gegensatze zu Karl v. Manteuffel und Westphalen. Die Vermehrung der Polizeibeamten, die bald nach Übernahme der Präsidialgeschäfte durch ihn erfolgte, geschah lediglich auf Veranlassung von Westphalen, der überall und ganz besonders bei den unruhigen, französisch gesinnten Rheinländern Verrat und Unheil witterte und von seinen

[1]) Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. VI. Sekt. 6. Nr. 182. Gen.

großenteils jüdischen und unzuverlässigen Agenten in diesem Argwohn erhalten wurde. Aber oft glaubte auch Kleist energischer polizeilicher Hilfe nicht entraten zu können, und bei seinen väterlichen Verwaltungsmaßregeln war das ja vielfach nicht anders möglich. Nichts natürlicher, als daß man ihm überhaupt die Schuld an der Vermehrung der Polizei beimaß. August Reichensperger schüttete dem ihm in so vieler Hinsicht gesinnungsverwandten Präsidenten v. Gerlach wohl gelegentlich sein Herz über Kleists Verwaltung aus und schalt, der neue Oberpräsident dränge sich überall ein, hätte die Polizei versechsfacht u. s. w. „Manchmal muß ich doch fragen, ob mein lieber alter Herr Hans v. Kleist nicht über seiner wohlmeinenden Absicht, dies und das zu stande zu bringen, und zwar bald, nicht den Segen schwächt, der aus großen Prinzipien und ihrer Entfaltung unfehlbar hervorgeht," schrieb der Präsident einmal in nachdenklicher Besorgtheit seinem Schützling am Rhein. Man versteht es, mit welcher Entrüstung Kleist zu den Anschuldigungen Reichenspergers am Rande bemerkte „Nicht wahr!" Ludwig Gerlach ließ sich indes nicht irre machen und redete Kleist im Mai 1857 bei dessen vorübergehender Anwesenheit in Potsdam wiederum ernstlich ins Gewissen wegen seines allzu polizeilichen Regiments. Dabei hatte Kleist doch gelegentlich sogar eine Tat vollbracht, die schlagend seine antipolizeiliche Grundanschauung beweist. Bald nach dem Kölner Kommunistenprozesse wollte nämlich der Generaldirektor der Polizei Hinckeldey den bekannten Stieber, der einst beim Umritt Friedrich Wilhelms am 21. März 1848 zusammen mit dem späteren Justizminister Friedberg dem Könige vorangeritten war und die schwarzrotgoldene Fahne geschwungen hatte, dann aber als eine Spitzelnatur erkannt worden war, als Polizeipräsidenten nach Köln bringen. Da war es Kleist, der mit dem Material, das ihm der General v. Gerlach gegen Stieber zur Verfügung stellen konnte, zu Hinckeldey ging, diesem jene Absicht ausredete und die Rheinländer so vor Stiebers wenig erfreulicher Persönlichkeit bewahrte. Wie man weiß, ist Stieber wegen seiner allerdings zweifellosen polizeilichen Fähigkeiten während der Regierung König Wilhelms I. doch

noch zu einer einflußreichen, obwohl subalternern Stellung gelangt [1]).

Noch am Ende seines Lebens sollte Kleist unliebsam daran erinnert werden, daß er häufig recht unschuldig in den Verdacht eines polizeilichen Inquisitors kam. Im Jahre 1891 erschienen nämlich die Erinnerungen des inzwischen weitberühmt gewordenen Kunsthistorikers Anton Springer, in denen Kleist beschuldigt wurde, ihn in der Zeit seiner Wirksamkeit als Privatdozent in Bonn mit Aufpassern umgeben zu haben. Nun waren freilich der Habilitierung Springers in Bonn Schwierigkeiten bereitet worden. Der begabte junge Mann war nämlich im Revolutionsjahre in Prag recht radikal gewesen, so radikal, daß selbst der Philologe Georg Curtius, wenn man hier der Erzählung Springers Glauben schenken darf, in Prag gegen seine Zulassung als Privatdozent gestimmt hatte. Hierauf gestützt fand sich der Prager Polizeipräsident Sacher-Masoch bewogen, eine Denunziation beim Kultusminister v. Raumer gegen Springers Zulassung an der Bonner Universität einzureichen. Raumer ließ die Angelegenheit vom Kuratorium und von Kleist untersuchen. Kleist erkundigte sich bei Möller und zwei ihm bekannten Bonner Professoren, Hasse und Sell, und alle diese Instanzen sprachen sich günstig für Springer aus. Daraufhin berichtete Kleist an den Minister ohne jede Einschränkung, daß „keine Veranlassung vorliege", den Vorlesungen Springers etwas in den Weg zu legen. Anton Springer hatte demnach keinen Grund, Kleist anzuschuldigen, sondern war ihm im Gegenteil zu Danke verpflichtet. Seine Erzählung beruht auf unrichtigen Informationen [2]). —

---

[1]) Aufzeichnungen Kleists. — Briefe Westphalens u. Manteuffels II. an Kleist. — Aufzeichnungen Leopold Gerlachs, 22. Januar 1858. — Ludwig Gerlach an Kleist, Ostern 1856. — Kleist an Schede, 16. Mai 1857. — Anton Stolberg an Kleist, 17. Juli 1852. — Korrespondenz Goldheim an Kleist, 10. November 1853. — Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 8, 158.

[2]) Kleist an Frau Brandis, 22. Januar 1892. Konzept und Abschrift

Ein friedliches Feld fruchtbaren Schaffens fand Kleist, besonders bald nachdem er sich von der parlamentarischen Tätigkeit zurückgezogen hatte, in seiner Arbeit zur Hebung der Landwirtschaft. Schon im Jahre 1852 faßte er große Pläne zur Kultivierung weiter Landstriche und Flußgebiete. Namentlich wandte er der öden Eifel seine Aufmerksamkeit zu. Er gedachte, die Waldverwüstungen, die französischer Unverstand, Habgier und Verwahrlosung der Bevölkerung in den Jahren der französischen Revolution hier angerichtet hatte, durch eine planmäßige Aufforstung der geschädigten Ländereien mehr und eingreifender, als es bisher geschehen war, zu tilgen. Niemand begrüßte sein Unternehmen mit größerer Freude als W. H. Riehl. Der schrieb, als er davon vernahm, in seinem Buche „Land und Leute“: „Darin liegt eine tiefgehende Symbolik auch für die Wiedergeburt des Volkslebens in diesen Gebirgen.“ Kleist war so glücklich, einen vortrefflich für seine Ziele geeigneten Beamten in der Person des späteren Landforstmeisters Haas zu finden, der unendlichen Segen durch die Bewaldung der Eifel stiftete. Der Oberpräsident vermochte auch die Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft zu dauernder Hergabe von Geldmitteln zum Zwecke der Waldkultur in der Eifel und erwirkte die Bildung eines Meliorationsfonds aus ständischen und staatlichen Mitteln. Die drei Regierungsbezirke Aachen, Koblenz und Trier hatten reiche Vorteile von dieser Tätigkeit des vielgeschmähten Oberpräsidenten. Der Unverstand der bäuerlichen Bevölkerung widersetzte sich zwar vielfach auch diesen Wohltaten, so daß gelegentlich gegen die Gewalt anwendenden Landleute Militärhilfe geholt werden mußte, so gegen die Gemeinde Samersbach im Kreise Daun. Noch nach dreißig Jahren nahm ein Zentrumsabgeordneter, der Bürgermeister von Eupen, Mooren, im preußischen Abgeordnetenhause die Gelegenheit wahr, um Kleists verdienstliche Tätigkeit für die Bewaldung der Eifel und des Hohen Venns als vorbildlich hinzustellen. Ungemein wohltätig wirkte außerdem das große von Kleist unternommene

---

nebst abschriftlichen Aktenunterlagen. — Anton Springer, Aus meinem Leben S. 178 ff., 195, 200, 210, 241, 251, 298. Berlin 1892.

Werk der Entwässerung und Bewässerung der Täler der Flüsse Erft und Niers. Auch hierfür fand er in der Person des späteren Oberlandbaumeisters Hamel den richtigen Mann für das Werk. Hamels „Treue und Energie" gelang es nach Kleists Zeugnis, Entwässerungs- und Bewässerungsgenossenschaften zusammenzubringen, und Kleist sorgte dafür, daß der tüchtige Mann vom Staat die nötigen Mittel zur Verfügung erhielt.

Als im März 1855 auf dem linken Ufer des Niederrheins in der Gegend von Krefeld, Kleve, Wesel und Orsoy starke Überschwemmungen eintraten, da bereiste er wochenlang die heimgesuchten Gegenden und stellte mit dem Assessor Gustav v. Diest, dem hünenhaften Landratsamtsverweser v. Ernsthausen und dem Strombaumeister Nobiling Erwägungen darüber an, wie zu helfen und künftigen derartigen elementaren Ereignissen vorzubeugen sei. Vor allem prüfte er die bestehende Deichverfassung des näheren. Zugleich erließ er einen Aufruf an die gesamte Monarchie zur Unterstützung der infolge der Überschwemmung Notleidenden. Der Präsident der Düsseldorfer Regierung versagte damals ganz. Als in Trarbach und Neuwied Brände großen Schaden anrichteten, erwirkte der Oberpräsident sofort beim Könige namhafte Beträge zur Unterstützung der Städte. Mit großer Liebe widmete er sich der Neugestaltung der landwirtschaftlichen Hochschule zu Poppelsdorf und führte im Jahre 1856 dort das neue Kuratorium in feierlicher Rede ein, die mit den Worten begann: „Es gibt keine glückseligere, freiere Tätigkeit als die Landwirtschaft".

Der Landwirtschaft angehörig war auch ein großes Werk, dessen Ausführung ihm nicht mehr beschieden sein sollte.

In den ärmeren oberrheinischen Gegenden des Hunsrück, der Eifel und des Westerwaldes bestand seit alters eine grauenhafte Güterzersplitterung, die dringend Abhilfe erheischte. Man fand vielfach so kleine Wiesen, daß der ganze Heuertrag mit einem Male von einer Frau in der Schürze fortgetragen werden, Landstücke, so schmal, daß man sie mit einem Schritte überschreiten konnte und sich ihre Beackerung gar nicht mehr verlohnte. Der Zerstückelungsprozeß war zudem in einem stetigen

Fortschreiten begriffen. Schon vor Kleists Verwaltung war die Regierung darauf aufmerksam geworden und hatte an staatliches Einschreiten gedacht. Der Spezialkommissar Regierungsrat Wilhelmy im Kreise Altenkirchen beschäftigte sich schon im Jahre 1850 mit der Frage der Konsolidation des Grundbesitzes. Seitdem Kleist das Oberpräsidium innehatte, kam mehr Fluß in die Sache. Im Jahre 1853 erteilte er Wilhelmy den Auftrag, seine Studien in einer Schrift zusammenzufassen. Am 28. März 1856 war dieser damit fertig. Nun ging Kleist an ein eingehendes Studium der Frage. Er verständigte sich zugleich mit dem früheren nassauischen Regierungspräsidenten Magdeburg und bereiste mit diesem nassauisches Gebiet zum Studium der dortigen Güterverhältnisse. Am 11. Oktober 1857 war er, nach einigen namentlich durch Krankheit bedingten Unterbrechungen, so weit, um Schede seine Ideen mitzuteilen. Er gedachte einen Bericht „über die Verhältnisse und Bedürfnisse des rheinischen Grundbesitzes" zu erstatten und in ihm vier Fragen: Konsolidation, Erbrecht, Hypothekenrecht, Kreditanstalten zu erörtern. Mit der Abfassung wurde der fleißige Assessor Gustav v. Diest betraut und dazu gehörig instruiert. Diest war im August 1858 mit dem Konzept fertig. Es umfaßte mehrere hundert Spalten. Der Oberpräsident unterwarf es einer gründlichen Durchsicht, korrigierte es stark und schaltete lange Stücke neu ein. Das Schriftstück war eine Art landwirtschaftliches Vermächtnis aus seiner Tätigkeit am Rhein. Begeistert schilderte er im Eingange die Schönheit der ihm unterstellten Provinz. Er fand, daß das Land den Eindruck eines Gottesgartens mache. „Das Auge ruht mit Entzücken auf seiner Lieblichkeit und Fülle, und die Seele ist voll der Güte und Segnungen Gottes, welche er darüber ausgegossen hat." „Die Bewohner sind nicht so zähe und tüchtig wie die Westfalen, nicht so entsagend und unermüdet wie die Schlesier, aber sie sind von leichter Auffassung, finden sich gewandt in die maßgebenden Verhältnisse, sie sind rührig und arbeitsam. Ihr Trachten nach äußerem Erwerb und Wohlstand spannt sie an. Und trotz aller dieser günstigen Umstände ist die Landwirtschaft in der Provinz doch lange noch

nicht in dem Zustande der Vollkommenheit." Er zählt dann die bestehenden Mängel auf und findet deren Haupturſache in der Zerrissenheit des Bodens. Bei 10 Millionen Morgen berechnet er die Anzahl der Parzellen auf 12½ Millionen und deren Steigerung in 14 Jahren um 8 vom Hundert. Sachlich wich er von Wilhelmy insofern ab, als er dem in Nassau beliebten Konsolidationsverfahren vor dem preußischen den Vorzug gab. Der begabte Ernst v. Ernsthausen, der in späterer Zeit als Oberpräsident von Ostpreußen Gelegenheit fand, seine Tüchtigkeit zu verwerten, konnte sich ihm bei einer späteren Kritik im wesentlichen nur anschließen. Im Verlaufe seiner Ausführungen entwickelte Kleist den auch schon früher von ihm vertretenen Gedanken, wie wichtig es sei, den kleinen Leuten, auch Fabrik- und Bergarbeitern, die Möglichkeit zu gewähren, sich seßhaft zu machen, weil sie dadurch einen festeren Halt im wirtschaftlichen Leben gewönnen und ihnen damit auch Vaterlandsliebe eingeimpft werden würde. Lebhaft bekämpfte er die römische Theorie vom Eigentumsrecht, nach der man mit einer Sache machen dürfe, was man wolle. Er hat diese Theorie in seinen parlamentarischen Reden immer wieder bekämpft. Nach der germanisch-christlichen Auffassung stände es umgekehrt, meinte er. Danach „besitze ich alles, was ich habe, als ein mir von Gott anvertrautes Gut. Die germanische Auffassung des Eigentums geht dahin, die Seite wesentlich hervorzukehren, daß das Gemeinwesen, der Staat, daran wesentlichen Anteil hat". Das war eine tiefe Auffassung des Problems, die wohl die Beachtung der Gesetzgeber verdiente. Bei der Frage des Hypothekenwesens setzte er sich, augenscheinlich durch den Agrarier Peguilhen beeinflußt, mit einem früher erstatteten Gutachten August Reichenspergers auseinander. In der Frage des Kreditwesens hatte er sich bei Erwin Nasse, dessen Abhandlung über Banknoten und Papiergeld ihn seinerzeit lebhaft beschäftigte, Rat geholt. Die Widerstände, die er auch bei diesem Unternehmen zu Anfang allenthalben in der Provinz fand, wurden von ihm im Laufe der Zeit besiegt. So wußte er unter andern auch den Oberbürgermeister von Köln, Stupp, einigermaßen für sich zu bekehren. Da er aber

bald nach Fertigstellung des an die Minister der Justiz, des Innern und der Landwirtschaft erstatteten Berichts verabschiedet wurde, hat er seine Ideen nicht mehr ausführen können. Er erlebte indes noch im Jahre 1884 die Genugtuung, daß ein rheinischer Abgeordneter im Landtage hervorhob, wenn die im Jahre 1858 von Kleist angeregten Maßregeln durchgeführt worden wären, so würde ein gut Teil der wirtschaftlichen Fragen, die in der Rheinprovinz noch immer beständen, gelöst sein [1]).

Ein ähnliches Schicksal wie seine umfassenden landwirtschaftlichen Pläne erlebten Kleists Absichten zur Hebung der sozialen Lage der Bergleute. Seit dem Jahre 1856 steigerte sich die Heranziehung von Arbeitern zu den staatlichen Kohlengruben in außerordentlichem Maßstabe, so daß sich das Gemeindeleben in den bergmännischen Bezirken völlig umgestaltete und zum Teil auflöste. Um Ordnung in diese Verhältnisse zu bringen und sittlichen Schäden vorzubeugen, berief Kleist in der Zeit vom 11.—13. Mai 1858 nach Saarbrücken eine Konferenz, die sich mit den einschlägigen Fragen beschäftigte. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder, welche tiefen Auffassungen dieser hinterpommersche Junker, dessen eifrigstes Bestreben war,

---

[1]) Landwirtschaft: Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. III. Sekt. 8. Nr. 87, 92, 93, 102. Sekt. 1. Nr. 2. — Kleist an Schede, 22. Mai, 11. Oktober 1857, 6. November 1884. — Kleist an Bismarck, 10. Juni 1857. — Kleist an Diest, 3. Juni 1857. — Kleist an Ranke, 5. Dezember 1852. — Rede in Poppelsdorf, Konzept. — Sten. Ber. des preuß. Abgeordnetenhauses, 10. Dezember 1883. Reden von Mooren, Knebel, Minister Lucius. — Sten. Ber. des preuß. Herrenhauses, 5. Mai 1874, S. 245, 28. März 1876, S. 49. — Ernsthausen, Erinnerungen S. 146, 196. — Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen S. 251 f. — Th. Wilhelmy, Über die Zusammenlegung der Grundstücke in der preuß. Rheinprovinz. Berlin, Reimer, 1856. — Otto Beck, Beschreibung des Regierungsbezirks Trier Bd. II, 1. Abt. Trier 1869. S. 9, 75; 2. Abt. Trier 1871. S. 134. Riehl, Land u. Leute, 1899, S. 282. — Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3, 160. — Notstände: Bericht Kleists an Minister des Handels, des Innern u. der Landwirtschaft, 15. März 1855. Konzept im Nachlaß. — Manteuffel II. an Kleist, 8. April 1855. — Kleist an Schede, 4. August 1852, 24. Februar 1858. — Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen S. 226.

ein patriarchaliſches Regiment am Rhein zu üben, von den Pflichten des Staats als Arbeitgeber hatte. Er berichtete dem Miniſterium über die Sachlage: „Das Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer iſt es, welches hier nach allen ſeinen Beziehungen zur Sprache kommt. Ginge man freilich von der Vorausſetzung aus, daß der Arbeitgeber, und namentlich die Staatsregierung in dieſer Eigenſchaft, mit der Zahlung des bedungenen Lohnes alle Verpflichtungen, welche aus dieſem Verhältniſſe ſowohl dem Arbeiter, als dem gemeinen Weſen gegenüber entſpringen, erfüllt habe, ſo würden alle weiteren Erörterungen abgeſchnitten ſein. So engherzig juridiſcher Anſicht in dieſer Abſtraktion entgegen zu treten, habe ich indeſſen nicht nötig; die Frage nach jenem Verhältnis iſt gerade in unſerer Zeit ſo mächtig angeregt, die politiſche und ſoziale Entwicklung hat zu entſchieden auf die tiefere Erfaſſung derſelben hingedrängt, als daß jene einſeitige, dürftige Löſung des Problems noch eine ernſtliche, auf Anerkennung Anſpruch machende Vertretung finden könnte. Die einſeitige Geltendmachung des finanziellen Geſichtspunktes, wobei die Mittel zur Befriedigung vorhandener Bedürfniſſe nur ſo weit dargereicht werden, als etwa der Buchſtabe des Geſetzes oder der unvermeidliche Zwang der Umſtände ſolches gebieteriſch fordert, läuft dem wahren finanziellen Intereſſe ſelbſt entgegen. Oder liegt es etwa nicht auch in dieſem finanziellen Intereſſe, daß der Staat Mittel aufwende, der Vermehrung und Verwilderung eines entſittlichten Proletariats entgegen zu wirken und tüchtige, ordentliche Bürger zu erziehen, daß der Staat gerade da, wo er ſelbſt Maſſen von Arbeitern aus allerlei Volk, das unter dem Himmel iſt, zur Ausbeutung ihrer phyſiſchen Kräfte zuſammenzieht, einen Teil, und noch dazu einen verhältnismäßig ſehr geringen Teil des dadurch erzielten reichen Gewinnes zu Einrichtungen verwende, die erforderlich ſind, um einesteils die dort einheimiſchen Untertanen und Gemeinden vor der Auflöſung ihrer altbegründeten Verhältniſſe, vor materiellem und ſittlichem Verfall zu ſchützen, und andernteils die rohe Maſſe der Arbeiter in einem zuſammenhängend gegliederten Organismus, der ſich mehr und mehr ſelbſt tragen und kräftigen

wird, zusammenzufügen, dadurch Zucht und Ordnung, Selbstachtung und Standesbewußtsein, Gesittung und Bildung in dieselbe einzuführen, und so einen gesunden, zuverlässigen, rechtschaffenen Arbeiterstand im Dienste des Staates heranzubilden? Es kann gar nicht fehlen, daß die zu solchem Zweck mit weiser Umsicht und mit einer auf die höheren Verhältnisse eingehenden Liebe zum Volke verwendeten Mittel sich umso reichlicher verzinsen, je weniger karg mit der Anlegung derselben zurückgehalten wird."

Kleists Plan, die Bergmannskolonien mit Unterstützung des Fiskus in selbständige Gemeinden umzuwandeln, gelangte nicht zur Ausführung, vor allem doch wohl, weil er selbst vom Rheine fortgehen mußte. Damit fielen auch alle anderen Ideen, deren Verwirklichung der treue Mann mit Liebe und Freude ins Auge faßte, um den korporativen Geist der Bergleute zu heben. Immerhin wirkten die Erörterungen zu Saarbrücken günstig auf die Entwicklung der bergmännischen Ansiedlungen [1]).

Ähnlich widmete sich Kleist der Hebung des Handwerkerstandes. In einer an den Handelsminister gerichteten Denkschrift vom 29. Oktober 1853 unterzog er die durch Verordnung vom 9. Februar 1849 geschaffene Einrichtung des Gewerberats, als einseitig im Interesse der Fabrikanten und Kaufleute gedacht, einer scharfen Kritik und vertrat schon damals den Gedanken der Errichtung von Handwerkerkammern und einer planmäßigen Durchführung der Gesellenprüfungen [2]).

Lediglich im Interesse seiner Provinz ging er im November 1855 nach Paris zum Besuch der Industrieausstellung daselbst. „Ich bin es meiner Stellung als Oberpräsident der hiesigen industriellen Provinz doch schuldig," schrieb er an Bismarck [3]).

Mit großem Eifer widmete sich Kleist während seiner Verwaltung ferner dem Ausbau des Wege- und Eisenbahnnetzes in der Provinz. Schon im Jahre 1852 deutete er Ranke an,

[1]) Alex. v. Brandt, Zur sozialen Entwicklung im Saargebiet S. 28 ff. Leipzig 1904. — Otto Beck, Beschreibung des Regierungsbezirks Trier II. Bd., 1. Abt., S. 220 ff.

[2]) Beglaubigte Abschrift der Denkschrift im F.A.

[3]) Kleist an Bismarck, 4. November 1855.

daß er mit Plänen dafür beschäftigt sei. Doch kam er erst nach Abgabe der parlamentarischen Geschäfte zu einer eindringenden und fruchtbaren Tätigkeit auf diesem Gebiete. In deren Folge konnte im Herbst 1856 mit dem Bau der Linie Saarbrücken-Trier, im April 1857 mit dem der Strecke Rhein-Nahe begonnen werden. Bald danach durfte Kleist die Strecke Deutz-Oberhausen-Rotterdam in Rotterdam, an der Grenze und in Deutz in Reden, die bei den Holländern einen besonders freundlichen Widerhall fanden, sowie am 11. November 1858 in vielbesprochener Feier an der schönsten Stelle am Rhein, in Rolandseck, die Strecke Köln-Koblenz dem Verkehr übergeben. Überall spürt man seine treibende Tatkraft in diesen Dingen. Am 6. Mai 1856 schrieb er an Schede: „Wegen der Nahebahn sind wenigstens im allgemeinen zustimmende Erklärungen der anderen Regierungen unterwegs." Am 19. Juni 1857 meldete er demselben Freunde: „In den Verhandlungen mit Nassau wegen der Eisenbahnen hoffe ich einen Schritt vorwärts gekommen zu sein, — wenn man nun auch nur in Berlin verständig ist." Am 24. Juni 1857 schickte er von Stettin aus an seinen Vertreter „interessante Konzepte wegen der Deutz-Gießener Eisenbahn, das Resultat meiner Arbeiten in Nassau, es wird ja dadurch hoffentlich die Sache endlich in Ordnung kommen." Bei dem den König vertretenden Prinzen von Preußen setzte er am 3. März 1858 in persönlicher Audienz durch, daß der Koblenzer Güterbahnhof jenseits der Mosel zu liegen kam. Der Prinz versprach ihm dabei, für erleichternde Baubedingungen beim Militär zu sorgen. Bei diesem erwirkte er sich damals auch die Zusage, „alles mögliche zu tun, um den Rheinstrombaufonds zu erhöhen". Die Rheinstrombauten, ebenso der Kommunalwegebau haben unter Kleists Verwaltung einen großen Aufschwung erlebt. Für das ostrheinische Gebiet gründete er einen Bezirksstraßenfonds. —

Recht beklommenen Gefühls war Kleist im Hinblick auf die Aufgaben, die ihm bei Behandlung der Katholiken erwachsen würden, an den Rhein gegangen. Durch den Einfluß Ludwig

Gerlachs ſtand er der römiſchen Kirche durchaus wohlwollend gegenüber. Er war jedoch zu ſehr Preuße, um irgend welche Geneigtheit zu bezeigen, den Rechten des Staates gegenüber römiſchen Anſprüchen etwas zu vergeben, und ganz willens, Fechterhandſchuhe anzuziehen, wenn es ſein mußte. Demgemäß hat er Preßpolitik getrieben. Wenn es ihm richtig ſchien, irgend eine Maßregel durchzuſetzen, ſo kümmerte er ſich den Pfifferling darum, was die römiſche Geiſtlichkeit dazu ſagte. Oft genug hat er wohl unvorſichtig gehandelt, und Ludwig Gerlach ſtimmte wiederholt laute, zum Teil nicht unberechtigte Klagen über ſein rückſichtsloſes Draufgehen an. Sehr bald nach ſeinem Eintritt in die Amtsgeſchäfte am Rhein entſann der junge Oberpräſident ſich der Geſpräche, die er einſt mit ſeinem Ernſt Ranke über die katholiſche Kirche geführt hatte. „Weißt du noch, wie du mir einmal ſchriebſt," ſo plauderte er mit ihm am 5. Dezember 1852, wo er auf einen „tiefgreifenden, ernſten Konflikt mit den Biſchöfen" anſpielte, „ich ſolle recht das Verhältnis von Kirche und Staat ſtudieren? jetzt ſoll ich es hier praktiſch üben. Gott gebe mir dazu ſeine Weisheit." Damals war das Verhältnis des preußiſchen Staats zu der römiſchen Kirche im weſentlichen noch gut. Aber Kleiſt wird nicht ſehr viel anders gedacht haben als ſein Freund Weſtphalen, der ihm am 8. November 1852 ſorgenvoll ſchrieb: „Die Richtung der ecclesia militans — wo nicht ſchon triumphans — iſt ſchon längſt im Anmarſch." Wer da meint, Kleiſt habe mit der römiſchen Kirche kokettiert, hat ihn nicht erfaßt. Er war geneigt, ſie und ihre Vertreter optimiſtiſch zu beurteilen, aber Eroberungen bei ihr zu erſtreben und ihr Konzeſſionen zu gewähren, war weniger ſeine Art. Seine ehrliche Natur war gar nicht im ſtande, das Weſen des römiſchen Klerus völlig zu ergründen, und auch mancher Laie dieſer Kirche führte ihn mit Leichtigkeit hinters Licht. Selbſt ſeine jüngeren Beamten, wie G. v. Dieſt, wunderten ſich zuweilen über das harmloſe Vertrauen, mit dem er dieſen Faktoren gegenübertrat. Er lernte vielfach treffliche Vertreter der römiſchen Kirche kennen. So durfte er mit Recht den Pfarrer Kolping, den Stifter der katholiſchen Geſellenvereine, neben Wichern unter ſeinen Gäſten

willkommen heißen. Aber er begegnete auch den Jesuiten mit großem Vertrauen und mißbilligte im Gegensatz zum General v. Gerlach den Erlaß des Kultusministers v. Raumer gegen den Besuch des „Kollegium Germanikum" im September 1852, weil dieser eine große Aufregung am Rhein hervorrief und nach seiner Ansicht ungünstig auf die Wahlen wirken mußte. Er befürwortete statt dessen eine Verweigerung der Pässe zum Besuch jenes Kollegiums von Fall zu Fall und gab damit vielleicht einen durchaus staatsmännischen Rat. „Gegen die Wirksamkeit der Jesuiten liegt hier nicht die geringste ungünstige Erfahrung vor," schrieb er dem Präsidenten Gerlach. Vor einer harmlosen Beurteilung der Jesuiten suchte ihn sein Freund, der Finanzminister Karl v. Bodelschwingh gelegentlich zu warnen, der aus seinen westfälischen Erfahrungen heraus an ihn schrieb: man dürfe „sich nicht von der Meinung beschleichen lassen, als sei sogenannte billige Behandlung irgendwie geeignet, Dankbarkeit oder gar wahre Anhänglichkeit bei den Ultramontanen zu erreichen." Die staatliche Stellung hat Kleist auch außerhalb der Preßpolitik wiederholt sehr energisch gegen die römische Kirche zu wahren gesucht; so strebte er dahin, das Terrain, das dem Staate in der Frage der Besetzung der Bistümer verloren gegangen war, wieder zu gewinnen, und wurde bei Gelegenheit der Paderborner Bischofswahl im Jahre 1856 bei Raumer deswegen vorstellig, mußte jedoch vom General v. Gerlach hören, daß die Regierung solche Bestrebungen für unmöglich halte, da die Brühlsche Mission nach Rom beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. die Stellung des Staates in dieser Beziehung einmal verdorben hätte. Doch scheint es so, als ob Kleist sich nicht gleich habe abschrecken lassen. Noch energischer wahrte er zum Verdruß Leopold Gerlachs und wohl auch von dessen Bruder die staatliche Stellung in der Sache der Piusvereine, deren scharfer Gegner er war, weil er sie lediglich als revolutionäres Unkraut betrachtete. Als sie im September 1854 eine Versammlung in Köln veranstalten wollten, untersagte er ihnen dies kategorisch, obwohl das einen gewaltigen Rumor machte. Leopold Gerlach rügte es sofort: „Mein verehrter Freund! Die Sache mit Köln gefällt mir

nicht. Es ist nie weise und gut getan, sich in die Angelegenheiten der römischen Kirche zu mischen, wenn man nicht auf das entschiedenste dazu gezwungen ist. Man hätte die Zusammenkunft ruhig erlauben können." Schon vorher hatte Westphalens Vertreter, Manteuffel II, abgeraten, die Versammlung zu untersagen. „Daß die Piusvereine sich früher mit politischen Angelegenheiten beschäftigt haben, beweist noch nicht, daß sie dies auch in Köln wieder tun werden", meinte der sonst sehr zum Eingreifen geneigte Bruder des Ministerpräsidenten. Auch Raumer wollte die Versammlung ruhig stattfinden lassen. Kleist verhandelte mit dem Vorstande und verlangte Bürgschaften. Als ihm diese nicht geleistet wurden, erließ er endgültig das Verbot. Noch im Februar des nächsten Jahres verteidigte er seine Maßregel gegen Wichern und überzeugte diesen, daß er sowohl im Interesse der römischen Kirche als im notwendigen Interesse des Staates gehandelt habe. Somit sah sich Schede als Kleists Vertreter im nächsten Jahre abermals veranlaßt, die Versammlung in Köln zu verhindern. Sehr verdacht hat es die römische Geistlichkeit Kleist auch, daß er im Jahre 1854 die Erlaubnis zum Bau einer Marienkirche in Aachen zum Gedächtnis an die Verkündigung des Dogmas der unbefleckten Empfängnis, eine Erlaubnis, die nach Kleists Verabschiedung telegraphisch gestattet wurde, versagte. Mannigfache Ärgernisse und Konflikte erwuchsen seiner Verwaltung infolge simultaner Verhältnisse, so bei gemeinsamer Benutzung von Kirchen oder Begräbnisplätzen durch die verschiedenen Konfessionen. Ein Schulbeispiel dafür war die Bausendorfer Kirchhofssache, die Jahre hindurch spielte. Zur Vermeidung der widerwärtigen Zwistigkeiten, die hierbei infolge unduldsamer und maßloser römischer Ansprüche entstanden, sah sich Kleist gezwungen, bei Neuanlegung von „Friedhöfen" und auch sonst auf eine Trennung der Begräbnisplätze nach Konfessionen hinzuwirken. In einer friedlichen Regelung der Verhältnisse zu der römischen Kirche war Schede eine willkommene Stütze. Kam doch dieser den römischen Glaubensbrüdern mit noch größerem Wohlwollen entgegen als der Oberpräsident [1]).

[1]) Katholische Kirche: Kleist an Ludw. Gerlach, 10. September 1852,

Mit zielbewußter Hand verwaltete Kleist das Schulwesen. In den Volksschulen führte er, gerade um das evangelische Leben zu fördern, streng die Konfessionalität durch und strebte sie auch in den höheren Lehranstalten an. Er fand, daß die Entwicklung der Zeit darauf hinsteuerte. Hatten doch noch im dritten Jahrzehnt des damaligen Jahrhunderts die Schüler des römischen und evangelischen Bekenntnisses auf den höheren Lehranstalten am Rhein gemeinsamen Religionsunterricht genossen. So kämpfte er beharrlich für Trennung des Geschichtsunterrichtes, obwohl Raumer sich dazu nicht verstehen wollte und dessen feinsinniger Berater Wiese ihm unumwunden dergleichen Ideen für ganz unausführbar bezeichnete. Auch Kleists Freund de la Croix versagte sich diesen Bestrebungen. Der Dezernent für das rheinische Schulwesen war seit vielen Jahren der wackere Dietrich Landfermann, ein starrköpfiger, schwer zu behandelnder Westfale, der als Burschenschafter tief unter Verfolgungen zu leiden gehabt hatte. Dicht am Rhein bewohnte er in Koblenz ein schönes Tuskulum, das heute sein Reliefbild ziert. Geradheit, Arbeitskraft und hoher Idealismus sowie außerordentliche Kenntnis der rheinischen Schulverhältnisse, die er sich in seiner langen Wirksamkeit erworben hatte, machten ihn zu einer sehr schätzenswerten Kraft im Regierungskollegium zu Koblenz. Kleist überzeugte sich bald von seiner Tüchtigkeit und hob sie in seinen Berichten gebührend hervor. Aber die beiden harten Charaktere haben sich das Leben recht sauer gemacht und manchen heftigen Strauß miteinander ausgefochten. Als Landfermann von Leiden heimgesucht wurde, ging das Kleist sehr nahe. Er verschaffte

an Ranke, 5. Dezember 1852. — Westphalen an Kleist, 8. November 1852. Manteuffel II. an Kleist, 30. August 1854. — Leop. Gerlach an Kleist, 14. u. 20. September 1852, 24. September 1854, 15. Januar u. 29. Juli 1856. — Aufzeichnungen Schedes und Junckers von Ober-Conreut. — Schede an Kleist, 30. August 1855. — Karl v. Bodelschwingh an Kleist, 14. September 1855. — Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. III, Sekt. 6. Nr. 1578. — Germania 1892, Nr. 116. — Brück, Geschichte d. kath. Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert Bd. III, S. 523 ff. — Wichern, Briefe u. Tagebuchblätter Bd. II (21. Februar 1855). — Dieft, Aus dem Leben eines Glücklichen.

ihm manche Erleichterung im Dienst und strebte danach, den mit Arbeiten überhäuften Mann durch eine Teilung der Schulratsstelle, die hier am Rhein in der Tat angebracht war, zu entlasten, jedoch ohne Erfolg. Am liebsten hätte er ihm das Dezernat über das höhere Schulwesen abgenommen. Diese Absicht stieß jedoch auf den Widerstand Wieses, obwohl dieser an Landfermann eine gewisse unpraktische Art und Langsamkeit auszusetzen hatte. Eine große Genugtuung war es für Kleist, daß Landfermann behilflich war, die Stiehlschen Regulative einzuführen, in denen auch nach Ansicht des Schulrats die heilsamsten Prinzipien enthalten waren. Kein Geringerer als Bethmann-Hollweg berief sich noch später zur Verteidigung der vielgeschmähten Regulative auf das Gutachten Landfermanns. Stiehl selbst kam zu einer Konferenz im Jahre 1856 nach Koblenz. „Wir konferieren hier zwei Tage mit Stiehl über Schullehrerbildung durch Treibhausbildung, um schnell Hilfe zu schaffen," schrieb Kleist darüber an Schede. Einzelne wichtige Posten der Schulverwaltung suchte Kleist mit Männern von erprobter Tüchtigkeit zu besetzen. Er bewies auch hier wieder wie bei der Wahl publizistischer Hilfskräfte, sowie bei den Aufforstungs- und Meliorationsarbeiten einen trefflichen Blick. So berief er aus Nakel den jungen Rudolf Kögel zum Seminardirektor von Moers. Doch dieser, dem einige Zeit vorher die Alternative „Rom oder Nakel" gestellt worden war, entschied sich nach einigem Schwanken auch diesmal dafür, in seinem stillen Nakel zu bleiben.

Viel Mühe und Sorge verursachte dem Oberpräsidenten sein alter Freund Philipp Wackernagel. Dieser so vielseitig begabte, kräftige und hochfliegende Mann bereitete sich selbst durch ein unruhiges Gemüt und ein recht streitbares Wesen manche schwere Stunde und schiefe Stellung. Eines Tages fühlte er sich bewogen, seinem bedrängten Herzen in einem langen ergreifenden Schreiben an Kleist Luft zu machen. Es läßt tief in den Zustand einer edlen Seele hineinblicken, die unter dem Druck der Verhältnisse zu erliegen droht. „In allen Kammern meines Gemütes," so heißt es darin, „rufen alte und neue Arbeiten, die ans Licht wollen, Ideen, die nicht lebendig begraben, nicht von anderen realisiert sein wollen. Seit dreißig Jahren liegt mein Lehrbuch

der Geometrie da und wartet der letzten Hand. Seit 1840 liegt mir meine Arbeit über die Realschulen am Herzen, zu der ich viel gesammelt. Seit 1841 habe ich alle meine Ferienzeit dazu verwandt, meine hymnologischen Studien weiter zu führen." In der Realschule, die er in Elberfeld leitete, fühlte er sich nach jeder Richtung unglücklich. Dem Plan, eine Gewerbeschule ins Leben zu rufen, erwuchsen überall Schwierigkeiten. Dazu war er so kümmerlich gestellt, daß er seine Familie nur aufs dürftigste ernähren konnte. Kleists Energie gelang es schließlich, das Widerstreben des Handelsministers v. d. Heydt gegen die Gründung der Gewerbeschule zu besiegen. Heydt sagte ihm Erfüllung seines Wunsches zu. Ebenso erwirkte Kleist für Wackernagel beim Könige eine namhafte Unterstützung für die Herausgabe seines hymnologischen Werkes.

Die wertvollste Errungenschaft seiner Kirchen- und Schulpolitik bildete es für Kleist, daß er noch nach Jahrzehnten von einer Seite, die ihm als Autorität gelten durfte — es war der Geheime Baurat Stein, der unter Kleist in Aachen als Baurat tätig gewesen war —, das Urteil aussprechen hörte, durch seine Verwaltung sei das kirchliche Bewußtsein der Evangelischen im Rheinlande gestärkt worden[1]).

Auch die rheinische Justiz sollte die energische Hand des Junkers aus Pommerland spüren. Kleist fand hier Gelegenheit, eine ihm berechtigt erscheinende Eigentümlichkeit zu schonen, indem er die Einrichtung der ostrheinischen Schöffengerichte im Justizsenat zu Ehrenbreitstein, die eine umfangreiche freiwillige

[1]) Schulpolitik: Bericht Kleists an Raumer über Schulkonferenz im Jahre 1855, Konzept. — Schreiben Wackernagels an Kleist, 24. Mai 1855. — Wiese an Kleist, 4. März u. 10. November 1855. — Illaire an Kleist, 5. Mai 1856. — v. d. Heydt an Kleist, 28. November (?) 1855. — Kleist an Schede, 5. u. 9. September 1856, 3. Juni 1857, 5. März 1858, 6. September 1884. — Kögel an Kleist, 15. Oktober 1856. — Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. II. Sekt. 2. Lit. B, Nr. 56. — Senden an Kleist, 26. Oktober 1855. — Aufzeichnungen Kleists. — Landsermann, Erinnerungen aus seinem Leben. — Treitschke, Deutsche Geschichte V, 242. — Wichern, Briefe u. Tagebuchblätter II (29. Juli 1852 u. 14. Juli 1849). — Ludwig Schulze, Philipp Wackernagel S. 154. — Rudolf Back, Friedrich Back. Berlin 1889. S. 60.

Gerichtsbarkeit ausübten und insbesondere das Hypothekenwesen unter sich hatten, vor dem Untergang bewahrte. Der Justizminister Simons hob sie nämlich am 5. Juni 1852 auf. Kleist aber fand, daß die uralte Einrichtung der Erhaltung wert sei, und nahm sich der über die Aufhebung klagenden Ostrheinländer an. Zwar gab er zu, daß einem altpreußischen Hypothekenrichter das Blut in den Adern starren müsse, wenn er zuerst diese Hypothekenverwaltung kennen lerne. Indes bei näherer Kenntnis, so führte er später unter Anführung von Beispielen aus, verliere sich das Vorurteil. Die nicht zu leugnenden Mängel der geringen Entwicklungsfähigkeit, der verschiedenartigen Organisation, der schlechten Schreibkräfte und der geringen Aufsicht ließen sich abstellen. Der gesicherte Realkredit, die wohlfeile Justizpflege, ihre Promptheit und die eifrige Wahrnehmung der Parteiinteressen durch die Schöffen, alles große Vorzüge, ließen die Erhaltung wünschenswert erscheinen. Deswegen berief er am 4. Juli 1853 eine Konferenz wegen dieser Sache, deren Ergebnis außer einer Kritik der Schöffengerichte und dem Antrag auf deren Wiederherstellung eine Reihe von Neugestaltungsvorschlägen waren. Dies Vorgehen im Geiste der Romantik gefiel dem Präsidenten Ludwig v. Gerlach an seinem Freunde, und er spendete ihm lebhaften Beifall. In der Tat gelang es Kleist, den Minister noch im Dezember desselben Jahres zu bewegen, seine Verordnung zurückzunehmen und die alte Einrichtung wieder herzustellen. Das haben die Bewohner des rechten Rheinufers Kleist lange Dank gewußt. Er selbst war ganz glücklich über diese Errungenschaft. „Solche Erfolge der eigenen Wirksamkeit söhnen wieder mit den vielfachen Mühen und Schwierigkeiten aus," schrieb er an Schede. Doch war die Abschaffung der Schöffengerichte nur vertagt. Noch während seiner Verwaltung scheint Kleist auf ein erneutes Vorgehen des Ministers gegen die Einrichtung gefaßt gewesen zu sein. „Simons ist ganz wild über unseren Bericht wegen der Schöffengerichte; wir seien getäuscht; das wolle er alles widerlegen", meldete er am 16. Mai 1857 aus Potsdam seinem Stellvertreter.

Andere Maßnahmen, die ins Bereich der Justizverwaltung

fielen, betrafen die Lage des rheinischen Friedensrichterstandes, über die er den ihm sehr ergebenen Aachener Landgerichtspräsidenten Scherer im Jahre 1856 eine Denkschrift ausarbeiten ließ, und die erst ein halbes Jahrhundert danach verwirklichte Errichtung eines zweiten Oberlandesgerichtes am Rhein, wozu er sich, wie es scheint, von einem rheinischen Staatsprokurator ein umfassendes Gutachten ausarbeiten ließ, das wiederum Scherer zur Kritik erhielt. Auch sonst erkennt man hier und da sein Wirken. Am 31. März 1855 teilt er Schede mit: „Gegen meinen Bericht wegen der Oberprokuratoren hat der Justizminister ein ganzes Buch geschrieben. Hinckelbey will es aber bis vor Seine Majestät bringen [1])."

Das Preußentum in Kleist bäumte sich auf, als der Landrat von Elberfeld, Otto v. Diest, zu Anfang des Jahres 1854 einem weitverzweigten Bestechungssystem auf die Spur kam, durch das sich zahlreiche Söhne von wohlhabenden Rheinländern von der Militärpflicht befreit hatten und das auf den geringen militärischen Geist in jenen Kreisen ein grelles Licht warf. Auf die Anzeige davon ging Kleist mit dem kommandierenden General v. Hirschfeld, mit dem er in einem guten Verhältnis stand, energisch vor. Dabei behielt der Oberpräsident durchaus die Leitung der Sache. Sein Beirat war der Assessor v. Oheimb. Auf Kleists Veranlassung wurde eine Nachprüfung des Ersatzgeschäfts in den Jahren 1849—1853 verfügt. Unter dem Vorsitz des Generalmajors v. Hann trat, veranlaßt durch eine scharfe Kabinettsordre vom 22. Juli, im August eine außerordentliche Superrevisionskommission zusammen, die bis zum 12. September tagte. Der Verlauf der Untersuchungen und der darauffolgenden gerichtlichen Verhandlungen war wie gewöhnlich. Es gelang den Angeklagten, unendlich viel zu verdunkeln, und die Untersuchenden vermochten bei weitem nicht alles festzustellen. Zudem sollte Kleist bei

[1]) Justizverwaltung: Denkschrift Kleists über die ostrheinischen Schöffengerichte, Juli 1853, Konzept. — Kleist an Schede, 5. Dezember 1853, 31. März 1855, 16. Mai 1857. — Ludwig Gerlach an Kleist, 8. Juli 1853. — Scherer an Kleist, 9. Oktober 1856. — Sten. Ber. des Herrenhauses, 18. Februar 1863, S. 54—57.

dieſer Gelegenheit gleich das pſychologiſche Problem, das in dem heißſpornigen, hier ſeine erſten heftigen Kämpfe gegen das Kapital führenden Draufgänger Otto v. Dieſt ſteckte, unliebſam kennen lernen. Dieſt brachte durch ſeine leichtſinnigen Behauptungen und Meldungen die ehrenwerteſten Leute in peinliche Verlegenheiten. Immerhin wurden bei den Gerichtsverhandlungen zu Hamm und Köln im November 1854 und Januar bis Februar 1855 zahlreiche Schuldige ermittelt. Eine Anzahl der Beſtochenen wurde zu ſchweren Zuchthausſtrafen verurteilt, und viele junge Leute mußten in Arbeiterabteilungen nachdienen. Zu Kleiſts Betrübnis zeigte hier aber das Regiment des Königs wieder einmal ſeine Schwäche. Es machten ſich Gegeneinflüſſe geltend, denen es gelang, Friedrich Wilhelm nachſichtig zu ſtimmen. Voran ſtanden darin der Juſtizminiſter Simons und der Handelsminiſter v. d. Heydt, ebenſo Hinckeldey. So erfolgte wieder einmal ein Gegenbefehl in Geſtalt einer Depeſche vom 13. März 1855, welche Siſtierung der Einſtellungen anordnete, und darauf die übliche Verwirrung. Noch eben hatte Dieſt gemeldet: „Die energiſche Anordnung des Kgl. Generalkommandos hat hier insbeſondere bei den unteren Klaſſen den allergünſtigſten Eindruck hervorgebracht. Es handelt ſich um Entſcheidung des Kampfes der Geldariſtokratie gegen Gerechtigkeit und Geſetz, das fühlt der gemeine Mann, — und deshalb wird ein Eingreifen in die getroffene Entſcheidung oder auch nur eine Siſtierung derſelben von den übelſten Wirkungen ſein.“ Die Wahrer der preußiſchen Überlieferung in Berlin waren ſtarr über die getroffene Entſcheidung. Der alte brave Feldmarſchall Graf Dohna, Scharnhorſts Schwiegerſohn, lief förmlich Sturm gegen die Haltung der Miniſter, jedoch ohne Erfolg. General Graf v. d. Gröben, einer der getreueſten Freunde des Monarchen, ſchrieb dieſem in heller Entrüſtung über den beabſichtigten Loskauf von der „Pflicht, die das Palladium der Armee ſowie des Landes ſei“: „Ich hoffe, daß Eure Majeſtät dies jedem, der darauf anträgt, unter der Bedingung geſtatten, daß er vorher drei Stunden verkehrt auf einem Eſel durch die Stadt reitet und ſein Name auf großer Tafel ihm vorgetragen werde.“ Der König hielt

ſich noch eine Hintertür offen: Er wolle noch Kleiſt-Retzow hören. Der erſchien am 29. März in Berlin und erklärte dem General v. Gerlach, er würde „ſtramm halten". Die beiden Freunde waren ſich darin einig, daß die willkürlichſte Begnadigung beſſer ſei, als die Ablöſung durch Zahlung großer Summen an Wohltätigkeitsanſtalten, weil durch die Begnadigung kein Präzedenzfall geſchaffen würde. Am 17. April unterſtützte Kleiſt in einem Bericht an Weſtphalen und Walderſee ſeine Anſicht, indem er eigenhändig in Oheimbs Konzept einſchaltete: „Wir können dabei nicht unterlaſſen, unſererſeits die beſtimmte dringende Bitte auszuſprechen, daß in dieſer für das ganze preußiſche Militärweſen ſo hochwichtigen Angelegenheit dem geſetzlichen Verfahren auf das ſchleunigſte ſein gewöhnlicher Verlauf gelaſſen werde. So ſchwer dies auch einzelne der Beteiligten drücken mag, ſie haben es ſich doch ganz allein ſelbſt zuzuſchreiben, und nur eine rückſichtsloſe Energie, wo derartige Betrügereien entdeckt werden, kann noch ſchlimmere Übelſtände, das Irrewerden der ganzen Bevölkerung an dem, was ſie dem Vaterlande ſchuldig, verhüten. Schon das Schwanken hat keine gute Wirkung gehabt." So ſetzte er wiederum ſeinen Willen durch. Freilich war der Landrat von Elberfeld gar nicht zufrieden. Er behauptete, daß nicht der hundertſte Teil der Betrügereien aufgedeckt worden ſei. Die rheiniſche Geſellſchaft war in hohem Maße aufgebracht gegen Dieſt und vollzog einen kleinen Racheakt an ſeinem kürzlich als Aſſeſſor nach Düſſeldorf verſetzten Bruder Guſtav, indem ſie dieſen einem niederrheiniſchen Geſchlecht angehörigen Herrn beim Ballotieren im Kaſino einſtimmig durchfallen ließ, d. h. ihn nicht aufnahm. Wenigſtens befaßen die Offiziere und Beamte ſämtlich den Takt, darauf aus dem Kaſino auszutreten. Kleiſt kam dieſer Vorfall recht ungelegen. Nach einiger Zeit zeichnete er den ſo ſchroff Behandelten dadurch aus, daß er ihn ans Oberpräſidium nach Koblenz berief, und es nimmt ſich wie ein Witz des würdigen Herrn Oberpräſidenten aus, wenn wir hören, daß er Guſtav v. Dieſt mit der Ausarbeitung einer neuen Militärerſatzinſtruktion betraute [1]).

[1]) Aushebungsſache: Akten des Oberpräſidiums zu Koblenz. Tit. IV,

Die heitere Hauptstadt des bergischen Landes sollte einige Zeit später Zeugin einer Niederlage ihres Oberpräsidenten sein, die er sich gegenüber dem bewegten Völkchen der Künstler zuzog. Im allgemeinen brachte Kleist den Angelegenheiten der Düsseldorfer Kunstakademie viel Interesse entgegen, und man darf sagen, er bewies auch Verständnis dabei. Sein Berater war in diesen Dingen der Maler Deger, von dem unter anderen die Malereien auf Stolzenfels herrühren. Auch gehörte sein Studienfreund Wunderlich, der damals Regierungsrat in Düsseldorf war, dem Kuratorium der Akademie an. Als es sich um die Frage eines Ersatzes für den alternden Direktor Wilhelm v. Schadow handelte, wandte sich Kleist an den ihm wohl von Berlin her bekannten Obertribunalsrat Schnaase, den berühmten Kunsthistoriker, und ersuchte ihn (im Mai 1858) um ein Gutachten über einen zu wählenden Nachfolger. Er selbst zog die Dresdener Julius Hübner und Schnorr, den Düsseldorfer Karl Müller und den Karlsruher Schirmer in Betracht; Schnorr fand er zu ausgesprochen evangelisch, Schirmer, der Lehrer Böcklins, war ihm zu sehr Landschafter, Müller zu ausschließlich Heiligenmaler. Für den geeignetsten Ersatz hielt er den Historienmaler Hübner. Schnaase stimmte ihm in einem langen Gutachten bei. Freilich wurde der Posten nachher anders besetzt.

In derselben Zeit, wo der Oberpräsident sachverständig die Neubesetzung der Stelle des Akademiedirektors erwog, tobte nun aber in der kleinen Republik ein Streit, in den Kleist hineingezogen wurde. Es war das alte, in der Kunst immer am lautesten gesungene Lied der Trennung der Jungen von den Alten, um das es sich dabei handelte. Seit dem Jahre 1848 bestanden zwischen dem Kunstverein und dem mehr das jüngere Element darstellenden Verein Malkasten Spaltungen, die im

---

Sekt. 5. Lit. A. Nr. 21. Vol. 3—6. — Kleist an Schede, 31. März, 6. Juli u. 14. Dezember 1855. — Schede an Kleist, 2. Juli 1855. — Aufzeichnungen Leopold Gerlachs, 24. u. 30. März 1855. — Otto v. Diest-Daber, Lebensbild eines mutigen Patrioten S. 6 f. Berlin 1901. — G. v. Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen.

Jahre 1857 zu lebhafteren Auseinandersetzungen führten. Zum Kunstverein gehörten damals Männer wie Georg Bleibtreu, Deger, Geselschap, Gude, Graf Kalckreuth, W. v. Schadow, Molitor. Auch Karl Friedrich Lessing unterzeichnete die Kundgebungen dieses Vereins. Zum Malkasten gehörten vor allem die Gebrüder Achenbach. Dieser Vereinigung stand Kleist schon deswegen mißtrauisch gegenüber, weil der rote Demokrat Freiligrath ihr Ehrenmitglied war. Wegen der demokratischen Richtung des Vereins und aus juristischen Bedenken sprach er sich im Einverständnis mit dem Direktor Schadow gegen eine vom Malkasten zu veranstaltende Bilderverlosung aus, mit deren Hilfe der Jacobische Garten in Pempelfort für Zwecke der Künstlerschaft erworben werden sollte. Es war dies ohne Frage eine kurzsichtige Entscheidung, da es gerade in künstlerischen Dingen immer geraten ist, größtmögliche Duldsamkeit zu zeigen und alle mögliche Freiheit zu gewähren. Der jugendkräftige Verein Malkasten stellte die Behörden alsbald vor eine vollendete Tatsache, indem er das Jacobische Grundstück durch Andreas Achenbach und den Assessor v. Sybel, den Bruder des Historikers, erwerben ließ. Darauf erteilte der Prinz von Preußen als Stellvertreter des Königs, nachdem er seinen Vetter Prinz Friedrich von Preußen, den Fürsten Karl Anton von Hohenzollern und den Oberbürgermeister der Stadt, Hammers, gehört hatte, gegen die Meinung der Minister Westphalen, Raumer und Bodelschwingh am 8. Mai 1858 die Genehmigung zur Bilderverlosung. Kleist veranlaßte den Düsseldorfer Regierungspräsidenten, einige Bedingungen an die Veranstaltung zu knüpfen. Darüber beschwerten sich die Künstler beim Prinzen und dieser hob durch Kabinettsordre vom 9. September eine dieser Bedingungen auf. Ohne Frage handelte der Prinz hierbei richtig und einsichtsvoll. Seine Entscheidung eröffnete aber bedenkliche Ausblicke auf die zukünftige Stellung Kleists. Jedermann mußte hierin ein Anzeichen dafür erkennen, daß dessen Tage als Oberpräsident gezählt waren [1]). —

[1]) Kunstakademie: Akten des Oberpräsidiums zu Koblenz. Tit. III. Sekt. 6. Nr. 824.

Kleist hatte seit seiner Versetzung an den Rhein in den vornehmen Räumen, die ihm in dem unteren Stockwerk des ehemaligen Kurfürstenschlosses zu Koblenz als Dienstwohnung eingeräumt waren, ein schönes patriarchalisches Leben zu führen begonnen, dessen ehrbare Strenge freilich dem rheinischen Wesen recht wenig entsprach. Die Morgen- und Abendandachten, die der Oberpräsident an der Spitze seines ganzen Personals zu veranstalten pflegte, fielen der in dem Stockwerk über ihm residierenden Prinzessin von Preußen lästig und verstärkten in ihr die Abneigung gegen den allen Neuerungen so wenig zugänglichen Oberpräsidenten. Von dem ersten Tage an war das Verhältnis ein gespanntes. Das Unglück Kleists wollte es, daß in ihm nichs von einem Hofmann steckte, sondern daß er sich ganz als Beamter und Vertreter seines Königs fühlte. So ließ er es auch in häuslichen Angelegenheiten öfter an der nötigen Geschmeidigkeit fehlen, die er den prinzlichen Herrschaften gegenüber hätte zeigen sollen. Der Prinz von Preußen spielte in diesen Dingen eine Rolle, die über alles Lob erhaben ist. Seine vornehme, auf das Wesentliche gerichtete Natur bewahrte auch hier die königliche Haltung. Weniger glücklich war seine hohe Gemahlin veranlagt, die ihre Abneigung gegen den Hausgenossen nur zu sehr spüren ließ. Da ist es dann öfter zu unliebsamen Erörterungen gekommen, die von Kleists nächsten Freunden in dessen Interesse noch nach vielen Jahren bedauert wurden. So kam es einmal zu einem „Laubenstreit" mit der Prinzessin, den sie ihrem langjährigen Nachbar kaum je vergessen hat. Ludwig Gerlach urteilte über Kleists Verhalten in diesen Dingen, es sei ihm ganz gleich, ob er mit einem Schulamtskandidaten oder mit der erlauchten Frau des Prinzen zu tun habe, und meinte, daß Kleist wohl mehr Rücksichten gegen die prinzlichen Herrschaften hätte üben müssen. Kleist selbst hat sich das in späteren Jahren in der Stille seines Kämmerleins auch gesagt. Er hat von diesen nachbarlichen Verhältnissen und zugleich von den amtlichen Verhandlungen, die er damals mit dem Prinzen zu führen genötigt war, geäußert: „Vielleicht hätte ich weltlich, persönlich — auch aus Liebe zu dem gnädigen Herrn — klüger sein

können. Doch fürchtete ich, den Erfolg solcher Klugheit nicht in der Hand zu haben." Der ehrliche, treue Mann konnte nicht diplomatisieren, finassieren und hofieren, und es widerstrebte ihm, etwas wider seine Natur zu tun. Es darf aber wohl zur Erläuterung des Verhältnisses von Kleist zu dem prinzlichen Hofe bemerkt werden, daß er auch in den Briefen an seine Vertrauten stets in respektvoller Form über die hohen Herrschaften gesprochen hat. Bei der Prinzessin bestand das übliche Mittel, Kleist ihre Verstimmung fühlen zu lassen, darin, daß sie ihn und die, welche ihm am nächsten standen, in merklicher Weise von den Einladungen zu den geselligen Abenden ihres Hofes ausschloß. Außer Kleist und seiner Frau erlebten das Schede, Halm und auch wohl Juncker und mancher andere oft genug. Zuweilen trat das Demonstrative in der Haltung der Prinzessin so offen und deutlich zu Tage, daß es dem weichen und rücksichtsvollen Sinne ihres hohen Gemahls zu weit ging und er den Mißklang zu verwischen suchte. Er schickte dann wohl noch in letzter Stunde seinen Hofmarschall Graf Pückler und ließ den Vorfall für ein Versehen erklären, bat auch selbst den Oberpräsidenten um Entschuldigung. Als diesem am 26. November 1852 das erste Kind, ein Sohn, der die Namen Hans Anton empfing, geboren wurde, da war der hohe Herr huldvoll genug, die Patenschaft bei dem jungen Hausgenossen anzunehmen, und hielt ihn auch über die Taufe. Bei den Festen, die Kleist in seiner amtlichen Stellung gab und, der Repräsentationspflicht eines Oberpräsidenten eingedenk, in der Tat häufig veranstaltete, war freilich der Tanz verpönt, worüber die junge und alte Welt am Rheine den Kopf schüttelte. Dafür sorgte der Hausherr für andere Unterhaltung. Er ließ Bonner Professoren über anregende Gegenstände Vorträge halten. Vor allem aber waren diese Abende durch Musik belebt; besonders seitdem Schedes nach Koblenz gekommen waren, gestalteten sich die musikalischen Abende recht genußreich. War doch dies Ehepaar außergewöhnlich musikalisch begabt. Schedes Lieblingsstreben bestand darin, die kirchliche Liturgie zu heben; seine geistsprudelnde Gattin spielte vortrefflich Klavier; Schede selbst wußte einen Damenchor zu-

sammenzubringen, den er persönlich leitete. Nichts ging Kleist über die Dienstagsabende im Hause des Freundes, wo diese Konzerte am vollkommensten gelangen. Wenn er bei Hofe in Berlin einer Musikaufführung beiwohnte, dann träumte er sehnsüchtig vom Hause Schede. Als nun gar der Cellovirtuos Diest von Düsseldorf ans Oberpräsidium versetzt wurde, da war der Höhepunkt der Konzerte im Koblenzer Schlosse erreicht. Der veranstaltete nun die herrlichsten Quartette von Bach, Lotti und Palestrina, und die musikalischen Freuden wollten kein Ende nehmen. Zuweilen ließ Kleist auch einen Virtuosen aus Köln kommen. Das Essen besorgte bei den großen Festabenden Frau Schurz im Riesen.

Neben den nächsten Amtsgenossen traten Kleist der Dombaumeister Zwirner und der Pastor an der evangelischen Florinskirche Schütte näher. Unter den auswärtigen Gästen war einer der häufigsten Bismarck, mit dem sich Kleist außerdem öfter an schönen Punkten jener Gegend zusammenfand. Zuweilen besuchte er diesen auch in Frankfurt. Wenn Bismarck nach Koblenz herüberkam, hatte er meist zu klagen, daß der alte Zeltgenosse vor Geschäften gar nicht zu genießen war. Einige Tage verlebten die beiden gemeinsam in Interlaken. Die Herrlichkeit der Berner Alpen hinterließ auf Kleist einen tiefen Eindruck. Gar manchen Ausflug unternahm er zu Fuß oder auch zu Kahn in die schöne Umgegend von Koblenz. So pilgerte er mit Eck und dessen Frau über den Schafstall nach Lahnstein, besuchte in großem Kreise das schönste Schloß der Gegend, Burg Elz, und ein andermal die Abtei Marialaach. Mit Ludwig Gerlach bereiste er das Ahrtal. Im Frühjahr 1854 besuchte er seinen ältesten Freund, Ernst Ranke, der seit einigen Jahren als Professor der Theologie in Marburg wirkte. Ranke fand ihn an „Liebe und Freundlichkeit noch gewachsen". Zugleich aber fiel ihm an Kleist das „männlich entschiedene Wesen" auf. Ein neuer Freund wurde der Oberst Edwin Manteuffel, der das Düsseldorfer Ulanenregiment erhalten hatte und gelegentlich im Koblenzer Schlosse beim Oberpräsidenten einige Tage Rast machte. Auch mit Albrecht Roon bildete sich ein freundschaftliches Verhältnis aus, und es scheint, daß Kleist

dazu beigetragen hat, die Aufmerksamkeit des Prinzen von Preußen auf diese hervorragend tüchtige Kraft zu lenken. Außer Wichern, auf den Schedes einseitige Konfessionalität einen unerfreulichen Eindruck machte, und dem Gesellenvater Kolping gingen auch Philipp Wackernagel und der Seminardirektor von Moers, Zahn, bei Kleist viel aus und ein. Öfter hatte er den König auf Durchreisen zu begrüßen. Bei den Reden seines hohen Gebieters mochte er wohl ähnlich wie Schede empfinden, der über sie in seinen Aufzeichnungen sagt: „Es lag doch ein wunderbarer Zauber auf diesen königlichen Lippen. Vielleicht hat nie ein fürstliches Haupt die Poesie des Fürstenberufs so wundervoll erkannt und bekannt." Seine Repräsentationspflichten nötigten Kleist natürlich oft zum Empfange fürstlicher Persönlichkeiten. So hatte er im Jahre 1858 den späteren Kaiser Friedrich nebst Gemahlin zu begrüßen, als sie nach ihrer Vermählung in Herbestal zuerst den deutschen Boden betraten. Es beglückte sein frommes Gemüt, daß er den jungen fürstlichen Ehegatten das Versprechen geben durfte, für sie und ihr Haus zu beten.

So manches Mal bekam Kleist in seinem häuslichen Verkehr mit dem Bruder des Königs unmutige Äußerungen über die Politik der Regierung und die politische und kirchliche Lage überhaupt zu hören. „Das hat mir manche schwere Stunde verursacht", bekannte Kleist darüber in seinen Aufzeichnungen. Einmal erklärte ihm der Prinz gerade heraus: „Wenn er erst am Regimente sein werde, solle alles anders werden; freilich er sei alt und werde seinen Bruder nicht überleben, aber er werde seinen Sohn in solchen Grundsätzen erziehen!" Er fand sich mit dem Oberpräsidenten eins in der Ansicht, daß die Verfassung „abscheulich" sei. Aber er hielt es für unfruchtbar, darüber noch immer zu disputieren, da man „sie einmal hätte", und erwies sich dadurch wieder einmal als der größere Realpolitiker. Seinen ganzen Ingrimm schüttete der hohe Herr gegen Kleist über die „Pietisten" aus, das wären Heuchler, die nur durch ihre Heuchelei Stellen erlangen wollten. Kleist, der sich doch selbst als Pietist fühlte, fragte ihn nach Namen, und darauf nannte ihm der Prinz den ehemaligen

Führer der pommerschen Lutheraner, Superintendent Otto. Da konnte Kleist ihn aufklären: Otto verdiene durchaus nicht den Namen eines Heuchlers, wäre auch nicht angestellt worden, sondern von der Anstellung zurückgewiesen und hätte froh sein müssen, in Sachsen Unterkunft zu finden. Darauf entgegnete der Prinz, Ottos Anstellung verhindert zu haben, sei das Verdienst des Generalsuperintendenten Hoffmann. Nun aber ging Kleist zum Angriff über: Die, welche 1848 treu geblieben seien, wären gerade die Pietisten gewesen, — und erinnerte den hohen Herrn wieder wie im Jahre 1853 an die Kundgebung des Belgarder Kreises. „Dafür habe ich Ihnen auch in Stettin meinen Dank gesagt." Aber Kleist stürmte weiter. „Dann sind es die Pietisten, die das Junkerparlament beriefen." Er dachte ähnlich, wie der wackere Thadden-Trieglaff, der in den Stürmen des Jahres 1848 das Bonmot prägte: „Die anderthalb Pietisten sind doch noch die einzigen, mit denen etwas zu machen ist"[1]), und dem der Volkswitz gewissermaßen recht gab; riefen doch die Kegeljungen, wenn alle Kegel bis auf einen um den König umgefallen waren: „Thadden-Trieglaff"[2]). Der General Gerlach, dem Kleist über jene Unterredung mit dem Prinzen von Preußen Bericht erstattete, freute sich an dem Freimute seines jungen Freundes und fügte in seinen Aufzeichnungen nur noch hinzu: „Warum hat Kleist dem Prinzen nicht gesagt, daß die Pietisten ihm treu geblieben sind, als die Freimaurer ihn verließen?"

Damit berührte er eine der schlimmsten Mißhelligkeiten, die zwischen dem Prinzen und dem Oberpräsidenten entstanden waren. Schon in den ersten Jahren seiner Verwaltungstätigkeit am Rhein machte Kleist die Beobachtung, daß die Freimaurer sich gegenseitig in sehr nachdrücklicher Weise unterstützten und empfahlen, auch da, wo eine Empfehlung ganz unangebracht war. Die Beobachtung war ihm umso mißliebiger, als er diese ungerechtfertigte Unterstützung auch bei einem Beamten wahrnahm, dem er bis dahin Vertrauen geschenkt hatte. Nun

[1]) Ludwig v. Gerlach, Aufzeichnungen I, 524.
[2]) El. Fürstin Reuß, Thadden-Trieglaff S. 101.

war er ja von früh an mit dem tiefsten Mißtrauen gegen den Freimaurerorden und seine Geheimniskrämerei erfüllt worden. Er teilte dieses Mißtrauen, von Kottwitz und Hengstenberg beeinflußt, mit den Gerlach und Niebuhr, obwohl er den deutschen Logen wohl bitter unrecht tat, wenn er sie im Verdacht hatte, daß sie wenigstens zum Teil und ohne Wissen ihrer Oberen revolutionäre oder zum mindesten radikale Tendenzen verfolgten. Im wesentlichen stellen diese Logen doch nur harmlose gesellige Vereinigungen dar, wenn auch ihre böse Geheimniskrämerei über manche deutsche Familie bitteres Leid verhängt haben soll. Erzählt doch der Kultusminister Bosse, daß sich die Schwester seines Vaters zu Tode gegrämt habe, weil ihr Mann Freimaurer geworden und dadurch genötigt gewesen wäre, ein Geheimnis vor ihr zu haben, und veranlaßte doch die Frau eines anderen hohen Beamten im preußischen Kultusministerium, des Geheimrats Johannes Schulze, ihren Gatten aus demselben Grunde, aus der Loge auszutreten. Aber in der Konstatierung der Versicherung auf Gegenseitigkeit traf Kleist zweifellos das Richtige. Dieses Eintreten der Logenbrüder füreinander bereitete später auch dem Fürsten Bismarck so manche schwere Stunde mit seinem königlichen Herrn, der sich durchaus nicht von seinen Logenbrüdern wie Graf Usedom und Graf Fritz Eulenburg trennen wollte.

Seitdem der Prinz von Preußen am 22. Mai 1840 in den Freimaurerorden eingetreten war, hatte dieser einen großen Aufschwung in Preußen genommen. Namentlich junge Offiziere und Subalternbeamte traten in ihn ein, teils weil manchen alles, was der Prinz von Preußen tat, gut und nachahmenswert schien, teils aber auch lediglich in dem Gedanken, daß der Beitritt gern gesehen würde. Wie natürlich, machte sich das Wesen des Freimaurertums besonders in der Nähe des Prinzen bemerkbar. Das empfand Kleist lästig, und so verlangte er nach einem Schriftwechsel mit dem Minister des Innern Einreichung der rheinischen Mitgliederlisten, damit er sich gegen das System der Protektionierung vorsehen könnte. Einige Logen taten es ohne weiteres, einige aber weigerten sich und beschwerten sich obendrein bei ihrem Protektor, eben dem Prinzen von

Preußen. Das Unglück wollte es, daß dieser gerade — am 5. November 1853 — seinen Sohn in die Loge eintreten ließ. König Friedrich Wilhelm, der das Wesen des Ordens sehr gering achtete, weil er darin nur das Pflegen seichtester Moral und einer billigen und schwächlichen Wohltätigkeit erblickte und ihn im wesentlichen für verflachend und entsittlichend hielt, war betrübt über diesen Schritt, ließ ihn aber begreiflicherweise zu, um seinen Bruder nicht zu verstimmen, der dem Orden so viel Sympathien bewahrt hatte, obwohl er von diesem im Jahre 1848 schmählich im Stiche gelassen worden war. Sofort machten die Zeitungen großen Lärm von dem Eintritt des jungen Prinzen. Zu gleicher Zeit verwies Westphalen dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz sein Verhalten den Logen gegenüber; er fand die Art der Einforderung der Listen nicht richtig. Es gab eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Kleist und dem Minister. Kleist legte in eingehender Denkschrift dar, daß die rechtliche Fundierung dieser geheimen Gesellschaften recht zweifelhaft sei, und daß die jüngste Vorgeschichte einzelner rheinischer Logen in der Tat starke Bedenken hervorrufe. Er bestand darauf, daß er als Oberpräsident amtlich von den Mitgliedern dieser rheinischen Logen Kenntnis erhalten müsse. Mittlerweile meldeten die Zeitungen triumphierend, daß Kleist mit seinem Verlangen abgewiesen sei. Der aber ruhte nicht eher, als bis er die regelmäßige alljährliche Vorlegung der Listen durchgesetzt hatte. Namentlich der General v. Gerlach nahm sich dabei seiner an. Es ist aber begreiflich, wenn der Vorfall, der wieder einmal einen Beweis von der rücksichtslosen Energie Kleists gibt, aufs neue eine arge Verstimmung des Prinzen von Preußen zur Folge hatte [1]).

Während der Prinz die Freimaurer begünstigte, half Kleist den Johanniterorden neu gestalten. Der Düsseldorfer Regierungs-

[1]) Freimaurer: Schriftwechsel Kleists mit Westphalen abschriftlich im F.A. — Leop. Gerlach an Kleist, 10. November 1853, 2. Juni 1854. — Niebuhr an Kleist, 4. Dezember 1853. — Aufzeichnungen Leop. Gerlachs, 8. November 1853. — Denkwürdigkeiten Manteuffels II., 421. — Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen S. 274. — Bosse, Jugenderinnerungen S. 19. — Varrentrapp, Johannes Schulze S. 217.

präsident Freiherr v. Massenbach sprach ihm im Jahre 1852 den Gedanken aus, daß die Gemeinschaft evangelischer Adliger, die durch den Johanniterorden dargestellt würde, dadurch im alten Geiste und für das Christentum fruchtbringend neugestaltet werden könnte, daß die Verleihung der Mitgliedschaft, die seit der Einziehung der Güter des Johanniterordens im Jahre 1810 in Preußen ohne jede Verpflichtung erfolgt war, an die Übernahme dauernder und namhafter Beiträge geknüpft würde. Kleist war die richtige tatenfrische Persönlichkeit, an die er sich wenden mußte. Der nahm den Gedanken sofort freudig auf und machte sich mit Feuereifer an die Verwirklichung, trat darüber mit Niebuhr in Schriftwechsel, der den Gedanken gleichfalls sehr begünstigte und beim Könige vertrat, und ging den König selbst an. Die Idee fand natürlich auch bei Friedrich Wilhelm den lautesten Beifall. Dergleichen Unternehmungen entsprachen seinem romantischen Empfinden und seinen Restaurationsplänen. Seine alte Idee des Schwanenordens, die so bald zu Grabe getragen worden war, schien in anderer Form wieder aufzuleben. Aber seine nächsten Freunde, wie die Gebrüder Gerlach, sahen skeptisch drein, und Kleist begann bald zu fürchten, daß auch dieser Plan wieder in nichts zerrinnen würde, da der hohe Herr die Absicht aussprach, die Sache selbst in die Hand zu nehmen; denn durch Friedrich Wilhelms unpraktische phantastische Art konnte das Ganze wieder leicht verfahren werden. Indes waltete diesmal ein günstiger Stern über dem Unternehmen. Kleists Schwager, Graf Eberhard Stolberg, und der pommersche Graf Krassow nahmen sich seiner ebenfalls an, und schließlich gelang es, eine auf Realitäten gegründete Wirksamkeit des Johanniterordens zu schaffen. Das Verdienst, die seit 1852 in Preußen getroffene große Organisation evangelischer Krankenpflege aus den Mitteln evangelischer Adliger und mit Hilfe evangelischer Arbeitskräfte angeregt und in Fluß gebracht zu haben, ist also zum großen Teil Kleist-Retzow zuzuschreiben. Sie sollte in den Einigungskriegen gute Dienste leisten, und bald prophezeiten einsichtsvolle Männer wie Albrecht v. Stosch der Organisation, daß sie mit ihren Aufgaben wachsen würde.

Der unermüdliche Kleist gedachte die Neugestaltung des Johanniterordens sofort auch für seine Provinz zu verwerten und strebte dahin, das frühere Deutschordenshaus am Deutschen Eck zu Koblenz, das seit dem Jahre 1898 zu einem Staatsarchiv für die Bezirke Koblenz und Trier hergerichtet ist, damals aber noch als militärisches Getreidemagazin verwandt wurde, in ein Krankenhaus für die rheinische Provinzialgenossenschaft der Johanniter umzuwandeln. Es ist nicht klar, ob sein Plan an dem Mangel von Geldmitteln oder an der Weigerung des Militärfiskus, das Gebäude abzutreten, scheiterte. Der Prinz von Preußen verhielt sich damals wenig wohlwollend gegen die Neubildung des Ordens, weil ihm das stark in ihm hervortretende pietistische Element nicht behagte [1]).

Das häusliche Leben mit dem Prinzen führte zuweilen auch zur Besprechung von Unternehmungen, die der Stadt Koblenz zu gute kamen. So ist die Herstellung der Zierde von Koblenz, der Rheinanlagen, großenteils die Frucht von Verhandlungen zwischen Kleist und dem Prinzen, wobei der Oberpräsident seinem erlauchten Nachbarn seiner ganzen Art nach fördernd und ratend zur Seite ging, wie ein Handschreiben des Prinzen an Kleist vom 16. April 1856 beweist, in dem der Oberpräsident „betreffs der Verschönerungsanlagen bei hiesiger Stadt" seinem „Schlußantrage" gemäß ersucht wird, dem Garteninspektor Weyhe auch fernerhin die Leitung der Anlagen sowohl an der Mainzer Chaussee als in Bad Laubach zu übertragen und den Garteninspektor zu einer Vermehrung seines Arbeitspersonals zu veranlassen.

Auch anderen Koblenzer Angelegenheiten widmete Kleist seine Aufmerksamkeit. So hat er selbst fröhliche Töne inmitten der lustigen Bewohner der Stadt zu finden gewußt, wenn es galt. Davon legen mehrere Trinksprüche Zeugnis ab, die er bei Gelegenheit der Halbjahrhundertfeier der Koblenzer Kasinogesellschaft wohl am Dreikönigstage 1858 ausbrachte.

---

[1]) Johanniterorden: Aufzeichnungen Kleists. — Akten im F.A. — Ludwig Gerlach an Kleist, 15. August 1856. — Niebuhr an Kleist, 29. Oktober u. 11. November 1852. — Stosch, Denkwürdigkeiten S. 170.

Es hatte sein Herz gewonnen, daß die Gesellschaft, der er seit dem August 1851 als Ehrenmitglied angehörte, aus Anlaß des Festes reichlich für die Waisen der Stadt gespendet hatte. So erschien er und feierte die Gesellschaft als „die älteste, wohlhabendste und berühmteste am ganzen herrlichen Rheinstrom", die während des verstrichenen halben Jahrhunderts ihre Bestimmung erfüllt habe, der Mittelpunkt und der Rückhalt der geselligen Freude in der Stadt zu sein. „Wer würde nicht gern mit ihr heute unter den fröhlichen Feiernden sein." „Sie hält nicht bloß an dem ersten Verse des Liedes: Bekränzt mit Laub den lieben vollen Becher — und trinkt ihn fröhlich leer — sie kennt und beherzigt und übt auch aus den Schluß des Liedes: Und wüßten wir, wo einer traurig läge, wir brächten ihm den Wein [1])."

Die riesenhafte Tätigkeit, die Kleist als Oberpräsident entfaltete, und die unaufhörlichen Aufregungen, die mit der Wahrnehmung seiner amtlichen Stellung verknüpft waren, konnten schließlich nicht ohne Wirkung auf seinen Gesundheitszustand bleiben. Als er Anfang November 1856 aus Anlaß des Provinziallandtages in Düsseldorf weilte, brach er zusammen. Er hatte gerade mit dem Oberst Edwin Manteuffel und dessen Frau einen Ausgang gemacht und wollte dann die den Landtag schließende Rede zu Papier bringen. Während des Schreibens verlor er das Bewußtsein und erhielt es erst nach Wochen wieder. Ein mit achtzehnstündigem Nasenbluten beginnender Gehirntyphus hatte ihn darnieder geworfen. Seine in Koblenz zurückgebliebene Frau eilte, obwohl ihr Gesundheitszustand der Schonung bedurfte, sofort an sein Krankenlager, um das noch Eck, Wunderlich und seine Schwägerin Gräfin Berta Stolberg beschäftigt waren. Die ärztliche Pflege lag in den Händen des Dr. Böger, der sich dereinst noch bei so vielen hochstehenden Patienten sehr bewähren sollte. Bange richteten sich die Augen aller Freunde Kleists nach Düsseldorf. Als die ersten Nach-

[1]) Konzept der Trinksprüche im F.A.

richten kamen, daß Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens vorhanden sei, schrieb Bismarck an den General v. Gerlach: „Ich danke Gott, daß er uns den lieben alten Hans Kleist doch noch lassen will, wie es scheint; wir können ihn nicht missen." Oberst Manteuffel hielt den Bundestagsgesandten auf dem laufenden. Die Anwesenheit und Pflege der Gattin wirkte ungemein beruhigend auf den Kranken. Als er zuerst bei voller Besinnung erwachte, traten sein Erstgeborener und der ihm am 21. August 1854 in Kieckow geborene zweite Sohn Jürgen Christoph zu ihm mit der Kunde, der Heiland habe ihnen soeben ein Brüderchen geschenkt. Es war der 27. November. Noch aber ging es sehr schlecht mit Kleist. Und dabei bedurfte die Provinz so sehr seiner, da wegen Neuenburg gegen die Schweiz mobil gemacht werden sollte und Schede nicht zur Vertretung geeignet schien, schon weil er auch kränklich und überlastet war. In seiner Hilflosigkeit kam Westphalen auf den Gedanken, den Regierungspräsidenten v. Möller mit der Vertretung zu betrauen; vorsichtshalber fragte er aber deswegen am 21. Dezember noch bei Kleist an. Das konnte diesem gerade noch fehlen, daß Möller, der ihm auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten gemacht hatte, ihn in Koblenz vertrat. Mit Bleistift gab der Kranke am Rande aufs entschiedenste seinem Protest gegen das sonderbare Ansinnen des Ministers des Innern Ausdruck und erklärte, daß er bald wieder die Geschäfte übernehmen zu können hoffe.

Der neugeborene Sohn wurde mit großer Feierlichkeit getauft. Er empfing den Namen Friedrich Wilhelm. Der König selbst nahm die ihm von der Witwe des vor zwei Jahren abberufenen alten Ritters Graf Anton Stolberg angetragene Patenschaft in einem huldvollen Schreiben an. Ihm war die Bitte seiner „alten Jugendfreundin" eine „wahre Erquickung nach all der Angst und Not um den teuren Kleist". In seiner überquellenden gütigen Weise sprach er seine wärmsten Wünsche für das „Jüngste des alten Heldenstammes" aus. Mit ihm waren Gevattern des Kindes Kleists alter Lehrer Schmieder, Below-Hohendorf, Stahl, Hengstenberg und einige der nächsten rheinischen Freunde.

Am 14. Januar kehrte der Oberpräsident nach Koblenz

zurück. Ein Gedicht von J. Th. Kretzer begrüßte seine Heimkehr. Jedoch erst Ende März war er wieder so weit hergestellt, daß er die Geschäfte übernehmen konnte. Vizepräsident Schede empfing ihn feierlich an der Spitze des gesamten Regierungskollegiums. Inzwischen war ihm neuer Ärger erwachsen, dessen Brennpunkt diesmal mehr wie je der Präsident v. Möller bilden sollte. Zunächst handelte es sich um die Sammlungen für ein in der Rheinprovinz dem Könige Friedrich Wilhelm III. zu setzendes Denkmal. Während der Krankheit Kleists hatte sich deswegen unter Führung Möllers ein Ausschuß gebildet. Die reichen Kölner gaben mit vollen Händen für das Monument. Am 10. Dezember hatten sie bereits an die 15000 Taler gezeichnet, Möller an der Spitze 1000 Taler. Bei der Bestimmung des Denkmalplatzes brach die bekannte Eifersucht unter den rheinischen Städten aus. Viele gönnten der heiligen Stadt nicht, daß sie das Denkmal erhalten sollte, obwohl es in der Natur der Sache lag, daß es hierher kam, auch wenn die Kölner nicht das Meiste gegeben hätten. Der kaum genesene Kleist, der sich noch von den Geschäften fernhalten mußte, sah sich in dieser Lage doch, von Möller darum angegangen, bereits Ende Februar veranlaßt, einzugreifen. Er selbst war auch unbedingt für Köln. Um aber eine Einigung herbeizuführen, berief er auf den 23. März eine große Konferenz von rheinischen Notabeln in seine Wohnung, und es gelang ihm glücklich, die Einigung für Köln herzustellen. Möller fühlte sich durch sein Vorgehen zurückgesetzt, spielte den Empfindlichen und übte in zahlreichen Briefen an Kleist die gereizteste Kritik an dessen Maßnahmen, während Kleist lediglich die Sache im Auge gehabt und nicht im geringsten daran gedacht hatte, Möller irgendwie zu kränken. Die Kränkung erblickte Möller zuerst darin, daß unter einem von Kleist erlassenen Aufruf offenbar unabsichtlich außer den Namen der übrigen Präsidenten auch der Möllers selbst fehlte. „Wenn die Namen der Regierungspräsidenten nicht zu den einflußreichsten gehörten, so müßte man diese absetzen," erklärte Möller zornflammend. „Ich bin mir wenigstens bewußt, daß kein Name der Liste in dieser Angelegenheit einen größeren Einfluß

hat, als der meinige." Natürlich wurde nun das Versäumnis nachgeholt und Möller kam nebst den anderen Präsidenten unter den Aufruf. Er fuhr aber fort, den Gereizten zu spielen. Es schien am zweckmäßigsten, die Sammlungen in der Weise zu organisieren, daß für die fünf Regierungsbezirke besondere Ausschüsse gebildet wurden. Möller war damit indes gar nicht einverstanden. Kleist bewahrte eine erstaunliche Ruhe bei all den Vorwürfen, die er ungerechtfertigterweise von dem ehrgeizigen Manne zu hören bekam, und konnte ihm mehrere Male seine Irrtümer recht nachdrücklich beweisen, so daß sich der Kölner Präsident wiederholt zum Einlenken genötigt sah. In der Folge veranlaßte Möller zahlreiche Kölner, vom Ausschuß zurückzutreten. Kleist durchschaute sehr wohl, daß die Kölner nur gekränkt waren, weil sie nicht allein die Leitung behalten hatten. Besonders waren verschiedene vornehme Namen, die Kleist in die Liste der Ausschußmitglieder gebracht hatte, wie die der Fürsten Solms-Lich und Wied, dem Präsidenten Möller unbequem, weil sie an der Spitze standen, während sein Name wie auch der Kleists mit den übrigen in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt wurde. Auch behagte dem Kölner Präsidenten der Dombaumeister Zwirner nicht im Ausschusse. Durch den Kölner Beigeordneten Rennen wurde der Oberpräsident zudem unterrichtet, daß die Erregung in Köln durchaus nicht so groß war, als Möller es hinstellte. Möllers Verfahren wurde von den anderen Stellen lebhaft gemißbilligt, in besonders scharfer Form von dem Regierungspräsidenten in Trier. Trotzdem fuhr der gereizte Kölner Herr fort, Kleist Schwierigkeiten zu bereiten, solange dieser noch im Amte war. Erst als auch der Nachfolger Kleists ihm in aller Ruhe vorstellte, daß die Gesamtheit der Ausschußmitglieder mit Ausnahme einiger Kölner gegen seine Ansicht sei, fügte sich Möller mit den seinigen. Immerhin hatte Kleist die Genugtuung, daß bis zum Juli 1858, also einige Monate vor seinem Rücktritt, bereits 137000 Taler für das Denkmal vorhanden waren. Über die Hälfte der Gesamtsumme war von Kölnern aufgebracht. Kleist selbst hatte sich, wie er seinerzeit auch für den Kölner Dombau eine namhafte Summe beisteuerte, mit einem seine

Verhältniſſe weit überſteigenden Beitrage von 500 Talern beteiligt. Die Verſicherung, daß durch die Verwirklichung der Denkmalsidee die allgemeine Freude über die als Glück und Segen betrachtete Vereinigung der Rheinlande mit Preußen einen Ausdruck fände, konnte er innerlich freilich nur mit einigem Vorbehalt hinnehmen. Hatten doch die katholiſchen Kirchenfürſten abgelehnt, den Aufruf zu unterſchreiben, ſo daß man ſich klugerweiſe veranlaßt ſah, auch den evangeliſchen Generalſuperintendenten aus der Liſte fortzulaſſen [1]).

Noch während die Denkmalſache ſchwebte, wurde ein zweiter Streit mit Möller anhängig. Wieder ſpielte dieſer den Verletzten und Zurückgeſetzten. Es handelte ſich um einen höheren Beamten, der ſich nach Kleiſts wohl richtiger Auffaſſung gröblicher Vergehungen im Amte ſchuldig gemacht hatte, der aber von Möller geſchützt wurde. Im Verlauf der Unterſuchung, die von Kleiſts Vertretern Schede, Delius und Kühlwetter eingeleitet und lange Zeit allein geführt wurde, da Kleiſt inzwiſchen wieder heftig an den Maſern erkrankte, ſah ſich Kleiſt veranlaßt, beim Kultusminiſter v. Raumer die Suſpenſion des Beamten zu beantragen, und Raumer gab dieſem Antrage ſtatt. Unglücklicherweiſe hatte Kleiſt dabei Möller nicht zu Rate gezogen, wobei er formell im Recht ſein mochte. Da aber jener Beamte dem Kölner Bezirk angehörte, wäre eine Verſtändigung mit dem Präſidenten dieſes Bezirks durch die Rückſicht und zum mindeſten aus Vorſicht geboten geweſen. Das mußte Kleiſt nachher auch von Freunden, wie Leopold Gerlach und dem Tribunalspräſidenten Goetze, den er als Juriſten zu Rate zog, hören. Ebenſo meinte Raumer ſpäter, daß Möller hätte gehört werden müſſen. So geriet der Kölner Präſident in eine furchtbare Erregung, überhäufte Kleiſt in ſeinen Berichten mit den maßloſeſten und unbegründetſten Beſchuldigungen und ſetzte bei dem inzwiſchen zur Stellvertretung gelangten Prinzen, der jenen Beamten wegen ſeiner preußiſchen Geſinnung ſchätzte, die Zurücknahme der

[1]) Denkmalſache: Akten des Oberpräſidiums zu Koblenz. Tit. III. Sekt. 10. Nr. 21. Kleiſt an Schede, 29. April 1857.

Suspension durch. Kleist durfte davon durchdrungen sein, daß er eine gerechte Sache verfocht. „Freudig würde ich es tragen, sollte ich bei dieser Gelegenheit zur Disposition gestellt werden," schrieb er an Schede. Möller erklärte, es sei ihm ganz unmöglich, noch unter Kleist zu arbeiten. Darauf erklärte Kleist, daß auch er nicht mehr in amtlichen Beziehungen zu Möller stehen könne, und verlangte eine amtliche Genugtuung wegen der Angriffe Möllers auf ihn. Diese konnte natürlich nur in einer Versetzung des Kölner Präsidenten bestehen.

So lagen die Dinge im Frühjahr 1858. Der rheinische Boden war für Kleist vollkommen unterwühlt. Wurde Möller nicht versetzt, so konnte Kleist nicht mehr Oberpräsident in Koblenz bleiben. Noch war der Prinz von Preußen aber nur Stellvertreter des Königs. Er hielt sich deswegen nicht für berufen, entscheidendere Maßnahmen zu treffen. —

Für Kleist gehörte es zu den erschütterndsten Augenblicken seines Lebens, als er am 9. Oktober 1857 vom Ministerpräsidenten die telegraphische Nachricht erhielt, daß König Friedrich Wilhelm IV. schwer erkrankt sei, als dann am 16. Oktober ein Schreiben Manteuffels folgte, das den Zustand des Königs als sehr bedenklich bezeichnete, und als schließlich am 24. Oktober von dem leitenden Minister die Meldung kam, daß der König seinen Bruder Wilhelm am 23. mit seiner Stellvertretung beauftragt habe. Ein optimistisches Schreiben Manteuffels vom 25. teilte darauf zwar mit, daß die Besserung im Befinden des hohen Kranken in entschiedenstem Fortschreiten begriffen und daß bei dessen fortgesetzter Schonung eine vollständige Genesung zu erhoffen sei. An diesen Briefstellen vermerkte der Oberpräsident bewegt: „Gott sei gelobt! Jawohl, jawohl!" Er war eifrig bemüht, ihm bekannte ähnliche Erkrankungsfälle, bei denen eine Heilung erfolgt war, an den maßgebenden Stellen zur Kenntnis zu bringen. Bei dem zunehmenden Verfall der Geisteskräfte des Monarchen mußte er sich aber stetig mehr darauf gefaßt machen, daß die Zeit König Friedrich Wilhelms IV. vorbei war. Das hieß auch, daß seines Bleibens am Rhein nicht mehr lange sein würde, da er mit dem Prinzen so vielfach

nicht übereingestimmt hatte. Im November verließ auch die Prinzessin Koblenz. „Der Hof hat alles, an Personen, Tieren, Sachen mitgenommen, was an ihn sonst erinnerte; es sieht fast aus, als rechnete Ihro Kgl. Hoheit nicht darauf, zurückzukehren," schrieb Kleist und fügte hinzu: „Die Jungen machten es sich gestern schon durch lautes Schreien und Toben redlich zu nutze."

Während seiner Verwaltung war seine Abberufung vom Rheine mehrmals in Erwägung gezogen worden. Aber dabei hatte es sich immer darum gehandelt, ihm ein Ministerium zu geben. Sein Name verschwand überhaupt während der ganzen Zeit nicht aus der Reihe der Ministerkandidaten. Wiederum, wie in den Landratsjahren, hieß es abwechselnd, er sollte Ackerbauminister, und dann, er sollte Minister des Innern werden. Am meisten ist er für den Posten des Ackerbauministers in Frage gekommen, namentlich im Jahre 1853, als es vorübergehend schien, daß Otto v. Manteuffel seine Rolle als Ministerpräsident ausgespielt hätte. Damals wurde ernstlich erwogen, den noch als Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern beschäftigten zweiten Manteuffel als Oberpräsidenten an den Rhein zu setzen. Diesen scheint es nach dem schönen Posten verlangt zu haben, der zu jener Zeit als der begehrenswerteste in der preußischen Verwaltung galt. Doch behagte dem frommen König dieser Gedanke nicht. Friedrich Wilhelm hatte seine Freude an dem gottergebenen Leben, das Kleist mit seiner Gattin im Schlosse zu Koblenz vor den Rheinländern führte, und rechnete darauf, daß dadurch „viele kalte und unentschiedene Herzen" günstig beeinflußt würden. Karl v. Manteuffel aber war ein flotter Junggeselle. Daher erklärte der König gegenüber den Vorschlägen, die auf Manteuffels Ernennung für den Rhein zielten, er könne es nicht übers Herz bringen, diesen Mann in die Räume des Koblenzer Schlosses einziehen zu lassen, nachdem dort soeben noch Abends und Morgens die Lobgesänge der Kleistschen Familie erklungen wären. Aber noch im Jahre 1855 regte der inzwischen zum landwirtschaftlichen Minister aufgerückte Manteuffel bei Kleist an, ob er nicht mit ihm tauschen wollte. Die Gerlach hätten

gern das Zustandekommen eines Ministeriums Kleist-Senfft-Bismarck gesehen. So aber blieb Kleist schließlich am Rhein. Auch sonst empfing er in dieser Zeit, abgesehen von einigen ausländischen Orden, die ihm bei Repräsentationen zufielen, wenig äußere Ehren. Seine rührende Bescheidenheit verlangte so gar nicht danach. Als er nach mehrjähriger Tätigkeit in Koblenz auf Umwegen erfuhr, daß er zu einem Orden vorgeschlagen worden sei, schrieb er an den Ministerpräsidenten: „Es würde mich so sehr freuen, wenn es vorüberginge. Soll und muß es aber geschehen, so bitte ich doch aufs allerinständigste (— das Wort allerinständigste hat er dreimal unterstrichen —), daß es kein anderer sei, als der vierter Klasse. Jeder andere wäre erstens eine Ausnahme, dann mit Rücksicht auf die Kammer verliehen, was ich nicht für gut halte, und würde den roten Adlerorden vierter Klasse als weniger wertvoll erscheinen lassen. Jede Auszeichnung aus den Händen Seiner Majestät soll aber gleichen Wert haben. Erfüllen Sie mir diese Bitte, ich weiß, daß Sie von ihrer Wahrhaftigkeit überzeugt sind." Ihm kam es lediglich darauf an, ersprießlich zu wirken, und daß ihm dies vergönnt war, davon war er trotz aller Schwierigkeit, die er fand, durchdrungen. Diesen Eindruck hatten auch seine Freunde. Der Präsident v. Gerlach schrieb ihm im Jahre 1856: „Es ist mir immer eine besondere Freude, den Segen zu betrachten, den Sie in Haus und Amt erfahren und für welchen der Dank in Ihren Briefen überströmt." Denselben Eindruck hatte auch Frau v. Kleist-Retzow. So wuchs dem Oberpräsidenten sein Amt ans Herz. Es konnte nicht anders sein, als daß er sich nur schwer von ihm trennte.

Als nun der Prinz von Preußen im Oktober 1858 die Regentschaft übernahm, fühlte Kleist doch, daß die Trennungsstunde geschlagen hatte. So gestaltete sich das Fest der Eröffnung der linksrheinischen Bahn zwischen Koblenz und Köln auf dem schönstgelegenen Bahnhofe Preußens, in Rolandseck, am 11. November zu einer letzten Kundgebung des tatkräftigen Mannes am Rheine. Der sich um den neuen Herrn drängende Schwarm übereifriger Diener suchte es zu verhindern, daß Kleist das Fest noch leitete, aber vergeblich. Bis

zuletzt bewahrte der Oberpräsident seine stolze, selbstbewußte Haltung. Ja es schien, als wenn das Regiment der Familie v. Kleist mehr denn je in die Erscheinung treten sollte. Denn an der Leitung war noch ein Vetter des Oberpräsidenten, ein Generalleutnant v. Kleist, beteiligt. An dritthalb hundert Gäste waren zu dem Festessen in Rolandseck versammelt, an ihrer Spitze die Gemahlin des Prinzregenten, ihr Oheim Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar und der Fürst Pückler-Muskau. Bei Beginn der Tafel erhob sich Kleist und brachte einen Trinkspruch auf den kranken König aus: „Es ist ein großartiges, verheißungsreiches Ereignis für die Rheinprovinz, welches wir heute feiern. Eines fehlt uns jedoch — das ist die Teilnahme unseres Königs und Herrn —, des Königs, der so oft voll Lust und Freude an den schönen Ufern des majestätischen Stromes dahinzog, dessen königlichem Geiste nichts fremd, nichts zu groß oder zu klein ist, was das Wohl seiner Untertanen betrifft." Seine schönen Worte verfehlten nicht, einen mächtigen Eindruck auf die Versammlung zu machen. Noch nach Jahren entsannen sich dessen die Teilnehmer. Selbst die Widersacher Kleists fühlten sich entwaffnet angesichts der markigen Persönlichkeit, die da vor ihnen stand. Man umringte den Redner und drückte ihm bewegt die Hand.

Sechs Tage darauf fiel der entscheidende Schlag. Am 17. November verabschiedete der Regent den Oberpräsidenten v. Kleist-Retzow. Die neuen Minister des Innern und der Finanzen, v. Flottwell und Freiherr v. Patow, derselbe Patow, dessen Entscheidung er seinen Eintritt in die Verwaltungslaufbahn verdankte, brachten dies Kleist unter dem 19. zur Kenntnis. Zu seinem Nachfolger wurde gleichzeitig nicht Möller, wie wohl ziemlich allgemein angenommen worden war, sondern eine neutrale geschäftsmännische Persönlichkeit, der Unterstaatssekretär im Handelsministerium Adolf v. Pommer-Esche, ernannt. Es verriet die vornehme Auffassung des Regenten, daß er, gewissermaßen um Kleists Gefühle zu schonen, nicht dessen Gegner Möller, der sich doch so sehr der Gunst des Prinzen zu erfreuen gehabt hatte, an seine Stelle setzte. Den Eindruck dieser vornehmen Gesinnung erhöht es, daß der Prinz der ministeriellen

Mitteilung von der „einstweiligen Versetzung in den Ruhestand“ mit einem jährlichen „Wartegeld“ von 2000 Talern, in welche Form die Verabschiedung gekleidet wurde, noch ein besonderes Kabinettschreiben folgen ließ, in dem Kleist „die vollste Anerkennung seiner zu allen Zeiten bewährten ehrenhaften Gesinnung und treuen Hingebung für Thron und Vaterland, sowie des Ernstes und der Lauterkeit seiner Bestrebungen“ ausgesprochen wurde, und in dem es hieß, der Prinz sei auf den Antrag des Staatsministeriums, Kleist in den Ruhestand zu versetzen, nur darum eingegangen: „weil Ich zu Meinem Bedauern Mich der von demselben ausgesprochenen Überzeugung nicht habe verschließen können, daß er in der Totalität seiner Anschauungen und Auffassungen sich mit den Verhältnissen der Rheinprovinz nicht in dem Einklange befinde, durch welchen eine wahrhaft ersprießliche Wirksamkeit bedingt werde“. Fast scheint es, als wenn das gute Herz des Prinzen sich noch etwas gesträubt habe, Kleist zu verabschieden.

So brach die Verwaltung Kleists am Rhein unter der Wucht des Andrangs der neuen Ideen zusammen, jener Ideen, von denen es sich bald offenbaren sollte, daß sie sich einstweilen nicht zu behaupten vermochten, weil ihnen die leitende überragende Persönlichkeit fehlte. Kleist war auf der Walstatt geblieben, auf die er im Juli 1851 mit so freudigem Kampfesmute geeilt war. Seine Verwaltung am Rhein aber wird allezeit merkwürdig bleiben durch die gewaltige Energie und den sittlichen Ernst, mit dem sie geführt wurde.

Noch an demselben 19. November, an dem Kleist jene amtlichen Zuschriften erhielt, hatte die Prinzessin von Preußen, kurz vor ihrer Rückreise von Koblenz nach Berlin, mit der Frau des Oberpräsidenten ein Gespräch gehabt und sie darauf vorbereitet, daß die Amtsführung ihres Mannes jetzt vielleicht zu Ende gehen würde. Sie suchte Frau v. Kleist-Retzow zu trösten für den Fall, daß dies eintreten sollte, indem sie darauf hinwies, wie viel stiller und sorgenloser Kleists zusammen auf dem Lande wohnen würden. Da erwiderte die tapfere Frau v. Kleist: „aber ohne das gesegnete Amt meines Mannes“. Kaum war die Prinzessin in Berlin angelangt, so erfuhr sie, daß die als möglich hinge-

stellte Tatsache eingetreten und Kleist wirklich verabschiedet sei. Da richtete sie, unter dem 22. November, an dessen Frau einen Trostbrief: „Sie kennen mich genug, um von diesen Zeilen nicht überrascht zu sein, denn Sie wissen, daß ich meiner eigenen Natur gemäß unter allen Wechselfällen des Lebens den Blick nach Oben richte, nur von dort die Leitung erbittend, welche nie trügt. Das Streben nach treuer Pflichterfüllung und nach Wahrheit entspricht dieser Richtung. Hiernach erklärt es sich von selbst, daß es mir nicht gleichgültig sein kann, andere im Zweifel über mein Verhalten zu lassen und insbesondere Sie, welche vermuten könnten, ich hätte bei meinem Abschiede am 19. November in Koblenz etwas von der veränderten Stellung Ihres Mannes gewußt. Ich gebe Ihnen hiermit die bestimmteste Versicherung, daß dies nicht der Fall gewesen ist, daß ich vielmehr erst vorgestern die Nachricht vernommen habe, welche diese Veränderung betrifft und die, wenn sie auch die lokalen Beziehungen ändert, keineswegs die teilnehmenden und freundlichen Gesinnungen berühren kann, welche ich Ihnen, Ihrem Mann und Ihren Kindern bewahren werde. Sie werden stets in dem Ihnen dargebotenen Wirkungskreise andern hilfreich zu sein wissen, und Gott wird dies Bestreben segnen."

Ein Brief seines getreuen Eck an Gustav v. Diest gibt uns Kunde von dem Eindruck des Ereignisses auf Kleist: „Trotz der langen Voraussicht des Eingetroffenen war die nunmehr eingetretene Gewißheit doch erschütternd. Kleist selbst und Frau v. Kleist bewahrten zwar unveränderliche Heiterkeit und Freudigkeit, aber — wie sehr nahe es ihm und deshalb auch ihr innerlich geht, darüber kann man, wenn man ihn jahrelang kennt, nicht zweifelhaft sein." Am 23. war Abschiedssitzung. Eck berichtete: „Kleist sprach einfach und schön, Schede mit zu viel frommem Beiwerk, daher abkühlend statt ergreifend." Im Trierschen Hofe fand ein Abschiedsessen statt, bei dem der Kommandant von Koblenz, Generalleutnant Prinz von Holstein, einen bewegten Trinkspruch auf Kleist ausbrachte. Dann verließ dieser die Stätte, an der er sieben und ein halbes Jahr gewirkt hatte. Poetische Grüße klangen ihm nach, die trauernde Freunde ihm widmeten, der eine von seinem Assessor v. Rosen,

der andere von einem frommen evangelischen Geistlichen, dem es einmal vergönnt gewesen war, in seines „stillen Hauses friedlich frommen Kreis“ hineinzublicken. Es lag eine Tragik darüber, daß ein so tatkräftiger Mann in einem Alter aus der Beamtenlaufbahn geworfen wurde, in dem für die Mehrzahl die ausgedehntere Wirksamkeit erst zu beginnen pflegt. Bald aber sollte ein neues Leben für ihn anheben, nicht minder tatenreich als sein amtliches. Kleist wurde seinem eigentlichen Berufe zurückgegeben, dem Worte entsprechend, das Ludwig Gerlach am 16. Oktober 1852 gegen ihn aussprach: „Ihr allgemeiner politischer Charakter ist das prius; den, mit allem, was daran hängt, sind Sie dem Vaterlande und dem König schuldig.“

Zweites Buch

Der Parlamentarier

1858—1892

1. Bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes. 1858—1866

Nun war Kleist wieder „in die Stille geführt", wie er sagte. Er legte sich die Enthebung vom Amte in seiner gottergebenen Art als eine „wohlverdiente Züchtigung" seines Herrn aus. Gleichsam als wollte er nun umso inbrünstiger seinem Heilande leben, reiste er von Koblenz nicht nach der pommerschen Heimat, wo ihn mancherlei Geschäfte in Anspruch nehmen mußten, sondern nach Straßburg, um dort mit einem der Hauptvertreter des württembergischen Pietismus, mit dem Pfarrer Blumhardt aus Boll, und dessen Kreise Fühlung zu gewinnen. „Es ist ein kleiner, etwas starker Mann," schrieb er an Schede über die Begegnung mit diesem merkwürdigen Geistlichen, „eine große Freundlichkeit und Milde spricht aus seinen Zügen." Eine ganze Stunde unterhielt er sich gleich am ersten Tage allein mit ihm und blieb noch etwa eine Woche im Verkehr mit den in Straßburg versammelten Pietisten. Dabei erfreute er sich im Münster an der deutschen Kunst. Er schrieb darüber: „Aber so wunderschön die gemalten alten Fenster sind, das Dunkel, welches sie im Inneren der Kirche geben, ist schaurig, doch meinen evangelischen Anschauungen nicht entsprechend, und das Getriebe in der Kirche selbst während des Gottesdienstes entwürdigend! Wen man auf der Straße anspricht, der kann deutsch antworten, das freute mein deutsches Herz doch noch [1])." Sinnend betrachtete er neben der Präfektur das Standbild seines Vorgängers in Koblenz aus der französischen Zeit, des vielgerühmten Präfekten des Rhein-

[1]) Kleist an Schede, 5. Dezember 1858.

und Moseldepartements, Lezay-Marnesia, das erst vor wenigen Jahren errichtet war. Dem Pfarrer Blumhardt blieb Kleists Persönlichkeit fest in der Erinnerung haften. „Weil ich es sah, wie gepreßt Ihr Gemüt war, und wie es Sie drängte, sich vor dem Herrn zu demütigen, habe ich eine tiefe, priesterliche Liebe zu Ihnen behalten," schrieb er ihm nach Jahren [1]).

Mitte Dezember traf Kleist in Kieckow ein. Das erste, was er tat, war, daß er sämtliche Wahlmänner Polzins, die für den liberalen Minister Grafen Schwerin stimmen wollten, veranlaßte, einmütig seinen Freund Hermann Wagener zu wählen. Am 29. Dezember veranstalteten die Belgarder Kreisstände ein großes Festessen für ihn, auf dem Kleist eine eindrucksvolle Rede hielt: „Ich hoffe, jene Zeit soll an mir nicht ungenutzt vorübergegangen sein; doch freut es mich, daß ich wiederkehre mit derselben Gesinnung, mit welcher ich von Ihnen schied, daß ich nicht nötig gehabt habe, sie zu wechseln wie ein Kleid. Die Pommern haben außer dem Ruhm der Treue auch noch einen anderen erworben, den, daß sie in den Schlachten, die sie mitfochten, immer die Vordersten gewesen sind; der Marschall Vorwärts war leibhaftig einer der Unseren. Aber sollen wir auch dann voraneilen und mitziehen, wenn der Wagen dem Abhange zurollt? Die Eiche, welche ihre Zweige breiter und höher ausstrecken will, muß jedes Jahr ihre Wurzeln tiefer in die Erde strecken, welche sie trägt. Das also soll unser Vorwärts bleiben, das mit jedem Schritt sich tiefer zu gründen sucht in dem Boden vaterländischer Gesinnung [2])." So kündigte er der liberalen Politik, die der Regent einleitete, scharfe Fehde an. Nun gerade wollte er sich an die alten preußischen Traditionen anklammern. Daß die neue Zeit neue Aufgaben stellte und gewisse Reformen unabweisbar geworden waren, dagegen verschloß er sich zumeist. Er sah nur die bedrohlichen Begleiterscheinungen, unter denen die neue Politik eröffnet wurde, wesentlich von liberalen Bureaukraten, die sich weder durch Stärke des Willens, noch durch tieferen Ernst, noch durch soziales Verständnis, noch etwa durch größere geistige Bedeutung aus-

[1]) Blumhardt an Kleist, 28. Mai 1862.

[2]) Bericht der Neuen Stettiner Zeitung, Anfang Januar 1859.

zeichneten, und fühlte instinktiv, daß das preußische Staatsschiff unter diesen Auspizien Gefahren entgegentrieb. Für ihn lag es auf der Hand, daß der Regent nur von den Dingen getrieben war, und er hatte dabei nicht völlig unrecht. Doch schmerzte es ihn, wie er an seinen „Herzens-Ranke" schrieb, in der Opposition sein zu müssen. Am meisten weh tat ihm die Absage des Regenten an die strengere kirchliche Richtung, die in dessen Programm vom 8. November enthalten war.

In den Tagesblättern konnte er inzwischen lesen, was die Welt über seine Verwaltung urteilte. Freundlich war es meist nicht, was er da zu hören bekam. Die Zeit erwies sich noch nicht reif dafür, die vielen Verdienste, die er sich um das Rheinland erworben hatte, anzuerkennen. Das führende Blatt, die „Kölnische Zeitung", widmete ihm einen Nachruf, der wenigstens das Bestreben zeigte, objektiv zu sein. Aber recht hatten jene Stimmen, die seine Ernennung auch jetzt noch als einen Mißgriff bezeichneten. Sein Regiment hatte sich nicht voll entfalten können durch die ihm entgegenstehenden hohen Einflüsse. Gerade durch diese war eine Flut von Widersprüchen gegen ihn entfesselt worden, die eine gerechte Würdigung seiner Wirksamkeit nicht aufkommen ließ. Hätte er frei schalten dürfen, so wäre er vielleicht trotz allem je länger je mehr als ein Vater der Provinz verehrt worden, dem man einige Eigenheiten nachgesehen haben würde. Als nach einem Menschenalter sein ehemaliger Referendar Nasse die Geschäfte des Oberpräsidenten der Rheinprovinz übernahm, um sie anderthalb Jahrzehnte zu führen, bereitete es diesem wahre Freude zu beobachten, daß in der Rheinprovinz mehr und mehr eine gerechte Würdigung von Kleists edler Persönlichkeit und seinen vielseitigen Verdiensten platzgriff [1]). Ein einziges Blatt, die Elberfelder Zeitung, nahm sich seiner bei seinem Fortgange an, indem es seine Verdienste kurz, aber treffend darlegte. Von den größeren Städten hatte ihm überhaupt die Luft in Elberfeld und Barmen am meisten zugesagt. Gerade diesen Orten hat er ein besonders gutes Gedächtnis bewahrt. Es tat seinem Herzen ungemein wohl, daß sich wenigstens eine Stimme der Dankbarkeit öffentlich

[1]) Oberpräsident Nasse an den Verfasser, 2. August 1904.

erhob. Erst nach Wochen erfuhr er davon und ließ sich das Blatt durch Schede besorgen. Er selbst begriff allmählich sehr wohl, daß sein Fehler der Mangel an Diplomatie gewesen war. Aber daß er ein straffes Regiment geführt hatte, darauf war er bis zu seinem Lebensende stolz. „Ich rühme mich überhaupt dessen," hat er am 29. Mai 1883 im Reichstage gegen Eugen Richter gesagt, „daß ich die Gewalt, die mir gegeben war durch mein Amt, wirklich gebraucht habe, nicht wie ein Schwächling, oder ja und nein zugleich, sondern ja, wo ja sein mußte, und nein, wo nein sein mußte, zum Besten der Provinz und ihrer Bewohner."

Seine Rechnung war nicht falsch, wenn er seinen Belgardern sagen zu können glaubte, daß die Zeit am Rhein nicht ohne Nutzen für ihn gewesen wäre. Er hatte einen Einblick in viele und große Verhältnisse gewonnen und einen Schatz von Erfahrungen gesammelt, von denen er sein Leben lang zehrte und die ihm überall zu gute kamen. Jedoch war er nicht annähernd so fortgeschritten, wie sein Gefährte in der Zweiten Kammer, der in Frankfurt das Element gefunden hatte, in das er gehörte. Den Adlerflug, den Bismarck jetzt nahm, vermochte er nicht mitzumachen. Bismarcks Haltung in der deutschen Frage war ihm bereits unbehaglich geworden; daher freute er sich, daß der alte Freund nach Petersburg versetzt wurde, weil er so unberührt bliebe von den in der deutschen Politik zu erwartenden Fehlern. Sowohl in der österreichischen und hessischen Frage, als in der italienischen und französischen traute er ihm nicht mehr ganz. Vollkommen entsetzt war er, als er bemerkte, daß Bismarck den vom Regenten beabsichtigten Reformen in inneren Fragen nicht völlig ablehnend gegenüberstand, sondern sich für fakultative Zivilehe aussprach, und für die Grundsteuervorlagen, für die sich Kleist erst nach schwerem Kampfe entschied, sofort zu haben war. Er sah darin, nicht ganz mit Unrecht, ein Sichmöglichmachen des alten Freundes und meinte zu Leopold Gerlach, daß Bismarck schon bei Beginn der Regentschaft nach dem Ministerium gelangt habe. Auch dies war nicht irrig. Er erblickte darin lediglich Grundsatzlosigkeit, und diese betrübte ihn. Daß es sich bei Bismarck aber vielmehr um den Drang handelte, dem unsicher tastenden

Regenten zu helfen, in dem Bewußtsein, dies zu können, entging Kleist noch. Sein Schmerz über die Haltung Bismarcks vergrößerte sich noch, als er die Wahrnehmung machen mußte, daß Below-Hohendorf ganz mit Bismarck ging. Immerhin war das Band der Freundschaft mit Bismarck doch so fest, daß an eine tiefere Entfremdung vorerst noch gar nicht zu denken war.

Anders verhielt es sich mit einem anderen nahen Freundschaftsverhältnis, dem zu Hermann Wagener. Das empfing in dieser Zeit einen schweren Stoß.

Hermann Wagener hatte inzwischen seine große Mission als Kreuzzeitungsredakteur im wesentlichen erfüllt. Durch Hinckeldeys fortwährendes Einschreiten gegen die kühne selbständige Haltung des konservativen Blattes endlich in eine Art verzweifelten Mißmuts getrieben, legte Wagener im Juli 1853 die Redaktion nieder und trennte sich bald darauf auch formell von der Zeitung. „Das Maß war voll und ist übergelaufen durch einen geringen Zufluß," schrieb Leopold Gerlach darüber an Kleist. In dieser Lage vermochte Kleist die Gesinnungsgenossen, die Mittel zu einem großen Ehrengeschenk für den scheidenden Publizisten der Partei zusammenzubringen. In der Erkenntnis dessen, was Wagener der Partei genützt hatte, schossen die Parteifreunde 32000 Taler zusammen, für die sich Wagener das Gut Dummerwitz im Kreise Neustettin kaufte. Kleist war nicht immer einverstanden mit Wageners publizistischer Tätigkeit gewesen. Dessen zänkisches Wesen sagte ihm vor allem nicht zu. „Du kannst nicht glauben, welch einen Schmerz es mir macht, daß Du in der Weise mit Bethmann und Mathis streitest. Es ist zuletzt doch zur Freude und zum Triumph der Ungläubigen. Je mehr ich das Wesen jener Partei mißbillige, je schärfer sie mich und Bismarck angreifen, eine umso größere Pflicht, aber auch ein Recht habe ich, Dich dringend zu bitten, doch Deinerseits nicht in diesem Ton mit ihnen zu streiten," schrieb er ihm einmal (im Jahre 1852) über die von Wagener gegen die Wochenblattspartei geführte Polemik. Er teilte zweifellos auch die Ansicht des Präsidenten v. Gerlach, der ihm am 8. Juli 1853 über Wagener schrieb: „Sein und der Kreuzzeitung Hauptfehler — weit schlimmer

als die Härten und Poliſonnerien — iſt das Niemals-Unrecht-haben-wollen." Der Präſident fügte hinzu: „Dieſen hochſtrebenden jungen Männern fehlt unſer guter alter bornierter Pietismus, der doch ſo lebendig und kräftig war." Vielleicht war es gerade dieſes Niemals-Unrecht-haben-wollen geweſen, was die Kreuzzeitung, wie Wichern klagte, für zahlreiche Leute zu einer „Ergänzung der Bibel" für Politik werden ließ [1]). Trotz ſolcher Klagen über Wagener, die zuweilen auch von Kleiſts Schwiegervater und von Niebuhr unterſtützt wurden, hatte Kleiſt dem alten Freunde die Freundſchaft bewahren zu müſſen geglaubt. Er war es ja denn auch, der es veranlaßte, daß Wagener für ihn in die Zweite Kammer gewählt wurde.

Jene Dotation an Wagener hatte einige ſeiner Freunde bedenklich gemacht. Below-Hohendorf kam ſelbſt beim Auftauchen der Nachricht von Wageners Rücktritt auf den Gedanken, für den tüchtigen Mann etwas zu tun. Aber der ihm von Kleiſt entwickelte Plan, dem Scheidenden zum Ankauf eines Gutes behilflich zu ſein, behagte ihm nicht. „Wo iſt die Berechtigung, Landjunker zu werden?" fragte er. Es zeigte ſich, daß ſeine Bedenklichkeit nicht unberechtigt war. Wagener war nicht von ſo lauterem Metall wie ſeine Freunde. Bald geriet er in Geldverlegenheiten. Im Juli 1858 trat er mit der Abſicht hervor, ſich vom parlamentariſchen Leben zurückzuziehen. Er ſpielte dabei den Empfindlichen darüber, daß ſein großes literariſches Unternehmen, das Staats- und Geſellſchaftslexikon, das er damals begonnen hatte, ſo wenig Unterſtützung von der konſervativen Partei gefunden hätte. Kleiſt geriet in Beſtürzung über die Abſicht Wageners. Er redete ihm ernſt ins Gewiſſen. „Lieber Wagener, Du darfſt, glaube ich, ohne eigene ſchwere Verſchuldung ſo ſchnell in der Weiſe nicht handeln. Du haſt Deine Stellung und Wirkſamkeit und Deinen geſegneten Einfluß als ein Lehrer unſeres Volkes, als ein Mitleiter unſerer öffentlichen Verhältniſſe als ein Amt und Lehen von Gott überkommen und darfſt das nicht ſo ohne weiteres daran geben. Selbſt wenn es wahr wäre, daß Du verkannt,

[1]) J. Wichern, Briefe u. Tagebuchblätter. Hamburg 1901. 14. Januar 1851.

verlaſſen wäreſt von aller Welt, ſo dürfte Dich das nicht darin irre, ſondern müßte Dich umſo feſter darin machen." Er ſtellte ihm vor, daß ſein Rücktritt im gegenwärtigen Augenblick einfach Fahnenflucht bedeutete. Sein erſter Gedanke war, dem Freunde wieder die Kreuzzeitung zu verſchaffen, mit 3000 Talern Gehalt. In dieſem Sinne ſchrieb er an Bismarck: „Da wäre der Kreuzzeitung auch geholfen, welcher dies ſo dringend not tut. Treib das doch bei dem Präſidenten v. Gerlach oder wo ſonſt." Ebenſo ſtellte er dem General v. Gerlach Wageners Rückberufung in die Kreuzzeitung als wünſchenswert vor. Doch wurde daraus nichts. Aber zur Annahme des Mandats wurde Wagener bewogen. Indes fiel er durch. Neben ſeinem zänkiſchen Weſen, durch das er auch als Gutsbeſitzer jener Gegend bekannt geworden war, wurde bei der im Herbſt 1858 unter den Auſpizien der neuen Ära im Wahlkreiſe Belgard-Neuſtettin erfolgenden Nachwahl ſeine Zugehörigkeit zu den Irvingianern als Haupttrumpf gegen ihn ausgeſpielt. Dafür erwirkte Kleiſt ihm aber eine feſte Summe, die er von der Kreuzzeitung für Mitarbeiterſchaft erhalten ſollte, und beſondere große Honorare. Trotzdem kam Wagener mit ſeinem Gelde nicht aus und glaubte nun im Herbſt 1859 auf Grund eines Vertrages vom Jahre 1855 Rechtsanſprüche auf die Kreuzzeitung geltend machen zu dürfen. Er ſprach anſcheinend allen Ernſtes davon, ſeine Forderungen im Rechtswege erſtreiten zu wollen. Wie Ludwig Gerlach argwöhnte, leitete ihn dabei der Hintergedanke, geſtützt auf zwei Geldmänner, den Grafen Pinto und Herrn v. Hertefeld, die konſervative Partei in ihrer damaligen Geſtalt zu ſprengen und ſie ohne chriſtlichen Beigeſchmack neu zu bilden. Die große Mehrzahl ſeiner bisherigen Geſinnungsgenoſſen, an der Spitze der Präſident Ludwig v. Gerlach, war entrüſtet über ſein Auftreten, das nicht nur auf irrigen rechtlichen Vorausſetzungen beruhte, ſondern vor allem Überhebung und unvornehme Geſinnung verriet. Eine Klage gegen die Kreuzzeitung, von Wagener angeſtrengt, hätte den peinlichſten Eindruck gemacht und der konſervativen Partei ſchwer geſchadet. Vor einem ſolchen Schritt mußte Wagener aus Liebe zur Sache zurückſcheuen. Ludwig Gerlach brach über ihn vollſtändig den Stab.

Nur Blanckenburg, Leopold Gerlach und Kleist hielten ihm die Stange. Bismarck lag in Hohendorf bei Below mit dem Tode ringend. Von sich berichtete Kleist an Blanckenburg, er hätte zur Besiegung der Bedenken gegen Wagener mit seiner Person eintreten müssen, „wie die alten köstlichen Eideshelfer des deutschen Rechts". Auch er gab Wagener durchaus unrecht und war empört über sein ganzes Auftreten. Aber er versuchte ihm noch ins Gewissen zu reden und ihn dadurch zum Einlenken zu bewegen. Er erlebte auch die Genugtuung, daß Wagener von der durch die Vorkommnisse der letzten Zeit gefährdeten Kandidatur zum Abgeordnetenhause freiwillig zurücktrat und in manchen Punkten sein Unrecht einräumte. Aber zur Anerkennung seines ganzen Unrechts brachte er ihn nicht. „Um der Seele Wageners willen halte ich es für das vor allem zu Erstrebende, daß er das völlige Unrecht seines Vorhabens einsieht," schrieb er an Moritz Blanckenburg. „Damit werden ihm auch die Schuppen wegen noch mancher anderer Dinge von den Augen fallen." Ganz richtig bezeichnete er als den Grund des Auftretens Wageners „die Annahme seiner Unentbehrlichkeit". „Gott aber will ihm und uns das Gegenteil zeigen. Verlasset Euch nicht auf Fürsten — auch wie König Friedrich Wilhelm IV., auch nicht auf Menschen — wie Wagener, das soll er lernen, das lerne auch Du für Deine Landtagstätigkeit," schloß er in seiner eigenartigen Bestimmtheit mit einem Hinblick auf Blanckenburgs parlamentarische Wirksamkeit. Der Zimmerhäuser sah die Lage gelassener und realpolitischer an, als sein Freund in Kieckow, und schrieb seinem „lieben Hansichen", er hätte sich nicht durch Wageners Unentbehrlichkeit bestechen lassen, fände aber, daß sein „Onkel Ludwig" stets unrichtig gegen Wagener gehandelt habe. Er erführe von Wagener, daß dieser sich mit dem General v. Gerlach geeinigt habe. „Nun gebe Gott, daß Onkel Ludwig nicht zu sturr ist. Auf welchem gefährlichen Boden Wagener innerlich steht, weiß ich so gut wie Du; ich glaube aber, wir dürfen ihn nicht so behandeln, daß wir ihn immer weiter von uns entfernen." So gelang es wieder, eine Verständigung zwischen den Männern der Kreuzzeitung und ihrem ersten Redakteur herbeizuführen. Auch Kleist kam wieder in ein gutes Ver-

hältnis zu Wagener. Aber das alte Vertrauen zu ihm war doch erschüttert; und als in den Siebzigerjahren Wageners Verhalten bei den Gründungen zu Tage kam, brach Kleist mit ihm [1]).

Die Abwandlung der Stellung zu alten Freunden war eine bittere Mitgift in das neue Leben, das Kleist zu beginnen gedachte, geeignet, ihn noch mehr niederzudrücken. Freilich als einer der alten Freunde, die auf dem früheren Standpunkt der Entwicklung stehen geblieben waren, Alexander Andrae, in der dumpfen Mißstimmung jener Tage vom Auswandern sprach, erklärte er ihm tapfer, daß davon keine Rede sein könne. „Wir sind auch unter Camphausen und Hansemann nicht ausgewandert." Er behielt den Kopf oben, wie der Präsident v. Gerlach, der ihm mit der den Gerlach so häufig eigenen Erkenntnis der Verhältnisse schrieb: „Am Vaterland dürfen wir nicht verzweifeln. Es mußte so kommen. Wenn wir nur die rechte Lehre daraus nähmen; wie wenig haben wir als Partei uns regierungsfähig gemacht!" Freilich melancholisch klang es aus dem Munde Luitgardes v. Puttkamer ihm entgegen: „Es ist leer geworden in der Welt, und die Zeit rauschet im Fluge an uns vorüber! Die Jagd nach Idealen und idealem Leben hat aufgehöret!" Schon mit Rücksicht auf seine Gemahlin ging Kleist nicht ganz ungern in die Ruhe des Landlebens. In den Koblenzer Aufregungen hatte Frau v. Kleist sich öfter danach gesehnt, daß ihr Mann vom Amte los käme und in Kieckow „still und selig" mit ihr leben könnte.

---

[1]) Wagener: Kleist an Wagener: 19. Juni 1852, August 1858 (Konzept); an Bismarck, 3. August 1858; an Blanckenburg, 22. November 1859. — Ludwig Gerlach an Kleist, 8. Juli 1853, 12. Oktober, 2. Dezember 1859. — Blanckenburg an Kleist, 27. November 1859. — Leopold Gerlach an Kleist, 17. Juli 1853, 20. August 1858. — Below-Hohendorf an Kleist, 19. Juli 1855. — Niebuhr an Kleist, 10. Oktober 1852. — Anton Stolberg an Kleist, 17. Juli 1852. — Botho Stolberg an Kleist, 28. November 1859. — Westphalen an Kleist, 18. Februar 1854. — Leopold Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 704. — Wichern, Briefe und Tagebuchblätter II (14. Januar 1851). — Wagener, Erlebtes. — Bei Abfassung des Artikels „Wagener" für die „Allgemeine deutsche Biographie" habe ich übersehen, daß die Denkwürdigkeiten Leopold Gerlachs bereits Mitteilungen über die Geldverlegenheiten Wageners in dieser Zeit enthalten.

Zum ersten Male in seinem Leben machte sich Kleist jetzt daran, sich vorwiegend der Bewirtschaftung seiner Güter zu widmen. Es waren dies neben dem von seinem Vater ererbten Kieckow, einem Gute mittleren Bodens mit einem Umfange von etwa 1000 Hektar, das im Jahre 1844 einen Wert von 26525 Taler hatte, das daneben gelegene, etwa halb so große Gut Klein-Krössin mit schlechtem Boden, das Kleist sich von dem Heiratsgute seiner Frau gekauft hatte. Später kam dazu noch das kleine Gut Lanzen. Ein guter, lange Jahre im Dienste seines Hauses stehender Inspektor ging ihm zur Seite. Der Herr dieser Güter fühlte sofort, daß in der Zwischenzeit, wo er sich weniger um seinen heimischen Haushalt kümmern konnte, manches alte Band, das zwischen ihm und seinen Leuten schon von seines Vaters Zeit her bestanden hatte, gelockert worden war. Das sollte nun anders werden. Jetzt begann er wieder das patriarchalische Regiment der alten Tage. Für den landwirtschaftlichen Einzelbetrieb besaß er weniger Sinn. Doch hat er eifrig für Verbesserung seines Grund und Bodens gesorgt. Im Jahre 1871 berechnete er, daß während seiner Besitzzeit etwa 500 Morgen Acker urbar gemacht, 200 Morgen Bruchland in Wiesen verwandelt, 60 Morgen Rieselwiesen neu angelegt oder wieder hergestellt, einige 20 Morgen Wiesen aber aus Mangel an genügendem Wasser trocken gelegt, ein Rieselteich mit Sammelwasser gegraben, etwa 500 Morgen Acker drainiert, der Klepperberg angeschont und auch sonstige Schonungen angelegt worden seien. Eine Haupttätigkeit machte für ihn bei der Gutsverwaltung die Pflege des gemütlichen Elements im Leben seiner Leute aus. Obenan standen dabei die Werke der inneren Mission. Bald nachdem er die Kirche in Kieckow eingeweiht hatte, war ebendort ein Rettungshaus für verwahrloste Kinder erwachsen. Im Frühjahr 1849 hatte man feierlich den Grundstein gelegt und im Herbste des folgenden Jahres die Einweihung vollzogen. Nach der von Kleist begeistert verehrten Gemahlin König Friedrich Wilhelms IV. empfing es den Namen „Elisabethhaus". Kleist selbst gab das Grundstück her und bewog Freunde und Nachbarn, das Material zum Bau des Hauses zu schenken, wußte auch sonst allerorten mildtätige

Herzen dafür zu erwärmen. Anfangs nur für 12—14 Knaben eingerichtet, ſtieg dieſe Zahl noch während ſeiner Lebenszeit allmählich auf über 60, und mancher Wohltäter empfand einen heimlichen Neid über den geſegneten Fortgang dieſes Liebeswerkes. Den Hausvater, den ihm Wichern ſandte, betrachtete Kleiſt wie einen Freund. Er war ihm ein „wahrer Schatz" für Kieckow. „Es iſt eine Luſt, die lieben Kinder zu ſehen, und zu hören, wie die weitaus meiſten auf gute Wege kommen und in ihnen bleiben," zeichnete der Patron des Hauſes 1871 auf.

Der Gipfelpunkt des Kieckower Lebens wurde bald das alljährliche Kirchweih- und Rettungshausfeſt. Es bildete das Gegenſtück zu den Kirmeſſen am Rhein, deren Ausgelaſſenheit den Oberpräſidenten ſo oft bekümmert hatte. Dieſe Feſte waren in den erſten Jahren nach der Koblenzer Zeit in beſonderer Blüte, weil der Gutsherr bald in einem Sohne Philipp Wackernagels einen jungen Predigtamtskandidaten fand, der nicht nur den Gottesdienſt und den Unterricht der Kleiſtſchen Kinder vortrefflich verſah, ſondern durch beſondere muſikaliſche Begabung und Eifer es dahin brachte, daß aus Handwerkern und Tagelöhnern ein Poſaunenchor gebildet wurde, der bei ſolchen Gelegenheiten in Wirkſamkeit trat. Das Vorbild zu dieſer Organiſation gab der Paſtor Görcke in Zarben im Kreiſe Greifenberg, der mit ſeinem zwölfgliedrigen Chor 80 Choräle und Lieder ſpielen konnte, obwohl urſprünglich kein Mitglied des Chors zuvor eine Note gekannt hatte. Die Auswahl war ja nicht groß, die der friſche Ernſt Wackernagel in Kieckow zu treffen vermochte. Umfaßte das Dorf doch mit den Rettungshauskindern damals nur etwa 230 Seelen. Immerhin erklangen doch bald regelmäßig zwei Poſaunen, eine Trompete und zwei Hörner, ſowie eine Geige. Einer der Dorfbewohner lernte Klavierſpielen, und ein Chor von älteren Schulmädchen ſang. Am Kirchweih- und Rettungshausfeſt verſammelten ſich gewöhnlich gegen 100 und mehr Gäſte im gaſtfreien Hauſe des Gutsherrn, davon meiſt ein Drittel Geiſtliche. In ſpäteren Jahren ſtieg die Zahl der Gäſte wohl gar bis auf 200. Da gab es mancherlei zu ſorgen nicht nur für die Verpflegung der Menſchen, ſondern auch für die der vielen Pferde, mit denen die Gäſte hereingefahren waren. Das

Kirchweihfeſt kam durch eine Predigt zum Ausdruck, die Rettungshausfeier durch eine Anſprache.

An die Seite zu ſtellen war dieſem im Spätherbſt abgehaltenen Feſte die Kieckower Erntefeier, die einen noch intimeren Reiz beſaß, weil ſie lediglich auf die Kieckower beſchränkt blieb und mehr ein reines Volksfeſt darſtellte. Von anderen Erntefeſten unterſchied ſie ſich erheblich. Sie wurde auf einen Sonntag gelegt. Nach Beendigung des Gottesdienſtes ordneten ſich die Männer mit geſchmückten Senſen, die Frauen und Mädchen mit Harken vor dem Schulhauſe und begaben ſich in feſtlichem Zuge, voran ein Poſaunenbläſer und die von der Vorbinderin getragene Erntekrone, nach dem Herrenhauſe. Vor deſſen Rampe, wo Kleiſt ſich mit ſeiner Familie nebſt Gäſten aus benachbarten Gütern verſammelt hatte, nahm der Zug Aufſtellung. Dann erſcholl das Lied „Nun danket alle Gott", worauf die Erntekrone überreicht wurde. Darauf trat Kleiſt hervor und hielt eine Anſprache an ſeine Leute. Er dankte ihnen für Fleiß und treue Arbeit im Dienſt, in Worten, die auf das kindliche Verſtändnis der Dorfbewohner wohl berechnet waren und auf das Gemüt der Hörer wirkten. Sie klangen anders als die Reden des Freiherrn v. Doleſchall, des Helden im „Schlafenden Heer". Er ermahnte, das tägliche Brot nicht mit Seufzen, ſondern mit Dank gegen Gott und Freude zu eſſen. „Gern teile ich eure Arbeit und Mühe, gern bin ich mit euch fröhlich, vor und in unſerem Gott." Ihm erwiderte der Vorſchnitter einige Worte, die mit Lebehochs auf den Gutsherrn, ſeine Gemahlin und ſeine Kinder ſchloſſen. Bei jedem Hoch ſtrichen alle Schnitter ihre Senſen. Dann wurde wieder ein Lied geſungen und die Krone dort angebracht, wo ſie das Jahr über zu hängen hatte. Nunmehr ging's zum Feſtmahl. In zwei aneinander ſtoßenden Sälen, zwiſchen denen die hohen Flügeltüren weit geöffnet waren, ſtanden die Tafeln gedeckt. An der einen nahm Platz, was zum Herrenhauſe gehörte, an der anderen die Tagelöhner. Ein Tiſchgebet ward geſprochen, ein Hoch auf den König erklang, zwiſchen dem Eſſen wurde geſungen, der Herr oder der Kandidat teilten Ernſtes und Heiteres mit. Zur ſchönſten Entfaltung kam die ſchöne Gemeinſchaft, als der Gutsherr aus einem koſtbaren,

weingefüllten Pokal auf das Wohl aller einen kräftigen Zug tat und dieser Pokal die Runde machte, zuerst am Herrentisch und von da hinüber zum Gesinde. Nach Aufhebung der Tafel wurden für die Jugend Spiele veranstaltet: Wett- und Sacklaufen, Topfschlagen, Klettern u. dergl. Für die Sieger waren kleine Preise ausgesetzt. Inzwischen wurden im Freien einfache Tische aufgeschlagen und mit Kaffee und Kuchen belastet. Nun machte Frau v. Kleist die Wirtin, aber in der Regel nur kurze Zeit. Denn es währte nicht lange, bis alles verschwunden war, was man aufgetragen hatte. Abermals veränderte sich dann das Bild. Eine kleine Verlosung begann, bei der alle Mitglieder der Gemeinde gewannen; hier fiel einem Knecht eine schöne Schürze, dort einer Magd eine stattliche Pfeife, einer Frau eine Schnupftabaksdose zu. Der Haupttreffer war eine schöne Taschenuhr. Doch nur die, die noch keine gewonnen hatten, wurden dazu zugelassen. Es herrschte bei diesen Festen eine Fröhlichkeit, wie sie glücklicher kaum gedacht werden konnte. Von Branntweintrinken war nicht die Rede dabei. Nur etwas Bier wurde ausgeschenkt. Weit und breit im Pommerland und darüber hinaus wurden Kleists Volksfeste berühmt.

Kleinere Feste wurden von dem leutseligen Herrn noch bei manchen sonstigen Gelegenheiten veranstaltet. So als sein alter treuer Inspektor ein Jubelfest beging. Da sagten die Kinder Kleists und andere Dorfinsassen vom Gutsherrn verfaßte Verse auf:

Friedrich Wilhelm.

Du bist schon unseren Großeltern vorangegangen
Und hast ihnen allzeit treulich angehangen,
Du hast ihr Glück und ihre Freuden gesehn,
Du durftest an ihrem Sarge stehn.

Jürgen Christoph.

Du hast unsern Vater auf deinen Armen getragen,
Als er selbst noch nicht „Vater" und „Mutter" konnte sagen,
Du hast ihn geliebt und hast ihn geehrt,
Dein Leben in seinem Dienst verzehrt.

Hans Anton.

Des möchten wir Kinder heut fröhlich gedenken
Und dankbar von Herzen dir gern etwas schenken,
Die Erinnerung vergangener Zeiten erneun,
Und mit deren Bildern dein Alter erfreun.

Ein Tagelöhner.

Geehrter Herr Inspekter,
Sie führen des gnädigen Herrn Zepter
Wenn er oft über Land,
In straffer, selbst strenger Hand.

Wohl kann uns bangen,
Wenn Sie zu schelten anfangen
Und Ihr Zorn wie Donner und Wetter
Zieht über uns her.

Doch heut woll'n wir gestehen,
Es mag nicht viel anders gehen,
Ohne straffe, selbst strenge Hand
Kommt das Volk außer Rand und Band.

Mit gerechten und vollen Maßen
Haben Sie sich stets finden lassen,
Und schnell ist Ihr Zorn gestillt,
Wenn wir die Pflicht erfüllt.

So möge Gottes Frieden und Segen
Ihnen folgen auf allen Wegen,
Gott selbst sei Ihr Stecken und Stab
Im Leben und durch das Grab.

Festlich beging Kleist mit seinen Leuten auch den Tag, an dem es 50 Jahre wurden, seitdem die Leipziger Schlacht geschlagen war. Wie dort einst auf dem Felde, so klang es mit den Posaunen aus dem Kieckower Schulhause ins Dorf hinein: „Nun danket alle Gott“ [1]).

Am 15. September 1863 wurde Kleist ein viertes Kind geboren, diesmal eine Tochter, die nach ihrer hohen Pate, der Königin-Witwe, Elisabeth getauft wurde. Zu Kleists großem Schmerz kam der junge Wackernagel bald fort, und es galt

[1]) Neben Aufzeichnungen Kleists, Konzepten und Briefschaften im F.A. habe ich bei Schilderung des Landlebens freundlichst für mich niedergeschriebene Mitteilungen des Pfarrers Wackernagel in Wustrau benutzt.

nun, einen gleich tüchtigen Kandidaten und Hauslehrer zu gewinnen, der möglichſt ebenſo muſikaliſch gebildet war. Wieder wurde Kleiſts Hand gut geleitet. Denn er ſuchte durch Vermittlung des Profeſſors Tholuck in Halle niemand anders als den jungen Ernſt Dryander zum Lehrer ſeiner kleinen Schar zu gewinnen. Freilich hatte er ſelbſt einige Bedenken, als er ſein Auge auf dieſen warf. „Nicht daß er nicht ſpezifiſch lutheriſch und Kreuzzeitungsmann iſt," ſo erklärte er Schede, der ihn auf Dryander aufmerkſam gemacht hatte, „wenn er das Herz auf dem rechten Fleck und den Herrn im Herzen hat, ſoll es uns genügen." Sein Hauptbedenken war, daß Dryander, weil er aus wohlhabender Familie ſtammte, zu verwöhnt für ſein Haus ſein würde. „Wir leben hier in der Tat ſehr einfach," fand er ſelbſt ſeinem Schede für nötig zu bemerken. Auch nachdem er den Prunk des Koblenzer Schloſſes genoſſen hatte, dachte dieſer ſchlichte Puritaner nicht daran, ſein einfaches pommerſches Gutshaus umzugeſtalten und ſeine Lebensweiſe komfortabler einzurichten. Die Sparſamkeit des Kieckower Herrn ging Schede zuweilen doch gar zu ſehr gegen den Strich. So revoltierte ſein muſikaliſches Gemüt, als Kleiſt ihn einmal um die Beſorgung eines Klaviers für ſeine Kinder zum Preiſe von 70 Talern erſuchte und von dieſer Summe nicht abzubringen war. „Verzeihe, teuerſter Freund," ſchrieb er ihm da, „Deinen Auftrag kann ich nicht übernehmen. Für einen alten Klapperkaſten s. v. v. dieſer Art kann ich keine Garantie übernehmen, es widerſteht mir das ganz und gar." Dryander ſchrieb damals am 18. Mai 1865 ab: „Es fehlt mir die nötige innere Reife, ohne die die übernommene Verpflichtung zu einer Gewiſſensqual oder gar zu toter Handwerksarbeit werden kann. Noch fühle ich mich zu werdebedürftig, um ſchon in regelmäßiger amtlicher Stellung Früchte tragen zu können." Der Vater, Superintendent Dryander, beſtätigte es Kleiſt, daß ſein Sohn ſeine Entſcheidung „nach langen Kämpfen und ernſten Erwägungen" getroffen habe.

In der friſchen Luft des freien Feldes — nach Goethe der Ort, wo wir eigentlich hingehören —, in der Kleiſt ſich in dieſen Jahren beſonders viel bewegte, fühlte er ſich dem Geiſt Gottes näher denn je. Wenn er ſo über Land ritt oder fuhr,

dann liebte er es, allein oder mit ſeinen Begleitern mit heller Stimme fromme Lieder zu ſingen, die weit über die Ebene erklangen: „O du fröhliche, o du ſelige“, „Es iſt ein Reis entſprungen“ u. ſ. w. Manches Lied hat er auf ſeinen einſamen Fahrten über Land auswendig gelernt.

Mancherlei wußte er von wunderbaren Begebenheiten zu berichten. Einmal fuhr er bei Beginn des Frühjahrs durch die vom ſchmelzenden Schnee aufgeweichte Straße. Ein am Rande einer Wieſe vorbeiführender Weg war mit dieſer in einen See verwandelt worden. Der Kutſcher kürzte die Fahrt ab und fuhr bei Mondſchein über die Wieſe auf eine Stelle zu, wo der Weg wieder von der Wieſe abbog. Plötzlich ſanken die Pferde tief ein, ſo daß das Waſſer ihnen über dem Rücken zuſammenſchlug. Nun ſprangen Kleiſt und der ihn begleitende Kandidat ab, bis an die Bruſt durchs Waſſer zum Lande watend. Gleich darauf riß ſich der Wagen los und verſchwand im Torfmoor. Nur der Vorderwagen blieb oben, und dadurch wurde auch der Kutſcher gerettet. Dieſe gnädige Fügung ſeines Gottes prägte ſich Kleiſt unauslöſchlich ein. Am meiſten aber ergriff ihn wohl ein anderer Vorfall. Seine Kinder hatten einige Male bei der Nähe des Gewitters mehr ängſtliche Fragen geſtellt, als ihm lieb war. Da kam eines Tages, als er mit den Seinen bei Tiſch ſaß, wieder ein Wetter herauf, und als die Kinder von neuem Furcht zeigten, rief er unmutig: „Ich möchte wohl, daß der Blitz einmal in der Nähe des Hofes in eine Stiege einſchlüge.“ Beſorgt warf ſeine Gattin da ein, ob es wohl recht ſei, ſo provozierend zu ſprechen? Etwas betroffen erwiderte Kleiſt: „Das möchte ich auch nicht, es würde den lieben Kindern aber recht deutlich machen, wie Donner und Blitz in der Hand des allmächtigen Gottes ſind.“ Unmittelbar darauf erfolgte Blitz und Donner ſo ſchnell aufeinander und mit ſolchem Gepraſſel, daß jeder dachte, es habe eingeſchlagen. Alles ſpringt auf, Kleiſt eilt an die Tür — ein Knecht weiſt auf ein Feld: da brenne eine Stiege. Es war vielleicht fünfhundert Schritt vom Hofe. Die Frauen des Dorfes hatten gerade um dieſe Stiege herum Rips gehackt und waren tief erſchrocken, aber alle unverſehrt. Zum Andenken an dieſe Begebenheit ließ der Gutsherr an jener Stelle eine Eiche pflanzen.

Für jedermann in seinem Kreise und besonders in seinem Dorfe war er ein Helfer und Tröster in der Not. Als einst der Typhus in der Gemeinde ausgebrochen war, wurde der Kandidat Wackernagel in der Nacht durch die Mitteilung geweckt, daß einer der Tagelöhner im Sterben liege. Wackernagel eilte sofort hin. Als er in das Krankenstübchen trat, fand er den Oberpräsidenten dort bereits vor, wie er am Bett seines Arbeitsmannes kniete und für ihn inbrünstig betete.

Neben dem Rettungshaus schuf Kleist in seiner Gegend noch ein anderes, größeres Werk der inneren Mission, das Johanniterkrankenhaus Bethanien in Polzin. Zu Beginn der Fünfzigerjahre gab seine Gattin ein kleines ererbtes Kapital dazu her. Am 3. Februar 1852 erließ Kleist an die Bewohner seines Wahlkreises einen aus dem Innersten seines Herzens kommenden Aufruf zur Gründung des Krankenhauses. Vorläufig sollte es auf vierzig Betten eingerichtet werden. Polzin wurde gewählt wegen seiner Quellen, seiner Schönheit und seiner Lage an der Grenze von vier Kreisen. König Friedrich Wilhelm gab auf Kleists Bitte mehrere tausend Taler dazu her, ebenso der pommersche Provinziallandtag, und außerdem fand Kleist in den Persönlichkeiten seines alten Gönners v. Hagen-Langen und seines einstigen Gegners bei der Landratswahl Gamp-Popplow, der mittlerweile auch sein Freund geworden war, hochherzige, kräftige und verständige Förderer des Werkes. Bethanien in Berlin übernahm den Bau. Andere Freunde der Nachbarschaft, die der nimmermüde Kleist heranzuziehen wußte, steuerten gleichfalls reichlich bei. Die mächtigen Balken wurden aus Kieckower Holz genommen, die Dachsteine lieferte Gamp. Dr. Simon erwarb den Platz. Grundsteinlegung und Einweihung waren große Tage für die ganze Gegend. Zu jener, die am 29. August 1852 stattfand, erschien General Leopold v. Gerlach, ebenso der wackere Lutheraner Karl Meinhold und Franz Ludwig Zahn, der verdiente ehemalige Direktor des Moerser Lehrerseminars. Am 22. Juli 1855 konnte die Einweihung vollzogen werden. Kleist war so glücklich, wie kaum je, als das „prächtige Krankenhaus" fertig war. Der Generalsuperintendent Jaspis weihte es mit ergreifenden Sprüchen. Bald schenkte der Magistrat

eine dicht dabei gelegene Quelle. Auch ein trefflicher Arzt fand sich, der die Leitung übernahm. Anfangs höhnten die freisinnigen Bürger über das neue fromme Werk, und als der Provinziallandtag zuerst eine Hilfe abschlug, da brachten sie auf ihn ein Hoch aus. Doch schon am 11. Juli 1855 hielt die Bürgerschaft es für angezeigt, dem tatkräftigen Stifter des bald sichtlich gedeihenden Unternehmens die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. Die Stadt bekam den reichen Segen, der davon ausging, auch zu spüren. Mußten doch nach und nach bis in die Mitte der Achtzigerjahre infolge des Zuspruchs, den das Krankenhaus fand, vier neue große Badehäuser gebaut werden. Anfang der Sechzigerjahre wurde ein Verbindungsbau zwischen dem Krankenhaus und der Badeanstalt aufgeführt. Aus Bauerngemeinden wurden die Kranken frei aufgenommen, dagegen solche aus gutsherrlichen Bezirken mußten ein Geringes zahlen, weil Kleist die Auffassung vertrat, daß die Gutsbesitzer verpflichtet wären, für die Notleidenden ihres Bezirkes nach Kräften beizusteuern. Bald sah sich Kleist genötigt, selbst die Heilkraft des Bades und die Hilfe des Krankenhauses in Anspruch zu nehmen. Wurde er doch schwer geprüft durch die Erkrankung seines ältesten Sohnes, bei dem sich im Alter von acht Jahren Lähmungserscheinungen zeigten. Alles, was zur Heilung versucht wurde, versagte. Kleist rief auch Blumhardt an, dessen ungewöhnliche magnetische Heilkraft so viele erfahren hatten. Doch lehnte dieser freundlich ab: gegen gelähmte Glieder habe er nichts ausrichten können. Auch Polzin nützte dem Knaben nichts. Der von der Lähmung hauptsächlich betroffene Arm blieb fortan in seiner Entwicklung gehemmt.

Auch Kleists Zustand war vielfach ein leidender. Seit dem Ende der Koblenzer Zeit stellte sich bei ihm ein ernstes Hämorrhoidalleiden ein, zu dessen Linderung er öfter das Bad Weilbach im Taunus aufsuchte, ohne davon viel Erfolg zu haben. Seine Lebensgefährtin zeigte nicht minder eine schwächliche Gesundheit. Aber sie war eine starke und liebevolle Seele, an deren Seite sich der Mann wahrhaft glücklich fühlte. Davon geben auch innige und schöne Verse Kunde, die er ihr widmete. In einem zur elften Wiederkehr seines Hochzeitstages entstandenen Liede sang er ihr zu:

Elf Jahre ſind's, ſeit du mir angetraut
Vor dem Altar — in reiner weißer Seide,
Du meines Herzens ſtille, ſüße Freude,
Als meine holde, liebe, treue Braut.

Wie fühlt' mein Herz ich damals höher ſchlagen,
Als dieſer Gottesruf an mich erging,
Das Weib, an welchem meine Seele hing,
In ſeinem Namen durch die Welt zu tragen!

Wie ſchwur ich's laut auf ſeines Prieſters Fragen,
Wie tauſcht' ich ſelig mit dir Ring um Ring,
Und als an deinem Arm ich aus der Kirche ging,
Da wußt' ich nur von Luſt und Lieb' zu ſagen.

Elf Jahre ſind's, und lautre Lieb' und Treue
Hat in der ganzen langen, lieben Zeit
An jedem Tag und jeder Stund' aufs neue
Von dir, holdſelig Weib, mein Herz erfreut. —

Einer der fruchtbaren Gedanken König Friedrich Wilhelms IV., die noch nicht ihre gebührende Würdigung gefunden haben, war es, Elemente des niederen Adels namentlich bei größeren Familienverbindungen ins Herrenhaus zu nehmen. Nicht nur durch die Revolution, wie wohl Heinrich v. Treitſchke gemeint hat, ſondern vielleicht mehr noch durch den Anſtoß, welchen die alten preußiſchen Geſchlechter durch die Verwirklichung jenes Gedankens erhielten, kamen ſie auf die Idee, Familientage abzuhalten, Familienverbände zu gründen, Stiftungen ins Leben zu rufen, Familiengeſchichtswerke herauszugeben und dadurch den „erſchlafften und oft entarteten Standesgeiſt wieder etwas zu kräftigen[1]." Wie es aber zu gehen pflegte mit den Gedanken des phantaſiereichen Fürſten auf Preußens Thron, ſo war es auch hier: die Familie v. Kleiſt, an die er auch bei jener Abſicht in erſter Linie gedacht haben wird, hat er anfänglich nicht berückſichtigt. Da war es Hans v. Kleiſt-Retzow, der in ſeiner poſitiven Art ſich ſeines Geſamthauſes annahm und den hohen Herrn an ſeine Unterlaſſung erinnerte. Das geſchah bei Gelegenheit eines Beſuches Kleiſts in Kreppel-

[1]) Treitſchke, Deutſche Geſchichte V, 258.

hof, dem Stolbergschen Familiengute. Damals traf Friedrich Wilhelm mit Kleist, von seiner Herrschaft Erdmannsdorf kommend, auf der Burgruine Falkenstein zusammen, und Kleist nahm den Augenblick wahr, auf den großen Grundbesitz und die zahlreichen berühmten Vertreter seines Geschlechtes hinzuweisen. So wurde auch der Familie v. Kleist ein Herrenhausmitglied zugebilligt. Seitdem kam Zusammenhang in das Leben der Gevettern v. Kleist. Zwar hatte sich schon vorher Friedrich Wilhelms alter Jugendfreund und Kleist-Retzows Berater in Knaben- und Studienjahren, der Präsident Adolf v. Kleist, um die Pflege dieses Zusammenhanges und namentlich um die Hebung familiengeschichtlichen Sinnes gekümmert. Jetzt aber trat erst ein Familienverband ins Leben. Dieser wählte den Präsidenten Adolf als erstes Herrenhausmitglied der Familie. Der alte Ultra hatte aber schon zu sehr mit der Zeit abgeschlossen. Er dachte nicht daran, auch nur im Herrenhause noch an der Politik teilzunehmen, und lehnte ab. Nun fiel die Wahl der Familie auf Kleist-Retzow. Das geschah in derselben Zeit, als der Prinz von Preußen die Stellvertretung übernahm. Man möchte hier fast eine geheimnisvolle Fügung sehen: in dem Augenblicke, da sich Kleists amtliche Wirksamkeit ihrem Ende zuneigte, wurde ihm der Weg zu einer noch größeren Arena eröffnet. Am 1. Februar 1858 vollzog der Prinz von Preußen im Namen des Königs die Berufung seines bisherigen Nachbarn in Koblenz ins Herrenhaus.

Kleist folgte dem Rufe der Familie nur widerstrebend. „Es ist mir nach vielen Seiten wirklich sehr schwer," schrieb er am 11. Oktober 1857 an Schede. „Bei meiner amtlichen Stellung kann es manche unangenehme Kollisionen geben, und habe ich diese Stellung etwa einmal nicht mehr, so erlauben meine geringen Einkünfte das Leben in Berlin ohne Diäten sehr wenig. Doch ist — man sollte es kaum glauben, und daß es so ist, betrübt mich tief — in der ganzen Familie trotz so vieler reicher Leute darin gerade jetzt keine zu solcher Stellung recht geeignete Persönlichkeit." Durchschlagend war für ihn die Hoffnung, vermöge seiner Herrenhausmitgliedschaft auf die Familie etwas Einfluß zu erlangen und ihn zu ihrem Besten zu benutzen.

Schon im Januar 1859 fand er, daß das Herrenhaus eine

festere Haltung einnahm, als er zu hoffen gewagt hatte. Dies zeigte sich bei allen Beratungsgegenständen.

Einer der wichtigsten waren die Grundsteuervorlagen, die der Freiherr v. Patow eingebracht hatte. Die vielfach noch bestehende Befreiung der Ritterschaft von der Grundsteuer, deren Beseitigung schon seit Jahrzehnten ins Auge gefaßt worden war und die zuletzt Hansemann mit einem sehr radikalen Schnitt durchzuführen getrachtet hatte, sollte jetzt endlich fallen, nach dem Willen des Regenten aber, wie es die Gerechtigkeit verlangte, gegen Entschädigung. Ebenso sollten die zahlreichen Systeme der Einschätzung, die in Preußen bestanden, durch ein einheitliches ersetzt werden. Eine Neuregelung der Verhältnisse in dieser Beziehung war ebenfalls ein dringendes Bedürfnis geworden. Das Herrenhaus leistete diesen Plänen der Regierung entschlossenen Widerstand, und Kleist wurde einer der Vorkämpfer in diesem Kampfe, der drei Jahre hindurch geführt werden sollte. Vor allem erschwerte die bureaukratische, finanztechnisch außerordentlich geschulte, aber den faktischen Verhältnissen gegenüber einen übel angebrachten Hochmut bezeigende Persönlichkeit des Finanzministers eine Verständigung. Es war natürlich ein Opfer, das die Ritterschaft bringen sollte, und Opfer bringen die Menschen selbst in der Zeit der Not nicht gern. Anstatt daß Patow nun einen versöhnlichen Ton anschlug, meinte er gegenüber der Behauptung der Herren, daß das Steuerprivilegium auf Verpflichtungen der Fürsten beruhte, verächtlich, das wären Phrasen. Dergleichen Äußerungen erbitterten. Eine günstige Wendung nahm die Beratung über die Aufhebung der Steuerfreiheit erst, als ein Kommissar der Regierung, der Geheime Finanzrat Meinecke, ausführte: „Alle Rechte, die den einzelnen Ständen vorzeiten zugestanden haben, sind auf die jetzige Landesvertretung übergegangen, und die Regierung wendet sich jetzt an die Landesvertretung und bittet dieselbe, diese früheren Verträge nicht mehr aufrecht zu erhalten, sondern aufzuheben." Da erklärte Kleist: „Das ist die Sprache, wie sie in diesem Hause gewiß nicht ohne Anklang bleiben wird." Und in der Tat erteilte das Herrenhaus am 3. Mai 1860, zwei Tage nach jener Erklärung Kleists, seine Zustimmung zur Aufhebung der Steuerbefreiungen.

Schwieriger war die Frage der Steuerausgleichung unter den Provinzen. Gegen diese stemmte sich Kleist mit aller Macht. Er sah darin den Geist Hansemanns wieder aufleben und fand die Maßregel umstürzlerisch. „Ausgleichung der Grundsteuer unter den jetzigen Verhältnissen des Grundbesitzes nach einem Prozentsatze des angeblichen gleichmäßigen Reinertrages für alle Grundstücke der ganzen Monarchie, ohne Rücksicht auf die anderen Steuern, die darin erhoben werden, ohne Rücksicht auf die Verschuldung, das ist, nach meiner Überzeugung, ihrem innersten Wesen nach eine revolutionäre Maßregel," rief er am 26. April 1860 aus. Mit gewohnter Gründlichkeit zog er gegen die ministeriellen Vorlagen zu Werke. Nicht nur, daß er selbst in die Materie durch eingehendes Studium der weitschichtigen Literatur tief hineinstieg, er sandte gelegentlich auch einem Schriftsteller, der sich deswegen an ihn gewandt hatte, mehr als zwanzig die Frage behandelnde Druckschriften. In der Kommission wurde er zum Referenten über die Vorlagen bestimmt. Aus eingehender Kenntnis der Verhältnisse heraus legte er dar, daß nicht der Westen, wie behauptet wurde, sondern der Osten überbürdet sei. Er wies nach, daß seine eigenen Güter allein zehn vom Hundert Steuer tragen würden. Zugleich bewies er, daß gerade der Kleingrundbesitz schwer durch das Gesetz getroffen werden würde. Er hielt eine Grundsteuer überhaupt für unzulässig und unnatürlich und hatte dabei das Beispiel Englands vor Augen, wo die Grundsteuer als solche im allgemeinen beseitigt ist. So ist der hartnäckige Widerstand des Herrenhauses gegen die Grundsteuerausgleichung vornehmlich mit dem Namen Kleist-Retzow verknüpft. Man weiß, daß dieser Widerstand schließlich durch den Pairsschub vom 29. September 1860 gebrochen wurde. Zwar wogte der Kampf darauf noch einige Monate, und zwar heftiger als zuvor, hin und her. Kleist schloß sich dem Antrage an, den Graf Arnim-Boitzenburg, v. Plötz und Stahl zur Lösung der Frage einbrachten, und nach dem, ähnlich wie in England, an die Stelle der Grundsteuer eine erhöhte Einkommensteuer vom fundierten Einkommen eintreten sollte. Am 4. Mai 1861 legte er seinen Standpunkt in großer Rede dar. „Jetzt ist es noch Zeit, daß wir den Grundbesitz im preußischen Staate be-

wahren vor Überspannung seiner Steuerkraft." Mit schneidender Schärfe antwortete v. Patow. Zwar wurde der Antrag Arnim am 16. März angenommen. Doch ließ die Regierung sich nicht auf ihn ein, und so unterlag Kleist am 7. Mai. Am 21. Mai wurde die Grundsteuervorlage Gesetz. Daß diese Neuregelung zahlreiche Mängel hatte und eine Belastung des Ostens gegen den Westen darstellte, sollte sich im Laufe der Zeit nur zu deutlich offenbaren.

Viel dazu beigetragen hat die Art der Katastrierung, vor allem durch Nichtbeachtung des Thünenschen Satzes. Kleist wurde selbst, sehr gegen seinen Wunsch, in die Grundsteuerzentralkommission gewählt, die das Werk der Katastrierung zu beaufsichtigen hatte, und bereiste zu dem Zwecke verschiedene Provinzen, so im Sommer und Herbst 1861 die Rheinlande, Sachsen und Pommern. Umfangreiche Akten legen Zeugnis davon ab, mit welcher Gründlichkeit er auch hierbei arbeitete. Er hatte dabei Gelegenheit wahrzunehmen, wie unendlich schwierig eine sinngemäße Katastrierung war und wie viel Willkür dabei unterlief[1]).

Einen ebenso hartnäckigen Widerstand wie der von Patow eingeleiteten Grundsteuergesetzgebung leistete Kleist der beabsichtigten Aufhebung der pommerschen Lehen. Er verkannte nicht, daß Mängel darin bestanden, doch waren sie ihm nicht schwerwiegend genug, um die ganze Einrichtung zu beseitigen. Ihm kam es darauf an, daß der Grundbesitz den alten Familien möglichst erhalten blieb, in der Erkenntnis, daß ein guter Teil der Kraft des altpreußischen Adels und des Preußentums überhaupt auf gefestigtem Grundbesitz beruhte. Es betrübte ihn zu sehen, daß viele seiner Standesgenossen selbst die Einrichtung für überlebt ansahen und den zu Anfang des Jahres 1862 vom Ministerium eingebrachten Entwurf zur Aufhebung der Lehen mit Freuden begrüßten. Er glaubte darin egoistische Beweggründe zu erkennen, weil der Jagdpassion der Guts-

[1]) Grundsteuer: Stenographische Berichte des Herrenhauses. — Akten Kleists über seine Reisen als Mitglied der Zentralkommission zur Regelung der Grundsteuer. — Schreiben Kleists an Gustav v. Diest, 13. August und 20. Dezember 1860. — Mein Aufsatz: Die Entwicklung der Grundsteuer in Preußen. Deutsches Adelsblatt 2.—23. September 1888.

besitzer in dem Entwurf Zugeständnisse gemacht wurden. Hier regte sich in ihm ein Gegensatz gegen das wurzelechte Junkertum. „Der Entwurf zur Aufhebung der Lehen", so schrieb er, wider seine Art ganz witzig, an Schede, „gefällt den Herrn Junkern ganz gut. Daß die Bauern an dem eigenen Territorio die Hasen sollten schießen können, war ein greuliches Unrecht, schwerer wie Rebellion gegen den König, daß sie der Familie oder den Agnaten die ganzen Güter mit Rehen und Hasen als geringe Zugabe wegnehmen sollen, gefällt ihnen vortrefflich und schmeckt ihnen besser wie den Bauern die Hasen — und ich soll der Vorfechter gegen das Gesetz sein!" Aber selbst Freunde wie Moritz Blanckenburg waren nicht abgeneigt, die Hand zur Abschaffung der Einrichtung zu bieten. Der Entwurf der Regierung vom Jahre 1862 wurde durch Kleists Einfluß wesentlich umgestaltet, und zu dessen Genugtuung nahm der Justizminister Graf zur Lippe Kleists Verbesserungsvorschläge in den nach mehrjähriger Pause im Jahre 1866 wieder eingebrachten Entwurf auf. Freilich sah Kleist dessen Wiederauftauchen nur mit Schmerz. Aber mittlerweile hatte dem pommerschen Lehnwesen endgültig das letzte Stündlein geschlagen. Mit Entsetzen vernahm Kleist, daß selbst Thadden-Trieglaff sich bedingungslos für den Entwurf Lippes aussprach. Der Senior der Greifenberger Ritterschaft schrieb ihm: „Nun aber mute ich allen Interessenten des Lehnwesens (seit ich für Batzwitz abgefunden bin, gehöre ich weder aktiv noch passiv dazu) die heilige Verpflichtung an: mit allen Kräften des Leibes und der Seele dahin zu wirken, daß dem Lehnunwesen (das Gegenteil von befestigtem Grundbesitz, überall Zweifel und Rechtsunsicherheit) ein Ende wird!!" Er klagte, daß seit dem Tode des „Lehns-Zietelmanns" vollends dicke Finsternis herrsche, und verlangte radikale Reform bis an die Grenze des Möglichen — „sonst verfallt ihr dem Wort des Dichters: dann ‚dient sie knechtisch dem Gesetz der Schwere, die entgötterte Natur.'" So entschloß sich Kleist in der vom Herrenhaus eingesetzten Kommission, den Umständen Rechnung zu tragen, und arbeitete mit seinem alten Göttinger Lehrer Homeyer einen umfassenden Gesetzentwurf aus, nach welchem die Lehen unter Beseitigung der auch von ihm anerkannten

Mängel in Fideikommisse umgewandelt werden sollten. Wieder erlebte er die Genugtuung, daß das Herrenhaus sowohl wie die Regierung sich den von ihm durchgesetzten Beschlüssen der Kommission im wesentlichen anschlossen. Auch das Abgeordnetenhaus trat seinem Entwurfe mit einigen nicht sehr erheblichen Änderungen bei. Diese genügten aber, um ihm das ganze Gesetz zu verleiden, so daß er schließlich am 5. Februar 1867 mit nur einem Mitgliede des Herrenhauses gegen das ganze Gesetz stimmte. Immerhin ist die Fideikommißgesetzgebung für Pommern wesentlich von ihm beeinflußt worden[1]).

Mehr Glück hatte Kleist bei Bekämpfung des vom Grafen Schwerin eingebrachten Entwurfs einer Kreisordnung. Wesentlich unter seinem Einflusse wurde das Gesetz umgearbeitet, und da das Ministerium sich nicht mit der neuen Fassung befreunden wollte, so fiel der Entwurf unter den Tisch. Der Kampf war vertagt. Nach einem Jahrzehnt sollte er mit beispielloser Heftigkeit wieder aufleben und entschieden werden.

Den leidenschaftlichsten Widerstand sammelte Kleist auf die Bekämpfung der fakultativen Zivilehe, deren Einführung damals beabsichtigt wurde. Ist ihm schon sonst bei allen Neuerungen eine gewisse Schwarzseherei eigentümlich, so steigerte sie sich bei dieser Frage ins Ungemessene. Bei den Fragen der Verwaltung, des Rechts und der Volkswirtschaft bewahrte er sich im allgemeinen einen sachlichen Standpunkt. In den Fragen, bei denen die religiösen Verhältnisse neu geregelt werden sollten, wurde Kleist aber leicht zum Fanatiker, der blind für den Standpunkt der Gegner und für die Zeiterfordernisse wurde. Das gilt besonders für die Zivilehe. Es erklärt sich dies aus seiner religiösen Gebundenheit. Seine mystische Grundrichtung vermochte sich nicht mit den Zeitbedürfnissen auseinanderzusetzen. Dazu kam die Haltung der Gegner, die die Einführung der Zivilehe ebenfalls nicht als das, was sie ist, nämlich eine reine Organisationssache, sondern als ein funda-

[1]) Aufhebung des Lehnsverbandes: Bericht der 14. Kommission des Herrenhauses. Sten. Ber. 1866. Anlagen. S. 267—280. Sten. Berichte vom 29. Januar und 5. Februar 1867. — Kleist an Schede, 1. Mai 1862. — Thadden-Trieglaff an Kleist, 10. Februar 1866. — Geschichte des Geschlechts v. Kleist III, 3. 161.

mentales Prinzip betrachteten, dessen Durchsetzung des heißesten Schweißes würdig sei, und großenteils mit Jubel auf dies Ziel lossteuerten, weil seine Verwirklichung für sie eine Befreiung von der Kirche bedeutete. Kleist und seine Freunde durften, namentlich angesichts des tollen Gebarens einer gewissenlosen Presse, mit Recht eine Schädigung des religiösen Geistes der Massen besorgen.

Die Frage war im Grunde genommen schon längst spruchreif. Auch König Friedrich Wilhelm IV., der gewiß nicht den Einfluß der Kirche schwächen wollte, und dessen frommes Gemüt ängstlich darüber wachte, daß seinem Volke die religiösen Güter erhalten blieben, hatte die Notwendigkeit der fakultativen Zivilehe anerkannt. Kleist selbst hatte in der Rheinprovinz die Beobachtung gemacht, daß die dort schon lange bestehende Einrichtung der vollen Zivilehe nicht schädlich wirkte. Für die Zivilehe durfte sogar ein deutliches Wort Luthers ins Treffen geführt werden. Der vom Prinzregenten berufene Kultusminister v. Bethmann-Hollweg trug nur den Zeitverhältnissen Rechnung, als er gleich zu Beginn seiner Amtsführung die Einführung der fakultativen Zivilehe beantragte. Kleist empfand dies Vorgehen seines alten Freundes mit wahrer Bitternis. „Wir sind so tief betrübt über Hollweg; er ist von allen eigentlich der Schlimmste," schrieb er schon im März 1859 an Schede. Er sprach seinen Kummer dem Minister selbst in beweglichen Worten aus. „Ich sehe mich in meinem Gewissen gedrungen, um der Wahrhaftigkeit und des gegenseitigen Verhältnisses willen, dies Hochdenenselben offen auszusprechen," schrieb er an Bethmann am 23. März 1859. Ebenso sprach er in jener Zeit dem Zentralausschuß für innere Mission, dessen Präsident Bethmann bisher gewesen war, seine Betrübnis über die Haltung des Ministers aus, durch die „die heiligsten und tiefsten Grundlagen des christlichen Lebens" erschüttert würden. „Es ist eine Vermessenheit, jene Ordnungen jetzt fortzuwerfen," hieß es in jenem Schreiben. „Wie kleinlich und schwächlich erscheint alle Wirksamkeit der inneren Mission gegen den gewaltigen, unberechenbaren Schaden, welcher durch solche Handlungen der obrigkeitlichen Gewalt dem Staat wie der Kirche zugefügt wird." In einer Eingabe an den Regenten suchte er diesen

unter dem 29. Juni 1859 von der Schädlichkeit der Bethmann-schen Politik zu überzeugen. Die Vorstellung gelangte aus dem Kabinett ohne weitere Bestimmung an das Ministerium, und dieses teilte Kleist unter dem 1. September kühl mit, daß es keine Veranlassung hätte, eine Änderung in seinen Beschlüssen eintreten zu lassen. Im Herrenhaus legte er am 7. Mai 1860 in einer von mystischen Gedanken getragenen Rede seinen Standpunkt eingehend dar. Er erklärte, daß seit Erlaß der Verfassungsurkunde kein wichtigerer Gesetzentwurf vorgelegt sei, und stellte die christliche Ehe dem Königtum von Gottes Gnaden gegenüber. „Ein Volk," so meinte er, „dem diese Heiligtümer genommen, ist wie ein verwesender Leichnam, nach dem die Adler von allen Seiten ihre gierigen Hälse ausrecken." Gleichsam wie ein gottbegeisterter Mystiker des Mittelalters schloß er seine Ausführungen mit dem Rufe:

Rein ab, rein ab mit jeder heidnischen Ehe;
Sei es mit freiem Willen oder aus Not.

In einer zweiten großen Rede, die er, als die Vorlage zum dritten Male im Herrenhaus verhandelt wurde, am 11. März 1861 hielt, hob er ahnungsvoll die wirkliche Kehrseite bei dem Vorgehen der Regierung hervor, nämlich die Tendenz der Regelung innerkirchlicher Dinge durch interkonfessionelle politische Körperschaften: „Schon beginnt unser moderner Staat wieder omnipotent zu werden, wie bei den Alten." Damals hatte Kleist noch die Mehrheit des Herrenhauses in dieser Frage durchaus auf seiner Seite, so daß alle Versuche, ein Gesetz im Sinne der Regierung zu stande zu bringen, einstweilen scheiterten. Auch dieser Kampf wurde vertagt, um dereinst umso heftiger aufs neue auszubrechen[1]).

Besondere Aufmerksamkeit widmete Kleist im Herrenhause von Anfang an dem Handwerkerstande, den er durch die Politik des Ministeriums der neuen Ära für höchst bedroht hielt.

---

[1]) Zivilehe: Kleist an Schede, 15. März 1859, an Bethmann-Hollweg, 28. März 1859 (Konzept), an Zentralausschuß für innere Mission (undatiertes Konzept), Schreiben des Justizministers, des Ministers der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und des Ministers des Innern an Kleist, 1. September 1859. Sten. Ber. des Herrenhauses.

Wie auch sonst ging er dabei sehr planmäßig vor. So veranlaßte er im Oktober 1860 in Berlin eine Konferenz der Parteigenossen zur Besprechung eines „weiteren Feldzugsplanes in der Handwerkerfrage". Sein stetes Bestreben war darauf gerichtet, bei negativer Haltung, zugleich positiv durch neue Vorschläge zu wirken. Der Hauptvorwurf, den er den Liberalen zu machen pflegte, bestand darin, daß sie wohl niederzureißen, nicht aber aufzubauen verständen. Ohne Neuaufbau oder parallele Organisationen sei die zeitgemäßeste Änderung wertlos. Von diesem Standpunkte aus beurteilte er rückschauend auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung, deren Ausgangspunkt er billigte, deren Unterlassungen er aber beklagte. So ganz unrecht hatte er dabei namentlich in Sachen des Bauernschutzes nicht. In den Handwerkerfragen fand er bei dem früheren Oberpräsidenten der Mark v. Meding einen unermüdlichen Helfer.

Schon als Oberpräsident hatte er gegenüber den Bestrebungen der Regierung, die Zinsbeschränkungen aufzuheben, unter dem 18. Januar 1858 an die Minister des Innern und der Landwirtschaft ein eingehendes Gutachten gegen die Aufhebung der Wuchergesetze erstattet. Er schickte zum Beweise dafür, daß am Rheine der Wucher herrsche und zwar „in der scheußlichsten Gestalt", statistisches Material ein und bemerkte dazu: „Alles sittliche Gefühl würde ersterben, wenn solche Fälle nicht mehr bestraft werden könnten." Sodann entwickelte er weitere Bedenken gegen die Aufhebung der Wuchergesetze. Sehr bald darauf, am 6. Februar 1858, sprach sich auch das Herrenhaus gegen die Aufhebung aus, und sie unterblieb einstweilen. Im März 1860 kam die Frage wieder zur Beratung. Jetzt konnte Kleist im Verein mit Below-Hohendorf persönlich Einfluß auf die Beschlüsse dieses gesetzgebenden Faktors ausüben. Unter seiner Führung sprach sich das Haus denn auch abermals gegen die Aufhebung aus, mit der Begründung, daß sich die Verhältnisse seit 1858 nicht geändert hätten. So wurde auch diesmal der liberale Ansturm hier abgeschlagen. Seitdem aber blieb die Wucherfrage wie die Handwerker- und daneben auch die Sonntagsfrage eine Domäne Kleist-Retzows. Immer mehr entwickelte er sich zu einem Anwalt des kleinen Mannes; der

fromme hinterpommerſche Junker ſollte ſich als einer der unermüdlichſten und wirkſamſten Vorkämpfer des Mittelſtandes, die es gegeben hat, erweiſen [1]).

Ein Mittel, den Handwerkerſtand gegen die liberale Geſetzgebung mobil zu machen, war der am 20. September 1861 zu Berlin gegründete preußiſche Volksverein, deſſen Präſident zu Anfang Moritz v. Blanckenburg, ſpäter Graf Eberhard Stolberg war. Kleiſt ſpielte in dieſer großen, über das ganze Land ausgedehnten Organiſation, die am 29. Oktober 1862 über 26000 Mitglieder zählte, von Anfang an eine führende Rolle.

Kam er ſo auf Schritt und Tritt in Widerſpruch mit der Politik des neuen Herrn, ſo ſollte er ſich doch bald in der fundamentalſten Frage, die dieſer zu löſen unternahm, in der Neugeſtaltung des Heerweſens, mit der der Nachfolger Friedrich Wilhelms IV. ſein Eigenſtes gab, ſein eifrigſter Gefolgsmann werden. Schmerzlicher Gefühle voll hatte Kleiſt das langſame Erlöſchen des reichen Geiſtes Friedrich Wilhelms mitangeſehen. In den Wochen, die dem Tode des Monarchen voraufgingen, weilte er öfter um ihn. Auch zur Beiſetzung, auf der ſich der treue Diener des Königs und Kleiſts Freund, General v. Gerlach, die tödliche Erkrankung zuzog, fand er ſich ein, „bei dem leuchtendſten Sonnenſchein, aber der bitterſten Kälte". In jenen Tagen gab ihm Wilhelm I. zum erſten Male ſeit Jahren wieder die Hand. Trotz der flammenden Oppoſitionsreden wußte er, daß er einen treuen Mann in ihm hatte. Zu der Krönung in Königsberg reiſte Kleiſt, weil er es für ſeine Pflicht hielt. Damals zog über Preußen ſchon jenes Ungewitter herauf, in dem Wilhelm I. erkannte, daß das erſte von ihm erwählte Miniſterium nicht aus dem Holze geſchnitzt war, deſſen er bedurfte, und in deſſen Stürmen er ſchließlich ſeine Stütze an Otto v. Bismarck fand. In jener

---

[1]) Handwerk und Wucher: Kleiſt an einen Ungenannten, 8. September 1860 im Nachlaß Blanckenburgs. — Abſchrift der Denkſchrift Kleiſts an den Miniſter des Innern und der Landwirtſchaft über Wucher, 18. Januar 1858, mit Korrekturen Kleiſts im F.A. — Sten. Berichte des Herrenhauſes, 17. April 1860.

bewegten Zeit ſollte er auch ganz ermeſſen, was er in dem knorrigen Junker von Kieckow beſaß.

Gerade diejenige Perſönlichkeit, die für den neuen Herrſcher zunächſt die wichtigſte im Miniſterium geweſen war, die des Kriegsminiſters v. Bonin, hatte ſich zuerſt als ungeeignet für ſeine Zwecke erwieſen. So hatte ſich der Regent bereits im Jahre 1859 von Bonin, deſſentwegen er ſich im Jahre 1854 mit ſeinem königlichen Bruder entzweit hatte, als Friedrich Wilhelm ihm das Portefeuille des Kriegsminiſters abnahm, getrennt und Albrecht v. Roon an deſſen Stelle berufen. Nun war die Zuſammenſetzung des Miniſteriums der neuen Ära noch bunter, als ſie es ſchon zu Anfang geweſen war. Im September 1861 hat Kleiſt gelegentlich die Parteiſchattierungen der Regierung arithmetiſch zu fixieren geſucht[1]). Er rechnete als liberal: Auerswald, Patow, Pückler, Bernuth, ½ Heydt, ½ Bethmann, ¾ Schwerin, als konſervativ: ¼ Schwerin, ½ Bethmann, ½ Heydt, Roon, den Chef des Militärkabinetts Edwin Manteuffel. Den König ſetzte er zur Hälfte als liberal, zur Hälfte als abſolut an. Schleinitz, den bisherigen Miniſter des Auswärtigen, wußte er nicht zu klaſſifizieren.

Es ſollte nicht lange währen, ſo ging ein weiterer liberaler Stein auf dieſem Brette verloren. Der nächſt dem Kriegsminiſter wichtigſte Mann des Miniſteriums, der Finanzminiſter v. Patow, verfuhr die Sachlage in der Militärorganiſation durch ſeine Halbheit vollſtändig. Der Doktrinarismus der Kreisrichter im Abgeordnetenhauſe — 72 ſaßen von dieſer Zunft darin — war für Unklarheiten noch weniger zu haben als für eine kühne Machtpolitik. Erboſt meinte ſchon im März 1861 der verſtändigere Bernhard Simſon über die politiſche Unfähigkeit dieſer braven Männer: „Die wollen Politik nach den Paragraphen des Landrechtes machen.“ In ſolcher Lage trat das Herrenhaus für die Krone und die preußiſche Macht in die Breſche, allen voran Hans v. Kleiſt-Retzow. Der hielt im März 1861 dem Freiherrn v. Patow einen Spiegel ſeiner Untüchtigkeit vor. Er fand, daß deſſen „Handeln und Dingen“

[1]) Auf einem Schreiben Ludwigs v. Gerlach an Kleiſt, 2. September 1861.

die Krone in eine „klägliche“ Lage gebracht habe und deren Selbständigkeit gefährde. Bald fiel denn auch Patow. Mit ihm fielen andere. Mit dem Wachsen des Streites um die Heeresreform steigerte sich Kleists Kampfeseifer. Die der Regierung gestellte Aufgabe schien ihm mit Gerlach wegen ihrer Größe geradezu beneidenswert. „Die Situation ist grandios einfach und erfrischend,“ frohlockte der Präsident in einem Schreiben vom Mai 1862 an seinen Jünger, „— wie der Frühling 1813 und der Herbst 1848. Aber werden sich Mut und Tapferkeit finden für diesen Feldzug? 1813 und 1848 fanden sie sich, aber auch damals schwer. Ein gutes Omen ist die Brandenburg-Denkmalsweihe unmittelbar vor der Eröffnung (der Kammern). Kämpfen müssen wir bis ans Ende, — und noch ist das Ende nicht da. Dulce et decorum pro patria mori — singt, uns beschämend, der Heide!“ Genau so empfand Kleist. „Als ich die Minister gestern vor dem tobenden Hause sah, da durchzuckte mich die Lust solchen Kampfes“, schrieb er am 11. September 1862 an den Präsidenten. Er selbst rief der Regierung an jenem Tage zu: „Alles paktizieren, alles, was darauf berechnet ist, in diesem Kampfe Gegner zu gewinnen, ist eitel Täuschung, das Waffenstrecken aber geradezu unverantwortlich!“ Angstlich sann er jedoch darüber nach, wie er seinem Könige beispringen könnte. „Der König, der festeste, beste“, urteilte er über ihn zu Gerlach, „immer noch lieber geneigt, der Last des Regimentes als sich selbst zu entfliehen. So fern ich dem Könige stehe, so sehr er mich weit abweist, denke ich doch darüber nach, ob wir (Sie mit) — wie bei Friedrich Wilhelm IV. — eine Nachtaudienz uns erbitten sollen. Schleinitz, der sein Ohr hat, voller Furcht, sieht keinen Ausgang als daß nach ablehnendem Voto die Minister dem Könige die Wahl stellen zwischen Auflösung oder Wechsel des Ministeriums. Roon allein vortrefflich, fest, glaubend, — etwas zu viel auf gutes Reden gebend und auch schon mit dem Extraordinario zufrieden, sonst entschlossen, ohne Budget zu regieren. Das pro 1863 soll zurückgezogen werden. Das ist mir auch schon zu viel, schlimmer als ein ablehnendes Votum. Dem ablehnenden könnte unser positives entgegengesetzt werden, und daraufhin können sie doch besser agieren, als wenn sie aus

bloßer Scheu selbst kurz kehrt machen. Holzbrinck (der neue Handelsminister), v. d. Heydt wollen sachlich freilich auch nichts weiter nachgeben, aber sie hätten die Verfassungsurkunde beschworen, hätten ein Gewissen, sie könnten nun einmal die Verfassungsurkunde nicht anders auffassen, als daß nach abgelehntem Budget ohne Budget nicht anders regiert werden könne, als daß sie alles täten, die Einigkeit wieder herzustellen, also versuchten, durch Auflösung eine anders gesinnte Kammer zu erhalten. Auf den Einwand, daß das eben gewiß nicht der Fall sein würde, zweifelt der eine und will eventuell immerzu auflösen, — der andere, entscheidende, aber zuckt die Achseln, beneidet uns um unsere entschiedene Auffassung."

Stetig mehr drängte es sich ihm auf, daß die Lage große Ähnlichkeit mit der im Jahre 1848 zeigte, als Graf Brandenburg berufen wurde. Um sie wieder siegreich durchzufechten, galt es einen neuen Grafen Brandenburg ausfindig zu machen, einen neuen entschiedenen Ministerpräsidenten. Da ist es von dem allergrößten psychologischen Reize, zu verfolgen, wie Kleist sich zu der Berufung seines alten Freundes Bismarck, der so anders geworden war, stellte. Daß sie herannahte, fühlte alle Welt. Kleist wünschte sie, obwohl er dabei nicht frei von Bedenken war. In den großen am politischen Horizont aufsteigenden Fragen der auswärtigen Politik, Stellung zu Österreich, Italien, Frankreich, dachte der jetzige Gesandte in Paris anders wie als Mitglied der Zweiten Kammer von 1850, während Kleist noch in den früheren Anschauungen beharrte. Darum zog er neben Bismarck auch Edwin Manteuffel als kommenden Staatsmann in Betracht, diesen vielleicht noch mehr. Er billigte es, daß der König sich gegen Bismarck sträubte, weil Bismarck den Herrscher in ein Bündnis mit Frankreich hineinziehen wolle. Aber im Grunde erkannte er doch auch, daß Bismarck der wirklich berufene Helfer war. Darauf lenkten ihn zudem die Erwägungen des Präsidenten v. Gerlach hin. Der schrieb ihm schon am 22. Mai 1862: „Daß man an Bismarck denkt, zeigt, daß man wenigstens noch an keinen Rückzug denkt — aber Bismarck? Es ist durchaus nötig und Ihre Spezialpflicht, sich und uns mit ihm ins klare zu setzen; und es ist dazu die höchste Zeit. Hauptsachen müssen Hauptsachen bleiben;

ich will lieber Portier werden bei einem demokratischen Minister als durch Allianzen mit cavourscher Politik mich beflecken. Halten Sie ja Ihr und unser Gewissen rein; es ist das beste, vielleicht das einzige, was wir haben. Ehe ich diese Festung übergebe, sprenge ich mich in die Luft." Schon seit langen Jahren war es der ständige Text, den Ludwig Gerlach seinem jungen Freunde predigte, auf Bismarck zu achten. Der geistvolle Präsident hatte mehr wie die meisten andern in der Tiefe der Bismarckschen Seele gelesen, und es ist ein Genuß zu hören, was er über den größten deutschen Mann urteilt. „Halten Sie Bismarck warm", schrieb er Kleist am 5. Juli 1853, „und dulden Sie nicht, daß er dem geistlosen Manteuffelschen Absolutismus und der Weltlichkeit verfällt. Er ist ein edler karrarischer Marmor." Und wenige Tage darauf schrieb er: „Vor Bismarck sind meine Briefe an Sie kein Geheimnis. Er liegt mir sehr am Herzen. Er ist ein fetter Bissen für die Welt und den Satan, die bekanntlich so leicht nicht loslassen." Wenn Gerlach immer wieder darauf zurückkam, daß Kleist Bismarck beeinflussen solle, so wird der urteilsvolle Mann Grund gehabt haben, einen solchen faktischen Einfluß bei dem jüngeren Freunde vorauszusetzen. Am 24. August 1862 kam der Präsident abermals auf Bismarcks Berufung ins Ministerium: „Sofern Bismarck Festigkeit im Innern zuzutrauen ist, kann ich mich von diesem Gesichtspunkte aus mit Bismarck als Präsident des Staatsministeriums befreunden. Aus guter Quelle — die ich aber nicht nennen darf — nehme ich an, daß davon noch immer als von etwas ganz nahe Bevorstehendem stark die Rede ist. Wie sehr wächst dann die Verantwortung des Onkels für den Neffen! Der HErr hat Ihnen, mein lieber Freund, so viel gegeben. Aber welchem viel gegeben —. Vielleicht könnten ja auch Bismarck seine etwanigen tapferen Taten im Innern vergolten werden durch Klarheit in Deutschland und Europa. Aber anders nicht, als wenn er aus dem Katechismus lernt, daß auch für Staatsmänner und Diplomaten Gottes heiliges Gesetz gilt." Kleist dachte, wenn er nicht selbst vor die Tat gestellt wurde, genau so wie sein alter Lehrer in der Politik. Die verschmitzte Politik Cavours war ihm ein Greuel gewesen, und Bismarck auf

ähnlichen Bahnen wandeln zu sehen, war ihm vielleicht ein noch furchtbarerer Gedanke. Daß die Sittlichkeit des Staatsmannes mit anderem Maßstab zu messen ist als die des Privatmanns, dagegen suchten sich diese Doktrinäre hartnäckig zu verschließen. Im Bewußtsein seiner Übereinstimmung mit dem jüngeren Freunde schrieb der alte Präsident beglückt: „Süß und köstlich ist mir die Einigkeit mit Ihnen." Er täuschte sich etwas. Kleists Wurzel war doch, wie sich schon früher wiederholt gezeigt hatte, realpolitischer. Im entscheidenden Moment sollte sich das zu Gerlachs Betrübnis wieder offenbaren. Der Präsident sagte sich schließlich, daß Bismarck der beste Helfer sei. Am 20. September 1862, an dem Tage, als Bismarck, von Roon aus Südfrankreich gerufen, in Berlin bei dem Kriegsminister eintraf, richtete Gerlach an Kleist die Zeilen: „So groß meine Bedenken gegen Bismarck sind — nicht sowohl in Beziehung auf Österreich oder Frankreich, als in Beziehung auf die ewigen Gebote Gottes —, so würde ich doch auch nicht wagen, gegen ihn zu operieren, da ich keinen bessern möglichen weiß. Falliert er auch, so — fallen wir in Gottes Hand. Wollen Sie nicht Moritz, als Roons politische Seele, nach Berlin zitieren? Auch Bismarcks wegen?"

Blanckenburg war inzwischen schon von Roon herbeigerufen worden. Mit diesen beiden und mit seinem alten Hans hatte Bismarck die ersten Besprechungen über die Lage. Nach seinen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1871 will Kleist ihn mit Roon zusammen in dessen Garten gesprochen haben, unter jenen Bäumen, unter denen der eifrige Herrenhauskämpe noch so manche Besprechung mit Roon hatte. Nach dem Briefe Bismarcks an seine Gattin vom 21. September erfolgte die Unterredung mit Kleist jedoch, wie es scheint, besonders. Sicher aber ist, daß dieser den kommenden Mann nach seiner Art mit Ratschlägen bestürmt und auf seinen Willen einzuwirken versucht hat. Man vergegenwärtige sich: diese vier Männer, Bismarck, Roon, Kleist, Blanckenburg, die alle von dem Kreise der Erweckten in Pommern die bestimmende Richtung für ihren inneren Lebensgang empfangen hatten, fanden sich in der schicksalsschwersten Stunde Preußens zu gemeinsamer Aussprache zusammen. Der Kernpunkt der Kleistschen Gedanken ist zweifel-

los der Rat gewesen, ohne Budget, sine lege zu regieren, was der Präsident v. Gerlach schon seit Monaten predigte und wozu dieser die verschiedensten Minister, so v. d. Heydt, Mühler, Bernstorff, vergeblich zu bestimmen gesucht hatte. Dem Präsidenten machte die Haltung der Minister, wie er Kleist am 24. August schrieb, „den Eindruck einer gewissen naiven Kindlichkeit. Der Frage, was soll geschehen, wenn das Budget unleidlich verstümmelt wird, die ich beständig urgierte und die ich dahin beantwortete, dann regiert man mit Recht, mit gutem Gewissen ohne Budget, dieser Frage war man nicht geneigt ins Angesicht zu sehen." So hatte auch Kleist in jenem Schreiben vom 11. September die Lage aufgefaßt. Bismarck nun war der Mann, der noch kühner wie Roon der Frage ins Angesicht zu sehen vermochte. Wahrscheinlich hat er schon die Absicht gehabt, budgetlos zu regieren. Der Rat der Freunde wird ihn darin bestärkt haben. Tags darauf schlossen Wilhelm I. und Bismarck den Bund, der Preußens und Deutschlands Geschick entscheiden sollte.

Fleißig berichtete Kleist nach Magdeburg über die Dinge, die vorgingen. Gerlach suchte noch nach einem Ausweg, um zu verhindern, daß Bismarck das Auswärtige übernähme. Er dachte an Edwin Manteuffel. „Der König wird an Möller denken, für den Schack, der hiesige General, der des Königs Ohr hat, sehr ist. Selbst Senfft in Stettin ist mir eingefallen." Noch viele andere Möglichkeiten ging er durch. „Ist Bismarck mächtig und kühn genug, so mag er nach Ihnen und Moritz greifen", schrieb er Kleist und schloß mit dem ceterum censeo: „Predigen Sie Bismarck Katechismus."

Das tat Kleist denn auch. Die Ermahnungen des älteren Freundes deswegen waren von Anfang an auf fruchtbaren Boden bei ihm gefallen. Alle jene Stellen Gerlachscher Briefe, in denen das Katechismusthema im Hinblick auf Bismarck berührt wird, hat er mit Bleistift angestrichen. Das zeigt, wie sehr er davon durchdrungen war, daß ihm hier eine Mission gewiesen sei. Die Freunde fanden den neuen Ministerpräsidenten in einer demütigen gottesfürchtigen Stimmung. Nicht der ehrgeizige, sich in stolzen Siegeshoffnugen wiegende Mann, sondern einer, der sich seiner ungeheuren Verantwortung bewußt war, trat

ihnen entgegen. Zwei vollwichtige Zeugen sind dafür vorhanden, Kleist und Blanckenburg. Schon am 22. September berichtete Kleist an Gerlach: „Bismarck ist frisch und gutes Muts. Ich denke, wir tun ihm am Ende doch wohl unrecht, wenn wir meinen, er zweifle an den Katechismuswahrheiten. Nach meinem Vermögen will ich daran erinnern.“ Am 3. Oktober konnte Ludwig Gerlach Kleist mitteilen: „Moritz schreibt: Bismarck steht demütig zu seinem Gott und verläßt sich nicht auf seine eigene Klugheit.“ Tags darauf bestätigte ihm Kleist diese Beobachtung: „Soweit wir sehen, hat Bismarck eine liebe Herzensstellung zu dem neuen Amt — und wenn auch hie und da etwa eine eigene, so doch eine einfache großartige Auffassung darüber. Als er ernannt war, ging ich ihn in dem Sinne an: ich wolle nicht über die Schwierigkeiten des neuen Amtes mit ihm reden, sonst ginge es ihm wie dem Petrus auf dem Meer in der Morgenlektion des Tages beim Anblick der großen Wellen, er solle nur in allen Stücken über die Wellen fort allein auf den Herrn sehen und hinzunehmen die gleich darauf folgende Erzählung von der Heilung des Aussätzigen auf seinen Ruf an den vorübergehenden Herrn: ‚Herr hilf mir‘. Deshalb unausgesetztes Gebet, täglich, bei jeder Sache. — Es bewegte ihn innerlich, denn ihm gingen die Augen über, und er fragte: ‚Meinst du, daß ich das nicht tue?‘“ Später wagte Kleist ihm einen Brief Gerlachs vorzulesen, in dem an Bismarcks erstem Auftreten Kritik geübt und wohl an die Aufrichtigkeit einzelner Äußerungen Zweifel geknüpft wurden. Bismarck ging freundlich darauf ein und meinte, wenn er gegen die Kammer von Hoffnung auf Versöhnung gesprochen habe, so sei das nicht Unwahrheit, nicht als ob er sie morgen, vielleicht auch nicht in sechs Monaten erwarte, vielleicht dauere es mehrere Jahre, aber das ganze Ziel müsse doch dahin gehen, wieder Regierung und Parlament in Eintracht zu sehen, ohne daß die Regierung Wesentliches daran gebe. Im weiteren Verlaufe jener Unterredung erklärte er, ihm müsse jeder Weg, der die Möglichkeit der Umkehr des Abgeordnetenhauses zulasse, recht sein, — des Landes wegen und der Zukunft wegen. An sich sei der Weg, welchen man gehe, für das großartige weithin tragende Endziel ganz untergeordnet,

— aber es werde ihn in seinem Gewissen beengen, bei den Dingen, die noch kommen könnten, auch dem Könige gegenüber, wenn er den Streit irgend forciert, nicht den möglichst schonenden Weg gegangen sei. Kleist und Gerlach waren viel mehr geneigt, den Streit zu forcieren. Angesichts solcher Äußerungen aber meinte Kleist doch: „Wer kann da viel gegen sagen." Gerlach fühlte sich bewegt durch den Bericht über Bismarcks Stimmung. „Bleiben Sie ja keeper of his conscience" schrieb er Kleist. „Wie liebenswürdig muß er sein mit erweichtem Gewissen. Aber ich möchte von ihm nicht mißverstanden sein. Ruhe, Milde, selbst Freundlichkeit (die ja Offiziere kämpfender Heere im Kriege einander beweisen) gegenüber den Gegnern table ich nicht. Auch daß Bismarck die ‚Versöhnung' als Ziel festhält, finde ich durchaus notwendig. Aber sie kann nur erreicht werden, wenn seine Haltung den Gegnern die Überzeugung gewährt, der König bedürfe, um König zu sein, ihrer Bewilligungen nicht. Denn nicht das Budget, sondern das Königtum ist das objectum litis. Ich fühle, seit ich heute Ihren gestrigen Brief bekam, meine persönliche Teilnahme für Bismarck sehr gewachsen."

Es ist neuerdings in der Forschung üblich geworden, zu kombinieren, daß der aus den Pyrenäen herbeigeeilte Bismarck von Anfang an nach heißem Kampfe gedürstet und den König zur Unnachgiebigkeit gedrängt habe, um sein Ziel des Krieges gegen Österreich zu erreichen. Die am 29. September erfolgende Zurückziehung des Etats und die dadurch gekennzeichnete Eröffnung der budgetlosen Regierung gilt als das Signal eines Kampfes mit der parlamentarischen Gewalt ohne Gnade und Erbarmen. Was Bismarck aber seinen nächsten Freunden in jenen Tagen anvertraute, stützt solche Kombinationen nicht gerade.

Wenige Wochen darauf erlebten die Freunde eine starke Probe von der Nachgiebigkeit Bismarcks. Dieser erklärte nämlich, wie Gerlach am 22. Oktober hörte, dem Oberbürgermeister von Magdeburg, Hasselbach: Augenblicklich wäre der König nicht zum Einlenken geneigt, er hoffe den Herrn aber für die

zweijährige Dienstzeit zu gewinnen und auf dieser Grundlage sich mit dem Abgeordnetenhause zu verständigen. Genau dasselbe sagte er gleich zu Anfang, vielleicht noch bestimmter, dem eben zurückgetretenen Minister v. d. Heydt, wie Schede am 23. November an Kleist berichtete: Er sei für die zweijährige Dienstzeit, werde diese auch durchsetzen, halte den Zeitpunkt aber noch nicht für gekommen, den König dazu zu bewegen. Diese durchaus glaubwürdigen Mitteilungen stehen diametral im Gegensatz zu der Auffassung, nach welcher König Wilhelm in seiner Unnachgiebigkeit von Bismarck bestärkt worden ist. Der Präsident Gerlach war ganz entsetzt, als er von jenen Äußerungen Bismarcks erfuhr. „Ich brauche nicht auszuführen, wie solche indiskreten Konzessionsreden recht geeignet sind, die Feinde dreist, die Freunde konfus und die Regierung schwach zu machen," schrieb er sofort an Kleist und fügte hinzu: „Liebster Freund, vergessen Sie nicht Ihre Verantwortlichkeit für Ihren Neffen und Beichtkind." Kleist selbst schrieb ganz bestürzt an seinen „geliebten Otto": „Um Gottes willen nur nicht nachträglich Konzessionen, die nichts helfen, aber alles verderben, am wenigsten beim Militär. Keine zweijährige Dienstzeit."

Es besteht die Möglichkeit, daß Bismarck durch solche Reden, wie die zu v. d. Heydt und Hasselbach, Elemente, auf deren Gewinnung es ihm ankam, zum Einlenken zu bestimmen suchte, ohne daß er ernstlich an eine Konzession in dieser Kardinalfrage der zweijährigen Dienstzeit dachte. Die Versöhnlichkeit seiner Haltung würde trotzdem dadurch bekundet werden. Auffällig ist es dabei, daß er gerade dem bisherigen Minister v. d. Heydt diese Konzession in Aussicht stellte, der im April 1862 durch eine Indiskretion in der Vossischen Zeitung dem Kriegsminister ein Bein zu stellen gesucht hatte. Im Zusammenhang mit seinen Erklärungen mag die plötzliche Nachgiebigkeit Roons in derselben Frage stehen, von der Theodor Bernhardi am 20. Oktober erfuhr. Nach Jahresfrist, also als die dänische Frage ihrer Lösung näher rückte und die Wahlen zum Abgeordnetenhause trotz aller Anstrengungen der Regierung wiederum sehr schlecht ausgefallen waren, kamen abermals solche Nachrichten über Nachgiebigkeit des Ministerpräsidenten

auf, allerdings nicht so bestimmte wie im Oktober 1862. Wiederum spielte v. d. Heydt dabei eine Rolle. Damals suchte zur Abwechslung Kleists Vetter, der Obertribunalspräsident v. Kleist, den Onkel gegen den Neffen mobil zu machen, indem er an Kleist am 9. November 1863 schrieb: „Hier kursieren seit vier Tagen sonderbare Gerüchte von beabsichtigter Vermittlung und Nachgiebigkeit gegen das Abgeordnetenhaus. Man wolle versprechen, die Dreijährigkeit in fünf Jahren fallen zu lassen gegen Genehmigung der sonstigen Militärorganisation. Heydt soll Vermittlung beabsichtigen." Ähnliche Nachrichten hatte auch Theodor Bernhardi. Ein von v. d. Heydt am 7. November veranstaltetes Essen, zu dem zu allgemeinem Erstaunen auch der König erschien, wurde als ein Versöhnungsfest aufgefaßt. Es hieß, die Thronrede am 9. würde entgegenkommend gehalten sein. Der Obertribunalspräsident urteilte sicher richtig, wenn er annahm, daß Bismarck dahinter steckte, und deswegen zu dem in Kieckow weilenden Kleist meinte: „Ich bedaure daher doppelt, daß Du nicht hier bist, da Du doch der einzige bist, der wohltätig auf Otto einwirken kann. Ich vermisse Dich viel mehr in der Wilhelm- als in der Leipziger Straße! Deshalb mußt Du hier sein, um unvorsichtige Schritte vorher zu verhindern, nachher ist es zu spät."

Für Kleist handelte es sich bei dem ganzen Streit zwischen König und Parlament um rücksichtsloses Durchsetzen des Willens der Krone. Seine Seele erglühte vor Kampfeslust. Am 4. Oktober 1862 schrieb er an Gerlach: „Wir werden erst Ende der Woche zur Debatte kommen, ich habe den guten Vorsatz, frei von der Leber zu reden, Gott der Herr stehe mir darin bei." Am 11. Oktober kam er vor einem Hause, das angesichts der entscheidungsschweren Stunde so gut besetzt war wie fast nie, zu Wort und hielt eine seiner eindruckvollsten Reden.

„Der Freiherr v. Diergardt," so hub er an, „hatte gestern vollkommen recht, wenn er sagte, daß noch keine wichtigere Verhandlung wie die gegenwärtige in diesem Hause gepflogen worden ist. Die Gesamtverhältnisse, welche bei der Frage konkurrieren, sind es, die sie zu einer von so ungeheurer Tragweite machen. Es ist keine bloß finanzielle Frage, obschon es

sich um 6 Millionen handelt, es ist keine bloß militärische Frage, obwohl sie die Desorganisation der Armee in sich schließt, sie ist im eminentesten Sinne eine politische Frage. Von ihrer Beantwortung hängt die Erhaltung unserer preußischen Verfassung ab, wenn auch in anderem Sinne, als sonst wohl angenommen wird. Es hängt von ihr ab die Erhaltung unseres bisherigen preußischen Königtums. Dafür einzutreten ist ein guter und des Herrenhauses würdiger Kampf, und wer von uns sollte nicht fröhlichen Gewissens und voll Siegeshoffnung in ihn eintreten. Der Preis reicht weit hinaus über die gleichzeitig mit angefochtenen Berechtigungen des Herrenhauses. In ihm siegreich, bin ich ganz gewiß, daß alle angefochtenen Berechtigungen des Herrenhauses sich von selbst finden werden." Dann zog er gegen den Radikalismus der Fortschrittspartei zu Felde: „Wie soll diese Demokratie sich reimen mit der in der Kraft des Salzes alles Lasche, Faule, Böse ausscheidenden rücksichtslosen Energie, mit dem die Lockerung der Bande der Pietät zwischen Fürst und Volk verhindernden strammen militärischen Geiste unserer Fürsten? Dieser Geist unserer Fürsten ist übergegangen auf unser Volk, das von ihnen geschaffen ist, wie der Geist des Vaters übergeht auf den von ihm gezeugten Sohn. Es ist Verleumdung zu behaupten, unser Volk wäre ein demokratisches, denn es wäre eine Entartung, wenn es das wäre. Unser Volk hat durch und durch eine königliche Gesinnung; sie ist übergegangen in sein Blut. Sie ist festgewurzelt in seinen Herzen, weil seine Herzen mit ihm zusammengewachsen und zusammengeschmolzen sind in den Zeiten der Not. Daß es zu einer Krisis über diese Frage gekommen ist, ist, wie 1848, ein Zeichen, wie viel gesunde Elemente in unserem Vaterlande noch vorhanden sind. Daß es zu dieser Krisis gekommen ist bei der Militärfrage, ist ein Beweis davon, daß unser Militär eine der Hauptsäulen unseres Vaterlandes ist. Es ist der Felsen, an den die Wellen jetzt zuerst angeschlagen sind, und dieser wird die Wellen brechen, weil keine Institution bei uns auf so breiten und tiefen Grundlagen beruht wie diese. Ein entschiedenes, rücksichtsloses, männliches Vorgehen besiegt alles. Deshalb wird auch, sobald die Obrigkeit diese ihr angewiesene Stellung

wieder aufnimmt, der Strom der öffentlichen Meinung sich sehr bald ihr wieder zuwenden."

Unter dem Eindruck der im stenographischen Bericht siebzehn Spalten umfassenden Rede wurde, obwohl noch sechs Redner auf der Liste standen, die Beratung sofort abgebrochen und der Gesetzentwurf nach der Fassung des Abgeordnetenhauses mit 150 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Zwei Tage darauf wurde der Landtag geschlossen. Wie stark die Rede im Herrenhause gewirkt hatte, zeigt, daß der Oberbürgermeister Hasselbach noch nach mehreren Jahren im Herrenhause auf sie zurückkam. Im Lande wurde so manches schwache Gemüt aufgerichtet durch den zielbewußten Ton der Kleistschen Darlegungen. Ein Freiherr v. Hodenberg, der ihm ganz unbekannt war, schrieb ihm danach aus Berlin: „Die herrliche Rede, welche Euer Hochwohlgeboren am 11. im Herrenhause hielten, hat mich überzeugt und mir endlich zur Ruhe verholfen. Jeder gute Preuße liebt und verehrt Euer Hochwohlgeboren als einen der hervorragendsten Kämpfer für Gott, König und Vaterland." Aus dem Birkenfeldschen, dem Bergischen, ja aus dem Auslande kamen Zuschriften, die ihm begeisterten Dank zuriefen. Ein Pfarrer schrieb ihm: „Sie haben einen großen Sieg erfochten. Welch ein Reiz für Sie, daß gerade Sie dieses Königtum verteidigen müssen!" Auch kritische Köpfe wie der Präsident Gerlach empfingen einen starken Eindruck von der Rede. Gerlach schrieb an Kleist: „Von Ihrer großen Rede kam mir denselben Tag brühwarm der Eindruck zu, den sie auf Graf Schulenburg-Salzwedel gemacht hatte, der von Berlin zehn Uhr Abends in eine Gesellschaft kam, die ganze Sitzung erzählte und besonders von Ihnen ganz elektrisiert war." Das beste Zeichen dafür, welchen mächtigen Widerhall die Rede im Lande weckte, war doch wohl, daß jetzt alle Welt von dem Wiedereintritt Kleists in ein Amt sprach. Schede berichtete ihm am 18. Oktober aus Bonn: „Die Rheinländer sehen Dich bereits wieder als Oberpräsident in Koblenz; ich wurde hier gleich mit der Frage empfangen, ob das denn wahr sei!!" Schede hoffte selbst, daß der Freund im neuen Lebensjahr einen neuen amtlichen Wirkungskreis erhalten würde, und bearbeitete in diesem Sinne Gerlach, der das Seinige zu tun versprach. Es scheint in der

Tat so, als wenn Kleist eine Weile bei Besetzung der Stelle des Präsidenten des Oberkirchenrats, die im Sommer des Jahres 1863 in Frage kam, ins Auge gefaßt worden ist. Trifft dies zu, so ist seine Berufung an höfischen Einflüssen gescheitert.

Kleist war, wie er an Gerlach schrieb, überrascht durch den Erfolg, den seine Richtung im Herrenhause erzielte. Daß er selbst ein gut Teil dazu beigetragen hatte, kam ihm kaum in den Sinn. Er fühlte sich in den von ihm entwickelten Ideen abhängig von dem Präsidenten. „Ich habe Ihre Auffassungen und Auslassungen dreist benutzt und sage Ihnen dafür, daß ich es konnte, meinen herzlichsten Dank," schrieb er diesem. Seine Meinung nach Schluß der Kammer im Herbst 1862 war, daß nun erst der schwerere Teil der Aufgabe für die Regierung beginne. „Ich rechne nicht auf Extravaganzen der Demokratie, die es etwa erleichtern möchten. Aber die Besorgnis liegt nahe, daß wie fast immer die Regierung nach solchem eklatanten Schritte das Bedürfnis fühlt, die öffentliche Meinung — oder man sagt lieber das Land — zu gewinnen durch irgend welche liberalisierende Maßregel. Es wird von den Gegnern niemand gewonnen und die Freunde werden perplex." Gegen den Gedanken, durch Gewaltmaßregeln helfen zu wollen, habe er öffentlich gesprochen, die Warnung vor liberalisierenden Maßregeln wäre ihm zu delikat gewesen, und er habe sie darum unterlassen. Er rechnete also stark mit Bismarcks Versöhnlichkeitsneigungen. „Es ist doch so klar, daß das Verhandeln mit solchem zweiten Hause unwillkürlich zu prinzipiellen Konzessionen führt," meinte er.

Der Fortgang der Dinge lehrte ihn, daß Bismarck mit überwältigender Sicherheit die Situation meisterte und stolzen Schrittes einen Siegesgang ohnegleichen ging. Bismarcks Wirksamkeit in dieser Zeit hinterließ auf Kleist den stärksten Eindruck, den er von dessen ganzer Tätigkeit gehabt hat. „Er ist es gewesen, welcher das königliche Regiment wieder wie einen rocher de bronze stabilierte, so daß er gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, trotz der Verweigerung jeder Geldbewilligung, einen großen glücklichen Krieg führte," hat er über die damalige Haltung des Ministerpräsidenten in der

Geschichte seines Geschlechtes gesagt. Ein Ausspruch Leopold Rankes, daß diese „in der Geschichte einzig dastehende Konfliktszeit" die glänzendste Periode des gewaltigen und tatenreichen Lebens des ersten deutschen Reichskanzlers gewesen sei, war ihm aus innerster Seele gesprochen. In offener Reichstagssitzung hat er dem alten Freunde am 8. März 1878 vorgehalten: „Das muß dem Reichskanzler die teuerste Erfahrung seines Lebens sein, daß es ihm gelungen ist, im Kampf von 1862 bis 1866 infolge des Festhaltens dieser bestehenden Machtvollkommenheit der Krone Preußens diejenigen Taten für Deutschland und Preußen zu vollbringen, die ihm Gott in der Folge davon gegeben hat." Schon in den ersten Tagen der Amtsführung drückte er dem nun so hoch gestiegenen Freunde seine Bewunderung aus. „Gott hat es dir verliehen, dein neues Amt mit einer Heldentat zu beginnen," sagte er zu ihm. Er sorgte sich mit ihm, daß das gewonnene Terrain nicht wieder verloren ginge; klagte Bismarck doch selbst oft gegen ihn über eine solche Gefahr. Ähnlich wie Kleist empfand der alte Freund in Magdeburg. „Bismarck trage ich täglich auf dem Herzen," so schrieb Gerlach am 23. April 1863 an Kleist. „Stündlich möchte ich sagen, wenigstens so oft der Kampf und die Not der Zeit mir entgegentritt. Zunächst und hauptsächlich empfinde ich dann Dank gegen Gott und gegen Bismarck, daß in solcher Zeit so unerwartet ein solcher Mann uns gegeben ist. Denn ein *Mann* ist er zunächst und nicht — wie Thadden sich ausdrückt — ein ausgenommener Hering, — auch kein Frosch, wie Minister Manteuffel, und dazu ein frischer, kräftiger, tapferer Mann, an dessen Herz und Geist das Wort und die Gnade Gottes sich nicht unbezeugt gelassen hat. Haben wir schon je so einen *Mann* an der Spitze gesehn? — Meine Erwartungen hat Bismarck übertroffen, — so viel *ruhige* Festigkeit habe ich ihm nicht zugetraut. ... Also so weit Bismarck for ever! — gegen alle Welt — nach außen."

Daß die ganze Handlungsweise des leitenden Staatsmanns auf einem Verfassungsbruche beruhte, dieser Gedanke kam den beiden Beratern des Bismarckschen Gewissens nicht. Wie hätte sonst der Präsident gerade in diesen kritischen Zeiten so inständig auf Reinhaltung des Gewissens gedrungen! Wir stehen

hier vor einer jener Erscheinungen, wo die Überzeugung von dem materiellen Rechte die Erkenntnis der formellen Rechtsverletzung völlig verhindert. Der von Gerlach abhängige Kleist war womöglich noch fester wie jener von dem guten Recht der Krone überzeugt, als diese sich auf das Herrenhaus allein stützte. Daran hielt er auch gegen Ernst Ranke entschieden fest, als dieser das formelle Recht der Abgeordneten betonte. Weniger sicher war der König von seinem formellen Rechte durchdrungen, bis Bismarck die Lückentheorie schuf und damit das zarte Gewissen des Herrn beschwichtigte. Wie weit Bismarck mit Bewußtsein die Verfassung brach, ist hier nicht der Ort des näheren zu untersuchen. Es ist möglich, daß er im Gefühl der sittlichen Notwendigkeit, die Krone, das Heer und den Staat zu retten, von vornherein den Verfassungsbruch für das kleinere Übel hielt und gerade in jener von Kleist und Blanckenburg bezeugten Demütigung vor Gott die Kraft zu dem Entschlusse des Verfassungsbruches fand. Darauf könnte auch die Tatsache deuten, daß Kleist schon im November 1862 ihn davon reden hörte, er wolle später um formelle Indemnität beim Landtage nachsuchen. Kleist warnte damals sofort davor: „Keine formelle Indemnität vom Landtage erbitten. Ihr vergebt der Regierung ihr gutes Recht und erschwert ihr die Stellung für die Zukunft“ [1]). Wahrscheinlicher ist es aber wohl, daß Bismarck, auch beeinflußt durch die Freunde, die formelle Rechtslage selbst zum mindesten als unklar betrachtete. Er hätte sonst doch wohl zu Anfang gegen die Freunde ausdrücklich seine formellen Bedenken betont. Daß Kleist ihn, mit Berufung auf das Recht der Regierung, vor dem Erbitten der Indemnität warnte, zeigt, daß er diesen Gedanken nur von Versöhnlichkeitsabsichten eingegeben betrachtete, daß also von formellen Rechtsbedenken zwischen ihm und Bismarck nicht die Rede gewesen sein kann. Die Genialität weit vorausschauenden Blickes, die Bismarck bekundete, indem er schon in den Anfangsstadien des Kampfes das Mittel zur Besiegung der Gemüter in Bereitschaft hielt, entging Kleist.

Er betrachtete es als seine Aufgabe, im Lande mobil zu

[1]) Kleist an Bismarck, 29. November 1862.

machen, um das Vorgehen des Ministeriums zu stützen. So hielt er in diesem Sinne in Berliner Volksversammlungen flammende Reden. So entwarf er zu Ende des Jahres 1863 für das Herrenhaus eine Adresse an den König, die am 19. November mit 72 gegen 8 Stimmen angenommen wurde und in der der Auffassung von der rechtmäßigen Handlungsweise der Regierung sehr bestimmt Ausdruck verliehen wurde: „Eurer Kgl. Majestät Regierung hat die ihr unzweifelhaft obliegende Pflicht gewissenhaft erfüllt und unter Aufrechterhaltung der Kgl. Macht als des Grundpfeilers unserer Verfassung, ohne irgend welche Verletzung der Verfassungsurkunde wie des bestehenden Rechts, durch Fortleitung der Staatsgeschäfte auch ohne Staatshaushaltsgesetz auf eigene Verantwortung hin und namentlich durch Aufrechterhaltung der ohne Verrat am Vaterlande nicht rückgängig zu machenden Armeereorganisation die Gefahr dieser Lage glücklich beschworen." Auch in der im November 1862 vom pommerschen Provinziallandtage veranlaßten demonstrativen Vertrauenskundgebung, der einzigen unter den Kundgebungen der Provinziallandtage, die besondere Farbe hat, ist wohl seine Hand zu spüren. Selbst zu der gewagtesten Tat Bismarcks im Militärstreit, der ohne Zweifel sehr willkürlichen, von dem Streben nach Einschüchterung eingegebenen Preßordonnanz vom 1. Juni 1863, hat er dem Freunde, beeinflußt vom Präsidenten Gerlach, hilfreiche Hand geleistet. Gerlach, der Gewissenswächter, hielt es für sonnenklar, daß die Krone zu dieser Maßregel berechtigt sei. Davon gab Kleist dem Ministerpräsidenten Kenntnis, und dieser benutzte das sofort, um den scharfsinnigen Juristen durch Kleist zur Abfassung eines Gutachtens zu veranlassen, mit dem er die Rechtsbedenken König Wilhelms beschwichtigen half. Die charakteristischste Frucht Kleistscher Tätigkeit war, daß er die Stillen im Lande in Bewegung setzte und zu politischen Kundgebungen vermochte. Alle Welt horchte hoch auf, als Gustav Knak im Namen einer Anzahl frommer Geistlicher und Kirchenpatrone dem Könige eine Vertrauensadresse überreichte. Diese Adresse ist am 5. November 1862 auf dem Kirchweihfest zu Kieckow auf Anregung Kleists entstanden. Der dachte an jene Adresse, die er in ähnlicher Lage im Jahre 1848 von Kieckow aus veranlaßt hatte.

Noch am ſelben Tage ſchrieb er darüber an den Miniſterpräſidenten. Schon die Anrede beweiſt, daß er ſich dieſem näher denn je fühlte. „Lieber Herzens-Bismarck!“ lauteten die Eingangsworte des Schreibens. In dieſer Form pflegte er ſelbſt Ranke und Schede nur ſelten anzureden. Er ſtellte ihm vor, daß die Teilnehmer des Kirchweihfeſtes auch diesmal wie vor 14 Jahren nicht hätten unterlaſſen können, an den König eine Adreſſe zu richten. „Drei aus ihrer Mitte wollen ſie überreichen, ganz vorzügliche Leute: Superintendent Lenz aus Wangerin, Bruder der verwitweten Frau Paſtor Sauer in Colziglow“ (dort war Bismarck, wie man weiß, getraut worden), „Knak in Berlin, der innerlichſte Geiſtliche, welchen ich kenne, Straube aus Falkenhagen, der Sangmeiſter der evangeliſchen Kirche. Sie bitten Dich nun und rechnen feſt darauf, daß Du ihnen eine Audienz bei Seiner Majeſtät verſchaffſt. Lenz hat Johanna als Kind auf den Armen getragen, ſo magſt Du ihm einmal Deinen Arm leihen.“ Schon am 11. konnte er Lenz eine zuſagende Antwort Bismarcks mitteilen. Der Miniſterpräſident erwartete weitere Anträge von den drei Geiſtlichen. Aber gleich darauf wurde Lenz telegraphiſch zu Bismarck berufen, und ſchon am 13. wurden die drei Geiſtlichen vom Könige zuſammen mit anderen Deputationen empfangen. Die Kindlichkeit des weltfremden Knak bekundete ſich während des Wartens im Fahnenſaal in ſeiner Äußerung zu ſeinen Amtsbrüdern: „Ach! wie köſtlich iſt es hier! Wie wird es erſt im Himmel ſein!“ Unter Bezugnahme auf die Adreſſe von 1848 ſprachen die Geiſtlichen die Hoffnung aus, daß der König ſich nicht ſtören laſſen möchte in dem Vertrauen zu ſeinen Untertanen. Die Zahl derer, die es mit ihm hielten, ſei noch ſehr groß. Wilhelm I. antwortete ihnen in gnädigen Worten.

Knak fühlte ſich offenbar durch jene Kieckower Adreſſe ermutigt, drei Jahre ſpäter, am 19. Juni 1865, dem König noch einmal eine Adreſſe zu überreichen, um ihn wiederholt in ſeiner Haltung gegen das Abgeordnetenhaus zu beſtärken. Wieder wandte er ſich vorher an Bismarck. Ob er Kleiſt zu Rate gezogen hat, iſt nicht bekannt. Doch läßt es ſich faſt annehmen, da der Biograph Knaks die Hinzuziehung „ernſter Chriſten“ er-

wähnt. Hatte er im Jahre 1862 noch zugleich im Namen von Patronen gesprochen, so trug die zweite Kundgebung einen ausschließlich geistlichen Charakter. In ihr wurde zudem in entschiedener Weise Kritik am Abgeordnetenhause geübt. Sie war zweifellos ein Mißgriff des frommen Mannes, da sie eine kirchliche Einmischung in weltliche Dinge darstellte. Die tiefere Natur dieser weltlichen Dinge zu beurteilen, war Knak, wie der Wortlaut der Adresse zeigt, gar nicht in der Lage, und über sie in ihrer geistlichen Eigenschaft unter Berufung auf das vierte Gebot abzuurteilen, waren die Geistlichen durchaus nicht befugt. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Demonstration, so treu gemeint sie war, vielfach den übelsten Eindruck hervorrief und viele Kreise gegen die Kirche und die Orthodoxie aufbrachte. Anderseits berechnete Bismarck offenbar, daß sie auch auf manchen einen stärkenden Einfluß ausüben würde.

Auch in kleineren Dingen konnte Kleist seinem staatsmännischen Freunde in jener Zeit wirksam helfen. Als dem Ministerpräsidenten im Oktober 1863 auf der Fahrt nach Berlin auf dem Belgarder Bahnhof ein unwürdiger Streich durch das dortige fortschrittlich gesonnene Bahnhofspersonal gespielt worden war, veranlaßte Kleist den ihm von Aachen her gut bekannten und sehr ergebenen Bautechniker der Stettiner Eisenbahngesellschaft, den Geheimen Baurat Stein, zu schleunigem Eingreifen und konnte dem Freunde bald mitteilen, daß das Eisenbahndirektorium beschlossen habe, den Bahnhofsinspektor sofort an eine Station kleinsten Charakters zu versetzen. Die anderen Beamten sollten folgen, das „ganze Nest ausgehoben werden". Stein schrieb ihm: „Vor Eintritt des Winters sollen Sie eine neue Generation, und ich darf hoffen eine bessere, für Belgard haben."

Zu seiner Freude gelang es Kleist nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses im Oktober 1863, die Wahl von Wagener und Blanckenburg in seinem Belgarder Wahlkreise durchzusetzen, die noch kurze Zeit vorher selbst bei dem Landrat des Kreises Belgard, einem Vetter Kleists, auf Schwierigkeiten gestoßen war. Sogar Kreiseingesessene, wie der längst den Konservativen abhold gewordene Oppenfeld, sahen sich jetzt veranlaßt,

für den gefürchteten Kreuzzeitungsredakteur einzutreten. Die Wahl dieser beiden Freunde, so schrieb Kleist frohen Mutes an Bismarck, „wird Eure schwere Last erleichtern". Ebenso machte er den stets weltscheuen Below-Hohendorf mobil zum Kampfe. Der erklärte die Parteiagitation für ein Feuer, aus dem das göttliche Licht nicht geboren werde, sondern das den Menschen ausdörre und nicht auferbaue. Aber Kleist gelang es doch, ihn zur Beteiligung an der Politik aufzustacheln, was bei der ungemein positiven und realpolitischen Veranlagung dieses Pietisten von großer Wichtigkeit war. Ebenso arbeitete Kleist daran, den Präsidenten Gerlach ins Herrenhaus zu bringen, was allerdings nicht gelang. Zu seinem großen Leidwesen sah er sich vielfach gezwungen, den Beratungen des Herrenhauses fernzubleiben, teils weil er Krankheiten im Hause hatte, teils weil ihn wirtschaftliche Nöte festhielten. Schon seit Stahls am 10. August 1861 erfolgtem Tode, noch mehr seit Bismarcks Eintritt in die Geschäfte und dem helleren Auflodern des Militärkonflikts war er dem Herrenhause unentbehrlich geworden. Fehlte er, dann häuften sich die Briefe der Freunde und Parteigenossen, die stürmisch seine Anwesenheit verlangten. Im Februar 1865 erkrankte er wieder ernstlich und war genötigt, mehrere Monate auszusetzen. Der treue Schede hoffte, daß dem Freunde diese Fesselung an die Heimat zum Heile ausschlagen werde. „Vielleicht wird das Herz des Königs ein wenig spüren, was er an Dir hat." Wohl mag Wilhelm I. — sein gnädiges Verhalten gegen Kleist deutet darauf hin — solche Empfindungen gehegt haben.

Bismarcks Bestreben, den Widerstand des Abgeordnetenhauses auch dadurch zu brechen, daß die Tagegelder abgeschafft würden, unterstützte Kleist lebhaft. Er meinte von den Diäten in einem Briefe an Bismarck: „Sie sind, wie der Ruin des Landes, so auch speziell des Herrenhauses. Durch sie werden die Sitzungen jährlich so lang, daß es Leuten, die zu Hause etwas zu tun haben, unmöglich wird, dauernd anwesend zu sein. Die Mitglieder des Herrenhauses können nicht Jahr um Jahr die ganze Zeit aushalten, und das macht dessen Sitzungen lückenhaft und unlebendiger, wie gut ist. Fünf Jahre habe ich nun treulich jährlich ausgehalten die ganze Zeit; ich kann

das nicht wieder, nach fünf Monaten im Frühjahr noch zwei im Spätherbst dort zubringen."

Mit Begeisterung trat er für die Polenpolitik seines Freundes ein. Darin ist er sich sein ganzes Leben lang treu geblieben. Am 20. Mai 1863 ergriff er bei Gelegenheit der Besprechung von Petitionen wegen der Polenfrage, die er zum Teil selbst veranlaßt hatte, das Wort, um in einer feurigen Rede der Fortschrittspartei ihre in dieser Sache bekundete vaterlandslose Gesinnung vorzuhalten und dem Ministerium den Dank des Herrenhauses für seine Haltung auszusprechen: „Was ist das für eine Partei, die sich den Namen der ‚deutschen Fortschrittspartei' gibt," so rief er aus, „die allenthalben schwärmt für die Entwicklung und Entfaltung fremder Nationalitäten, trotzdem, daß es mit dem Rückschritt der Macht und des Einflusses der Deutschen verbunden ist! Was ist das für eine politische Partei, welche Kenntnis der Geschichte und welche politische Einsicht muß sie haben, die gegenwärtig darauf ausgeht, daß an unseren Grenzen ein neues polnisches Reich entstehen soll. Niemals ist solche Unterwerfung erfolgt ohne Verschuldung der betreffenden Nationalität, und wenn irgendwo, so ist gerade hier bei Polen die Teilung ein schweres Gericht der Geschichte gewesen. Meint man in der Tat, daß man das alles rückgängig machen kann gegen die Geschichte und gegen die Fügung Gottes? Ist es nicht mehr wie naiv, zu meinen, wenn wir sie jetzt nur gewähren ließen, so würden sie nachher dankbar sein?" Wieder einmal zündeten seine Worte weithin im Lande. Eine der ihm zugehenden beistimmenden Zuschriften, deren Wortlaut nicht bekannt geworden ist, stellte er Bismarck zu, und dieser versäumte nicht, sie seinem königlichen Herrn zur Kenntnis zu bringen, in der Gewißheit, daß er dem Monarchen damit eine Freude bereiten würde. Er hatte sich nicht getäuscht, denn König Wilhelm bemerkte auf dem Schreiben: „Exzellenter Brief, schade, daß der Wunsch des Schreibers, ihn der Kammer vorzulesen, nicht ausführbar ist!!"

Gelegentlich konnte Kleist den Freund auch in Kenntnis setzen von den Umtrieben, die in hohen Kreisen gegen ihn ins Werk gesetzt wurden. So berichtete ihm im September ein

rheinischer Industrieller, der ihm stets sehr ergeben gewesen war, daß nach Erzählungen des Ministers des Innern Grafen Fritz Eulenburg an den Fürsten von Hohenzollern, die beide heftig gegen Bismarck frondierten, die Ernennung des Gesandten Grafen Robert v. d. Goltz zum Ministerpräsidenten im Werke sei.

Mit Roon drängte er auf die Entfernung des Patrioten Max Duncker aus seiner Stellung als politischer Berater des Kronprinzen, weil Duncker, der übrigens sehr die Gunst des Königs besaß, für liberaler galt, als er war. Anfangs glaubte er die Vorstellungen Roons abweisen zu müssen; als er aber erkannte, daß der radikale Liberalismus stark auf den Thronwechsel spekulierte, und als er Bildnisse König Wilhelms mit abgeschnittenem Kopfe zirkulieren sah, hielt er es für notwendig, daß eine offenkundige Verständigung zwischen König und Thronfolger herbeigeführt würde, die zunächst durch eine Beseitigung Dunckers erstrebt werden sollte. In diesem Sinne schrieb er am 18. Dezember 1862 an Bismarck. Durch eine solche Verständigung sollte allen Spekulationen auf den Thronwechsel ein Ende gemacht werden. Er schlug zum Ersatz von Duncker einen wirklichen Geschäftsmann vor und nannte den Landrat v. Quadt in Hamm. Doch wie man weiß, behauptete sich Duncker, und gerade dieser übte einen mäßigenden Einfluß auf die Haltung des Kronprinzen aus. Allerdings vermochte sein Einfluß nicht die oppositionelle Rede des Kronprinzen zu Danzig im Juni 1863 gegen die Preßordonnanz und damit das schlimme Zerwürfnis zwischen König und Thronfolger zu verhindern, das durch die indiskrete Veröffentlichung des infolge jener Rede entstandenen Briefwechsels zwischen Vater und Sohn wesentlich verschärft wurde. In dieser schweren Krisis hat Bismarck den Rat des alten Freundes gesucht. Kleist wurde ebenso wie der Ministerpräsident von dem Ereignis innerlich mitgenommen. Nach einer Unterredung, die er mit Bismarck deswegen gehabt hatte, setzte er sich hin und schrieb ihm: „Das gestrige Gespräch hat mir heute früh doch eine Stunde Schlafs gekostet. Den Inhalt der Gedanken jener Stunde bin ich Dir als Fortsetzung des Gesprächs schuldig.“ Er äußerte Bedenken, ob eine weitere öffentliche Behandlung des Streites zwischen

dem Könige und seinem Sohne nicht schädlich sei, weil das die Nerven des tief verletzten Herrschers angreifen könnte. Wäre Bismarck darüber sicher, daß das nicht der Fall, so könne die öffentliche Erörterung nur nützlich sein. „Alle irgend preußisch Gesinnten werden dadurch eine heilsame Mahnung erhalten, sich fest um ihn zu scharen. Schwankenden freilich kann es die Erwägung noch näher legen, wie wandelbar unser Zustand ist. Für diese muß alles aufgeboten werden, den Kronprinzen öffentlich mit dem Könige zu identifizieren." Er riet Bismarck im weiteren: „Keine Maßregel, die den Charakter des Staatsstreichs auch nur en miniature trägt. Derartige Schritte wünschen und supponieren die Gegner; sie würden auch die wohlwollende, aber träge Masse echauffieren, sie würde Euer Gewissen schwach machen und den König beflecken. Sie verwandelte dann wirklich den großen geistigen Kampf unserer Zeit allein in einen Machtstreit, Schwerin würde zu seiner Schadenfreude recht behalten und Schulze-Delitzsch den Sieg; denn die größere Macht kann die gegenwärtige geistige Bewegung wohl niederschlagen, aber nicht überwinden. Dir ist eine viel höhere, edlere Aufgabe geworden, und Du bist auf dem besten Wege, sie zu lösen, laß Dich nicht auf den anderen unheilvollen verleiten." Mit den wachsenden Schwierigkeiten der Aufgabe Bismarcks steigerte sich auch die Kampfesfreude seines alten Gefährten. „Fast muß ich sagen, solche Schwierigkeiten sind mir nicht unlieb," rief er ihm am 12. Oktober 1863 zu, „sie müssen immer von neuem Dich darauf führen, daß Du einen ganz engen Bund mit Gott dem Herrn eingehst. Es muß ganz köstlich sein, in solcher gewaltigen Aufgabe fast von allen, welche natürliche Helfer sein sollen, verlassen zu sein, aber umso unerschütterlicher, siegesgewisser auf den lebendigen Gott rechnen zu können"[1]).

Bismarck las die Briefe des Freundes mit Aufmerksamkeit. Öfter regte sich gegenüber der Fülle von Ratschlägen sein Widerspruchsgeist. Als ihm Kleist im Dezember 1862 Vorhaltungen wegen der Verteilung der Ämter im Ministerium machte, schrieb er an den Rand: „Wir sind froh, wenn wir acht Männer

[1]) Konzept im F.A.

finden und halten." Manch Schmunzeln mögen ihm die bestimmten Wendungen Kleists entlockt haben, die fast wie Befehle klangen. „Du wirst einmal von Deinen Schritten in dieser Sache ganz besondere Rechenschaft geben müssen." „Beachte den Inhalt meines neulichen Schreibens." „Das erwirke daher ja." „Benutze ja die Zeit, einige ganz zuverlässige Leute ins Herrenhaus zu berufen." „Sorge dafür, daß der Justizminister nicht wieder das radikale Gesetz von Bernuth über Aufhebung der Pommerschen Lehen vorlegt." Noch im September 1865 traute der Präsident v. Gerlach diesem bestimmten Wesen Kleists bei dessen Stellung zum leitenden Staatsmann nennenswerten Einfluß auf diesen zu, und er wird seine guten Gründe dafür gehabt haben. Freilich war Gerlach damals bereits zu der Erkenntnis gelangt, daß Bismarck „das wirklich vorhandene dringende Bedürfnis vertrauter Gehilfen" nicht in dem Maße empfand, wie es dem Präsidenten wünschenswert schien. Deutschlands Staatsmann begann stetig sicherer seinen Weg auf schwindelnder Bahn zu schreiten. Am lebhaftesten regte sich Bismarcks Widerspruch gegen die im Stile eines alttestamentarischen Patriarchen von Kleist an ihn gerichteten biblischen Ermahnungen. Davon legen gelegentliche Randbemerkungen, die der Ministerpräsident in der Stille seines Heims auf Briefen seines Freundes anbrachte, beredtes Zeugnis ab. Als Kleist ihm am 6. November 1863 schrieb: „Ich las gestern Offenbarung 2, 26: Und wer da überwindet und hält meine Werke bis an das Ende, dem will ich Macht geben über die Heiden, und er soll sie weiden mit einer eisernen Rute, und wie eines Töpfers Gefäße soll er sie zerschmeißen," da schrieb der Empfänger belustigt an den Rand: „O Hans! immer zornig mit Gottes Donnerkeil!" Und zu der Fortsetzung Kleists: „Es ist dieselbe Verheißung wie Psalm 149, die ich Dir bei Deiner Ernennung nach Frankfurt mitgab," bemerkte er: „Mehr alt- als neutestamentlich!" Und um zu betonen, daß jene Bibelworte kaum auf die Gegenwart und insbesondere auf ihn angewendet werden könnten, was er später auch Kleist selbst sagte, meinte er: „Wir aber!! — ich aber!" Wie sich denken läßt, übte Kleist die Beeinflussung der religiösen Haltung seines Freundes nicht minder im persönlichen Verkehr. Als er be-

merkte, daß Bismarck nicht mehr zur Kirche ging, stellte er ihm zugleich im Namen von Hengstenberg vor, er möchte es doch nicht so machen wie Otto v. Manteuffel, der erst nach seiner Entlassung wieder die Kirche besucht habe. Bismarck wehrte das ab, indem er erwiderte, er erkälte sich sehr leicht in der Kirche. Zu seiner Betrübnis mußte Kleist als weiteres Kennzeichen dafür, daß der alte Gefährte nicht mehr die frühere innerlich-religiöse Richtung hatte, wahrnehmen, daß Bismarck die alte Gewohnheit „des Gebrauches von Gottes Wort" beim Frühstück aufgegeben habe. Seitdem schenkte er ihm alle Jahre zu Weihnachten — zuerst 1864 — die Losungen der Brüdergemeinde und hatte die Freude, daß Bismarck, wie dies ja auch aus Moritz Busch bekannt ist, sie täglich brauchte, allerdings erst beim Schlafengehen. Er erzählt in seinen Erinnerungen (1871) mehrere Beispiele davon, wie wichtig sie dem Ministerpräsidenten wurden. Als Bismarck die Nachricht von der schweren Verwundung seines Sohnes Herbert im Zweikampf erhielt, fand er als Losung des Tages das Wort: „Er wird leben". Sofort ging er zu seiner Gattin und teilte ihr dies als Zeichen dafür mit, daß der Sohn nicht sterben würde. Als er die Kunde von Gramonts Rede in der französischen Kammer am 6. Juli 1870 erhielt, dachte er — so erzählt Kleist — sofort den Antrag auf Mobilmachung zu stellen. Da las er den Tagestext: „Selig sind die Friedfertigen," stutzte, ließ den Antrag nicht abgehen und die Lage gestaltete sich so viel günstiger.

Eine der schönsten Freuden, die der fromme Gewissensrat Bismarcks in der Konfliktszeit erlebte, war ein Besuch, den er im Juni 1863 zur Zeit, als nach Erlaß der Preßordonnanz die Wogen des Konflikts im Lande am höchsten gingen, einer Einladung folgend, von Oeynhausen aus den treuen Ravensbergern erstattete. „Es war ein Tag, wie ich wenige gehabt habe," berichtete er darüber an den Kriegsminister, um diesen anzufeuern, auch einen solchen Besuch abzustatten. „Die Versammlung bestand aus etwa 500 Bauern, einer Anzahl vorzüglicher Pastoren, einigen treuen Städtern. Es gab Kaffee und Weißbrot. Sie wurde eröffnet mit Gebet und Gesang, dann wechselten die mannigfaltigsten Reden, wiederholt von

dem ganz vorzüglichen Bürgermeister Strosser, von Pastoren, von mir, von Bauern. Auch letztere ganz vortrefflich. Dazwischen Gesang, bald eines Jünglingsvereins, bald der ganzen Versammlung. Es dauerte ununterbrochen 3½ Stunden, ohne Abspannung mit der größten Lebendigkeit und Teilnahme. Es herrschte der treueste Patriotismus, es wurzelte alles in dem entschiedensten christlichen Bekenntnisse. Man konnte meinen, man sei im Paradiese, solche Harmonie, solches liebliches, erquickendes Leben." Im Anschluß daran bestürmte er Roon, ja dorthin zu kommen. „Ich freue mich darauf, als eine nützliche Demonstration fürs ganze Land. Gerade hier gibt es gar keinen sogenannten Feudalen. Deswegen bitte ich Sie aufs dringendste, die in der Einladung Ihnen entgegengetragene Liebe nicht zurückzuweisen und die Hindernisse, welche Staatsgeschäfte und Badekur bringen könnten, kühn zu überwinden." Wenige Tage darauf schrieb Roon den Ravensbergern zu, und am 2. Juli fand die bekannte Kundgebung der treuen Bevölkerung für den vielumfeindeten tapferen Kriegsminister statt. Wie Kleist es ihm vorausgesagt hatte: gleich einem König wurde er empfangen.

Seit jenem Junitage aber, an dem Kleist selbst zu den Ravensbergern gesprochen hatte, hatte er sich für immer die Herzen des kernhaften Volksschlages erobert. Jene herrliche fromme Königstreue, die sich hier bereits in den schwersten Zeiten des Siebenjährigen Krieges offenbart hatte, wo die Ravensberger den aus Friedrichs Heer geflüchteten Soldaten Beichte und Abendmahl und das Betreten der väterlichen Schwelle versagten, war noch ungeschwächt erhalten geblieben. Wenn Kleist in seiner Ansprache den Ravensbergern zurief: „Von jeher haben die Pommern einen Zug des Herzens zu solchen Westfalen gehabt, wie ich hier versammelt sehe," durfte er sicher sein, daß auch ihm die Herzen entgegenschlugen, weil sich die Zuhörer dem frommen, königstreuen Redner wesensverwandt fühlten. Es sollte die Stunde kommen, wo dieser Besuch im Ravensberger Land schöne Frucht trug.

Neben diesen rein politischen Geschäften fand Kleist die Muße, eine planmäßige werbende Tätigkeit zu Gunsten der Sonntagsruhe auf dem Lande einzuleiten. Bekümmerten Her-

zens sah er die Not der kleinen Leute. Je länger je mehr empfand er, was Heinrich v. Treitschke sehr viel später in seiner deutschen Geschichte schrieb: „Die Behörden zeigten wenig Sinn für das kirchliche Leben, noch weniger für die Bedrängnis des armen Volkes. Die Zeit schien ganz vergessen zu haben, daß der Sabbat die größte soziale Wohltat war, welche das Volk Israel einst der menschlichen Kultur gebracht hatte[1])". Kleists Bestreben ging zunächst darauf aus, den Tagelöhnern auf dem Lande den freien Sonntag zu verschaffen. Er verfaßte deswegen zu Ende des Jahres 1863 ein Rundschreiben an die Gutsbesitzer, in dem es hieß: „Die alten Bande der Pietät lösen sich immer mehr, und das kalte Verhältnis, das durch Lohn und Arbeit kümmerlich und oft nur auf kurze Zeit zusammengehalten wird, gewährt nach keiner Seite Befriedigung. Durch Geld wird kein Mensch zur stillen Zufriedenheit gebracht. Wenn der Dienstbote und Tagelöhner sich von Gott wendet, so kennt er nur noch die Schranke, die durch Furcht vor Menschen und Strafe gezogen ist und die er daher durch List zu überschreiten sucht." Er verlangte Freigabe des ganzen Sonntags.

Von den Oberpräsidenten suchte er sich Listen der Rittergutsbesitzer zu verschaffen. Der Oberpräsident von Sachsen, v. Witzleben, desgleichen der von Brandenburg, v. Jagow, sandten ihm solche Verzeichnisse. Sie gaben ebenso wie Senfft-Pilsach für Pommern ihre Genehmigung dazu, daß der Aufruf durch die Landräte verteilt würde. Aber ob es viel gewirkt hat, muß dahingestellt bleiben. Fand Kleist doch bei den nächsten Freunden heftigen Widerstand. So sandte ihm Moritz Blanckenburg eine längere fachmännische Erörterung darüber, warum er eine Sonntagsruhe im Brennereibetriebe für untunlich hielte, und knüpfte daran Bemerkungen wie: „Das Geschrei der Geistlichen, ‚es wird den Sonntag gebrannt!' ist völlig unsinnig. Frage einmal die Geistlichen, die so reden — ob sie auch am Sonntag nur kalt essen. Es sind diese Dinge alle zweischneidig, und jeder muß sehen, wie er sich abfindet. Der Staat, der Eisenbahnbetrieb 2c. duldet am Sonntag, kann

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte V, 254.

natürlich nicht eingreifen." Andere Zuschriften machten andere Schwierigkeiten geltend. Doch fielen Kleists Anregungen vielfach auf guten Boden, so bei dem Minister Grafen Itzenplitz, der bei dieser Gelegenheit auch eine Reform der Tagelöhnerwohnungen als erstrebenswert bezeichnete. Uneingeschränkten Beifall fanden Kleists Worte bei Below-Hohendorf. Der warb im Johanniterorden für diese Sache. „Es muß," schrieb er an Kleist darüber, „in dem Moment meiner Rede eine besonders günstige Konstellation der Gedanken und Gefühle in der Versammlung obgewaltet haben, denn die öffentliche Zustimmung war eine ungeteilte." So lockerte Kleist den Boden für diese Ideen. Es sollte die Zeit kommen, da auch der Staat herangezogen wurde, und der wackere Vorkämpfer in dieser Frage der Menschlichkeit sollte die Zeit selbst noch erleben.

In diese Jahre fallen auch zwei schriftstellerische Versuche Kleists, die nicht in engerer Beziehung zur Tagespolitik standen. Auch sie spielen in das rednerische Gebiet hinüber. Es sind zwei Vorträge, der eine über „Pastorat und Patronat", im Jahre 1863 auf der Berliner Pastoralkonferenz, der andere über „Adel und Kirche" auf Anregung Ludwig Wieses zu Anfang des Jahres 1866 im „evangelischen Verein" gehalten. Sie zeigen so recht, daß Kleist zum eigentlichen Schriftsteller nicht geboren war. Nur wenn es auf den Willen zu wirken und eine praktische Frage auseinanderzusetzen galt, flossen ihm die Worte zu. Bei diesen halb geschichtsphilosophischen, halb mystischen Arbeiten läßt er kalt, weil sie eine dem Leben abgewandte Gedankenwelt spiegeln. Selbst bei den nächsten Freunden Kleists fanden sie kein rechtes Verständnis. Der Vortrag über „Pastorat und Patronat" ist in der Hengstenbergschen Kirchenzeitung abgedruckt [1]) und auch bei Gustav Schlawitz in Berlin (gedruckt bei Trowitzsch & Sohn daselbst) gesondert erschienen. Er behandelt vornehmlich die Stellung des Patrons zum Pastor und weist dem Patron große Pflichten zu. Es waren Ideen, die Kleist seit alters beschäftigten und die zeigen, wie tief er seine eigene Aufgabe als Patron auffaßte. Er faßte die Pflichten zusammen in die Worte praeire und

[1]) Evang. Kirchenzeitung 1863, Sp. 617—632, 641—647.

juvare, juvare zunächſt den Paſtor, dann die Gemeinde. Schon früher hatte er ſich mit Ludwig Gerlach über die Auffaſſung der Stellung des Patrons nicht recht verſtändigt. „Der Patron verhält ſich nicht zum Paſtor und Kirchenvorſtand, wie der Gerichtsherr zum Juſtitiar, Schulzen und Schöppen,“ hatte ihm der in dieſer Beziehung hiſtoriſcher und juriſtiſcher denkende Präſident im Jahre 1856 geſchrieben. „Er iſt keine kirchliche Obrigkeit und überhaupt kein weſentliches Glied der Kirchenverfaſſung, ſondern eine Perſon, die aus gewiſſen Verhältniſſen gewiſſe eng begrenzte Rechte hat. Wie könnte ſonſt ein römiſcher Katholik Patron evangeliſcher Kirchen ſein und umgekehrt?“. Als Kleiſt nun ſeinen Vortrag an Ernſt Ranke überſandte, mußte er auch von dieſem eine Ablehnung ſeines durchaus myſtiſch anmutenden Standpunktes hören. Fein ſprach der milde Freund in Marburg von „der Arbeit des Herzens“, die der Vortrag darſtelle, und fuhr dann fort: „Der Verſuch einer bibliſchen Begründung des Patronats ſcheint mir mißlich. Ich betrachte dasſelbe als eine rein hiſtoriſche Erſcheinung.“ Ähnlich erging es Kleiſt mit ſeinem Vortrage über „Adel und Kirche“. Die Vorbereitung dazu beſchäftigte ihn monatelang, ein Beweis, wie wenig ihm dergleichen lag. In ſeinem Nachlaß finden ſich eine ganze Reihe von Konzepten zu dem Vortrage. Er ſchrieb den Freunden, ſo Schede und Ludwig Gerlach darüber. Gerlach beriet ihn: „Adel — Kirche — Duell — mein nächſter Rat iſt, daß Sie nicht auf ein ſo weites Meer ſich einſchiffen, ſondern Ihr Thema viel enger und konkreter abgrenzen.“ Mehrere Wochen darauf entſchloß ſich Kleiſt, „die ſo leicht mißverſtändliche Duellfrage am Ende doch fortzulaſſen“. Der Vortrag wurde dann vor einer großen Zuhörerſchaft, auch jüngeren Damen, die von dem berühmten Namen des Redners angezogen waren, gehalten und erſchien in Berlin bei W. Hertz im Druck. Es war wieder ein idealiſtiſches Bild, das er darin zeichnete; die Pflichten des Adels wurden darin ſkizziert. Schwerlich hat der Vortrag ſehr gewirkt. So tief innerlich Kleiſt die Pflichten des Adels auffaßte, ſo wahrhaft ernſt er den Gedanken des Noblesse oblige erörterte und mit dem von Gott anvertrauten Pfunde zu wuchern ermahnte, der dem Leben abgewandte myſtiſche Ton ſchreckt doch ab. Nur als er das ſtärkſte Erlebnis, das er ge-

habt hatte, das Jahr 1848, berührte, wurde er lebendiger. Eine seiner Grundanschauungen sprach er aus, wenn er sagte: „Konservative Gesinnung ist nicht sowohl ein Beruf als eine Gabe des Adels; wo er sie nicht hat, verletzt er nicht sowohl eine Pflicht, als er vielmehr entartet ist. Auch darin hat er die tiefgehendste Übereinstimmung mit der Kirche." Wieder wandte sein treuer Ranke ein, daß er den Adel zu wenig nach seiner geschichtlichen Stellung gewürdigt habe. Der Marburger Theologe fand dabei das gute Wort: „Die Adelsgeschlechter kommen mir unter den übrigen Menschen vor wie die Eichen unter den Bäumen. Nicht aber dadurch ist die Eiche etwas wert, daß sie überhaupt Eiche, sondern dadurch, daß sie eine gut gewachsene Eiche ist; verkrüppelte haben keinen, oder nur den Wert, daß bessere aus ihnen hervorgehen können." Auch bei Ludwig Gerlach, den das Thema so interessiert hatte, fand die Behandlung nur wenig Anklang. Erst äußerte er sich kaum oder abfällig darüber. Kleist scheint ihn dann zu einer Äußerung gedrängt zu haben, und da zog der Präsident sich mit einigen liebenswürdigen Worten aus einer gewissen Zwangslage: „Ihr Vortrag machte einen ganz neuen Eindruck auf mich. An jenem Abend im Gasthofe bin ich wohl etwas abgetragen und zerstreut gewesen."

Ein andermal wurde Kleist von seinem Freunde Wangemann zu einer Besprechung des von diesem verfaßten Buches „Geistliches Regen und Ringen am Ostseestrande" aufgefordert. Das Thema berührte innere Erlebnisse Kleists und hätte ihn reizen können. Er gewann es jedoch nicht über sich, der Bitte des wackeren Mannes nachzukommen, obwohl er monatelang damit umging. Auch das beweist, wie wenig schriftstellerischen Trieb Kleist hatte, wenn es sich nicht um aktuelle Dinge handelte. Etwas anderes war es, als er in späterer Zeit, bei der Lutherfeier im September 1883 zu Wittenberg einen Vortrag hielt: „Luthers Stellung zu den natürlichen und staatlichen Ordnungen, Luther als deutscher Mann", der ebenfalls im Druck erschien. Freilich war die Wirkung auch nicht die, die der Redner gewünscht hatte; so schwieg die Kreuzzeitung sich darüber aus oder brachte doch einen ungenügenden Bericht. Aber innerlich fühlte sich Kleist damals befriedigter, wohl weil

die Rede mehr im Zusammenhang mit den Zeitströmungen stand [1]).

Als sich die Lösung der Schleswig-Holsteinschen Frage vorbereitete, stand Kleist ganz auf seiten seines staatsmännischen Freundes, schon weil sie unter dem Zeichen des Einverständnisses zwischen Preußen und Österreich, das ihm besonders am Herzen lag, begann. Es gewährte ihm Genugtuung, die dem Augustenburger feindliche Politik Bismarcks, welche dessen Gegner zu benutzen suchten, um ihn zu stürzen, durch wertvolles Material stützen zu können. Er erhielt nämlich durch Hengstenberg mehrere Schreiben eines angesehenen holsteinischen Geistlichen namens Biernatzki zugestellt, der sich in der unzweideutigsten Weise gegen die Augustenburger aussprach. In den Briefen kam unter anderem die Stelle vor: „Gott schütze uns vor Augustenburg und unseren demokratischen Freunden in Deutschland." Hengstenberg ermächtigte Kleist, von diesen Schreiben ohne Nennung des Namens Gebrauch zu machen, und dieser gab sie sofort an Bismarck, damit er sie dem Könige vorlegen könnte. Am 21. Dezember 1863 verlas er selbst einige Stellen eines Briefes im Herrenhause. Dies veranlaßte einen Zwischenfall in Altona, der ihn sehr schmerzte. Die aufgeregte Bevölkerung hielt nämlich den dortigen Propst Nievert für den Verfasser jener Briefe und trieb ihn unter Anwendung von Gewalt vom Amte. Der tapfere Mann beharrte jedoch unter Lebensgefahr auf seinem Posten, bis die Bundeskommissare ihn ersuchten, sich in Sicherheit zu bringen. In ihrer Angst wandte sich Nieverts Frau nun an Kleist und bat ihn, die Angelegenheit richtig zu stellen. Kleist tat das sofort, indem er vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte, daß Nievert nicht der Verfasser jenes Briefes sei. Zugleich stellte er Bismarck den Fall mit aller Dringlichkeit vor. „Es ist Deine Pflicht, den Propst Nievert zu schützen und von den Bundeskommissaren zu erzwingen, daß sie ihn wieder zum Amte zulassen." Doch geschah für den Bedauernswerten anscheinend nichts. Als er nach mehreren Jahren starb, nahm sich der General Edwin v. Manteuffel der Hinterbliebenen an und suchte durch Kleist auf Bismarck in deren Interesse zu wirken.

[1]) Der Wortlaut der Rede hat mir nicht vorgelegen.

Den Beginn des Krieges erlebte Kleist in ländlicher Abgeschiedenheit „in den Banden tiefen Schnees und eisiger Kälte". Daß es los ging, ersah er zuerst aus der Anfrage jüdischer Kornhändler nach Roggen. Bewegten Herzens schrieb er da an Schede: „Es ist eine ungeheure, damit aber auch über alle Maßen köstliche Aufgabe, welche Bismarck zugefallen ist. Die allergrößten Schwierigkeiten im Innern, nach oben, in seinem Gewissen, im ganzen Lande und dessen Vertretung." Der weitere Gang der Bismarckschen Politik in der Frage der Elbherzogtümer verursachte ihm jedoch Zweifel. Verschiedene Einflüsse wirkten dabei auf ihn ein. Auf der einen Seite zerrte Ludwig Gerlach an ihm, der sich jetzt Bismarck in den Weg zu werfen begann, auf der anderen Seite stand Schede, der mit überzeugenden Gründen Bismarcks Politik verteidigte. Auch der alte Freund Alexander Andrae, der in jener Zeit viel um Bismarck war, jetzt auf Roman im Kreise Kolberg-Körlin angesessen, konnte nicht anders, als Bismarck recht geben und sich, so schwer es ihm wurde, gegen den „alten Felsen", den Präsidenten v. Gerlach, „diesen köstlichen Menschen", wenden, und schrieb in diesem Sinne nach Kieckow. Schließlich blieb Kleist in der Gefolgschaft des Ministerpräsidenten und rückte von Gerlach ab.

Schede, der seit einiger Zeit von Koblenz wieder an das Handelsministerium versetzt worden war und dort nun dauernd beschäftigt blieb, gelangte schon im März zu rein Bismarckschen Ansichten. Am 4. April schrieb er an Kleist: „Ich bin sehr entschieden der Meinung, daß jedenfalls ein deutsches Regiment in den Herzogtümern aufzurichten, daß Preußen die Pflicht des Schutzes dieser Nordmarken der Natur der Sache nach trägt, und daß es daher danach streben muß, eine dieser Pflicht entsprechende schützende Stellung auch förmlich eingeräumt zu erhalten. Daß sich daraus über lang oder kurz die wirkliche Herrschaft Preußens herausstellen wird, scheint mir durch die Lage der Dinge indiziert zu sein. Weise wäre es daher, wenn man Preußen diese Herrschaft gleich übertrüge, was durch ein Arrangement mit Österreich sich doch vielleicht erreichen ließe." Als im Mai die einflußreichste Persönlichkeit im Herrenhause neben Kleist, der ehemalige Märzminister und Gefährte aus

dem Junkerparlament Graf Arnim-Boitzenburg, mit einer von vielen hochſtehenden und bekannten Männern unterzeichneten Adreſſe hervortrat, in der die Trennung Schleswig-Holſteins von Dänemark und Vereinigung der Herzogtümer zu einem Ganzen unter einem eigenen, von einem größeren deutſchen Staate protegierten Landesherrn oder als Teil eines mächtigen deutſchen Staates gefordert wurde, da trat Gerlach leidenſchaftlich gegen Arnim auf. Aber auch Kleiſt und Below äußerten Bedenken gegen dieſen Schritt, vor allem, weil ſie eine Sprengung des Einverſtändniſſes mit Öſterreich darin erblickten. Bismarck erwiderte Kleiſt auf ſeine Vorſtellungen, es läge ihm gänzlich fern, dieſe Eintracht mit Öſterreich wegen irgend einer Modalität des Erfolges zu opfern, wenn nur der Erfolg überhaupt einer wäre, der ſich ſehen laſſen könne. „Das aber halte ich unerläßlich;“ er wäre darüber auch mit dem König einig. Er ſetzte hinzu: „Wenn Du ſelbſt die Adreſſe nicht zeichneſt, ſo iſt mir das inſoweit lieber, als jedermann unſere nahen und politiſchen Beziehungen kennt und der ganze Vorteil der Sache verloren geht, wenn ſie als Regierungsprodukt auftritt.“ Zugleich gab er ihm Einblick in ein Schreiben an Below über dieſelbe Sache, in dem er von der Adreſſe ſagte, ſie griffe mit nützlichem Drucke in die diplomatiſche Lage ein. „Ich kann mich darin allerdings täuſchen, denn je länger ich in der Politik arbeite, deſto geringer wird mein Glaube an menſchliches Rechnen.“ Er ſchloß ſeine Darlegungen mit den Worten, die den Freunden eine Beruhigung über die Gewiſſensſtellung und die Ziele des leitenden Staatsmanns ſein durften: „Sie erſehen daraus, wie ich nach Menſchenwitz die Sache auffaſſe; im übrigen ſteigert ſich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beiſtand zu dem Vertrauen, daß der Herr auch unſere Irrtümer zu unſerem Beſten zu wenden weiß; das erfahre ich täglich zu heilſamer Demütigung. Zur Beleuchtung der Situation bemerke ich noch ſchließlich, daß mir die preußiſche Annexion nicht der oberſte und notwendige Zweck iſt, wohl aber das angenehmſte Reſultat, falls es ſich aus den Umſtänden ergäbe, *ohne* daß wir darüber mit Öſterreich auseinander kommen“ [1]). Trotzdem konnte ſich Kleiſt

[1]) Dieſer Brief Bismarcks iſt großenteils bereits abgedruckt in den

nicht entschließen, die Arnimsche Adresse gutzuheißen. Auch Schede trat ihr nicht ganz bei. Indes schloß er sich in der Diskussion, die Arnim mit Gerlach darüber hatte, schließlich doch dem Boitzenburger an. Kleist befürchtete als Folge der Adresse eine Teilung nach Nationalitäten. „Das wäre nach meiner Meinung eines der unglücklichsten Resultate," schrieb er an Schede. Dann glaubte er, ebenfalls unter dem verhängnisvollen Einflusse Gerlachs, eine übermütige Stimmung bei Bismarck, den Truppen und Preußen überhaupt infolge der Errungenschaften zu bemerken. Schon als er vom Kultusministerium aus, in dem jetzt der ihm näher stehende Mühler gebot, das Einbringen der Düppeler Kanonen mit ansah, wollte er dergleichen wahrnehmen. „So köstlich dieser Sieg und seine Folgen nach vielen Seiten sind," schrieb er an seinen „treuen Moritz" in Zimmerhausen, „für Preußen selbst erschweren sie in mancher Beziehung Bismarcks Stellung in der Konferenz." (Gerade umgekehrt verhielt es sich.) „Die Preußen sehen nur Düppel und meinen Herren der Welt zu sein und alles nur so anordnen zu können. Es wird schwer sein, sie zu befriedigen." Bei Unterzeichnung des Vorfriedens war er dankbar bewegt, meinte aber: „Freilich soll uns das alle zur tiefsten Demut treiben. Gott verleihe sie Bismarck umsomehr, je unzweifelhafter wir von Menschen das Resultat zunächst ihm verdanken." Als er dann eine Weile in Pommern mit Gerlach zusammen war, hörte er diesen griesgrämig unausgesetzt über „die Gesinnung voller Überhebung und Ruhmredigkeit, statt Demut, Gerechtigkeit, Liebe, — über die Lust zu annektieren" klagen. Gerlach war offenbar hauptsächlich zu dem Zweck nach Pommern gekommen, um Kleist und durch diesen Bismarck zu beeinflussen. Der alte Präsident verteidigte sogar zum Staunen aller seiner Freunde und auch des Sohnes des Generals Leopold energisch die schamlose Politik Englands.

---

von H. Kohl herausgegebenen Bismarckbriefen und wird häufig zitiert. Sinnwidrig wird angegeben, daß er an Graf Arnim-Boitzenburg gerichtet gewesen sei. Aus dem Begleitschreiben an Kleist ergibt sich, daß er für Below-Hohendorf bestimmt war. Zum Grafen Arnim hatte Bismarck auch kein näheres Verhältnis. Der wichtige Schlußpassus „falls es sich ꝛc." fehlt auffälligerweise bei Kohl.

Als Schede das Referat seines Freundes über die Gerlachschen Ergüsse erhielt, wurde es ihm doch etwas zu bunt. Das Preußentum regte sich in ihm, und er wies derartige trübselige Betrachtungen entschieden zurück: „Was die Bemerkungen über unsere Situation und das Verhalten gegen Dänemark betrifft, so halte ich dieselben für ungerecht und unrichtig. Die Haltung der Armee ist durchaus keine übermütige gewesen und ebensowenig der Siegesjubel daheim. Daß wir auf solider Friedensbasis bestehen und auf einer unserer nordischen Wächteraufgabe entsprechenden Machtstellung von Ost- und Nordsee, ist ein so einfaches Gebot der eigenen wie der deutschen Schutzpflicht, daß ich darin nichts Böses sehen kann. Bis Kopenhagen dehnt sich diese Pflicht nicht aus, und uns verantwortlich zu machen für die dortige Wirtschaft, ist, wie ich glaube, durchaus zu weit gegriffen." Aber Kleist blieb sorgenvoll. Im Januar 1865 meinte er, das in jedem Preußen steckende Annektierungsgelüst sei schon zu allgemein und nackt hervorgetreten. Die Umtriebe der Augustenburgischen Partei brachten ihn indes wieder dem Bismarckschen Standpunkt näher. Als Schede ihm zum Beweise der großen Volkstümlichkeit der Schleswigschen Politik Bismarcks zu Weihnachten 1865 vom Berliner Weihnachtsmarkt eine am Gummiband tanzende Puppe schickte, die mit dem Rufe feilgeboten wurde: „Wie Bismarck mit dem Augustenburger umspringt," da freute er sich doch herzlich. Daß Preußen auf jeden Fall eine starke Stellung in den Elbherzogtümern schon um Deutschlands willen erhalten müsse, erkannte er frühzeitig und hielt daran wenigstens fest.

Fast mehr wie Kleist, der durch seine wirtschaftlichen Verhältnisse in Kieckow gefesselt wurde, freute sich Gerlach, als Bismarck im März 1866 dem Wunsche Ausdruck gab, Kleist in seiner Nähe zu haben. Der leitende Staatsmann meinte, daß das Vaterland Kleists bedürfe, und rechnete dem Präsidenten Gerlach vor, daß ein Leben in Berlin für Kleist ganz gut möglich wäre und daß es besser sei, wenn dessen Söhne, anstatt unter die Obhut von Hauslehrern, in Berlin aufs Gymnasium kämen. Gerlach hatte durchaus den Eindruck, daß Kleists Anwesenheit dem Ministerpräsidenten ein Bedürfnis sei, und schrieb deswegen nach Kieckow: „Es freute mich dies zunächst seinet-

halben, da ich, wie Sie wissen, noch immer bei ihm das Bedürfnis nach Menschen schmerzlich vermisse. Ich kann nur sagen, daß ich solchem Rufe Bismarcks schwer oder gar nicht würde widerstehen können. Ihr Beruf würde wesentlich sein, Bismarcks Gewissen zu läutern, zu kräftigen, — nach Umständen selbst sein Gewissen zu *sein*." Doch Kleist glaubte Kieckow nicht verlassen zu können. Er schrieb selbst an Bismarck deswegen: „Mein Einkommen reicht für Berlin noch nicht aus." So blieb er dem Freunde in der großen deutschen Krisis fern.

Sein Standpunkt in der österreichischen Frage war unverändert derselbe geblieben, wie in der Zeit, in der er mit Bismarck zusammen in der Zweiten Kammer saß. Er beruhte freilich nicht lediglich auf Liebe zu Österreich und Ergebenheitsgefühl gegen den alten Kaiserstaat. Daß Kleist unter Umständen auch willens war, dem Griff zum Schwerte zur Abwehr österreichischer Übergriffe das Wort zu reden, hatte seine Haltung in den Tagen von Olmütz gezeigt. Gelegentlich hatte er lediglich aus guten realpolitischen Erwägungen heraus ein gutes Verhältnis zu Österreich für wünschenswert gehalten. Am 17. April 1850 führte er im Erfurter Staatenhause aus: „Österreichs deutsche Elemente müssen seinen nicht-deutschen unterliegen, es muß ein slawisches Reich aus Österreich werden, statt eines deutschen, wenn es von dem übrigen Deutschland getrennt wird; und wenn gesagt ist, die kräftige Entwicklung dieses übrigen Deutschlands und seine Allianz mit Österreich werde dies verhindern, so ist dies völlig irrig." Als dann Bismarck als Bundestagsgesandter schwenkte und zu der Ansicht gelangte, daß Preußen dereinst gegen Österreich fechten müsse, war Kleist tief erschrocken. Es machte einen unauslöschlichen Eindruck auf ihn, als Bismarck eines Tages im Kreise der engsten Vertrauten in der Wohnung Below-Hohendorfs zu Berlin die voraussichtliche Notwendigkeit des Bruches mit Österreich darlegte. Auch die übrigen Freunde, nicht nur die Gerlach, sondern auch Below, wohl auch Eberhard Stolberg und andere leitende Männer der konservativen Partei widersprachen dem Gedanken heftig. Es trat geradezu eine Verstimmung zwischen ihnen und Bismarck ein. Beim Lesen

des ersten Bandes von „Pertz, Leben des Freiherrn vom Stein", im Jahre 1857, bestärkte Kleist sich in seiner Auffassung des Verhältnisses zu Österreich. „Es ist recht dazu gemacht, die Augen zu öffnen über die Notwendigkeit des Zusammenhaltens mit Österreich, wenn dies auch noch so schändliche Gedanken gegen uns gehabt," schrieb er darüber an Schede. „Und haben wir durch Frankfurt-Erfurt ihm nicht Anlaß gegeben!" Nun rückte diese von Bismarck vorausgesagte Abrechnung mit Österreich heran. Mit Bangen gewahrte es Kleist bei Entwicklung der Elbherzogtümerfrage. Er atmete jedesmal hoch auf, wenn es Bismarck gelang, die kriegerische Entscheidung zu vertagen. Zu den Ergebnissen der Londoner Konferenz im Sommer 1864 beglückwünschte er Bismarck und urteilte, daß er sie der Mäßigung der preußischen Politik zu verdanken habe. Schon am 11. Juli meinte er, Dänemark müsse die Herzogtümer den kriegführenden Mächten zur Verfügung stellen. „Doch, Du wirst Dir das alles schon selbst gesagt haben." Als nun dieser Gemeinbesitz verwirklicht war und es sich um die Auseinandersetzung zwischen den Großmächten handelte, entwickelte er dem Ministerpräsidenten (am 30. Mai 1865): „Österreich ist im rechtlichen Mitbesitz; wollen wir die Herzogtümer haben, müssen wir etwas bieten. Es kann seinem eigenen Lande gegenüber es nicht anders verantworten. Die etwaige Berechnung: Krieg kann es jetzt doch nicht anfangen, würde uns seinerzeit einmal eingetränkt werden und die Schuld der Sprengung des Bündnisses auch materiell auf uns werfen. Solche Kompensation ist die Garantie von Venetien." Hocherfreut war er über das Gasteiner Abkommen. „Du hast ja in allen Hauptsachen unsere Positionen erreicht," schrieb er darüber am 21. Oktober 1865 an Bismarck. „Gerade, daß es in Formen geschehen ist, welche Österreich nicht brüskierten, ist das ganz besonders Anerkennenswerte daran. Vielleicht erinnerst Du Dich noch, daß Du im Frühjahr mir aussprachst, wie Dir daran liege, dies Verhältnis zu bewahren, wie es ein Gegenstand Deines inbrünstigen Gebets sei, wie Du aber nach der Verstocktheit auf der anderen Seite daran verzweifeltest und einen Krieg mit Gewißheit voraus sähest." Hier wurde der Briefempfänger wieder ungeduldig. „O Hans!" notierte

er kopfschüttelnd am Rande. Liebe und Langeweile stritten sich in ihm miteinander bei der Aufnahme solcher Ergüsse. Der Briefschreiber aber fuhr fort, ohne zu ahnen, daß er durch diese Ermahnungen die Ruhe des Freundes auf eine harte Probe stellte: „Wie wert muß Dir ein solcher Erfolg, die Erkenntnis solcher reicher Dir von Gott auf Dein Gebet zu teil gewordenen Gnade sein," und so ging es noch eine lange Weile fort. Wunderbar, daß Bismarck trotz dieser lästigen Empfindungen, die ihm das Wesen seines Freundes oftmals bereiten mußte, doch noch das Bedürfnis empfand, gerade mit ihm seine Gedanken auszutauschen. Danach läßt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, daß der fromme Katechet ihm immer noch etwas war. Nach den 1871 aufgezeichneten Erinnerungen Kleists hat Bismarck im Frühjahr 1866, als Kleist als letzter an einem Abend von ihm schied, diesem in der Tür ähnliche Eröffnungen gemacht, wie die, welche Kleist in jenem Schreiben aus dem Oktober 1865 berührte: der Krieg mit Österreich sei unvermeidlich geworden; und als Kleist ihn auf Gastein verwies, ein ähnliches Werk müsse ihm doch wieder möglich sein, hat der Ministerpräsident ihm, nach jenem Bericht, erwidert, er habe Gott auf den Knien angerufen, es abzuwenden, aber er wisse keinen Rat. Kleist hat sich später selbst angesichts der vielen Erlebnisse mit Bismarck die Frage vorgelegt, ob sich Heuchelei in diese Erklärungen gemischt habe, solche Gedanken aber auch in der Stunde schwerster Verfeindung mit Bismarck platt zu Boden fallen lassen, weil sie mit Bismarcks Wesen gänzlich unvereinbar sei. Jenes Gespräch kann am 18. März 1866 stattgefunden haben, an dem Kleist nach dem Tagebuch Ludwig Gerlachs bei Bismarck war, unmittelbar vor seiner Abreise nach Kieckow. Fünf Tage darauf ließ Bismarck durch Gerlach jene Bitte an den Freund gelangen, wieder nach Berlin zu kommen, die Kleist nicht erfüllen zu können glaubte.

Die Weltgeschichte ging nun ihren Gang. Dräuend zogen sich die Kriegswolken zusammen, und voll atemloser Spannung folgten die Freunde des leitenden Staatsmanns der Entwicklung. Die Bismarckschen Ideen übten ihre siegende Gewalt auf alle Elemente, die der Belehrung zugänglich und nicht von Feindschaft betört oder vom Doktrinarismus geblendet

waren. Zu denen, die dem führenden Staatsmann zujauchzten, gehörte auch der alte Thadden-Trieglaff. Der rief damals: „Vivat die Bismarcksche Energie!!!“[1]). Mit leidenschaftlichem Ingrimm beobachtete der Präsident Ludwig v. Gerlach diese Fortschritte des realpolitischen Denkens. Zuletzt konnte er sich nicht mehr halten, und am 8. Mai entlud er seinen Zorn in einem flammenden Artikel der Kreuzzeitung: „Krieg und Bundesreform,“ und warf damit den Feuerbrand der Zwietracht in das Lager der Konservativen[2]). „Hüten wir uns vor der scheußlichen Irrlehre, als umfaßten Gottes heilige Gebote nicht *auch* die Gebiete der Politik. Justitia fundamentum regnorum. Niemals hat König Wilhelm in seinem langen Leben den Charakter eines friedliebenden Herrschers verleugnet. Er kann seines ehrwürdigen Herrn Vaters letzten Willen nicht vergessen, der Frieden und Einigkeit mit Österreich empfiehlt als eine Grundmaxime für die Regierung Preußens. Es ist wohl nicht nötig, erst noch daran zu erinnern, daß von dem Könige von Preußen die Rede ist und nicht von dem Grafen Bismarck, welcher nur das Organ des Königs ist. Dem berechtigten preußischen Berufe der Machtentfaltung in Deutschland steht der ebenso berechtigte österreichische Beruf der Machterhaltung in Deutschland gegenüber. Dieser Dualismus ist der lebendige Grundcharakter, die reale Basis der Verfassung von Deutschland. Deutschland ist nicht mehr Deutschland, wenn Preußen fehlt oder wenn Österreich fehlt. Morituri te salutant, so sollen Gladiatoren den Kaiser Claudius angeredet haben, als sie zu seiner Belustigung einander zerfleischen sollten. Ein Berliner Blatt bildet zwei solcher Gladiatoren (Preußen und Österreich) ab, wie sie mit diesen Worten vor dem Thron des freundlich lächelnden Imperators in Paris sich verneigen. Mitten unter dem Waffengeklirr der Rüstungen bringt Preußen am Bunde ein Parlament aus dem allgemeinen Stimmrecht in Antrag. Das allgemeine Stimmrecht ist der politische Bankerutt, — statt lebendiger Rechtsverhältnisse und

[1]) Akten des lutherischen Vereins in Pommern. Thadden an Meinhold, 28. März 1866.

[2]) Der Artikel ist auch abgedruckt im 4. Bande des Bismarckjahrbuches.

politischer Gedanken, statt konkreter Persönlichkeiten nur Ziffern und Additionsexempel. . . . Der Stadtgerichtsrat Twesten sagt am 19. April ds. Js.: ‚Wenn noch einige von der alten Garde sich finden und vor illegitimen Gelüsten nach fremdem Eigentum warnen und Preußen im alten Geleise mit Österreich zu halten suchen, wie der alte Rundschauer der Kreuzzeitung, so bringe man sie zum Schweigen.‘ Daß Herr Twesten hierin irrt, beweist dieser Aufsatz.“

So hallten die Worte des 71jährigen Rundschauers durch das konservative Lager, ja durch ganz Deutschland, und fanden auch wohl zu den Höfen von Berlin und Wien Zugang. Hier und da mochte die Diktion vielleicht etwas greisenhaft und wortreich sein. Aber die langatmige Auseinandersetzung enthielt doch so manchen scharf geschliffenen Gedanken, so manchen spitzen Pfeil. Kein Zweifel: der Artikel bedeutete ewigen Bruch des einstigen Beraters Bismarcks mit diesem. Er bedeutete die Sprengung der konservativen Partei. Der furchtbarste aller Doktrinäre, die diese hervorgebracht hat, dessen Einfluß die Partei zu dauernder Unfruchtbarkeit zu verurteilen schien, hatte dem Fluche der Unfruchtbarkeit durch diesen Schlachtruf noch das Odium des Zerstörers hinzugefügt. Man hat wohl von dem Edelrost ideologischer Entwicklung gesprochen, der sich bei den Bestrebungen der politischen Parteien angesetzt habe[1]). Bei der konservativen Partei begann er jetzt eine zerfressende Wirkung auszuüben.

Zuerst ergriff in Kleists Freundeskreise das Wort zu dem Artikel Schede. War er in der Frage der Herzogtümer seinen gesunden preußischen Empfindungen gefolgt, so machte sich jetzt wieder bei ihm der verhängnisvolle Einfluß der Gerlachschen Doktrin geltend. „Heute kann ich statt aller Fortsetzung meiner Epistel auf den Gerlachschen Artikel verweisen, der mir recht aus der Seele geschrieben ist,“ äußerte er sich noch selbigen Tages in einem Briefe an Kleist. „Nur die Frankfurter Parlamentsgeschichte würde ich noch schärfer angegriffen haben,“ meinte der Geheimrat. Anders klang es Kleist aus einem Schreiben Andrae-Romans entgegen, der wieder trotz seiner

[1]) Karl Lamprecht, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit Bd. II, S. 201.

außerordentlichen Verehrung für den Präsidenten v. Gerlach, seinen preußischen Empfindungen nachgebend, sich mehr auf Bismarcks Seite stellte. Noch entschiedener tat das Moritz Blanckenburg, von Wagener zu geschweigen, der in der Kreuzzeitung gegen Gerlach schrieb. Zornig konstatierte Schede von Blanckenburg, daß für diesen jetzt Viktor Emanuel und Napoleon legitime Herrscher wären.

Mit zerrissenem Herzen stand Kleist dabei. Die Bekenntnisse Bismarcks über seine Gewissenskämpfe in den letzten Monaten hatten ihn seinem Herzen in letzter Zeit offenbar wieder näher gebracht. Er wußte nicht recht, wohin er sich wenden sollte. Das Attentat des Stiefsohns von Blind auf seinen Freund, das mit dem Artikel Gerlachs zusammentraf, erschütterte ihn und erhob ihn zugleich. Bismarcks Errettung war ihm doch ein Fingerzeig dafür, daß dieser auf dem rechten Wege war. „Unter dem Lobe Gottes sollten uns doch alle anderen Gedanken, alle Sorgen schwinden. Bei dem Wunder der Errettung Bismarcks sollte die Verherrlichung unseres Gottes jedem anderen Gedanken vorangehen." So schrieb er begütigend an Schede. Doch glaubte er diesem versichern zu können, daß auch er sich über Gerlachs Aufsatz gefreut habe. „Es war in der Tat eine lose Art der Behandlung dieser hochwichtigsten prinzipiellen Dinge eingerissen. Der Krieg mit Österreich ist ein furchtbares Nationalunglück, was soll ich es näher beschreiben. In einem Hauptpunkte kann ich aber doch nicht mit Gerlach und Dir übereinstimmen und habe das Gerlach auch gleich geschrieben. Es ist doch ganz unbestreitbar, daß Österreich gerüstet hat gegen uns, wie wir nicht daran dachten. Mußten wir warten in Schleswig-Holstein, bis die Frucht reif, so dürfen wir das gegen das Recht, gegen Preußens Sicherheit unter keinen Umständen und den Krieg selbst deshalb nicht fliehen. Die italienischen Verhältnisse waren doch nicht über Nacht gekommen. Noch mehr, so greulich mir die Unterstützung von Italien ist, bei solchem bevorstehenden Kriege solche Hilfe *zurückweisen*, ist nicht geboten." Er bestritt dem Freunde das Recht, über Bismarck abzuurteilen. Das führe „in das Heiligtum des Gewissens vor Gott". „Bismarck hat mir früher gesagt, daß er mit Gott im Gebete gerungen habe, den Krieg

abzuwenden. Keinesfalls wird dabei die Wagschale zu Gunsten Österreichs sinken."

Die schwersten Bedenken verursachte auch ihm das deutsche Parlament aus Kopfzahlwahlen. Aber auch hierin mahnte er zur Vorsicht im Urteil über Bismarck. „So viel Rücksicht verlangt die Schwierigkeit der Stellung der Regierung, daß man mit seinem Urteil vorsichtig und zurückhaltend ist, wenn man das Getriebe der diplomatischen Verhandlungen und die Gesamtlage der Verhältnisse nicht kennt." Und dann brach sein ganzes preußisches Patriotenherz durch: „Ist der Krieg erklärt, dann heißt es ‚mit Gott für König und Vaterland!' und bei aller Wehmut wegen der möglichen Gefahren muß es doch erhebend sein, die Seinigen dafür streiten zu sehen. Von einer meiner Schwägerinnen ziehen so vier Söhne hin. 1813 gingen zwei meiner Brüder mit."

So wies er die Doktrinäre in die Schranken, so schwer es ihm innerlich wurde, da er doch auch so stark in die Bande des Doktrinarismus geschlagen war. Auf der anderen Seite ließ er es sich angelegen sein, die „Hochflieger", wie er sie nannte, die mit Bismarck durch dick und dünn gingen, zurechtzuweisen. Dazu gehörte diesmal neben Andrae-Roman auch der bisherige Belgarder Landrat, sein Vetter Freiherr v. d. Reck. Der hatte ihm in einem Schreiben auseinanderzusetzen gesucht, daß es für Preußen notwendig sei, die Hegemonie in Deutschland zu erstreben. Dagegen hielt er doch einige einschränkende Ausführungen für geboten. Am 18. Mai meinte er gegen Reck: Wenn für Preußen das Streben nach der Vorherrschaft in Deutschland der Ausgangspunkt des Krieges wäre, dann wäre Österreich und nicht Preußen im Recht. „Wir wollen uns nur verteidigen und geben damit bedeutende Vorteile der schnelleren Mobilmachung und des früheren Einrückens in Sachsen und Böhmen preis. Das deutsche Parlament war ein Mittel, die Ziele des drohenden Krieges zu vertiefen, vielleicht dadurch den Krieg noch abzuwenden. Freilich ist von Bismarck zu erwarten, daß er dem Parlament keine überwuchernde Macht einräumen will."

Reck, ein Mann der jüngeren Generation, verteidigte aber seine Ansicht vortrefflich. Es zeigte sich, daß er, ferner ab-

ſtehend und im einzelnen in die Ideen Bismarcks nicht ſo eingeweiht, doch klarer den großen Kampf würdigte. Er fragte Kleiſt in ſeiner Antwort vom 23. Mai: „Woher die plötzliche Wut Öſterreichs, weil wir ein Land, das Öſterreich nicht brauchen kann, nicht anders an einen Dritten herausgeben wollen, als bis deſſen beſſeres Recht feſtgeſtellt iſt, und, weil eben niemand da iſt, der ein nur ebenſo gutes Recht als wir darauf hat, es behalten und Öſterreich entſchädigen wollen? Woher dieſe Aufhetzung aller böſen Dämonen des Panſlawismus, Katholizismus, der Raub- und Mordluſt gegen Preußen? Doch nicht etwa, weil Öſterreich Schleswig-Holſtein behalten möchte, ſondern weil wir es haben wollen. Und weshalb will es uns Öſterreich nicht gönnen? Weil, um Gerlachs treffende Bezeichnung in ſeinem letzten, mich ſonſt ſehr tief bekümmernden Aufſatz über die Situation zu gebrauchen, Preußens berechtigtes Streben nach Machtentfaltung mit Öſterreichs ebenſo berechtigtem Streben nach Machterhaltung in Kolliſion geraten iſt. Öſterreich iſt zu der alten Politik, die es, ſo lange Preußen angefangen hat, eine Macht zu ſein, faſt immer beharrlich verfolgt hat, zurückgekehrt, deren Stichwort iſt: Alles, nur keine Stärkung Preußens! Öſterreich ſieht ſich von uns überflügelt, und deshalb haßt es uns. Iſt's unrecht, daß wir gewachſen ſind? Iſt's unrecht, daß wir durch eine beſſere deutſche Politik eine höhere Stellung in Deutſchland erreicht haben? Iſt's unrecht, daß wir eine in unſerer natürlichen Machtſphäre ſich uns darbietende wichtige Gebietsvergrößerung mit ganzer Kraft anſtreben? Iſt's unrecht, daß wir in der nachgerade brennend werdenden Forderung einer deutſchen Bundesreform die Initiative ergreifen und dabei für uns die Hegemonie beanſpruchen? Alle dieſe vier Fragen beantworte ich zuverſichtlich mit Nein! und deshalb gehe ich mit freudiger Zuverſicht dem Kampfe entgegen."

Die ausführlichen Darlegungen dieſes Jüngers der Bismarckſchen Politik waren von einer ſolchen ſieghaften Klarheit, die Einzelheiten, mit denen er die verſchiedenen von ihm aufgeſtellten Sätze erläuterte, ſo ſchlagend, daß Kleiſt ihm kaum noch etwas entgegen zu ſetzen vermocht haben wird. Auch Andrae-Roman, gegen deſſen Angriffe er Gerlach ebenfalls zu

verteidigen suchte, ließ nicht locker. Kleist meinte diesem gegenüber, die Hegemonie in Deutschland dürfe nicht erzwungen werden, sondern müsse Preußen als reife Frucht in den Schoß fallen. Gerlach hätte zu Twestens Provokationen nicht schweigen können. Er glaubte noch behaupten zu dürfen, daß Bismarck wenige so treue Freunde wie Gerlach besäße. Das Anrecht dazu leitete er offenbar aus dem erfrischenden Hauche her, den selbst Gerlach noch bis zu dieser Zeit hin von Bismarck empfangen hatte. Die Aufzeichnungen des Präsidenten und seine Briefe an Kleist legen Zeugnis davon ab. Wie mutet es an, wenn wir in den Aufzeichnungen über den 25. Dezember 1865 lesen: „Den Abend bei Bismarcks. Er frisch, heiter, vergnügt, nicht aufgeblasen, vor allem ein Mensch, ein Mann, so daß man sich erfrischend berührt fühlt." Daß aber nach jenem Artikel Gerlachs vom 8. Mai kein Vertrag mehr zwischen den beiden Männern war, konnte oder wollte sich der Freund und Vertraute der beiden nicht eingestehen. Andrae, aus dem Moritz Blanckenburg und Thadden sprachen, gab ihm in einem Briefe vom 24. Mai zwar zu, daß Gerlach das Gewissen der konservativen Partei sei, trotzdem aber halte er dessen letzten Artikel für verfehlt. Er fand, daß dieser gerade dazu beitrüge, die Zersetzung der konservativen Partei herbeizuführen, die Twesten schon voraussetzte, und traf den wunden Punkt, der in allen Erörterungen Gerlachs steckte, indem er schrieb: „Bei allen Klagen über die verkehrten Wege der Unseren kein Wort davon, was denn nun getan werden solle." „Ich weiß," fuhr er fort, „daß die wärmsten Freunde des teuren Präsidenten, Blanckenburg, Thadden ꝛc., noch schmerzlicher davon berührt sind wie ich."

Im Laufe der weiteren Erörterungen mit den Freunden machte Kleist seinem Verdruß über Blanckenburgs Beurteilung der Stellung Preußens zu Italien Luft. „Was Moritz über die Alliance mit Italien sagt, ist ein Zeichen, wie unser Gewissen abgestumpft wird." Aber er bequemte sich doch auch schon zu Zugeständnissen, von denen aus man bald zu einer völligen Verständigung gelangen konnte. „War unser Krieg von 1813 legitim? Auch ein auf revolutionärem oder gewaltsamem Anfange ruhendes Reich kann durch den Verlauf der

Geschichte legitim werden." Er hielt es unter den obwaltenden Umständen doch für ratsam, Gerlach in seiner Gegend nicht mehr zum Kandidaten für das Abgeordnetenhaus aufzustellen, und wirkte in diesem Sinne auf seine Freunde. Gerlach begann zu fühlen, daß sich auch sein Verhältnis zu Kleist lockerte, und war geneigt, diesen treuesten seiner Zöglinge für „prinzipienlos" zu erklären. Und im Grunde gab es keinen schwereren Vorwurf für ihn als den der Prinzipienlosigkeit.

Im Kriege war Kleist seine Aufgabe gewiesen. „Die Johanniterritter sind aufgefordert, sich für den Kriegsfall zur persönlichen Dienstleistung zu melden; ich habe mich zur Disposition gestellt," meldete er am 29. Mai an Schede. Er richtete das Polziner Krankenhaus zur Aufnahme von Verwundeten ein und hoffte, vom 15. Juni an einige fünfzig aufnehmen zu können. Vier Wochen war er dann in Görlitz, der Stätte, wo sich alle Kräfte der freiwilligen Krankenpflege sammelten und wo ein großer Teil aller Liebesgaben durchging, eifrig als Organisator des Liebeswerkes tätig, indem er die Pflege der Verwundeten namentlich in der Jägerkaserne beaufsichtigte und die Sendungen aus der Heimat nach Böhmen an den Ort ihrer Bestimmung dirigierte. Zahlreichen Privaten vermochte er sich hilfreich zu erweisen. Er sammelte dabei eine Fülle von Erfahrungen und griff häufig mit der ihm eigenen Entschiedenheit auf seine Verantwortung durch, wenn das großenteils aus Subalternbeamten bestehende Verwaltungspersonal versagte. Er war zugleich Zeuge so manchen ihn tiefbewegenden Zuges der Gottesfurcht, die in den Truppen lebte. Gelegentlich nahm er sich in sehr nachdrücklicher Weise einiger Krankenschwestern an, als sie in Ausübung ihres Berufes gekränkt worden waren. Seine Tätigkeit bereitete ihm die größte Freude. Später erstattete er in der Evangelischen Kirchenzeitung und im Johanniterblatt einen allgemeinen Bericht über die Wirksamkeit der Johanniter, und in Sonnenburg hielt er auf dem Johannitertage des nächsten Jahres einen ergreifenden Vortrag über seine Erfahrungen, der den Zeugen lange im Gedächtnis haften blieb [1]).

[1]) Obertribunalsrat v. Ohlen und Adlerskron an Kleist, 19. November 1873.

Die gewaltigen Ereignisse ließen sein preußisches Herz laut aufjubeln. War er dem Adlerfluge seines genialen Freundes in der auswärtigen Politik bisher nur schweren Herzens gefolgt, jetzt stellte er sich mit einem kühnen Satze ganz auf seine Seite. Nicht ein Wort von Bruch des Legitimitätsgedankens, nicht eine Silbe des Vorwurfes wegen verwerflicher Eroberungsgelüste ließ er vernehmen. Damit vollzog er im Grunde genommen innerlich den Bruch mit Ludwig Gerlach, der Bismarcks Annexionspolitik nach dem Kriege nicht scharf genug zu brandmarken vermochte. Kleists gläubiges Gemüt sah jetzt das Bibelwort erfüllt, das er dem nach Frankfurt abgehenden Freunde vor anderthalb Jahrzehnten als Wegweiser mitgegeben hatte. Hatte dieser doch mit scharfem Schwerte viele Könige und ihre Edlen gezüchtigt und in Fesseln gelegt. Bald nachher erinnerte er den heimgekehrten glorreichen Staatsmann an jene Stunde in ihrem gemeinsamen Kämmerlein und fragte ihn, ob er sich ihrer noch erinnere. Bismarck erklärte, daran oft genug gedacht zu haben; und wenn wir uns vergegenwärtigen, daß er in den kritischen Lagen seines Lebens seinen Trost in der Bibel gesucht hat, zumal daß er nach dem Zeugnis seiner Gemahlin am Morgen des 14. Juni 1866, also unmittelbar vor Ausbruch des Krieges durch den an jene von Kleist geschenkte Bibelstelle anklingenden Psalm 9 Vers 3—5 getröstet worden ist [1]), so dürfen wir diesem Worte des Kanzlers wohl Glauben beimessen. Frommen Eifers voll fiel Kleist-Retzow nach solchem Bekenntnis des Freundes ein: da jenes Wort in Erfüllung gegangen sei, so wolle er ihm in demselben Sinne jetzt den 82. Psalm auf den Weg mitgeben, auf daß er sich durch diesen mahnen und bewahren lasse, nicht unter sein Gericht zu fallen, was bei seiner jetzigen Höhe so leicht sei. Es ist ein Psalm, der vor unrechtem Gebrauch der obrigkeitlichen Gewalt warnt und später von dem tief ergriffenen Kleist auf die Sozialpolitik Bismarcks, die „Geltendmachung des praktischen Christentums", die er für seine ruhmvollste Tat ansah [2]), gedeutet wurde. Denn es wird darin als die Aufgabe der Obrigkeit bezeichnet: „Schaffet

[1]) Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck S. 276.

[2]) Vgl. dazu das Urteil von Max Lenz, Geschichte Bismarcks S. 439.

Recht dem Armen und den Waisen und helfet dem Elenden und Dürftigen zum Recht.“ Als Kleist den Psalm vorgelesen hatte, erwiderte Bismarck im Sinne seiner Randbemerkungen in einem ähnlichen Falle, der Psalm könne nicht auf ihn angewandt werden, er gehöre nicht unter die Götter in Vers 1 jenes Psalms. „Ich legte ihm aber die Bedeutung aus,“ berichtet der glaubensgewisse Kleist. Vor dem Lande gab er bei der Adreßdebatte des Herrenhauses am 13. August seinen Empfindungen Ausdruck: „Das Gefühl, das jetzt ganz Preußen durchzittert, ist das Gefühl des Dankes gegen Gott, der so große Dinge an uns getan hat. Es sind in der Tat lauter Wunder der Gnade und Macht Gottes, welche sich vor unseren Augen vollzogen haben, deren Gegenstand wir selbst gewesen sind, unser König und Herr, unser Vaterland, unsere Armee. Das alte, ehrenreiche, mächtige Österreich, mit ihm fast alle anderen deutschen Staaten gegen uns in Waffen, an unseren Grenzen, zwischen unseren Grenzen, und all unsere Feinde in wenig Wochen besiegt. Es ist zum Staunen und Anbeten!“

2. Der Reichshauptmann im liberalen Zeitstrom. 1866—1878.

Ein Mißklang mischte sich in Kleists Siegesfreude: die Indemnitätsforderung der Regierung. Er hatte durch Bruch des Amtsgeheimnisses eines Mitglieds des Ministeriums bei seiner Rückkehr aus Görlitz vorzeitig von der Absicht der Regierung erfahren, in der Thronrede eine Stelle aufzunehmen, die die Ankündigung eines Indemnitätsgesuchs enthalten sollte. Was der weitblickende Staatsmann gleich bei Beginn seines Ministeriums ins Auge gefaßt hatte, sollte jetzt verwirklicht werden. Durch ein dahin gehendes Zugeständnis hatte Graf Bismarck bereits bei Ausbruch des Krieges den Minister v. d. Heydt, mit dem er ja schon früher wegen der zweijährigen Dienstzeit paktiert hatte, wie v. d. Heydt angegeben hat, aus sich selbst heraus zu bestimmen gewußt, an Stelle Bodelschwinghs wieder ins Ministerium einzutreten [1]). v. d. Heydt hatte jetzt den entscheidenden Passus in den Entwurf hineingebracht zum unwilligen Erstaunen der anderen Minister. Vom Minister des Innern Grafen Fritz Eulenburg war daneben ein anderer Entwurf nach Nikolsburg gesandt worden. Aber zu noch größerem Erstaunen des Ministeriums hatte Heydts Entwurf die Billigung von König und Ministerpräsident gefunden. Angesichts dessen wurde Eulenburg von den Ministern veranlaßt, einen neuen vermittelnden Entwurf aufzusetzen. Der Justizminister Graf zur Lippe wandte sich unmittelbar mit einem warnenden Schreiben an den König. In dieser Lage erfuhr Kleist den Sachverhalt. Es war der

[1]) So erzählt Kleist in seinen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1871 nach Mitteilungen v. d. Heydts an ihn. Vgl. damit Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck S. 269.

1. August. Sofort setzte er eine Denkschrift an Bismarck auf, in der er diesen von dem seiner Ansicht nach verhängnisvollen Schritte abzuhalten suchte. Darin heißt es: „Es ist tatsächlich unrichtig, daß eine Erklärung, wie sie hier abgegeben wird, bereits früher von der Regierung abgegeben worden sei, daß sie also wiederholt abgegeben werde, dahin gehend, ‚daß Ausgaben nur auf Grundlage des Budgetgesetzes verfassungsmäßig seien', vielmehr ist geradezu wörtlich das Gegenteil vielfach ausgeführt vom früheren Finanzminister, vom Ministerpräsidenten, namentlich aber in Erklärungen Seiner Majestät des Königs selbst. Es ist das ausgeführt unter Berufung auf den geleisteten Eid. Das wird damit nunmehr desavouiert, jene Berufungen auf den Eid erscheinen infolgedessen als im höchsten Grade leichtfertig. ... Die Thronrede involviert die bedeutendsten unerfüllbaren Verheißungen: daß die Regierung so wie bisher nicht wieder verfahren wolle." Wenn die Regierung wieder einmal in die Lage käme, so wie im Konflikt handeln zu müssen, dann würde sie einem Grafen Schwerin nichts mehr erwidern können, wenn er als einen Feuerbrand das Wort ins Land würfe: Das Ministerium verfahre nach dem Satze: Macht geht vor Recht! „Es enthält die Thronrede im weiteren Verfolg die wahrhaft naive Verheißung, daß das deutsche Parlament sorgen werde, daß solch Konflikt nicht wieder vorkomme. Ist denn von einem deutschen Parlament etwas zu hoffen, wenn Preußen in sich nicht felsenfest steht? Kann Preußen feststehen, wenn es nicht den Kern seiner Macht, ein selbständiges Königtum, unverletzt erhält? Schon jetzt hat Preußen eine Anzahl Elemente, denen der Knochenbau der alten Provinzen fehlt. Wie ist es da nur denkbar, alle alten preußischen Institutionen, alle Elemente seiner Macht durch diese eine Erklärung in der Thronrede, und das geschieht dadurch —, seine Finanzen, seine Armee, das Herrenhaus, das Königtum, Preußen selbst, der jedesmaligen Majorität einer aus seiner neuen Gestaltung hervorgehenden zweiten Kammer preiszugeben, es würde über kurz oder lang unrettbar in einem unergründlichen Strudel untergehen. ... Preußen ist ohne den Geist, der es schuf, so gut wie tot — ohne selbständiges Königtum. ... Jetzt, wo das Ministerium den Kampf mit den Feinden der

Monarchie glänzend gewonnen hat, da wird das ganze Resultat dieses Kampfes vernichtet, der Siegespreis dem erstaunten besiegten Feinde in den Schoß geworfen. Es wäre eine Schmach vor ganz Europa. Es wäre eine Selbstentäußerung des Ministeriums und des Königs."

Und so ging es fort. In seiner Sorge um die Stellung der Krone konnte der treue Mann die Lage nicht schwarz genug malen. In manchen Punkten traf er allerdings mit seinen Ausführungen durchaus ins Schwarze. In der Hauptsache aber irrte er sich doch so gründlich, daß es den Nachlebenden schwer fällt, sich in seinen Gedankengang hineinzuversetzen. Gleichzeitig schickte er eine Abschrift der Denkschrift [1]) an Roon nach Prag, mit der Bitte, alles aufzubieten, um das Unheil abzuwenden. „Ich halte es für geradezu undenkbar, daß Sie nicht mit mir übereinstimmen." Ebenso rief er noch an demselben Tage Moritz Blanckenburg und den Oberpräsidenten v. Witzleben, der viel Einfluß beim Könige besaß, herbei, um durch diese auf den Monarchen zu wirken. Er selbst hielt sich vom Könige fern, weil er nur zu wohl wußte, daß er persona ingrata bei ihm war. Auch an Ludwig Gerlach schrieb er händeringend „Gott gebe, daß es noch abgewendet wird. Wie gerne riefe ich Sie, aber bei Ihrer jetzigen Stellung zu Bismarck ist davon wohl keine Einwirkung auf ihn zu erwarten." Über die Stimmung in der Regierung bemerkte er: „Die anderen Minister wehren sich tapfer." Auch dem Grafen Eulenburg gab er Kenntnis von seiner Denkschrift. Dieser pflichtete ihm sachlich bei, verhehlte indes nicht seine Besorgnis, daß der Bruch des Amtsgeheimnisses Bismarck erzürnen würde. Kleist wollte dem Ministerpräsidenten bis Görlitz entgegenfahren. Davon hielt sein Gewährsmann ihn indes ab: Es sei in der Nacht eine neue vermittelndere Fassung der Thronrede nach Prag depeschiert worden. Es war die Fassung, die nachher veröffentlicht wurde.

Bismarck war in der Tat, wie Eulenburg vorausgesehen hatte, aufs äußerste aufgebracht über das Bekanntwerden der Thronrede. Denn dadurch wurden ihm jene schweren Kämpfe mit seinem königlichen Herrn bereitet, von denen er oft be-

[1]) Diese ist hier benutzt.

richtet hat. König Wilhelm empfand in letzter Stunde noch einmal Bedenken der schwersten Art gegen den Schritt. Fast wäre der große Schachzug, durch den Bismarck die positiven Elemente des Liberalismus zu versöhnen gedachte, durch jene Indiskretion vereitelt worden. Fast wäre dadurch auch das zweite große Ziel, das er damit beabsichtigte, die Verständigung mit dem Kronprinzen, mit dessen baldiger Thronbesteigung alle Welt damals rechnete [1]), zum Scheitern gebracht worden. Niemals hat er seinem Hans dieses Durchkreuzen seiner Pläne vergessen. Noch in den letzten Lebensmonaten Kleists führten die „Hamburger Nachrichten" eine heftige Fehde wegen der Indemnitätsfrage mit den Blättern der äußersten Rechten.

Das erste Zeichen des Bismarckschen Zornes findet sich in seinem Briefe vom 3. August an seine Gattin: „Hans Kleist hat mir einen aufgeregten Brief geschrieben. Die Leutchen haben alle nicht genug zu tun, sehn nichts als ihre eigne Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase. Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen alle Scheuklappen und sehn nur Einen Fleck von der Welt." Zwei Tage darauf eröffnete König Wilhelm den Landtag in eigener Person mit jener bedeutungsvollen Thronrede. Kleist vermied eine Begrüßung Bismarcks, stellte sich aber so im Weißen Saale, daß der Ministerpräsident ihn sehen konnte. Der feierliche Akt ging vorüber. Und nun spielte sich eine dramatische Szene ab, die ein Shakespeare nicht besser hätte erfinden können. Die beiden Freunde warteten, bis alles hinausgegangen war. Dann kam der Ministerpräsident auf das Herrenhausmitglied zu und fragte, mit Mühe den freundschaftlichen Ton wahrend: „Aber du alter Junge, woher hattest du denn die Thronrede?" — „Das werde ich dir nicht sagen." — „Darin verstehe ich keinen Spaß; ich werde dir sonst mit dem Staatsanwalt kommen müssen." — „Ja, du kannst mich auch einsperren lassen, aber erfahren wirst du es doch nicht." Grollend drehte sich Bismarck um und ging. Kleist tat dasselbe. Als er sich zu Hause umkleidete, schickte der Ministerpräsident sein

[1]) So z. B. der Koburger und G. Freytag. Man vergleiche deren Briefwechsel aus dieser Zeit, ebenso Chlodwig Hohenlohes Denkwürdigkeiten.

Faktotum Engel und ließ Kleist zu sich bitten. Dort traf dieser Graf Robert v. d. Goltz und Savigny. Der Ministerpräsident hatte das Gleichgewicht wieder gewonnen, ging freundlich auf den Ankommenden zu, schüttelte ihm die Hand und sagte: „Es ist alles vergessen," der indiskrete Minister habe im Conseil gebeichtet. „Ich vermutete, es sei Wagener gewesen." Dann erzählte er Goltz und Savigny, daß er auf das Wort Indemnität hin mit dem Kronprinzen Frieden geschlossen habe[1]).

Durch das treue Herz Kleist-Retzows aber war das Wort vom Staatsanwalt wie ein Stich gegangen. Und ein zweiter Stich war Bismarcks Bekenntnis über seine Verständigung mit dem Thronfolger. Das drückte der Grundsatzlosigkeit, die Kleist in dem Indemnitätsgesuch erblickte, das Siegel auf. Triumphierend hatte ihm Ludwig Gerlach gleich auf seine Mitteilung von dem Indemnitätsgesuch geschrieben, daß er davon nicht überrascht sei. „Der ungerechte bonapartische Krieg, das Kopfzahlparlament für Deutschland, das Reichswahlgesetz von 1849 mit geheimen Zettelwahlen — alles dies sind so entscheidende Schritte, daß einem Mann wie Bismarck die Bitte um Indemnität dagegen als eine Kleinigkeit erscheinen muß." Er bestimmte den Begriff des Indemnitätsgesuches als Kapitulation auf Gnade und Ungnade. Dem gegenüber bezeichneten die Hamburger Nachrichten noch im Jahre 1892 mit mehr formellem und zweifellos materiellem Recht jene Bitte um Indemnität als einen Antrag auf Anerkennung der Tatsache, daß in dem streitigen Falle von seiten der Regierung nach Lage der Umstände richtig gehandelt worden sei. In der Siegesfreude vermied es Kleist einstweilen, des längeren um das Indemnitätsgesuch zu schmälen, tadelte es nur milde im Plenum des Herrenhauses und stimmte dafür. Ludwig Gerlach notierte das tief verdrossen in seinem Tagebuche. Mit der Zeit aber gewann Kleist mehr und mehr die Überzeugung, daß Bismarck durch den Antrag auf Indemnität auf die abschüssige Bahn gelangt sei, die für ihn und das innere preußische Leben verderblich wurde. In zahllosen seiner Reden klingt dieser Vor-

[1]) Aufzeichnung Kleists 1871.

wurf durch. Schmerzbewegt bekannte er dem Präsidenten v. Gerlach am 2. Oktober 1869, es ginge ihm noch die Erkenntnis ab, daß der Krieg von 1866 als solcher ein Unrecht gewesen wäre, das aber erkenne er an, daß Gerlach in der inneren Politik Personen und Sachen richtiger beurteilt habe. Ähnlich bekannte er gegen Reck im Juli 1868: „Bismarck rechnet zuviel auf Gewinnung von Majoritäten durch Kompromisse. Er überschätzt Dinge, die doch in der Entwicklung der Welt nur Mittelchen sind, und verkennt die später notwendigen furchtbaren Folgen des damit verleugneten Prinzips. Es fing mit dem Verlangen der Indemnität an." In demselben Briefe sprach er aber auch die Zuversicht aus: „Sobald er sieht, daß damit doch nicht durchzukommen, wenn die Gefahren bis zu einer gewissen Grenze kommen, wird er der Entschlossenste und Geschickteste sein, ihnen entgegenzutreten."

Er ahnte nicht, daß es mehr denn ein Jahrzehnt währen sollte, bis sich diese Hoffnung erfüllte. Einstweilen ließ sich der alte Freund immer tiefer in den Bund mit den Liberalen ein. Solange dieser Zustand aber dauerte, sah Hans v. Kleist-Retzow für sich keine andere Aufgabe in der Politik, als sich mit aller Kraft gegen den liberalen Kurs zu stemmen. Er vermochte dabei sehr häufig nicht den Zeitbedürfnissen gerecht zu werden und ebensowenig den Freund richtig zu behandeln.

Bismarck empfand politische Gespräche mit Kleist seit jenem Streit um die Indemnitätsfrage meist als lästig. Bisher hatte er sich verschiedentlich bei dem Könige bemüht, dem Freunde wieder zu einer amtlichen Stellung zu verhelfen, war damit aber nicht durchgedrungen, weil er bei Hofe, namentlich bei der Königin, einer zu starken Abneigung dagegen begegnete [1]). Jetzt scheint er aber diese Bemühungen eingestellt zu haben. Besuchte ihn Kleist in Varzin, so ließ er ihm schon vorher sagen, daß ihm politische Gespräche unlieb wären [2]). Darin war nicht bloß sein Wunsch, sich von den Geschäften an sich etwas freizumachen, zu erkennen. Einstweilen blieb der Verkehr zwischen den beiden noch ein freundschaftlicher. Aller Welt aber wurde es bald

[1]) G. v. Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen S. 487.

[2]) Kleist an Schede, 22. August 1867, an Marie Stolberg, 28. Juni 1891.

offenbar, daß das alte Vertrauensverhältnis ohnegleichen, welches zwischen Bismarck und Kleist bestanden hatte, sehr gelockert war.

Man konnte meinen, daß Kleist seit der Ausfechtung des Militärstreits seine Lebensaufgabe erfüllt hatte. Zum zweiten Male hatte er in gleichem Schritt und Tritt mit Bismarck als Parteigänger des Königtums eine ruhmvolle Tätigkeit entfalten dürfen. Seit nun Bismarcks Weg und der seine sich zu trennen schienen, war es, als ob es Abend um den tapferen und ehrlichen Gefolgsmann der preußischen Krone werden sollte. Und in der Tat zog er sich mehr wie je in die Stille des Landlebens und auf die Beschäftigung mit kirchlichen Dingen zurück. Zwar hatte er Kieckow kurz vor Ausbruch des Krieges gegen Österreich verpachtet, weil er sich doch zu wenig als Landwirt fühlte und die Anforderungen an einen solchen immer größer wurden. Aber er blieb auf dem Lande wohnen und hatte nun noch mehr Zeit, sich den Werken der inneren Mission und der Organisation der Kirche, die zu jener Zeit von der Regierung planmäßiger in Angriff genommen wurde, zu widmen. Er erklärte geradezu im Hinblick auf die politischen Geschäfte, daß ihm die kirchlichen Dinge mehr am Herzen lägen. Damals trug er sich oft mit Todesgedanken und sprach darüber vertraut mit Ranke. Im Jahre 1869 fühlte er sich bewogen, unter Hinweis auf „mannigfache Krankheitserscheinungen", unter denen er in den letzten Jahren gelitten hatte, um seine völlige Pensionierung einzukommen, die ihm zu teil wurde. Lebenserinnerungen, die er zu Ende des Jahres 1871 niederschrieb, stehen durchaus unter dem Zeichen der Ermüdung. Man erhält den Eindruck, daß er in jener Zeit mit dem Leben abgeschlossen hatte. Er war nicht entfernt darauf gefaßt, daß die größten Kämpfe seines Lebens ihm noch bevorstanden. Auch die Zeitgenossen sahen in dem weißhaarigen Führer der Fraktion Stahl, der schon vor fast zwei Jahrzehnten grauhaarig das Junkerparlament leitete, einen würdigen und charaktervollen Mann, der sein Lebenswerk vollbracht hatte. Bezeichnend ist es, daß, als am 19. Oktober 1866 sein Vetter Adolf v. Kleist, der Obertribunalpräsident, das Zeitliche segnete, beinahe allgemein geglaubt wurde, Kleist-Retzow sei gestorben. Zahlreiche Zeitungen, auch demokratische, brachten ehrenvolle Nach-

rufe auf ihn. Tiefbetrübt vernahmen einzelne Freunde die Kunde. Als Ranke seinen Irrtum erkannte, schrieb er dem Freunde: „Da warst Du mir neugeschenkt.“ Eine unerwartete Freude, die der Totgesagte erlebte, war es, daß auch die Großherzogin von Baden der Frau v. Kleist-Retzow ihre herzliche Teilnahme aussprechen ließ. Mit dem Obertribunalpräsidenten ging ein Mann jener großen Klasse von Politikern dahin, die sich selbst überleben. Zu ihr gehören aus derselben Zeit noch Männer wie Otto v. Manteuffel, Heinrich v. Gagern, Georg v. Vincke, Ludolf Camphausen, der Freiherr v. Patow, Hermann Wagener, Moritz v. Blanckenburg. Wenn der Tod solcher Männer gemeldet wird, dann ist es der Mitwelt oft so, als wenn ein seit undenklichen Zeiten Verstorbener über die Bühne getragen wird. Namentlich parlamentarische Größen geraten besonders häufig bei ihren Lebzeiten in solche Vergessenheit. Hans v. Kleist-Retzow aber sollte noch mehr denn ein Vierteljahrhundert, obwohl alles sich um ihn neu gestaltete und eine parlamentarische Generation nach der anderen schwand, im Vordergrund des deutschen politischen Lebens stehen und mit schier unermüdlicher Ausdauer für seine Ideale kämpfen dürfen. Das Feuer seiner Seele, das in der Zeit nach 1866 langsam zu verglimmen schien, ward immer aufs neue mächtig angefacht, bis daß auch der letzte Rest seiner körperlichen Kräfte versiegte.

Bei der Erledigung der durch die großen Ereignisse des Krieges erwachsenen Aufgaben bereitete ihm das Verhalten Bismarcks in der Dotationssache Genugtuung, indem dieser im Staatsministerium die Streichung der Worte „und Staatsdiener“ durchsetzte, um sich und Roon auszuschalten. Er trat im Herrenhause dafür ein, daß die Gewährung der Dotationen ganz dem Könige überlassen würde, und fügte sich nur widerstrebend, als der Landtag deswegen angerufen wurde. Namentlich für Bismarck hielt er die Verleihung aus des Königs Hand am angebrachtesten. Er sprach davon, daß die Absicht bestände, ihm die beiden Dritteile von Schönhausen zurückzukaufen, welche Bismarcks Vater veräußert hatte.

Die schwersten Bedenken verursachte ihm die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Es hatte nicht an warnenden Stimmen im konservativen Lager gefehlt, als Bismarck den

gewaltigen Gedanken in die Öffentlichkeit warf. Neben Ludwig v. Gerlach war es vor allem der Obertribunalpräsident v. Kleist gewesen, der sofort schrille Unkenrufe vernehmen ließ. Dieser Freund König Friedrich Wilhelms IV. hatte im Jahre 1848 den Abschied genommen, weil er es nicht über sich gewinnen konnte, weiter zu dienen, als Preußen parlamentarische Institutionen erhielt. Er drückte damals in einem vertrauten Briefe, in dem er zugleich den König für alles Unglück jenes Jahres verantwortlich machte, seine tödliche Feindschaft gegen jede Mündigkeitserklärung des Volkes aus: „An eine Reife des Volks kann ich nicht glauben, glaube vielmehr, daß dies vor Eintritt des Reiches Gottes nicht reif werden, vielmehr der Egoismus immer mächtiger und das Volk daher immer unreifer wird, abgesehen davon, daß das Volk keine Individualität sein kann, sondern ewig aus Kindern heranwächst, nie die Kinderschuhe verliert, während das einzelne Individuum allerdings einmal die Kinderschuhe austritt[1])." Als dieser Mann im September 1863 davon hörte, daß Bismarck dem Gesandten Freiherrn v. Werther in einem Schreiben vom 14. August erklärt habe, er halte nur ein vollständiges Parlament für die richtige Bundesverfassung, ließ er, der sonst seinem Vetter nur wenig schrieb, sich sofort gegen Kleist vernehmen: „Ich sehe sehr schwarz" und bezeichnete jenes Bismarcksche Wort als „höchst unheilschwanger". In einem späteren Briefe kam er noch einmal mit dem Ausdruck des Entsetzens darauf zurück. Sein Warnungsruf klang wie eine Stimme aus dem Grabe. Einst war es ein Kleist gewesen, der zum ersten Male den Gedanken der Berufung einer Volksvertretung durch den König von Preußen auszusprechen wagte. Der genialste Sproß des Geschlechts, der Dichter Heinrich, hat es im Jahre 1805 getan. Jetzt, wo die weitesten Konsequenzen dieses Gedankens gezogen werden sollten, war es ein Kleist, dieser Tribunalpräsident, der sich am ingrimmigsten dagegen stemmte. Hans v. Kleist-Retzow aber ging einen Mittelweg. Er war in Bismarcks Ideen eingeweiht und wußte, daß dieser auf die monarchische Grundgesinnung des Volkes rechnete. Auch er baute auf diese Grund-

[1]) Adolf v. Kleist an Herrn v. Rappard auf Pinne, 22. Dezember 1848.

gesinnung. Er ging dabei von Anschauungen aus, wie sie Leopold Ranke gehabt hat. „Kein Geschöpf vermag die Bedingungen seines Entstehens von sich abzustreifen," sagte er. „Die Kräfte, die zu seiner Entstehung wirksam waren, hängen ihm an durch die ganze Dauer seiner Existenz." Darum würde das von seinen Königen geschaffene Preußen-Deutschland auch die in dem Wahlrecht verborgenen Gefahren durch die Lebensströme des deutschen, preußischen, monarchischen Geistes ersticken[1]). Er traute Bismarck auch genügende Geschicklichkeit zu, um die nötigen Sicherheiten gegen eine Demokratisierung des Landes zu schaffen. Deswegen verteidigte er die Maßregel anfangs gegen Männer wie Schede und Reck. Als nun aber das allgemeine Wahlrecht Tatsache wurde, wuchsen doch seine Bedenken. Mit richtigem Blick hob er bei der Beratung der Verfassung am 1. Juni 1867 hervor: „Man darf das Resultat der diesmaligen Wahlen nicht als ein normales ansehen, vielmehr ist ihr Erfolg nur die Resonanz der großen Ereignisse des vorigen Jahres, der Heldentaten unserer Regierung, welche erst bei diesen Wahlen ihren vollen Ausdruck fand. Je länger ein derartiges Wahlgesetz in Geltung bleibt, desto mehr wird die Masse der Wähler zum Bewußtsein der ihnen dadurch verliehenen außerordentlichen Macht kommen, und je mehr wird die Demokratie lernen, die Zeitverhältnisse zu benutzen, um sich dadurch Geltung zu verschaffen." Lediglich weil er nicht das Zustandekommen der Verfassung gefährden wollte, stimmte er dafür, sprach aber die Hoffnung aus, daß es gelingen würde, die Verfassung bald wieder von dieser Einrichtung zu befreien. Er befand sich damit nicht nur im Gegensatz zu Bismarck, sondern auch zu Moritz v. Blanckenburg, mit dem er in dieser Zeit etwas auseinanderkam. Als dann in den nächsten Jahren vermöge des Wahlrechts der Sozialismus einen Aufschwung nahm, glaubte er die Verteidiger des gleichen Stimmrechts unter seinen Freunden entwaffnet zu finden. Zu seiner Überraschung hielten jetzt aber auch Männer wie Schede und ebenso noch Blanckenburg daran fest. Schede erklärte ihm am 26. November 1873 rundweg, daß ihm die Verteidigung des all-

[1]) Rede Kleists im Herrenhause, 1. Juni 1867, S. 29 des sten. Ber.

gemeinen Wahlrechts immer wichtiger würde, und griff dem gegenüber das Dreiklassenwahlsystem, das Kleist verteidigt hatte, heftig an. Ebenso schrieb Blanckenburg in seiner lebhaften originellen Weise dem Kieckower Freunde zu Anfang des Jahres 1874: „Man hat das allgemeine Wahlrecht so verketzert! Ich würde heute ebenso dafür sein, wie 1867, weil ich meine, daß es das einzige Mittel ist, die sozialistische Bewegung in die richtige Bahn zu lenken; aber freilich mit Eulenburg, Karlchen Miesnick und den übrigen Schnappsäcken des Manchestertums geht es nicht." Es liegen bisher keine Äußerungen Kleists aus späterer Zeit über das Wahlrecht vor. Man wird aber nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß es ihm je länger je bedenklicher erschienen ist.

Am meisten beschäftigte ihn in den Jahren nach der Gründung des Norddeutschen Bundes die Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse in den neuerworbenen Provinzen. Er fand dabei an Roon einen wirksamen Helfer. Ja der Kriegsminister, der die Neugestaltung des preußischen Heeres in so genialer Weise durchzuführen gewußt hatte, war auch der eigentliche Anreger der Organisation der kirchlichen Dinge in den neuen Provinzen. Es zeigt sich hier wieder, daß die Gabe der Organisation seine Hauptbefähigung ausmachte. Kleist hatte früh in Fragen der Kirche besonderes Vertrauen zu ihm gefaßt. So suchte er ihn in einem Schreiben vom 19. September 1863, als es sich um die Neuernennung eines Präsidenten des Oberkirchenrates handelte, zu beeinflussen, indem er sich bemühte, ihn für den Konsistorialpräsidenten zu Breslau, v. Röder, den er schon im Vorjahre neben Mühler zum Kultusminister vorgeschlagen hatte, einzunehmen. In beweglichen Worten stellte er ihm vor, daß in ganz Preußen keine Anstellung so delikat sei als diese. Weil er gerade bei Roon auf das innerlichste Verständnis für diese Sache rechne, so wende er sich nicht nur an Bismarck und Mühler, sondern auch an ihn. Er schüttete ihm sein Herz aus über den damaligen Oberkirchenrat, der ihm gar nicht auf der Höhe seiner Aufgabe zu stehen schien. „Seine Hauptwirksamkeit war ein Kampf gegen die Bekenntnistreue. Es genügte einige Entschiedenheit, um ferngehalten zu werden von jedem bedeutenden Kirchenamte." Die Besetzung der leitenden Stellen in

der Kirche in den letzten Jahren wäre so, als wenn es auf den Verderb der Kirche abgesehen sei. Scharf brandmarkte er, wie er das am selben Tage auch in einem Schreiben an Bismarck tat, einen Erlaß des Oberkirchenrats aus dem Juni 1863, in dem die Geistlichen ermahnt wurden, sich von der Einmischung in die Politik fern zu halten. „Aus den Zeilen glaubte man zu lesen, mit dem preußischen Königtum wird es nicht lange dauern; die Republik ist auch eine berechtigte Staatsform, vielleicht haben wir sie bald, und wenn die Kirche sich zu sehr für den König avanciert, könnte ihr das vergolten werden." Freilich gelang es damals nicht, eine Besetzung des wichtigen Postens im Sinne Kleists und Roons zu erzielen. Die Stelle bekam nach vielem Hin und Her zu Anfang des Jahres 1865 ein Freund von Bethmann-Hollweg, der sehr liberal angehauchte Mathis. Der König hatte Bethmann-Hollweg haben wollen. Angesichts dessen hielt Bismarck Mathis für das kleinere Übel. Kleist betrachtete diese Entscheidung namentlich vom Gesichtspunkte des Verhältnisses zur katholischen Kirche als verhängnisvoll. Er fürchtete eine Unterwühlung der Popularität Preußens, wenn die in der Politik bankrotte neue Ära freies Feld in der Kirche erhielte. Umso eifriger machte er sich nach dem Feldzuge des Jahres 1866 daran, dem dem Gedanken der rücksichtslosen Durchführung der Union huldigenden Oberkirchenratsregiment in den neuen Provinzen entgegenzuarbeiten. Er strebte es darum an, daß die neuen Landesteile nicht dem Oberkirchenrate unterstellt würden, und besprach sich deswegen im September 1866 mit Roon. Der Kriegsminister pflichtete ihm durchaus bei. Der befürchtete, daß eine ungeschickte Behandlung der konfessionellen Fragen in den eroberten Ländern eine Vendée schaffen würde, und meinte, man müsse darauf hinarbeiten, daß die Union in eine Konföderation umgewandelt werde, in der jedes Bekenntnis seine kirchliche Selbständigkeit erhielte [1]). Kleist war hochbeglückt durch diese Stellungnahme seines einflußreichen Freundes. Hengstenberg, dem er die freudige Nachricht sofort zutrug, konnte zunächst noch gar nicht die Hoff-

[1]) Kleist an Meinhold, 1. Oktober 1866 (Akten des luth. Vereins in Pommern). Aufzeichnungen Kleists 1871.

nung auf eine Erledigung der Sache in diesem Sinne fassen, griff dann aber das Werk mit energischer Hand an. Vornehmlich das Wort von der Vendée, eins der geistreichen Bilder, wie Roon deren so viele erfunden hat, zündete in den Kleist nahestehenden geistlichen Kreisen. Zur selben Zeit, als Kleist die Besprechung mit Roon hatte, war der tapfere Superintendent von Kamin, Karl Meinhold, der Bruder von Wilhelm Meinhold, dem Verfasser der Bernsteinhexe — im Gegensatze zu diesem, der auf dem Wege nach Rom starb, ein Lutheraner von ungewöhnlicher Schärfe des Bekenntnisses — mit Kleist wegen der Einberufung einer kirchlichen Konferenz in dieser Sache in Verbindung getreten [1]). Er lud dazu außer anderen den Schriftsteller Philipp Nathusius, Hengstenberg, Büchsel, Thadden, Blanckenburg, Knak, den Führer des hessischen Luthertums Vilmar, den verdienstvollen Literarhistoriker, sowie den kühlen und diplomatischen Superintendenten Euen in Treptow a. R. ein. Euen, von dem einst König Friedrich Wilhelm IV. gesagt hatte, er habe bei ihm das meiste Verständnis für seine kirchlichen Ideen gefunden [2]), war ohne Frage der schärfste Kopf unter den damaligen pommerschen Geistlichen. Einen besonderen Sporn gab diesen kirchlichen Kreisen die Tätigkeit des in Hessen-Nassau als Zivilkommissar schaltenden alten Gegners von Kleist, des Präsidenten v. Möller. Schon früher hatte Kleist an dem „kirchlichen Unverstand" Möllers schweren Anstoß genommen. Noch im November 1865 fand er Veranlassung, den Ministerpräsidenten auf das Verhalten Möllers gegen den Bischof Melchers bei der Kölner Erzbischofswahl aufmerksam zu machen, das ihm äußerst fehlerhaft zu sein schien. Er hatte die Genugtuung, daß ihm Bismarck, der doch schon damals leicht ungehalten werden konnte, wenn ihm Kleist mit politischen Ratschlägen kam, sehr freundlich antwortete. Der Ministerpräsident erklärte ihm, er sei zwar ebenso wie der König fest entschlossen, dem Recht der Regierung in der katholischen Frage nichts zu vergeben, er könne ihm aber nicht verhehlen, daß er in dem gespannten Verhält-

---

[1]) Über Karl Meinhold vgl. das Buch seines Sohnes Theodor über ihn. Berlin 1899.

[2]) Vgl. mein Buch: König Friedrich Wilhelm IV. S. 179.

nisse, welches seit langer Zeit zwischen dem Präsidenten v. Möller und den Würdenträgern der katholischen Kirche der Rheinprovinz herrsche, nicht alles Unrecht auf Seite der römischen Kirche finden könne, sondern überzeugt sei, daß das Auftreten der königlichen Beamten viel Schuld daran trage. „Das Verfahren der Regierung," so schrieb der Ministerpräsident dem Freunde in einem amtlichen Schriftstücke, „gegen die katholische Kirche kann und muß, bei aller Festigkeit und Entschiedenheit in Wahrung eigenen Rechts, doch einen Charakter von Wohlwollen, Achtung und Freundlichkeit tragen, den ich in jenem Auftreten vermisse. Ich kann es beklagen, aber mich nicht darüber wundern, wenn anderseits die katholische Kirche den Regierungsorganen nicht das volle Vertrauen entgegenbringt, welches sie in Seine Majestät den König und Seine Regierung setzen sollte" [1]). Das war ein Bekenntnis zu der Politik, welche Kleist selbst gegenüber der katholischen Kirche während seiner Verwaltung am Rhein befolgt hatte. Zugleich sprach daraus die starke Eingenommenheit Bismarcks gegen Möller. Kleist durfte daher auch annehmen, daß ein Auftreten gegen die Möllersche Kirchenpolitik in Hessen-Nassau nicht auf Widerstand bei Bismarck stoßen würde, zumal da die altpreußischen Lutheraner gerade den vom Könige proklamierten Satz der Wahrung der berechtigten Eigentümlichkeiten in den neuerworbenen Provinzen zu verfechten gedachten. Zunächst hatte er denn auch die Freude, daß die Anträge des Oberkirchenrats, jene Landesteile „unter seine Flügel zu nehmen", sowohl vom Ministerium als auch vom Könige abgelehnt wurden. Er machte sich selbst an die Abfassung einer Denkschrift über die zu erstrebende kirchliche Organisation in Hessen-Nassau, Hannover und Schleswig-Holstein. Darin führte er aus: „Werden die kirchlichen Angelegenheiten schonend behandelt, so werden die neuen Landesteile uns bald zufallen, jedes rücksichtslose Verfahren kann uns in jenen Landesteilen ein bleibendes inneres Widerstreben bereiten. Mit vollem Rechte sind die kirchlichen Verhältnisse jener Länder bisher noch völlig intakt erhalten." Er bezeichnete es aber als auf die Dauer unhaltbar, daß die Isolierung jener Landesteile

[1]) Amtliches Schreiben Bismarcks an Kleist, 26. November 1865. F.A.

bestehen bliebe, und bezeichnete es als die Aufgabe Preußens, hier zugleich reformierend für die ganze evangelische Kirche einzugreifen. „Das Wachstum von Preußen in Deutschland, das damit korrespondierende Zerfallen der alten Reichsformen hängt von Stufe zu Stufe mit der Preußen zugefallenen Aufgabe zusammen, der Führer der deutschen Nation für die weitere Entwicklung der Kirche zu sein." Es käme darauf an, der Verflachung des religiösen Empfindens, die durch die gegenwärtige preußische Union bedingt werde, entgegenzuarbeiten. Dementsprechend wollte er für die preußische Monarchie drei Oberkonsistorien schaffen, ein lutherisches, ein reformiertes und ein uniertes, die jährlich einmal als Oberkirchenrat zusammentreten sollten. Die Provinzialkirchen sollten viel selbständiger gestaltet und die eigentliche Einheit der kirchlichen Bildung werden. Den Generalsuperintendenten wollte er eine einflußreichere Stellung geben. Sie sollten unter anderem ein mehr persönliches Regiment üben und darum auch den Vorsitz in der zu schaffenden Provinzialsynode übernehmen. Es war die nähere Ausführung der Roonschen Gedanken.

Die Dinge nahmen aber bald eine Entwicklung, die nicht nach Kleists Herzen war. Die Empfehlung Mühlers zum Kultusminister hatte er wohl inzwischen selbst bedauert. Fand er doch, daß es dem Minister an der nötigen Energie und an Charakter mangele. Mühlers Abhängigkeit von seiner Frau, der damals allen Berlinern bekannten Adelheid, und von Rudolf Kögel durchschaute er bald. Kögels Feder in den Denkschriften des Kultusministeriums schätzte er besonders hoch. Der Minister selbst aber, das erkannte er allmählich, hatte eine sehr ungeschickte Hand. Zwar behielt dieser einstweilen noch die Regelung der geistlichen Dinge, obwohl die Vorschläge Hengstenbergs, die im Sinne Kleists gehalten waren, einen wahren Sturm beim Oberkirchenrat erregten. Am 13. Juni 1868 wurden indes die drei in Kassel, Marburg und Hanau für die verschiedenen Bekenntnisse bestehenden Konsistorien zu einem gemeinsamen Konsistorium vereinigt. Bedrückt schrieb Kleist darüber an Roon: „Je nach der Ausführung kann das gegen die verschiedenen Konfessionen das größte Unrecht, ein Bruch der königlichen Verheißungen, das unglückseligste unvermeidliche Präzedenz für

die weitere Gestaltung der evangelischen Kirche in Preußen, oder es kann ein heilsames und gutes Präzedenz werden. Marburg (Oberhessen) ist entschieden lutherisch, Niederhessen (Kassel) hat ein lutherisches Fundament mit mannigfachen, stark reformierten Einrichtungen, Hanau ist uniert. Diese drei Richtungen müßten bestehen bleiben. Wird die Sache umgekehrt eingerichtet, ist die Union da, alle unsere Hoffnungen sind zertrümmert, nicht durch den Oberkirchenrat, sondern durch „v. Mühler selbst". Zu seinem Schmerze versagte sich auch Ernst Ranke in Marburg seinen Ideen, so daß seine alte Freundschaft für diesen Jugendgefährten etwas erkaltete. Mühler ließ sich in der Folge durch den liberalen Kurhessen Oetker beeinflussen und beachtete nach Kleists Auffassung zu wenig die Wünsche der hessischen Bevölkerung, so daß dort viel böses Blut geschaffen wurde. Vor allem hörte er nicht die hessischen kirchlichen Organe. Schließlich beging der Minister noch den in Kleists Augen unverzeihlichen Fehler, mit einem Gesetze wegen Ordnung der kirchlichen Verhältnisse in Hessen vor den Landtag zu treten, was sein Nachfolger Falk später vermied. Es bereitete Kleist unter diesen Umständen eine besondere Genugtuung, das Seinige zu tun, um dieses Mühlersche Gesetz zu Falle zu bringen.

Besser ging die Regelung der hannoverschen Verhältnisse von statten. Hier spürte Kleist deutlich die durchgreifende Hand Bismarcks, der sich zudem in diesen Fragen von Hermann Wagener beraten ließ. Dort wurden die Externa der Kirche (d. h. namentlich die Personal- und Anstellungssachen), sowie der Klosterfonds im Sinne Kleists nicht der Entscheidung der Regierungen, sondern der der kirchlichen Mittelinstanzen überwiesen. Ungeduldig drängenden Freunden gab Kleist wegen Bismarcks Haltung in diesen Dingen zur Antwort: „Er kann auch nicht alles. In kirchlichen Dingen sucht er zu erreichen, was möglich, und die grundlegenden Entscheidungen für Hannover verdanken wir ihm" [1]). Freilich mußte er mit Hengstenberg die niederdrückende Wahrnehmung machen, daß die Vertreter der neuen Provinzen und der übrigen deutschen Staaten,

[1]) Kleist an Reck, 1. Juli 1868.

mit denen die altpreußischen Lutheraner damals zu gemeinsamem Schaffen in Verbindung traten, eine tiefe politische Abneigung gegen Preußen verrieten, so besonders der in Dresden wirkende Harleß und der Mecklenburger Kliefoth[1]), auf die Kleist große Hoffnungen gesetzt hatte. Auch fand er sich durch Gerlach gehemmt. Ebenso mußte er sich darin finden, daß gegen seinen im Herrenhause erteilten eindringlichen Rat eine liberale Reform der in Hannover bestehenden Ehegerichte durchgesetzt wurde.

So sehr er die von Bismarck in Hannover verfolgte Versöhnungspolitik nicht nur in religiöser Hinsicht, sondern auch in der Zivilverwaltung begrüßte, so vermochte er sich in Sachen des hannoverschen Provinzialfonds jedoch nicht zu der Höhe der Bismarckschen Anschauung emporzuschwingen. Er war nicht gegen eine Dotation der Provinz an sich, aber der von Bismarck in Aussicht genommene Betrag erschien ihm zu hoch. Am 18. Februar 1868 begründete er seinen Standpunkt. Er blieb mit 14 Stimmen, zu denen Herr v. Below-Hohendorf gehörte, in verschwindender Minderheit gegen 127 Stimmen, die die ganze geforderte Summe bewilligten. Zu der Mehrheit gehörten auch sein Schwager, Graf Eberhard Stolberg, und sein naher Freund, Graf Krassow. Vielleicht ist seine Abstimmung beeinflußt worden durch das furchtbar gereizte Auftreten Bismarcks gegen die Konservativen, das sich aus den ihm im Ministerium selbst bei dem Dotationsprojekt bereiteten Schwierigkeiten erklärt. Dieses Auftreten verstimmte gerade Bismarcks persönliche Freunde am meisten. Seine Drohung, sich noch mehr auf die Liberalen stützen zu wollen, konnte einen Mann wie Kleist nur in seiner ablehnenden Haltung bestärken. Dessen undiplomatische Natur zeigte sich wieder von ihrer bedenklichen Seite. Denn Bismarck wurde nun umso aufgebrachter und entfernte sich noch weiter von ihm.

Einen großen Teil von Kleists Tätigkeit begannen jetzt die kirchlichen Verhältnisse seiner Heimatprovinz in Anspruch zu nehmen. Im Mittelpunkte standen die von Meinhold ver-

[1]) Hengstenberg an Kleist, 3. Juni 1868 (F.A.). Kleist an Meinhold, 13. November 1871 (Akten des luth. Vereins).

anstalteten Kaminer Pastoralkonferenzen. Als im Jahre 1865 der Professor der Theologie Hanne sich in seinem Gewissen gedrungen fühlte, in der protestantischen Kirchenzeitung einige Thesen zu veröffentlichen, in denen die Dreieinigkeit, die Gottheit und der Opfertod Christi, sowie die Erbsünde geleugnet wurden, da stand Kleist vornan unter denen, die in Hengstenbergs Kirchenzeitung unter dem 7. September 1865 eine flammende Kundgebung gegen Hanne erließen. Vermutlich hat er die Erklärung entworfen. Nichts schien ihm gefährlicher, als Ausschreitungen der Kritik in Glaubenssachen. Er hätte sich dabei auf den greisen Goethe berufen können, der in seinen Gesprächen mit Eckermann auch die Schädlichkeit solcher vernichtenden Kritik beklagt hatte, da der einmal geraubte oder erschütterte Glaube unwiederbringlich wäre. Bei einem Theologen erschien Kleist eine solche Kritik völlig unzulässig. Jene Kaminer Erklärung, die außer von Kleist nur noch von wenigen Laien, darunter Thadden, unterzeichnet war, hatte zur Folge, daß dem Sohn Hannes wegen seiner Schrift „Der historische und der ideale Christus" vom Konsistorium und Oberkirchenrat die Bestätigung seiner Wahl zum Pfarrer an der Nikolaigemeinde in Kolberg versagt wurde.

Wie stark die Aufklärung um sich zu greifen begann, das ermaß Kleist voller Betrübnis mehr denn je bei Gelegenheit der Friedrich-Werderschen Kreissynode zu Berlin im Jahre 1868, als sein Freund und geistlicher Berater von Wusterwitz her, Pastor Gustav Knak, durch seine von dem freisinnigen Prediger Lisco, wohl dem Sohne jenes Geistlichen, der einst unter so starkem Zuspruch der vornehmen Welt in der Spittelkirche gepredigt hatte, hervorgerufene, den Lehrsatz des Kopernikus anzweifelnde Äußerung einen ganz beispiellosen Sturm in der öffentlichen Meinung erregte. Damals gewann das Wort: „Lieber Türk als Pfaffe" neues Leben, und anstatt „Ach Unsinn" kam die Redewendung auf: „Ach Knak". Man nannte den frommen Prediger an der Bethlehemskirche wohl den „praktischen Sonnenschieber". Aus Karlsbad erhielt er von seinem „wohlgeneigten Satan" ein Schreiben, in dem ihm Anerkennung ausgesprochen wurde für die einzig richtige Weise, mit der er des Satans Werke unterstütze. „Ja, hoch-

würdiger Herr, die Erde muß stille stehen, und der menschliche Verstand muß es auch, wenn ich mein finsteres Werk vollenden soll!“ [1]) Der innige Geistliche, dem niemand Unbildung nachsagen durfte — hatte er doch einst als primus omnium eines Berliner Gymnasiums ein glänzendes Zeugnis erhalten, und war er doch der Verfasser vieler schöner, zum Teil lateinischer Lieder, von denen das berühmte: „Laß mich gehn“ in zehn Sprachen übersetzt worden ist; würdigten ihn doch auch geistig hochstehende Männer wie die Gerlach und der Minister v. Raumer ihres näheren vertrauten Umgangs —, mußte es erleben, vorzugsweise von der Halbbildung als ein Vertreter der krassesten Unwissenheit verlästert zu werden. Es zeigte sich bei diesem Vorfalle mit Vehemenz, daß der Glaube an die Verbalinspiration der Schrift, dem Knak huldigte, kaum noch Boden in der modernen Welt fand. Da ist es bezeichnend für den rührend kindlichen und unerschütterlichen Glauben Kleists, daß er, allerdings wohl nicht öffentlich, aber umso überzeugender für seine Glaubensaufrichtigkeit, im Kreise der nächsten Freunde Knak zu verteidigen suchte. Schwerlich hat er dabei gewußt, daß er in dieser Frage auch Luther auf seiner Seite hatte, der Kopernikus für einen „Narren“ erklärte, der „die ganze Kunst Astronomiä umkehre“. Am 30. Juli 1868 hat Kleist seine Auffassung der fraglichen Stelle im Buche Josua 10, 12—15 über das Stillstehen der Sonne im Tale Gibeon schriftlich niedergelegt und wissenschaftlich zu begründen versucht. Er meinte, das Kopernikanische System sei so wenig absolut unanfechtbare Wahrheit wie das Ptolemäische. Es sei nicht ausgeschlossen, daß neuere Forschung noch zu anderen Ergebnissen führe. Die Ausführungen richteten sich gegen Hengstenberg, der mit fast der gesamten übrigen Welt Knaks Auffassung ablehnte und jene Stelle bei Josua als aus einem Liederbuche eingeschoben erklärte. Diese Auslegung wollte Kleist nicht gelten lassen und übte zu ihrer Entkräftung eine längere Kritik an dem Text jener Bibelstelle [2]). Zu seinem Schmerz erklärte ihm aber auch sein nächster Freund Schede, daß er anderer Ansicht sei.

---

[1]) Vgl. Wangemann, Gustav Knak. 2. Aufl. Basel 1881.

[2]) Aufzeichnung im F.A.

Die größten, ungemein langwierigen Aufregungen bereitete Kleist die Behandlung seines Freundes Meinhold durch die kirchlichen Behörden. Meinhold, ein alter Burschenschafter, der seine teutonische Gesinnung mit sechs Monaten Festungshaft hatte büßen müssen, war das Urbild eines derben Pommern. So konnte es nicht wundernehmen, daß er wegen seines ausgeprägten Luthertums in Mißhelligkeiten mit dem seiner Richtung sehr wenig holden Oberkirchenrat und dem in dessen Sinne wirkenden Konsistorium geriet. Im Jahre 1867 kam es zu einem so heftigen Konflikt, daß Meinhold von beiden Behörden seines Amtes als Superintendent enthoben wurde. Da hatte er es Kleists großer Energie, Treue und einflußreicher Stellung zu verdanken, daß er wieder eingesetzt wurde. Kleist nahm den urwüchsigen, aber grundlauteren und sehr tüchtigen Mann ins Gebet. „Wurde denn die Untersuchung gegen Sie wirklich nur wegen jenes Schreibens eröffnet? und was warf man Ihnen dabei eigentlich vor? — oder auch noch wegen anderer Dinge? und welcher? und wie steht es damit?“ lautete eins seiner Schreiben an den Kaminer Oberhirten. Dann aber setzte er Meinhold selbst die Eingabe an den König und die sonstigen Behörden auf und interessierte nach allen Richtungen hin einflußreiche Männer für dessen Sache, so den Mitvorsitzenden seiner Fraktion, v. Plötz, ferner den Oberpräsidenten v. Meding, Büchsel, Hengstenberg, Wagener, Mühler, Roon, dem er zugab, daß Meinhold einmal einen „sackgroben“ Brief ans Konsistorium geschrieben habe, vor allem aber Bismarck. Dieser nahm sich der Sache mit Erfolg beim Könige an, und Meinhold blieb im Amte.

Gleichzeitig suchte er die Meinholdsche Sache zu einem wuchtigen Angriff gegen die Verwaltung des Oberkirchenrats überhaupt zu benutzen, indem er die Einreichung einer von ihm entworfenen Adresse an den König veranlaßte, in der über den vom Oberkirchenrat auf die Lutheraner ausgeübten Gewissensdruck Klage geführt wurde. Diese Adresse sollte dem Könige erst durch den Grafen Botho Stolberg und andere in einer Audienz übergeben werden. Davon riet Bismarck jedoch entschieden ab. In dem Meinholdschen Falle sei es gelungen, die Sache wie-

der ins richtige Geleis zu bringen. Jetzt sei überhaupt kein Anlaß, dem Könige mit einer Bitte und Beschwerde lästig zu fallen. Er stellte dem ihn deswegen aufsuchenden Grafen Eberhard Stolberg vor, daß die Angelegenheit nur durch einen ernstlichen Kampf zwischen Mühler und dem Oberkirchenrat zur Entscheidung gebracht werden könne. Er sei schon im Sinne der Adresse zusammen mit Mühler tätig. Durch eine mündliche Audienz liefe die Sache Gefahr, da sich dann der König nach einer gewissen Richtung festlegen könnte. Infolgedessen wurde die Adresse nur auf schriftlichem Wege überreicht. Man gewinnt den Eindruck, daß Graf Bismarck froh war, so diese Audienz zu beseitigen, und einige Ungeduld über das stürmische und Schwierigkeiten schaffende Drängen der Lutheraner bemeistern mußte [1]).

Als im Herbst des Jahres 1869 in den östlichen Provinzen Preußens außerordentliche Provinzialsynoden zusammentraten, um den Entwurf einer vom Oberkirchenrat ausgearbeiteten allgemeinen Provinzialsynodalordnung zu beraten, brach für Kleist-Retzow ein großer Tag an. Auf diese lange bevorstehende und nun endlich in Angriff genommene Organisation der evangelischen Kirche hatte er sich schon seit Jahren gerüstet. Freilich war es lange ungewiß, ob er in die pommersche Synode hinein gelangen würde, weil er in seiner eigenen Gegend immer mit so viel Widerspruch zu kämpfen hatte. Zu seiner Genugtuung entsandte ihn die Bezirkssynode Belgard-Körlin-Kolberg-Schivelbein als ihren Vertreter, und freudig konnte er außerdem an Reck melden, daß in ganz Pommern „entschiedene Leute" gewählt wären. Er wurde gleich mit großer Mehrheit zum zweiten Beisitzer in der Synode und in die Kommission für die Synodalordnung gewählt. Er hat auch einen hervorragenden Anteil an deren Beratung gehabt, wobei es nicht an Zusammenstößen zwischen ihm und den Vertretern des Kirchenregiments fehlte. Das Hauptereignis dieser außerordentlichen pommerschen Provinzialsynode war aber die Vorlegung einer Denkschrift Kleists über die zu erstrebende Dotation der Kirche. Der weitausschauende Antrag Kleist-

[1]) Insbesondere nach Akten des lutherischen Vereins in Pommern.

Hammerstein auf größere Selbständigkeit der evangelischen Kirche, der später so viele Kämpfe im Lande verursachte, tauchte hier zum ersten Male auf, in seinen Grundzügen durchaus fertig. Kleist war eben 55 Jahre alt geworden, als man die Denkschrift gedruckt unter den Mitgliedern der in Stettin tagenden Synode verteilte. Ohne Frage war sie die Frucht jahrelangen Denkens und Studiums. Sie begann mit dem Kardinalsatz, der eins der wesentlichsten Stücke in Kleists Auffassung ausmachte: „Die Anteilnahme der Landesvertretung an der Gesetzgebung und ihr Einfluß auf die Regierung hat mit Notwendigkeit eine Loslösung der evangelischen Kirche von den Organen der Regierung zur Folge." Um diese durchzuführen, so hieß es weiter, müßten größere Geldmittel flüssig gemacht werden. Dann gibt der Verfasser einen Überblick über die der Kirche bereits zur Verfügung stehenden Mittel und erörtert, daß deren Verwendung großenteils festgelegt sei. Neue Kirchensteuern hält er für Zwecke der Organisation für unangebracht. In längerer historischer Beweisführung gelangt er darauf zu dem Schlusse, daß der Staat die Pflicht habe, die Kirche mit ausreichenden Mitteln aus dem ihr bei der Reformation entzogenen Gute, dessen Verwaltung die Reformatoren dem Staate nur einstweilen aus Not überlassen hätten, zu versehen. Es waren das Ideen, die sich mit Ideen König Friedrich Wilhelms IV. berührten [1]). Kleist stützte sich im einzelnen auf Rankes Deutsche Geschichte, auf die den schwedisch-pommerschen Ständen im Jahre 1663 gegebene Regimentsform und auf das Edikt der Staatsregierung vom 30. Oktober 1810. Auch Stahlsche Deduktionen zog er heran. Er fand, daß die im Staatshaushalt von 1870 für die evangelische Kirche vorgesehene Summe von 615 430 Talern in einem durchaus unrichtigen Verhältnisse zu der der katholischen Kirche zugebilligten Summe von 841 067 Talern stehe. „Nicht die evangelische Kirche, der Staat hat durch seine Verfassungsurkunde zu den Neuorganisationen Veranlassung gegeben. Der preußische Staat und

[1]) Die Theorie des Notbehelfs wird auch von dem neuesten Lutherbiographen vertreten. Vgl. Ad. Hausrath, Luther II, 104.

die evangelische Kirche standen bisher in Verhältnissen wie in einer Ehe. Würde die Verfassungsurkunde von seiten des Staates als eine Scheidung angesehen, der Staat wäre der schuldige Teil. Wir hoffen zu Gott und bitten ihn darum, daß es zu einer solchen Scheidung nicht kommt, daß es sich schließlich nur um Herstellung eines anderweiten Verhältnisses beider in dem geschlossenen Bunde, um freie Gewährung einer größeren Selbständigkeit für die Kirche handelt. Aber selbst wenn die Absicht auf eine wirklich dauernde Trennung ginge, nach der vorangegangenen dreihundertjährigen Gemeinschaft kann der Staat die evangelische Kirche nicht verstoßen." Die Entscheidung über diesen Anspruch hätte allerdings der Landtag zu treffen [1]).

Der Denkschrift war als Anlage der Versuch einer Berechnung der in den Besitz des Staates übergegangenen Einkünfte aus pommerschen Kirchengütern beigelegt. Diese Berechnung konnte natürlich nur sehr unvollkommen ausfallen. Es wird nämlich selbst bei tiefgehenden Einzelforschungen kaum möglich sein, ein vollständiges Material zur Abschätzung der vor Jahrhunderten erfolgten Besitzveränderungen beizubringen. Kleist aber konnte selbstverständlich, so sehr er sich auch bemühte, spezielles Material zu geben, nur ganz ungefähre und durchaus lückenhafte Schätzungen aufstellen. So sind seine Berechnungen ziemlich wertlos und nur dadurch interessant, daß sie zeigen, mit welchem Eifer dieser Anwalt der evangelischen Kirche vorging. Die Denkschrift dagegen ist ein wichtiges Aktenstück zur Zeitgeschichte. Denn sie enthält große, weitausblickende Gedanken. Mit ihr gab Hans v. Kleist-Retzow sein Eigenstes. Nicht daß er durchaus neue Gedanken entwickelt hätte. Auch anderswo, so in Hannover, wurden gleichzeitig ähnliche Ideen vertreten. Aber kaum jemand hatte diese Fragen mit solcher Gründlichkeit durchdacht, wie der Gutsherr von Kieckow. Er fühlte wohl, daß die Zeit noch nicht reif war, um der Ausführung dieser Ideen näher zu treten. Immer-

[1]) Wortlaut der Denkschrift in: Verhandlungen der außerordentlichen Provinzialsynode der Provinz Pommern im Jahre 1869. Stettin 1870. S. 382 ff.

hin hielt er es für angebracht, den Gedanken hinauszutragen in die Öffentlichkeit, damit er dort Wurzel fasse. Es ist gleichsam, als wenn der ermüdete Streiter für das Königtum damals noch den Wunsch gehabt hat, vor seinem Abscheiden eine Tat für seine Kirche durch Einreichen dieser Denkschrift zu vollbringen. Ihm entging es nicht, daß er einen schweren Kampf damit einleitete, und er zitterte dann wohl gelegentlich davor, ob er bei seiner Entschiedenheit, „Derbheit", wie er sagte, den richtigen Ton treffen würde. Dann aber erinnerte er sich des Wahlspruchs, den er sich in diesen Jahren wählte: „Fürchte dich nicht, glaube nur" (Markus 5, 36). Seine Gedanken wurden einstweilen wenig beachtet und noch weniger verstanden. Die Zeit war mit anderen Dingen beschäftigt. Es brachen die großen Tage der Reichsgründung an.

Kleist hatte schon seit langem nicht gezweifelt, daß über kurz oder lang der Krieg mit Frankreich kommen würde. Als im August 1866 die Nachricht eintraf[1]), daß Frankreich die von Benedetti erhobene Forderung der Wiederherstellung der Grenzen von 1814 fallen ließe, war Kleist gerade bei Roon zu Tisch. „Gott sei gelobt," rief er erfreut bei dieser Kunde aus. Aber Roon meinte belehrend: „Danken Sie nicht zu früh; sollen wir einmal mit Frankreich Krieg haben, wer weiß, ob es jetzt nicht am günstigsten wäre." Die Franzosen wären gar nicht gerüstet. Bismarck bestätigte diese Behauptung später und meinte, hätte man das preußischerseits so genau gewußt, so hätte man 1866 doch noch einen besseren Frieden gemacht. Bei der Luxemburger Sache meinte er zu Kleist: Solange es irgend mit Ehren möglich sei, halte er es für Pflicht jedes Staatsmannes, den Krieg zu vermeiden; niemand könne wissen, ob nicht die nächste Entwicklung die günstigen Aussichten bei einem Kriege gegen Frankreich verdürbe. Kleist bezeugt es, daß dem Bundeskanzler der Verlust Luxemburgs sehr nahe gegangen sei, und erzählt, Bismarck habe damals geäußert, die Gelegenheit des Wiedererlangens werde sich schon finden und dürfe nicht versäumt werden. Im August 1867 erfuhr er bei einem Besuche in Varzin, daß der Bundeskanzler „völlig

[1]) Das Folgende nach Aufzeichnungen Kleists aus dem Jahre 1871.

sicher wegen jeder Kriegslust Napoleons" sei. „Ob er aber auch so sicher ist wegen eines Gezogenwerdens von der öffentlichen Meinung?" schaltete er fragend in dem Briefe, in dem er dies berichtete, ein und stützte diesen Zweifel durch die Bemerkung: „Schon bei der Luxemburger Frage gab er zu, daß Napoleon die Dinge in Frankreich nicht mehr leite." Demgemäß folgerte er damals: „Es ist mir gewiß, daß wir über kurz oder lang mit Frankreich Krieg bekommen." Als dann der Krieg schließlich ausbrach, erfuhr er von Blanckenburg die Bestätigung, daß Napoleon von der öffentlichen Meinung hineingezogen sei in dies Unternehmen. Auch die Kaiserin Eugenie habe nicht bestimmend eingewirkt. „Die ist nicht zuversichtlich wegen Trunkenheit ihrer Leute," schrieb der Zimmerhäuser am 23. Juli. Blanckenburg bekundete zugleich Besorgnis wegen der oberen deutschen Leitung. „Fürchten tue ich nur das schlechte Verhältnis zwischen Roon und Bismarck, die sich ressortmäßig immer toller verfahren. Schuld haben sie beide, und ich zittere, daß gestern im Staatsministerium eine furchtbare Szene geplatzt ist."

Blanckenburg erwartete, daß Kleist sich mit ihm an die Spitze der pommerschen Johanniter stellen würde. Diesmal aber versagte der stets so hilfsbereite und aufopferungsvolle Mann. In der größten Stunde der deutschen Geschichte hat er anfangs zurückgestanden. Deutlich zeigt dies seine Ermüdung in jener Zeit. Er ließ sich durch eine schwere Vormundschaftsangelegenheit daheim fesseln, indem er einem Verwandten dieser Sache wegen das Versprechen gab, nicht als Johanniter ins Feld zu ziehen. Zwar wurde ihm dies Versprechen schwer; aber daß er es überhaupt gab, ist das Auffällige. Das war nicht mehr der alte feurige Kleist-Retzow! Das zeigte ein Sinken seiner Lebenskraft. In der Zeit seiner Frische hätten ihn solche Privatangelegenheiten nimmer festzuhalten vermocht. So beschränkte sich seine Kriegstätigkeit darauf, daß er als Delegierter des Johanniterordens in Polzin wirkte. Er mußte erst alle Anstrengung machen, daß das dortige Krankenhaus überhaupt mit Verwundeten belegt wurde. Bis zum November kamen schließlich 71 der Pflege bedürftige deutsche Krieger dorthin, erst 32 Verwundete, dann Kranke von Metz und Paris; unter den Verwundeten befand sich ein durch acht Hiebe

übel zugerichteter Halberstädter Kürassier, den Kleist mit anderen in der Genesungszeit nach Kieckow nahm. Die gewaltigen Ereignisse durchlebte er mit den Seinen, wie er schreibt, „bittend, hoffend, dankend" mit. „Gott wolle für unser Staatsleben daraus eine heilsame Frucht ersprießen lassen," schrieb er am 16. August an Schede, sprach aber schon damals leise die Befürchtung aus, daß die Erfolge leicht einen Geist der Überhebung zeitigen könnten. Innige Freude gewährten ihm die demütigen Depeschen des Königs, an dem er seit Jahren die Entwicklung zu einer bekenntnisfroheren und ernsteren Religiosität im Gegensatz zu früher wahrnahm. Das gewohnte Erntefest fiel gerade auf den Tag nach Sedan. Es wurde nun besonders festlich begangen. Man pflanzte eine Friedenseiche und zündete ein Freudenfeuer an, wie einst am Leipziger Jubeltage. Vor dem Hoch auf König Wilhelm wurden die Siegesdepeschen verlesen. Auch das Heer, besonders die tapferen Pommern, ließ man leben. Dazwischen wurden zwei Dichtungen vorgetragen, die Kleists Gemüt begeistert und ergriffen hatten: Nonnes Lied „Flamme empor!" und Julius Wolffs Gedicht auf die von den Einundsechzigern, einem pommerschen Regiment, bei Dijon verlorene Fahne. Allmählich begann der Mann, über den der Rost der Jahre schon solche Macht zu gewinnen schien, wieder zu erglühen. „Die durch die Erfolge des Krieges so schnell und offenbar eintretenden Gerichte Gottes sind zum Anbeten," schrieb er unter dem Eindrucke von Sedan. „Der Verlust so vieler teurer Leben," so meinte er, „ist wohl notwendig, weil nur aus Opfern bis zum Tode neues Leben sprießen kann." Seltsam berührte ihn die Erfüllung der Weissagung des im Jahre 1566 verstorbenen Leibarztes Karls IX. von Frankreich, Nostradamus, von der die Zeitungen damals berichteten. Nach ihr, wenigstens nach einer Angabe in den Liedern des Chevaliers de Chatelain, sollte das zweite Kaiserreich 18 Jahre weniger ein Viertel bestehen, was buchstäblich eingetroffen war. Als die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten wegen des Beitritts zum Bunde begannen, hoffte Kleist, daß bei dieser Gelegenheit die Bundesverfassung verbessert werden würde. Er hatte immer gefunden, daß der Bundesrat seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und nur Bis-

marcks überlegene Persönlichkeit das Ganze zusammenhalte. Darum vertrat er schon seit Jahren die Oberhausidee. Als er jedoch vernahm, daß auch jetzt nur eine Erweiterung des Bundes mit denselben Formen in Frage käme, bezeichnete er das als ein „wahres Nationalunglück“ [1]). Die großen militärischen und politischen Erfolge müßten benutzt werden, die früheren Fehler auszumerzen. „Mit der jetzigen Bundesverfassung treiben wir doch der Republik zu. Es muß ein Erstes Haus (ein Staatenhaus) als Gegengewicht gegen die aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Versammlung geschaffen werden, etwa zu einem Drittel von den Fürsten je nach Verhältnis der Größe der Länder auf Lebenszeit ernannt, zu einem Drittel von den Ersten Kammern gewählt, zu einem Drittel aus den Zweiten Kammern. Dann müßte das Tabaksmonopol gleich durch die Verfassung eingeführt werden, um die Matrikularbeiträge los zu werden, und weil es jetzt am leichtesten durchzubringen ist. Die bedenklichen, das Militär betreffenden Fassungen müßten beseitigt und dem Kaiser ein volles Veto bei der Gesetzgebung eingeräumt werden.“

Der Kaiserwahl stimmte er freudiger zu als König Wilhelm und dessen getreuer Paladin Roon. Darin offenbart sich wohl neben der Begeisterungsfähigkeit seines Herzens der Einfluß Blanckenburgs. Es war nun so gekommen, wie er es im Juni 1849 in Wahlreden vorausgesagt hatte: die deutsche Einheit war durch Bajonette gegründet worden. Als der Norddeutsche Reichstag seine Adresse an den König richtete, wurmte es ihn, daß „der Jude Lasker“ zum Referenten in dieser Sache bestimmt wurde. „Dann mußtet Ihr ihn auch mitnehmen und in Versailles zum Sprecher machen,“ schrieb er tadelnd an Blanckenburg. Es trieb ihn, das Herrenhaus ebenfalls zu einer Kundgebung zu veranlassen, und er entwarf daher eine Adresse an den König, in der er die des Reichstages zu korrigieren suchte, insofern als jene „Gottes Taten“ aus dem Spiele ließ und den Reichstag an die Stelle der Fürsten setzte, wie er dem Freunde in Zimmerhausen erläuternd schrieb. Zugleich wollte er darin die Stellung des Herren-

[1]) Kleist an Reck, 13. November 1870.

hauses zum Reiche aussprechen, es anerkennen, daneben aber auch seine Bedenken andeuten. Es hieß darin: „Deutschland ist einig, wie es seit Jahrhunderten nicht war, und erweist sich in dieser Einigkeit unter Eurer Kgl. Majestät Führung mächtig wie kaum je zuvor. Eure Kgl. Majestät, von den Fürsten und freien Städten Deutschlands zum Kaiser erkoren, werden als solcher die freie Entfaltung deutschen Geistes in seiner reichen Mannigfaltigkeit und Stammeseigentümlichkeit pflegen, ohne daß darum das Kgl. Preußen den durch eine Geschichte ohne gleichen ihm teuer gewordenen Königsnamen einbüßt. Dank gegen Gott für diese Seine Führungen bewegt mit Eurer Kgl. Majestät unsere Herzen. Das preußische Herrenhaus kennt kein anderes Streben als das Heil Eurer Kgl. Majestät und das damit völlig gleichbedeutende des Vaterlandes. Die Reichsgesetzgebung beschränkt notwendig den Einfluß des Landtags der Monarchie; ohne Neid wird das Herrenhaus dies sehen, wenn jenes Ziel seines Strebens voller in dem Deutschen Reiche zur Geltung kommt." Von Angehörigen aller Parteien unterschrieben, wurde die Adresse am 21. Dezember von Below-Hohendorf eingebracht. Freilich machten, wie Kleist an Blanckenburg berichtete, die „Ultras", so der frühere Justizminister Graf Lippe und der katholische Graf Brühl, Graf Gröben und Herr v. Waldaw-Reitzenstein, „schrecklichen Lärm". Graf Brühl erhob sogar in längerer Rede schwere Bedenken, die aber wenig Beachtung fanden. Nachdem der Professor Dernburg sich warm dafür ausgesprochen hatte, ergriff Kleist zu einer tiefempfundenen Rede das Wort. Er erinnerte an ein Ereignis der jüdischen Geschichte: „Es gab im israelitischen Volke eine Zeit, wo ihm vorher verkündet wurde, daß es einen König haben sollte, und als es nachher vor der von Gott gesetzten Zeit einen solchen begehrte, um zu sein wie die anderen Völker, wurde ihm erklärt, daß es damit Gott verworfen habe. Und bald darauf gab ihm Gott doch den König nach seinem Herzen." Ganz im Geibelschen Sinne meinte er: „Deutschland ist durch seine Gaben vor anderen Völkern dazu bestimmt, der geistige Mittelpunkt von Europa zu sein." Er erläuterte dann den Wortlaut der Adresse: „Wollten wir in diesem Augenblick schweigen, so würde das Herrenhaus dadurch ausdrücken, daß es außer-

halb der Entwicklung, außerhalb der Geschichte, außerhalb des Volkes stehe, daß es für die Weiterentwicklung Preußens tot sei." Bei der Abstimmung wagte niemand zu widersprechen, so daß der Entwurf einstimmig angenommen wurde. „Ich denke, Du wirst mit unserer einstimmig beschlossenen Adresse mit etwa neunzig Unterschriften zufrieden sein," meldete der Verfasser stolz an Blanckenburg. Am 1. Januar 1871 überreichte das Präsidium des Herrenhauses, an der Spitze Kleists Schwager, Graf Eberhard Stolberg, dem Könige die Adresse in Versailles. Eine schönere Genugtuung konnte Kleist nicht werden, als daß der Monarch bei seinen Dankesworten der Verdienste des Herrenhauses um die Neugestaltung des Heeres gedachte, durch die die großen Erfolge erst möglich geworden wären. Diese Unterstützung der Heeresreform, so erklärte der neu erkorene Kaiser, auf frühere ähnliche Erklärungen Bezug nehmend, werde er dem Herrenhause nie vergessen. —

Nachdem das Reichsgebäude gerichtet war, hatte die Gefolgschaft, die Kleist-Retzow dem führenden Staatsmanne bis zuletzt im großen und ganzen immer noch, wenn auch zögernd und unter vielfachem heftigem Widerspruche geleistet hatte, im wesentlichen ihr Ende erreicht. Wenn er sich jetzt von dem so Hochgestiegenen entfernte, so lag ihm dabei nichts ferner als jenes Gefühl, über das der greise Kanzler sich so oft in bitteren Anklagen gegen seine Standesgenossen ergangen hat: das Gefühl des Neides. Es war bei Kleist-Retzow gerade etwas Bemerkenswertes, daß er von der Empfindung des Neids gegen Bismarck völlig frei geblieben ist. Das hat noch Wilhelm v. Kardorff in seinem Nachrufe auf Kleist [1]) besonders hervorzuheben für nötig befunden. Bei Kleist versteht es sich von selbst, daß die Trennung von dem gewaltigen Kanzler lediglich in Prinzipien ihre Ursache hatte. Schon die Wahlen zum ersten Deutschen Reichstage zeigten, daß sich Graf Bismarck bei Einführung des allgemeinen Stimmrechts in seinem Vertrauen auf die monarchische Gesinnung der Wählermassen verrechnet hatte,

---

[1]) Deutsches Wochenblatt 1892, S. 245—247.

daß alſo Kleiſts Bedenken gerechtfertigt waren. Der Ultramontanismus wagte im Rahmen des Stimmrechts, im Anſchluß an das vatikaniſche Konzil von 1870, ſofort keck ſein Haupt zu erheben, und in dumpfen, ſchweren Jahren wälzte ſich der kirchenpolitiſche Streit zwiſchen dem preußiſchen Staat und der Kurie durch Stadt und Land, weſentlich gefördert, verſchärft und vergiftet durch das Machtmittel, das dem dem Weſen des Preußentums großenteils todfeindlichen römiſchen Klerus vermöge des Stimmrechts in die Hände gegeben worden war. Der Kampf entwurzelte in den Herzen von Hunderttauſenden von Katholiken, die noch alle mehr im Preußentum hätten aufgehen und darin hätten erzogen werden müſſen, auf lange das zarte Pflänzlein Vertrauen, das die Staatsverwaltung in ihnen zu pflegen gehabt hätte. Von Rudolf Virchow in Anlehnung an das ſchon lange vor ihm von Laſſalle gebrauchte Wort Kulturkampf [1]) getauft, wirkte dieſer Kampf geradezu kulturſchädigend, nicht einmal ſo ſehr, weil er das religiöſe Leben ſtörte, ſondern vor allem, weil er alte Wunden im Leben der deutſchen Nation wieder aufriß, welche Generationen nicht völlig wieder zu heilen vermochten. Seitdem hatte das Deutſche Reich mit der Macht des niemals zu befriedigenden Zentrums zu rechnen. Der Kampf hatte auf der anderen Seite das Gute, daß er vielen Evangeliſchen die Augen über das geringe ſtaatliche Gemeinſchaftsgefühl öffnete, das große Schichten unter den Angehörigen der römiſchen Kirche mit ihnen hatten. Schon 1870 hatte ſich Bismarck mit dem Gedanken getragen, den weitgehenden Anſprüchen der katholiſchen Kirche entgegenzutreten. Nach erfolgter Reichsgründung ward ihm der Kampf geradezu aufgedrungen. Er nahm ihn pflichtgemäß auf, weil er dem Staate nichts vergeben wollte und durfte. Bald ging er mit ſtürmiſcher Gewalt vor, die Machtmittel des Staates überſchätzend, von ſeinen eigenen Erfolgen etwas zu ſtark emporgetragen und vor allem in der Hitze des Kampfes von ſeinem teutoniſchen Temperament, das jeſuitiſche Taktik mit äußerſter Feinheit zu benutzen wußte, viel zu weit fortgeriſſen und mußte

[1]) Laſſalle in ſeinem Aufſatz über Leſſing in Bd. 2 der demokratiſchen Studien. Hamburg 1861. S. 505.

den Kampf einstellen. Die positiven Ergebnisse, die der Streit für den Staat gehabt hatte, waren gering gegen die Wunden, die diesem geschlagen waren. Neben der Verbitterung der Katholiken war eine seiner Wirkungen auch die Verstimmung weiter evangelischer Kreise, ja selbst die Schädigung der evangelischen Kirche.

Kleist hat in diesem geistigen Kampfe eine bemerkenswerte Rolle gespielt. Er ist unter den evangelischen Pairs derjenige gewesen, der dem eisernen Kanzler dabei den hartnäckigsten Widerstand geleistet hat. Seine leidenschaftlichen Reden gegen das Vorgehen des Staates in dieser Zeit haben seine Persönlichkeit der Mitwelt doch wohl mehr wie alles andere, wodurch er ihr bis dahin bekannt geworden war, eingeprägt. Es wäre ein Irrtum, wollte man annehmen, daß er bedingungslos für die römische Kirche Partei genommen habe. Er hat vielmehr den ganzen Feldzug des Kanzlers wesentlich vom evangelischen Standpunkte aus beurteilt und bekämpft. Es war ihm aber aus seiner Jugendzeit eingewurzeltste Lebenserfahrung, daß staatliche Gewaltmittel in religiösen Dingen stets das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezwecken, und dem Volksleben tiefe Wunden zu schlagen pflegen. Durch alle Phasen der Kämpfe gegen Rom in den Siebzigerjahren hindurch bewahrte er sich vollkommene Klarheit darüber, daß auch die katholische Kirche im Unrecht sei, ja er gab ihr wohl mehr unrecht als dem preußischen Staate. Es zeigte sich jetzt, daß er sich über das Verhältnis von Staat und Kirche, zu dessen Studium einst Ernst Ranke seinen jungen Kommilitonen Hans v. Kleist anregte, ernsthaft Rechenschaft gegeben hatte. Freilich war es auch ihm nicht gelungen, die geradezu unbestimmbaren Grenzen staatlicher und kirchlicher Machtbefugnisse zu ermitteln. Er stand auf der Seite derer, die der Kirche mehr Rechte zusprachen, als es der Zeitgeist haben wollte und als es bei dem heutigen Kulturstande und den vielgestaltigen modernen Erscheinungen zulässig ist. Darum sein erbitterter Kampf gegen die Schulpolitik des Staates und dessen Regelung der Eheschließung. Gerade auf diesen beiden Gebieten hat er am meisten seine Kraft eingesetzt, und gerade auf diesen hat er, soweit heute schon ein Urteil zulässig erscheint, durchaus un-

recht gehabt, so richtig seine Gesamtstellung in dem kirchenpolitischen Streite war. Sein zweiter Fehler war sein heißsporniges Draufgängertum. Er ist in denselben Fehler verfallen, in den sein großer Freund verstrickt wurde; die Kampfeslust hat ihn fortgerissen. Ja er hat sich von seinen rednerischen Erfolgen verleiten lassen, öfter einzugreifen, als es ihm nachmals lieb war. Und in den Verhandlungen zeigte er vor allem wieder jene starre Unnachgiebigkeit und Schroffheit, die ihm bereits in Koblenz so verhängnisvoll geworden waren. War Bismarck schon vorher manchmal aufgebracht gegen Kleist gewesen und hatte ihm in seiner Heftigkeit und Gereiztheit wehe getan, so empfand er jetzt, wo er in den ungeheuren Kämpfen, in die er sich verwickelte, gern einen Rückhalt an den ältesten Freunden gehabt hätte, und wo er dann und wann deutlich fühlte, daß er auf ein falsches Gleis gekommen war, doppelt schwer die gegnerische Stellung des alten Kampfgenossen. Unzweifelhaft hat der zürnende Pelide furchtbare Auftritte mit seinem alten Gefährten gehabt. Er wird ihn, so dürfen wir sicher sagen, in seiner Überreiztheit nicht behandelt haben, wie man einen Freund behandelt. So mußten jene herzensinnigen Freundschaftsbande zwischen den beiden, die sich in so manchen stillen Stunden im trauten Beisammensein und so manchen lauten kampfdurchtobten Augenblicken geschlungen hatten, zerreißen.

Kleist wollte es nicht anerkennen, daß das Wesen des Staates Macht ist. Er suchte sich mit der wenig tiefgehenden Wendung abzufinden, daß die Macht der dem Staate von Gott gegebene Schmuck sei. Noch mehr verwarf er, und das mit Recht, die Omnipotenz des Staates, die nur eine Statt in der Antike gehabt hatte. Aber er erkannte doch eine Oberhoheit des Staates über die Kirche an und verteidigte diesen Gedanken mit aller Entschiedenheit gegen die nächsten Freunde. „Es gibt eine ganze Reihe von Angelegenheiten," so hat er einmal an Schede geschrieben, „welche dem Staat und der Kirche gemeinsam sind. In diesen haben sie zu versuchen, sich zu vertragen, müssen auch manches voneinander ertragen. Der Staat, wenn er sie ordnen will, hat also die Kirche zu hören, ihr möglichst zu willfahren, aber das Prinzip gerade, diese Dinge nur mit ihrem Einverständnisse zu ordnen, kann ich

nicht anerkennen. Es kommt dabei nicht sowohl die Spaltung der Kirchen in Betracht, die es verschieden geordnet wissen wollen, nicht auch allein, daß wir aus Erfahrung wissen, wie weitgreifend darin die römischkatholische Kirche ist, die z. B. das ganze Eherecht sich vindiziert, — das Entscheidende ist, daß der Staat in der Tat recht eigentlich die Aufgabe hat, Recht und Gerechtigkeit zu handhaben. Es kann einen Punkt geben, wo der Mann gegen den Widerspruch der Frau entscheidet, und er muß das, wenn er seiner Pflicht genügen will, dafür ist er Gott und den Kindern und der Frau selbst verantwortlich. Übertritt er dabei die Grenze, mißachtet er das Gewissen, den Glauben der Frau, so hat er nicht bloß die Macht, sondern auch das formale Recht dazu, — so schweres Unrecht es materiell sein kann." Mit großem Eifer warf er sich auf das Studium des Kirchenrechts, vornehmlich der Schriften von Friedberg und Sohm, und stellte sich dabei, wie sich versteht, wesentlich auf die Seite des damals noch konservativen Sohm.

Zur Teilnahme an dem Kampf zwischen Staat und Kirche ist er erst allmählich getrieben worden. Den Eröffnungsgefechten im Reichstag im Frühjahr 1871 konnte er, da er im deutschen Parlament nicht saß, nur beobachtend folgen. Er stand ihnen mit geteilten Gefühlen gegenüber. Als das Zentrum den Antrag stellte, die kirchenpolitischen Artikel der preußischen Verfassung in die Reichsverfassung aufzunehmen, sprach er sich gegen diesen Anspruch aus und stimmte lebhaft Blanckenburgs Rede gegen jenen Antrag zu, indem er meinte, daß der Zimmerhäuser mit Entschiedenheit und Geschick auch seine Ansicht ausgesprochen hätte, nur mit unnötiger Verletzung der Katholiken. „Es ist ein Vorzug der Reichsverfassung, daß sie keine Grundrechte hat. Hier hatten die Katholiken allein schuld." Dagegen fand er, daß in der Adresse an den Kaiser die Einmischung in das innere Leben der Völker (im Hinblick auf die Wiederherstellung der päpstlichen Herrschaft) allzu schroff zurückgewiesen und das Zentrum dadurch mit einigem Grund verstimmt sei. Er bedauerte, daß Konservative und Katholiken gleich von vornherein so auseinander gekommen seien. Sehr lieb war es ihm, daß er bei der vom Reichs-

tage unternommenen Regelung der Jesuitenfrage nicht mitzuwirken hatte: „Die Jesuitenfrage ist eine äußerst delikate. Sie sind einmal die unerbittlichen Feinde der evangelischen Kirche." Vor der eigenen Stellungnahme in dem ganzen Streite fürchtete er sich geradezu. „Leicht ist es nicht," schrieb er am 1. August 1872 an Schede, „in solchem Kampfe gegen die Staatsregierung aufzutreten, die sich soweit engagiert hat. Augenscheinlich soll der nächste Landtag Gesetzvorlagen gegen die Bischöfe erhalten, mich graut davor. Krementz' Satz ist ja richtig: Gott mehr gehorchen, als der Staatsregierung, — allein jede Maßregel der katholischen Kirche resp. eines Bischofs zum Schutz des Dogmas der Unfehlbarkeit kann nicht mit Gottes Gebot von uns identifiziert werden. Da geht das Staatsgesetz wirklich vor." Als die ersten Maigesetze erlassen waren, schrieb er demselben Freunde: „Bei aller Anerkennung des Unrechtes des Staates, bei aller vollen Teilnahme für die katholische Kirche — den Gesichtspunkt dürfen wir uns nicht verdunkeln lassen und müssen ihn auch anerkennen mit aller Rücksicht, daß sie doch mit Beschlüssen, wie über die sündlose Empfängnis der Maria, über die Infallibilität des Papstes diese Gerichte über sich herbeigeführt hat." Wie er über die Weihnachtsallokution Pio Nonos von 1872 gedacht hat, in der der Papst scharf die Verfolgung der katholischen Kirche verurteilte, ergibt sich aus den vorhandenen Briefen nicht. Vielleicht hat er aber die Ansicht Blanckenburgs geteilt, der meinte, daß die Allokution dem beschränkten Papste von den Jesuiten eingegeben sei, um Bismarck noch mehr zu reizen[1]). Der Brief des Papstes an den deutschen Kaiser vom 7. August 1873 war ganz zweifellos von böswilligen Ratgebern veranlaßt, denn er zielte, und zwar mit feiner Berechnung, auf eine Trennung von Kaiser und Kanzler, verdarb allerdings die Erreichung dieses Ziels durch eine maßlose Überhebung, die mit einem Male die kirchenfeindliche Politik des Kanzlers auch für die schwankenden Evangelischen nur zu berechtigt erscheinen ließ. Die meisterhafte Antwort, die Kaiser Wilhelm dem Papste erteilte, rief in den Herzen

[1]) Blanckenburg an Kleist, 30. September 1872.

fast aller Patrioten Begeisterung hervor. Kleist war tiefbewegt über den Schriftwechsel. Klaren Auges erkannte er, daß dadurch nur eine Verschärfung und weitere Ausdehnung des Kampfes bewirkt wurde. „Es schmerzt mich tief," gestand er Schede, „daß der Papst durch Ungeschick Veranlassung zu solchem Triumph der kirchenfeindlichen Politik gegeben hat." Er meinte, wenn Pio Nono sich darauf beschränkt hätte, etwaige Gewissensbedenken des Kaisers gegen die Schärfe der Gesetze wachzurufen, so hätte das zur öffentlichen Feststellung völliger Übereinstimmung führen müssen. „Die Behauptung, daß der Papst an jeden Getauften ein Anrecht hat, ist unwahr; die schwierige Frage über ihr Verhältnis zueinander gehörte gewiß nicht in ein solches Schreiben und wurde in der Antwort geschickt benutzt, als ob damit die Prätension erhoben sei, daß auch evangelische Christen nur durch des Papstes Vermittlung selig werden könnten, wovon wieder nicht die Rede war." Auch er konnte sich nicht dem Eindruck entziehen, den die Erklärung des Kaisers allenthalben hervorrief: er sei sich seiner Verantwortung vor Gott bei seinem Vorgehen bewußt. Er meinte aber doch nicht unrichtig: „Es wird dabei übergangen, daß sein Gewissen und sein Glaube nicht identisch ist mit den Handlungen des Staates, und daß selbst, wenn ohne seine Zustimmung kein Gesetz gegeben werden kann, — darum doch sein Glaube den Gesetzen und ihrer Ausführung nicht eingehaucht sein kann, weil die Staatsverfassung seinen Willen in bestimmte Schranken weist, die davon völlig differieren können. — Der Papst mußte kurz und nachdrucksvoll dartun, wie jenes Verfahren in der Tat die katholische Kirche vernichte, wie die dadurch erzeugte Differenz und Gesinnung das Staatsleben gefährde. — Aber, aber, der Fehler, der Grund jener Leiden der Kirche liegen schließlich doch in ihr, — im Vatikanum." Nach dem Mordversuch des in den katholischen Gesellenvereinen verhetzten Böttchers Kullmann schrieb er an Andrae-Roman: „Wer dankt nicht innig Gott über Bismarcks neue wunderbare Bewahrung. Ich fürchte von der ganzen Sache aber keinen guten Erfolg. Bei ihm selbst und vielen kurzsichtigen Menschen liegt die Gefahr nahe, daß sie in seiner wunderbaren Bewahrung das Siegel Gottes auf seine Kirchenpolitik gedrückt zu sehen

meinen. Und in dem großen Haufen wird die Wut gegen die Katholiken überhaupt umso größer werden."

Er war durch Moritz v. Blanckenburg davon unterrichtet, daß dem Fürsten Bismarck sehr bald an der Seite des im Januar 1872 ernannten Kultusministers Falk nicht recht wohl war. Hatte der Kanzler doch zu diesem scharfsinnigen und vornehm denkenden, tatkräftigen, aber gar nicht staatsmännischen Juristen, dem es vor allem wenig gegeben war, historisch zu empfinden, auch nur in der Verlegenheit gegriffen. Das beweist sein Tasten nach der geeigneten Kraft. Man weiß, daß er daran gedacht hat, seinen Jugendfreund, den geistreichen Balten Grafen Alexander Keyserling zu berufen. Aus den Briefen Kleists ist zu vermuten, daß er im Sommer 1872, ein halbes Jahr nach der Ernennung Falks, durch Hermann Wagener bei dem 1848 schon einmal als Kultusminister verwandten, damals liberalen Rodbertus, dem berühmten Nationalökonomen, von dem es hieß, daß er ganz positiv geworden wäre, wegen Übernahme des Ministeriums an Falks Stelle hat sondieren lassen. Nach kaum Jahresfrist suchte er nach einer Verstärkung gegen Falk im Ministerium und verfiel dabei auf Blanckenburg[1]). Darüber berichtete dieser unter dem 17. Januar 1873 an Kleist: „Bismarck forderte von mir eine bündige Erklärung, ob ich dem Könige keinen Korb geben würde, wenn er mich zu Selchows (des ausscheidenden Landwirtschaftsministers) Nachfolger vorschlüge. Nach eingehenden Verhandlungen im Waggon von Labes bis Berlin (einer Strecke von 226 Kilometern) und am Sonntag darauf in Gütergotz (bei Roon) sagte ich ja! Bismarck hatte dem Könige vorgestellt, daß das Ministerium konservativ verstärkt werden müsse und daß dies dadurch geschehen könne, daß Selchow durch mich ersetzt würde." Es wäre ihm wie eine Schlechtigkeit vorgekommen, wenn er nicht ja gesagt hätte. „Der König ist auf die ganze Sache sofort eingegangen, und acht schlaflose Nächte für mich waren die Folge. Die Bedingungen: die Zivilehe wird beseitigt, nur Notgesetz nach Bedürfnis ausgedehnt — die ganze kirchenpolitische Gesetzgebung wird ver-

[1]) Vgl. hierüber auch Roons Denkwürdigkeiten III, 4, 370 ff., 406 ff. und Fürst Bismarck, Gedanken u. Erinnerungen II, 139 ff. (Volksausgabe II, 166 ff.).

langsamt — nur ein Disziplinargesetz sollte diesmal kommen. Bismarck lag daran, gerade mich zu haben, um die Umkehr der gereizten Konservativen zu ermöglichen, vor allen Dingen aber das Land die Fehler, die seine Vertreter gemacht, nicht entgelten zu lassen. Warum bin ich es nun doch nicht geworden? Weil Falk und Camphausen den heftigsten Widerstand geleistet haben und Bismarck offenbar Falks Rücktritt jetzt gefürchtet hat. Bismarck nahm nun sofort Münchhausens (des Oberpräsidenten von Pommern) Versetzung nach Magdeburg in die Hand, und es drohte mir eine Ernennung nach Stettin hin in rücksichtslosester Form. Dies wurde mir verraten, und ich habe dagegen so energisch reagiert — daß ich glaube, daß beide, Roon und Bismarck, jetzt wütend gegen mich sind. Königsmarck (der gleich darauf zum Nachfolger Selchows ernannt wurde) hat erst abgelehnt, und Roon wollte nun meine Kandidatur wieder aufnehmen. Mittlerweile haben wohl die Linken im Ministerium mehr Oberwasser bekommen und der König hat Königsmarck gepreßt." Nach kaum Jahresfrist trat Königsmarck wieder ab, und nun langte Fürst Bismarck abermals nach der Hilfe seines innigsten Freundes. Da aber fand Blanckenburg nicht wieder den Entschluß zuzusagen. Am 10. November 1873 lehnte er endgültig ab. Es war der große Fehler seines Lebens, den dieser liebenswürdige Junker hiermit beging, beklagenswert seinetwegen und um des Landes und Bismarcks willen, wohl beeinflußt von der weltflüchtigen Grundstimmung seines Wesens, die die Tatenfrische lähmte. Er sah sich durchaus in der Lage, seinem Freunde Bismarck in der Politik zu folgen. Denn er machte Kleist die heftigsten Vorwürfe über dessen Verhalten im kirchenpolitischen Streite. Sein Versagen in diesem kritischen Momente bildet ein Stück Tragik im Leben Bismarcks. Als Blanckenburg im April 1874 am Krankenbett des Kanzlers saß, erkannte er, daß diesem die Falksche Kirchenpolitik immer mehr widerstrebte. Denn er schrieb am 5. Mai darüber an Kleist: „Bismarck findet sich in dem Stadium, daß er sich innerlich die Schuld an [den] Maigesetzen (!!!) abstreift. Es wäre nach meiner Meinung daher gar nicht so schwer, den kreisenden Falken zum Niedergang zu bringen." Dem gegenüber klingt es wie Reue, wenn er wie an Roon so auch an

Kleist rechtfertigend schrieb, Bismarck hätte ihm ganz von selbst gesagt, daß er seine Ablehnung zwar sehr bedauert habe, aber nur seinetwegen, — sie politisch nur zu gerechtfertigt, mindestens erklärlich finde. Ihm schlug doch wohl das Gewissen, daß er den Freund im Stiche gelassen hatte.

Angesichts solcher Nachrichten hätte Kleist bei einiger Diplomatie vielleicht umsomehr Vorsicht und Zurückhaltung in seinem Ankämpfen gegen die Regierungspolitik walten lassen können, um seinem „Otto" das Anknüpfen mit den Konservativen zu erleichtern. Aber sein Fehler war im Gegensatz zu Blankenburg, daß er sich immer mit ganzer Person einsetzte, auch wenn es zuweilen nicht am Platze war. Er verhielt sich etwas skeptisch zu den Neigungen Bismarcks zur Umkehr. Der Fall Arnim nährte diesen Zweifel. Darüber schrieb er an Schede: „Wie nahe stehen sich doch der Hauptsache nach beide Hauptpersonen, beide in ihrer Art hervorragend, Arnim, wie es scheint, von Ehrgeiz voll, Bismarck unzugänglich für eine jede ihm entgegentretende selbständige Persönlichkeit, und dadurch zu vernichtendem Hasse gegeneinander gereizt. Auch da tritt Bismarcks menschliche enorme Klugheit und seine riesige Energie hervor, aber auch da bleiben seine Anschauungen doch auf der Oberfläche, ohne alle tieferen Prinzipien. Arnim hat gewagt, den Gedanken zu hegen, daß er an seine Stelle treten könne, dafür soll er vernichtet werden. Bei der Haussuchung suchte man nach meiner Überzeugung Briefe der Königin Augusta." Als Bismarck sich bereits mit dem Gedanken der großen Rückschwenkung in konservative Bahnen trug, im Oktober 1877, urteilte Kleist über ihn: „Er unterschätzt die Macht des Prinzips. Das Merkmal bleiben die Kulturkampfideen; die will er nicht aufgeben, nicht mildern." Es war natürlich, daß Kleist unter solchen Verhältnissen sehr zu den Ultramontanen hinübergedrängt wurde. Hatte er ja doch nach seiner ganzen ehrlichen Art die Neigung, diesen Kreisen mit allzu großem Vertrauen entgegenzukommen. Als der Papst es sich herausnahm, die preußischen Kampfgesetze für ungültig zu erklären, da glaubte Kleist es aussprechen zu dürfen, daß niemand im Zentrum diese Übergriffe gebilligt habe. Reichensperger hätte dem lateinischen Worte irritas die Erklärung von „wirkungslos" gegeben. Die

erste persönliche Folge, die der kirchliche Streit für ihn hatte, war, daß er sich wieder dem Präsidenten v. Gerlach näherte, wie Reichensperger mit Genugtuung feststellte. Im Hause des wie Gerlach so sehr zum Katholizismus hinneigenden Geheimrats Bindewald und noch an anderen Stellen kam er auch in persönliche Fühlung mit Zentrumsmitgliedern[1]). Namentlich Windthorst scheint sich ihm mit kluger und kaum fehlgehender Berechnung genähert zu haben. Zuletzt hielt sich Kleist jedoch von ihm zurück. „Ich fürchte manchmal," so gestand er im August 1878 Schede, „daß Windthorst eine innerliche Feindschaft gegen unser Kaisertum hat."

Wie er mit Blanckenburg öfter scharfe Auseinandersetzungen zu bestehen hatte, so sah er zu seinem Kummer auch Below-Hohendorf mehr auf Bismarcks Seite. Below hielt von den kirchlichen Organisationssachen überhaupt wenig. „Es war tief schmerzlich, daß er das wahre Christentum nur in den inneren Bezeugungen des Herzens suchte und gegen die Gestaltung desselben in der Kirche mißtrauisch war," hat Kleist bei Beurteilung dieser Haltung seines Freundes einmal gesagt. Geradezu entfremdet wurde Kleist durch seine Stellung in dem Streit mit der römischen Kirche einzelnen Mitgliedern der Stolbergschen Familie. Nur seine begütigende Art verhinderte es, daß es zu schroffem Bruch mit dem einen oder anderen dieser Verwandten kam. Aber auch nach der anderen Seite gab es Differenzen. Schien es doch wiederholt so, als ob selbst die Freundschaft mit Schede eine Trübung erleiden sollte. Schede zeigte sich in dieser kritischen Zeit wieder ganz als Schüler Gerlachs. „Ich lese jetzt die Germania, und zwar mit wahrer Erquickung," schrieb er am 12. Oktober 1872. Ein ander Mal: „Du hast Dich zu der Souveränität des Staats über die Kirche bekannt. Dieses Prinzip halte ich für einen Grundirrtum unserer Zeit." Zuweilen ward es Kleist angesichts solcher abweichenden Erklärungen bang ums Herz. „Mein Gang wird immer einsamer," klagte er am 17. Dezember 1874 dem Freunde im Handelsministerium. „Es gehört zu den bösen Zeichen der Zeit, daß immer mehr Zerspaltungen auch zwischen den sonst sich nahe Stehenden sich geltend machen. Es sind

[1]) Pastor, A. Reichensperger II, 56, 118.

wenige, mit denen ich mich so eins wußte, als mit Dir; da ängstigt mich bisweilen, daß der Satan die sich hier und da zeigende verschiedene Auffassung rücksichtlich katholischer Lehren zu benutzen suchen möchte, auch unsere Gemeinschaft zu erkälten." Den im Jahre 1873 erfolgenden Übertritt des Präsidenten v. Gerlach zur Zentrumspartei verurteilte er auf das schärfste. Dieser Schritt, der nur als eine durch exzentrischen Doktrinarismus hervorgerufene Verirrung bezeichnet werden kann, brachte ihn endgültig mit dem Mann, von dem er die entscheidenden Anregungen für sein Leben empfangen hatte und dem er sich zu so großem Danke verpflichtet fühlte, auseinander. Gerlach aber quittierte in seinem Tagebuche, indem er seinen Bannspruch über den alten Jünger verhängte: „Der prinziplose Kleist."

Wer will die große Tragik verkennen, die in den Wirkungen dieses Streites für Kleist liegt? Das Band mit Bismarck, das Band mit Gerlach zerrissen, das Band mit Blanckenburg und Below, ja selbst das mit Schede gefährdet, und die Harmonie mit den eigenen Verwandten gestört! Und wer erkennt nicht zugleich die Größe des Charakters, die dazu gehört, inmitten dieser Wirren unbeirrt aufrecht und sicher vorwärts zu gehen, wie es Kleist tat? Nichts war da noch zu spüren von der Müdigkeit der Zeit vorher. Wo er für seine Ideale kämpfen konnte, da war Kleist jugendfrisch und streitlustig, wie nur je. Bei allen schweren Fehlern, die man ihm in seinem damaligen Verhalten vorwerfen darf, nötigt die sittliche Höhe dieses Charakters Achtung ab. Kleist hat selbst einmal den Begriff Charakter zu bestimmen gesucht. „Was ist Charakter?" sagt er. „Die Festigkeit, unserem inneren Wesen entsprechend zu handeln, trotz aller Hindernisse und Versuchungen." Wahrhaftig, er hat diesem Satz getreu gehandelt, und im Kulturkampfe tritt das geradezu ergreifend zu Tage.

Die erste große Schlacht, an der Kleist beteiligt war, galt dem Schulaufsichtsgesetz; sie brachte gleich den Bruch mit Bismarck. Die Vorlage war lange in Sicht. Im Februar 1871 hatte es bereits einen Vorgeschmack davon gegeben, welchen Kämpfen man bei Einbringung eines solchen Gesetzes entgegenging, als es sich um die Beratung einer Vorlage handelte, durch die die Aufsicht über die Volksschulen in Hannover welt-

lichen Behörden anvertraut werden sollte. Da hatte Kleist eine leidenschaftliche Rede dagegen gehalten. Noch kurz vorher spornte einer der sympathischsten aller Junker, Thadden-Trieglaff, ihn in der Sorge um die Entfremdung der 1866 erworbenen Landesteile durch die Kirchenpolitik der Regierung an: „Darüber kannst, sollst und mußt Du eine wunderschöne Rede halten. Was hilft alle Herrlichkeit von Kaiser und Reich, wenn diese zarten Kirchensachen in unnötiger Eile von roher und kalter Hand verpfuscht und verdorben werden. Der arme Mühler kann einen recht jammern:

Doch er verhört des Rechten Warnen
Und läßt vom Linken sich umgarnen."

Kleist ging von der rein mystischen Auffassung aus, daß Christus selbst durch den bei der Himmelfahrt getanen Ausspruch: „Weide meine Lämmer" (Ev. Johannis 21) der Kirche die Schule überantwortet habe, und befürchtete Entchristlichung des Staates, wenn die Schulaufsicht weltlich würde. „Wenn solche Gefahren möglich sind," rief der sich als Deichhauptmann im liberalen Zeitstrom fühlende fromme Mann aus, „dann werden Sie es uns nicht verargen, wenn wir in keiner Weise geneigt sind, auch nur einen Spatenstich zu tun, das Bett zu graben, in welchem derartige wilde Gewässer desto leichter die Schule überfluten und sie verwüsten können." Schon in den Jahren vorher hatte er Bismarck bestürmt, von solchen Plänen abzulassen. Der Reichskanzler konnte also gar nicht im Zweifel sein, daß er auf einen heftigen Widerstand, wenigstens bei großen Teilen der konservativen Partei, stoßen würde, wenn er die staatliche Schulaufsicht durchzuführen versuchte. Neuerdings nahm der leitende Staatsmann eine geradezu feindliche Stellung auch gegen die konfessionell gerichteten evangelischen Kreise ein. Am 1. Januar 1872 wußte Kleist von einer Äußerung des alten Freundes zu berichten, die ihn stutzig gemacht hätte: „Die lutherischen Pastoren seien auch nicht besser wie die katholischen." Er war genau unterrichtet, daß der Fürst selbst die Einführung der staatlichen Schulaufsicht betrieb. Widerstrebend brachte Mühler das Gesetz am 14. Dezember 1871 ein. Er tat es unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß gleichzeitig durch Vorlage des

gesamten, in der Verfassung verheißenen Unterrichtsgesetzes — ein solches hatte er bereits im November 1869 im Abgeordnetenhaus vorgelegt, aber schließlich zurückgezogen — ein klares Programm der Regierung über die Aufrechterhaltung des konfessionellen Charakters der Schule und des obligatorischen Religionsunterrichts gegeben und damit eine Schutzwehr gegen den Mißbrauch des Schulaufsichtsgesetzes zur Entchristlichung der Schule geschaffen würde. Darauf wollte Bismarck mit Rücksicht auf die liberale Partei, mit der er rechnen mußte, nicht eingehen. Er sah sich bereits nach einem anderen Kultusminister um; denn er mußte stetig mehr erkennen, daß er mit Mühler nicht auskommen würde. Als nun Mühler, gestützt auf den Kaiser, mit dem er darüber verhandelte, im Januar in einer Sitzung des Staatsministeriums die Wiederherstellung zweier zur Klarstellung der Sache notwendigen Paragraphen forderte, wurde ihm von dem Finanzminister Otto Camphausen, der ihm in den beiden letzten Jahren bereits manche Schwierigkeit bereitet hatte, mit verblüffender Offenheit erklärt, es sei die Absicht, in den höheren Schulen den obligatorischen Charakter des Religionsunterrichts überhaupt aufzugeben. Der Ministerpräsident schnitt eine weitere Erörterung dieser Sache und eine Abstimmung darüber ab und händigte dem erstaunten Kultusminister unmittelbar nach der Sitzung einen schon sechs Tage alten Kabinettsbefehl des Königs über eine ganz andere, eine Kunstsache betreffende Angelegenheit aus, der den Minister, wie er selbst an Kleist schrieb, nötigte, sein Portefeuille in die Hände des Königs zurückzulegen. In der Abschiedsaudienz überzeugte Mühler sich noch einmal, daß Wilhelm I. mit ihm in der Schulfrage übereinstimmte. Er gelangte nun zu der Ansicht, daß Bismarck tatsächlich den konfessionellen Charakter nicht nur der höheren, sondern auch der niederen Schulen, womöglich des gesamten Religionsunterrichtes zu beseitigen strebe, und daß der Kanzler den Kaiser darüber im unklaren lasse. Zu dieser Auffassung bestimmte ihn neben der Äußerung Camphausens und ähnlichen Bemerkungen Bismarcks das Studium der reichsländischen Kirchenpolitik seit dem August 1871 an der Hand der damals eben erschienenen Fabrischen Schrift „Staat und Kirche". Bei dieser Auffassung der Lage fühlte er sich am

21. Februar in seinem Gewissen gedrungen, an Kleist-Retzow zu schreiben, ihm den Sachverhalt auseinander zu setzen und ihn zu beschwören, Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen. „In dieser Lage kann dem Lande, dem Könige und unserer ganzen nationalen und weltgeschichtlichen Zukunft kein größerer Dienst geschehen, als daß die Regierung jetzt genötigt wird, hierüber klar und unzweideutig Rede zu stehen. Sagt die Regierung sich in diesem Punkte von der liberalen Zeitströmung los und bekennt sie sich unzweideutig zur Aufrechterhaltung des christlichen Glaubens und Bekenntnisses in der Schule, so reduziert sich die Differenz über das Schulaufsichtsgesetz wesentlich auf eine Opportunitätsfrage. Andernfalls gewinnt der Gegensatz eine ganz andere Signatur." Der Minister bedauerte es, nicht selbst Abgeordneter oder Mitglied des Herrenhauses zu sein. Sonst würde er die ihm jetzt gegebene Freiheit benutzen und in dieser großen Frage öffentlich das Wort ergreifen. So aber bliebe ihm nur übrig, sich an Kleist zu wenden.

Dieses Schreiben konnte nur höchst übel wirken. Es gibt den letzten Schlüssel zu dem ganzen Verhalten Kleists in der Schulaufsichtsfrage. War er schon gewillt, den Bestrebungen auf Einführung der staatlichen Schulaufsicht energischen Widerstand entgegenzusetzen, so mußten die Mitteilungen Mühlers ihn geradezu dazu aufstacheln. Mühler goß Öl ins Feuer. Kleist-Retzow wäre nicht Kleist-Retzow gewesen, wenn er unter diesen Umständen nicht um jeden Preis das Zustandekommen des Gesetzes oder bündige Erklärungen der Regierung, daß sie den christlichen Charakter der Schulen aufrecht erhalten würde, herbeizuführen gesucht hätte.

Das Schreiben gibt auch den Schlüssel zu Fürst Bismarcks Verhalten. Denn dieser sah, wie man jetzt erkennt, durch die scharfen Angriffe der Rechten seine Politik beim Kaiser schwer gefährdet. Darum geriet er in jene krankhafte Aufregung.

In der Herrenhauskommission, die das Schulaufsichtsgesetz nach ihrem Sinne umarbeitete, wurde von dem Vorsitzenden Herrn v. Kröcher mit bemerkenswerter Spitze Kleist zum Berichterstatter bestimmt. Kleist fühlte, daß das nicht angebracht war, weil Bismarck dadurch noch mehr gereizt werden würde, als er es schon durch die Umarbeitung des Gesetzes war. Der

Kanzler, so sagte er sich, würde seine Ernennung als eine persönliche Beleidigung empfinden. Doch gab er schließlich dem Drängen Kröchers nach. Die Dinge mußten nun ihren Lauf nehmen.

Vor der Beratung im Hause — es muß der 5. März 1872 gewesen sein — begab Kleist sich noch einmal zur Besprechung der Angelegenheit zu Bismarck zum Essen. Als die übrigen Teilnehmer sich schon entfernt hatten, sprachen die beiden sich aus. Bismarck versuchte mit großer Anstrengung, Kleist die voraussichtlichen Folgen seines Widerstandes gegen das Gesetz klarzumachen, stieß aber auf völlige Unnachgiebigkeit. „Ich fand mich einem parti pris gegenüber, bezüglich dessen Unterlage ich keine Konjektur machen will", hat er am Abend seines Lebens gesagt. Fast möchte man darin eine Anspielung auf den Mühlerschen Brief erblicken. Im Laufe des Gesprächs ergriff der erregte Fürst das neben ihm liegende Tischmesser, machte eine Bewegung, als wolle er das Tischtuch zerschneiden, und fuhr auf: „Hans, wenn es so steht, dann ist es aus zwischen uns beiden." Der Würfel war gefallen. Kleist ermaß sofort, daß hier nichts mehr zu sagen war und daß ihm nichts übrig blieb, als seinen Hut zu nehmen und zu gehen[1]).

Am 6., 7. und 8. März fand die Verhandlung im Herrenhause statt. Die Einleitung bildete die Vereidigung des Feldmarschalls Grafen Moltke. Nach den ersten Reden nahm der Ministerpräsident das Wort und griff vornehmlich den von Kleist verfaßten Bericht und, ohne ihn zu nennen, Kleist selbst an. Mit gewaltiger Überlegenheit legte er den Standpunkt der Regierung dar: „Was uns bestimmt hat, dieses Gesetz vorweg zu nehmen aus dem Unterrichtsgesetze und gerade jetzt die Geduld nicht mehr zu haben, die wir hatten, das war die Erwägung, daß wir früher in einem von ganz Europa beneideten konfessionellen Frieden gelebt haben. Dieser Frieden begann minder sicher für uns zu werden von dem Augenblicke an, wo Preußen mit seiner evangelischen Dynastie eine stärkere politische Entwicklung nahm. Solange neben Preußen zwei katholische

[1]) Aufzeichnungen Kleists 1871. Erzählungen seines ältesten Sohnes. Bismarck, Gedanken u. Erinnerungen II, 149 f. (Volksausgabe II, 177 f.).

Hauptmächte in Europa waren, von denen jede, einzeln gedacht, für die katholische Kirche eine stärkere Basis zu sein schien als Preußen, da haben wir diesen Frieden gehabt. Ich muß sagen, man hat die Möglichkeit, das Gesetz anfechten zu können von dem Standpunkt, von dem es jetzt geschieht, doch erst künstlich hineingelegt. Es hat seine übertriebene Wichtigkeit erst durch den Widerstand der konservativen Partei evangelischer Konfession bekommen, in dessen Genesis ich hier nicht näher eingehen will." Er bezeichnete die ganze Vorlage nur als ein Notstandsgesetz gegen die Polen, suchte also die Maßregel lediglich als eine Opportunitätsfrage darzustellen. Aber seine furchtbare Erregung, die überall durchzitterte, zeigte doch, daß hier mehr auf dem Spiele stand. Er griff aus Kleists Bericht einen Satz heraus, den dieser selbst fast wörtlich schon vor Jahresfrist bei der hannoverschen Schulvorlage ausgesprochen und den Bismarck in Variationen zweifellos schon öfter von seinem den Deichhauptmann im liberalen Zeitstrom spielenden Freunde zu hören bekommen hatte: „Die Staatsregierung öffnet durch das Gesetz die Tore, durch welche die wilden Wasser des Unglaubens seiner Zeit von dem entchristlichten Staat aus die Schulen überfluten werden." Angesichts solcher Sätze sprach er von „Redensarten". „Ich verschmähe es auf diese Ideen überhaupt einzugehen." „Keine Regierung hat je ein Interesse, mit einer konservativen Partei zu brechen; aber die Partei besorgt das mitunter selbst." Er verlangte zum Schluß unbedingtes Vertrauen. Anderen Tages kam Kleist zu Wort. Er sprach, soweit sich nach dem stenographischen Bericht urteilen läßt, gedrückt und ohne den gewohnten Schwung. Aber mit Recht durfte er hervorheben: „Es hat mich gestern geschmerzt, daß der verehrte Herr Ministerpräsident erklärte, man habe gar nicht vorausgesehen, daß die Konservativen einen derartigen Widerspruch erheben würden. Wir haben eine Besorgnis, daß bei dieser Gesetzesvorlage die Rücksichten der Politik zu überwiegend gewesen sind." Wie flehend klang es, wenn er in der Folge äußerte: „Unser geliebter Ministerpräsident — ich glaube, ich darf so reden." Am 8. erfolgte die Abstimmung. Das wuchtige Eintreten Bismarcks hatte die Vorlage gerettet. Es war wieder ein großer Tag im Herrenhause. Von 202 Stimmen

erklärten sich 126 dafür, 76 dagegen. Unter den Stimmen dafür waren die Stimmen Bismarcks, Moltkes und Roons, ebenso Eberhard Stolbergs, der wenige Monate danach starb, und Arnim-Boitzenburgs. Aber nun war auch der Bruch des Fürsten Bismarck mit den Rechtskonservativen besiegelt. Der Reichskanzler sah sich seitdem noch mehr gezwungen, sich auf die Linke zu stützen.

Die Erschwerung seiner Politik bei dieser Gelegenheit hat Bismarck noch tiefer empfunden als die Querzüge bei der Indemnitätsfrage. Noch oft kam sein Groll deswegen zum Durchbruch. Unmittelbar nach der Abstimmung im Herrenhause ließ er den alten Freund durch einen seiner Helfer, dessen Unwürdigkeit sich später zur Genüge offenbaren sollte, durch Moritz Busch, in der Kölnischen Zeitung lächerlich machen. In dem unerfreulichen, nur aus einer krankhaften Verstimmung erklärlichen Artikel, der auf Grund schriftlicher Weisungen des Fürsten entstand, hieß es: „Übrigens wird Herr v. Kleist auch einen konfessionellen Unterricht in der Astronomie verlangen müssen, und da würde man u. a. in gewissen protestantischen Schulen die Weisheit des Antikopernikus Knak vortragen." Ein Jahr darauf sprach Bismarck von dem durchschlagenden Mißtrauensvotum, das die Konservativen ihm durch ihre Abstimmung beim Schulaufsichtsgesetz erteilt hätten. „Und das Vertrauen ist eine zarte Pflanze; ist es zerstört, so kommt es so bald nicht wieder." Mit grimmiger Ironie durfte er ihnen später zurufen: „Ich möchte ihnen raten, ihre früheren Prophezeiungen bei Gelegenheit des Schulgesetzes nochmals durchzusehen, mit der Wirklichkeit zu vergleichen und dann zu fragen, ob sie den Mut vielleicht, ob aber sie das Recht haben, unbeirrt weiter zu prophezeien." In seinen Lebenserinnerungen kommt der greise Reichskanzler ausführlich auf die ganze Angelegenheit zu sprechen und bemerkt über Kleist: „Die Überzeugung, daß dieser mir persönlich nahestehende Parteimann das Land und die konservative Sache schwer geschädigt hat, währt bis auf den heutigen Tag."

Vergegenwärtigt man sich alle Umstände, soweit sie sich jetzt überblicken lassen, so wird man zu sagen haben, es war das Unglück der konservativen Partei und des Landes, daß Kleist in dieser seinen Frage der Politik, bei der es sich zunächst

weniger um die rein sachliche, sehr begründete Maßregel der staatlichen Schulaufsicht, als um einen Schachzug in Bismarcks Gesamtpolitik handelte, zum Berichterstatter ernannt wurde, wo der grundehrliche Kleist doch am wenigsten in der Lage war, das Finassieren Bismarcks zu würdigen; und ein noch größeres Unglück war der verzweifelte, ganz unstaatsmännische Schritt Mühlers, der erst eine so gespannte Lage schuf.

Seit jener Beratung des Schulaufsichtsgesetzes konnte sich Fürst Bismarck überhaupt nicht genug darin tun, den alten Freund seine Überlegenheit fühlen zu lassen und ihn auch sonst bitter zu kränken. Als Kleist am 24. April 1873 es beklagte, daß Bismarcks „gewaltige Persönlichkeit mit ihren Gaben und Kräften sich losgerissen" habe von der konservativen Partei und sie dadurch gesprengt habe, da höhnte ihn dieser: „Bezeichnend für die ganze Anschauungsweise des Herrn Vorredners und seiner Fraktionsgenossen ist der Ausdruck ‚losgerissen'; das Kleine reißt sich von dem Größeren los, das Bewegliche von der Basis, ein angewachsenes Schaltier von dem Schiffe. Er betrachtet als Basis und als konservative Partei seine Fraktion; von der hat sich, nach seiner Meinung, Seine Majestät mit der Königlichen Staatsregierung losgerissen und schwimmt nun steuerlos in dem Meere umher. Diese außerordentliche Überschätzung der Richtigkeit der eigenen persönlichen Ansichten ist ja gerade das staatszerstörende Element, verbunden mit dieser Unfähigkeit sich unterzuordnen, mit diesem außerordentlichen Überfluß an Zeit, um nachzudenken über das, was die Regierung tut, und über die Kritik, die daran zu üben, während man den Beruf nicht hat und nicht fühlt, seinerseits für die Verteidigung des Staats gegen dessen Feinde einzutreten." Man kann diese weit über das Ziel hinausschießenden Ergüsse gegen den ehemaligen Freund nur aus krankhafter Verbitterung erklären. Der persönliche Verkehr zwischen Kleist und Bismarck war so gut wie abgeschnitten. Kleist mußte bald die Erfahrung machen, daß schon die Bedienten des Kanzlers ihn abwiesen, weil sie den Befehl hätten, ihn nicht zu melden[1]). Das Härteste aber, was der Titan in seinem Zorne dem an-

[1]) Ludwig v. Gerlach, Aufzeichnungen II, 358.

deren antat, war jene jokose Unterstellung in einer seiner Herrenhausreden: „Er hat sich ja viel mit Theologie beschäftigt, und ich glaube, daß er sich wohl auch einmal die Frage vorgelegt hat, ob er für sein Seelenheil besser sorgt, wenn er katholisch wird." Mit würdiger Gelassenheit erwiderte ihm Kleist da — es war der 14. April 1875 —: „Wer mich kennt, sollte wissen, daß dies nicht der Fall ist. Ich nehme an, daß diese Äußerung Politik war; sie wird aber bei allen denjenigen, die mich kennen, nicht verfangen." Bismarck konnte sich schier nicht genug tun in verletzenden Äußerungen. In abermaliger Erwiderung brauchte er die Wendung: „Herr v. Kleist, der, glaube ich, mit mir ursprünglich zur lutherischen Reformation gehörte." Mit dem Zorne über die Verweigerung der Gefolgschaft durch den Freund und Verwandten mischte sich bei diesen Ausfällen des Gewaltigen offenbar das Bestreben, die Rechtskonservativen zu vernichten. So echt die Gefühlsergüsse des Kanzlers waren, hinter ihnen stand zugleich die Zerreibungspolitik, die er nicht nur den Konservativen, sondern auch anderen Parteien gegenüber befolgte, um sich eine bedingungslose Anhängerschaft zu organisieren.

Es ist bewundernswert, daß sich Kleist trotz aller dieser Kränkungen des Kanzlers nicht verbittern ließ, zumal wo er in dem Kreise seiner engeren Gesinnungsgenossen oft manch schlimmes Wort über die leidenschaftlichen Ausbrüche Bismarcks zu hören bekam. Einer der bösesten Feinde des Fürsten war Franz v. Florencourt geworden, der alte Gehilfe Kleists aus den Koblenzer Tagen. Der gab im Sommer 1873 einen besonders giftigen Pfeilschuß ab, indem er, an welcher Stelle, war mir nicht ersichtlich, auf Grund eines im Wiener Tagblatt aus dem Kreise des entthronten Königs Georg von Hannover veröffentlichten Artikels, Bismarck den Wunsch unterschob, in Braunschweig zu sukzedieren. Er gab selbst zu, daß das lediglich eine Vermutung sei, die in Hietzing aufgebracht wäre, um dem Reichskanzler am Berliner Hofe zu schaden. Dieser Angriff verdroß Kleist doch über die Maßen, und er machte Florencourt, dessen Verfasserschaft ihm zur Kenntnis kam, heftige Vorwürfe. Der alte Konvertit entschuldigte sich denn auch gleich reumütig. Aber er fügte doch hinzu, um seine Behauptung

zu ſtützen: „Der Reichskanzler treibt jetzt auf dem Meere der Grundſatzloſigkeit, Willkür, des Ehrgeizes und der leidenſchaftlichen Herrſchſucht ſteuerlos umher, und wer vermag vorherzuſagen, wohin er noch getrieben wird, und mit ihm das Staatsſchiff, wenn es ſeiner leitenden Hand nicht genommen wird. Er iſt meiner Anſicht nach ein verlorener Mann, der ſich nicht wieder zurecht finden kann, und ich halte es für irrig, wenn die konſervative Partei irgend noch Hoffnungen auf ihn ſetzt." So mögen ſich viele Stimmen gegen Kleiſt haben vernehmen laſſen, Stimmen von Männern, deren Einſicht Kleiſt ſonſt ſchätzte. Auch Dieſt-Dabers Auftreten gegen Bismarck mißbilligte er gegen ſeine Freunde mit ſcharfen Worten. Als am 26. Februar 1876, nach der ſchonungsloſen Achterklärung Bismarcks gegen die Kreuzzeitung vom 9. Februar desſelben Jahres, von vielen angeſehenen Mitgliedern der konſervativen Partei, die unter dem Namen der Kreuzzeitungsdeklaranten berühmt geworden ſind, und zu denen auch Thadden-Trieglaff und Andrae-Roman gehörten, eine fulminante Erklärung zu Gunſten des Parteiblattes erlaſſen wurde, verſagte Kleiſt es ſich, den Kanzler durch Beteiligung daran zu reizen. Er ließ ſich nicht beirren, auf Bismarck zu hoffen.

Manchmal praſſelten die Vorwürfe alter Freunde hageldicht auf Kleiſt hernieder. So mußte er es hinnehmen, daß ihm an jenem 24. April 1873, an dem Bismarck ihn wegwerfend vor dem Lande mit einem Schaltier verglich, das ſich vom Schiffe losgelöſt habe, auch Graf Roon in ſeiner damaligen Eigenſchaft als Miniſterpräſident eine Strafpredigt hielt. Sie blieb mehr in den Schranken und war begründeter als die Bismarcks, die auf eine Diskreditierung Kleiſts vor den eigenen Parteigenoſſen hinauslief. Roon ſagte damals: „Der Herr Reichskanzler hat bereits darauf hingedeutet, daß es in der Tat ein ſehr gefährliches Geſchick iſt, wenn man von Gott ſo mit rhetoriſchen Gaben ausgeſtattet iſt, wie Herr v. Kleiſt. Ich muß jedoch in einer Beziehung das wiederholen, was ſchon mein Herr Nachbar hervorgehoben hat, nämlich, daß man ſich verletzt fühlt durch das Kategoriſche ſeiner Ausſprüche. Wenn Herr v. Kleiſt in der Tat bei ſeinen Reden die Abſicht hat, wie ich das bei ſeinem ganzen Charakter und Weſen voraus-

setzen darf, daß eine Verständigung stattfinden soll, und daß die Debatten in diesem Hause keinen anderen Zweck haben, als sich zu einigen über das, was dem Lande frommt, so ist es in der Tat nicht der richtige Weg, wenn man mit Verdammungsurteilen anhebt, wie es geschah, als der genannte Herr seine Rede begann."

Die meisten Kämpfe um Einzelfragen hatte Kleist in dem kirchenpolitischen Streite, wie naheliegt, mit dem Kultusminister Falk selbst zu bestehen. Es tritt dabei so recht zu Tage, daß Kleist sich vornehmlich der evangelischen Kirche angenommen hat. So bekämpfte er am 24. April 1873 scharf die Einführung des sogenannten Kulturexamens, das sich in der Folge der katholischen Kirche gegenüber als ganz unwirksam, aber als eine überaus lästige Schikanierung der Evangelischen erweisen sollte und darum als ein erstaunlicher Mißgriff nachher schleunigst abgeschafft werden mußte. Er bekämpfte dieses Examen rein prinzipiell mit Recht als einen Eingriff in das innere Leben der Kirche, der durchaus unzulässig sei. Aber auch auf Grund praktischer Erfahrungen, namentlich solcher, die in Baden gemacht worden waren, durfte er es von Anfang an als eine völlig falsche Maßregel angreifen. Was in Baden damals bereits geschehen war, das wiederholte sich mit lächerlicher Genauigkeit in Preußen: kein einziger katholischer Geistlicher unterzog sich der Staatsprüfung.

Einen ganz systematischen Feldzug unternahm Kleist zur Verhinderung der Einführung der Zivilehe. Vor allem sollte die erste zum August 1873 nach Berlin berufene Konferenz der deutschen Lutheraner eine Kundgebung dagegen werden. Kleist glaubte dabei nicht ohne Rückhalt bei Bismarck zu sein. Die Berichte Blanckenburgs gaben ihm dafür Anhaltspunkte. Aber Falk operierte hierin sehr entschieden gemeinsam mit dem seit Juni 1872 an Stelle von Mathis zum Oberkirchenratspräsidenten ernannten, organisatorisch sehr begabten früheren Heidelberger Professor Emil Herrmann, dessen Ernennung Kleist vergebens zu hintertreiben versucht hatte. Herrmann wirkte sofort nach Bekanntwerden des Aufrufs zur Augustkonferenz mit Hochdruck auf die daran beteiligten Superintendenten ein. Infolgedessen wurde Kleist veranlaßt, an Meinholds Stelle

den Vorsitz in jener Augustkonferenz zu übernehmen. Zu seinem Verdruß lehnte eine Hauptkapazität des Luthertums, der Leipziger Luthardt, die Teilnahme daran ab. Er bemerkte dazu tapfer und tatendurstig: „Sein Grund, daß seine Anwesenheit zu Verdächtigungen Anlaß geben würde, bewegt mich gar nicht; alles wird verdächtigt; das ist gleich Null, wo reicher innerer Segen zu erwarten ist.“ Sein Vortrag gegen die Zivilehe erregte weithin Aufsehen und wurde u. a. auch von der Germania eingehend besprochen. Der Hauptzusammenstoß erfolgte im Herrenhause am 17. Februar 1874. Er führte nicht nur zu einer Niederlage Kleists, weil die Abstimmung gegen ihn entschied; der Kultusminister behauptete auch rein rednerisch das Feld, zumal weil er eben sachlich im Recht war. Kleist hatte u. a. gesagt: „Ich möchte wohl sehen, ob die Frauen, die ziviliter getraut werden, wenn sie mit anderen, kirchlich getrauten zusammenkommen, als vollkommen anerkannt werden. Das durchzusetzen wird Ihnen nicht gelingen.“ Darauf durfte Falk erwidern: „Mich hat es eigentlich gefreut, daß der geehrte Herr Vorredner selbst mir Waffen in die Hand gegeben hat. Ja, meine Herren, wir bringen es nicht fertig, wir wollen es auch nicht fertig bringen, aber weil dem so ist, so glaube ich, hat der Herr Vorredner sich selbst geschlagen.“ Auch sonst vermochte er Kleists Ausführungen sehr wohl zu entkräften. Er konnte außerdem darauf hinweisen, daß die Oberpräsidenten der acht Provinzen, in denen es eine nennenswerte Zahl von Katholiken gab, die Einführung der Zivilehe als ein Bedürfnis bezeichnet hätten. Nur die Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Pommern und Brandenburg hätten ein Bedürfnis nicht als vorliegend anerkannt. Kleist hatte vornehmlich die evangelischen Verhältnisse im Auge, die viel tiefer durch das Gesetz berührt wurden, als die katholischen, und urteilte richtig, daß die beabsichtigte Maßregel namentlich bei dem herrschenden materialistischen Geiste und bei der Macht der liberalen Presse falsch aufgefaßt werden würde. Der damalige Augenblick war ohne Frage weniger geeignet zur Durchführung der Zivilehe als eine frühere Zeit. Es rächte sich jetzt, daß Kleist zu Beginn der Regentschaft Wilhelms I. die fakultative Zivilehe zu Fall gebracht hatte. Infolge der durch

den kirchenpolitiſchen Streit erwachſenen Wirren konnte die Regierung kaum anders, als das Experiment zu wagen. Bismarcks damals gehegte Bedenken, mit denen er bei ſeinen Kollegen nicht durchdrang, erklären ſich aus realpolitiſchen Erwägungen [1]). Und zunächſt hatte das Experiment tatſächlich üble Folgen. Erſt allmählich erholte ſich die evangeliſche Kirche von dem Schlage. Schließlich trug die Einführung der Zivilehe gerade dazu bei, die evangeliſche Kirche aufzurütteln und neues Leben in ihr zu wecken. Es erwies ſich, daß Kleiſt, wie ſo oft, viel zu ſchwarz geſehen hatte.

Als der Geſetzentwurf wegen der Temporalienſperre erſchien, der eine unzweideutige Verfaſſungsverletzung bedeutete und zudem die verwüſtendſten Folgen in der katholiſchen Kirche haben mußte, hatte Kleiſt wieder vollkommen recht, wenn er dagegen Stellung nahm. Er tat es in einer durchaus maßvollen Rede am 14. April 1875, in der er anerkannte, daß die Maigeſetze von 1873 und 1874 zum Teil durchaus gerechtfertigt ſeien und daß die Regierung ſich keinen beſſeren Bundesgenoſſen beim Kampfe gegen die römiſche Kirche denken könne, als den Papſt, deſſen Enzyklika eine ſo gewaltige Überhebung darſtelle. Gegen die Temporalienſperre beſtehe aber die Vorſchrift der Verfaſſung, daß die Kirche im Genuß ihrer Fonds bliebe. Außerdem könne dieſe eingreifende Maßregel nur Unſegen bringen. Gegen ihn wandten ſich Falk, Bismarck und ein pommerſches Mitglied des Hauſes, v. Maltzahn-Roidin, deſſen Ausführungen neben Bismarck auch Falk demonſtrativ und geſchickt benutzte, um Kleiſts Darlegungen abzuſchwächen. Tags darauf ging das unheilvolle Geſetz mit 91 gegen 30 Stimmen durch. Nach wenigen Wochen ſah ſich die Regierung genötigt, um das Sperrgeſetz überhaupt rechtmäßig publizieren zu können, die Aufhebung der entgegenſtehenden Verfaſſungsparagraphen zu beantragen. Auch jetzt erhob ſich Kleiſt dagegen. Da es ſich hier wieder ebenſo um die evangeliſche als um die römiſche Kirche handelte, ſo erwachte abermals ſeine Leidenſchaftlichkeit: „Nehmen Sie dieſen Artikel der Verfaſſungsurkunde fort, ſo inaugurieren Sie eine Periode der kirchlichen

[1]) Bismarck, Gedanken u. Erinnerungen II, 141 (Volksausgabe II, 168).

Reaktion. Der Damm, der zwischen der alten und neuen Zeit aufgeworfen war, wird hinweggenommen," rief er am 20. Mai 1875 prophetisch. „Nehmen Sie diese Artikel der Verfassung weg, so wird die Gesetzgebung immer mehr auch die inneren Angelegenheiten der Kirche vor ihr Forum ziehen, und es wird dann die notwendige Folge sein, daß sich ebenso in den Parlamenten Fraktionen bilden müssen — ich möchte sie nicht Zentrumsfraktionen nennen —, die auftreten in den Parlamenten zur Vertretung der evangelischen Kirche. Das, was Sie angeblich durch diesen Kampf erreichen wollen, die Entfernung der Zentrumsfraktion, wird dann vielmehr in demselben Maße auch für die evangelische Kirche ausgebildet werden." Dies Wort hat Fürst Bismarck im Gedächtnis behalten.

Schroff erklärte Kleist im weiteren: „Das dringendste Bedürfnis der evangelischen Kirche ist, daß so schleunig als möglich das Kirchenregiment des Herrn Dr. Falk aufhört." Er bezeichnete es treffend als ein Unding, daß in dem Augenblicke, wo es sich um die Regulierung der Grenzen zwischen Staat und Kirche handle, der Vertreter des Staates zugleich die Kirche vertrete. Dabei konnte er mit Fug und Recht darauf hinweisen, daß die Stellung des Königs damals bereits in einem inneren Widerspruche zu den Schritten Falks stand. Falk fühlte sich augenscheinlich sehr getroffen und erwiderte mit großer Heftigkeit. Er glaubte einen Widerspruch in Kleists Auftreten mit dem Gebot der Nächstenliebe feststellen zu sollen und verstieg sich zu dem Vorwurfe der Lüge. Damals konnte ein Vertreter der Staatsregierung noch ungerügt solche Beleidigungen aussprechen. Kleist wies mit kühlen Worten die Beschuldigung des Ministers zurück. Gegenüber der von der Zeitrichtung aufgebrachten und hier von Falk aufgenommenen, von Grund aus irrigen und schwächlichen Auffassung aber, die die wuchtige, ja unversöhnliche Sprache Luthers und anderer Glaubenshelden ganz vergessen zu haben schien und als alleiniges Kennzeichen der Frömmigkeit die Sanftmut betrachten wollte, bemerkte er selbstsicher: „Der Gebrauch eines scharfen Schwertes ist in einem solchen Falle ein Akt der Liebe." Am anderen Tage kam der ehemalige Justizminister Graf Lippe auf Falks Vor-

wurf der Lüge zurück und wies gewissermaßen im Namen des Hauses den Minister vornehm und ruhig in die Schranken.

Eine große Aktion begann für Kleist wieder, als die von dem Oberkirchenrat entworfene evangelische Kirchenverfassung zur Beratung kam. Diese Aktion vollzog sich wie bei der Zivilehe in mehreren Stufen. Die erste große Schlacht, die er deswegen schlug, wurde auf der vom 24. November bis zum 18. Dezember 1875 tagenden außerordentlichen Generalsynode geliefert. Kleist, von der pommerschen Provinzialsynode entsandt, war dort der Hauptführer der am meisten rechts stehenden Gruppe, der Konfessionellen. Ihm zur Seite standen Euen, Meinhold und Büchsel. Vorgelegt war der Synode der Entwurf der Generalsynodalordnung. Kleist, der die Ansicht vertrat, daß durch die Vorlage die evangelische Kirche vom Staate in noch engere Fesseln geschlagen würde, als bisher, befand sich auch hier wie im Herrenhause bei den kirchenpolitischen Vorlagen in der Minderheit. Aber seine Persönlichkeit hat in dieser glänzenden Versammlung durchaus den stärksten Eindruck hinterlassen. Die Berichte jener Zeit sind voll davon, wie der kleine, feurige Greis mit dem buschigen schneeweißen Haupthaar, dem inzwischen auch gebleichten militärischen Schnurrbart und der mächtigen Adlernase, der immer im Geschwindschritt daher kam, mit hinreißender Beredsamkeit, unübertrefflicher Schlagfertigkeit und gründlichster Sachkenntnis bei vollendeter Beherrschung der parlamentarischen Formen seine Ansichten verfocht. Selbst Kleists leidenschaftlichster Gegner, der mit ihm hart auf der Synode zusammenstieß, Wilibald Beyschlag, hat in seinen Erinnerungen eingestanden, daß er allen in der Behandlung der Geschäfte überlegen war. Noch in ihrem Nachruf auf Kleist gedachte die Luthardtsche Kirchenzeitung eines Vorfalles aus dieser Synode, wo sich nach einer Rede Kleists neun der namhaftesten Persönlichkeiten gegen ihn wandten, zum sichersten Zeichen dafür, daß er mit seinen Ausführungen den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. Keiner besaß so das Ohr der Versammlung, und wie noch oft sonst, so hatten die Hörer auch diesmal den Eindruck, daß seine Rede wie ein reißender Gießbach dahin sprudele[1]). Den

[1]) Vgl. die Schilderung im Daheim 1876, S. 329 ff.

Vertretern des Kirchenregiments und den Ministern selbst mag gar nicht behaglich zu Mute gewesen sein, als der tapfere Mann ihnen entgegenschleuderte: „Die Kirche werde wie ein Rohmaterial behandelt, das eingestampft werde, und aus dem dann ein neuer Teig geknetet werde. Das gebe der Kirche nicht die Achtung und Liebe im Lande, welche sie zur gesegneten Wirksamkeit bedürfe, das locke jeden Kirchenkünstler, an dem corpus vile der Kirche sein anatomisches Messer, jeden Buben, an ihr seinen Mutwillen zu üben." Dem gegenüber fiel Falks kalte Ruhe sehr ab. Man machte sich wohl gar über die dem Minister eigentümliche vorstoßende Handbewegung, die „Falkenstöße", lustig. Kleist selbst fühlte sich erfrischt, belebt durch den Kampf und war durchdrungen davon, daß auf seiner Arbeit Segen ruhte. Davon brachte ihn auch der Ausgang nicht ab. Er hatte nur 62 Mitglieder bei der Schlußabstimmung auf seiner Seite, 134 waren gegen ihn. Mit ihm stimmten der Konsistorialpräsident Hegel, der Geheimrat Wiese, der Staatssekretär v. Thile und Kögel. Als erste Frucht glaubte er schon im Januar verzeichnen zu dürfen, daß der Kaiser einige Beschlüsse der Synode nicht genehmigen wolle.

Die zweite Schlacht, die sich um die Verfassung der evangelischen Kirche drehte, entspann sich im Mai 1876 im Herrenhause bei Beratung des über diese Verfassung eingebrachten Gesetzentwurfs. Kleist ergriff am 22. Mai das Wort und erklärte: „Dazu sind wir nicht gewillt die Hand zu bieten, in dem Augenblicke, wo man vorgibt, die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche zu fördern, sie noch ärger unter die Hände des Staats zu stellen." Am schlimmsten fand er die Bestimmung, daß kein Gesetzentwurf der Generalsynode dem Landesherrn vorgelegt werden dürfe, der nicht die Billigung des Staatsministeriums gefunden hätte. „Es schiebt sich das Organ des Staates zwischen den Körper der Kirche und das Haupt derselben, den Landesherrn; es ist der Blutumlauf zwischen Haupt und Gliedern unterbrochen durch das Staatsministerium. Nach meiner Überzeugung könnte man dem evangelischen Kirchenregiment des Landesherrn keinen schwereren Stoß geben, als durch eine solche Bestimmung. Die Funktion unseres Staatsministeriums ist nicht an ein Bekenntnis gebunden. Es kann aus

Mitgliedern einer anderen Konfession bestehen, ja es können Juden sein, die hier an die Stelle des evangelischen Königs treten." Falk erwiderte unter Anerkennung der Sachlichkeit der Kleistschen Ausführungen mit Wärme. Er gestand, daß nach seiner Erfahrung bei der Arbeit an und in der Kirche niemand, der sich ihr gewissenhaft hingebe, frei bleibe von ihrem segnenden Einfluß. „Wer einmal hineingetreten ist in solche Tätigkeit, der wird gefaßt mit gewaltiger Hand." Er wollte aber finden, daß die Differenzen zwischen ihm und Kleist auf einen Wortstreit und nicht auf Realitäten hinausliefen. Zum Teil setzte Kleist seine Ansicht bei den Abstimmungen durch. Doch bei der Gesamtabstimmung blieb er in der Minderheit.

Die Haltung des Ministers war bei dieser Auseinandersetzung bereits viel versöhnlicher als früher. Fast will es scheinen, als ob er Kleists Stellung stetig mehr würdigen lernte. Als Kleist am 18. Februar 1879 bei Besprechung einer Petition an der Hand einer Anzahl schlagender Beispiele das Umsichgreifen der Konfessionslosigkeit des Unterrichts und die dadurch hervorgerufene Schädigung des evangelischen Bewußtseins beleuchtet hatte, erklärte Falk: „Wenn die Rede des Herrn v. Kleist der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen würde, so läge darin ein ganz anderes Material, als in dieser Petition." Im folgenden konnte er nicht umhin, einige der von Kleist gerügten Fälle, die namentlich Berlin berührten, preiszugeben. Damals galt Falks Stellung bereits als erschüttert. Schon im März 1878 bezeichnete Kleist den Rücktritt des Ministers als bevorstehend und meinte, er sollte an Leonhardts Stelle Justizminister werden[1], wozu Falk in der Tat wohl mehr berufen gewesen wäre. Anfang Dezember war die Frage brennend geworden, da der Kaiser sehr energisch den Willen kundgab, zwei hervorragende Gegner des Ministers, Kögel und Baur, in den Oberkirchenrat zu berufen. Robert Bosse glaubte nicht, daß Falk nachgeben würde[2]. Doch es geschah. Als dann aber Adolf Stoecker ins Konsistorium berufen werden sollte — es war im Juli 1879 —, schied Falk.

Wenige Männer hat Kleist so scharf bekämpft als ihn.

[1] Kleist an seinen Sohn Jürgen, 27. März 1878.

[2] R. Bosse, Erinnerungen, 2. Dezember 1878. Grenzboten 1904, Nr. 20.

Unterlag er dabei in den meisten Fällen, weil seine konservativen Parteigenossen ihm bei dem Hochdruck, mit dem der leitende Staatsmann gegen Kleist arbeitete, in der Kirchenpolitik weniger folgten, so war seine parlamentarische Tätigkeit in den Synoden und im Herrenhaus doch insofern von Wirkung, als sich im ganzen Lande die streng lutherisch Gerichteten und auch sonst zahlreiche fromme Leute geistig um ihn scharten. Der Name Kleist-Retzow wurde geradezu ein Panier für diese Kreise. Von allen Seiten gingen ihm nach seinen großen Reden ermunternde Zurufe zu, die ihn in der Tat auch stärkten. „Wirkungslos bleibt Dein Wort nie; wenn nicht in, so außer dem Hause findet es sein Echo", durfte ihm Superintendent Meinhold mit Fug und Recht am 24. November 1873 schreiben. Schede konnte nicht umhin, die Ausdauer, mit der sich Kleist dem Ausbau der Kirche widmete, zu bewundern. Er selbst ließ angesichts der schwierigen Lage die Hände sinken. „Ich kehre dem Allen den Rücken und habe gar keine Hoffnung, daß irgend Heilsames aus diesem Wirrwarr sich gestalten wird", schrieb er am 25. Oktober 1873. Mit stetig wachsendem Staunen verfolgten die Freunde diese Unermüdlichkeit Kleists. „Gott der Herr erhalte und schenke Dir immer neu Deine Rüstigkeit und Frische an Leib und Geist, Deine unglaubliche Arbeitskraft," rief ihm der Kaminer Seelenhirte zu, als Kleist sein 65. Lebensjahr vollendete. Eine besonders wertvolle Freundschaft, die dieser sich durch sein Wirken erwarb, war die des Kirchenrechtslehrers Rudolf Sohm, mit dem er in Gedankenaustausch trat und dessen Rat er wiederholt einholte. Ein anderer, der infolge seiner kirchenpolitischen Kämpfe mit ihm in Fühlung kam, war Heinrich Geffcken, dessen kirchenrechtliche Schriften Kleist wie die Sohms mit Interesse las. Der Straßburger Gelehrte, der, wie man weiß, zu den schlimmsten Widersachern Bismarcks gehörte, suchte noch zu einer Zeit, als Bismarck sich wieder mit Kleist ausgesöhnt hatte, bei diesem in der schärfsten Weise gegen den Kanzler zu hetzen, ohne natürlich damit Boden bei Kleist zu finden. Den tiefsten Eindruck machte Kleists Eintreten für das evangelische Glaubensleben aber bei seinen Freunden von 1863, den treuen Ravensbergern. —

In die Anfangszeit des kirchenpolitischen Kampfes, neben diesem hergehend, fiel ein gesetzgeberisches Werk, dessen Erledigung neben dem Heereskonflikt und dem kirchenpolitischen Streite von allen in der Bismarckschen Zeit ausgetragenen, auf die innere Politik beschränkten Fragen wohl die meisten Verwickelungen schuf: der Erlaß der neuen Kreisordnung. Wie beim Schulaufsichtsgesetz ist auch hier Kleist-Retzow das Haupthemmgewicht gewesen. Diesmal lagen die Dinge aber wesentlich anders als bei dem Kampfe um die Schule. Bis zu einem gewissen Grade hatte Kleist hier den leitenden Staatsmann auf seiner Seite. Bismarck war nämlich nicht einverstanden mit dem Vorkämpfer des Gesetzes, dem Minister des Innern Grafen Fritz Eulenburg. Ebenso folgte Blanckenburg seinem Freunde im Herrenhause hier mehr, und Below-Hohendorf machte im wesentlichen ganz gemeinsame Sache mit Kleist. Für diesen ließ sich mithin die Lage viel günstiger an als bei dem Schulaufsichtsgesetze. Trotzdem wurde die ganze Angelegenheit auf das schlimmste verfahren, vornehmlich durch Kleists Schuld. Seine so wenig staatsmännische Natur zeigte sich abermals in grellem Lichte, und der Erfolg konnte nur eine Vermehrung der Verstimmung Bismarcks gegen ihn sein.

Die Frage der Kreisordnung drängte wie so vieles seit langem gebieterisch auf Lösung. Seit Erlaß der Kreisordnungen in den Jahren 1825—1828 hatten sich die Verhältnisse so vielfach geändert, daß jedermann, auch Kleist, tiefgehende Reformen als notwendig anerkannte. Die Änderungen, die die revolutionäre Gesetzgebung in der Zeit unmittelbar nach 1848 getroffen hatte, waren allerdings bald wieder aufgegeben worden, weil sie sich als unzweckmäßig erwiesen. In der neuen Ära suchte nun Graf Schwerin-Putzar als Minister des Innern eine zeitgemäße Änderung herbeizuführen, indem er im Frühjahr 1860 dem Abgeordnetenhause den Entwurf einer Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen vorlegte. Dieser fand in der Kommission jenes Hauses sein Grab. Darauf wurde zu Anfang des Jahres 1862 ein neuer Entwurf unter Hineinbeziehung der beiden westlichen Provinzen eingebracht, der diesmal zuerst dem Herrenhause zuging. Hier bemächtigte sich Kleist sofort der Sache. Sein Sinn, ja seine große Begabung für Ver-

waltungssachen machte sich sofort wieder geltend. Er gewann dabei die unbestrittene Führerschaft. Seine Stellung war durchaus gegnerisch, weil er in dem Schwerinschen Entwurf den völlig ungeschichtlichen, bureaukratischen liberalen Geist bekämpfen zu müssen glaubte. Ludwig Gerlach, unter dessen Bann er damals noch sehr stand, bestärkte ihn in seinem Widerstande. „Der Hauptfehler der Entwürfe des Grafen Schwerin ist das ‚die Welt immer wieder von vorn anfangen'," schrieb ihm der Präsident, — „‚as if the world were but new to begin, antiquity forgot, custom unknown', sagt Shakespeare." Immerhin trug Kleist neue Gedanken in den Entwurf hinein. Er ist immer besonders stolz darauf gewesen, daß er und mit ihm Below-Hohendorf zuerst eine bessere Ordnung der Streitsachen im Verwaltungsverfahren anregte, indem er die Bildung eines aus dem Landrate und einigen gewählten Kreistagsmitgliedern bestehenden Kollegiums, des späteren Kreisausschusses, als erste und eines aus dem Oberpräsidenten und einigen gewählten Mitgliedern des Provinziallandtags zusammengesetzten Kollegiums als zweite Instanz vorschlug. Er drang mit seinen Vorschlägen durch, was den Liberalismus mit Entsetzen erfüllte. Heftig ging Theodor Bernhardi deshalb den Kriegsminister Roon im März 1862 an. Als Bismarck ans Ruder kam, schwebte die Angelegenheit immer noch. Bald erfuhren dessen nächste Freunde, darunter auch Kleist, daß der neue Ministerpräsident bei Übernahme seines Amtes wegen der Kreisordnung, deren Durchführung dem Könige am Herzen lag und derentwegen er sich schon früher mit Bismarck gestritten hatte, gewisse Garantien übernommen habe. Wie weit diese gingen, wußte allerdings niemand anzugeben. Kleist suchte den Freund sofort zu bestimmen, das Gesetz, wenn möglich, fallen zu lassen. „Mit solchem Abgeordnetenhause," so schrieb er ihm damals, „mit dem man über die Existenz zu streiten hat, ist ja eine organische Gesetzgebung unmöglich. Man vinkuliert sich daher ganz unnötig, macht um seinetwillen doch Propositionen, welche später die Regierung selbst gereuen. Eventuell keine ganz neue Kreisordnung, nur Modifikationen der alten, soweit absolut nötig. Die Kreistage sind noch die zuverlässigsten und solidesten Organe, die existieren; sie zu vernichten, wäre ein schwerer

Fehler." Bismarcks Genialität wußte einstweilen Rat. Am 13. Oktober 1862 meldete Kleist an Gerlach darüber: „Bismarck ist geneigt, die Frage zuerst in die Kreistage selbst zu werfen, sie resp. die einzelnen Stände in ihnen über ihnen bestimmt zu stellende Fragen zu hören, um der Preßagitation eine reale breite Beschäftigung der Beteiligten im ganzen Lande gegenüberzustellen. Das möchte nicht ungeschickt sein und würde zunächst den König befriedigen". In der Tat wurde der Entwurf der Kreisordnung am 16. November 1862 zwar nicht den Kreisen, aber doch den Provinziallandtagen vorgelegt, und Bismarck war damit einstweilen dieser Frage ledig.

In den Ministerien wurde freilich weiter daran gearbeitet, und am 27. September 1869 legte Graf Fritz Eulenburg, der mit Bismarck ins Ministerium eingetreten war, und der als hoher Freimaurer die besondere Gunst Wilhelms I. besaß, dem Abgeordnetenhause einen neuen Kreisordnungsentwurf für die östlichen Provinzen vor. Der Verfasser war ein hochkonservativer Mann, der Geheimrat v. Wolff, der nachmals Oberpräsident von Sachsen wurde. Es war daher nicht verwunderlich, daß Kleist und mit ihm das Herrenhaus an dem Entwurf im wesentlichen Gefallen fand. Zwar regte sich auch dagegen mancherlei Widerspruch im Lande, umsomehr, als das Abgeordnetenhaus noch weitgreifende Änderungen an der Vorlage in liberalem Sinne vornahm. Aus Vor- und Hinterpommern sowie aus Preußen erhielt Kleist darüber zu Beginn des Jahres 1870 Stimmungsberichte. In der Kreuzzeitung schrieb der ihm nahestehende Herr v. Kröcher dagegen. Am bedenklichsten zeigte sich der alte Freund in Hohendorf. Below, der für diese Verwaltungsfragen ungleich mehr ins Zeug zu gehen pflegte, als für die religiösen, war sofort im Anschlage und lauerte nur darauf, daß die „Parlamentsglocke läutete". Er berichtete Kleist am 17. Januar: „Gegen die projektierte Kreisordnung, ministerielle wie die nach links amendierte, opponiert hier in der Provinz alle Welt ohne Unterschied der politischen Parteien. Es macht mir den Eindruck wie 1848. Politische Doktrinen und Parteibefangenheit in Parlaments- und Regierungskreisen, während vor den Toren Berlins eine andere Welt der Ideen und Wünsche beginnt. Ist es nun wohl verständig, die getreuen

Untertanen, vielleicht mit beschränktem Verstande, glücklich machen zu wollen wider ihren Willen? Der Widerstand gegen die neue Kreisordnung wird viel stärker sein als im Herrenhause — draußen im Lande. Unsere fürstlichen Herren und großen Grundbesitzer im Herrenhause werden nur zu bereit nach einer Ordnung greifen, die sie von der Last der Polizeiverwaltung der großen Bauerndörfer befreit, und ihnen folgt der Berliner willige Geheimrat, der das stets gegenwärtige Kontingent der allezeit Zustimmenden ergänzt. Wenn unsere konservativen Freunde im Hause der Abgeordneten noch meinen, sie würden sich populär machen durch Aufrechterhaltung des ministeriellen Projekts der Kreisordnung, so sitzen sie, wie der Berliner sagt, ‚auf einem dicken Irrtum'." Es kam aber einstweilen nicht zur Beratung dieser Kreisordnung im Herrenhause, denn der Krieg gegen Frankreich trat dazwischen. Dies gab Bismarck Gelegenheit, die ganze Sache in ein anderes Stadium zu bringen. Der Wolffsche Entwurf ging ihm, wie Kleist angibt, nicht weit genug. Vielleicht war es aber König Wilhelm, der weitergehende Bestimmungen verlangte. Bismarck beauftragte daher den Geheimrat Persius mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes. Dies wurde auf Grund einer Kabinettsordre am 20. Dezember 1871 eingebracht und abermals zuerst dem Abgeordnetenhause vorgelegt. Die wesentlichste Änderung bestand in der völligen Neugestaltung der ländlichen Polizei. Zugleich wurde die Stellung des Grundbesitzes zu Gunsten der Städte auf den Kreistagen wesentlich geschwächt. Das Abgeordnetenhaus gab der Vorlage ein noch sehr viel liberaleres Gepräge.

Gegen dieses Projekt begann Kleist alsbald mit allen Mitteln den Kampf aufzunehmen. Vor allem operierte er dabei gemeinsam mit dem Sohne des alten Volksblattredakteurs Philipp Nathusius, dem begabten Herrn v. Nathusius-Ludom, dessen Berufung an die Spitze der Kreuzzeitung an Stelle des diesem schwierigen Posten nicht vollauf gewachsenen Nachfolgers von Wagener, Beutner, sich damals vorbereitete. Nathusius-Ludom hatte sich mit diesen Verwaltungssachen eingehender theoretisch beschäftigt. Er ging dabei von den alten Haller-Gerlachschen Ideen der ständischen Gliederung aus, von denen sich Kleist

auch nicht völlig loszulösen vermochte. Sofort als die Thronrede das Gesetz ankündigte, schlug Nathusius Lärm und schickte Kleist das Gerippe eines Aufsatzes: „Ständische Gliederung und Kreisordnung", mit der Bitte, ihm praktische Winke zu geben. „Eine Krähe soll ja oft die ersten Flocken zur Lawine lösen — vielleicht veranlaßt meine Rabenstimme bessere Stimmen zur Äußerung und folgt dann mit Gottes Hilfe eine Lawine von konservativer Entrüstung in Wort, Schrift und Tat." Inzwischen spielte sich die Herrenhausschlacht wegen des Schulaufsichtsgesetzes ab. Nach seiner Niederlage dabei gewann Kleist wieder Fühlung mit dem Präsidenten v. Gerlach. Der schrieb ihm darauf am 19. März: „Ihre mir so werte Liebe hat meine Feder wieder mobil gemacht" und suchte nun gleichfalls auf den alten Jünger wegen der Kreisordnung einzuwirken, indem er ihm eine ganz in seinem Sinn gehaltene Rede des Landrats v. Meyer-Arnswalde gegen den Entwurf zusandte und daran mit Beziehung auf eine Äußerung des Konservativen v. Gottberg die Mahnung knüpfte: „Können Sie den Konservativen die miserablen Reden nicht abgewöhnen: Wir wissen wohl, daß wir nichts ausrichten? Denken Sie sich eine Proklamation Blüchers vor der Katzbach: ‚Soldaten! Ich weiß zwar wohl, daß wir die Schlacht verlieren, — aber haltet euch brav! u. s. w.'"

Kleist wurde, als die 194 Paragraphen umfassende Vorlage vom Abgeordnetenhause ins Herrenhaus kam, wieder wie vor zehn Jahren in die zu deren Beratung gebildete Kommission entsandt und spielte dort abermals eine beherrschende Rolle. Neben ihm wirkte ganz in seinem Sinn Herr v. Kröcher. Gegen den heftigen Widerspruch Eulenburgs wurde der Entwurf umgearbeitet und Kröcher zum Berichterstatter bestimmt. In der Neugestaltung der ländlichen Polizei schloß man sich der Regierung großenteils an. Dafür richtete man den Hauptwiderstand gegen die Schwächung der Stellung des Grundbesitzes. Außerhalb des Herrenhauses beriet Kleist den publizistisch gegen die ministerielle Vorlage tätigen Nathusius, der nicht umhin konnte, ihm lebhaft zu danken. Seine Worte zeigen, daß Kleist seiner ganzen Art nach wieder einmal positiv geholfen hatte: „Rechte Kritik, das heißt das Messer des Gartenfreunds,

wenn es noch Zeit ist, den Baum zurechtzuschneiden, ist ja nötiger als Regen und Sonnenschein der Aufmunterung. Und beides spenden Sie dem Anfänger in so gütiger Weise“[1]). Kleist operierte umso eifriger gegen die Vorlage, als er erfuhr, daß Bismarck mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden war und zusammen mit Roon die Kreisordnung zu benutzen gedachte, um Eulenburg, der, aufgestachelt von der Kaiserin, der Kirchenpolitik vielfach Schwierigkeiten in den Weg legte, aus dem Sattel zu heben. Dies bestätigte ihm der Freund in Zimmerhausen in einem Schreiben vom 15. August. Blanckenburg beklagte nur, daß der Fürst infolge der dem Könige gegenüber im Jahre 1862 übernommenen Verpflichtungen etwas gelähmt in seinen Operationen gegen die Kreisordnung schiene und daß der König an Eulenburg festhielte. „Die Freimaurer scheinen mehr Einfluß zu haben wie Bismarck.“

So hielt es Kleist für angezeigt, Sturm gegen das Gesetz zu läuten. Er setzte eine Artikelserie für die Kreuzzeitung auf, die kurz vor dem Zusammentritt des Herrenhauses am 21. bis 25. September 1872 unter der Überschrift: „Der Entwurf der neuen Kreisordnung und seine Beratung im Herrenhause“ erschien. Er bezeichnete darin die ständische Gliederung der Kreistage als das Korrektiv gegen das allgemeine Stimmrecht und, ganz im Sinne Bismarcks, dem das Gesetz vor allem zu bureaukratisch schien, die beabsichtigte Umgestaltung der Stellung des Landrats als eine schwere Gefahr. In Anlehnung an ein Wort des radikalen liberalen Parteiführers Benedikt Waldeck meinte er, die Kreisordnung sei wichtiger als die Verfassungsurkunde, „weil letztere nur Prinzipien enthält, in den Satzungen jener sich aber das tägliche öffentliche Leben des Landes bewegt“. Das Schulaufsichtsgesetz, so führte er weiter aus, sei nur dadurch durchgedrungen, weil sich der Ministerpräsident dafür eingesetzt hätte. „Es ist mit Zuversicht anzunehmen, daß das (jetzt) nicht geschehen wird.“ Zugleich suchte er nach Anknüpfungspunkten mit dem tief verstimmt und krank in Varzin weilenden Kanzler, indem er dessen Ruhm sang. Er mahnte,

[1]) Nathusius-Ludom an Kleist, 18. Mai 1872.

nicht zu vergessen, daß das Ministerium durch seine deutsche Politik zur Rücksichtnahme auf die liberale Zeitströmung gezwungen sei. Die monarchistisch gesinnten alten Preußen dürften ihm daher mancherlei Kränkungen nicht allzusehr nachtragen. Der erste der vier Artikel, das eigentliche Alarmsignal, schloß im Stile Nelsons oder auch Blüchers: „Das alte Preußen erwartet, daß jedes Mitglied des Herrenhauses, welches von dieser Situation ein Verständnis hat, bei den bevorstehenden Beratungen seine Schuldigkeit tut“[1]).

Doch tappte er wegen der Taktik, welche er einzuschlagen hatte, wenn er mit Bismarck im Einklang bleiben wollte, noch ganz im Dunkeln und suchte deswegen Moritz Blanckenburgs Rat einzuholen. Auch dieser konnte nicht volle Klarheit darüber gewinnen, was das Zweckmäßigste sei. Er schrieb an Kleist deswegen am 25. September: „Nach allen eingehenden Erkundigungen, namentlich nach den direkten Gesprächen, die Roon und Wagener mit Bismarck über dies Thema gehabt haben, kann ich mich darüber nur so äußern: Bismarck ist nach wie vor eigentlich der Meinung, daß man wohl mit dem Herrenhaus eine Kreisordnung vereinbaren kann *oder* mit dem Abgeordnetenhaus, aber nicht mit beiden. Man kann nun keineswegs sagen, daß Bismarck die Kreisordnung studiert hat, — ja schwerlich gelesen; im allgemeinen hat er ja den Instinkt, daß die alte unhaltbar, wenigstens als Grundlage einer völlig neuen Verwaltungsverfassung. Eulenburg hat Ausflüchte gemacht, als Roon ihn neulich in der Front darüber angegriffen hat, daß er für den Entwurf des Abgeordnetenhauses gestimmt hätte und damit *gegen* die ausdrücklichen Beschlüsse des Staatsministerii. Er leugnet, daß sein Votum diese Bedeutung habe. Roon bedauert nun, wenn diese Angelegenheit die Wendung bekäme, daß Bismarck dem König sagte: ‚Entweder Eulenburg oder Bismarck‘. Natürlich würde dann der König nachgeben, aber gewiß — gedemütigt u. s. w. Das Verhältnis ist so schon wund gerieben und gedrückt. Dazu kommt, daß Bismarck keinen Kandidaten hat. Wir gehen im Innern den Weg, daß Bismarck sich völlig zurückzieht und aufs Reich allein seine

[1]) Konzept der Artikel im F.A.

Tätigkeit konzentriert. . . . Doch zurück zur Kreisordnung! Was soll ich dir raten? Ich würde nicht raten, bei dem Votum ‚zurück in die Provinzen' zu beharren — es ist zu negativ und gibt Eulenburg Oberwasser . . . Forckenbeck — von Wagener befragt — hat rund erklärt, daß gar nicht daran zu denken wäre, daß das Abgeordnetenhaus mehr konzedierte, als in seinem Entwurfe enthalten wäre."

Angesichts der unklaren Lage bemühte sich nun Roon als stellvertretender Ministerpräsident, eine Verständigung zwischen den Herrenhausführern, insbesondere Kleist und Kröcher, und dem Minister Eulenburg herbeizuführen, indem er mit ihnen wiederholt Konferenzen in seiner Wohnung abhielt. Doch vermochte er den Minister nicht zum Nachgeben zu bestimmen. Eulenburg gab sich vielmehr den Anschein, als ob er den Reichskanzler ganz hinter sich hätte. Er äußerte, Mitteilungen aus Varzin verlangten unbedingt eine Erledigung, mit welcher die Linke des Abgeordnetenhauses zufrieden sei. Das Herrenhaus würde nächstens doch vor die Notwendigkeit der Annahme der zu erwartenden kirchlichen Gesetze gestellt werden. Das Herrenhaus dürfe in Zukunft überhaupt keine selbständige Bedeutung mehr haben, sondern müsse den Charakter eines Senats erhalten. Der Ausblick auf die Erzwingung der kirchlichen Gesetze ließ in Kleist den entscheidenden Entschluß reifen. Während Below-Hohendorf und mit ihm einige wenige Mitglieder des Herrenhauses noch an dem umgearbeiteten Entwurf festhalten wollten, dachte Kleist (und er hatte die Mehrheit hinter sich) nur dann für diesen Entwurf zu stimmen, wenn der Minister sich entgegenkommend verhalte, sonst aber die ganze Vorlage zu verwerfen und die Einbringung eines neuen Gesetzes mit Normativbestimmungen für die Monarchie, aber unter Zurückgreifen auf die Besonderheiten der Provinzen zu verlangen. Das bedeutete den vollkommenen Bruch. Gerade das, wovon Blanckenburg, doch wohl mit Kenntnis der Bismarckschen Ideen, abgeraten hatte, sollte nun geschehen.

So ging man in die öffentliche Beratung des Gesetzes. Sie fand in den Tagen vom 23. bis 31. Oktober statt. Wieder war eine große Stunde des Herrenhauses herangekommen. „Das Haus war besucht, wie kaum je," berichtete Kleist noch

zehn Jahre später voll lebendiger Erinnerung, „alle aus den Provinzen Angekommenen voll Entschlossenheit, die Position der Ritterschaft nicht gutwillig preiszugeben“ [1]). Gleich am ersten Tage ergriff Kleist das Wort zu einer großen Rede. Auch in der Einzelberatung übernahm er durchaus die Führung. Anfangs bewegte man sich in versöhnlicher Sprache. Allmählich kam aber einige Erhitzung hinein. Kleist durfte hervorheben, daß er durchaus nicht für den Adel als solchen in die Schranken ritte, wenn er die Schwächung der Stellung des Grundbesitzes bekämpfte, da beispielsweise in Pommern schon die Hälfte der Rittergüter in bürgerlichen Händen wäre und konservative und liberale Gesinnung bei den Gutsbesitzern abwechsle. Ein schärferer Ton wurde durch den Oberbürgermeister von Danzig, Herrn v. Winter hineingetragen, mit dem Kleist sich verschiedene Male maß. Besonders heftig wurde die Erörterung, als um die Beibehaltung des Instituts der Lehnschulzen gestritten wurde, zu deren Beseitigung sich die Rechte nicht entschließen konnte. Eulenburg erklärte die Beibehaltung für unannehmbar. Da replizierte Kleist-Retzow — es war am 26. Oktober — mit einer Schroffheit, die das ganze Land aufhorchen machte: „Ich hoffe, daß wir noch recht viel Beschlüsse fassen werden, die nach der Meinung des Herrn Ministers unannehmbar sind.“ Er sprach wohl so, weil er noch Rückhalt bei Bismarck zu finden gedachte. In der Abstimmung entschied sich darauf die Mehrheit gegen den Minister und für Erhaltung der althistorischen Einrichtung der Lehnschulzen. Am 29. kam es dann zu einem scharfen Zusammenstoß Kleists mit Herrn v. Winter, der höhnisch die Rückberufung des Prinzen von Preußen durch den Belgarder Kreistag im Jahre 1848 als eine reaktionäre und zu mißbilligende Kundgebung bezeichnete. Kleist fühlte sich dadurch in einer seiner schönsten und stolzesten Erinnerungen gekränkt. Er erhob sich zu einer ganz kurzen Erwiderung, die nicht nur im Hause, sondern weithin im Lande zündete: „Wenn das bespöttelt werden kann, daß ein Kreistag damals sich gegen solch wüstes hochverräterisches Geschrei erklärt hat, so halte ich die Rede des Herrn v. Winter schon dadurch gerichtet.“ So erhitzten sich

[1]) Kleist an Herrn v. Below-Saleske, 22. März 1882.

die Gemüter. Am 31. gab Eulenburg dann die entscheidende Erklärung ab. Sie fiel so wenig entgegenkommend wie möglich aus. Mit großer Überlegenheit verkündete er, daß er bei Ablehnung seines Entwurfs unter Umständen um seinen Abschied einkommen würde. „Allein die Sache steht in diesem Falle anders. Seine Majestät haben die Überzeugung, daß das Zustandekommen einer auf den Prinzipien der Regierungsvorlage beruhenden Kreisordnung eine Notwendigkeit ist, und in dieser Überzeugung würden Sie jedem neuen Ministerium dieselbe Aufgabe stellen, die uns obgelegen hat." Nun erhob sich Kleist und gab eine augenscheinlich sehr wohl erwogene Erklärung ab, die von allen seinen Erklärungen die weittragenden Folgen gehabt hat: „Ich für meinen Teil würde ja allenfalls im stande sein, für einen Kreisordnungsentwurf, wie er uns gegenwärtig vorliegt, meine Stimme abzugeben. Sie wissen es, daß ich in der Kommission so gestimmt habe. M. H.! Die konservative Partei in diesem Hause hat durch die Fassungen des Entwurfs, wie sie uns gegenwärtig vorliegen, ihre Hand weitaus der Staatsregierung entgegengestreckt." Hier unterbrachen ihn stürmische Ohorufe. Er wiederholte umso lauter seine letzten Worte, ohne dadurch den Widerspruch bemeistern zu können, hob scharf und bestimmt die Zugeständnisse, die von seiner Seite gemacht worden waren, hervor und fuhr dann fort: Wenn nun dennoch die Staatsregierung an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses festhalten zu wollen erkläre, so wäre es seiner Partei unmöglich gemacht, für den Entwurf zu stimmen. „Es wird die bestimmte Erklärung abgegeben, daß, wenn das Haus nicht unbedingt das annähme, was vorgelegt worden sei, alle Mittel, welche der Regierung zu Gebote stehen, in Bewegung gesetzt werden sollen, um das Haus zu einem solchen Beschluß zu nötigen. Damit, m. H., hört die Freiheit und die Selbständigkeit des Hauses auf." Starker Beifall folgte seinen Worten. Darauf schritt man zur Abstimmung. Below stimmte aus taktischen Rücksichten mit 17 zum Teil liberalen Mitgliedern für den Entwurf der Herrenhauskommission, Kleist und Kröcher mit 143 auch die Mehrzahl der Liberalen umfassenden Stimmen gegen ihr eigenes Werk. Dann erhob sich Below-Hohendorf und begründete einen zwischen

ihm und Kleist vereinbarten Antrag, der die von Kleist ins Auge gefaßte Vorlegung eines neuen, auf die Provinzen zurückgreifenden Entwurfes verlangte. Er lautete: „Das Herrenhaus wolle beschließen, für den Fall der Ablehnung des Gesetzentwurfs betreffend die Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen der Monarchie die kgl. Staatsregierung zu ersuchen: einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Normativbestimmungen zu einer Kreisordnung für die gesamte Monarchie enthält, gleichzeitig aber behufs der Berücksichtigung berechtigter Eigentümlichkeiten und Verschiedenheiten in den einzelnen Provinzen den entsprechenden Spielraum durch Zulassung provinzialer und kreisstatutarischer Anordnungen gewährt. Diese können nach Bedürfnis durch königliche Verordnung, nach Anhörung der Provinzialvertretung, erlassen werden." Kleist hatte erst eine etwas längere Fassung aufgesetzt, die sich noch in seinem Nachlaß vorfindet. Das Auftreten des Bismarck so nahestehenden Below wirkte bestimmend auf die Mehrheit. Allgemein glaubte man, daß er vom Reichskanzler inspiriert sei. Belows Antrag wurde denn auch mit 100 Stimmen gegen 64 angenommen.

Selbst der kluge Minister des Innern, der sich in seiner Stellung noch eben so sicher vorgekommen war, verlor in dieser Lage etwas sein Siegesbewußtsein. Er lud Kleist und Kröcher zu sich zu einem Essen ein, lediglich um zu ergründen, inwieweit die Mehrheit der Herren in ihrer Opposition von Varzin aus gestärkt wäre [1]). Unterdessen stattete Below-Hohendorf dem zürnenden Zauberer in dessen pommerschem Sorgenfrei einen zweitägigen Besuch ab, um ihm Bericht über die große Schlacht der Herren zu erstatten und sich über das weitere mit ihm ins Benehmen zu setzen. Am 4. November bereits richtete er, auf der Rückreise begriffen, von seinem Gute Saleske im Kreise Stolp aus ein Schreiben an Kleist, in dem er meldete, Bismarck habe seiner Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, daß das Herrenhaus so viel Reales an Rechten aufgegeben habe. „Es sei sein Recht gewesen, seine Forderungen zu stellen,

[1]) Kleist an den Neffen Below-Hohendorfs, Herrn v. Below-Saleske, 22. März 1882.

es habe sich aber ins Unrecht gestellt durch die unkluge feindliche Verwerfung der eigenen Amendements. Das sei wieder dieselbe fanatische junkerhafte unüberlegte Opposition des Schulgesetzes. Dort die Minorität, heute die Majorität, die einzelnen Führern folge u. s. w. u. s. w. — Von dieser Auffassung ist Bismarck nicht abzubringen. Auf die Resolution, die meinen Namen trägt, einzugehen, hat Bismarck wiederholentlich und auffällig vermieden, woraus ich mit Sicherheit schließe, daß sie Bismarcks Ideen ganz entspricht. Er kann und will die Kreisordnung direkt aber nicht in die Hand nehmen. Wir haben ohne Aufregung konferiert und sind in guter Freundschaft geschieden."

Below rechnete bei seinem Fortgange von Varzin noch mit der Möglichkeit einer neuen Vorlage, sowie dem Sturze Eulenburgs und gab Roon entsprechende Winke. Allerdings hatte er wenig Hoffnung auf einen Verlauf der Dinge in seinem Sinne. Sehr bald zeigte sich denn auch, daß Eulenburg Oberwasser behielt, wie Blanckenburg richtig vorausgesehen hatte. Kaiser Wilhelm, der natürlich die Einzelheiten nicht übersah und dem von der Gegenseite die Opposition im schlechtesten Lichte geschildert wurde, war im höchsten Maße aufgebracht über die Abstimmung des Herrenhauses. Er fand dessen Gebaren „hämisch", wie er dem Kanzler schrieb. Zu seinem Kummer konnte er sich in dem mit diesem geführten Schriftwechsel nicht über die zu ergreifenden Maßregeln verständigen. Eine Umgestaltung des Herrenhauses zu einem willenlosen Senat, wie sie Eulenburg angestrebt zu haben scheint, wollte er doch vermeiden, und so griff er schließlich zu dem Auskunftsmittel des Pairsschubs. Darüber gab es indes ebenfalls die heftigsten Kämpfe im Schoße des Ministeriums. Roon arbeitete, sicherlich im Sinne Bismarcks, eifrig dagegen. Ebenso kämpfte der schon damals sehr einflußreiche Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, der eben Eberhard Stolbergs Nachfolger als Präsident des Herrenhauses geworden war und zu jener Zeit das Oberpräsidium in Hannover innehatte, an zuständiger Stelle energisch dagegen, jedoch vergeblich [1]). Eulenburg rang dem Könige die

[1]) Kleist an Andrae-Roman, 28. November 1872.

Ernennung von 40 Herren ab. Als dieſer unerhörte Pairsſchub Tatſache werden ſollte, „ſträubte ſich", wie Kleiſt ſchrieb [1]), „doch des lieben Königs Herz," und er ließ es bei 25 bewenden. Aber auch darum gab es noch heftige Kämpfe. „Die Wogen gehen hier hoch wie 1848—50," ſchrieb Kleiſt. „Das Herrenhaus hat doch noch im Sterben eine Lebenskraft." Roon geſtand acht bis zehn zu, weil Eulenburg ſich durch ſeine Erklärungen vor dem Herrenhauſe ſchon ſehr engagiert habe. Mit Eulenburg beſtanden aber vier weitere Miniſter auf der größeren Zahl. Sie drohten ſämtlich ihren Abſchied zu nehmen, wenn ihnen nicht gewillfahrt würde. „Soll um dieſer Relativität willen faſt das ganze Miniſterium entlaſſen werden?" ſchrieb Kleiſt in ſeiner treuherzigen Weiſe an Andrae-Roman. „Nicht als ob ich darum traurig ſein würde; aber iſt es vom Könige zu verlangen? Es wird darum wohl ein großer Schub kommen." Und er kam. Am 30. November wurden die Fünfundzwanzig berufen. Noch einige Tage vorher hatte ſich der Herrſcher perſönlich in einem Schreiben an einen der nächſten Parteigenoſſen Kleiſts gewandt, um ihn zum Einlenken zu bewegen. „Sie werden darin den Ernſt autoritativen Selbſtgefühls, getragen von der liebenswürdigſten Milde und Güte, das Streben nach Schonung des Beſtehenden und zugleich die Überzeugung von der Notwendigkeit ſeiner Fortbildung finden und nicht länger zweifeln, daß es dem Herrn mit der Kreisordnung Ernſt iſt"; ſo ſchrieb ein Mitglied des Hauſes am 26. November an Kleiſt über dieſes Allerhöchſte Handſchreiben, indem er an deſſen „politiſchen Takt" appellierte und ihn zum Einlenken ermahnte. An ein Nachgeben war natürlich bei Kleiſt nicht zu denken.

Bei Eröffnung der neuen Tagung wurde der Entwurf des Abgeordnetenhauſes wieder vorgelegt. Nach kurzer Beratung fiel die Entſcheidung. Kleiſt unterlag am 9. Dezember 1872 mit 91 Stimmen gegen 116; die Differenz betrug gerade 25. Below-Hohendorf konnte nicht umhin, der Art, wie der Miniſter des Innern ſeiner Sache zum Siege verhalf, Bewunderung zu zollen, indem er gegen Kleiſt äußerte, Eulenburg habe in der

[1]) Kleiſt an Meinhold, 26. November 1872 (Akten des luth. Vereins).

Tat mit Geschick und großer Kaltblütigkeit die Debatte durchgeführt. „Gerechtigkeit muß man auch, und vorzugsweise, dem Gegner gewähren."

Damit fand die denkwürdige Aktion ihren Abschluß. Weil Kleist die weiteren kirchenpolitischen Gesetze und die damit verbundene Beugung des Herrenhauses kommen sah, hatte er va banque gespielt. In dem Ausblick auf die in seinen Augen unrühmliche Unterwerfung der Herren unter die kirchlichen Gesetze war seine Erwägung, wie er am 22. März 1882 an den Neffen von Below-Hohendorf, den Abgeordneten v. Below-Saleske, geschrieben hat: „Dann ist ehrenwerter, das Herrenhaus bleibt für die eigentliche Grundlage unserer kommunalen Verhältnisse auf dem Kampfplatze." Ähnlich hat er sich in der Geschichte des Geschlechts v. Kleist ausgedrückt. Man kann das alte Wort des römischen Dichters hier anwenden: Victrix causa diis placuit, sed victa Catoni. Kleist-Retzow war hier der unbeugsame Cato, der das Herrenhaus gleichsam in den Selbstmord trieb. In dem Drange, charaktervoll zu handeln, übersah er die nachteiligen Folgen, die der charaktervolle Entschluß nach sich ziehen mußte. Sollten die gegen den liberalen Zeitstrom gezogenen Deiche doch einmal nicht bestehen bleiben, so wollte der Deichhauptmann sie lieber selbst zerstören. Die Kassierung der eigenen Beschlüsse am 31. Oktober 1872 war neben der Handlung in der Indemnitätsfrage und in der des Schulaufsichtsgesetzes die Handlung, die Bismarck dem Jugendfreund am meisten verdacht hat, weil dadurch eine weitere Verhandlung auf Grundlage des Herrenhausentwurfs unmöglich gemacht wurde und der dem Kanzler so überaus lästige Graf Eulenburg nun umso sicherer im Sattel saß. Das bekam Kleist bald genugsam zu hören. „Leider ist die Eule auch durch Deine Schuld fester situiert wie je," schrieb ihm Blanckenburg im Januar 1873, und am 10. März 1873 hielt ihm Bismarck in einer Herrenhausrede vor, daß die Regierung durch die Abstimmung vom 31. Oktober des Vorjahres in eine Sackgasse gedrängt worden sei.

Die Taktik Kleists im Oktober 1872 erwies sich aber auch nach einer anderen Richtung als verderblich. Die unnachgiebige Haltung der konservativen Fraktion schädigte ihr Ansehen im

Lande. Kleiſt und Below hatten ſich mit vielen anderen einzureden geſucht, daß die bäuerliche Bevölkerung auch gegen das Geſetz ſei. Dies war jedoch nur in verſchwindendem Maße der Fall. Außerdem zeigte ſich wieder einmal, daß Kleiſt allzu ſchwarz in die Zukunft geſehen hatte, ſo mißlich mancherlei Beſtimmungen der Kreisordnung immerhin ſein mochten. Die geſunde Kraft der ländlichen Verhältniſſe behauptete ſich auch diesmal. Und ſelbſt der Baum des Herrenhauſes ſollte zu Kleiſts größtem Erſtaunen in der Folge trotz des Pairsſchubs und der Beugungen neue hoffnungsvolle Sproſſen treiben. —

Das Zerwürfnis zwiſchen den beiden Unzertrennlichen der Zweiten Kammer von 1849—1851 wurde von keinem dritten mehr empfunden als von Moritz v. Blanckenburg, der aber mehr zu Bismarck als zu Kleiſt hielt. Blanckenburg trat in dieſen Jahren gewiſſermaßen in die Rolle des Gewiſſensberaters für Bismarck, die Kleiſt in den Jahren 1862—1866 zu ſpielen geſucht hatte. Er war geſchmeidiger wie Kleiſt, hatte aber nicht den heiligen, eifernden Trieb wie dieſer. Schon zu Ende der Sechzigerjahre ſah Blanckenburg es kommen, daß der Kanzler ſtetig mehr nach links treiben würde. Im Oktober 1869 ſchrieb er an Kleiſt über Bismarck: „Ich fürchte, er bleibt körperlich unfähig, in der bisherigen Art beide Poſten (Kanzleramt und Miniſterpräſidentſchaft) zu füllen. Nun hat er ernſtlich die verrückte Idee, ſich auf den Bund zurückzuziehen. Er fühlt, daß er dann noch liberaler werden muß. Ich habe nach Möglichkeit ihm vorgeſtellt, daß er damit das alte Preußen ins Reaktionslager treibe.“ Die unſtaatsmänniſche Art, in der Kleiſt Fragen wie das Schulaufſichtsgeſetz und die Kreisordnung behandelte, betrübte den Zimmerhäuſer tief. „Wenn man, wie ich, mit allen ſich Verketzernden vertraut iſt,“ ſo ſchrieb er an Kleiſt am 5. Mai 1874, „ganz deutlich die Sackgaſſe ſieht, in die beide Teile laufen, dann blutet einem das Herz. Indes der Unſinn, den Ihr Kreuzzeitungsanbeter begeht, und die Rieſenfehler, in die Otto ſich durch Euch drängen läßt, ſind ſo koloſſal, daß ich auch anfange, zu glauben, daß Gott der Herr dies alles nicht bloß zugelaſſen hat, ſondern daß Er den Schaden der Proteſtanten aufdecken will, damit ſie inne werden, daß Fleiſch nicht ihr Arm iſt.“

Schließlich kam es so, wie Kleist im Juli 1868 im Hinblick auf die liberale Politik des Kanzlers schrieb: „Ich denke und hoffe, sobald er sieht, daß damit doch nicht durchzukommen, wenn die Gefahren bis zu einer gewissen Grenze kommen, wird er der Entschlossenste und Geschickteste sein, ihnen entgegenzutreten.“ Fürst Bismarck vollzog seine große Rechtsschwenkung. Und dann fügte es sich, daß die beiden Patrioten sich auf einem anderen Boden als dem des Herrenhauses fanden und miteinander aussöhnten.

3. In der Sozialreform. 1878—1892

Es war früher der Wunsch Kleists gewesen, in die Arena des Reichstags zu steigen. Zwar hatte er in seiner müden Stimmung bei der ersten Reichstagswahl im Jahre 1867 wenig Lust verspürt, sich um das Mandat, das sein Heimatkreis mit dem Dramburger und Schivelbeiner zusammen zu vergeben hatte, zu bemühen. Erkannte er doch, daß seine selbständige Stellung gegenüber Bismarck von den Eingesessenen nicht gern gesehen wurde. Man warf ihm sogar vor, er hätte sich mit Gerlach identifiziert, was notorisch unrichtig war. Der junge Landrat des Schivelbeiner Kreises, Dr. Freiherr v. d. Goltz, stand ihm mit unverhohlener Abneigung gegenüber. Ohnehin ließ Kleists wirtschaftliche Lage ihm, wie wir wissen, einen dauernden Aufenthalt in Berlin nicht erwünscht erscheinen. Zum Teil waren diese wirtschaftlichen Fesseln durch seinen großen Wohltätigkeitsdrang bedingt. Hielt es doch Schede bei Gelegenheit der Verpachtung Kieckows im Jahre 1866 für angebracht, ihm dringend Maßhalten in dieser Beziehung zu predigen: „Hüte Dich nur ja, mein Lieber, daß Du nicht in Deinem Liebeseifer alle pekuniären Vorteile dieser neuen Einrichtung für andere Zwecke opferst und die Mittel Dir nachher fehlen, wenn Du in der Stadt wohnen willst. Ich wollte, Dein Schwager Graf Eberhard hielte Dich darin im Zaume." So verzichtete Kleist 1867 leichten Herzens auf eine Wahl und trat für den einarmigen Arnim-Heinrichsdorf ein. Bei der unter dem Eindruck der Reichsgründung im Herbst 1870 einsetzenden Wahlbewegung regte sich aber in ihm wieder der Drang, sich zu betätigen, und so bot er sich selbst als Kandidaten an. Allein es zeigte sich, daß er die Stimmung nicht für sich hatte. Vor allem wurde sein kirchlicher Standpunkt abgelehnt. „Manche Leute sprechen

die Furcht aus, ich mache sie doch noch alle katholisch," schrieb er selbst an den Superintendenten Meinhold. Zwar trat der ihm befreundete Landrat des Belgarder Kreises, Herr v. Hagen, sofort für ihn ein, obwohl er vorher für den Schivelbeiner Landrat, den kirchlich liberalen Freiherrn v. d. Goltz, geworben hatte. Doch trug der kluge und energische, erst 33jährige Goltz über den greisen, berühmten Oberpräsidenten den Sieg davon. Durch eine dritte Kandidatur, die des mit Kleist auf demselben Boden stehenden Landrats des Dramburger Kreises, v. Knebel-Döberitz, wurden die Stimmen bei der Hauptwahl zersplittert. Bei der Stichwahl fielen 5542 Stimmen auf Goltz, 4609 auf Kleist. Damals lernte Kleist die krankhafte Empfindlichkeit der Judenschaft kennen. Hatte er sich doch erlaubt, in seiner Rede zur Adresse des Herrenhauses am 21. Dezember 1870 eine Parallele zwischen der deutschen und der jüdischen Königswahl zu ziehen. „Die Juden wählten wie wahnsinnig wegen meiner letzten Herrenhausrede," schrieb er darüber an Schede. Auch sein Eintreten für das Tabaksmonopol in einem Flugblatte mag ihm manche Stimme verscherzt haben.

Bei der im Sommer 1873 an Stelle des zurückgetretenen Hermann Wagener erfolgenden Neuwahl im Neustettiner Wahlkreis wollte man anfangs Kleist aufstellen. Hier hatte er gute Freunde. Vor allem gehörte der dortige Landrat v. Busse, ein tapferer und grundehrlicher Konservativer, zu seinen getreuesten Anhängern. Aber auch einer der angesehensten Grundbesitzer, Herr v. Bonin-Wulflatzke, erwärmte sich für Kleists Kandidatur. Dieser rechnete auf allgemeine Zustimmung, wenn Kleist aufgestellt würde, und bat diesen daher um seine Einwilligung. Kleist sagte sehr widerstrebend zu. Da begann die Regierung mit Hochdruck gegen Kleist-Retzow zu arbeiten. Es war im Mai 1873. In jener Zeit wirkte sein Name wie das rote Tuch auf den Stier auf alle, die mit der Regierung gingen. Der Kösliner Regierungspräsident v. Kamptz bereiste sofort den Wahlkreis und trug dann Kleist in einem Schreiben vom 15. Mai sehr entschieden den Wunsch vor, er möchte zurücktreten: „Ich habe mit sehr vielen Konservativen gesprochen. Man will, um es offen auszusprechen, den Reichskanzler nicht

verletzen. Ich würde es sehr beklagen, wenn die konservative Partei im Kreise veruneinigt würde. Beispielsweise der Kreisgerichtsdirektor Stellter in Neustettin, welcher als Führer derjenigen Konservativen gilt, welche zugleich eine weniger kirchliche Richtung verfolgen, erklärte mir, er sei bereit, mit seinem Anhange für jeden Konservativen, der aufgestellt werde, zu stimmen, wenn aber Eure Hochwohlgeboren der Kandidat sein würden, so würde er seinerseits einen der Herren Minister aufstellen." Er gab es Kleist daher anheim, die ihm, „wie er wisse, oktroyierte Kandidatur" abzulehnen. Ebenso veranlaßte der Präsident Herrn v. Bonin, die Aufstellung Kleists zurückzuziehen. Kleist erwiderte, er hätte in der Tat seinerzeit dringend gebeten, von seiner Aufstellung Abstand zu nehmen. „Aber jetzt nachträglich mein damaliges Wort zurückzunehmen und zu erklären, die Wahl unter keinen Umständen annehmen zu wollen, würde ich gegen die Treue halten." Doch jener Kreisgerichtsdirektor Stellter, ein gewandter Mann von sprudelndem Witz, der Kleist noch besonders gram sein mochte, weil dieser vor drei Jahren seine Wahl ins Abgeordnetenhaus verhindert hatte, scheint recht lebhaft Stimmung gegen ihn gemacht zu haben. Als darauf auch Herr v. Bonin unter dem Regierungsdrucke zurückzupfte, war Kleist frei. Immerhin stimmte noch eine Anzahl Konservativer bei der am 8. Juli erfolgenden Wahl gegen Arnim-Heinrichsdorf für Kleist. Die Regierungspresse, voran die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das wichtige Organ, das sich Bismarck geschaffen hatte, verzeichnete seine Niederlage mit großer Genugtuung.

An demselben Tage, an dem Herr v. Bonin zurückzog, wandten sich nun aber, vertreten durch den wackeren lutherischen Pfarrer Schmalenbach in Mennighüffen, die treuen Ravensberger an ihn mit der Bitte, für sie zu kandidieren. Am 23. Mai hatten Vertreter der konservativen Partei des Kreises Herford-Halle einstimmig beschlossen, Kleist das von ihnen zu vergebende Mandat, das bisher der eben verstorbene Minister v. Bodelschwingh inne gehabt hatte, anzutragen, und in deren Namen fragte jetzt Schmalenbach bei Kleist an. „Wir hoffen auch unter den gegenwärtigen Umständen oben zu bleiben. Ich bitte freundlichst, falls nicht dringende Hindernisse entgegen-

stehen, uns zuzusagen." Kleist versprach für den Fall der Wahl Annahme. Aber er sollte auch hier die Macht der Regierung fühlen. Gegen ihn trat der Landrat des Kreises Herford, Herr v. Borries, als Kandidat der Nationalliberalen auf und wurde bei der Wahl am 10. Januar 1874 von diesem urkonservativen Wahlkreise gewählt. Kleist erhielt 5198 Stimmen, der Gegner 6676. Schmalenbach schrieb nachher: „Wir hätten sicher für Sie die Majorität gehabt, wenn nicht der Gegenkandidat der Landrat gewesen wäre, für welchen die Subalternbeamten agitierten und agitieren mußten." Das Verhalten des Neustettiner und des Halle-Herforder Kreises bei diesen Wahlen zeigt schlagend, wie Bismarck es in der Hand hatte, die Wahlen in seinem Sinne zu beeinflussen. Hätte er gewollt, so wäre es ihm ein leichtes gewesen, schon zu Anfang der Siebzigerjahre eine nennenswerte konservative Reichstagspartei zu schaffen.

Trotz dieser Mißerfolge bei den Kandidaturen zum Reichstage sollte Kleist nicht aus der Reihe derer verschwinden, die auf den Schild erhoben wurden. Der Ruf des feurigen Greises nahm von Jahr zu Jahr zu. Er selbst verlor aber nach den wiederholten Fehlschlägen die Lust, sich noch einmal für diese Sache einzusetzen. Er sorgte sich auch, daß er im Reichstag in einen noch größeren Gegensatz zu Bismarck kommen würde; schon jetzt lastete dieser Gegensatz schwer genug auf ihm. Zudem fühlte er sich mehr denn je in seinen Geldmitteln beengt, da seine heranwachsenden Söhne an seinen Beutel naturgemäß höhere Anforderungen stellten. Der eine besuchte bereits die Universität. Ein zweiter sollte dahin folgen. Auch mit den Pachtzahlungen hatte er Schwierigkeiten. Nicht immer zahlten die Pächter. Als die pommersche Genossenschaft der Johanniter Kleist im Herbst 1876 an Stelle des zurückgetretenen Grafen Krassow zu ihrem Kommendator wählen wollte, einer Stellung, für die er, seiner ganzen Persönlichkeit nach, wie geschaffen war, sah er sich zu seinem Schmerze gezwungen, dies abzulehnen, da die mit diesem Amte verbundenen Repräsentationspflichten für ihn zu kostspielig waren. Nun fragte am 3. September 1876 der Freiherr v. d. Horst auf Hollwinkel als Führer der Konservativen des Wahlkreises

Minden-Ravensberg bei ihm an, ob er für die nächste Wahl für einen der westfälischen Kreise kandidieren wolle. Er lehnte ab. Noch entschiedener versagte er sich, als ihm am 27. November desselben Jahres zwei Katholiken aus Wiedenbrück auf Beschluß eines Wiedenbrücker Wahlkomites für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück ein Mandat anboten und ihm mit Hilfe der Konservativen eine sichere Wahl in Aussicht stellten. Ebenso lehnte er ein ihm von Lauenburg-Stolp angetragenes Mandat ab. Nun aber wartete seiner eine Überraschung. Ganz plötzlich erfuhr er im Dezember 1876, daß der getreue Schmalenbach ihn wieder für Halle-Herford aufzustellen gedachte. Einigermaßen aufgebracht fragte er da bei diesem an, ob das wahr sei, und machte ihm heftige Vorwürfe, daß er dies tue, ohne ihn zu fragen. Er erklärte, es sei ihm unmöglich, eine Wahl anzunehmen. Reuig schrieb Schmalenbach zurück: „Es ist freilich wahr, wie Sie berichtet sind, daß unser Wahlkreis Sie zum Reichstagskandidaten ausersehen hat. Es sind bereits 19000 Wahlzettel mit Ihrem Namen gedruckt, und alles ist dafür instruiert, Sie am 10. Januar zu wählen. Dieses Mal liegt für uns die Sache günstiger, weil der Landrat kein Mandat mehr annehmen kann. Wir hoffen ziemlich sicher auf Erfolg. Wir glaubten ein gewisses historisches Recht auf Sie zu haben. Besonders lag uns aber daran, als evangelisch-lutherische Wähler einen Mann aufzustellen, der dafür bekannt ist, daß er voll und fest für den evangelischen Glauben eintritt, und es ist niemand, um den wir uns so leicht sammeln könnten, als um Ihren Namen." Er beschwor ihn, anzunehmen.

Nun war Kleist wieder vor eine große Frage gestellt. In gewisser Beziehung bestanden Ähnlichkeiten mit der Schicksalsfrage, die im Juli 1851 an ihn herantrat. Doch ganz so kampfesfreudig fühlte er sich augenblicklich nicht mehr, wie damals, als der König ihn an den Rhein sandte. Innerlich mochte er sich schon nahezu entschieden haben, als Schmalenbach so stürmisch bittend vor ihn trat. Denn dieser ohne alles Zutun erfolgte dringende Ruf war gewiß vocatio divina, wie Hengstenberg gesagt haben würde. Doch er wehrte sich noch hartnäckig gegen den Ruf und machte seine Entscheidung von dem Rat seines nächsten Freundes abhängig. Einer seiner

Vertrauten in der Belgarder Gegend, Holtz auf Alt-Marrin, der später geadelt wurde, redete ihm scharf ins Gewissen: er müsse zusagen. In dieser Lage schrieb Kleist an Schede: „Es gibt keinen Mann auf Erden, dem ich so nahe stehe und dessen Ansicht und Rat ich so gern höre, so schwer entbehre. Gerade jetzt bewegt mich eine Sache aufs tiefste, und es drängt mich, Dich zu hören.“ Er setzte ihm darauf den Sachverhalt auseinander. „Nun glaube ich doch ‚nein‘ sagen zu müssen.“ Denn er komme mit seinen Einkünften nicht aus. „Ich glaube, im ganzen so mäßig zu leben und mich zu halten, wie möglich, und wüßte kaum, wo wesentlich einzusetzen wäre, als Fernbleiben vom Herrenhause, das erspart etwa 700 Taler jährlich. Dann darf ich aber in dem Augenblick kein Verhältnis freiwillig eingehen, welches ein ganz analoges und ebenso kostspieliges ist. Der Reichstag hat ja meist nur die materiellen Angelegenheiten, und so wichtig, interessant, einflußreich sie sind, es wäre doch eine große Eitelkeit und Torheit, zu meinen, daß ich dabei irgend etwas Wesentliches ausrichten könnte. Was es mir am schwersten macht, das ist die Liebe der Ravensberger, welche es mir ungesucht, ja gegen meinen Willen antragen und die Mühen und Schäden einer eventuellen Neuwahl nicht scheuen. Die sogenannten Konservativen wünschen wohl meine Anwesenheit nicht einmal, so daß ich vielleicht recht isoliert dort stehen würde. Doch das bewegt mich nicht bei der Sache. Ist es Gottes Weg, wird er dort auch Rat und Kraft geben. Übermorgen entscheidet sich die Wahl, Sonntag wird das Resultat festgestellt. Heute über acht Tage werde ich mich entscheiden müssen.“ Wie Schedes Antwort ausfallen würde, konnte nicht zweifelhaft sein. Er riet Kleist dringend zur Annahme. Er riet ihm zugleich, das Gasthofleben zu meiden, das seine Gesundheit untergrabe und seine Kasse erschöpfe. „Wenn Du Dich entschließen kannst, hier Dich dauernd wohnlich einzurichten und nicht als seigneur, aber anständig — eingeschränkt zu leben, so halte ich das für ausführbar. Der Schwerpunkt Deiner öffentlichen Tätigkeit liegt hier, nicht in Pommern.“

Noch am Tage der Wahl schrieb Kleist an Ranke, daß er bei seiner Ablehnung beharren zu müssen glaube. Als

dann aber gleich darauf Schedes Zeilen kamen, entſchloß er ſich doch zur Annahme und depeſchierte deswegen an Schmalenbach. „Noch weiß ich nicht, ob ich im Ravensbergiſchen gewählt bin," ſchrieb er ſeinem Sohn Jürgen. „Iſt es der Fall, ſo bin ich jetzt entſchloſſen, vornehmlich auf Schedes Drängen, die Wahl anzunehmen, um nicht eigenwillig Gottes Fügung entgegenzutreten. Ich fürchte faſt, die mancherlei Schwierigkeiten, welche juſt auf mir liegen, feſſelten meinen Blick zu ſehr an die Erde." Inzwiſchen hatte der Wahlkreis Halle-Herford ſeinen Willen kundgegeben. 8473 Wähler — wohl zumeiſt Bauern — ſtimmten am 10. Januar 1877 für Hans v. Kleiſt-Retzow. Sein einziger Gegenkandidat, ein Nationalliberaler, erhielt nur 4726 Stimmen. Von einer glänzenden Mehrheit gewählt, konnte Kleiſt nun ſeinen Einzug in den Deutſchen Reichstag halten. Fortan, bis daß der Tod dazwiſchentrat, ſollte der jugendliche Greis zu den anziehendſten Charaktergeſtalten des Hauſes zählen. Mit unwandelbarer Treue hielten die wackeren Weſtfalen an ihm feſt. Fünfmal noch entſchied das ſchlimme Würfelſpiel des allgemeinen Stimmrechts darüber, ob er das Mandat behalten ſollte oder nicht. Bei jeder Wahl aber ſtieg aufs neue unbeſtritten ſein Name aus den Urnen als gewählt hervor. Niemand wird dieſem innigen Verhältnis zwiſchen den frommen Nachkommen der Volksgenoſſen Widukinds und dem kampfesfrohen aufrechten Sproß pommerſchen Uradels die Poeſie abſprechen können.

Gegen Andrae-Roman, der Bedenklichkeiten wegen Kleiſts wirtſchaftlicher Lage erhoben zu haben ſcheint, verteidigte ſich Kleiſt nun: „Es hat mir einen ſehr ernſten Kampf gekoſtet, ob ich meine Wahl annehmen dürfte, weil ich im vollen Ernſt mich dort ſehr entbehrlich halte. Wenn aber Gott mir gegen meinen entſchiedenen Willen die Stätte bereitet und die treueſten Freunde ſagen: Du mußt — dann laß mir nun auch voll die Freude und den Segen des Glaubens. ‚Fürchte dich nicht, glaube nur,' habe ich mir ſelbſt zum Wahlſpruche genommen; ich möchte ihm nicht untreu werden." Die Ravensberger waren ſelig, als die Zuſage eintraf. Der Superintendent Huchzermeier äußerte zu Schmalenbach, als ihm dieſer in einer großen Verſammlung Kleiſts Depeſche zeigte, das ſei das Beſte, was

Schmalenbach sprechen würde. Mit einer gewissen Genugtuung durfte der Mennighüffer Pfarrer Kleist auf seine Frage antworten, daß der westfälische Kreis Halle allerdings zur Grafschaft Ravensberg gehöre. Der eigentliche Ravensberg, ein kleiner Berghügel mit der alten Ruine, liege dicht bei dem zum Kreise Halle gehörigen Städtchen Bergholzhausen. Auch Enger, die alte kleine Widukindsstadt, liege im Kreise Herford, und noch zeige man einen Feldweg, den Wittekindspad, welchen Widukind oft gegangen sein solle. Kleist hatte mit jenem Sachsenhelden, der so tapfer und zähe den alten Götterglauben seines Volkes verteidigte, etwas Wahlverwandtes. Der treue konservative Geist, der sich in Widukind sozusagen monumental verkörpert findet, zog ihn an. Es war ihm eine Lust, gerade diese kernhafte Bevölkerung zu vertreten, deren Herzog Widukind gewesen war.

Die erste Frage, die entstand, als Kleist Mitglied des Reichstages geworden war, betraf sein Verhältnis zu der konservativen Partei dieser Körperschaft, die so wesentlich mehr Wandlungen in neuerer Zeit durchgemacht hatte, als die des Herrenhauses, und nur allzusehr in der Furcht vor der eisernen Hand Bismarcks lebte. Schon seit langem hatte Kleist bemerkt, daß er den Parteigenossen nicht gerade bequem war. Drastisch zeigte ihm das die Stelle eines Briefes Blanckenburgs an ihn vom Juli 1870: „Laß Dir nichts merken, daß ich Dich hiervon in Kenntnis gesetzt habe — sie scheinen sich vor Dir etwas zu graulen." Als Blanckenburg bald nach den Verhandlungen über das Schulaufsichtsgesetz daran ging, die Partei mit Hilfe eines neuen Programms umzugestalten, und es sich darum handelte, an Stelle Beutners den gewandten Nathusius-Ludom an die Spitze der Kreuzzeitung zu bringen, suchte der Zimmerhäuser, auf eine Verständigung zwischen dem Reichskanzler und Nathusius hinzuwirken, und benutzte dazu neben Wagener auch Kleist. Eine Haupttriebfeder war für ihn dabei die brennende Sorge vor der Überwucherung des Kapitals. Schon im Juni 1870 hatte er, anknüpfend an den von ihm mit Eduard Lasker im Norddeutschen Reichstage eröffneten Kampf gegen die Überschüttung der Börse mit Spielpapieren und die von dem neuen Finanzminister Otto Camphausen dabei beobachtete

Haltung[1]), in einer Erörterung über das konservative Programm an Kleist geschrieben: „In erster Linie steht jetzt alles, was Börse heißt. Da wird die Nation geradezu ruiniert, selbst moralisch, abgesehen davon, daß der Staatskredit völlig trocken gelegt wird, und nur noch die Börsenkönige wirkliche Könige sind und die politischen Könige ihre Vasallen. Alle Börsenleute, die noch einen Funken Patriotismus haben, räumen mir dies — es in die Ohren zischelnd — ein. Mut, es selbst zu sagen, hat niemand. Die Konservativen wären mir in letzter Stunde alle davon gelaufen, wenn ich mich nicht unter die Flügel dieses wunderbaren Menschen ‚Lasker' gerettet hätte, der sich mit einem rücksichtslosen moralischen Mute benahm und mir im Weißen Saale beim Abschied sagte: ‚Unser Feldzug ist ein moralischer Sieg — wir wollen diesen in nächster Session mit aller Energie verfolgen. Ich sehe es als einen Gewinn an, daß Herr Camphausen sich als Bourgeoisminister entpuppt hat. Einen solchen kann das Vaterland nicht mehr ertragen.'" Nathusius-Ludom war nun gerade ein Mann, der den Kampf gegen die Börse aufzunehmen gewillt war. Bismarck sah aber höchst mißmutig drein, als Nathusius aufkam, weil dieser unter dem Banne der Gerlachschen Ideen stand. Darüber schrieb Blanckenburg im August 1872 an Kleist: „Das Programm! Bismarck hat es Satz für Satz durchkorrigiert und mit Wagener en detail besprochen. Wagener kennt seine Ideen über Kirche und soziale Frage genau — macht die Arbeiten und schwört auf richtige Doktrin in diesen Dingen. Ich fing nun gerade hiervon in Varzin an — ich meine Programm!" Er hätte gegen Bismarck erklärt: „Es kann ja gar nichts aus der Sache werden, wenn nicht die Kreuzzeitung in dieser Richtung belebt und erfrischt wird, statt daß sie schwankend in der Ecke steht." Darauf wäre Bismarck aufgebraust; „Wenn der junge Nathusius klüger wie alle alten Parteileute ist und das Programm ruiniert, gegen dasselbe schreibt, — dann wird die Kreuzzeitung Winkelblatt, ich kann nicht jedem

[1]) Vgl. Sten. Berichte des Norddeutschen Reichstags vom 18., 20. u. 25. Mai 1870, insbesondere die Reden Camphausens auf S. 999 f., 1198 ff., Blanckenburgs auf S. 1000 ff. und Laskers S. 1004 ff.

Hansnarren nachlaufen!" Dazu bemerkte Blanckenburg in dem Briefe an Kleist: „Ich schreibe Dir dies wortwörtlich. Du wirst doch gewiß Ludom kennen, und Du kannst hierbei viel Unheil verhindern. Die Kreuzzeitung war mein hauptsächlichster Grund, warum ich nach Varzin ging. Meine Sorge war ja nur die, daß sofort ventre à terre die konservative Opposition mit dem Programm des christlich-germanisch-ständischen Staates losgehen sollte! Es war mir nun unmöglich, direkt selbst meine Meinung zu sagen, und deshalb wende ich mich an Dich, damit Nathusius erfährt, wie ich und Wagener diese Dinge ansehen. Nathusius muß schief laufen, wenn er nicht informiert wird, und wenn er nicht, namentlich in den Hauptfragen, weiß, was eigentlich Bismarck will. Wagener hatte von Bismarck den Auftrag, ein Promemoria zu schreiben über die soziale Frage (die bald mit der kirchlichen identisch sein wird). Dies Promemoria ist heute (ni fallor) an Bismarck abgegangen, und soll Wagener, wenn Bismarck es studiert hat (!), nach Varzin. Bei dieser Gelegenheit will Wagener versuchen, Bismarck zu pressen, für die Kreuzzeitung und andere Organe diejenigen Punkte zu bezeichnen, die sozusagen conditiones sine qua [so] non sind — in denen er also eine Opposition als verhängnisvoll ansehen würde, und diejenigen, die er freigibt."

Alle diese Bemühungen, Nathusius an den Wagen Bismarcks zu spannen, sollten vergeblich sein. Nathusius wurde vielmehr einer der schärfsten Gegner des Reichskanzlers. Das Mißtrauen, das dieser von Anfang an gegen ihn gehegt hatte, sollte sich als durchaus begründet erweisen. Nathusius war derjenige, der die bekannten Kraartikel veranlaßte, die einen der heftigsten Zornesausbrüche Bismarcks vor dem Lande hervorriefen. Darüber gibt eine Zuschrift des Ludomers an Kleist Aufschluß: „Die jetzigen Leitartikel, die hoffentlich Sensation machen werden und sehr viele Agrarier ꝛc. über das hinwegsehen lassen, was sie in kirchenpolitischer Hinsicht an uns tadeln, hat auf meine Bestellung Perrot geschrieben. Ich habe sie dann, weil zu derbes Auftragen oft den Effekt störte und die Artikel an Wiederholungen und nicht scharfem logischen Vorwärtsschreiten litten, hier in Ludom überarbeitet." Die Ar-

tikel weckten in Zimmerhausen und bei vielen anderen Freunden Kleists die tiefste Entrüstung. Blanckenburg schrieb nach Kieckow: „Wir sind alle in hiesiger Gegend, d. h. Kreuzzeitungsleser, erstaunt, wie solche jammervolle Leistung möglich ist. Beim Schluß der Session sagte ich: Mir ist es unbegreiflich, wie die Konservativen sich die Kardorffsche Rede haben entgehen lassen können. Sie müssen doch wenig Staatsmänner sein, die nicht begreifen, daß, wenn jemals, jetzt der Moment wäre, eine sachliche gediegene Opposition einzusetzen auf dem Wirtschaftsgebiet contra Camphausen-Delbrück! Und jetzt? Also so, auf diesem Personenwege denkt die Kreuzzeitung Effekt zu machen?" Wie Kleist die Perrotschen Artikel beurteilt hat, läßt sich nicht ersehen. Immerhin bewahrte er Nathusius eine wohlwollende Haltung. Als Nathusius 1876 die Kreuzzeitung aufgeben mußte, machte es dessen Nachfolger, Herr v. Niebelschütz, gar nicht nach Kleists Sinn. Kleist fand die Zeitung mager und farblos und teilte das dem armen, der großen Aufgabe, wie seinerzeit Beutner, nicht gewachsenen Niebelschütz in seiner nicht mißverständlichen Weise mit.

Während die Araartikel das Verhältnis der Kreuzzeitungsrichtung zur Regierung und zu Bismarck vergifteten, schwebten gerade die Verhandlungen zur Gründung der deutschen konservativen Partei. Sie begannen bereits zu Anfang des Jahres 1875 bei Schluß der Reichstagssession. Kleist erhielt darüber von einem jungen, neuvorpommerschen Magnaten ausführlichen Bericht. Darin hieß es: „Bei Besprechung der einzelnen Namen, die wir auffordern wollten, trat uns der Deine selbstverständlich mit zuerst entgegen; dennoch schien es uns — in Berücksichtigung doch einmal vorhandener Vorurteile, richtiger, für die Bildung eines Zentralkomitees Dich nicht aufzufordern, weil wir fürchten mußten, dadurch einen Teil der Leute, deren Farbe für den Erfolg noch mitwirken muß, kopfscheu zu machen." Hier las Kleist es gleichsam offiziös, was Blanckenburg ihm schon vor Jahren anvertraut hatte: man graulte sich vor ihm. Das war geeignet, herbe Empfindungen in ihm wachzurufen. Trotzdem er sich so gewissermaßen von den eigenen Parteigenossen an die Wand gedrückt fühlen mußte, spielte er doch nicht den Verletzten. Vielmehr setzte er seine ganze Kraft da-

für ein, das Unternehmen, das anfangs einen sehr bescheidenen Charakter trug, in großem Stile organisieren zu helfen. Nachdem in Berlin und Frankfurt a. M. Besprechungen der Parteiführer stattgefunden hatten, erließ der gewandteste unter ihnen, Helldorff-Bedra, der einst unter Kleist Regierungsreferendar in Koblenz gewesen war, unter dem 17. Juni ein Rundschreiben nebst Entwurf zu einem Aufruf zwecks Gründung einer „deutschen konservativen Partei". Kleist ließ sich eine große Anzahl dieser Schriftstücke kommen und versandte sie sämtlich mit dem Zusatz, daß Graf Krassow an den entscheidenden Besprechungen teilgenommen hätte. Diesen liebenswürdigen rügischen Magnaten, der kirchlich vielleicht noch weiter ging, wie Kleist, und lange nicht so realpolitisch angelegt war, wie dieser, als Politiker überhaupt nicht mit ihm verglichen werden konnte, hatte man aufgefordert. Das benutzte Kleist nun, um seinen Bekannten das Parteiprogramm schmackhaft zu machen. Von den meisten erhielt er zusagende Antwort, so von den Grafen Alvensleben-Erxleben, Carmer, Lehndorff, Schlieben-Sanditten, Kanitz-Podangen, dem Freiherrn v. Mirbach-Sorquitten und vielen anderen. Aber einige versagten sich auch, voran Graf Lippe, der in ausführlichem Schreiben seine Ansicht entwickelte, weshalb die Gründung einer „deutschen" konservativen Partei keinen Sinn hätte. Auch der alte Freund Kröcher lehnte den Beitritt ab, weil er die deutsche Einheit zu stark betont fand. Ebenso rückte Schede weit ab von dem die Souveränität des Staates über die Kirche anerkennenden Programm und sprach Kleist sein Befremden darüber aus, daß er dazu seine Unterschrift gegeben hätte. Der Sorquittener erklärte es für selbstverständlich, daß er beitrete; aber er meinte doch schon damals, daß der Schwerpunkt auf die Agrarpolitik zu legen sei. „Hier ist mit einem konservativen Programm und einer konservativen Agitation gar nichts zu machen," schrieb er am 3. Juli 1876, „sondern nur mit einem Vorgehen im Sinne der Agrarier."

Einmal Mitglied, verfehlte Kleist nicht, seine Stellung zu markieren und zu verstehen zu geben, daß er nicht gewillt sei, liebedienerisch gegen die Regierung zu sein. „Will die Partei ihre Grundsätze nicht verleugnen, so kann sie nicht mit der Regierung verschwimmen, so muß sie derselben ein Pfahl im

Fleische, eine Gewissenserweckung sein," schrieb er dem Vorstand am 31. Juli 1876. Man sieht, er fühlte sich noch immer als Bismarcks keeper of the conscience. „Gewiß," so fuhr er in jenem Schreiben fort, „könnte nichts erwünschter sein, als daß die Regierung schon gegenwärtig den Nationalliberalen einen Scheidebrief ausstellte und uns zufiele; ich halte weder das eine, noch das andere für wahrscheinlich, und die Hoffnung auf einen Bruch mit den Nationalliberalen für trügerisch. Die Regierung wird jetzt eine Spaltung der Konservativen wie der Nationalliberalen und eine Vereinigung der beiden Mittelgruppen zu ihrer Unterstützung wünschen, von jenen, die mehr nach links, von diesen, die mehr nach rechts neigen. Jene Spaltung ist bisher vermieden, ich habe, was möglich, dazu getan und danke Ihnen, in gleichem Sinne gewirkt zu haben. Eine konservative Partei hat nur das nötige Salz und die ausdauernde Spannkraft, wenn sie getragen, belebt wird von den Grundsätzen der Kreuzzeitung; verleugnet sie die, so rollt sie nach dem natürlichen Lauf der Dinge, zumal bei den die Gegenwart beherrschenden materiellen Ideen, doch unaufhaltsam mit in den allgemeinen Abgrund."

Dieser unbeugsame Charakter war jetzt Mitglied der Reichstagsfraktion geworden. Man versteht es, daß die meisten unter den Reichstagskonservativen ein Grufeln überkam, als er einzog. Er hatte dafür nur ein Achselzucken. Seinem Sohn Jürgen schrieb er darüber im Februar nach seiner Wahl: „Den schwächlichen Konservativen ist nun schon vor mir angst und sehr bedenklich, mit mir in derselben Fraktion zu sein." Wie der älteste Sohn sich entsinnt, von dem Vater gehört zu haben, hat Bismarck sogar verlangt, daß die Konservativen des Reichstags Kleist-Retzow nicht in ihre Fraktion aufnähmen. Dem widersetzte sich jedoch der Vorsitzende der Fraktion, der tapfere Herr v. Seydewitz, später Oberpräsident von Schlesien, entschieden. Kleist wurde aufgenommen. Freilich scheint er damals selbst erkannt zu haben, daß er sich in den letzten Jahren bei seiner Stellungnahme in der Politik öfter vergriffen hatte. Man wollte an ihm ein einlenkendes Verhalten bemerken. Verwundert und erfreut schrieb Roon darüber an Blanckenburg. Er wußte von Erzählungen einer Stolbergschen Verwandten

Kleists zu berichten, nach denen der „rhetorische Hans" seine im Herrenhause konsummierten politischen Fehler jetzt einsähe. Aber der alternde Feldmarschall zweifelte, daß es so bald zu einem Ausgleich zwischen den entzweiten Freunden kommen würde. Die Erbitterung Bismarcks wäre zu tief.

Mittlerweile bemerkte Kleist Zeichen dafür, daß eine Zeitenwende sich vorbereitete. Schon durfte er aufhorchen, als ein neuer Günstling des leitenden Staatsmannes, Herr v. Brauchitsch, ihm im September 1877 davon berichtete, daß Bismarck mit sich von einer Verständigung mit den Konservativen überhaupt reden ließ. Wenn der Kanzler davon sprach, daß ein vertrautes Verhältnis mit der neubegründeten Partei so lange unmöglich sei, als ihr noch „Deklaranten" angehörten, so war dies leicht als façon de parler kenntlich. Noch bemerkenswerter war es, daß der wieder einmal mit Abschiedsgedanken beschäftigte Fürst jetzt ausdrücklich den Rücktritt des ihm unleidlichen Ministers des Innern Fritz Eulenburg und anderer Mitglieder des Staatsministeriums (Camphausen und Achenbach), sowie einzelner Oberpräsidenten, wie Patow in Magdeburg und Horn in Königsberg, als Bedingung seines Wiedereintritts verlangte. Sehr bald wußte Kleist, daß es sich hier um Einleitung einer neuen Wirtschaftspolitik handelte. Aber er stellte dabei Erwägungen an, wie die: „Zunächst ist es Seine Majestät der König, welcher Eulenburg, den Freimaurer, nicht gehen lassen will, und wir sollen diese königliche Prärogative schonen und decken. Endlich: was wird das Resultat sein? Bismarck hat zunächst anzuerkennende Absichten. Er will ein entschieden besseres — antiliberales, indirektes Steuersystem. Er will die weitere Abschwächung der Regierungsgewalt und Demokratisierung in der Städteordnung verhindern. Er hat Bedenken, die Kreisordnung 2c. am Rhein und in Posen einzuführen. Das können wir nur billigen und ihn darin nur unterstützen. Aber freilich durch welche Mittel? Dadurch, daß er parlamentarischen Nationalliberalen wichtige Ministerien gibt, indem er nach seiner Klugheit meint, durch diese allein derartiges erreichen zu können. (Er scheint sie mit einem Finanzminister abspeisen zu wollen. Sie fordern auch das Innere für Forckenbeck.) Sie haben schon viel

heruntergeschluckt. Aber freilich, was würde der Kaufpreis sein? Nicht: Verbesserung der Gewerbeordnung. Nicht: Milderung des Kirchenkonfliktes. Weiteres Eindringen des ganzen liberalen Wesens in unser Staatsleben, vornehmlich wirklich ausgebildetes parlamentarisches Regiment. Ich weiß nicht, ob es angebracht ist, zur Zeit, wo noch hinter den Kulissen operiert wird, dies mehr Vermutungen sind, die Sache in solcher Weise bloßzulegen. Und doch, wenn man der Sache auf den Grund gehen will, mußte es geschehen [1])."

Wie man sieht, konnte er noch nicht recht Mut fassen, auf einen Systemwechsel zu hoffen.

Im Reichstage begann er unterdessen Lorbeeren zu pflücken. Wie so ganz anders ging es in diesem Hause zu, als bei den ruhigen Herrenhausverhandlungen! War es dort zu lebhafteren Auftritten für ihn meist nur gekommen, wenn er mit Bismarck und Falk über die allerfundamentalsten Fragen aneinander geriet, so fand er hier vollauf Gelegenheit, sich mit Mitgliedern des Hauses selbst zu beschäftigen. Es war so ganz nach seinem Herzen, sich in diesen bewegten Kampf zu stürzen. Gleich seine erste Rede am 12. März 1877 klang wie ein Fanfarensignal. Trotz Husten und Heiserkeit, die ihn immer mehr zu plagen begannen, griff er an jenem Tage mit voller Wucht Eugen Richter an. Der hatte ihm einst vor Jahrzehnten als junger Gymnasiast in Koblenz gegenübergestanden und eine Königsgeburtstagsrede gehalten, die bereits das werdende Häkchen erkennen ließ. Der Oberpräsident konnte damals nicht umhin, den erfreuten Vater, Generalarzt Dr. Richter, wegen der Tüchtigkeit seines Sohnes zu beglückwünschen [2]). Keiner ahnte an jenem 15. Oktober, daß der damalige Knabe dereinst dem Oberpräsidenten im Deutschen Reichstage wieder begegnen würde. Das erste, was der Oberpräsident a. D. im Reichstage zu tun hatte, war ein Angriff auf die ihm von Grund aus heuchlerisch erscheinende Armeleutepolitik des Tribuns von Hagen. „Lassen Sie mich einmal fragen, wie der Herr Abgeordnete Richter dazu kommt, sich zum Paladin der Armen den Reichen gegenüber aufzuwerfen?"

---

[1]) Kleist an Schede, 9. November 1877.

[2]) Eugen Richter, Jugenderinnerungen S. 12.

so klang es mit Emphase durch den Saal. „Wo war denn der Herr Abgeordnete Richter, als es sich um den Beschluß handelte, die sogenannten Wuchergesetze aufzuheben, jenen Schutz des Mittelstands und der Armen gegen die Übermacht des Kapitals? Wo war der Herr Abgeordnete Richter, als es sich handelte um das Aktiengesetz? Während der Schuster und Schneider, überhaupt jeder, verantwortlich ist für den Kontrakt, den er macht, ist gar keine Verantwortlichkeit für das große Kapital, welches das kleine Kapital ausbeutet. Wo war der Abgeordnete Richter, als es sich darum handelte, das Privilegium des großen Kapitals, unverzinsliches Papier auszugeben und dadurch noch größeren Reichtum zu häufen, durch den Reichstag beizubehalten? Das sieht alles nicht aus, ein Beschützer der Armen zu sein den Reichen gegenüber! Und vorgestern haben Sie noch gehört, wie der Herr Abgeordnete Richter seinerseits noch heutzutage die Stempelfreiheit des Börsenverkehrs begünstigt."

Die Linke krümmte sich förmlich unter den frischen Husarenhieben, die der greise Mann austeilte. Eugen Richter wußte allerdings schlagfertig und witzig zu antworten und dadurch seine Position einigermaßen wiederherzustellen. Aber er empfand die Streiche doch schmerzlich, wie am besten die Tatsache zeigt, daß er immer wieder auf diesen Angriff Kleists zurückkam. Er war diesem überhaupt durch größere geistige Beweglichkeit und durch mephistophelische, Kleist würde milder gesagt haben „weltliche" Klugheit, sowie durch seinen Humor überlegen, und mit den Jahren konnte es nicht ausbleiben, daß die größere Jugend des Liberalen sich zu Ungunsten Kleists geltend machte. Aber bei den zahlreichen Sträußen, die dies ungleiche Paar im Laufe der Jahre noch miteinander ausfechten sollte, trat doch regelmäßig die Wucht sittlicher Überlegenheit bei der ehrwürdigen Persönlichkeit Kleists stark hervor, deren Eindruck sich niemand zu entziehen vermochte und die ihm stets die Sympathien sicherte. Eugen Richter selbst stand einigermaßen unter dem Bann von Kleists Wesen und konnte gelegentlich nicht umhin, seiner Freude über dessen „frische Jugendart" Ausdruck zu geben.

Von Anfang an trat Kleist im Reichstage als Anwalt der

Armen und Bedrückten auf. Wie er kaum in einer Sitzung fehlte und immer, seiner Gewohnheit nach mit geschlossenen Augen, voll gespannter Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgte, zum Zeichen, daß er seine Aufgabe ernst nahm, so bekundeten auch alle seine Reden heiligen Eifer für die Sache. Ihm hätte niemand eine Scheinpolitik, die auf Stimmenfang berechnet war, vorzuwerfen wagen können. Denn jedes Wort, das er aussprach, war echt. In einer seiner ersten Reden wandte er sich gegen das aufkommende Warenhauswesen, das die selbständigen Handwerker zu Nummern herabdrücke. „Die Herren dort auf den Bänken oben links," rief er den damals noch spärlich vorhandenen Sozialdemokraten zu, „fordern mit Recht eine menschliche Behandlung des Arbeiters. Wenn Sie für die Gesellen eine menschliche Behandlung verlangen, dann müssen Sie auch verlangen, daß der Geselle nicht bloß als Nummer, als Arbeitskraft, als Maschine dem Meister (bezw. Kapitalisten) entgegentritt, sondern als Mensch." Schon damals verlangte er Anstellung von Fabrikinspektoren.

Hatte Kleist anfangs geklagt, daß er doch nicht mehr ganz die alte Kampfesfrische wiederfände, wie vorzeiten, so wurde das anders, als die Mordversuche Hödels und Nobilings auf den ehrwürdigen Träger der Kaiserkrone blitzhell den Abgrund erleuchteten, dem die Nation entgegentrieb. Da kam der alte Sturm seines Wesens wieder über ihn. Seine geistigen und seelischen Kräfte spannten sich auf das höchste an, um seinem Könige und seinem Volke zu dienen.

Er war in Kieckow, als die Kunde von Nobilings Tat kam. Tiefergriffen veranstaltete er in seinem Kirchlein einen Dankgottesdienst und ließ dort eine von ihm niedergeschriebene Ansprache verlesen, in der er seinen Dorfleuten die Begebenheit schilderte. Es hieß darin von Nobiling: „Zu einem Bekannten hatte er sich kürzlich gerühmt, daß keiner auf der Straße vor seinem Hause dem Tode entgehen könne, auf welchen er schösse. Aber er mußte gleich hier erfahren, daß der allmächtige Gott Himmel und Erde regiert. Der hat seine Verheißung an unserem teuren Kaiser wahr gemacht, daß er seinen Engeln

befohlen hat, daß sie ihn behüten auf seinen Wegen." Dann kniete er mit der Gemeinde nieder zu einem inbrünstigen Gebet: „Himmlischer Vater! Wir liegen vor dir tief in den Staub gebeugt. Schlag auf Schlag trifft uns deine Hand." Er erinnerte an Hödel, an den kurz vorher erfolgten Untergang des Panzers Großer Kurfürst. „Die anderen Völker zeigen auf uns, als ein undankbares Geschlecht. Hilf uns, hilf unserem ganzen Volke, Herr unser Gott, zu der vollen Erkenntnis unserer Verschuldung[1])." Ähnlich schrieb er an Schede und an seinen Sohn Jürgen. In dem Brief an diesen hieß es: „Ach wenn nur das ganze Volk sich recht mitschuldig fühlte, sich dadurch recht demütigen lernte."

Um die tief im Volkskörper steckende Krankheit anzupacken, dazu bedurfte es, wie ihm außer Zweifel stand, eines eiligen operativen Eingriffes. Darum war er ganz auf Bismarcks Seite, als dieser das Gesetz gegen die Sozialdemokratie einbrachte. Er hielt dafür, daß ein Notstand vorliege und daß ein Staat, der hier die Hände in den Schoß lege und nicht repressiv eingreife, sich seiner Machtmittel sträflich entäußere und verbrecherische Schwäche verrate. Freilich war er von vornherein der Meinung, daß ein solches Gesetz allein den Schaden nicht heile. Darüber schrieb er gleich nach dem Fall des ersten Gesetzentwurfes, dem die Auflösung des Reichstages auf dem Fuße folgte, an seine Söhne Hans Anton und Jürgen: „Es ist ja gewiß richtig, daß ein derartiges Gesetz als solches den Schaden nicht heilt, und es ist betrübend, wenn bei solchen Ereignissen, bei dem Auftreten und Sichausbreiten der Sozialdemokratie, nicht zunächst und allseitig auf die Ursachen derselben zurückgegangen und mit Ernst versucht wird, da zu helfen, sie zu verstopfen. Und da bleibt doch die Hauptursache Mangel des Einflusses der Kirche auf die Massen, und darin wieder ein doppeltes, Schwäche, Schäden der Kirche selbst, — dann aber auch Geringachtung derselben von seiten der Gesetzgebung, von seiten der Staatsgewalt im Kulturkampf. Es gehört dahin unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung, nach welcher der Unterschied zwischen reich und arm immer klaffen-

[1]) Mitteilung des Hausvaters Bode in Kieckow.

der geworden, die Ordnung des Handwerks, das Recht des Meisters, die Zucht unter Gesellen und Lehrlingen wesentlich gelockert ist. Es gehört dahin die Lockerung der Sitten durch das Übermaß von Schankstätten, die Freigebung der sittenlosen Tingeltangel." Und noch einmal wiederholte er am 10. Juni 1878: „Derartige Maßregeln helfen nicht, sie erfordern eine völlig andere Richtung in kirchlicher wie wirtschaftlicher Richtung." Wenn diese Umkehr erfolgte, rief er aus, „müßte es ja eine Lust sein, da Zeugnis abzulegen". Die Reden seiner Freunde konnten ihn nur in dieser Auffassung bestärken. Der Feldmarschall Edwin Manteuffel schrieb ihm: „Gewiß ist, daß gegen die Sozialdemokratie endlich eingeschritten werden muß. Aber Spezialgesetze sind nie das Richtige, und auf die Quelle muß man zurückgehen; das Kind ist hier unschuldiger als die Eltern!" Und ähnlich ließ sich Ranke aus Marburg vernehmen.

Bei den Neuwahlen sah Kleist sein Mandat gefährdet, weil das Tabakmonopol in Sicht kam und in seinem Wahlkreise eine blühende Tabakindustrie bestand, die natürlich einmütig gegen einen solchen Gesetzentwurf war. Die Fabrikanten verlangten daher von ihm eine Erklärung, daß er gegen das Monopol stimmen würde. „Die konnte ich nicht abgeben," schrieb er seinem Sohne Jürgen, „wie ich mich überhaupt nicht durch vorher gegebene Versprechungen binden kann." Seine Freunde, wie Schmalenbach, schlugen ihm vor, von der Abstimmung fern zu bleiben. Das lehnte Kleist auch mit Entschiedenheit ab. Edwin Manteuffel fand diese seine Haltung sehr richtig. Er müßte überhaupt den Grundsatz aufstellen: So bin ich, und ihr müßt mich kennen; habt ihr also Vertrauen zu mir, so wählt mich, wo nicht, so wählt mich nicht. „Ich bin aber überzeugt, Sie werden gewählt, denn zu allgemein ist das Gefühl, daß Ihre Gegenwart im Reichstage notwendig ist." Und so war es denn auch. Am 30. Juli 1878, dem Tage der Hauptwahl, wurde Kleist mit 8095 gegen 6477 nationalliberale Stimmen gewählt.

Nun war die Bahn frei für ihn zum stürmischen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Am 17. September kam er unmittelbar nach Bismarcks gewaltiger Rede zu Worte und hielt nun auch seinerseits eine seiner denkwürdigsten Reden. Es

ging ihm wie einem Größeren, wie Luther, wenn der Zorn über ihn kam, dann fühlte er erst seine Kräfte ganz. Obwohl das Haus noch unter dem Eindrucke der Ausführungen des Kanzlers stand, wurde es doch vollständig gefesselt durch den feurigen Redestrom, der sich da ergoß. „Der Herr Abgeordnete Hänel," hub Kleist an, „verlangt von uns Klarheit. Ich hoffe, er soll von mir diese Klarheit bekommen." Er führte dann aus, daß es sich bei dem ganzen Verhalten der Sozialdemokratie um Vorbereitungen zum Hochverrat handle. „Solange sie sich auf dem Felde der Theorie bewegen, solange die Lehren ausgesprochen werden in gelehrten Werken und Kreisen, da kümmert sich die Masse des Volkes nicht darum, da sind sie ohne Gefahr. Herr Dr. Hänel hat die Persönlichkeit des großen Reformators Luther angerufen. Weiß denn Herr Hänel nicht, daß, wie der Bauernkrieg kam, eine Bewegung, ähnlich in ihrer Art, wie sie jetzt in der Sozialdemokratie besteht, Luther ihm auf das kräftigste und energischste entgegengetreten ist? Gerade das Schwert will er geltend gemacht wissen gegen solche Bestrebungen, nicht die Waffen des Geistes." Wie Peitschenhiebe sausten seine Worte auf die Sozialdemokraten nieder. Grimmig riefen sie ihm, als er wieder von „Vorbereitung zum Hochverrat" sprach, zu: „Denunziant," was Forckenbeck als Präsident scharf rügte. Kleist aber wiederholte nun sein Wort mit erhobener Stimme: „Ich bleibe also dabei, daß die ganze Sozialdemokratie der Weg ist zum Hochverrat, daß sie eine Maulwurfsarbeit übt, eine Untergrabung der Fundamente der Staatsordnung ist. Sind denn die Dinge, die sie da treiben, die Schlachtgesänge, die Marseillaise der Zukunft, die sie selbst auf den Straßen singen, etwa bloß Kinderspiele, sind sie geringere Vorbereitungen, als wenn jemand Schrot und Pulver kauft? Jetzt in dem Augenblick sind wir in einem Notstand, so daß unmittelbare Maßregeln erfolgen müssen. Verkennen Sie nicht, daß man das Eisen schmieden muß, solange es warm ist." Dann wandte er sich dazu, positive Maßregeln für die Zukunft zu fordern und die Verpflichtung der oberen Klassen zu betonen. „Darum, meine Herren, ist die erste Forderung an die ganze deutsche Nation, daß die besitzenden und gebildeten Klassen sich es

wieder bewußt werden, daß alles, was sie haben an Bildung und Besitz, sie als ein anvertrautes Gut zu verwalten haben."

Als er schloß, schnellte Bebel auf und verlangte zornbebend, daß auch Kleist wegen des Vorwurfs des Hochverrats zur Ordnung gerufen würde. Forckenbeck lehnte das ab. Die bluttriefende Rede des Sozialdemokraten Hasselbach am 10. Oktober gab Kleist nachher nur allzu recht.

Kleists Rede weckte wieder einmal ein Echo im ganzen Lande. Die damalige liberale Presse suchte sie zwar totzuschweigen, weil sie ihr zu unbequem war, was die Kreuzzeitung zu der treffenden Bemerkung veranlaßte: „Wenn's blitzt und donnert, soll es ein probates Mittel sein, sich die Ohren zu verstopfen und die Augen zuzuhalten." Die deutsch-konservative Partei in Württemberg beschloß einstimmig auf einer am 2. Oktober in Stuttgart abgehaltenen Versammlung, dem „Freiherrn" v. Kleist-Retzow eine Dankadresse zu übersenden, was der Landesausschuß am 10. Oktober ausführte. Darin hieß es: „Lange Zeit hatten wir mit Schmerzen auf Männer gewartet, welche im Reichstage in evangelischem Sinne und Geiste ihre Stimme erheben. Nun ist unseres Herzens Wunsch erfüllt, und wir sehen in Ihnen ein von Gott begnadigtes Rüstzeug, um das deutsche Volk und seinen Reichstag auf das hinzuweisen, was not tut und was zum Frieden dient."

Die größte Wirkung aber, die alsbald auch den Gegnern zum Bewußtsein kam, übte Kleists Rede am Regierungstisch aus. Als er geendet, stieg der Reichskanzler zu dem alten Freunde hernieder, reichte ihm bewegt die Hand und vollzog damit vor dem Lande nach jahrelanger bitterer Feindschaft einen Akt der Versöhnung. Auch Kleist war jetzt tief bewegt. Zwei Tage darauf richtete er an den alten, nun wiedergefundenen Freund noch ein besonderes Dankschreiben: „Laß Dir kurz vor meiner Abreise noch von ganzem Herzen dafür danken, daß Du mir nach so langer schmerzlicher Entbehrung neulich wieder Deine Hand reichtest. Mit großer Freude erkenne ich darin den Ausdruck Deines Wunsches, das alte Freundschafts- und Verwandtschaftsband und den früheren häuslichen Verkehr zwischen uns wiederherzustellen."

Es war, als wäre ein schwerer Druck von seiner Seele

genommen seitdem diese Annäherung stattgefunden hatte. Er hatte die Beziehungen zu dem zürnenden Jupiter, solange es ging, aufrecht zu erhalten gesucht. Noch zur silbernen Hochzeit des Kanzlers im Juli 1872 wagte er ihm, anknüpfend an das schalkhafte Gedicht aus der gemeinschaftlichen Kammerzeit, in dem Bismarck ihm zur Verheiratung riet, sein und seiner Familie Bilder mit einem Gedicht zu senden:

Nun hast du, wie Figura zeigt,
In Kieckow eine Tante,
Aussterben wird nun nicht so leicht
Die Art, die „Kleist" sich nannte.

Und Vettern, Basen, Onkel, Tante
Aus Kieckow senden heute hier,
Photographieret als Gesandte,
Den Gruß zur Silberhochzeit dir! [1])

Aber Bismarck verharrte damals in grimmiger Verschlossenheit. Ja, er untersagte sogar in der Folge seiner Gemahlin den persönlichen Verkehr mit Kleist. Innerlich freilich hat er niemals an der Ehrlichkeit und Redlichkeit Kleists in seiner Opposition gezweifelt. Das beweisen auch seine Zornesergüsse gegen Roon und Gustav v. Diest. Als er am 18. März 1873 gegen Diest den Onkel in bitterer Stimmung charakterisierte, da schimmerte doch noch ein Rest von Wohlwollen für ihn durch, und er beklagte es gleichsam, daß es ihm vor Jahren infolge des Widerspruches der Kaiserin Augusta nicht habe gelingen wollen, Kleist wieder ein Amt zu verschaffen. Und gegen Roon unterschied er den ehrlichen Kleist doch sehr von dem „Intriganten" Bodelschwingh. Das Sturmeswehen der Kleistschen Beredsamkeit, das die Herzen mitnahm, hatte nun auch ihn wieder berührt. Zwar hatte er schon einige Zeit vorher versöhnliche Regungen bekundet. Ganz erstaunt und noch etwas ungläubig hatte Kleist am 30. Juni 1878 seinem Schede gemeldet: „Mir wird mitgeteilt — aus einer angeblich sehr sicheren Quelle —, v. B., bisher noch mit den Nationalliberalen unterhandelnd, sei im Begriff, mit ihnen völlig zu brechen und einen Krieg bis aufs Messer mit ihnen

[1]) Gustav Lenz, Ein Frühlingsleben. Berlin 1892. S. 220.

zu beginnen, durch Stützen auf die Konservativen und Appell an dieselben. Man (Bismarck selbst?) hält von entscheidender Bedeutung, wenn ich als an den alten, durch Verhältnisse getrennten Freund einen warmen Brief schriebe: 1. daß Rettung aus der Not der Zeit nur in maßvoller konsequenter Rückkehr zu konservativen Regierungsgrundsätzen zu finden sei, 2. daß er nicht zweifeln möge, daß auch jetzt bei einem Vorgehen in diesem Sinne die konservative Partei ihm zur Seite stehen werde, 3. daß er durch persönliche Kränkung einzelner sich nicht abhalten lassen dürfe, um der Sache willen u. s. w. Ich habe erklärt, das so nicht zu können. Obschon der letzte Satz (3.) als das eigentliche Motiv angenommen wird, ist es — wenn an der Sache überhaupt etwas Greifbares ist — nach meiner Meinung der 2. Satz, und soll dann vielleicht bedeuten: kann ich mich fest auf die Konservativen verlassen, auch wo der Kulturkampf noch nicht beendet ist?" Derjenige, der Kleist diese natürlich von Bismarck herrührenden Wünsche unterbreitet hatte, war niemand anders als Herr v. Helldorff-Bedra. Kleist, der das jene drei Punkte enthaltende Helldorffsche Schreiben augenscheinlich sehr richtig beurteilte, antwortete dem Mittelsmann des umkehrenden Reichskanzlers, daß er sofort nach Berlin kommen werde, um mit ihm zu sprechen, selbst zu sehen und zu hören und danach seine Entschließungen zu fassen. Wie diese Verhandlungen verlaufen sind, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Es scheint nicht, daß sie zum Ziele geführt haben. Doch konnte Kleist diesem Annäherungsversuche schon vor seiner Rede vom 17. September entnehmen, daß sachlich eine Verständigung von Bismarck angestrebt wurde. Hierzu war nun ihm selbst so überraschend auch die persönliche Annäherung des ehemaligen Freundes gekommen. Seitdem besuchte Kleist den Kanzler wieder, wie in alten Tagen, oft und lange zu traulichem Gespräch auf seinen Landsitzen und ebenso in seinem Berliner Palais. Er brachte häufig Frau und Kinder mit und führte ihm in einigen Jahren auch eine Schwiegertochter zu. Der Kanzler war gewöhnlich von großer Herzlichkeit und Liebe gegen ihn und seine Angehörigen. Zuweilen verhandelten die beiden auch vertraut über politische Dinge. Aber häufig, und zwar mit den Jahren

immer mehr, vermieden sie es doch auch, auf dies Gebiet hinüberzugreifen. Zu schwindelnd hoch waren doch die Bahnen, die der alte Reichskanzler ging, und so manches geschah, was die beiden gegeneinander wieder aufbrachte. Und selbst wenn dies nicht gewesen wäre, so waren doch auch sonst zu viele feingestimmte Saiten des alten Freundschaftsbundes schrill zerrissen, um die volle Herstellung der ehemaligen Harmonie möglich zu machen.

Immerhin genoß Kleist die Freude über die Aussöhnung in herzhaften Zügen. Einen greifbareren Ausdruck fand sie zum ersten Male in der Öffentlichkeit bei der Hochzeit der Tochter des Reichskanzlers im November 1878. Da befand sich auch Kleist unter den wenigen parlamentarischen Gästen. Er nahm Gelegenheit, auf das deutsche Vaterland einen Trinkspruch auszubringen, und zog dabei wieder, wie einst vor mehr als 30 Jahren bei Bismarcks Hochzeit, eine Parallele zwischen Kaiser Otto I. und Bismarck. Dieser ging lebhaft darauf ein und erinnerte an jene frühere Rede Kleists. Hoch horchte man im Lande auf, als die Zeitungen über diesen freundlichen Verkehr der beiden berichteten. Noch ein anderes Mal erfahren wir von einem Trinkspruch, den Kleist in der Zeit nach der Aussöhnung im Bismarckschen Hause ausbrachte. Als er der Geburtstagsfeier des Fürsten am 1. April 1886 beiwohnte, sprach er in herzlicher Weise auf das Geburtstagskind und erfreute damit besonders seine Nichte Johanna, die leidend auf einer Chaiselongue in der Nähe der Tafel lag und nach Kleists Rede launig auf einem Telegrammformular ihrer Tochter mitteilen ließ: „Streichle Hänschen mal sehr, es war zu nett“ [1]).

Einmal versöhnt, suchte Kleist auch Freunde, die sich mit Bismarck entzweit hatten, wieder mit diesem zu vergleichen. So hat er sich jahrelang bemüht, daß Andrae-Roman Verzeihung beim Fürsten erlangte. Der hatte zweierlei auf dem Kerbholz bei diesem. Er hatte einst in törichter Eitelkeit jenen Schriftwechsel veröffentlicht, den er mit Bismarck über dessen Zusammentreffen mit der Sängerin Pauline Lucca gehabt hatte. Auch Kleist hatte diese Einmischung in private Angelegenheiten nicht gebilligt. Dann hatte Andrae sich an der Erklärung der De-

[1]) Nach der Urschrift im F.A.

klaranten beteiligt, die Bismarck so tief verletzte. Als der Reichskanzler nun einen Umschwung in der Politik eintreten ließ, da empfand Andrae doch Reue und das Bedürfnis, wieder die Gunst des Gewaltigen zu erlangen. Aber das war nicht so leicht, zumal da der Herr auf Roman auch dabei wieder nicht sehr geschickt verfuhr und Bismarck ein glattes pater peccavi verlangte. Da nahm sich Kleist der Sache an, obwohl er selbst etwas Zweifel hegte, und ebnete dem Freunde die Bahn, indem er mit Bismarck, dessen Gattin, deren Schwiegersohn und anderen Verhandlungen deswegen führte [1]).

Wie mit Bismarck ein Friedensschluß zu stande kam, so glich sich auch das gespannte Verhältnis mit der anderen großen geschichtlichen Persönlichkeit, zu der Kleist-Retzow ebenfalls einst eine so schöne Stellung gehabt und mit der er dann so lange, schwere Jahre in Unfrieden gelebt hatte, allmählich wieder aus. Wilhelm I. hatte seinem Koblenzer Nachbar trotz allem, was vorgefallen war, große Hochachtung bewahrt. Ja, er fühlte sich zu dem ehrlichen, wenn auch so trotzigen Vasallen unleugbar immer wieder hingezogen. Das hatte er schon bei Eröffnung des Landtages zu Anfang des Jahres 1859, also unmittelbar nach Kleists Ausscheiden aus dem Amte bekundet, wie noch der General v. Gerlach mit Genugtuung verzeichnet hatte. Damals begrüßte der Regent Kleist in der Bildergalerie des Berliner Schlosses und drückte ihm mit weit vernehmbarer Stimme seine Freude darüber aus, daß er ihn im Herrenhaus begrüßen dürfe; er sei überzeugt, daß Kleist auch in dieser Wirksamkeit mit derselben Treue und Hingebung, wie bisher, dem König und Vaterland dienen werde. Die heftige Bekämpfung der von ihm eingeleiteten liberalen Politik durch Kleist wird ihn dann freilich aufs neue verdrossen haben. Als in der Folge aber das Herrenhaus gerade unter Kleists Führung die Militärgesetzgebung ermöglichte, wandte sich sein Herz diesem wieder mehr zu. Die warmen Dankesworte, die er dem Herrenhaus für sein Verhalten zu wiederholten Malen zollte, galten natürlich Kleist besonders. Als er im September 1869 in Stettin mit ihm auf einer Festlichkeit zusammentraf, zeichnete

[1]) Briefe Kleists an Andrae.

er ihn durch eine längere Unterredung aus. Der Widerstand Kleists in der Kreisordnungssache mußte abermals verstimmend wirken. Immerhin wurde Kleist gelegentlich von dem hohen Herrn zur Tafel geladen, so am 25. Februar 1873. Daraus schöpfte der getreue Vasall wohl den Mut, am 8. März 1873 dem Kaiser in bewegten Worten seinen Dank für das von diesem in der Berliner Zionskirche abgelegte Glaubensbekenntnis auszusprechen. Noch inniger erfreute es ihn, als der „teure und liebe König", wie er seinem Sohne Jürgen schrieb, im November 1875 „fast die Hälfte der Personen, welche Minister und Oberkirchenrat ihm als Mitglieder für die Generalsynode vorschlugen", verwarf und bekenntnistreuere wählte. Er ersah daraus, daß sich in dem Herrn stetig mehr eine innere Wandlung vollzog. Die Öffentlichkeit erfuhr es zuerst im September 1879, daß ihm die königliche Huld wieder lächelte, als ihm der Stern zum roten Adlerorden 2. Klasse verliehen wurde. Nach dem unter Wilhelm I., alten Traditionen gemäß, geübten Brauche war die Verleihung eines hohen Ordens an eine nicht im königlichen Dienst stehende Persönlichkeit immer einigermaßen ungewöhnlich. Als Kleist im weiteren Verlaufe die von dem Monarchen eingeleitete Sozialreform so wirksam unterstützte, da geschah es, daß des Kaisers Majestät ihn, ein volles Vierteljahrhundert nach der Verabschiedung, zum Wirklichen Geheimen Rate ernannte. So wenig eine solche Auszeichnung an sich für eine Persönlichkeit bedeutet, die eine anerkannte Stellung in der Geschichte einnimmt, unter den obwaltenden Verhältnissen ist sie doch bemerkenswert. Denn sie bekundete den völligen Umschwung in der Gesinnung des Prinzen von Preußen gegenüber dem ehemaligen Oberpräsidenten der Rheinprovinz und wurde auch gleich so aufgefaßt. Am besten beweist das der Jubelruf, den die Auszeichnung der Kaminer Pastoralkonferenz entlockte. Superintendent Meinhold schrieb sofort: „Mir ist das wie ein Labetrunk in der Sandwüste Richterscher Phrasen. Ich rufe unserem Freunde ein kräftig Hosianna und unserem Kaiser und Landesvater ein Hurra zu." Ihm schlossen sich Superintendent Eichler, Professor D. Cremer und Graf Krassow freudigst an. Kleist selbst urteilte launig: „Zum Ratgeben Seiner Majestät wird

es schwerlich kommen, es wird der Rat im eigentlichen Sinne ein geheimer bleiben. Doch freue ich mich von Herzen des darin liegenden gnädigen Wohlwollens Seiner Majestät, es ist allerdings ein anderer Akt, als der der Dispositionsstellung!" Der alte Parlamentarier fand das vom 28. Mai 1883 datierte Patent am 29. auf seinem Platze im Reichstage vor, als gerade Eugen Richter seine frühere Verwaltung der Rheinlande aufs schärfste angriff. Angeregt war die Auszeichnung allerdings schon vier Wochen vorher durch den Minister des Innern v. Puttkamer. Kleist kam sofort um eine Audienz ein, um dem Kaiser seinen Dank abzustatten. Der sandte ihm einen Furier und ließ ihm sagen, er möge die Zeit bestimmen, um im Reichstage nicht an der Erfüllung seiner Pflicht gehindert zu werden. „Wie ist das rührend beweglich," schrieb Kleist darüber einer Verwandten. Am 8. Juni fand der Empfang des alten Oberpräsidenten durch den greisen Kaiser statt. „Wir waren ganz allein," berichtete Kleist darüber seinem Sohne Jürgen, „er setzte sich und befahl mir, es auch zu tun, und sprach wohl eine halbe Stunde auf das freundlichste und eingehendste über politische und persönliche Sachen. Der lieben Mutter habe ich einen möglichst eingehenden Bericht über den ganzen Hergang entworfen[1]). Er schüttete mir sein Herz aus über die Freude an der Tüchtigkeit seines Enkels (Wilhelm) und der verschiedenen Stadien seiner Vorbildung. Ich hatte ihm einleitend bemerkt, daß mein Leben und mein Arbeiten meinem himmlischen und irdischen Könige gehöre — da fiel er ein: ‚Das weiß ich, und darum hat es mir Freude gemacht, dem eine Anerkennung zu gewähren.'" Noch öfter sollten die beiden Greise sich begegnen. So bei Gelegenheit des letzten Manövers, das der alte Schlachtenheld im Herbste 1887 bei Stettin abhielt. Da empfing er auch das jüngste Kind Kleists, das 1863 geborene Fräulein Elisabeth. „Sie sind also eine Tochter meines alten Oberpräsidenten?" fragte er sie, „merkwürdig, daß ich mich Ihrer von Koblenz nicht mehr erinnere;" als das junge Mädchen erwiderte: „Majestät, ich stamme aus späterer Zeit, ich bin erst

[1]) Ob dieser Brief erhalten ist, ist nicht bekannt.

in Pommern geboren," brach er in helles Lachen aus. Für die Kinder Kleists hatte der hohe Herr überhaupt stets ein Interesse behalten. So ließ er sich die Konfirmation des ältesten Sohnes anzeigen. Als er im Herbste 1879 durch Belgard kam, ließ er dort halten und winkte aus der dichtgedrängten Menge den im 1. Garderegiment stehenden jüngsten Sohn Kleists zu sich heran und erkundigte sich nach seinem Ergehen. Und welche Poesie liegt darin, wenn der alte Oberpräsident einmal schreibt: „Ich wohnte der Eröffnung der hundertjährigen Feier der Kunstausstellung bei, weil der teure Kaiser dabei zugegen sein sollte und ich als Herrenhausmitglied eine Einladungskarte erhielt. Alles andere war mir Nebensache. Der Kaiser führte seine Tochter und beide grüßten mich, als sie vorübergingen, freundlich. Nach der Feier die Kronprinzessin führend und wieder an mir vorübergehend, fragte er freundlich: „Wie geht es Ihnen?" Noch kurz vor dem Hinscheiden des Monarchen, am 2. Februar 1888, wurde Kleist zu den beiden Majestäten geladen. —

Bei den parlamentarischen Verhandlungen beschränkte sich Kleist jetzt mehr denn je darauf, für gewöhnlich nur dann hervorzutreten, wenn es sich um Gebiete handelte, die ihm näher lagen. Bisher hatte er sich auch öfter in Gebiete eingearbeitet, in denen er sich nicht ganz vertraut fühlte. So hat er im Herrenhause einen ganz außerordentlichen Einfluß auf die Beratungen über die Grundbuchordnung gewonnen, wofür ihm ein Kollege im Hause, der Jurist Dernburg, Dank wußte. Jetzt widmete sich Kleist neben den Angelegenheiten der evangelischen Kirche, die einstweilen die parlamentarischen Körperschaften weniger beschäftigen sollten, vornehmlich der sozialpolitischen Gesetzgebung. Er gab sich diesen Arbeiten mit gewohnter Gründlichkeit hin, so daß er zuweilen über seine Überhäufung mit Geschäften klagte. „Ich bin so überbürdet, daß ich das Gefühl eines Versinkenden habe," schrieb er einmal an Andrae. Vorwiegend war aber doch in ihm eine befriedigte Stimmung bei dieser Tätigkeit. „Trotz des Mangels eines eigentlichen Berufs habe ich Arbeit in Fülle," gestand er gelegentlich Schede, „daß es

an der Verheißung der Köstlichkeit des Lebens durch Arbeit nicht fehlt." In erster Linie widmete er sich den Beratungen im Reichstage; ja er hielt sich von den Verhandlungen des Herrenhauses, wie er Bismarck schrieb, bei dessen neuerer Einflußlosigkeit und mit Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse fern. Nur wenn er wegen des Reichstages in Berlin war, nahm er an wichtigeren Beratungen des preußischen Oberhauses teil. Dem Vorschlage Schedes, sich aus Sparsamkeitsrücksichten in Berlin eine Wohnung zu mieten, war er nicht gefolgt. Er lebte nach wie vor in einem Hotel. „Förmlich den Wohnsitz meiner Familie dort (in Berlin) zu nehmen," so schrieb er an Schede hierüber, „halte ich für unrecht. Verzeih, wenn ich meine, daß Du Dich nicht ganz in die Lage eines größeren Grundbesitzers versetzen kannst, der von dem Vater her, durch eine längere Verwaltung als Landrat hindurch, mit dem Lande und Volke einen wirklich engen Zusammenhang hat." Bei diesem Entschlusse sprach fraglos die tiefe Abneigung des Landmanns gegen die ungesunde Erscheinung der Großstadt mit. Kleist hat aus dieser Abneigung kein Hehl gemacht, und einst sah sich Rudolf Kögel veranlaßt, auf der Generalsynode für das angegriffene Berlin gegen Kleist Partei zu ergreifen. Erst in seinen letzten Lebensmonaten verstand sich dieser dazu, eine feste Wohnung in der Reichshauptstadt zu nehmen. Freilich hinderte die Sammlung seiner Kräfte auf bestimmte Punkte ihn auch jetzt nicht, zuweilen bei anderen als den ihm näher liegenden Fragen ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Das geschah beispielsweise gleich bei seiner ersten Reichstagsrede zum Reichshaushaltsetat, in der er die Armeleutepolitik Eugen Richters so geißelte. Damals regte er nämlich zur Entlastung des überbürdeten Reichskanzlers die Schaffung eines selbständigen Reichsfinanzamtes an, und er hatte die Freude, daß dieser Gedanke bei der Regierung auf fruchtbaren Boden fiel. Schon im Januar 1878 konnte er darüber im Herrenhause berichten. Am 8. März 1878 kam er nochmals im Reichstage darauf zurück und veranlaßte Bismarck zu einer die Maßregel als bevorstehend bezeichnenden Erklärung. Ein andermal focht er sehr energisch gegen die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig. Er erblickte darin eine schwere Beeinträchtigung einer geordneten

Rechtspflege, weil der oberste Gerichtshof in Leipzig nicht genügend mit dem Staatsleben in Fühlung bleiben würde. Ebenso griff er im Herrenhause bei einer Verwaltungsorganisationssache, der Beratung des Zuständigkeitsgesetzes im Januar 1881, in bemerkenswerter Weise ein. Es war, als wenn der alte Kampf um die Kreisordnung wieder auflebte. Jetzt saß auf dem Platze Fritz Eulenburgs als Minister des Innern dessen Vetter Graf Botho zu Eulenburg. Der wollte bei Organisation der Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Landgemeinden diese Aufsicht dem Kreisausschusse übertragen und sah sein Gesetz schon ganz in seinem Sinne in den Hafen laufen. Da erhob sich plötzlich Kleist und lief Sturm gegen den diese Sache regelnden Paragraphen. Er bezeichnete es als „Nonsens", wenn der Kreisausschuß die Aufsicht erhielte, und meinte, der Landrat wäre die gegebene Aufsichtsbehörde. Großes Aufsehen im Hause. Allgemein faßte man sein Auftreten als von Bismarck veranlaßt auf. Eulenburg verteidigte sich heftig. Da erhob sich der Geheimrat Rommel und verlas jene gegen Eulenburg gerichtete Erklärung Bismarcks über die fraglichen Bestimmungen, die Eulenburgs Rücktritt zur Folge hatte. Wie weit Kleist in der Tat in diesem Falle das Werkzeug Bismarcks war, entzieht sich einstweilen der Kenntnis. Ferner als die Organisationsfragen, auf die ihn seine Begabung lenkte, lagen Kleist die Zollangelegenheiten. Von Haus aus war er, wie die überwiegende Zahl der Grundbesitzer in früherer Zeit überhaupt, Freihändler. Er war dies im Prinzip sogar noch im Jahre 1879 und bequemte sich nur widerstrebend aus realpolitischen Gründen zu einer anderen Stellungnahme. Selbst hier verleugnete sich sein Festhalten an alten Theorien nicht. Man muß eine Bosheit Hermann Wageners darin erblicken, daß dieser später in seinen Lebenserinnerungen, in denen er im übrigen Kleist fast ganz überging, einen Brief Kleists aus der Zeit der Gründung der Kreuzzeitung zum Abdruck brachte, in dem sein ehemaliger Freund sich entschieden für das Freihandelssystem aussprach [1]). Die bedrohliche Zukunft der Landwirtschaft wollte Kleist anfangs nur bedingt anerkennen. Er meinte wohl

[1]) H. Wagener, Erlebtes I, 9.

im Dezember 1879, daß die von Bismarck eingeleitete Schutzpolitik ausreichen würde, um der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, und betrachtete nicht nur die Zollgesetzgebung, sondern auch die Eisenbahnverstaatlichung als aus diesem Gedanken des landwirtschaftlichen Schutzes heraus entstanden. Mehrere Male hat er aber doch auch für den Schutzzoll das Wort ergriffen, und zwar nicht nur, als es sich um den Schutz einer Industrie in seinem Wahlkreise, den der Schmirgeltuchfabrikation handelte, wobei er eine von Rudolf Delbrück, dem früheren Handelsminister, wegen ihrer Sachverständigkeit anerkannte Rede hielt. Er ist vielmehr außerdem am 11. Juli 1879 unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Reichstages in einer durch originelle Bildersprache ausgezeichneten Rede für den Schutzzoll auf Roggen eingetreten. Ein ander Mal (1882) sprach Kleist mit großer Wärme für den Hamburger Zollanschluß, den er als ein freudig zu begrüßendes nationaldeutsches Werk bezeichnete, und rief dem leidenschaftlichen Bekämpfer des Projektes, Ludwig Bamberger, gelassen zu: „Wir wollen ruhig abwarten, wie es nach den von Ihnen gesetzten Jahren mit Hamburg stehen wird."

Seinem menschlichen Sinne entsprach es, wenn er es sich angelegen sein ließ, Grausamkeiten, die unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit einhergingen, entgegenzutreten. Das war der Fall, wenn er glaubte, daß die Vivisektion sich Ausschreitungen erlaubte. „Das ist gewiß," sagte er am 23. Januar 1882, „daß die Mitteilungen, welche wir von den Gegnern der Vivisektion empfangen haben, doch derart sind, daß sie auf uns Laien einen tiefen Eindruck machen, und daß wir ein Herz von Stein haben müßten, wenn wir davon nicht bewegt wären. Es hat mich in der Tat tief betrübt, daß, als vorhin ein Laie (es war der konservative Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode) die Sache in ernster Weise behandelte, derselbe gleich von einem Teil des Hauses mit Hohngelächter empfangen wurde, als ob es ganz unmöglich wäre, nur ein Wort zu reden, wenn einmal die hohe Medizin gesprochen hätte." Und dann zitierte er, weil von liberaler Seite jeder Mißbrauch geleugnet war, unter lautloser Stille des Hauses die 15. Auflage von Hyrtls Lehrbuch der Anatomie, in der mit den schärfsten Worten

Mißbräuche bei der Vivisektion gegeißelt und wo gewisse Ärzte deswegen als „Schinderknechte" bezeichnet wurden. Sein wirksames Auftreten in dieser Sache verschaffte ihm im Lande viele Freunde. Ein Dankesgruß kleidete sich in eine launige poetische Form:

Laß nur die „Linke" lachen
Und faule Witze machen,
Wenn du gerühmt hast unsre Treu'.
Wir bleiben doch im Leben
Gern guten Herrn ergeben;
Vor „Vivisektion" jedoch da haben wir Scheu.

Mit innigem Dank im Namen der übrigen

Pudel, Mops u. Pinscher.

Schwere innere Kämpfe bereitete ihm die Stellung zur Frage des Tabakmonopols. Einst war er für Einführung dieser großen Einrichtung gewesen, um die Matrikularbeiträge zu vermeiden und dadurch das Reich finanziell sicher zu stellen. Er hatte nicht nur bei der Reichstagswahl im Jahre 1871 in Flugblättern dafür Stimmung gemacht, sondern sich auch im Herrenhause gelegentlich (am 20. Januar 1871) dahin ausgesprochen. Jetzt begann er mit Rücksicht auf seinen Wahlkreis die Frage anders zu beurteilen. Freilich wahrte er sich durchaus bis zuletzt seine freie Abstimmung. Wie er es schon 1878 auf den Verlust seines Mandats wegen dieser Sache hatte ankommen lassen, so gab er für die Wahl am 27. Oktober 1881, als das Monopol deutlich am Horizonte erschien, keine bindende Erklärung ab und entging dadurch in der Tat nur mit knapper Not einer Niederlage. Denn er erhielt nur 6767 Stimmen gegenüber 6494, die auf den freisinnigen Gegenkandidaten Hauptmann a. D. Höpker fielen. War doch sein Wahlkreis in Preußen von allen am meisten gegen das Monopol interessiert. Es gab dort weniger große Fabriken — nur in Bünde bestand eine besonders namhafte —, als eine ausgedehnte Tabakshausindustrie auf dem Lande. Nun sagte sich Kleist, daß es sich bei dem ganzen Gesetz nicht um ein großes Prinzip handelte, sondern um eine Frage materieller Interessen. Deswegen war er hier geneigt, mehr Rücksichten auf Wünsche zu nehmen. Außerdem erwog er, daß die Ein-

führung in dieſem Falle nicht unumgänglich nötig wäre. Denn das von Bismarck bei der ganzen Idee verfolgte Ziel, die Koſten für die geſamten Verſicherungsgeſetze aufzubringen, ließ ſich nach Kleiſts Anſicht noch auf andere Weiſe, insbeſondere durch die Beitragspflicht der Arbeitgeber verwirklichen [1]). Trotzdem kam er nicht ohne weiteres zu dem Schluſſe, daß er das Monopol verwerfen könne. Noch im Mai 1878 hob er in einer Reichstagsrede ſehr fein und ſcharfſinnig die guten Seiten des Monopols hervor, ſo daß die Rede von Gegnern wohl in der Weiſe ausgebeutet werden konnte, als habe ſich Kleiſt für das Monopol ausgeſprochen. Er brachte ſogar den größten Sachkenner in der Freihandelspartei, den Miniſter Rudolf Delbrück, dadurch in die Enge, daß er eine Schrift desſelben aus dem Jahre 1857 zitierte, in der ſich der frühere Amtsgenoſſe Bismarcks bedingt für das Monopol ausgeſprochen hatte, und erinnerte Delbrück ferner daran, daß er ihm kurz vor dem Eintritt in das Reichskanzleramt bekannt habe, er ſei nicht abſoluter Gegner des Monopols. Als nun aber das Geſetz im Herbſt 1881 vorgelegt wurde, überwog doch die Stimmung bei ihm, daß er ſich dagegen entſcheiden müſſe. Er ſtellte das Bismarck vor. So ſehr dieſer Gewicht auf jede Stimme legte und ſo unangenehm es ihm ſein mußte, wenn gerade Kleiſt ſich hierbei verſagte, ſo erklärte ihm der Kanzler doch: „Du mußt gegen das Monopol ſtimmen“ [2]). Im Mai verlangte der Fürſt aber wieder ſeine Gefolgſchaft hierbei. Dies lehnte Kleiſt am 6. Mai ab, und als am 14. Juni 1882 die Entſcheidung fiel, befand er ſich unter der großen Mehrheit, die das Geſetz verwarf. Es war wieder der ganze Kleiſt, der bei dieſer Aktion zu Tage trat: der charakterfeſte, der undiplomatiſche und doch auch praktiſchen Erwägungen Raum gebende Mann.

Eine der größten Freuden war es für ihn, als Bismarck Friedensverhandlungen mit Rom einleitete. Er glaubte darin eine Gewiſſensregung des Fürſten infolge der glücklichen Bewahrung des Kaiſers vor den Schüſſen der Mordbuben Hödel

[1]) Kleiſt an ſeinen Sohn Jürgen, 23. April 1882.
[2]) Kleiſt an Bismarck, 6. Mai 1882.

und Nobiling erkennen zu müssen. „Das hat doch auch wohl Bismarck zu den Verhandlungen mit Rom gebracht!" schrieb er im August 1878, als er zu Schede von den Gewissensmahnungen, die Gott dem deutschen Volke durch die Attentate gesandt habe, sprach. „Aber," so fügte er hinzu, „ich bin noch nicht so hoffnungsvoll wie Du, weder auf Bismarck noch auf Rom — noch weniger auf die Zentrumsfraktion. Sie sind zu verbissen geworden, zu sehr schon hineingelebt in eine Opposition gegen die Regierung à tout prix." Windthorst bediente sich seiner sofort als Mittelsmannes zu Verhandlungen mit Bismarck, und Kleist war in der Tat eifrig bemüht, hierbei zu helfen. So verhandelte er im Sommer mit Bismarck über einen Ausgleich wegen der Anzeigepflicht. Bismarck hatte, auf den ihm von Kleist übermittelten dringenden Wunsch Windthorsts zu einer rascheren Verständigung, diese von einem Entgegenkommen Roms in dieser Frage abhängig gemacht, indem er gegen Kleist freundlich äußerte: „Ja, wenn die katholische Kirche sich nur entschließen könnte, die Anzeige der Anstellung bei den Oberpräsidenten zu machen." Kleist meinte nun, die katholische Kirche verweigere nicht an und für sich eine solche Anzeige, sondern in diesem Falle wegen des ganzen Komplexes von Maßregeln, welche damit zusammenhingen und durch solche Anzeige von ihnen gut geheißen würden. „Ist denn da nicht das einfachste, zunächst im Wege der Besprechung festzustellen, in welcher Weise man demnächst einen modus vivendi finden würde, wenn jene Anzeigen erfolgten? Es ist das kein Konkordat, sondern eine Verständigung — was der Staat tut, geschieht auf dem Wege der Gesetzgebung oder Verfügung, und erst nachdem die Anzeigen erfolgt sind. Allein diese Anzeigen sind von seiten der Kirche dann kein Sprung ins Blaue, sondern geschehen im Vertrauen auf die Staatsregierung, daß sie demnächst auch den modus vivendi innehalten werde, über den eine Verständigung herbeigeführt ist." Bismarck bemerkte am Rande des Briefes zu dem Vorschlag der Besprechung: „Gewiß, aber die Besprechung ist bisher zwar oft von uns beantragt, aber nie vom Papst gewährt."

Als nun der Abbruch der kirchenpolitischen Gesetze erfolgte, galt es für Kleist einen Kampf mit zwei Fronten zu

bestehen. Einmal hatte er es mit den Liberalen zu tun, die noch nicht genug an den bisherigen kirchenpolitischen Wirren gehabt hatten. Außerdem aber mußte er sich mit dem Zentrum auseinandersetzen, dessen Machtgelüste und Unverträglichkeit ihm jetzt mehr noch wie früher zum Bewußtsein kamen, und das gegen ihn besonders aufgebracht war, weil es törichterweise auf fernere Unterstützung bei ihm gerechnet hatte und, zum Teil allerdings wohl nicht mit Unrecht, eine gewisse Neigung zum Finassieren bei ihm entdeckte, die eine Folge seiner Aussöhnung mit Bismarck war.

Es kam dabei zu denkwürdigen Debatten. Vor allem ist die stürmische Sitzung vom 30. November 1881 hervorzuheben, in der es zwischen Kleist, Virchow, Hänel und Eugen Richter zu einem Meinungsaustausch über den Kulturwert des Christentums kam. Er wurde veranlaßt durch eine Rede Kleists, der sich heftig gegen Richter und Hänel wandte, die es versucht hätten, die Beilegung des kirchenpolitischen Streites zu verhindern. „Die große Lärmtrommel des protestantischen Bewußtseins," so rief er den Herren zu, „die Sie gestern rührten, hat gar keinen Eindruck auf uns gemacht und wird auch nicht den geringsten Eindruck auf das deutsche Volk machen." Im weiteren Fluß der Rede riß ihn sein Kampfeseifer, wie es öfter zu geschehen pflegte, fort, und er rief: „Ich habe es für wünschenswert gehalten, hier in perpetuam rei memoriam die Herren Richter, Hänel, Virchow festzunageln, wie man gewisse Tiere an Scheunentüren annagelt." Es war kaum etwas Unparlamentarisches in diesem Vergleich. Denn nicht die Abgeordneten waren hier mit Habichten verglichen, sondern nur das Festnageln wurde etwas kühn veranschaulicht. Aber in dem Augenblicke war die Wirkung der Worte, die der feurige, mit seiner Adlernase selbst etwas einem Raubvogel ähnelnde Mann in den Saal sandte, geradezu einem Pfeilschusse vergleichbar. Es muß in dem Tone etwas Verletzendes gelegen haben. Ein ungeheurer Tumult entstand auf der linken Seite. Pfuirufe erschollen. Die Glocke des Präsidenten erklang. Vergeblich versuchte Kleist weiter zu sprechen. Der Präsident v. Levetzow sah sich veranlaßt, ihn unter dem Beifall der Linken zur Ordnung zu rufen. Kleist erwiderte: „Wenn der Herr Präsident

das meint, so füge ich mich. Ich habe ein Bild gebraucht, und Bilder zu gebrauchen wird mir gestattet sein." Wütend rief die Linke „Nein." Dann aber fuhr Kleist, nicht im mindesten kleinlaut geworden, fort: „Wer wesentlich diesen Kampf zu einem solchen Kulturkampf gemacht hat, das sind Sie (nach links). Hat nicht noch neulich der Herr Abgeordnete Richter gesagt, es gäbe keinen entscheidenden Einfluß des Christentums auf die Staatsgesetzgebung?" Heftig auffahrend rief Richter dazwischen: „Nicht wahr!" Kleist suchte seine Angabe zu belegen, wurde aber durch fortgesetzte Zwischenrufe des Tribuns von Hagen und anderer Fortschrittler daran behindert, so daß der Präsident ihn mehrfach gegen die Störungen in Schutz nehmen mußte. Endlich fand er wieder Gehör, und nun feierte er die eben durch die Botschaft vom 17. November 1881 eingeleitete Bismarcksche Politik des praktischen Christentums: „Gerade weil die Herren vom Fortschritt diesen Einfluß des Christentums auf die Gesetzgebung nicht wollen, darum sind wir im tiefsten Grunde ihre Gegner. Überzeugen werden wir Sie nicht, darauf kommt es auch nicht an. Eine solche Tätigkeit (wie die Geltendmachung des praktischen Christentums in der Gesetzgebung) wird das gesamte deutsche Volk für sich haben, und wenn das deutsche Volk seine Herrlichkeit von neuem zur Darstellung gebracht hat in der Einheit seiner Volkspersönlichkeit, so wird es ihm auch daran nicht fehlen, daß es in dem, was im tiefsten Grunde sein Wesen ausmacht, wieder neu sich erhebt, neu entfaltet in der Geltendmachung des Christentums im ganzen, auch im öffentlichen Volksleben. Wenn es vergessen könnte, daß das Christentum es ist, was das deutsche Volk zum deutschen Volke gemacht hat, dann freilich wird es überhaupt mit dem deutschen Volk zu Ende gehen. Weil wir aber den Glauben haben an die Zukunft des deutschen Volkes, darum wissen wir, daß diese Ideen im deutschen Volke und durch das deutsche Volk noch einmal wieder zur Herrschaft auch in unserer Gesetzgebung kommen werden; und wenn Sie (nach links) dagegen sein werden, dann werden Sie zerrieben werden."

Der Pathologe Rudolf Virchow fühlte das Bedürfnis, in seiner jokosen Art den sonderbaren Junker zurechtzuweisen[1]).

[1]) Über Virchow vgl. die feine, wenn auch boshafte Diagnose seines

„Es ist sonderbar," meinte er, „wenn jetzt Herr v. Kleist-Retzow kommt und unsere ganze deutsche Kultur als nur auf dem Boden des Christentums stehend darstellt. Sie steht auf dem Boden des Judentums ebensogut wie das Christentum auf dem Boden des Judentums gestanden hat, und wenn einzelne Wissenschaften in unserer Kultur aus verschiedenen heidnischen Wissenschaften sich entwickelt haben, das Recht aus dem Römischen, die Medizin aus dem Griechischen, so wird man doch nicht leugnen dürfen, daß die modernere Kultur nicht mehr eine spezifisch christliche, sondern eine allgemein menschliche Entwicklung genommen hat. Das deutsche Volk hatte schon eine große Herrlichkeit, als es vom Christentum noch gar nichts wußte, das deutsche Volk hatte Rom niedergeworfen, ohne daß ihm das Christentum bis dahin aufgegangen war." Dulden wollte der berühmte Mediziner die Religionen allenfalls. Kleist antwortete ihm nicht. Es war ja nur ein Fechterkunststückchen, das der Gelehrte vollführte, indem er den Standpunkt verschob und von der intellektuellen Kultur sprach, während Kleist selbstverständlich die sittliche Kultur im Auge gehabt hatte. Eine geradezu bedenklich flache Auffassung verriet es aber, wenn ein Vorkämpfer der Wissenschaft von dem Niederwerfen des morschen Roms durch das jugendkräftige Germanentum Wesens machte. Im tiefsten Grunde verschloß sich Virchow allerdings der Tatsache, daß ohne allen Vergleich die förderndste Macht in der sittlichen Kultur der Menschheit das Christentum gewesen ist[1]). Hier war der Gelehrte in seinem vermessenen Hochmut der Banause und der hinterpommersche Junker der höher Gebildete.

Mit dem Zentrum kam es zu einer Auseinandersetzung, als Windthorst im Reichstage einen Antrag einbrachte, der vor den Landtag gehörte. Kleist bezeichnete den eingeschlagenen Weg am 11. Januar 1882 unter der Unruhe des Zentrums als eine Kraftprobe. Der Lärm des Zentrums war ihm unbequem. Er suchte ihn durch freundliche Wendungen zu beschwichtigen. Seine

---

Wesens in der „Zukunft", herausg. von M. Harden. Berlin 1902. Nr. 50. S. 451 ff.

[1]) Vgl. hierzu die Ausführungen bei Chamberlain, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts S. 207.

Art war es, in solchen Fällen liebevoll auch von den Gegnern als von „teuren Freunden" zu sprechen, womit er in dem Augenblicke nicht gerade unwahr wurde, aber doch etwas finassierte. Die Gegner, so Virchow in seiner hämischen Art, übten daran öfter ihren Spott. Bei jener Gelegenheit fühlte sich das Zentrum gerade durch solche Wendungen empfindlich berührt. Infolgedessen erhob sich einer der redebegabtesten Parteigenossen Windthorsts, Herr v. Schorlemer-Alst, der als einer der loyalsten Zentrumsmänner galt, und setzte unter der Heiterkeit des Hauses Kleist heftig zurecht: „Nun, Herr von Kleist-Retzow! Sie haben heute auch sehr viele diplomatische Künste getrieben, aber, erlauben Sie mir die Bemerkung, geschickt waren Sie als Diplomat nicht, denn es ist gegen Ihre Natur. Das sage ich dem Herrn Abgeordneten v. Kleist-Retzow, und vor die Frage stelle ich ihn heute ganz allein: wenn der Reichskanzler Fürst Bismarck und die Bundesregierungen den Antrag, den der Abgeordnete Dr. Windthorst heute eingebracht hat, ihrerseits eingebracht hätten, hätte Herr v. Kleist-Retzow dafür oder dagegen gesprochen? Er hätte gewiß dafür gesprochen, und damit ist seine ganze Ausführung gerichtet." Es war unleugbar eine empfindliche Abfertigung, die Kleist an jenem Tage erlitt. Mit dem Diplomatisieren hatte er eben kein Glück.

Kurze Zeit nach dem geschilderten Zwischenfalle im Reichstage fand er im Herrenhause Gelegenheit, positiv zum Abbruch der kirchenpolitischen Gesetze mitzuwirken. Als sich hier das Zentrum versagte, weil die Regierung ihm nicht genug zu bieten schien, sah sich Kleist veranlaßt, ihm vorzuhalten, daß die Konservativen dadurch gezwungen würden, sich mit den Liberalen zu verbinden, um überhaupt etwas zu stande zu bringen. Eine bemerkenswerte Rede hielt er, offenbar durch Bismarck beeinflußt, noch im April 1886 über die Regelung der Anzeigepflicht. Es trat dabei hervor, daß er immer mehr vom Zentrum abgerückt war. „Die Regierung," so führte er aus, „sieht nicht mit Unrecht in der Gewährung der Anzeigepflicht die Herstellung eines Vertrauenszustandes zwischen Staat und Kirche. Nur waren die ersten Erklärungen, die wir von seiten der Kurie erhielten, vollkommen ungenügend. Sie offenbarten, daß es bei dieser Anzeigepflicht der Kurie sich nicht mehr handelt

um ein unveräußerliches Prinzip, sondern nur um ein Kampfesmittel, um eine Art Schachspiel. Während wir in der Tat bei den früheren Verhandlungen annahmen, es handle sich um unveräußerliche Güter der Kirche, so spielen wir hier nicht mit, wo es sich sichtbar nur um ein Schachspiel handelt." So übte der ultramontane Machtkitzel auch auf einen so versöhnlich gesonnenen Mann, wie Kleist-Retzow, seine trennende Wirkung.

Die von Bismarck eingeleitete Ansiedlungspolitik in den polnischen Landesteilen unterstützte Kleist lebhaft. Er hielt dies Werk für ein außerordentlich ersprießliches, weil er die deutsche Nation für besonders berufen zur Kolonisation ansah. Dabei spielte die Erinnerung an die slawische Herkunft seines eigenen Geschlechtes und das Bewußtsein mit, selbst mit allen Fasern deutsch geworden zu sein. Er fand, daß die Lage des Deutschtums in Posen und Westpreußen, zum Teil infolge der kirchenpolitischen Wirren, überaus betrübend sei. Näheren Einblick in die dortigen verwickelten Verhältnisse erhielt er durch den mit ihm in verwandtschaftliche Beziehungen getretenen Oberpräsidenten von Posen, den Grafen Zedlitz-Trützschler, der zugleich Vorsitzender der Ansiedlungskommission war. „Sind wir denn schon so weit, daß wir in Posen die Parias sein sollen, daß selbst, wenn wir uns nur verteidigen, dies als etwas völlig Ungehöriges verurteilt wird, unter den Polen Mißtrauen und Feindschaft erregen muß?" rief er am 27. Februar 1886 im Herrenhause aus. Er nahm sich besonders der kirchlichen Seite der Sache und dabei wieder vornehmlich der evangelischen an. „Otto der Große," so sagte er, wohl wieder in Gedanken jene Parallele mit dem Schönhäuser Otto ziehend, „begründete seine Kolonien wesentlich dadurch so fest und erfolgreich, daß er als Mittelpunkt derselben sofort kirchliche Organisationen schuf. Die Kirche muß auch heute noch der Mittelpunkt der Kolonisation werden. Wie will man die Leute dauernd fesseln und sich wohlbefinden lassen, wenn sie nicht ihre Kirche haben?" Der Pole v. Koscielski, der sich später eine Zeitlang durch Entgegenkommen in der Flottenfrage in das Vertrauen Kaiser Wilhelms II. zu setzen wußte, erlebte einige Male sehr empfindliche Zurechtweisungen durch Kleist. Dann wallte das heiße Blut des Polen wohl jäh auf. In hitziger Gegenrede pflegte er seinem Zorn

Luft zu machen, wenn er es nicht, wie am 21. März 1888, vorzog, ganz zu schweigen, weil die Abfertigung durch Kleist doch gar zu vernichtend gewesen war.

Den breitesten Raum in Kleists öffentlicher Tätigkeit nahm jetzt die sozialpolitische Arbeit ein. Seiner ganzen Art nach ließ er es nicht dabei bewenden, die Regierung auf ihrem Wege zu begleiten, sondern er unterstützte sie auch durch positive Ratschläge, ja er arbeitete selbst Gesetzentwürfe aus, die zur Annahme gelangten, suchte neue Bahnen aufzufinden und setzte sich in jahrelangem Kampfe dafür ein, um das Betreten solcher Bahnen herbeizuführen. Dabei war seine als Landrat und Oberpräsident erworbene Kenntnis des Lebens eine wichtige Grundlage. Er suchte diese durch Studium zu erweitern und zu befestigen. So versenkte er sich in die Lektüre Schäffleſcher und anderer nationalökonomischer Schriften. Über Schäffle — es wird sich um dessen Gelegenheitsschrift „Die Quintessenz des Sozialismus" gehandelt haben — urteilte er im August 1878 gar nicht übel: „Er glorifiziert das Prinzip der Gesamtproduktion, hilft den Sozialdemokraten, es richtiger zu gestalten, weist eine Reihe von Vorwürfen gegen sie als unbegründet oder nicht notwendig ab und läßt dann bloß in Frage: ob solche kolossale Gesamtproduktion durch Leitung des Staates überhaupt möglich sei. Doch der echte deutsche Professor. Sie ist eben unmöglich, sie setzt sich an die Stelle der Vorsehung! Er verkennt, daß die Sozialdemokratie auch den gleichen Genuß will, daß sie darum — wenn vielleicht nicht an Mobilien, so doch an Eigen und Erbe — das Eigentum und Erbrecht, die Ehe vernichtet; er verkennt, daß sie ihrem Wesen nach die Feindin des Christentums, ja aller Religion sein muß!" Mit einzelnen der damals mehr hervortretenden Katheder-sozialisten hatte er Fühlung. So scheint er wieder mit Erwin Nasse in Verbindung getreten zu sein. Von weittragender Bedeutung wurde seine Bekanntschaft mit dem Hofprediger Stoecker.

Er lernte diesen sehr bald nach der Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei kennen. Ganz voll war er von der Kaisergeburtstagsfeier, die er im Jahre 1878 inmitten dieser Partei beging. „Sie war in der Tat ganz köstlich," schrieb er seinem Sohne Jürgen. „In dem Saale saßen dichtgedrängt

viele Tausende, Männer und Frauen, Bier trinkend. Sie hatten Musik, dazwischen wurden Reden gehalten, Gedichte vorgetragen. Alles atmete die entschiedenste Christlichkeit und treuen Patriotismus. Ich selbst hielt auch eine kleine Ansprache. Als ich herunterkam, umarmte mich ein netter jüngerer Arbeiter, ein sogenannter Ingenieur." Schon bei der Beratung des Sozialistengesetzes trat er für Stoecker ein als einen Mann, der der höchsten Achtung und Anerkennung wert sei, der hineingestiegen wäre in die Massen aus Liebe zum Volk. Schon damals warf er die Frage auf, ob die Stoeckerschen Bestrebungen durch das Gesetz getroffen werden könnten. Als dann Stoecker die Judenfrage aufrollte, war er voller Erstaunen, daß diese eine solche Resonanz im deutschen Volke fände. Er meinte zwar, daß die Bewegung mit vielen bösen Gedanken untermischt sei, aber doch auch, daß der Gedanke, christlich-germanisches Leben neu zu pflegen, dabei in den Vordergrund trete, und hoffte, daß sich daraus eine tiefgehende Erneuerung emporarbeiten würde. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1881 war ihm das Erfreulichste die Wahl Stoeckers. Im September 1882 unternahm er mit diesem eine Missionsreise durch Pommern. Seine Briefe sind voll von dem Eindruck, den Stoeckers Auftreten dabei auf ihn machte. „Die Reise war ganz kostbar," berichtete er an Schede. „Nachmittag für Nachmittag predigte er in ganz gefüllten Kirchen mit hinreißendem Feuer über die Leiden unseres Volkes und die Notwendigkeit, ihnen abzuhelfen, immer wieder in neuen Weisen. Es ist eine begnadigte Persönlichkeit." Ebenso schrieb er seinem Sohne Jürgen über den Hofprediger: „Er ist voller Begeisterung für die Sache der inneren Mission, als einer Station zu einem ganzen christlichen Leben auch in unseren öffentlichen Angelegenheiten, einer Herstellung wahrhaft christlich-sozialer Ordnungen, alles Dinge, welche Zeit meines Lebens mein Herz erfüllt haben." Schede wagte dagegen einzuwenden, daß Stoeckers soziale Ziele in hohem Grade bedenklich wären: „Ich weiß nicht, ob es ihm gelingen wird, kommunistische Bestrebungen fernzuhalten und eine bestimmte klare Grenze ihnen gegenüber zu ziehen." Doch Kleist wußte solche Bedenken bald zu besiegen. In der Folge wurde auch Schede mit Stoecker befreundet.

Die erste positive Maßregel, mit der Kleist in die Gesetzgebung dieser Jahre eingriff, war die Durchführung des Wuchergesetzes. Er ist derjenige Mann gewesen, der in der deutschen Gesetzgebung in dieser Frage die Initiative ergriff und sie zur einstweiligen Lösung brachte. Wir wissen, daß die Angelegenheit sein von Mitleid für die Armen und Schwachen erfülltes Herz seit alters beschäftigte. Die von ihm bekämpfte Aufhebung der Zinsbeschränkungen im Jahre 1867 hatte seitdem die von ihm vorausgesehenen üblen Folgen gehabt. Es machte sich daher stark das Gefühl im Lande geltend, daß dagegen etwas geschehen müsse. Kleist begriff, daß für ihn der Augenblick zum Handeln gekommen war. Ende 1878 finden wir ihn mit dem Gedanken an die Ausarbeitung eines Gesetzes gegen den Wucher beschäftigt. Freund Schede beriet ihn dabei. Als Schorlemer-Alst am 3. Dezember 1878 im Reichstage den Antrag auf Aufhebung der Wucherfreiheit stellte, empfing er einen neuen Antrieb, sich damit zu beschäftigen. Aber die Fülle seiner Arbeiten ließ ihn zunächst nicht dazu kommen. Am 9. Januar 1879 schrieb er an Schede: „Noch bin ich nicht mit einem Schritt zur Wucherfrage gekommen, für welche ich doch so gern zum Beginn des Reichstages einen Gesetzentwurf vorbereitet hätte." Schon am 16. Januar sandte er dem Freunde einen in zehn Paragraphen gegliederten Gesetzentwurf mit der Bitte: „Aber nun leiste ernstlich Hilfe und verbessere ihn und sende mir das recht bald. Gleichzeitig bitte ich darum noch andere Freunde." Die Materie war eben nicht leicht zu behandeln. Am 14. März brachte er den Gesetzentwurf zusammen mit zwei Fraktionsgenossen, Herrn v. Flottwell und dem badischen Staatsanwalt Freiherrn v. Marschall, ein. Er hatte dazu die einschlägige Literatur, unter anderem Chorinskis Buch über die Wuchergesetze im klassischen Lande des Wuchers, in Österreich, studiert. Der ursprüngliche Entwurf war auf drei Paragraphen beschränkt, die er im Strafgesetzbuch einschalten wollte. Danach sollte als Wucher bestraft werden das Vorbedingen oder Annehmen von unverhältnismäßig großen Vorteilen für die Gewährung eines Darlehens oder die Stundung einer Geldforderung, falls dabei die Notlage oder Unerfahrenheit oder der Leichtsinn eines anderen benutzt wird. Auch der Zentrumsmann

Reichensperger kam mit einem auf Zinsbeschränkung zielenden Antrage. Beide Vorschläge gelangten am 31. März 1879 zur Beratung im Hause.

Kleist begründete seinen Entwurf, indem er ausführte: „Das Wort Wucher ist seit einer Reihe von Jahren aus unserer Gesetzgebung geschwunden; aber der Begriff des Wuchers und die Auffassung des Wuchers ist nicht aus dem Leben des Volkes geschwunden und darum auch nicht der Name aus dem Munde des Volks. Wer der Vollziehung einer Subhastation beiwohnt oder den einleitenden Verhandlungen über ein Konkursverfahren, der weiß aus Erfahrung, wie dabei vielfach Persönlichkeiten erscheinen, die dem Advokaten, dem Staatsanwalt, den Richtern in dieser Beziehung lange vorher aus den Akten bekannt sind. Die Wucherer fressen sich ein in eine absterbende wirtschaftliche Existenz, wie die Würmer sich einfressen in einen absterbenden Baumstaum, und sie umlagern eine fallende wirtschaftliche Existenz ebenso, wie die Raubvögel einen verwesenden Leichnam." Im weiteren kam er unter dem Staunen des Hauses auf die Erfahrungen zu sprechen, die er erst in der letzten Zeit seit Einbringung seines Gesetzentwurfes gemacht hatte und durch die er auf Mißstände aufmerksam geworden war, wie er sie gar nicht geahnt hatte: „Vorgestern hat mir eine Deputation des neuen Vereins der Berliner Rückkaufshändler einen Besuch abgestattet. Da haben sie mir selbst mitgeteilt, sie gingen nicht bis zu 200 Prozent, sondern gewöhnlich bis zu 60 Prozent, bei kleineren Objekten 100 Prozent, im Durchschnitt also 80 Prozent. Sie haben mir ferner mitgeteilt, daß in Berlin gegenwärtig über 1000 derartige Rückkaufsgeschäfte bestehen. Ich habe es nicht glauben mögen, ich habe wiederholt gefragt: über tausend? Ja, über tausend. Die Pfandleihgeschäfte können bis zu 18 Prozent nehmen; setzen wir mal 20 Prozent, es beträgt das ein Viertel von dem, was gegenwärtig die Rückkaufshändler nehmen." Er folgerte aus solchen Mißständen: „Wenn wir trotzdem nur ein Wenn und Aber haben über die Möglichkeit der Abhilfe solcher Zustände, dann sind wir selbst von den Wucherranken einer juristischen Doktrin schon so gefesselt, daß wir uns nur bankerott erklären sollen. Nicht das Mißverhältnis zwischen arm

und reich, nicht das Mißverhältnis des Besitzes erregt den Haß und Empörung der großen Masse gegen die Besitzenden. Ich habe es noch immer gefunden, daß, wo ein solcher Besitz pfleglich verwaltet wird, wo er verbunden ist mit einer menschlichen Behandlung der Arbeiter, da findet sich allezeit die Anerkennung und der Dank der Arbeiter, es sei denn, daß allgemeine Verhältnisse, wie 1848, den Geist der Empörung auf das ganze Land überströmen lassen."

Er erlebte die Genugtuung, daß der Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Friedberg zugab, das Strafgesetzbuch reiche nicht aus, um der Ausbeutung der Armen durch Wucher entgegenzutreten, und eine Beseitigung dieses Mangels für erstrebenswert erklärte. So ging der Entwurf zusammen mit dem Reichenspergerschen Antrage an eine Kommission, der auch Kleist angehörte. Der Reichenspergersche Antrag fiel in dieser als unpraktisch. Dagegen gelangte Kleists Entwurf im wesentlichen zur Annahme. Er kam zwar nicht mehr vor dem Hause zur Beratung, aber in der nächsten Session legte die Regierung selbst einen Entwurf ganz im Sinne Kleists und des vom sächsischen Generalstaatsanwalt Dr. v. Schwarze erstatteten Kommissionsberichts vor, der zur Annahme gelangte und am 24. Mai 1880 Gesetzeskraft erhielt. Freilich sah sich die Gesetzgebung nach einem Zeitraum von wenig mehr als einem Jahrzehnt veranlaßt, aufs neue zu der unendlich schwierigen Frage Stellung zu nehmen und noch einschneidendere Bestimmungen zu erlassen.

Das erste Zeichen, daß es Bismarck mit der Einleitung einer Sozialreform großen Stiles Ernst wurde, war für Kleist die Tatsache, daß der Reichskanzler selbst das Handelsministerium übernahm. Er schrieb ihm gleich (am 30. Januar 1881) deswegen: „Es hat mich tief bewegt, daß Du aus Liebe zum deutschen Vaterlande Dich der Arbeit und den Sorgen des Handelsministeriums unterzogen hast." Er sprang ihm sofort zur Seite bei den Vorarbeiten zu der Versicherungsgesetzgebung und sandte ihm eine Denkschrift, die er darüber aufgesetzt hatte. Sie ist bisher auch nicht dem Inhalte nach bekannt geworden. Dazu bemerkte er: „Hast Du rücksichtlich des ersten Schrittes der Gesetzgebung noch nicht so weit gehen können, so ist es Dir doch

vielleicht nicht uninteressant, dem Gedanken der weiteren Durchbildung die erste und darum freilich gewiß noch sehr ungenügende Form gegeben zu sehen. Ich schicke dasselbe an Stämmler, Direktor der Wilhelmsspende, zur Berechnung, ob die Beitragssätze und dafür angenommenen Renten harmonieren, und wieviel höher die Beiträge bei Unfallversicherungen sein müßten, um bei ihnen noch zu einer höheren Rente zu kommen, 375 bis 400 Mark." Als am 17. Nov. 1881 die soziale Botschaft des Kaisers erschien, da begrüßte er sie als eine der denkwürdigsten Kundgebungen. Bei jener Debatte vom 30. November, bei der er sich mit Rudolf Virchow über den kulturellen Wert des Christentums auseinandersetzte, hat er die Bedeutung dieses Schrittes zum ersten Male öffentlich gewürdigt. Unmittelbar vor dem Tode des alten Kaisers, am 3. März 1888, wies er noch einmal darauf hin und nannte die Botschaft eine wahrhafte Heldentat. Es versteht sich daher, daß er mit Begeisterung für die Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung eingetreten ist. Freilich hat er sich, eine besondere Frage ausgenommen, an den Beratungen darüber weniger beteiligt. Dies hatte seine Ursache wohl darin, daß ihm die Arbeiterverhältnisse weniger nahe lagen. Nur zur Frauen- und Kinderarbeit hat er sich hin und wieder gelegentlich geäußert.

Eine große Frage der Arbeiterschutzpolitik wurde indes seine Domäne. Wir wissen, daß er ihr von früh an seine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet, aber bei seinen Ideen hierüber gerade unter seinen nächsten Freunden starken Widerstand gefunden hatte. Es war die Sonntagsruhe. Auch jetzt sollte er namentlich bei dem leitenden Staatsmanne einem geringen Verständnis dafür begegnen.

Unter der geistlosen Herrschaft des Manchestertums, wie sie in Deutschland platzgegriffen hatte, war die Wohltat des Sonntags gerade den Mühseligen und Beladenen immer mehr verkümmert worden. Nirgends feierte das Ausbeutungssystem größere Orgien als hier. Das freie England, von dem die Freihandelslehre mit ihren Nebenerscheinungen nach Deutschland gekommen war, hatte hier doch eine Schranke errichtet, die sich als eine soziale Wohltat ersten Ranges bewähren sollte. Diese Wohltat konnte sich noch im 20. Jahrhundert einem

Deutschen wie Dr. Karl Peters, der gewiß kein Freund unnötigen Zwanges genannt werden darf, geradezu gewaltsam aufdrängen. Peters schwärmt geradezu für den englischen Sonntag: „Und dann zieht der Sonntag ins Land," heißt es einmal bei ihm, „der schöne stille englische Sonntag, das Glück des Mannes, welcher sich sechs Tage geplagt und gesorgt hat und nun am siebenten einmal wirklich ruhen möchte[1])." Es ist kein Wunder, daß die Zustände, wie sie in dieser Beziehung in Deutschland herrschten, ein mächtiger Nährboden für die Sozialdemokratie wurden. Die Führer dieser Partei müßten nicht die Agitatoren gewesen sein, die sie waren, um nicht den Zunder der Unzufriedenheit, den sie hier vorfanden, in Flammen zu setzen. Schon im Jahre 1872 beschäftigte die Frage den Reichstag. Eine Petition gegen die Sonntagsarbeit gelangte dorthin. Sie wurde an eine Kommission verwiesen. Die Kommission gab zu, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe ziemlich wertlos seien, und beantragte Erhebungen über die schwierige Frage. Demgemäß beschloß der Reichstag am 30. April 1873. Am 24. Februar 1877 erstattete der Bundesrat endlich über die vorgenommenen Erhebungen Bericht an den Reichstag, und der Präsident des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann, erkannte am 16. April 1877 an, daß eine Untersuchung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe nötig wäre, das sei aber eine sehr kniffliche Sache. „Soll man so weit gehen," fragte er, „dem Arbeiter bei Strafe vorzuschreiben, daß er auch zu Hause nicht arbeite? Soll man auch ein Gewerbe, welches einen ununterbrochenen Betrieb erfordert, am Sonntag einstellen?" Ratlos schlug die noch ganz vom Manchestergeist infizierte Regierung die Hände über dem Kopf zusammen.

Da setzte nun Kleists Arbeit ein. Er war gerade zur rechten Zeit in den Reichstag gewählt worden. Freilich legte die Regierung, gedrängt von der Volksvertretung, im Jahre 1878 selbst einen Gesetzentwurf vor, der größeren Sonntagsschutz ins Auge faßte. Aber Kleist fand, daß dieser Entwurf noch lange nicht weit genug ginge. In einer großen Rede, die er am

[1]) Karl Peters, England und die Engländer S. 199.

4. Mai 1878 über die Frage hielt, griff er auf die Bedenken zurück, die einst Blanckenburg wegen der Sonntagsruhe der Brennereien gegen ihn geltend gemacht hatte. „Meine Standesgenossen," so sagte er, „diejenigen, die in der Notwendigkeit sind, zur gedeihlichen Ausbeutung ihres Grundbesitzes Spiritusfabriken zu halten, sind durch den Betrieb derselben, so wie er sich bei den gewöhnlichen Maßregeln der Regierung gestaltet, beim besten Willen nicht im stande, Sonntag zu halten, weil der Betrieb, namentlich wegen der Erzeugung der Hefe, so regelmäßig stattfinden muß, daß es nicht geht, 24 Stunden auszusetzen. Es geht aber, wenn der Betrieb nicht notwendig am Tage stattfinden muß, sondern wenn er in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag und vom Sonntag zum Montag stattfindet." Er wies im weiteren auf das Zeugnis des liberalen Historikers Macaulay hin, der gerade in der ernsten Sonntagsfeier Englands eine der segensreichsten Einrichtungen erblicke. „Wir haben seit einer Reihe von Jahren von seiten der kirchlichen Organe und auch von seiten der Vereine für die innere Mission die lebhaftesten Bestrebungen für die Wiederherstellung oder Besserstellung des Sonntags für unser Volk. Lange Jahre hindurch haben sie fast wie in einer Wüste gepredigt, und erst gegenwärtig hat man ein Ohr dafür, nachdem die Sozialdemokratie sich der Sache angenommen hat. Das ist freilich schmerzlich, aber dennoch ist es ein Glück. Es gibt in der Tat keine tiefergehende Freiheit für die Arbeiter, als diejenige, daß nach der sauren sechstägigen Arbeit und zur Kräftigung und Stärkung für die wieder folgende saure sechstägige Arbeit in der Mitte ein Ruhetag besteht. Es ist das wirkliche Grundrecht, welches die Arbeiter haben, und sie dürfen es sich nicht nehmen lassen. Es ist der Materialismus, welcher daran zu rütteln sucht in einer doppelten Gestalt, in der Gewinnsucht des Arbeitgebers und in der Lüsternheit der Arbeiter selbst, welche am Sonntag vormittag gern das erwerben wollen, was sie Sonntag nachmittag ihren Leidenschaften opfern. Es handelt sich nicht um Bevormundung des einzelnen; der einzelne ist aber nach der Verkettung der Verhältnisse im öffentlichen Leben der staatlichen Gemeinschaft gar nicht im stande, für sich allein den Sonntag zu genießen, wenn nicht die Ge-

meinschaft in ihrer Ordnung die Möglichkeit dazu gegeben hat. Daß unser modernes Staatswesen es so vielfach versäumt hat, in dem Augenblick, wo es Freiheiten gab, zugleich Maßregeln zum Schutz der anderen zu treffen gegen diejenigen, die vermöge ihrer Machtvollkommenheit im stande waren, den weniger Mächtigen zu unterdrücken, ihn im Gebrauch seiner Freiheit zu hindern, das ist die wesentlichste Ursache des Entstehens der Sozialdemokratie. Was der einzelne in seinem Hause treibt, darum hat sich der Staat als solcher nicht zu bekümmern, tut es auch nicht; sowie aber die Arbeit in Räumen des Arbeitgebers stattfindet, liegt die Gefahr nahe, daß die Autorität desselben gemißbraucht wird."

Ein Patriarch der Arbeiter, dessen sozialpolitischem Sinne allerdings, wie sich später erweisen sollte, gewisse Grenzen gesteckt waren, Stumm-Halberg, brachte damals einen weitergehenden Antrag ein, der nur durch Zufall nicht angenommen wurde. Infolgedessen war Kleists Bestreben fortgesetzt darauf gerichtet, eine größere Sonntagsruhe, als sie von der Regierung gewährt wurde, zu erkämpfen. So oft er nur Gelegenheit dazu fand, brach er dafür eine Lanze. So auch im Herrenhause bei Beratung einer neuen Jagdordnung am 17. Dezember 1883. Er meinte wohl, daß die Lebenskraft der Nation von der Sonntagsruhe abhinge. Nicht unrichtig hob er hervor, daß das Jagen am Sonntage zur Plage würde, läge schon in der Bezeichnung „Sonntagsjäger". Die liebenswürdige kindliche Frömmigkeit des alten Kämpfers äußerte sich zuweilen in rührender Weise, so wenn er einmal plötzlich nach scharfen Ausführungen seine Stimme modulierte und fortfuhr: „Der Sonntag, Sie liebe Herren, ist noch eine Erinnerung an das Paradies."

Wo er irgend konnte, suchte er seine Ideen praktisch zu verwirklichen. So richtete er im Dezember 1878 einen regelmäßigen Gottesdienst für die beim Eisenbahnbau im Belgarder Kreise beschäftigten Arbeiter ein. „Seitdem herrscht ordentliche Freundschaft zwischen mir und den Arbeitern," schrieb er seelenvergnügt am 12. Dezember 1878 an seinen Sohn Jürgen. Wie wenig freundlich das Staatsministerium sich diesen Bestrebungen gegenüber noch immer verhielt, zeigte sich gelegentlich, als im August 1883 eine vom Oberpräsidenten der Pro-

vinz Sachsen, v. Wolff, demselben, der den ersten, von der Regierung zurückgezogenen Entwurf der Kreisordnung vom Jahre 1869 ausgearbeitet hatte, erlassene Verordnung wegen strengerer Sonntagsfeier durch Ministerialbeschluß außer Kraft gesetzt wurde. Kleist veranlaßte endlich die Konservativen, mit dem Zentrum zusammen einen erneuten Antrag auf eine bessere Regelung der Frage einzubringen. Im Mai 1885 kam die Angelegenheit wieder im Hause zur Verhandlung. Jetzt sprach sich Fürst Bismarck sehr wenig freundlich darüber aus. Kleist empfand dies schmerzlich und fühlte sich gedrungen, wieder gegen ihn aufzutreten, so schwer es ihm wurde. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf der Popularitätshascherei, den der Kanzler den Antragstellern gemacht hatte. „Der Herr Reichskanzler weiß von mir, daß ich nicht nach Popularität hasche, daß ich nur meinem Gewissen entsprechend mein Votum abgebe." „Die Ruhe von der Arbeit am siebenten Tage! Das ist bei der Arbeiterschutzgesetzgebung das Wichtigste von allem. Kinderarbeit, Frauenarbeit treffen doch nur einen Teil der Arbeiter; Sonntagsruhe aber trifft alle Arbeiter." Bismarck gab ihm darauf eine Ehrenerklärung: auf ihn beziehe sich der Vorwurf der Popularitätshascherei nicht. Der Kanzler meinte aber, daß eine Kürzung der Arbeit am Tage noch wichtiger und durch Kleists sachliche Ausführungen die praktische Seite der Frage nicht um ein Haar breit gefördert sei. Kleist schrieb über die Auseinandersetzung seinem Sohne Jürgen: „Es wurde mir nicht leicht, gegen ihn sprechen zu müssen. Dennoch danke ich Gott, daß ich es konnte. Es wird ja Frucht geben. Bismarcks Frage, wie der Lohn vom siebenten Tage aufzubringen sei, ist zu beantworten durch Verwandlung der extensiven Arbeit von sieben Tagen in intensive Arbeit von sechs Tagen, möglichst vermittels Akkordarbeiten. Dahin muß die ganze Zeitrichtung gehen; mit der stimmt also die Sonntagsruhe überein." Gegen Andrae meinte er, daß Bismarcks Haltung aus seiner ganzen kirchlichen Stellung und insbesondere seiner eigenen Stellung zum Sonntage folge. Große Freude bereitete es ihm, daß der Reichstag sichtlich mit innerlicher Teilnahme seinen Ausführungen gefolgt war, selbst Mitglieder, die ihm gegnerisch gegenüberstanden. Aber auch Bismarck war ihm

nicht gram wegen seines Auftretens. Denn unmittelbar danach aß Kleist bei ihm und fand ihn „freundlich und lieb".

Die Regierung zog sich bei den Verhandlungen wieder dahinter zurück, daß sie Erhebungen im ganzen Reiche veranstaltet haben müsse, ehe sie bestimmte Stellung zu den Anträgen nehmen könne. Obgleich dadurch die Sache wieder verschleppt wurde und die Gefahr entstand, daß abermals nicht viel geschah, konnte sich Kleist nicht verhehlen, daß gegen eine solche Auskunft nicht viel einzuwenden wäre. Er mußte der Regierung zugeben, daß die Anträge auf Sonntagsruhe in der Tat tief in das wirtschaftliche Leben eingriffen, und daß es daher das Recht und die Pflicht des Bundesrats war, sich vorher genau zu unterrichten. Er konnte daher dem Zentrum nicht beipflichten, als dieses sich gegen solche Erhebungen aussprach. Das schmeckte in der Tat wieder nach Machtprobe und rechtfertigte zum Teil den Vorwurf der Popularitätshascherei, den der Reichskanzler erhoben hatte. Die Erhebungen wurden dann wirklich ausgeführt, und es zeigte sich, daß die Regierungen reichlich belehrt aus ihnen hervorgingen. Im Februar 1888, als die Ergebnisse der Umfragen schon vorlagen, brachte das Zentrum nun wieder seine Anträge ein. Dabei zeigte es sich, daß die Stimmung für Kleists Bestrebungen allgemein zugenommen hatte. So konnte Kleist voller Freude feststellen, daß ein Wortführer der Nationalliberalen, der Hildesheimer Oberbürgermeister Struckmann, aus den Reichsermittlungen viel gelernt hatte. Die Beratung der Zentrumsanträge benutzte Kleist am 15. Februar zu einem Vorstoß gegen die Nichtbeachtung der Sonntagsruhe durch Bismarck selbst. „Es ist keine Industrie," so hob er in seiner längeren Rede hervor, „in der eine so unbedingte Sonntagsarbeit gefordert wird, wie bei der Papierfabrikation im Osten und Norden von Deutschland. Ich glaubte meinerseits: es ist wirklich nicht anders möglich, man muß die Arbeit Sonntags zugeben. Dann kommt gleich hinterher: aber in Westfalen und Rheinland findet gerade bei dieser Fabrikation eine volle Sonntagsruhe statt, eine Ruhe von 24 bis 36 Stunden. Das hat seine tiefgehende Bedeutung, Sie verehrte Herren! Unser hochverehrter Herr Reichskanzler hat auf seinen Besitzungen eine Papierfabrikation; dort wird nach

den Einrichtungen im Osten und im Norden von Deutschland am Sonntag gearbeitet. Nun hoffe ich, wenn diese Enquete dem durchlauchtigsten Reichskanzler vorgelegt wird — und ich bitte die verehrten Herren, ihm Vortrag darüber zu halten und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß in Rheinland und Westfalen die Papierfabriken Sonntags nicht arbeiten brauchen —, daß er dann bereit sein wird nach seiner bekannten Größe, seinen Fabrikarbeitern Sonntags Ruhe zu verschaffen dadurch, daß er den Fabrikanten aufgibt, nach Westfalen und Rheinland zu gehen, und sich zu erkundigen, wie das möglich ist." Der heitere Vorfall erregte natürlich viel Aufsehen. Kleist meinte die Papierfabriken bei Varzin. Gerichtet waren seine Worte an den anwesenden Staatssekretär des Innern v. Bötticher. Noch beim Tode Kleists entsannen sich Zentrumsblätter der Szene und wollten wissen, daß Herr v. Bötticher verlegen dreingesehen habe.

War Kleist schon bei jener ersten Beratung der von dem Nationalökonomen des Zentrums, Hitze, eingebrachten Anträge freudig überrascht gewesen über den Umschlag der Stimmung, so wuchs seine Freude bei der zweiten im März. Der Gesetzentwurf war an eine Kommission gegangen, deren Vorsitzender Kleist wurde. Er fand einen vortrefflichen Berichterstatter in der Person des Abgeordneten Hegel. Auf Grund des von diesem erstatteten Berichts gelangte der Entwurf jetzt im Hause fast einstimmig zur Annahme. Kleist jubelte geradezu über das Ergebnis und fand die Wandlung „wahrhaft erhebend". „Sie wissen alle," rief er am 4. März, „mit welchen Schwierigkeiten hier im Hause und draußen die Sache zu kämpfen hatte, und nun mit einem Male eine solche Umwandlung. Ein Beweis der Kraft, die in der Idee liegt." Seinem Sohn Jürgen schrieb er: „Ich bin glücklich über den Verlauf, welchen die Sonntagsfrage im Reichstage nimmt. Nun wende Gott das Herz von Bismarck der Sache zu." Diese Angelegenheit nahm nun ihren Lauf. Bald gingen die anderen Parteien, Zentrum, Sozialdemokraten und sogar der Fortschritt weiter, als Kleist es selbst zunächst für erreichbar hielt. Ihm persönlich konnte nichts erwünschter sein. Vergnügt meldete er am 3. Mai 1890 seinem Sohn Jürgen: „Unsere heutige Kommissionssitzung war

höchst lebendig und interessant, und wenn wir auch in einer Sache vom Zentrum, Fortschritt, Sozialdemokraten überstimmt wurden, soll es mir recht sein, wenn es so, wie beschlossen, den Arbeitern zu gute kommt, daß nämlich die Sonntagsruhe nicht 24 Stunden beträgt, sondern 30, Weihnachten, Ostern, Pfingsten 60." Eine seiner letzten Handlungen war es, daß er für die Ausdehnung der im Reiche getroffenen Bestimmungen auf die anderen Tätigkeiten, namentlich auf die Landwirtschaft eintrat. Das geschah insbesondere in einer Herrenhausrede am 22. März 1892. Die für die Landwirtschaft bis dahin bestehenden polizeilichen Verordnungen faßten mehr die kirchliche als die soziale Seite der Frage ins Auge. Dabei erinnerte Kleist an die während seiner Verwaltung im Rheinlande erlassene Sonntagsordnung. Hier war es, wo der neue Handelsminister Freiherr v. Berlepsch dem greisen Oberpräsidenten die Mitteilung machte, daß er in seinem Ministerium eine Sonntagsordnung habe aufstellen lassen, für die die alte Ordnung aus Kleists Verwaltung zur Grundlage genommen sei. Was einst als unerhört reaktionär verschrieen worden war, darauf kam jetzt die neue, machtvoll vorwärts schreitende Zeit zurück und nahm es sich zum Muster.

Ebenso beharrlich wie für die Sonntagsruhe, allerdings weniger glücklich, kämpfte Kleist für die Hebung des Handwerkerstandes. Sein Hauptbundesgenosse wurde dabei der Sachse Ackermann. Zu seinem Leidwesen waren die Mehrheiten, die er bei diesen Fragen erzielte, vielfach nur zufälliger Natur. Großenteils unterzog er sich dabei einer Sisyphusarbeit; der Handwerkerstand war am meisten von der unbesonnenen, des geschichtlichen Verständnisses baren Manchesterpolitik betroffen worden, und es hatte den Anschein, als wenn die Hilfe, die dem Stande jetzt von sozialpolitisch empfindender Seite gebracht wurde, zu spät kam. Im Gegensatz zu dem freisinnigen Führer Dr. Baumbach, der gleichfalls dem Handwerkerstande zu helfen gedachte, aber lange nicht so entschiedene Maßregeln wie Kleist und seine Freunde empfahl, weil er die Lage des Standes nicht für so schlimm ansah, beurteilte Kleist die Aussichten des Handwerks als sehr ernst. Er ging aber nicht so weit, wie es schon damals neben der Sozialdemokratie viele taten, das

Handwerk für unrettbar zu erklären. Bei richtiger Behandlung, so hoffte er, würde es sich doch noch heben lassen. „Wir nehmen diese Hoffnung aus dem Glauben an das Bestehen unseres deutschen Vaterlandes her," lautete sein Bekenntnis. „Gehört die Wiederherstellung eines Handwerkerstandes zu dem Wohlbefinden Deutschlands, so müßten wir an Deutschland verzweifeln, wenn wir das Gegenteil annehmen sollten." Der alte Deichhauptmann im liberalen Zeitenstrom kam wieder zu Worte, wenn er fortfuhr: „Dieser Zustand in dem Gewerbe ist wesentlich ein Resultat der ganzen Zeitrichtung. Er ist ganz wesentlich mit eine Schuld dieser liberalen Gesetzgebung; es hat die Gesetzgebung damals nicht ihre Schuldigkeit getan, sie hat nicht die Zeitrichtung korrigiert, gemildert, auf den richtigen Weg geführt, sondern sie hat sich von ihr fortziehen lassen." Er gab den Liberalen zu, daß sie in der Zeit, in der sie die entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung gehabt hätten, zwar ganz richtig darauf ausgegangen wären, die individuelle Persönlichkeit von den Schranken zu befreien, die sie an der freien Entwicklung ihrer Tätigkeit hindern konnten. Sie würde aber immer vor der Geschichte der Vorwurf treffen, daß sie diese Freiheiten nur negativ entwickelt und gesetzlich fixiert hätten, anstatt organische Bildungen zu schaffen, in denen sich die positive Freiheit geltend machen konnte. Er meinte, daß das Handwerk viel mehr unter dem Druck des Kapitals litte, als jemals im Mittelalter unter dem Zwang der Zünfte. Sehr eindringlich hielt er dem Abgeordneten Richter den Widerspruch vor, in dem dieser sich bewegte, wenn er über die Konkurrenz, welche die vielfach ganz nützlich wirkenden Militärhandwerker dem Handwerke machten, ein großes Lamento erhob, dagegen die gewaltigen Schäden, die die Konkurrenz des Kapitals dem Handwerk verursachte, gar nicht beachtete. „Da lassen Sie die Übergriffe zu, dann sind Sie nicht zu finden," rief er der murrenden Linken zu. Behagliche Heiterkeit weckte er, als er am 9. April 1883 anschaulich die Plagen schilderte, die dem Landmann durch den Hausierhandel erwüchsen, und einen Tag seines eigenen Lebens beschrieb. Wenn er am Morgen auf die Rampe seines Hauses trete, tauche gleich „die dunkle Gestalt" des Felljuden auf, die man kaum los werden könne. Bis zum späten

Abend mache sich der Bettel in Gestalt des Wandergewerbes in tausend Formen an den Gutsherrn und seine Leute heran, veranlasse zu unnützen Geldausgaben und Zeitverlust und wirke oft im schlimmsten Maße ruhestörend. Besonders die herumziehenden Musikanten trieben es, so meinte er, arg. „In diesem Punkte stimme ich mit dem Abgeordneten Richter einmal überein, es gibt keinen größeren Skandal, als diese bettelnden kräftigen jungen Männer in der Form von Musikanten."

In derselben Zeit, zu der er in der Frage der Sonntagsruhe durchdrang, kurz vor dem Tode des alten Kaisers, erlebte er auch die Freude, daß eine der Hauptforderungen des Handwerks, der Befähigungsnachweis, ganz unerwartet angenommen wurde. Doch täuschte er sich nicht über den Zufallscharakter der Mehrheit. Mit den Jahren wird er das rasche Sinken des Handwerkerstandes immer deutlicher erkannt und aufrichtige Trauer darüber empfunden haben.

Angesichts der Haltung der Sozialdemokratie blieb er dabei, daß repressive Maßregeln gegen sie nötig blieben, und unterstützte deswegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Schon 1884 war es ihm zweifelhaft, ob der Reichstag dafür noch zu haben sein würde. Er schrieb seinem Sohne Jürgen am 4. Mai darüber: „Es scheint, als ob wir die Majorität gewinnen werden; sicher ist es nicht; in letzterem Falle ist unsere Auflösung wahrscheinlich. Hoffentlich komme ich dann auch zu Worte, und Gott wolle es dann segnen." Als das Gesetz mit leidlicher Mehrheit durchging, war er froh. „Der Kaiser gab darauf sehr viel," bemerkte er in einem Briefe, „und ist deshalb vorher nicht von Berlin abgereist." Gewöhnlich ergriff er selbst bei diesen Beratungen das Wort, so im Februar 1888. Damals mischten sich doch aber auch schon leise Zweifel in seine Ausführungen, ob das Gesetz die erhoffte Wirkung gehabt habe. Im März 1889 schrieb er dem Sohne: „Wir bekommen noch ein Gesetz betreffend die Sozialdemokratie. Darüber habe ich zu Hause Konzepte, deren ich dazu bedarf." Dann beschrieb er, wo sie in seinem Schreibtisch lägen. Man sieht daraus, wie sehr ihn gerade diese Materie beschäftigte. Je länger, je mehr quälte sie ihn. Am 30. November 1889, also kurze Zeit vor dem Falle des Gesetzes, vertraute er sich seinem

zweiten Sohne an: „Die politiſchen Sachen bewegen mein Herz recht ſchwer, der zweifelhafte Ausgang des Sozialiſtengeſetzes und meine Stellungnahme dazu.“ Seine außerordentliche, für einen Politiker viel zu peinliche Gewiſſenhaftigkeit ließ ihn nur zu oft die parlamentariſche Wirkſamkeit noch in einem beſonderen Sinne als Bürde empfinden. Als er am 28. November mit Schede eine demnächſtige Zuſammenkunft bei ihm mit Stoecker verabredete, teilte er dem Freunde mit, daß er von ihm in die Kommiſſion für das Sozialiſtengeſetz müſſe „zur ſchweren Hauptentſcheidung; Deine voraufgehende Gemeinſchaft ſtärke mich dazu.“ Aber noch im Januar war er ſich nicht klar, wie es werden würde. „Das Sozialiſtengeſetz ſoll noch durchberaten werden,“ ſchrieb er am 13. Januar 1890. „Noch wiſſen ſie nicht Bismarcks ſchließlichen Willen!!“ Mit ſeinen übrigen Parteigenoſſen gehörte er dann zu denen, die das gemilderte Geſetz zu Fall brachten.

Es hatte ſtets etwas Feſſelndes an ſich, wenn der alte Herr das Wort im Parlamente ergriff. Da er in dieſen Jahren oft unter Heiſerkeit litt und ſchwerer verſtändlich war, ſo ſammelten ſich die Abgeordneten vielfach um ſeinen Platz oder um die Tribüne, und es bildete ſich um ihn gleichſam eine lebendige Mauer. Unleugbar war er in der letzten Zeit milder geworden. Seine Augen hatten nicht mehr ganz das alte Feuer, und das Trotzige, das früher aus ihnen herausgeleuchtet hatte, verſchwand. Es lag dies nicht nur an der natürlichen Abnahme ſeiner Kräfte. Auch die Schule des Lebens hatte doch gewaltig auf ihn eingewirkt. Über ſeine Züge breitete ſich der Ausdruck tiefen Friedens. Nicht mit Unrecht hat man von den Bildern, die wir aus der letzten Zeit von ihm beſitzen, geſagt: über ihnen liege Ewigkeitsſchimmer. Zuweilen brach doch aber auch in dieſer Zeit das in ihm lodernde Feuer jäh und überheftig hervor. Nicht nur wenn ihm Eugen Richter mit ſeinen Gefolgsmannen durch fortgeſetzte Zwiſchenrufe den Faden ſeiner Rede abzuſchneiden ſuchte. Dann war es wohl, als wenn er ſich als Huſarenrittmeiſter fühlte, und er rief den Störenden im Befehlstone zu: „Schweigen Sie doch“. Noch lebhafter wallte ſein Blut auf, wenn jemand, der ihm nahe ſtand, ungerecht angegriffen wurde. Ein ſolcher Fall, der ſich im Reichs-

tage abspielte, hat sich den Zeitgenossen besonders tief eingeprägt. Es war am 14. Februar 1883, als ein später um die Stadt Stettin sehr verdienter Mann, der Entomologe Dr. Dohrn, ein vielen nicht leicht verständlicher Sonderling, sich im Ausdruck vergriff und von dem „Quistorpschen Strohmann und Aushängeschild, dem bankrotten Gutsbesitzer Andrae-Roman" sprach. Kaum war ihm dieser ungerechtfertigte und unüberlegte Ausfall entfahren, da zuckt das alte Feuer durch Kleists Nerven. Er verlangt stürmisch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, wie er nachher schrieb, „recht wohl wissend, daß ich kein formales Recht dazu habe", und ruft entrüstet: „Herr Andrae-Roman ist mein Freund, und es ist eine Verleumdung des Dr. Dohrn, daß er ein bankrotter Gutsbesitzer sei". Ein gewaltiger Tumult entstand. Der Vizepräsident Freiherr v. Franckenstein rief Kleist wegen der Äußerung sofort zur Ordnung. Kaum einer aber war in dem Hause, der sich nicht des Imponierenden bewußt war oder doch wurde, das in diesem rücksichtslosen Eintreten für den unter dem Schutze der Immunität beleidigten Freund lag. Dohrn sah sich genötigt, seinen Vorwurf in aller Form von der Tribüne als völlig irrig zurückzunehmen.

Wohl spürte Kleist dann und wann ein Nachlassen seiner Kräfte. Das bedrückte ihn zuweilen. „Ein Lückenbüßer möchte ich nicht sein," gestand er einem seiner Söhne. Mit einer gewissen Wehmut sah er auf die körperliche Elastizität des doch nur wenige Monate jüngeren Bismarck. Aber es handelte sich bei ihm selbst doch eben wesentlich um die leiblichen Kräfte, die von früh an ihm nicht allzu reichlich gegeben waren. Oft wieder freute er sich selbst an der Jugendlichkeit seines Wesens, und noch im Mai 1891 konnte er dem staunenden Sohne berichten, daß er bisweilen von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends in Berlin angestrengt den Geschäften sich gewidmet habe. „Aber Gott schenkte, daß es mir keinen Schaden brachte." So drängte sich den Zeitgenossen als Hauptmerkmal dieses Greises im Silberhaar das seinen Nährboden in Kleists tiefer Religiosität findende jugendliche Feuer auf. „Wer ihn in den letzten Jahren reden sah und hörte," so schrieb die demokratische Frankfurter Zeitung bei seinem Tode, „mußte an die Schilderung denken, die Freiligrath in seinem ersten Gedicht, im ‚Moostee',

von den isländischen Vulkanen gegeben hat, in denen unter dem schneeigen Haupte die glühende Masse lodert." Ist den großen parlamentarischen Rednern oft groteske Häßlichkeit eine willkommene Waffe geworden, wie dem Freiherrn Georg v. Vincke, Ludwig Windthorst und Eugen Richter, so spielte bei Kleist-Retzow das vornehm-ehrwürdige Äußere, verbunden mit dem liebenswürdigen Temperament, diese wirksame Rolle. In mancher Hinsicht hatte sein Wesen etwas von dem Schutzpatron des Regimentes, in dem er gestanden hatte, von Blücher, mit dem er sich auch wohl, bei aller Verschiedenheit von ihm, als fröhliche königstreue Streiternatur etwas wahlverwandt gefühlt hat. War der fromme Kleist doch auch wie das Weltkind Blücher frei von jeder Menschenfurcht, und steckte doch in ihm genau dasselbe Draufgängertum. Und wie Blücher hatte er nichts von Selbstsucht und Neid in sich. Kaum jemand führt Kleist so oft in seinen Reden als Beispiel an, als gerade den alten Husarenhelden.

Mancherlei wandelte sich in seiner Familie währenddessen ab. Er erlebte den herben Schmerz, daß sein jüngster Sohn Friedrich Wilhelm, das Patenkind König Friedrich Wilhelms IV., als junger Leutnant des 1. Garderegiments am 27. Januar 1880 in Potsdam einer Lungenentzündung zum Opfer fiel. Am 6. April 1885 traf ihn der härteste Schlag, indem ihm seine Gattin genommen wurde. Die immer schwerer von ihren körperlichen Leiden gebeugte Frau hatte ihm doch jederzeit eine treue Stütze in allen Lagen zu sein vermocht; beide verband die innigste Herzens- und Geistesgemeinschaft. Er wurde an jenem Apriltage des Morgens früh in Kieckow an das Lager der Sterbenden gerufen. Dem schnell Herbeieilenden streckte sie die Hände entgegen mit dem Rufe: „Der Herr kommt." Dann nahm sie von allen Familiengliedern einzeln Abschied und schlief ohne Todeskampf ein. „Wir sind wohl sehr traurig," schrieb der Witwer, „ohne Frau, ohne Mutter! — und doch, o so dankbar für das, was Gott in ihr schenkte." Wenige Monate darauf, im Oktober 1885, verlobte sich sein zweiter Sohn Jürgen mit der zweiten Tochter des Regierungspräsidenten von Oppeln, Grafen Zedlitz-Trützschler, unter dem Jürgen als Assessor arbeitete. Am 4. Februar 1886 machte das junge Paar Hoch-

zeit. Seine Schwiegertochter Ruth schloß Kleist bald ganz in sein Herz. Es beglückte ihn, als Jürgen im Oktober 1886 das Landratsamt seines lieben alten Belgarder Kreises erhielt und so dauernd in seine Nähe kam. Auch dem Vater seiner Schwiegertochter, der in jener Zeit Oberpräsident von Posen wurde, trat er in kurzer Zeit sehr nahe. Der älteste Sohn, Hans Anton, mußte infolge seines aus seiner Kindheit stammenden leidenden Zustandes als Referendar den Abschied nehmen und zog zum Vater nach Kieckow. Dort führte seit dem Tode der Gattin die Tochter Elisabeth den Hausstand.

Inzwischen stieg die neue Zeit mit der Fülle ihrer lebensvollen Erscheinungen schnell herauf und spornte die Kampfes- und Schaffenslust Kleists immer aufs neue an. „O wäre ich dreißig Jahre alt!“ rief er da wohl einmal. Den Regierungswechsel erlebte er voll der innerlichsten Teilnahme. Mächtig packten ihn damals die Erinnerungen an die Zeit, die er mit seinem großen Freunde zusammen durchgemacht hatte. „Die vierzig Jahre,“ so schrieb er seiner Schwägerin, der Gräfin Eberhard Stolberg, geborenen Prinzessin Reuß, „welche wir miteinander durchlebt haben, sind voller Wunder und voller Gnade unseres Gottes. Welche tiefen Demütigungen durch die Revolution im eigenen Lande, welche Erniedrigungen von uns im Rate der Fürsten Europas von Nikolaus, von Palmerston auf dem Kongreß in Paris; und nun diese Fülle der Macht, eine allenthalben entscheidende Autorität.“ Herzlich fühlte er mit Bismarck in den Monaten nach dem Heimgange Kaiser Wilhelms I. Er erbaute sich an seinem aufopferungsvollen und treuen Dienste für Kaiser Friedrich und erfreute sich an seiner Frische. „Es waren für ihn,“ so sagte er bald nach dem Tode des zweiten Hohenzollernkaisers über den Kanzler, „vielleicht die schwersten Monate seines Lebens, und was er in ihnen leistete, nicht weniger groß, als seine Siege auf dem Felde des Parlamentarismus und der Diplomatie.“

Die „frische Männlichkeit“, die ihm schon seit Jahren an dem nun den Thron besteigenden Enkel Wilhelms I. aufgefallen war, und dessen ernste Frömmigkeit weckten in ihm die schönsten

Hoffnungen. Freilich erfüllte ihn das impulsive Wesen des hohen Herrn bald mit einiger Sorge.

Über die ernste Richtung des Kaisers empfing er schon in den Jahren vor dessen Thronbesteigung aus erster Hand die erfreulichsten Mitteilungen. Den hohen Beamten, die mit dem Prinzen in Berührung kamen, ging vielfach das Herz auf vor Freude über seine edlen Auffassungen, seine Äußerungen über die sittlichen Zustände der sogenannten guten Gesellschaft, über sein Verhältnis zum Offizierkorps und über die Aufgaben der in leitender Stellung stehenden Persönlichkeiten. Sie schienen den Gewährsmännern Kleists ein außerordentliches Pflichtbewußtsein und ein tiefgehendes Verständnis zu offenbaren. Dabei standen alle, die dem künftigen Thronerben näher traten, bei ihm unter dem Eindruck einer ungewöhnlichen inneren Energie. „Welche Gnade von Gott für unser Volk und Land!" rief einer dieser Beamten, die Gelegenheit hatten, mit dem damaligen Prinzen Wilhelm in eingehenderes Gespräch zu kommen, aus. „Nach einer längeren Unterhaltung an einem Abende war ich so ergriffen, daß ich ihm am liebsten die Hände geküßt hätte und mich nicht enthalten konnte, ihm zu sagen, daß ich gewiß wäre, Tausende und aber Tausende im Lande würden es ihm danken, wenn er solche Grundsätze zur Geltung zu bringen suchte." Die ganze Haltung, die der künftige Thronerbe einnahm, berechtigte die rechtsstehenden und gerade die strengkirchlichen Elemente durchaus zu dem Glauben und der Hoffnung, daß sie dereinst in ihren Bestrebungen von ihm Unterstützung erfahren würden. Diese Aussicht sollte einstweilen in Frage gestellt werden durch einen Schachzug Bismarcks, der das innerpolitische Vorspiel zur Thronbesteigung Wilhelms II. wurde. Dieser Schachzug wurde bei Gelegenheit der Walderseeversammlung ausgeführt und berührte Kleist aufs tiefste.

Gar verwickelt waren die Verhältnisse, die dabei in Betracht kamen. Seitdem Preußen seinen Frieden mit der römischen Kirche geschlossen hatte, hielt es Kleist für angezeigt, mit seinen Bestrebungen auf Herstellung einer größeren Selbständigkeit der evangelischen Kirche vor die gesetzgebenden Körperschaften zu treten. Er holte also die zuerst 1869 auf der pommerschen Provinzialsynode formulierten Wünsche wegen

einer reichlichen Dotation der Kirche hervor und verband damit einige Forderungen, die durch die Aufhebung des Artikels 15 der Verfassungsurkunde und das Gesetz vom 3. Juni 1876 über die evangelische Kirchenverfassung veranlaßt waren und einen größeren Einfluß der kirchlichen Körperschaften auf die Regelung der evangelischen Verhältnisse erstrebten. Erst wurde dafür die Generalsynode von 1885, auf der Kleist, ebenso wie schon auf der von 1879 und auch nachher auf der von 1891, die entschiedene Mehrheit hinter sich hatte, mobil gemacht. Dann ging er damit an den Landtag. Im Abgeordnetenhause fand er in dem seit 1881 an der Spitze der Kreuzzeitung stehenden mecklenburgischen Junker Freiherrn v. Hammerstein einen Bundesgenossen, der durch Energie und außerordentlich geschickte parlamentarische Taktik sehr wertvoll war, an dem er aber, ähnlich wie bei Wagener, bald ein zänkisches Wesen unliebsam vermerkte, und dessen ganze Art ihm auch schwerlich zugesagt haben wird. In ein näheres Verhältnis zu ihm ist er niemals gekommen. Am 10. Juni 1886 brachte er selbst einen allgemein gehaltenen Antrag im Herrenhause ein, in dem die Regierung aufgefordert wurde, Maßregeln in dem angedeuteten Sinne zu ergreifen. Damit war der erste Schritt zur Bildung eines evangelischen Zentrums, den Kleist schon am 20. Mai 1875 ebenfalls im Herrenhause angekündigt hatte [1]), getan.

Das von ihm verfolgte Ziel war an sich wohl berechtigt. Von den verschiedensten Seiten wurde es anerkannt, daß die für die evangelische Kirche doch lediglich durch den kirchenpolitischen Streit mit Rom geschaffene Lage eine durchaus schiefe war. Daß die Dotationsfrage eine brennende sei, hatte schon Falk auf der Generalsynode von 1875 zugegeben. Auch Fürst Bismarck erkannte Dotationsansprüche der evangelischen Kirche an. Ein Führer der kirchlichen Mittelpartei, der begabte konservative Parlamentarier v. Rauchhaupt gestand, daß durch das Gesetz von 1876 die Stellung des Königs in seiner Eigenschaft als Träger des Kirchenregiments „geradezu unerträglich" eingeschnürt sei, weil der Oberstbischof der evangelischen Kirche

[1]) Vgl. oben S. 482.

danach kein Kirchengesetz erlassen könne, wenn das Staatsministerium sich dagegen erkläre. Es sei dies einfach widersinnig, weil im Staatsministerium verfassungsmäßig der evangelischen Kirche feindliche Elemente sitzen könnten. Auch der leidenschaftliche Gegner Kleists auf der Generalsynode von 1875, Wilibald Beyschlag, erklärte, es liege im Interesse der Unabhängigkeit der Stellung des Königs als Summus episcopus gegenüber den übermächtig andringenden politischen Einflüssen, wenn der Monarch sich, wie es Kleist verlangte, bei Besetzung der theologischen Lehrstühle an ein Vorschlagsrecht kirchlicher Vertretungen anlehnen könne. Laut beklagte derselbe Beyschlag die Aufhebung der Verfassungsbestimmung, nach der die evangelische Kirche ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten hatte, und zwar lediglich darum, weil römische Bischöfe eine ungebührliche Eingabe gemacht hätten. Ähnlich äußerte sich der liberale Bonner Professor Jürgen Bona Meyer, von dem Kirchenrechtslehrer Geffcken zu geschweigen, der in der Kreuzzeitung vom 18. und 19. Juni 1886 den Antrag Hammerstein einer scharfsinnigen und einleuchtenden Kritik unterzog. Ebenso schrieb der liberale Historiker der Reformationsgeschichte Wilhelm Maurenbrecher damals: „Es ist nicht möglich, daß die kirchlichen Dinge der Gewalt einer Staatsleitung unterworfen werden, welche selbst unter dem Einfluß politischer Parteiungen steht. Die politische Verfassungsänderung in den deutschen Staaten muß und wird zu einer Verfassungsänderung der protestantischen Kirche den Anstoß geben.“ Wenn so auch von liberaler Seite gesprochen wurde, so war es nicht verwunderlich, daß die konservative Fraktion des Herrenhauses den Kleistschen Antrag fast einstimmig gut hieß.

Fürst Bismarck aber setzte dem Antrag unbedingten und schroffsten Widerspruch entgegen. Ihm fehlte es gerade noch, daß sich ein evangelisches Zentrum neben dem römischen bildete. Er fürchtete, daß durch eine Bewilligung der Kleist-Hammersteinschen Forderungen die Begehrlichkeit der römischen Kirche neu genährt werde. Er erkannte auch sofort die Uneinigkeit unter den Evangelischen und ermaß, daß die neuen auf Selbständigkeit hinzielenden Bestrebungen äußerst weitausschauend waren. Sodann mußte er gerade die Unterstützung des gemäßigten Liberalismus

durch ein Eingehen auf die Wünsche Kleists zu verlieren fürchten. Als daher am 30. Juni 1886 der Antrag Kleist zur Verhandlung kam, verließen sämtliche Minister ostentativ den Saal. Eine schlimmere Behandlung konnte dem Antrag nicht widerfahren. Selbst ein Gegner des Antrages, der nationalliberale Parlamentarier v. Eynern, sprach sein lebhaftes Befremden über ein solch schroffes Verfahren aus.

Nach Reden des Grafen Zieten-Schwerin, der seit jener Zeit der besondere Vertraute Kleists in diesen kirchlichen Fragen wurde, und Kleists selbst nahm das Herrenhaus den Antrag an. Doch Kleist mußte sich jetzt zu der Erkenntnis bequemen, daß einstweilen auf eine Verwirklichung dieses großen Wunsches seines Lebens nicht zu rechnen wäre. An Schede schrieb er: „Wie schmerzlich ist es, daß Bismarck und darum das ganze Staatsministerium so dagegen ist, einmal, weil er weiß, daß die Liberalen dagegen sind, und er die schonen will. Das ist doch kurzsichtige Tagespolitik. Dann aber ist er dagegen, weil er allenthalben Priesterherrschaft wittert. Er hat den Katholiken nicht aus Überzeugung, sondern aus Politik nachgegeben, und, wie sie, durch Feindschaft in anderen Fragen ihn zwingen, können wir nicht, das ist unevangelisch."

Bald trat die von Bismarck gleich in Rechnung gestellte Uneinigkeit der Evangelischen auch in den Reihen der Konservativen hervor, indem zwischen Hammerstein und Rauchhaupt eine heftige Preßfehde ausbrach, die in den Spalten der Kreuzzeitung und der Hallischen Zeitung ausgefochten wurde. Kleist schmerzte sie tief, vor allem, weil Hammersteins persönliche und scharfe Form ihn peinlich berührte. Betrüben mußte es ihn auch, daß der Graf Limburg-Stirum, wie Rauchhaupt ein Führer der Konservativen, im Schlesischen Morgenblatt der Auffassung Rauchhaupts beitrat. Trotzdem hielt er an der Verfolgung seines Ziels fest. Am 9. März 1887 legte er, da die Regierung der Anregung im vorigen Jahre keine Folge gegeben hatte, selbst zwei Gesetzentwürfe vor. Darin wurde durch Einzelbestimmungen eine Beseitigung oder doch wesentliche Einschränkung der von Rauchhaupt als „unwürdig" bezeichneten Klausel, durch welche der Summus episcopus bei kirchengesetzlichen Maßnahmen an die Zustimmung des Mini-

steriums gebunden war, verlangt. Ebenso wurde gefordert, daß der evangelischen Kirche unter Fortfall der ihr zur Zeit gewährten finanziellen Unterstützungen namhafte Geldmittel, über 7 Millionen Mark jährlich, zur Verfügung gestellt würden, um daraus ihre Bedürfnisse zu bestreiten. Die Anträge wurden am 18. März 1887 einer Kommission überwiesen. Dort erschienen aber gar keine Vertreter der Regierung.

Durch diese schroff ablehnende Haltung erregte Bismarck weithin bei den Evangelischen die tiefste Verstimmung. Kleist selbst verkehrte zwar in jenen Tagen durchaus freundschaftlich mit dem Kanzler, und auch dieser zeigte sich sehr wohlwollend gegen ihn. Die beiden verspürten doch wohl keine Neigung mehr, sich wieder persönlich zu entzweien. Aus der Provinz aber erhielt Kleist von einem hervorragenden, wahrhaft frommen und schaffensfreudigen Geistlichen einen tief verstimmten Brief. „Ich würde in Berlin für meine Pflicht gehalten haben, es offen auszusprechen, daß wir uns zwar nie und niemals verleiten lassen würden, uns in die schmählichen Irrwege katholischer Kampfesweise verlocken zu lassen und Repressalien gegen den Staat zu gebrauchen, auf Gebieten, die gar nichts mit der Kirche zu tun haben, daß aber die Stunde gekommen sei, wo wir es für einen Verrat an den uns anvertrauten großen Schätzen und namentlich den uns anvertrauten Menschenseelen ansehen würden, wenn wir es ferner zuließen, daß der konfessionslos gewordene Staat sich die Leitung der evangelischen Kirche anmaße. Man muß es Bismarck ins Gesicht sagen, daß wir die evangelische Kirche, von deren Bedürfnissen er nichts versteht, nimmermehr den Rücksichten der Politik opfern und daß der Widerstand, den er in der katholischen Kirche gefunden hat, nur ein Kleines sei von dem, was er von der evangelischen Kirche zu erwarten habe." Es war klar, daß die Bildung eines evangelischen Zentrums mit Riesenschritten heranrückte, wenn die Regungen dazu nicht sofort von dem leitenden Staatsmann erstickt wurden. Dieses Zentrum wäre zweifellos, solange solche Männer wie Kleist die Leitung in Händen gehabt hätten, ungleich loyaler als das katholische Zentrum gewesen. Aber es hätte ein Hindernis in der Politik Bismarcks gebildet.

Neben dieser Bewegung zur Stärkung der evangelischen Kirche im Landtage ging nun eine andere, die verwandten Beweggründen entsprang und einen noch unmittelbareren Anlaß hatte. Es handelte sich dabei um das allgemein menschliche Ziel, dem sozialen Massenelend in den großen Städten, insbesondere in der Reichshauptstadt, von seiten der evangelischen Kirche zu steuern. Der Träger dieser Bewegung war der Leiter der Berliner Stadtmission, Hofprediger Stoecker. Es versteht sich, daß Kleist sich ihr auch anschloß. Stoecker wußte den Sinn der Hofgesellschaft für diese Sache zu wecken und veranlaßte in deren Kreisen die Veranstaltung von Teeabenden, auf denen über die innere Mission Besprechungen gehalten wurden. Zu einem solchen Abend erhielt auch Kleist eines Tages eine Einladung. Die Frau des Hauses — es war die Gräfin Hochberg — hatte ihn gleich bei der Einladung gebeten, ebenfalls ein Wort an die Versammlung zu richten. Dagegen hatte sich Kleist zwar gewehrt; als Stoecker aber seine Ansprache beendet hatte, erklärte dieser, nun würde Exzellenz v. Kleist-Retzow reden. Bald darauf, am 28. November, fand ein solcher Teeabend beim Grafen Waldersee statt, zu dem der Prinz und die Prinzessin Wilhelm die Einladungen ergehen ließen. Wieder wurde Kleist dazu gebeten. Er berichtete einige Wochen später darüber: „Der Prinz hielt eine einfache, aber völlig entschiedene Ansprache an uns. Die Massen in den großen Städten verkämen und würden antimonarchisch, weil sie der Kirche entfremdet würden. Er wisse kein anderes Mittel, dem abzuhelfen, als ihnen durch Stadtmissionare kirchlich wieder nahe zu kommen, und zwar auch für die großen Provinzialstädte; dazu müßten sich absolut alle Wohlgesinnten aller Parteien verbinden, welche nicht an sich antikirchlich und antimonarchisch wären. Gerade diesen Satz sprach er zweimal aus; es war der eigentliche Kern seiner Rede. Darum habe er Mitglieder der verschiedensten Parteien eingeladen zu dieser Besprechung, wie zu helfen, daß die Mittel dazu reichlicher flössen. Es wurde zunächst ein allgemeiner Aufruf auf weit ausgedehnter Basis beschlossen, daran sich anschließend eine allgemeine Hauskollekte. Die Versammlung durchwehte solch warmer ernster Geist. Der Prinz erklärte: mit Geneh-

migung des Königs und seines Vaters diese Stellung zur Sache dauernd nehmen zu wollen." Kleist selbst ergriff auch das Wort bei der Beratung, ebenso ein bejahrtes Mitglied der nationalliberalen Partei, der Abgeordnete v. Benda, der vorschlug, später für diesen Zweck kirchliche Steuern auszuschreiben.

Über die Versammlung kamen Berichte in die Zeitungen. Die Stellungnahme des Thronerben erregte begreiflicherweise Aufsehen, zumal da seine Persönlichkeit dadurch in Verbindung mit der Persönlichkeit des vielangefeindeten, ja weit verhaßten Parteimanns Stoecker trat. Zu jener Zeit war schon mit einem baldigen Ende des Kronprinzen zu rechnen. Denn dieser weilte todkrank in San Remo. Augenblicklich erfaßte Fürst Bismarck die Sachlage und veranlaßte eine Preßkampagne von beispielloser Heftigkeit gegen die „Stoeckerei und Muckerei", um den Thronerben vor diesen kirchlichen Kreisen zu warnen. Ganz klar war ihm, daß Stoecker bei seiner reichen Begabung der geborene Führer eines evangelischen Zentrums sei. Hatte er das Ohr des Thronerben, so war Bismarcks Politik durchkreuzt. Die Angriffe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und vor allem der freikonservativen „Post" erreichten ihren Zweck. Es war, als wenn der Hammer Thors geschwungen worden wäre.

Kleist wurde durch den Lärm, den die Sache erregte, und namentlich die vergifteten Pfeile, die jene Zeitungen entsandten, tief erschüttert. Kaum kann er sich verhehlt haben, daß sein großer Freund dahinter stand. Aber daß der publizistische Feldzug der Zertrümmerung seiner eigenen evangelischen Kirchenpolitik galt, hat er wohl erst später erkannt. Von seiner Nichte, der Fürstin, die in den letzten Jahren ihrer Liebe für das „liebe Ohmchen" wieder freien Lauf lassen durfte, erfuhr er, Bismarck habe durchaus verlangt, daß die Minister den im Anschluß an die Versammlung beim Grafen Walderssee erlassenen Aufruf für die Stadtmissionen nicht mit unterschrieben. Der Minister des Innern v. Puttkamer lehnte dies bestimmt ab und fürchtete deshalb schon einen Zusammenstoß mit dem Kanzler und seinen Abschied. „Nun ist das alles vorüber", berichtete Kleist am 1. Februar 1888 erfreut. Er glaubte sich wieder mit größerer Hoffnungsfreudigkeit seinen

kirchenpolitischen Arbeiten zuwenden zu können. Aber er verrechnete sich in dem entscheidendsten Faktor.

Im Lande hatte sich früh die Meinung festgesetzt, daß die Anträge auf größere Selbständigkeit der Kirche eine Beschränkung des Summepiskopus bezweckten. Dies lag den Antragstellern völlig fern; sie glaubten im Gegenteil, das Haupt der evangelischen Landeskirche durch die Befreiung von der staatlichen Bevormundung selbständiger zu machen. Schon auf der Generalsynode von 1875 hatte Johannes Miquel den Einwurf, daß mit solchen Zielen, wie sie Kleist jetzt zu verwirklichen gedachte, eine Beschränkung der Rechte der Krone beabsichtigt wäre, entschieden zurückgewiesen. Vergebens wurde jetzt von Kleist und seinen Freunden gegen die gegenteilige Auffassung auf den Provinzialsynoden und im Landtage — so wieder im Mai 1888 — entschieden Einsprache erhoben. Die Meinung erhielt sich, und zwar umsomehr, als einzelne Evangelische, wie Fabri und Schede, die gleichfalls nach größerer Selbständigkeit ihrer Kirche strebten, die Stellung des Königs mit der eines Bischofs tatsächlich nicht für vereinbar hielten und wieder andere nur von einem Duldenwollen dieser Stellung sprachen. Bald sollte Kleist erfahren, daß auch der junge Kaiser die Auffassung hatte, man wolle ihn seines Summepiskopats berauben, und sich in der unzweideutigsten Weise dagegen ausgesprochen habe. Das war gegen Ausgang des Jahres 1890. Seitdem mußte er sich mit dem für ihn unendlich schmerzlichen Gedanken vertraut machen, daß es ihm nicht mehr gelingen würde, sein so sehnlich erstrebtes Ziel zu verwirklichen.

Allerdings schien eine Reihe von Umständen dafür zu sprechen, daß der Gang der Regierung unter Kaiser Wilhelm II. trotz Bismarck allmählich doch mehr im Sinne Kleists vor sich gehen würde, vor allem, als der gewaltige Staatsmann endlich zu Falle kam. Kleist nahm bei Eintritt des großen Ereignisses im wesentlichen eine objektiv-beobachtende Stellung ein, wenn er auch bekümmerten Herzens war. „Es ist tief traurig, daß sie eintreten mußten", schrieb er von den Begebenheiten der letzten Wochen am 24. März 1890 und meinte: „Die Kreise der Minister geben doch Bismarck 88 Prozent schuld." Da-

mit sprach er vermutlich auch seine eigene Ansicht aus. Der Haupteindruck war doch wohl bei ihm, daß der verwegene Spieler falsch gerechnet hatte. Am gravierendsten schien ihm, daß Bismarck einzelnen der Botschafter in Berlin Nichtbeschickung der internationalen Konferenz geraten hätte. Den Gegenausführungen des Kanzlers schenkte er anscheinend keinen Glauben, weil er gleich durchschaute, daß Bismarck als Gegner des Arbeiterschutzes und des Sonntagsgesetzes, d. h. der Maßregeln, die der Kaiser auf internationalem Wege zu regeln gedachte, die Konferenz zu Fall bringen wollte. Sodann hörte er, daß der Konflikt wesentlich dadurch herbeigeführt sei, daß Bismarck seinem Sohn Herbert für später die Reichskanzlerwürde sichern wollte. Doch nahm er dies nur mit Vorbehalt auf. Die größte sachliche Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler bestand, wie Kleist herauszufühlen glaubte und wie auch Bismarcks Freund Graf Keyserling gleich erkannte oder erfuhr, in der reichsgesetzlichen Behandlung der Sozialdemokratie. Bismarck hielt bis zu einem gewissen Grade den Zeitpunkt für gekommen, den er am 9. Dezember 1885 ins Auge faßte, als er zum Freiherrn v. Mittnacht sagte: Wenn er für die Monarchie fürchten müßte, würde er kalten Blutes die Lunte an das Faß legen. Die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und seinem ersten Diener über die Kabinettsordre von 1852 spielte nach Kleist nur eine Nebenrolle in dem erschütternden Drama. Mit Sorge verfolgte er anfangs den Gang der Dinge, als es ihm schien, daß der gestürzte Titane Stimmung gegen den Kaiser machen würde. Er fürchtete aber auch, daß unlautere Elemente sich jetzt frei fühlen würden. In erster Linie dachte er dabei an die Sozialdemokraten und Polen. Bismarck selbst hatte er noch nicht gesprochen, als er jenen Brief vom 24. März schrieb. Ob es in den Tagen darauf geschah, entzieht sich unserer Kenntnis. Am 22. Juni 1890 schrieb er: „Meine Gedanken sind unausgesetzt in Friedrichsruh." Im Juni des nächsten Jahres besuchte er den alten Freund dort, veranlaßt einmal durch Nachrichten über die schweren Leiden der Fürstin, dann aber auch durch „eine öffentliche Klage, wie von Bismarck selbst herrührend, daß seine alten Freunde nun nicht zu ihm kämen." „Er war

sehr freundlich und lieb", berichtete er. „Ich habe keine Spur von Erbitterung bei ihm gefunden. Daß er das Tischgebet schon seit Jahren aufgegeben hat, tut mir weh." Es war das letzte Mal, daß die beiden Kämpfer sich sahen.

Die neuen Männer, mit denen sich Wilhelm II. umgab, begrüßte Kleist großenteils mit Freuden. Auf Caprivi glaubte er viel Hoffnungen setzen zu können. Denn auch in diesem sah er einen eisernen Charakter. Er kannte ihn von früher her. Vielleicht hat er ihn bereits als Knaben in der denkwürdigen Referendarszeit zu Frankfurt a. O. kennen gelernt; war doch einer seiner Räte am dortigen Gericht der Vater des zweiten Kanzlers. Später war er mit Caprivi in Stettin zusammengetroffen, wo dieser eine Brigade führte. Er nahm es dem Kaiser hoch auf, daß er diesen früheren Chef der Marine zu seinem ersten Beamten wählte. Hörte er doch, Wilhelm II. selbst habe noch vor zwei Jahren gesagt, er sei überzeugt, daß Caprivi ihm allezeit offen seine Meinung sagen werde. Als dann die staatsmännische Kraft des Grafen Zedlitz zum Kultusminister ernannt wurde, dem er kirchlich außerordentlich nahe stand, erblickte er darin eine besondere Fügung. Geradezu mit Jubel aber erfüllte es ihn, als fast gleichzeitig an Stelle des ausscheidenden Oberkirchenratspräsidenten Hermes, der ihm schon eine ungleich willkommenere Persönlichkeit als seinerzeit Herrmann gewesen war, der hannoversche Lutheraner Barkhausen berufen wurde. „Euer Vater Zedlitz geistlicher Minister", so schrieb er am 13. März 1891 beglückt an seine Kinder in Belgard, „Barkhausen Präsident des evangelischen Oberkirchenrats. Gott will der evangelischen Kirche in der Tat, so scheint es, eine neue Ära bereiten. v. Goßler hat es prophezeit, dieweil er der Zeit Minister war, wie Kaiphas hoher Priester." Zu Andrae-Roman äußerte er sich über die Berufung der beiden neuen Männer, sie sei das Wunderbarste, das seit langem geschehen wäre, und meinte von Barkhausen, er habe gewiß die Idee, die evangelischen Kirchen der sogen. drei neuen Provinzen mit der Landeskirche zu einem Gesamtkörper zu verbinden. Er würde dann erstreben, daß dessen Regiment direkt mit dem Könige verkehre. Er sah also die Erfüllung seiner heißesten Wünsche nahe und ahnte nicht, wie sehr er sich täuschte.

Weniger war er mit dem Eintritt Miquels in das Staatsministerium zufrieden. Allerdings verkannte er nicht die große Bedeutung dieses hervorragendsten Staatsmannes, der bis dahin neben Bismarck dem neuen Reich erstanden war und den Wilhelm II., wie so zahlreiche andere Kapazitäten, mit sicherem Blick heranzuziehen wußte [1]). Er stellte Bennigsen als Charakter höher als Miquel. Als Miquel den Posten des Finanzministers erhielt, nannte er dies Ereignis „tief schmerzlich" und meinte: „Er ist ja sehr klug und durch Klugheit den Konservativen näher gekommen, im Grunde des Herzens bleibt er aber liberal, und das wird sich allenthalben geltend machen, namentlich durch seinen Einfluß, welchen er auf den Kaiser und das Ministerium überhaupt bekommen wird. Für stramme unbeugsame Entschlossenheit wird er nicht zu haben sein, wenn es darauf ankommen sollte." Von seinem Standpunkte sollte er den demnächstigen Gang der Ereignisse ganz richtig berechnet haben.

Tief wurde er durch Stoeckers Rücktritt von der Hofpredigerstellung im November 1890 bewegt. Er klammerte sich, von Stoecker darin bestärkt, noch an die Hoffnung, daß die Verabschiedung nicht aus einer innerlichen Schwenkung des Kaisers in politischer oder kirchlicher Beziehung herzuleiten sei, und nahm mit Stoecker an, daß sie nur persönlich gegen den Entlassenen gerichtet wäre. Er fand, die Predigt des neuen Hofpredigers Dryander bei Eröffnung des Landtags ginge ganz eigentlich darauf hinaus, daß die Zeit Männer wie Stoecker fordere. Es war dann eine seiner tapfersten Taten, daß er selbst es in die Hand nahm, dem von allen Seiten mit Steinen beworfenen Volksmann, der seine beste Lebenskraft daran gesetzt hatte, das Banner der Monarchie und des Christentums unter den Massen der Hauptstadt zu entfalten, und dem, was man auch sonst gegen ihn sagen muß, unter den christlich-konservativen Volksmännern der neueren deutschen Geschichte keiner an Unerschrockenheit, Ausdauer und rednerischer Begabung zu vergleichen ist, eine neue Stätte der Predigt zu schaffen. Ihm schien es ein gutes Werk, Stoecker zu weiterer frischer Tätigkeit anzu-

[1]) Über Miquel vgl. den eindringenden Artikel von Rachfahl im 6. Bande des Biographischen Jahrbuchs, herausgegeben von A. Bettelheim, S. 9 ff.

spornen, weil ihm nichts fester stand, als daß sein „teurer, unternehmender und selbständiger" kaiserlicher Herr selbständiger, schaffensfreudiger Untertanen bedürfe. Die Absicht zu frondieren lag ihm bei dem Unternehmen fern. Seine nächsten Freunde, wie Andrae, rieten ihm aus Rücksicht auf den Kaiser ab, und auch mancher Geistliche, auf den Kleist gerechnet hatte, versagte sich. Der greise Oberpräsident aber zeigte, daß sein Wille noch ungeschwächt in ihm lebte. „Es ist kaum glaublich, wie viele Schwierigkeiten diese Sache macht," schrieb er. Aber er setzte sie durch. Selbst anders denkende unter seinen Verwandten wird er entwaffnet haben, wenn er vor sie trat, ihnen den Sachverhalt auseinandersetzte und hinzufügte: „Deine Liebe wird zu mir stehen und mich nicht verurteilen, darum unterrichte ich Dich selbst." Er sammelte Hunderttausende und schenkte davon Stoecker den Predigtsaal am Johannestisch in Berlin.

Sein parlamentarischer Beruf rief ihn nach Bismarcks Sturz mehr denn je in die Schranken. Außer den Reichstagsarbeiten, bei denen es sich im wesentlichen um die Fortführung und den Abschluß älterer Sachen handelte, gab es für ihn jetzt wieder im Herrenhaus ungewöhnlich viel zu tun. Gerade dort handelte es sich einmal wieder um große neue Unternehmungen. Mit demütiger Dankbarkeit erfüllte es Kleist dabei, daß ihm nicht nur Graf Zedlitz sein ganzes Vertrauen schenkte, sondern daß auch der neue Reichskanzler sich voller Vertrauen ihm eröffnete. Caprivi wußte, was er an Kleist hatte. Rühmte er an ihm doch ausdrücklich „vorbildliches Pflichtgefühl und treue Hingabe an den Staat, die ihn selbst da zur Tätigkeit treibe, wo andere ermatteten" [1]).

Einen weitgreifenden Anteil hatte Kleist an der Gestaltung des von dem sächsischen Gutsbesitzer Sombart-Ermsleben angeregten Rentengutgesetzes, das am 27. Juni 1890 in Kraft trat. Nachdem er an dem vom Abgeordnetenhause ans Herrenhaus gelangten Entwurf in Kommissionsberatungen einschneidende Änderungen vorgenommen hatte, begründete er im Hause selbst am 24. März 1890 in eingehender, von tiefstem Sachverständnis getragener Rede seinen Standpunkt, der von der Mehrheit des

[1]) Caprivi an Kleist, 8. Juni 1891.

Hauses geteilt wurde. Der Grundgedanke des Gesetzes, durch innere Kolonisation einen Schutzwall gegen die destruktiven Zeittendenzen zu schaffen, wurde von ihm freudig begrüßt. Es gab kaum jemand im Lande, der so wie er das durch eine solche Gesetzgebung geförderte Heimatsgefühl hoch schätzte. Aber er wollte auch Ersprießliches ins Leben rufen, und da verlangte er nicht Schaffung von Tagelöhner- und Moorkolonistenstellen, die nicht lebensfähig seien, sondern von Bauernhöfen. Es sei durchaus nötig, den mittleren Grundbesitz zu vermehren. Er verlangte ferner Zulassung der Erbpacht und Bewilligung eines Zwölfmillionenfonds. An die Schaffung eines seßhaften Stammes von im Dienste der Gutsbesitzer tätigen Arbeitern dachte er nicht, wie man ihm vielfach unterzuschieben suchte. Denn es war ihm klar, daß für solche Zwecke nicht der Staatskredit beansprucht werden dürfte. Er hielt die Schaffung eines solchen Arbeiterstammes auf dem Wege der Rentengutbildung zudem für aussichtslos. Vor den erneuten Kommissionsverhandlungen wurde er noch vom Grafen Zedlitz, der in diesen Dingen durch seine Tätigkeit als Vorsitzender der Ansiedlungskommission besonders sachverständig war, beraten. Auch mit Herrn v. Wilamowitz, dem späteren Nachfolger von Zedlitz, scheint er Fühlung gewonnen zu haben. In der Folge drang er nicht ganz durch mit seinen Ideen. Jedoch wurde das Prinzip der ewigen Rente, das einer Erneuerung der Erbpacht entsprach, gebilligt und ebenso für die Beschaffung der Geldmittel durch Bildung der Rentenbanken ein Weg gefunden, der Kleist gangbar erschien. Desgleichen wurde die Bildung größerer Rentengüter erreicht. Der Mann, der die Idee der Rentengutgesetzgebung aufgebracht hatte, Sombart, sah sich infolge der auf Kleists Veranlassung vorgenommenen Änderungen bewogen, im Abgeordnetenhause gegen das Gesetz zu stimmen. Dieses und das Rentenbankgesetz vom 7. Juli 1891 sollten sich indes bald als außerordentlich segensreiche Maßnahmen erweisen. Den Generalkommissionen sowie ihren Spezialkommissiaren erwuchs eine Fülle neuer und fruchtbringender Arbeit.

Noch wichtiger als das Rentengutgesetz war die neue Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen, die der Nachfolger Puttkamers im Ministerium des Innern, Herrfurth,

wegen seines wallenden Bartes mit dem Scherznamen Rübezahl belegt, ein in der Wolle gefärbter Bureaukrat, am 12. November 1890 dem Landtage vorlegte. Kleist hatte immer gehofft, daß dieser wie alle Bureaukraten vom historischen Geiste wenig berührte Mann nicht lange seinen Posten bekleiden würde, zumal da Herrfurth sich keiner großen Beliebtheit beim Kaiser erfreut hatte. Diese Hoffnung gab er auch noch nicht auf, als die Landgemeindeordnung, wieder eines jener seltsam umfangreichen Gesetze, die für die Bevölkerung eine Pein bildeten, bereits eingebracht worden war. Er irrte sich jedoch. Herrfurth erwies sich als ein geschickter Taktiker.

Eine neue Ordnung des Gemeindewesens auf dem Lande hatte sich im Laufe der Jahrzehnte als notwendig herausgestellt. Im preußischen Osten war durch die Bauernbefreiung im Anfang des 19. Jahrhunderts der gutsherrlich-bäuerliche Kommunalkomplex auseinandergesprengt worden. Dadurch waren im Laufe der Zeit Mißstände erwachsen. Vor allem erwiesen sich viele Gutsbezirke als zu kleine Verwaltungseinheiten und die Bauerngemeinden vielfach als zu sehr belastet. Auch Kleist erkannte ein Gesetz, das hier helfend eingriff, als notwendig an. Der Entwurf Herrfurths und seines Mitarbeiters Frick schien ihm jedoch in gar manchen Stücken bedenklich. Es dünkte ihm erforderlich, einer zu weitgehenden Verschmelzung von Gutsbezirk und Bauerngemeinde vorzubeugen, weil dies eine Schwächung des festesten Bollwerks konservativer Traditionen bedeutete, wie auch der Landrat des Kattowitzer Kreises Horn damals in Schmollers Jahrbuch hervorhob. Die Zeittendenz ging dahin, diese Verschmelzung möglichst zu verallgemeinern. In diesem Sinne begann der unhistorische Liberalismus sofort seine Stimme zu erheben. Kleist war ferner entschlossen, der Demokratisierung der Landgemeinde, wie sie in dem Entwurf beabsichtigt wurde, entgegenzutreten. Er erblickte darin mit Recht eine Unterwühlung des Bauernstandes. Hier galt der Satz des Rembrandtdeutschen: „Jedes Dorf gliedert sich nach Honoratioren, Bauern, Tagelöhnern; diese Ordnung wird streng innegehalten; wehe dem, der sie antasten wollte." Das hatte sich schon in den Sechzigerjahren gezeigt, als der Fortschrittler Waldeck einen Gemeindeordnungsentwurf aufstellte, demzufolge die Abstimmungen nach der

Kopfzahl erfolgen ſollten. Als die Bauern damals davon erfuhren, zeigte ſich bei ihnen eine ſeltſame Unruhe. „Wat! de Schweinhirte ſoll ooch mitreden? — J! da ſoll ja dat Donnerwetter drin ſchlagen!“ [1]). Solche und ähnliche Rufe ließen ſie vernehmen. Ebenſo wollte Kleiſt es verhindern, daß den Gemeindevorſtehern zu große Aufgaben geſtellt würden. Denn auf dieſe Weiſe kämen zu ſolchen Ämtern Männer, die kein inneres Intereſſe für die Gemeindeangelegenheiten beſäßen. Die alteingeſeſſenen Bauern wären nicht in der Lage, umfangreichere Geſchäfte zu bewältigen.

Das Bemerkenswerte in Kleiſts Verhalten bei den Beratungen der Landgemeindeordnung iſt nun die größere Geſchicklichkeit und Diplomatie, die er dabei im Gegenſatz zu den Verhandlungen über die Kreisordnung vor faſt zwei Jahrzehnten bewies. Hier zeigte ſich deutlich, welche Veränderung mit ihm vorgegangen war. Er hatte die alte Schroffheit abgelegt. Zu ſeinem Leidweſen operierte aber der Führer der Konſervativen im Abgeordnetenhauſe, v. Rauchhaupt, von Anfang an nicht nach ſeinem Sinne. Er ſchickte den Entwurf in einer Geſtalt in das Herrenhaus, die Kleiſt in eine ſchwierige Lage brachte, insbeſondere, weil er es dort mit dem jüngſt ins Herrenhaus berufenen Herrn v. Helldorff-Bedra zu tun hatte, der es ſich zur Aufgabe machte, den freiwilligen Regierungskommiſſar zu ſpielen und eine ſelbſtändige Haltung der konſervativen Partei zu untergraben, nachdem er früher ein Vertrauter und unbedingter Gefolgsmann des Fürſten Bismarck geweſen war. Schon im Januar berechnete Kleiſt, daß Helldorff gegen ihn operieren würde. „Dabei nimmt es die Geſtalt an als gegen oder für den Kaiſer. Das iſt an ſich ſchwer, verwirrt die Leute und bringt mich vorausſichtlich in heftige und ſchwere Kämpfe. Ich kann die Sache nur der Gnade des treuen Gottes befehlen.“ Sorgen machte ihm dabei die Haltung des früheren Miniſters v. Puttkamer. Für dieſen chriſtlich-konſervativen Staatsmann hatte er noch in letzter Zeit ſehr Partei genommen. Bald nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. veranſtaltete er für den unter Kaiſer Friedrich plötzlich aus ſeiner Stellung als Miniſter

[1]) Tagebücher Theodor v Bernhardis VI, 184 f.

des Innern Entlassenen eine außerordentliche Ehrung im Namen der Konservativen von ganz Deutschland und überreichte ihm in deren Auftrage mit einer feierlichen Ansprache eine auf einem Marmorpostament ruhende, von Calandrelli modellierte silberne Statuette Wilhelms I. In der Folge ließ er es sich angelegen sein, Puttkamers Wiederernennung zum Minister des Innern zu betreiben. Als es sich jedoch erwies, daß Herrfurth einstweilen fest im Sattel saß, arbeitete er darauf hin, daß Puttkamer zum Oberpräsidenten von Pommern ernannt wurde. Während nun die Landgemeindeordnung zur Erörterung kam, merkte er, daß der Minister sich sehr entgegenkommend gegen die Regierungsvorlage verhielt. Das machte ihn stutzig. Er kannte ihn. Es steckte doch viel Menschliches in diesem seinem Schützling. Sofort nahm er sich vor, Puttkamers Ernennung für Pommern vorläufig nicht weiter zu betreiben. „Andere könnten das ausbeuten."

Mit seinen Parteigenossen gelang es ihm, in den Herrfurthschen Entwurf eine Reihe wichtiger Bestimmungen hineinzubringen, durch die Sicherungen gegen mögliche Gefahren geschaffen werden sollten. Am 29. April und 13. Mai unterzog er das Gesetz im Hause einer eingehenden Kritik, gegen die sich Herrfurth lebhaft zur Wehre setzte. Ganz richtig betonte Kleist, daß es vielfach auf die Auslegung der Bestimmungen ankomme. Er fand ein glückliches Wort, indem er die Gutsbesitzer als die Stehaufchen des Landes bezeichnete. Schließlich konnte er mit dem Ausgang der Verhandlungen im Oberhause zufrieden sein. Er merkte, wie einst bei der Kreisordnung, daß die Herren wußten, was für sie hier auf dem Spiele stand. „Die Junker waren zahlreich da," schrieb er seiner Schwiegertochter, „und stimmten erfolgreich für die vorgeschlagenen Verbesserungen, trotz Helldorff, ja sie zogen schließlich auch Puttkamer noch wieder zu uns herüber." Als nun aber die Vorlage an das Abgeordnetenhaus zurückkam, verdarb Rauchhaupt infolge einiger Abschwächungen, die die dortige Mehrheit vornahm, durch allzu schroffes Auftreten den ganzen Feldzug, indem er mit der gesamten konservativen Partei gegen das Gesetz stimmte. Alle übrigen Parteien stimmten dafür, so daß das Gesetz zur Annahme gelangte. Die Konservativen des Abgeordnetenhauses

begingen durch jene Ablehnung am 1. Juni 1891 einen ähnlichen Fehler, wie ihn das Herrenhaus im Jahre 1872 unter Kleists Führung begangen hatte. Sie schädigten nicht nur die weitere Verfolgung ihres Zieles bei der Landgemeindeordnung, sondern vor allem ihre Stellung im Lande. Eine so schroffe Opposition, wie sie Rauchhaupt geübt hatte, fand dort nicht rechtes Verständnis. Die Partei war wieder einmal nicht staatsmännisch geleitet worden.

Kleist empfand diesen Ausgang sehr schmerzlich. Noch am 28. Mai hatte er auf Caprivi einzuwirken gesucht. Der schrieb ihm zurück: „Ich beklage jede Entfremdung zwischen Regierung und Konservativen tief, kann aber nicht umhin, mich hierbei auf die Seite des angegriffenen Ministers zu stellen. Man mag über das Gesetz denken, wie man will: die jetzige Regierung kann davon nicht zurück." Von anderer, ihm sehr nahestehender Seite wurde Kleist geschrieben: „Um unveränderte Annahme des Gesetzes im Herrenhause zu erreichen, werden jetzt alle Hebel in Bewegung gesetzt, Puttkamer und Udo Stolberg werden sich mit aller Kraft vor den Wagen spannen, um zu verhüten, daß das Gesetz noch einmal zum Abgeordnetenhause zurückgeht." So sollte es in der Tat geschehen. Es war vergeblich, daß sich Kleist in einem längeren Schreiben bei Caprivi für Rauchhaupt und die konservative Partei verwandte. Er gab zu, daß Rauchhaupt sich in der Form vergriffen habe, suchte aber dessen Abstimmung zu erklären, ohne sie zu billigen. Sodann gab er einen Weg an, durch welchen sich „unzweifelhaft" noch eine Verständigung mit der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses erzielen lasse. „Es ist nicht geraten, sondern von dem größten Bedenken, das Herrenhaus jetzt dazu zu benutzen, die ganzen Konservativen des zweiten Hauses an die Wand zu drücken, sie, welche schließlich die Durchführung der Sache im Leben haben — sie, welche schon schwer erregt sind wegen der drohenden Herabsetzung der Kornzölle." Doch Caprivi hatte es eilig mit dem Zustandekommen des Gesetzes. So wurde das Herrenhaus zur Annahme gedrängt. Am 13. Juni fiel die Entscheidung. Kleist hatte sich wegen schwerer Krankheitserscheinungen, die sich bei ihm zeigten, schon im Mai nach Wildungen begeben müssen. Sein Geist schwebte aber über den

Verhandlungen, und der Staatsminister v. Puttkamer glaubte sich in seiner Rede, in der er empfahl, endlich ein Ende mit der Sache zu machen, auf Kleist beziehen zu dürfen. Mit 99 gegen 39 Stimmen wurde die Vorlage des Abgeordnetenhauses angenommen. Am 3. Juli konnte das Gesetz veröffentlicht werden. Tags zuvor wurde Robert v. Puttkamer Oberpräsident von Pommern.

Die dritte große innerpolitische Vorlage, die das Land und ganz besonders Kleist nach Bismarcks Rücktritt beschäftigte, war das Volksschulgesetz des Grafen Zedlitz. Zwar sollte Kleist nicht Gelegenheit erhalten, vor dem Lande dazu Stellung zu nehmen, da die Vorlage nicht an das Herrenhaus kam. Umsomehr war er innerlich an dem ganzen Werke beteiligt, und als der Entwurf zurückgezogen war, hat er noch eine der wuchtigsten Handlungen seines Lebens vollführt, die eine Folgerung aus dem Scheitern des Gesetzes darstellt.

Der Gesetzentwurf knüpfte an die Anfänge der politischen Tätigkeit Kleists an. Graf Zedlitz nahm jetzt nämlich den Gedanken wieder auf, den Kleist bei Revision des Verfassungswerks im Jahre 1849 vergebens verfochten hatte [1]), indem er daran ging, die Volksschulen auf konfessioneller Grundlage aufzubauen und zugleich damit die sonstige in der Verfassung vorbehaltene allgemeine Regelung des Volksschulwesens vorzunehmen. Gerade in dem Erlaß eines solchen Gesetzes erblickte Kleist das Hauptmittel zur Heilung der Schäden der Zeit und zur Bekämpfung der inneren Auflösung des gesellschaftlichen und sittlichen Lebens. Die gesetzliche Regelung dieser Frage war ein ungeheuer schwieriges Unternehmen. Bethmann-Hollweg, Mühler, Falk und Goßler hatten sich vergeblich bemüht, es überhaupt bis zur Einbringung einer solchen Vorlage zu bringen. Graf Zedlitz mit seinem in allen Lagen bewiesenen ungewöhnlichen praktischen Verstande, seiner tiefen innerlichen Bildung, seinen reichen Kenntnissen, seiner Arbeitskraft, Gründlichkeit, Liebenswürdigkeit und Beredsamkeit schien dafür so recht der geeignete Mann zu sein. Er war, wie Kleist zu wissen glaubte, ins Ministerium berufen worden, weil er den Konservativen und dem Zentrum zugleich genehm war. Kein Wunder, wenn er, seinen

[1]) Vgl. oben S. 161.

eigenen Anschauungen entsprechend, auf eine solche parlamentarische Mehrheit Rücksicht nahm.

Im Juni 1891, kaum ein Vierteljahr nach seiner Berufung ins Ministerium, berichtete Graf Zedlitz über seine Vorarbeiten zum Schulgesetz an Kleist: „Ich sehne mich nach einer etwas ruhigen Zeit, um an diese Arbeit herangehen zu können. Sie liegt wie ein hoher Berg vor mir, der erstiegen werden muß und wo ich den Pfad noch nicht kenne, der sicher an den Abgründen vorüberführt." Zugleich gestand der Minister, daß er noch nicht die rechte Freudigkeit in seinem Amte gefunden habe, weil er nicht überall dem erforderlichen Interesse für die vorliegenden Fragen begegne. Im Dezember war der Entwurf indes bereits im Staatsministerium fertiggestellt. Wenn Zedlitz dort auch mit seiner Ansicht im wesentlichen durchgedrungen war, so werden sich ihm doch tiefe, im Schoße des Ministeriums über das Verhältnis von Staat und Kirche bestehende Gegensätze offenbart haben. Er ahnte, welche Kämpfe ihm in der Öffentlichkeit bevorstehen würden. Schon am 27. Dezember sagte er voraus, daß sich wüstes Geschrei über Preisgabe der vitalsten Staatsinteressen an zentrifugale kirchliche Bestrebungen, Bruch mit der Tradition der Schulpolitik Preußens und Knechtung der Schule unter die Kirche erheben würde. So blickte er gar nicht zuversichtlich in die kommende Zeit. Kleist sprach ihm Trost zu. „Voller Freude danken wir, daß Du mit Deiner gewaltigen Arbeit des Schulgesetzes durch den ersten Schmelzofen durch bist, und sind voll freudiger Zuversicht, daß Gott auch durch die anderen bevorstehenden Schwierigkeiten hindurchführen wird. Was können Dir Menschen anhaben." Herzlich freute er sich, daß der Minister einige besondere Ratschläge, die er ihm gegeben hatte, in der Vorlage berücksichtigte. Er war in diesen Dingen doch einer der Erfahrensten. Noch im Jahre 1886 hatte Bismarck auf seine Anregung hin den Minister v. Goßler veranlaßt, die aus der Zeit der gutsherrlichen Polizei übriggebliebene Bestimmung, daß der Gutsherr subsidiär bei Schullasten für seine Untertanen einzutreten habe, die eine ganz „schreiende Ungerechtigkeit" bedeute, aufzuheben [1]).

[1]) Mitteilung des Referendars a. D. v. Kleist-Retzow.

Am 15. Januar 1892 wurde der große Entwurf dem Abgeordnetenhause vorgelegt. Voller Freude und Bewunderung verfolgte Kleist die glänzende Vertretung des Gesetzes durch Graf Zedlitz. Bald aber erhob sich jenes wüste Geschrei, das dieser selbst vorausgesagt hatte. Es offenbarte sich, daß das Land noch nicht reif war für den Gedanken der konfessionellen Schule. Jene Gelehrten, die sich zu Wortführern der Nation machten, waren freilich großenteils nicht berufen dazu. Denn den schwierigen Fragen, die bei den Bestimmungen des Gesetzes berührt wurden, und noch mehr den Verhältnissen der Volksschule selbst standen sie doch großenteils recht fremd gegenüber. Die Regierung besaß damals nicht die nötigen starken Nerven, um sich an den tollen Hexensabbat nicht zu kehren, etwa wie Friedrich der Große die Enzyklopädisten samt seinem Voltaire und d'Alembert auslachte, wenn sie ihm mit praktischen Ratschlägen für seine kriegerische und religiöse Politik kamen. Immerhin enthielt das Gesetz doch einiges, was starke Bedenken erregen durfte, so vor allem die Bestimmungen über die Gründung von Privatschulen.

Lästig spielte für Zedlitz ein Bericht des Oberkirchenrats in die Beratungen hinein. Noch am 20. Februar schrieb Kleist seiner Schwiegertochter: „Der teure Vater darf nur die Zuversicht und Freudigkeit nicht aufgeben. Es bleibt bis zuletzt das Entscheidende, daß Gott im Regimente sitzt." Es erfreute ihn, daß der Minister „kostbare Stärkungsmitteilungen, oft ganz anonym" erhielt. Er fand, daß Zedlitz den furchtbaren Kampf wie ein Held führe. Schließlich gewann indes Miquel im Schoße der Regierung die Oberhand über den Kultusminister. Am 17. März kündigte Zedlitz, sofort nachdem der Kaiser in einem langen Kronrat ihm seinen Willen kundgegeben hatte, daß das Gesetz mit Konservativen, Zentrum und Liberalen zugleich zu machen sei, dem Reichskanzler sein Abschiedsgesuch an. Kleist war dabei, als er dieses Gesuch am Abend des 17. März seiner Gemahlin diktierte. Der Minister hatte zu sehr die Auffassung, daß der Monarch sich innerlich von den durch ihn vertretenen Grundsätzen abgewendet habe, und daß unverantwortliche Ratgeber des kaiserlichen Herrn diesem die Sachlage irrig dargestellt hätten. Den Umstimmungsversuchen gegenüber meinte Kleist, dem Minister könne es nur genügen, wenn der König

verheiße, ihm seine volle Unterstützung zur weiteren Durchführung des Gesetzes zu teil werden zu lassen. Dies zu fordern, schien dem Grafen nicht angängig. „Er war vortrefflich," schrieb Kleist über Zedlitzens Haltung, „so entschieden, so richtig urteilend und zu handeln entschlossen, so freudig dabei. Gott ist sichtlich mit ihm." Die nun erfolgende Zurückziehung des Schulgesetzes empfand Kleist so schwer, wie kaum ein anderes Ereignis. Er erblickte darin die Kapitulation der Krone vor der atheistischen Demokratie, ein neues 1848. Und mit Graf Zedlitz hatte er das niederdrückende Gefühl, daß die große Frage des Schulgesetzes nun für immer verfahren sei. Er sah die Massen völliger sittlicher Verwilderung preisgegeben.

Als am 28. März 1892 der für Caprivi eingetretene neue Ministerpräsident Botho Graf zu Eulenburg dem Herrenhause mitteilte, das Gesetz sei zurückgezogen, weil schon in der Kommission des anderen Hauses eine Verständigung darüber schwer zu erwarten gewesen wäre, und weil sich im ganzen Lande ein starker Widerspruch dagegen geltend gemacht habe, erklärte Kleist im Namen seiner Partei, es sei ihm nicht zweifelhaft, daß nicht bloß in der Kommission des Abgeordnetenhauses, sondern auch in beiden Häusern des Landtages eine Verständigung erfolgt sein und daß auch das Land bald ein volles Verständnis dafür gewonnen haben würde. Vierzehn Jahre später gelang es, nachdem sich inzwischen im Lande das Gefühl von der Notwendigkeit der konfessionellen Schule durchgerungen hatte, wenn auch nicht eine völlige Regelung des Schulwesens, so doch ein wichtige Fragen lösendes Schulgesetz auf dieser Grundlage, aber nun glücklicherweise mit Hilfe der rechtsstehenden Liberalen zu erreichen.

Am Tage nach jener Mitteilung Eulenburgs im Herrenhause erschien in dem von dem Abgeordneten v. Helldorff herausgegebenen offiziösen Organ der konservativen Partei, dem „Konservativen Wochenblatt", eine Erklärung, in der behauptet wurde, die Krone habe es abgelehnt, sich von einem Minister zu Dingen ins Schlepptau nehmen zu lassen, welche sie diesem ihrem Diener bestimmt als nicht in ihrem Willen liegend bezeichnet habe. Ähnliche, völlig irrige oder irreführende Aufstellungen folgten. Infolgedessen entspann sich zwischen Herrn v. Helldorff und der Kreuzzeitung eine Fehde. Helldorff verlangte in einem Artikel vom

4. April eine „reinliche Scheidung" in der Partei. Dagegen ergriff Kleist Maßregeln. Schon im Februar hatte Helldorff gegen die bevorstehenden Handelsverträge Artikel erscheinen lassen, die geeignet waren, die konservative Partei zu sprengen. Schon damals hatte es schwere Verhandlungen gegen ihn gegeben. Jetzt war das Maß voll. Am 6. April schloß die konservative Fraktion des Herrenhauses Herrn v. Helldorff-Bedra aus ihrer Mitte aus. Kleist-Retzow wurde beauftragt, ihm dies mitzuteilen. Er tat dies noch an demselben Tage. Der Exklusionsbeschluß wurde außerdem sofort in der Kreuzzeitung veröffentlicht. Bald darauf sah sich Helldorff auch genötigt, seinen Austritt aus dem leitenden Ausschusse der Partei im Lande zu vollziehen. Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses faßte am 27. April mit 95 gegen 1 Stimme einen Beschluß gegen ihn, weil er die konservative Partei spalten wolle.

Wenn ein Mitglied des Herrenhauses von dem auf Kleists Veranlassung gefaßten Beschluß, Helldorff aus der konservativen Fraktion auszuschließen, meinte, dieser Beschluß würde seinen Schatten weit hinaus werfen auf die Zukunft der konservativen Partei, so traf es den Nagel auf den Kopf. Denn ein reich begabtes, ja staatsmännisch angelegtes, aber vielleicht nicht sehr charakterfestes Mitglied der konservativen Partei war dadurch zu den politisch Toten geworfen. Herr v. Helldorff-Bedra ist bald darauf aus dem politischen Leben so gut wie ausgeschieden. Die konservative Partei aber hatte ihre Selbständigkeit behauptet. Das war der letzte Dienst, den ihr Kleist-Retzow erwies. Sein mächtiger Wille hatte sich noch einmal in seiner ganzen Stärke gezeigt. So schloß sein politisches Wirken seiner würdig.

Dem scheidenden Kultusminister hatte Kleist noch kurz vor jenen Beschlüssen gegen Helldorff eine von 87 Mitgliedern des Herrenhauses unterschriebene Vertrauensadresse zugestellt. Der erste, der ihm seine Unterschrift dazu schickte, war der Nachfolger des Grafen Zedlitz, Robert Bosse. —

Neben seiner parlamentarischen Wirksamkeit entfaltete Kleist bis zuletzt eine reiche Tätigkeit in kleineren Organisationen, die großenteils den Untergrund zu seinem öffentlichen politischen

Wirken bildete. Am meisten nebenher ging seine kirchliche Arbeit. Auch hier war er mit den Jahren immer einflußreicher geworden. Seit dem 3. November 1879 hatte seine hervorragende Stellung auf der Generalsynode darin Ausdruck gefunden, daß er mit großer Mehrheit zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Generalsynodalvorstandes gewählt worden war. Dadurch erwuchs ihm eine weitere nicht unerhebliche Geschäftslast, zumal als der Vorsitzende Graf Arnim-Boitzenburg am 15. Dezember 1887 gestorben war. In dieser Eigenschaft berief Kleist im November 1891 die dritte Generalsynode. Dort nahm er am 26. November die Gelegenheit wahr, mit aller Kraft für seine kirchenpolitischen Anträge, für die ihm durch Bismarcks Rücktritt die Bahn geebnet geworden zu sein schien, einzutreten. Die Rede fand damals eine gewaltige Resonanz. Am 3. Dezember 1891 wählte die Synode Kleist mit 97 Stimmen zum Vorsitzenden des Generalsynodalvorstandes. Gegen ihn unterlag der Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode mit 71 Stimmen. In der pommerschen Provinzialsynode, in der er ständig die gleichfalls eine Menge Arbeit verursachende Stellung eines weltlichen Beisitzers innehatte, wirkte er außer für die Anträge auf Selbständigmachung der Kirche, zu denen er immer eingehendere Studien machte, für die Einrichtung von Kirchenvisitationen und hatte die Genugtuung, damit durchzudringen. Er selbst ist trotz seiner Überhäufung mit Geschäften und seines hohen Alters mehrmals an solchen Visitationen beteiligt gewesen und hat sich mit rührendem Eifer dieser anstrengenden und zeitraubenden Arbeit unterzogen. In seiner für die Kirchenvisitationen eintretenden Rede führte er aus, ein Hauptübelstand in der evangelischen Kirche sei es, daß in den höheren Stufen ihres Regiments so sehr die lebendige Persönlichkeit zurücktrete, und meinte, durch solche Visitationen werde dem etwas abgeholfen. In der Tat war er selbst eine Persönlichkeit, die sich bei solchen Gelegenheiten den Gliedern der visitierten Gemeinden eingeprägt haben wird. Seine alte Abneigung gegen die Kollisionen, die der Militärdienst für innerlicher gerichtete Naturen mit sich bringt, trat wieder zu Tage in dem Bestreben, die Studierenden der Theologie möglichst von der Militärpflicht zu befreien. Er wollte es dahin

bringen, daß ſie nur ein halbes Jahr mit der Waffe und das zweite halbe Jahr als Krankenpfleger zu dienen hätten, und trat deswegen auch mit dem Kriegsminiſter in Verhandlungen. Da verſagten ſich ihm aber nicht nur die evangeliſchen Studenten der Theologie, die dieſes zweifelhafte Privileg ihren katholiſchen Fakultätsgenoſſen überließen, ſondern auch ſeine Gefolgsmänner in der Synode. Deren Präſes, ſein Freund Superintendent D. Rübeſamen, ſprach mit Feuer dagegen. Es klang faſt wie Rebellion der Provinzialſynode gegen ihr angeſehenſtes Mitglied, als Kleiſt dort bei dieſer Gelegenheit im Oktober 1890 überſtimmt wurde. Auf derſelben Provinzialſynode beteiligte er ſich lebhaft an der Beratung über die ſchwierige Frage der Ablöſung der Stolgebühren, die im Frühjahr vorher das Herrenhaus beſchäftigt hatte, und reichte einen Geſetzentwurf deswegen ein. Seine Sachkenntnis in dieſen Dingen war nicht minder außerordentlich, wie die Beſchlagenheit, die er in den Fragen des Eherechts bewieſen hatte. Er erlebte es zu ſeiner Genugtuung, daß im Herrenhauſe kein Geringerer als Miquel ſeinen Ausführungen durchaus beipflichtete. Seine letzte Rede hielt Kleiſt auf einer kirchlichen Verſammlung, nämlich auf der lutheriſchen Paſtoralkonferenz zu Belgard am 3. Mai 1892. Dort erſtattete er Bericht über die letzte Generalſynode und über das Schickſal des Volksſchulgeſetzes und brachte dazu zwei Reſolutionen ein. Wohl ſeine letzte Handlung im Oberkirchenrat, in dem er als Vorſitzender des Generalſynodalvorſtandes beratend mitwirkte, war der Vorſchlag, den Superintendenten Schmalenbach an Stelle Kögels zum Generalſuperintendenten der Kurmark zu wählen. Zu ſeinem Schmerze wurde in jener Sitzung am 5. Februar 1892 Dryander gewählt, deſſen kirchenpolitiſche Haltung er für ganz falſch erklärte.

So vertraut ſein Umgang mit den Landpaſtoren geworden war, eine ſo überragende Stellung nahm er doch nicht nur geiſtig im allgemeinen, ſondern auch, gerade ſo wie Thadden-Trieglaff, ſozial über ihnen ein, obwohl er die Schlichtheit ſelbſt im Auftreten war. Niemals verleugnete ſich doch ſeine Herrennatur auch in dieſem Umgang. Es wäre keinem dieſer Paſtoren eingefallen, in ihm etwas anderes als den Junker zu ſehen.

Dies beweisen auch die Schriften Andrae-Romans über ihn[1]). Gelegentlich regte sich sogar ein gewisser Widerspruch unter den frommen Geistlichen gegen dieses sein Junkertum. So vermerkte es der treffliche Schloßprediger Zahn in Köslin übel, als Kleist einmal davon sprach, es wäre wünschenswert, daß der preußische Adel sich mehr dem theologischen Studium zuwende; die Adligen wären dann die geborenen Generalsuperintendenten und kirchlichen Leiter. „Das wollen wir gar nicht," erklärte Zahn ihm da[2]). Kleist hielt diesen Standesunterschied sehr fest, auch in nebensächlichen, im Grunde sinnlos gewordenen Äußerlichkeiten. Er unterschied nicht, daß sich die soziale Stellung doch vielfach sehr verschoben hatte, und schrieb auf die Adresse an den Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Schede, der ihm so innig befreundet war, und ebenso an den von ihm hochgeschätzten Professor Rudolf Sohm nach alter Sitte regelmäßig Wohlgeboren, versagte ihnen durchaus das Hochwohlgeboren, das er lediglich für den Adel in Anspruch nahm.

Lebhaft widmete er seine Kraft bis zuletzt ferner der Selbstverwaltung. Natürlich wirkte er eifrig im Kreistage. Dem Provinziallandtage gehörte er seit 1867 an. Sehr schmerzlich empfand er dessen durch die Kreisordnung bedingte Neugestaltung, weil dadurch der bisherige ständische Charakter dieser Organisation verwischt wurde. Aber auch unter den veränderten Verhältnissen beteiligte er sich bis zuletzt an ihren Beratungen mit großem Fleiße. Sehr bald nach Erlaß der Kreisordnung wurde er, wie es in der Natur der Sache lag, zum Amtsvorsteher ernannt. Diese Stellung bereitete ihm sichtliches Vergnügen, und er widmete sich ihr mit wahrer Hingabe. Er sagte wohl: „Ein tüchtiger Amtsvorsteher kann ein Vater seines Bezirkes sein." Und er selbst war es offenbar. „Die Zeit, welche der Reichstag oder sonstige öffentliche Geschäfte mir übrig lassen, gebe ich gern hin," erklärte er einmal im Reichstag. „Ich kann

[1]) A. Andrae: Drei pommersche Junker in „Aus Höhen und Tiefen", Jahrbuch für das deutsche Haus. 5. Jahrgang. Berlin 1902. S. 293—351. — Aus längst vergessenen Tagen. Bielefeld u. Leipzig 1899. — Erinnerungen eines alten Mannes aus dem Jahre 1848. Bielefeld 1895. — Hans Hugo v. Kleist-Retzow †, Daheim 1892 S. 632—634.

[2]) Mitteilung des Pastors Zahn.

sagen, mit großer Freude, denn da kann ich den Leuten dienen, ihnen raten und helfen, die Streitenden vergleichen, sie schützen, aber auch, wo es not tut, ernst strafen." Nur klagte er in den letzten Jahren, daß die Gerichte den Amtsvorstehern zu viel Arbeit zuwälzten. Von dem Vertrauen, das die Landleute seines Bezirks zu ihm hatten, gibt ein belauschtes Gespräch zweier Tagelöhner Kunde. Einer hatte den andern gekränkt. Der Angegriffene fuhr auf: „Dehst mi nich glik god, segg' ick't Hansen"[1]).

Unermüdlich wirkte er für die Hebung des Verkehrswesens in seiner Heimatprovinz. Diese Dinge waren ihm seit seinen Erlebnissen mit dem Chausseebau im Belgarder Kreise während seiner Landratszeit besonders ans Herz gewachsen. Hervorragend war er seinerzeit im Verein mit Senfft-Pilsach dafür tätig, daß die hinterpommersche Bahn von Stargard nach Belgard fortgeführt wurde. Der Kriegsminister hatte sie von Stargard direkt nach Kolberg und von dort nach Köslin legen wollen. Senfft-Pilsach wußte Kleist außerordentlichen Dank für sein Eingreifen in dieser Sache. Im Mai 1859 wurde die Bahn bis Belgard fertig. Danach beschäftigte ihn lebhaft die Verbindung von Stargard und Dirschau durch eine Eisenbahn. Er hat deswegen unendlich viel Verhandlungen geführt, mit Senfft-Pilsach, der ebenfalls dies Ziel erstrebte, mit v. d. Heydt, Graf Itzenplitz, Hermann Wagener und mit Bismarck. Schließlich redete er dem Grafen Itzenplitz die Forderung des Bahnbaues Insterburg-Graudenz aus und bestimmte ihn im September 1867, zunächst die Linie Dirschau-Schneidemühl vom Landtage zu fordern, wofür die Stettiner Eisenbahngesellschaft sich bereit erklärte, gegen eine Unterstützung à fonds perdu, Konitz mit Hinterpommern zu verbinden. „Ich hoffe, es wird eine Vereinbarung für die Linie Konitz-Wangerin und Neustettin-Belgard zu stande kommen," schrieb Kleist im Oktober 1867, „damit sind alle drei Kreise: Dramburg, Neustettin, Belgard bedacht." Diese Hoffnungen verwirklichten sich indes einstweilen nicht. Noch zu Beginn des Jahres 1870 fanden Anregungen Kleists beim Grafen Bismarck auf Unterstützung

[1]) M. Genschen, Hans v. Kleist-Retzow. Berlin 1892. S. 16.

des Baues der hinterpommerschen Seitenbahnen keinen rechten Anklang. In der Folge gelang es ihm jedoch, auf die Verbindung der drei hinterpommerschen Häfen Kolberg, Rügenwalde und Stolpmünde durch Nebenbahnen über Neustettin mit Posen und Breslau förderlich einzuwirken. Der erste Plan zu diesen Bahnanlagen ist von der treibenden Kraft in der Stettiner Bahngesellschaft, dem Geheimen Baurat Stein, im Gutshause zu Kieckow entworfen worden. Noch zu Beginn des Jahres 1889 verhandelte Kleist mit dem Verkehrsminister Maybach über pommersche Eisenbahnanlagen. Später verständigte er sich mit Miquel darüber. Am 5. Dezember 1891 konnte er vergnügt seinem Sohn Jürgen melden: „Noch ist der Etat der Sekundärbahnen nicht offiziell festgestellt, aber Miquel hat mir heute ausdrücklich verheißen, daß er die Polzin-Schivelbeiner Linie mit aufnehmen werde als zweite für Pommern. Das freut mich sehr."

Ähnlich wirkte er für den Ausbau des pommerschen Chausseenetzes. Mit Stolz verzeichnete er später in seiner Familiengeschichte, daß er vornehmlich die Ausdehnung des dem Kösliner Regierungsbezirke gewährten Meliorationsfonds auf die anfänglich davon ausgeschlossenen Kreise Belgard, Schivelbein und Dramburg bewirkt habe.

Unendlich gesegnet war sein Wirken bis in die letzte Zeit in der privaten Wohltätigkeit. Es liegt im Wesen dieser Sache, wenn darüber wenig zu berichten ist. Kleist setzte es nicht in die Zeitung, wenn er half, wie es sonst vielfach und stetig mehr die Spender von milden Gaben tun. Überall wußte er aber wirklich tatkräftig einzugreifen. Wie oft hat er unter den Herrenhausmitgliedern und auch wohl unter den Freunden im Reichstag den Opfersinn wachzurufen gewußt für irgend einen seiner Schützlinge! Wie oft hat er Tausende gesammelt und zuweilen auch Stiftungen ins Leben gerufen, ganz abgesehen von den Missionsanstalten in seinem Kreise, mit denen er lebte und webte. Gar manches Mal hat er herbe Enttäuschungen erlebt, indem er seine Wohltaten an Unwürdige verschwendete. Niemals aber brach der edle Mann in einem solchen Falle den Stab über den, der sein Vertrauen mißbraucht hatte. Niemals ließ er sich merken, daß der materielle Verlust,

der ihn traf, ihn ſchmerzte. Er hatte dann nur ein Wort des Bedauerns für den, der ihn geſchädigt: „der arme Mann!“

Hand in Hand mit dieſem ſtillen Wohltun ging die organiſierte Wohltätigkeit in Geſtalt der Pflege der Werke der inneren Miſſion. Neben der Fürſorge für das Kieckower Rettungshaus und das Polziner Krankenhaus beſchäftigte ihn lange der Gedanke der Gründung einer Herberge zur Heimat. Im Oktober 1884 ſchrieb er an Ernſt Ranke: „Schon lange bewege ich die Sehnſucht nach einer Herberge zur Heimat in unſerer Kreisſtadt im Herzen.“ Dieſer Plan kam jedoch nicht mehr zu ſeinen Lebzeiten zur Verwirklichung. Erſt nach ſeinem Tode, im November 1892, bildete ſich unter dem Vorſitz des damaligen Köslíner Regierungspräſidenten Grafen Clairon d'Hauſſonville ein Ausſchuß zur Schaffung eines ſolchen Werkes der Liebe, das zugleich eine Stiftung zum Gedächtnis an Kleiſt darſtellen ſollte. Dieſes einzige und würdige äußere Denkmal, das Kleiſt-Retzow errichtet worden iſt, und zu dem die Gaben wahrhaft reichlich zuſammenfloſſen (47000 Mark an Barbeträgen, die Stadt Belgard gab den Grund und Boden her, der vaterländiſche Frauenverein übernahm die Beſchaffung von Wäſche, Betten und Kücheneinrichtung), wurde am 29. Oktober 1897 feierlich durch den Generalſuperintendenten Pötter eingeweiht.

Ein Ausdruck der Dankbarkeit für ſein gemeinnütziges Wirken noch zu Lebzeiten Kleiſts, der ihm von ſeiner engeren Heimat zu teil wurde, war ſeine Ernennung zum Ehrenbürger von Belgard am 30. Mai 1884. Sie tat ſeinem Herzen ungemein wohl, wie ſein Dankſchreiben beweiſt. Ende Auguſt desſelben Jahres überreichte ihm eine Abordnung der Stadt das Diplom [1]). Rückſchauend freute der alſo Geehrte ſich beſonders darüber, daß ſeine Gattin dieſen Ehrentag noch erlebt hatte. Er war nun Ehrenbürger der beiden Städte ſeines Heimatkreiſes.

Mehr und mehr war er die Seele und der Mittelpunkt im gemeinſchaftlichen Leben und Wirken der großen Kleiſtſchen Geſamtfamilie geworden. Er nahm ſich, nachdem der bisherige Hauptförderer der Familiengeſchichte, ſein Vetter Präſident Adolf

[1]) Nach Mitteilungen des Herrn Bürgermeiſters Trieſchmann in Belgard.

v. Kleist gestorben war, in den Siebziger Jahren der Fortsetzung der von dem trefflichen pommerschen Historiker, dem Archivar Dr. Gustav Kratz, begonnenen Geschichte des Geschlechts v. Kleist an und gewann dafür den Pastor Kypke. Er hat Kypke in den folgenden Jahren ganz außerordentlich durch seine Mitarbeit unterstützt. Große Partien, so die umfangreichen Abschnitte über Kleist selbst und seinen Vetter Adolf sind nachweislich fast vollständig aus seiner Feder geflossen. Noch manches andere wird er selbst dazu beigesteuert haben. Bescheiden trat er mit seiner Arbeit zurück, wie er auch sonst seinen eigenen Anteil bei den einzelnen Begebenheiten in seinen Briefen verschweigt oder nur leichthin erwähnt. Ertappte er sich einmal auf einer Eitelkeit, so rügte er das wohl selbst in seinen schriftlichen Äußerungen.

Als die Familie v. Kleist zu Anfang des Jahres 1883 auf ein Vierteljahrhundert zurückblickte seit Gewährung des Präsentationsrechts zum Herrenhause, gestaltete sich ihr Familientag zu einer großen Huldigung für Kleist. Dort wurde er auch in einem schönen von Frau Mathilde v. Gellhorn, geb. v. Kleist, verfaßten, an seinen Wahlspruch „Fürchte dich nicht, glaube nur" anknüpfenden Gedichte, das ein Fräulein v. Kleist sprach, gefeiert. Damals empfing der alte Kaiser, wie bereits vor 25 Jahren, ihn mit anderen Vertretern des Geschlechts in feierlicher Audienz. Ebenso gewährte der Kronprinz einen solchen Empfang. Später wurde Kleist dieser Ehre auch von Wilhelm II. zu teil, so als das 1. Westpreußische Grenadierregiment Nr. 6 in Posen den Beinamen Graf Kleist von Nollendorf erhalten hatte. Hocherfreut berichtete Kleist von den huldvollen Worten, die der kaiserliche Herr damals — es war am 26. März 1889 — an die Vertreter der Familie gerichtet hatte. Auf dem Feste, das das Regiment aus Anlaß der Namensverleihung beging, vertrat Kleist mit seinem Vetter, dem damaligen Major im Generalstabe Georg v. Kleist, auf den er besonders große Stücke hielt, seine Familie. Er ließ von Fritz Hummel in Berlin, der auch ihn selbst gemalt hatte, im Namen der Familie das Bild des Kaisers für das Regiment malen. Gelegentlich fuhr er einmal mit einigen Offizieren, die er dazu einlud, hinaus nach Wannsee, um zu sehen, wie es mit dem Grabe seines großen Fa-

miliengenossen Heinrich v. Kleist bestellt sei. „Der Fußsteig nach dem Grabe ist schlecht," schrieb er damals, am 11. Juni 1883, „und innerhalb des Gitters geschieht auch nichts. Es erschwert meine Stellung etwas, daß der Prinz Friedrich Karl sich früher vorbehielt, alles selbst zu machen."

So kümmerte er sich um tausend Dinge, immer alles gründlich und mit praktischem Blick betreibend. Dabei schwanden seine Körperkräfte zusehends. Sein Hämorrhoidalleiden stellte sich immer wieder in beängstigender Weise ein. Die Bäder in Weilbach, die er lange Jahre nahm, nutzten nicht. Reisen nach Reichenhall und Wildungen brachten ebenfalls wenig Linderung. Einige böse Unfälle nahmen ihn auch sehr mit. Seit dem Tode seiner Gattin fühlte er sich oft recht einsam. Um ihn herum starb ein Freund nach dem andern. Moritz Blanckenburg, einige Zeit nach ihm auch mit dem Prädikate Exzellenz bedacht, starb am 3. März 1888. Ernst Constantin Ranke, mit dem er noch bis in die letzte Zeit brieflich hochgelehrte theologische, reich mit griechischen Zitaten gespickte Erörterungen geführt hatte, war am 30. Juli 1888 heimgegangen. Auch Hermann Wageners Tod hat er noch erlebt. Schede dagegen blieb ihm erhalten und überlebte ihn noch um anderthalb Jahre († 17. November 1893). Below-Hohendorf war schon am 9. März 1882 entschlafen. „Die Einsamkeit ist mir jedesmal ein Mittel, um so sehnsüchtiger das Leben in Gott zu suchen," schrieb Kleist im Mai 1886 an einen seiner beiden ihm gebliebenen Söhne. Ein ander Mal bekannte er seiner Schwiegertochter: „Mein Herz ist stille und fröhlich zu Gott. Wohl ist gerade in solcher Zeit meine Sehnsucht nach der geliebten Mutter groß." Wieder ein ander Mal bemerkte er: „Solche Einsamkeit ist oft ein Vorhof des Paradieses." Seine eigene körperliche Müdigkeit äußerte sich zuweilen auf eine für ihn tief schmerzliche Weise, indem er bei Predigten einschlief. Wenn der alte Mann das merkte, dann strafte er sich selbst, indem er aufstand und die Predigt stehend weiter anhörte; mit Besorgnis sahen die Angehörigen dem zu. Bis in seine letzten Tage kannte er keine Schonung seiner Person. In frühester Morgenstunde saß er schon bei der Arbeit. Unvergeßlich blieb es dem Superintendenten Gensichen, wie er ihn einst im Morgengrauen beim Bibellesen überraschte. „Wie

von dem Blick in die Ewigkeit zur Erde zurückkehrend schaute er sich um und gab mit seiner rührenden Freundlichkeit den erquickenden Morgengruß."

Jener letzte Vortrag am 3. Mai 1892 in der lutherischen Pastoralkonferenz zu Belgard wurde ihm bereits schwer. Es fiel den Freunden auf, daß er ihn ablas, was er sonst nicht tat. Eine schwere Erkältung steckte bereits in seinem Körper. Trotzdem reiste er am 5. zu einer Konferenz des Provinzialsynodalvorstandes nach Stettin. Während der Sitzung steigerte sich sein Unwohlsein, besonders ein böser Husten, zumal da er wiederholt in die Beratungen eingriff, so sehr, daß ihn endlich die Freunde bewogen, sich ins Bett zu legen. Am Tage darauf geleitete man ihn zur Bahn, um ihn so eilig wie möglich in sein Vaterhaus zu bringen. Zu der Lungenentzündung, die ihn erfaßt hatte, gesellte sich eine Brustfellentzündung. Eine der letzten Erquickungen für ihn war es, als man ihm zuflüstern konnte: „Der Kaiser läßt dich grüßen und dir Genesung wünschen." In der Frühe des 20. Mai 1892 stand sein Herz still. Ein tapferer Geist des Altpreußentums hatte den Konflikt mit dem Leben ausgekämpft.

Am 23. fand die Leichenfeier statt. Superintendent D. Rübesamen sprach. Kaiser Wilhelm II. entsandte zugleich im Namen der Kaiserin in das stille bescheidene Gutshaus seinen Flügeladjutanten Hauptmann v. Jacobi. Oberpräsident v. Puttkamer, Staatssekretär des Reichsschatzamts Freiherr v. Maltzahn-Gültz, Vizepräsident des Herrenhauses Freiherr v. Manteuffel und andere namhafte Männer waren herbeigeeilt, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Außer den beiden ihm gebliebenen Söhnen, der Tochter und der Schwiegertochter weilten zwei Enkel und eine Enkelin an seiner Bahre. Die Bürgermeister der Städte Polzin und Belgard, deren Ehrenbürger er gewesen war, und die Vertreter der Missionswerke, die er in seiner Heimat geschaffen hatte, erinnerten an sein gesegnetes Wirken im engeren Kreise. Im ganzen Lande wetteiferten die Zeitungen aller Schattierungen, von den konservativen, denen er zum Teil, wie der Kreuzzeitung und dem Reichsboten, jahrzehntelang ein hilfreicher Berater gewesen war, bis zu den liberalen, demokratischen und ultramontanen Stimmen,

ja bis zu den Sozialdemokraten, um dieſem ungewöhnlich ſtarken und lauteren Charakter ehrende Worte ins Grab nachzurufen. Die feinſte Würdigung ſtand in der demokratiſchen „Frankfurter Zeitung“. Der „Kladderadatſch“, ſein alter Freund von 1850 her, rief ihm in ehrlicher Anerkennung ſeines tapferen Weſens nach:

Ein Junker von echtem Schrot und Korn,
Keine Schlingpflanze, ſondern ein Dorn!
Er war von einer alten Art,
Die mit der Zeit recht ſelten ward:
Er ging nicht um den Brei herum,
Er ſah ſich nicht nach Gönnern um,
Sprach allzeit friſchweg von der Leber.
Was er auch war, er war kein Streber.

Im Herrenhauſe widmete ihm der Herzog von Ratibor am 27. Mai einen ergreifenden Nachruf. Bei der gerade am 22. Mai ſtattfindenden Grundſteinlegung zu dem Predigtſaal, deſſen Koſten aus der von Kleiſt veranſtalteten Sammlung beſtritten wurden, rief Stoecker in großer Bewegung, der treue pommerſche Ritter ohne Furcht und Tadel fehle bei der Feier, aber er grüße aus der Ewigkeit hernieder. Einen der wärmſten Nachrufe ſchrieb der Kleiſt wahlverwandte freikonſervative Parlamentarier Wilhelm v. Kardorff[1]). Wochenlang erſchienen tagtäglich in der Kreuzzeitung von Organiſationen, denen Kleiſt angehört hatte, tiefempfundene und ſchmerzbewegte Würdigungen.

Es ging ein Gefühl durch die Zeit, daß ein Mann aus ihr geſchieden war, deſſen Leben *ein Beiſpiel* genannt werden darf. In aller ſeiner Gebundenheit entbehrt dieſer treuherzige Sohn der pommerſchen Erde nicht wahrhafter Größe. Denn wenige ſind ſo ausgerüſtet geweſen mit der köſtlichſten aller Kräfte, welche Gott dem Menſchen verliehen hat, dem Willen. Nicht oft finden ſich die Männer, in deren Natur ſo viel Sturm ſteckt. Nicht viele verfügen über einen ſolchen Schatz großer politiſcher und religiöſer Leidenſchaft. Wenige ſind ſo bar von Menſchenfurcht. Und wenige zeigen ſich ſo frei von Selbſtſucht.

[1]) Im „Deutſchen Wochenblatt“, 26. Mai 1892.

Wie ein Ordensritter längst verklungener Tage ist Hans v. Kleist-Retzow durch seine Zeit geschritten, schon früh mit der Würde eines Patriarchen umkleidet, unablässig für seinen Gott und seinen König mit scharfem Schwert und wuchtiger Lanze zu streiten bereit, manchen abstoßend durch seine starre Einseitigkeit, die aber, die ihn kannten, entwaffnend durch seine reiche Liebesfülle und seinen goldechten Idealismus. So anachronistisch seine Erscheinung vielfach wirkte, so zeitgemäß und an ihrem Platze erwies sie sich in kritischen Perioden, wo es sich um die Beschirmung von Krone und Altar handelte, und seiner Zeit eilte er weit voraus, wenn es die Verwirklichung christlicher Grundsätze und die Inanspruchnahme des Staates für die Lösung sozialer Aufgaben galt. Inwieweit Kleist von Bedeutung für die Entwicklung der evangelischen Kirche gewesen ist, läßt sich noch nicht ermessen.

Sein Leben gewinnt seinen besonderen geschichtlichen Reiz durch die wandelreichen Beziehungen, die es zu den beiden ihre Zeit führenden Männern, dem großen Monarchen und dessen genialem Staatsmann, erhielt. Im Wesen und äußeren Auftreten gar sehr verschieden von der Mehrzahl der ostelbischen Junker, fühlte er sich doch in der Hauptsache mit ihnen gerade da eins, wo es sich um die Bewahrung und Erfüllung ihrer traditionellen Stellung handelte, und wurde darin ihr Führer. Und niemals ließ sich doch auch in ihm jene angeborene Herrennatur verkennen, die dem altpreußischen Junkertum den Stempel aufdrückt. So kann er, wenn er als geschichtliche Persönlichkeit gewürdigt werden soll, von seinen Standesgenossen nicht getrennt werden. Das altpreußische Junkertum hat in der Zeit Bismarcks, der selbst durch seinen weltgeschichtlichen Beruf weit aus dessen Rahmen hinausgehoben wurde, gewiß begabtere Vertreter in seiner Mitte gezählt. Keiner aber hat unter den Rufern dieser Klasse im parlamentarischen Streite eine so weitreichende und andauernde Wirksamkeit entfaltet, wie er, und keiner unter ihnen zeigt eine so ausgeprägte, scharf umrissene Charaktergestalt.

Perſonenregiſter [1])

A.

Abeken, Heinrich 122.
Achenbach, Andreas, Maler 281.
Achenbach, Heinrich, Miniſter 466.
Achenbach, Oswald, Maler 281.
Ackermann, Parlamentarier 504.
Albrecht, Juriſt 45. 47.
d'Alembert, Enzyklopädiſt 530.
Alexander der Große 40.
Alexandrine, Großherzogin von Mecklenburg, ſ. Mecklenburg.
Altenſtein, v., Miniſter 27. 44.
Alvensleben-Erxleben, Graf v., Miniſter 90. 124. 147.
Alvensleben-Erxleben, Graf v., Politiker 464.
Andrae (Roman), Alexander 92. 131. 313. 364. 372. 373. 374. 375. 376. 414. 428. 449. 459. 476. 477. 480. 501. 508. 520. 522. 535.
Anhalt-Deſſau ſ. Deſſau.
Arnim, v., Oberſt 21.
Arnim, Harry, Graf v. 417.
Arnim-Boitzenburg, Graf v., Miniſter 78. 130. 131. 133. 177. 223. 326. 327. 365. 366. 425. 533.
Arnim-Heinrichsdorf, Graf v., Miniſter 170.
Arnim-Heinrichsdorf, v., Parlamentarier 233. 453. 455.
Auerswald, Rudolf v. 192. 193. 198. 242. 243. 247. 334.
Auguſta, deutſche Kaiſerin 115. 116. 136. 192. 194. 196. 197. 199. 201. 217. 218. 220. 221. 259. 282. 283. 297. 299. 300. 301. 385. 417. 442. 474. 480.
Auguſta Viktoria, deutſche Kaiſerin 516. 541.
Auguſtenburg, Friedrich, Herzog von 363. 367.

B.

Bach, J. S. 284.
Bachem, Buchdrucker 211.
Bachem, Bürgermeiſter 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223.
Bamberger, Ludwig 483.
Barkhauſen, Oberkirchenratspräſident 520.
Bauer, Buchdrucker 144.
Bauer, Generalkommiſſar 180.
Baumbach, Dr., Parlamentarier 504.
Baur, Hofprediger 435.
Bayard, franz. Dichter 56.
Bebel, Auguſt 473.
Beckerath, Abgeordneter 183.
Below, v., auf Saleske 450.
Below, Alexander v., auf Hohendorf 18. 114. 124. 125. 128. 129. 162. 170. 292. 309. 310. 312. 332. 352. 360. 365. 368. 396. 407. 418. 419. 437. 438. 439. 444. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 540.
Below, Guſtav v., auf Rebbentin 12. 13. 14. 16. 17. 124. 162.
Below, Heinrich v., auf Seehof 12. 13. 14. 17. 124. 162.
Below, Karl v., auf Gatz 12. 14. 17. 124. 162.
Benda, v., Parlamentarier 517.
Benedetti, Diplomat 403.

[1]) Der Titelheld, die Anmerkungen und die Vorrede ſind nicht berückſichtigt.

Bennigsen, Rudolf v. 521.
Bergmann, Jurist 45.
Berlepsch, Freiherr v., Minister 254. 504.
Bernhard, Herzog von Sachsen-Weimar 299.
Bernhardi, Theodor v. 235. 342. 343. 438.
Bernstorff, Graf v., Minister 339.
Bernuth, v., Minister 334. 356.
Bethmann-Hollweg, v., Minister 95. 130. 131. 132. 133. 137. 147. 170. 173. 202. 203. 223. 225. 226. 227. 230. 252. 274. 309. 330. 331. 334. 391. 528.
Beutner, Publizist 440. 460.
Beyschlag, Wilibald, Theologe 60. 433. 513.
Biernatzki, Geistlicher 363.
Bindewald, Geheimrat 66. 118. 147. 418.
Bismarck, Ferdinand v. 387.
Bismarck, Herbert v., Fürst 159. 160. 357. 519.
Bismarck, Johanna v., Fürstin, geb. v. Puttkamer 15. 17. 18. 64. 94. 95. 129. 136. 153. 157. 158. 159. 171. 175. 185. 186. 187. 189. 338. 350. 357. 378. 383. 474. 476. 477. 517. 519.
Bismarck, Marie, Gräfin v., s. Rantzau.
Bismarck, Otto v., Fürst 3. 15. 17. 18. 59. 60. 62. 69. 90. 93. 94. 95. 114. 116. 117. 118. 124. 125. 127. 129. 131. 132. 136. 138. 139. 147. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 163. 164. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 189. 190. 191. 192. 193. 195. 196. 207. 208. 213. 215. 216. 217. 225. 227. 228. 229. 230. 232. 240. 244. 268. 284. 287. 292. 298. 308. 309. 311. 312. 333. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 395. 396. 399. 400. 408. 404. 406. 408. 409. 410. 411. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 431. 432. 436. 437. 438. 439. 440. 442. 443. 444. 445. 447. 448. 450. 451. 452. 453. 454. 456. 460. 461. 462. 465. 466. 467. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 481. 482. 483. 485. 486. 487. 488. 490. 491. 496. 497. 501. 502. 503. 507. 508. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 525. 528. 529. 533. 536. 543.
Bismarck-Bohlen, Graf v., Landtagsmarschall 129.
Blanckenburg, v. 26.
Blanckenburg, v., auf Cardemin 13.
Blanckenburg, Marie v., geb. v. Thadden 17. 68. 69. 93. 94. 153.
Blanckenburg, Moritz v., auf Zimmerhausen 17. 68. 69. 78. 93. 94. 138. 230. 312. 328. 333. 338. 339. 340. 348. 351. 352. 359. 366. 373. 376. 382. 387. 389. 390. 392. 404. 406. 407. 408. 412. 413. 415. 416. 417. 418. 419. 429. 437. 442. 443. 444. 448. 450. 451. 460. 461. 462. 463. 465. 499. 540.
Blankenburg, v., Hauptmann 12.
Bleibtreu, Georg, Maler 281.
Blind, Demokrat 373.
Blücher, Fürst v., Feldmarschall 306. 441. 443. 509.
Blum, v., Leutnant 144.
Blumhardt, Pfarrer 305. 306. 322.
Bodelschwingh, Karl v., Minister 176. 225. 250. 251. 252. 271. 281. 380. 381. 455. 474.
Boeckh, Philologe 28.
Boecklin, Arnold 280.
Böger, Arzt 291.
Böhme, Irvingianer 66.
Böhme, Jakob, Philosoph 16.
Börne, Ludwig 26.
Böttger, Redakteur 213.
Böttticher, v., Minister 503.
Bogislaw X., Herzog von Pommern 3. 4.
Bonin, v., Kriegsminister 334.
Bonin, v., Oberpräsident 114.
Bonin, v., auf Wulfflatzke 454. 455.
Bonitz, Hermann, Schulmann 32.
Borcke, v. 8.
Borcke, Anton v. 18.
Borcke, Auguste v., s. v. Kleist-Retzow.
Borcke, Sophie v., s. v. Glasenapp.
Borries, v., Landrat 456.
Bosse, Robert, Minister 224. 287. 435. 532.
Brandenburg, v., Graf, Minister 138.

139. 141. 142. 154. 158. 161. 162. 165. 166. 169. 218. 335. 336.
Brauchitsch, v., Parlamentarier 466.
Braun, Gutspächter 149. 150. 151.
Brenckenhoff, v., Kolonisator 8. 230.
Brenner, v., Minister 213.
Brentano, Klemens 61.
Breßler, Graf v. 129.
Brückner, Wegebaumeister 104. 105. 141.
Brüggemann, Redakteur 210.
Brühl, Graf 271.
Brühl, Graf, Herrenhausmitglied 407.
Bruns, Gutsbesitzer 71. 79.
Budberg, v., Gesandter 223. 224.
Buddensieg, Theologe 32.
Büchsel, Generalsuperintendent 185. 228. 392. 399. 433.
Bülow, v., Graf, Minister 149.
Bülow-Cummerow, v., Politiker 9. 82. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 160. 161.
Bugenhagen, Johannes 4.
Bunsen 225. 226.
Busch, Moritz 357. 425.
Busse, v., Landrat 180. 454.
Butzke, Tagelöhner 143.
Butzke, Kreissekretär 83.

C.

Calandrelli, Bildhauer 526.
Camphausen, Ludolf 113. 313. 387.
Camphausen, Otto, Finanzminister 416. 421. 460. 461. 463. 466.
Canitz, v., und Dallwitz, Freiherr, Minister 147.
Caprivi, v., Oberlandesgerichtsrat 64. 520.
Caprivi, Leo v., Graf 520. 522. 527. 530. 531.
Carmer, Graf v., Parlamentarier 464.
Cato 450.
Cavour 337.
Chamisso 240.
Chevalier de Chatelain, Dichter 405.
Chorinski, Schriftsteller 494.
Clairon d'Haussonville, Graf, Präsident 538.
Claudius, römischer Kaiser 371.
Claudius, Matthias 63.
Cohen-Blind 373.
Contzen, Bürgermeister 258.
Cremer, D., Theologe 478.
Croix, de la, Ministerialdirektor 51. 64. 243. 273.
Curtius, Georg, Philologe 261.

D.

Dahlmann, Historiker 45. 46. 47. 161.
Deger, Maler 280. 281.
Delbrück, Rudolf 463. 483. 485.
Delius, Oberregierungsrat 199. 239. 240. 295.
Dernburg, Jurist 407. 480.
Dessau, Fürst Leopold von Anhalt-D. 6.
Dessau, Fürst Moritz von Anhalt-D. 6. 7.
Diepenbrock, v., Fürstbischof 147.
Diergardt, Freiherr v., 87. 247. 343.
Diest, Gustav v., Präsident 216. 244. 263. 264. 270. 279. 284. 301. 474.
Diest, Otto v., Landrat, auf Daber 244. 277. 278. 279. 428.
Dieterici, Statistiker 42.
Dietrich, Schulpförtner 32.
Dohm, Ernst 169.
Dohna, Graf v., Feldmarschall 278.
Dohrn, Dr., Parlamentarier 508.
Dryander, Superintendent 319.
Dryander, Ernst, Generalsuperintendent 319. 521. 534.
Duncker, Max 354.
Dunin, Erzbischof 53.

E.

Eck, Unterstaatssekretär 243. 244. 284. 291. 301.
Eck, Frau, geb. v. Wißmann 284.
Eckermann 397.
Eichhorn, Minister 54. 55.
Eichler, Superintendent 478.
Eichmann, v., Minister 135.
Elisabeth, Königin von Preußen 176. 314. 318.
Elsner, v., Kammerherr 131.
Engel, Bote Bismarcks 384.
Erbkam, Fräulein 55.
Erdmann, Philosoph 42.
Ernst August, König von Hannover 47.
Ernsthausen, v., Oberpräsident 263. 265.
Euen, Superintendent 392. 433.
Eugenie, Kaiserin 404.

Eulenburg, Botho, Graf zu, Minister 482. 531.
Eulenburg, Fritz, Graf zu, Minister 135. 287. 354. 380. 382. 390. 437. 439. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 466. 482.
Ewald, Orientalist 49.
Eynern, v., Parlamentarier 514.

F.

Fabri, Theologe 421. 518.
Falk, Kultusminister 395. 415. 416. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 467. 512. 528.
Finckenstein, Graf v., 170.
Florencourt, Franz v., Publizist 207. 209. 210. 211. 212. 214. 427. 428.
Flottwell, v., Minister 259. 299.
Flottwell, v., Parlamentarier 494.
Fonk, Landrat 244.
Forckenbeck, v., Parlamentarier 444. 466. 472. 473.
Fouqué, Dichter 240.
Franckenstein, Freiherr v., Parlamentarier 508.
Freiligrath 281. 508.
Frick, Geheimrat 524.
Friedberg, Kirchenrechtslehrer 412.
Friedberg, Minister 260. 496.
Friedrich der Große 4. 6. 7. 8. 19. 20. 40. 41. 97. 358. 530.
Friedrich, Kaiser 115. 285. 288. 354. 355. 383. 384. 510. 517. 525. 539.
Friedrich, Kaiserin 285. 480.
Friedrich, Großherzog von Baden 221. 222.
Friedrich, Prinz von Preußen 281.
Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, s. Mecklenburg.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen 540.
Friedrich Wilhelm I. 19.
Friedrich Wilhelm III. 11. 33. 38. 41. 130. 150. 293. 371.
Friedrich Wilhelm IV. 10. 18. 19. 38. 39. 40. 45. 54. 64. 76. 77. 85. 89. 102. 104. 107. 108. 110. 111. 112. 113. 126. 130. 138. 139. 141. 142. 143 148 149. 150. 151. 152. 156. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 170. 174. 177. 179. 181. 188. 192. 193. 195. 196. 197. 201. 206. 207. 210. 211. 216. 218. 219. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 229. 230. 231. 235. 236. 238. 239. 240. 242. 247. 248. 249. 250. 251. 256. 260. 268. 271. 275. 277. 278. 279. 281. 282. 285. 288. 289. 292. 296. 297. 298. 299. 312. 314. 321. 323. 324. 330. 333. 334. 335. 388. 392. 401. 467. 509.
Fritsche, v., Regierungspräsident 75. 78. 86. 87. 98. 107. 108. 141. 189. 192.
Fürstenberg-Stammheim, Graf v. 147. 202. 203. 247.

G.

Gaertner, v., Oberregierungsrat 243.
Gagern, Heinrich v., Freiherr 387.
Gamp, Gutsbesitzer 321.
Gans, Jurist 51.
Gaudy, Friedrich v., Freiherr, Dichter 110.
Gauß, Mathematiker 46. 67.
Gefficken, Heinrich, Jurist 436. 513.
Geibel, Emanuel 407.
Geißel, Erzbischof 255. 256.
Gellhorn, Mathilde v., geb. v. Kleist 539.
Gensichen, Superintendent 540. 541.
Georg V. von Hannover 215. 427.
Gerlach, v. 8.
Gerlach, Agnes v. 175.
Gerlach, Berndt, v. 366.
Gerlach, Leopold v., General 60. 63. 66. 76. 78. 118. 119. 126. 133. 135. 138. 139. 142. 152. 154. 155. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 170. 174. 175. 176. 177. 181. 191. 194. 195. 196. 203. 208. 209. 224. 225. 226. 228. 229. 230. 231. 232. 234. 235. 239. 240. 248. 259. 260. 271. 272. 279. 286. 287. 288. 289. 292. 295. 297. 308. 309. 311. 312. 313. 321. 333. 366. 368. 398. 440. 461. 477.
Gerlach, Ludwig v., Oberlandesgerichtspräsident 59. 60. 61. 62. 65. 66. 67. 68. 85. 89. 90. 94. 95. 96. 118. 119. 121. 126. 129. 132. 133. 134. 138. 139. 147. 155. 156. 160. 163. 164. 165. 167. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 194. 195. 196. 204. 206. 224. 228. 230. 232. 233. 234. 238. 240. 241. 248. 250. 253. 259. 260. 270. 271. 276. 282.

284. 287. 289. 297. 298. 302. 309. 310. 311. 312. 313. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 345. 346. 347. 348. 349. 352. 356. 361. 362. 364. 366. 367. 368. 370. 371. 372. 373. 375. 376. 377. 378. 382. 384. 385. 388. 396. 398. 418. 419. 438. 439. 440. 441. 453. 461.
Gerlach, Otto v. 48. 49. 58.
Geselschap, Maler 281.
Gesenius, Theologe 21.
Gichtel, Theosoph 16.
Gideon 228.
Glasenapp, v., Leutnant, auf Gramenz 12.
Glasenapp, v., geb. v. Borcke, Auguste, s. v. Kleist-Retzow.
Glasenapp, Emma v. 20. 30.
Glasenapp, Luitgarde v., s. v. Puttkamer.
Glasenapp, Sophie v., geb. v. Borcke 19.
Goercke, Pastor 315.
Görres, Joseph 15.
Goeschel, Jurist 67. 68.
Goethe 102. 197. 240. 319. 397.
Goetze, Präsident 61. 67. 295.
Goltz, v. d., Landrat, d. ä. 148.
Goltz, v. d., Landrat, d. j. 453. 454.
Goltz, Otto, Graf v. d. 113. 140.
Goltz, Robert, Graf v. d., Diplomat 147. 155. 197. 354. 384.
Goßler, v., Minister 520. 528. 529.
Goßner, Theologe 160.
Gottberg, v., Parlamentarier 441.
Gottschalk, Apotheker 19.
Gramont, Herzog von 357.
Grimm, Arzt 188.
Grimm, Jakob 45. 47.
Gröben, Graf v. d., General 38. 278.
Gröben, Graf v. d., Herrenhausmitglied 407.
Gude, Maler 281.

H.

Haas, Landforstmeister 262.
Hänel, Parlamentarier 472. 487.
Hagen, v., auf Langen 70. 71. 321.
Hagen, v., Landrat 454.
Haller, Albrecht v. 95. 440.
Halm, Domkapitular 242.
Halm, Oberregierungsrat 241. 242. 243. 246. 283.
Hamel, Oberlandbaumeister 263.
Hammers, Oberbürgermeister 281.
Hammerstein, Wilhelm v., Freiherr, Politiker 401. 512. 513. 514.
Hann, v., General 277.
Hanne, Pastor 397.
Hanne, Professor 397.
Hansemann, David 122. 123. 126. 127. 131. 132. 134. 135. 160. 199. 313. 325. 326.
Haraszowitz, Abgeordneter 140.
Hardenberg, Fürst, Staatskanzler 123. 130. 332.
Harkort, Fritz 148. 149. 151. 155. 208.
Harleß, Theologe 396.
Harms, Ludwig, Pietist 58.
Harnack, Adolf 103.
Hasse, Professor 261.
Hasselbach, Oberbürgermeister 341. 342. 345.
Hasselbach, Sozialdemokrat 473.
Hassenpflug, H. D. 68.
Haupt, Erich, Theologe 60.
Heffter, Abgeordneter 226. 229.
Hegel, Abgeordneter 503.
Hegel, Konsistorialpräsident 434.
Hegel, Philosoph 51. 108.
Hein, Feldmesser 141.
Helldorff, v., auf Bedra, Parlamentarier 244. 464. 475. 525. 526. 531. 532.
Hengstenberg, Professor der Theologie 58. 176. 287. 292. 357. 360. 363. 391. 392. 394. 395. 397. 398. 399. 457.
Herder 197.
Hermes, Oberkirchenratspräsident 520.
Herrfurth, Minister 523. 524. 526.
Herrmann, Emil, Oberkirchenratspräsident 429. 520.
Hertefeld, v. 311.
Heydt, Karl v. d. 214.
Heydt, v. d., Minister 190. 207. 224. 250. 253. 257. 268. 275. 278. 334. 336. 339. 342. 343. 380. 536.
Heyking, Alfred, Freiherr v. 32.
Hiller v. Gärtringen, Landtagsmarschall 129.
Hinckeldey, v., Polizeipräsident 210. 211. 227. 259. 260. 277. 278.
Hirschfeld, General v. 277.
Hitze, Parlamentarier 503.
Hochberg, Gräfin 516.

Hodenberg, Freiherr v. 345.
Hödel 469. 470. 485.
Hoensbroech, Graf 205.
Höpker, Hauptmann 484.
Hoffmann, Generalsuperintendent 286.
Hofmann, Minister 498.
Hohenlohe-Ingelfingen, Kraft, Prinz zu 200.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst zu 47.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Viktor, Prinz zu, s. Herzog von Ratibor.
Hohenzollern, Karl Anton, Fürst von 281. 354.
Holstein, Prinz v., General 301.
Holtz, v., auf Alt-Marrin 458.
Holzbrinck, Minister 336.
Holzer, Dompropst 243.
Homeyer, Jurist 41. 328.
Horaz 435.
Horn, Landrat 524.
Horn, Oberpräsident 466.
Horst, v. d., Freiherr 456.
Hotho, Dr., Dozent 42.
Huchzermeier, Superintendent 459.
Hübner, Julius, Maler 280.
Humboldt, Alexander v. 46. 101.
Hummel, Fritz, Maler 539.
Hyrtl, Anatom 483. 484.

J.

Jacobi, v., Flügeladjutant 541.
Jacobi, Lehrer in Schulpforta 30.
Jacobi, F. A., Lehrer in Schulpforta 27. 30. 34.
Jacobi, F. A., Frau 27. 30. 34.
Jacobi, F. H., Philosoph 281.
Jacobi, Joel, Journalist 212.
Jacoby, Johann, Demokrat 142. 240.
Jagow, v., Minister 243. 246. 247. 359.
Jahn, Gustav, Missionar 63.
Jahn, Karl, Hofprediger 63.
Jaspis, Generalsuperintendent 321.
Jentsch, Fleischer 97. 147.
Ilgen, Schulmann 27. 29. 34.
Illaire, Kabinettsrat 222. 289.
Johann, Erzherzog von Österreich, Reichsverweser 176.
Itzenplitz, Graf v., Minister 360. 536.
Juncker (von Ober-Conreut), Polizeidirektor 218. 220. 253. 257. 283.

K.

Kahnis, Theologe 61. 62. 66.
Kaiphas, Hoherpriester 520.
Kalckreuth, Graf v., Maler 281.
Kamptz, v., Minister 26.
Kamptz, v., Regierungspräsident 454. 455.
Kanitz, Graf 228.
Kanitz-Podangen, Graf, Parlamentarier 464.
Kardorff, v., Parlamentarier 408. 463. 542.
Karl IX., König von Frankreich 405.
Karl, Prinz von Preußen 224.
Karl August, Großherzog von Sachsen 197.
Kaupisch, Regierungsrat 221.
Keipp, Redakteur 215.
Keller, Jurist 147. 152.
Keudell, Robert v. 170.
Keyserling, Alexander, Graf v. 415. 519.
Kirchner, Rektor von Schulpforta 34.
Kleist, v. 75.
Kleist, v., der „grüne Kleist", General 4. 5.
Kleist, v., Generalleutnant 299.
Kleist, Graf v., Referendar 244.
Kleist, v., Fräulein 539.
Kleist, v., geb. v. Blankenburg 12. 38.
Kleist, v., Landrat, auf Dubberow 110.
Kleist, v., geb. v. Wussow, in Zarnekow 12.
Kleist, Adolf v., Obertribunalpräsident, der „lange Kleist" 5. 39. 45. 54. 324. 343. 386. 387. 388. 538. 539.
Kleist, Ewald v. 4.
Kleist, Ewald Georg v., Hofgerichtspräsident 4. 5.
Kleist, Franz Alexander v. 4.
Kleist, Franz Ulrich v., Generalleutnant 4.
Kleist, Georg v., pomm. Kanzler 3.
Kleist, Georg v. (Generalleutnant) 539.
Kleist, Hans Christian v., Kleist-Retzows Urgroßvater 6.
Kleist, Heinrich v. 5. 59. 388. 540.
Kleist, Henning Alexander v., Feldmarschall 4.
Kleist, Jakob v., pomm. Kanzler 4.

Kleist, Jakob v., pomm. Rat 6.
Kleist, Marie Charlotte v., geb. v. Retzow 6. 7. 11.
Kleist, Peter v., Hauptmann von Neustettin 3. 6.
Kleist, Peter Christian v., Oberst, Kleist-Retzows Großvater 6. 7. 8. 41.
Kleist, Pribislaw v., bischöfl. Kanzler 4.
Kleist v. Nollendorf, Graf, Feldmarschall 4. 5. 539.
Kleist-Retzow, v., Bruder von Hans 91.
Kleist-Retzow, Auguste v., verwitwet gewesene v. Glasenapp, geb. v. Borcke, Kleist-Retzows Mutter 12. 18. 14. 15. 18. 19. 20. 21. 22. 25. 34. 43. 44. 51. 58. 73. 79. 85. 92. 93. 96. 97. 101.
Kleist-Retzow, Charlotte v., geb. Gräfin Stolberg-Wernigerode, Kleist-Retzows Gattin 93. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 252. 283. 291. 292. 297. 298. 300. 301. 313. 314. 316. 317. 320. 321. 322. 323. 387. 474. 475. 479. 509. 510. 538. 540.
Kleist-Retzow, Elisabeth v., Kleist-Retzows Tochter 93. 318. 479. 480. 510. 541.
Kleist-Retzow, Ferdinand v., Major, Bruder Kleist-Retzows 37. 38. 39. 40. 80. 91. 102. 172.
Kleist-Retzow, Friedrich Wilhelm v., Sohn Kleist-Retzows 292. 317. 480. 509.
Kleist-Retzow, Hans Anton v., Sohn Kleist-Retzows 283. 292. 318. 322. 456. 465. 470. 480. 510. 541.
Kleist-Retzow, Hans Jürgen v., Landrat, Kleist-Retzows Vater 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 18. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 29. 34. 37. 38. 39. 40. 41. 51. 58. 70. 71. 72. 73. 82. 83. 84. 85. 91. 110. 125. 230. 314. 481.
Kleist-Retzow, Jürgen Christoph v., Sohn Kleist-Retzows 46. 50. 292. 317. 456. 459. 465. 470. 471. 478. 479. 492. 493. 500. 501. 303. 506. 507. 508. 509. 510. 520. 537. 541.
Kleist-Retzow, Ruth v., geb. Gräfin Zedlitz-Trützschler, Schwiegertochter Kleist-Retzows 475. 509. 510. 520. 526. 530. 540. 541.
Klemens Wenzeslaus, Kurfürst von Trier 196.
Kliefoth, Theologe 396.
Klützow, v., Parlamentarier 247. 248.
Knak, Gustav, Pfarrer 92. 142. 185. 349. 350. 351. 392. 397. 398. 425.
Knebel-Döberitz, v., Landrat 454.
Koberstein, Literaturhistoriker 27. 36.
Kögel, Rudolf 169. 274. 394. 434. 435. 481. 534.
Königsmarck, Graf, Minister 416.
Körte, Biograph Thaers 240.
Kolping, Gesellenvater 270. 285.
Kopernikus 397. 398.
Koppe, Abgeordneter 226. 229.
Koscielski, v., Parlamentarier 491. 492.
Kottwitz, Baron v. 13. 27. 56. 57. 58. 287.
Krafft, Pastor 204.
Krassow, Graf, Parlamentarier 166. 169. 170. 289. 396. 456. 464. 478.
Kratz, Gustav, Dr., Archivar 539.
Krementz, Erzbischof 413.
Kretzer, J. Th. 293.
Kries, v., Oberregierungsrat 78. 79. 80.
Krockow, v. 8.
Krockow, Anton v., General 20.
Kröcher, v., Referendar 244.
Kröcher, v., Herrenhausmitglied 422. 423. 439. 441. 444. 446. 447. 464.
Kruse, Heinrich, Publizist 210.
Kühlwetter, Minister 135. 199. 250. 253. 255. 258. 259. 295.
Kullmann, Böttchergeselle 414.
Kurland, Ferdinand, Herzog von 82.
Kypke, Pastor 539.

L.

Lachmann, Philologe 54.
Lancizolle, v., Jurist 41. 68. 187.
Landfermann, Schulmann 202. 273. 274.
Lasker, Eduard 406. 460. 461.
Lassalle, Ferdinand 409.
Lavater 58.
Lehndorff, Graf v. 464.
Lenz, Superintendent 350.
Leo, Heinrich, Historiker 169.

Leonhardt, Justizminister 48. 435.
Leopold v. Dessau, s. Dessau.
Lepsius, Gustav, Geh. Regierungsrat 32. 51. 54. 56. 57. 64.
Lepsius, Richard, Ägyptologe 27. 29. 30. 82. 33.
Lessing, G. E. 42. 240.
Lessing, K. F., Maler 281.
Levetzow, v., Parlamentarier 487.
Lezay-Marnesia, Präfekt 306.
Liebtke, Buchhalter 87.
Limburg-Stirum, Graf, Parlamentarier 514.
Lippe, Graf zur, Minister 328. 356. 380. 407. 432. 433. 464.
Lisco, Prediger 397.
Lisco, F. G., Prediger 43. 51. 397.
Lotti, Komponist 284.
Lucca, Pauline, Sängerin 476.
Luise, Königin von Preußen 82.
Luise, Großherzogin von Baden 222. 387. 480.
Luthardt, Ernst, Theologe 430. 433.
Luther, Martin 330. 362. 398. 432. 472.

M.

Macaulay 499.
Machiavell 40.
Madai, v., Guido 32.
Märker, Justizminister 127.
Magdeburg, Regierungspräsident 264.
Magnus, Physiker 51.
Mallinckrodt, v. 247.
Maltzahn, Freiherr v., Staatssekretär 541.
Maltzahn-Roidin, Freiherr v., Herrenhausmitglied 431.
Manteuffel, v. 73. 75. 78. 81.
Manteuffel, v., auf Collatz 73.
Manteuffel, v., auf Ziegelwiese 73.
Manteuffel, Edwin, Freiherr v., Feldmarschall 176. 228. 284. 291. 292. 334. 336. 339. 363. 471.
Manteuffel, v., Frau des Feldmarschalls, geb. v. Witzleben 291.
Manteuffel, Erasmus v., Bischof 81.
Manteuffel, Karl, Freiherr v., Minister 210. 212. 233. 250. 259. 266. 272. 297. 332.
Manteuffel, Otto, Freiherr v., Ministerpräsident 138. 147. 160. 161. 163. 164. 165. 175. 177. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 205. 211. 213. 214. 215. 218. 224. 225. 229. 230. 231. 233. 239. 240. 247. 248. 250. 251. 259. 272. 296. 297. 298. 337. 347. 357. 387.
Manteuffel, Otto, Freiherr v., Parlamentarier 541.
Marianne, Prinzessin von Preußen, geb. Prinzessin von Hessen-Homburg 188. 190.
Marschall, Freiherr v., Parlamentarier 494.
Marwitz, v. d., auf Friedersdorf 238.
Marx, Karl 207.
Massenbach, v., Referendar 244.
Massenbach, v., Regierungspräsident 289.
Mathis, Präsident des evang. Oberkirchenrats 309. 391. 429.
Maurenbrecher, Wilhelm, Professor 513.
Maybach, v., Minister 537.
Mecklenburg-Schwerin, Großherzog von 196.
Mecklenburg-Schwerin, Großherzogin von 196.
Meding, v., Oberpräsident 332. 399.
Meding, Oskar (Gregor Samarow) 215. 216.
Meinecke, Finanzrat 325.
Meinhold, Karl, Superintendent 321. 392. 399. 433. 436. 454. 478.
Meinhold, Wilhelm, Pastor 392.
Melchers, Erzbischof 392.
Merckel, v., Dichter 144.
Merle d'Aubigné, Prediger 95.
Metternich, Fürst, Staatskanzler 44. 149.
Meusebach, v., Abgeordneter 155.
Meusebach, v., Präsident 56. 155.
Meyer, v. (Arnswalde), Landrat 129. 132. 441.
Meyer, Jürgen Bona, Professor 513.
Minnigerode, Freiherr v., Parlamentarier 483.
Miquel, Johannes v. 518. 521. 530. 534. 537.
Mirbach, Graf v., Parlamentarier 464.
Mittnacht, Freiherr v., Minister 519.
Möller, Eduard v., Oberpräsident 198. 199. 207. 211. 246. 247. 248. 249. 253. 256. 257. 261. 292. 293. 294. 295. 296. 299. 339. 392. 393.
Molière 56.
Molitor, Maler 281.

Moltke, Helmuth, Graf v., Feldmarschall 423. 425.
Mooren, Abgeordneter, 262.
Moritz v. Dessau, s. Dessau.
Motz, v., Finanzminister 9.
Mühlenbruch, Jurist 44. 45. 46.
Mühler, v., Kultusminister 339 366. 390. 394. 395. 399. 400. 420. 421. 422. 423. 426. 528.
Mühler, Adelheid v. 394.
Müller, Karl, Maler 280.
Müller, Otfried, Archäologe 46.
Münchhausen, v., Oberpräsident 416.

N.

Nagel, Pastor 68.
Napoleon I. 38. 384.
Napoleon III. 373. 404.
Nasse, Berthold v., Oberpräsident 243. 307.
Nasse, Erwin, Nationalökonom 208. 209. 265. 492.
Nathusius, Philipp v., Schriftsteller 169. 392.
Nathusius, v., auf Ludom, Publizist 440. 441. 442. 460. 461. 462. 463.
Nelson, Admiral 443.
Neue, Lehrer in Schulpforta 28.
Niebelschütz, v., Redakteur 463.
Niebuhr, Markus, Kabinettsrat 165. 176. 193. 233. 287. 289. 310.
Nievert, Propst 363.
Nievert, dessen Frau 363.
Nikolaus I., Zar 224. 510.
Nobiling, Strombaumeister 263.
Nobiling, Karl 469. 486.
Nonne, Dichter 405.
Nostradamus, Astrolog 405.

O.

Oberlin, Pfarrer 64.
Oertzen, v. 26.
Oetker, Parlamentarier 395.
Oheimb, v., Minister 243. 277. 279.
Oppenfeld, v., Gutsbesitzer 120. 128. 172. 351.
Oppenheim, Bankier 54.
Otto I., Kaiser 94. 476. 491.
Otto, Superintendent 286.

P.

Palestrina, Komponist 284.
Palmerston, Lord 510.
Patow, Freiherr v., Minister 78. 122. 123. 131. 160. 299. 325. 327. 334. 335. 387. 466.
Peguilhen, v., Publizist 265.
Perrot, Franz, Schriftsteller 462. 463.
Persius, Geheimrat 440.
Perthes, Professor 194. 200.
Pertz, Historiker 369.
Peters, Dr. Karl 498.
Petersdorff, Gustav v., Leutnant 8.
Pfuel, v., Minister 138.
Philippsborn, Geheimrat 68.
Pinehas 228.
Pinto, Graf 129. 311.
Pippin der Kleine 94.
Pius IX. 413. 414. 417.
Plötz, v., Minister 174.
Plötz, v., Parlamentarier 129. 326. 399.
Pötter, Generalsuperintendent 538.
Pommer-Esche, v., Oberpräsident 253. 259. 299.
Posegel, Postbote 36.
Post, C. F., Buchhändler 144.
Pourtalès, Graf, Diplomat 113.
Pückler, Graf, Hofmarschall 283.
Pückler, Graf, Minister 334.
Pückler, Fürst (Muskau) 299.
Putbus, Fürst 162.
Puttkamer, v. 8.
Puttkamer, Frau v., geb. v. Kleist, auf Versin 12.
Puttkamer, Franz v., auf Versin 12.
Puttkamer, Franz v., d. j., auf Versin 12.
Puttkamer, Heinrich v., auf Reinfeld 12. 13. 16. 17. 64. 114. 124.
Puttkamer, Johanna v., s. Fürstin Bismarck.
Puttkamer, Luitgarde v., geb. v. Glasenapp 12. 13. 14. 15. 16. 17. 43. 44. 58. 64. 79. 93. 94. 96. 114. 124. 153. 313.
Puttkamer, Robert v., Minister 479. 517. 523. 525. 526. 527. 528. 541.

Q.

Quadt, v., Landrat 244. 354.

Quast, v., Konservator 91.
Quehl, Publizist 214. 229. 230. 231. 259.
Quistorp, Johannes, Industrieller 508.

R.

Radowitz, Joseph v. 95. 158. 162. 167. 168. 174.
Radziwill, Fürst 118.
Ranke, Ernst, Professor der Theologie 31. 33. 35. 37. 43. 44. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 55. 56. 57. 58. 59. 63. 64. 65. 83. 84. 95. 96. 97. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 109. 152. 166. 171. 187. 204. 207. 208. 233. 268. 270. 284. 307. 348. 350. 361. 362. 386. 387. 395. 410. 458. 471. 538. 540.
Ranke, Ferdinand, Schulmann 27. 30. 48. 49.
Ranke, Heinrich, Theologe 31. 53.
Ranke, Leopold v., Historiker 27. 31. 42. 52. 54. 55. 101. 103. 347. 389. 401.
Rantzau, Graf v. 477.
Rantzau, Marie, Gräfin v., geb. v. Bismarck 136. 476.
Rantzau, Fräulein v. 186.
Ratibor, Viktor, Herzog von 48. 542.
Rauch, v., Generaladjutant 138. 166.
Rauchhaupt, v., Parlamentarier 512. 514. 525. 526. 527.
Raumer, v., Minister 209. 250. 253. 261. 271. 272. 273. 281. 295. 398.
Rechenberg, Bernhard, Freiherr v., Superintendent 31. 37. 43. 44.
Reck, Freiherr v. d., Landrat 374. 375. 385. 389. 400.
Reden, Gräfin 188.
Redwitz, Oskar v. 101.
Reichensperger, August 210. 247. 248. 260. 265. 417. 418. 495. 496.
Rennen, Beigeordneter 294.
Retzow, v., Generalin 10.
Retzow, Marie Charlotte v., s. v. Kleist.
Retzow, Wolf Friedrich v., General 6. 11.
Reumont, Alfred v., Historiker 250.
Richter, Generalarzt 467.
Richter, Eugen 308. 467. 468. 479. 481. 487. 488. 505. 506. 507. 509.
Richthofen, v., Referendar 64.
Riedel, Historiker 42.
Riehl, W. H. 116. 117. 181. 182. 200. 208. 209. 215. 245. 247. 262.
Ritschl, Theologe 13.
Rochow, v., General 191. 198.
Rochow, v., Minister 54. 55.
Rochow, v., auf Plessow, Herrenhausmitglied 227.
Rodbertus 156. 415.
Röder, v., Konsistorialpräsident 390.
Rommel, Geheimrat 482.
Ronge, Prediger 85.
Roon, Albrecht, Graf v., Feldmarschall 194. 209. 284. 285. 334. 335. 338. 339. 342. 354. 357. 358. 382. 387. 390. 391. 392. 394. 399. 403. 404. 406. 415. 416. 425. 428. 438. 442. 443. 444. 449. 465. 466. 474.
Roquette, Predigtamtskandidat 63.
Roquette, Otto, Dichter 68.
Rosen, v., Assessor 301.
Rother, Finanzminister 87.
Rudorff, Jurist 41.
Rübesamen, D., Superintendent 534. 541.

S.

Sacher-Masoch, Polizeipräsident 261.
Sack, Oberpräsident 83.
Sack, Obertribunalpräsident 54. 55.
Salis-Soglio, v., General 95.
Sauer, Frau, geb. Lenz 350.
Savigny, F. K. v., Rechtslehrer 39. 41. 42. 44. 45. 51. 179. 203.
Savigny, K. F. v., Diplomat 147. 384.
Schack, v., General 192. 201. 339.
Schadow, W. v., Maler 280. 281.
Schäffle, Nationalökonom 492.
Schaff, Professor 66.
Scharnhorst 278.
Scharnweber, Agrarpolitiker 129.
Scharnweber, Landrat 129.
Schede, Rechtsanwalt 240.
Schede, Frau, geb. Körte 240. 283. 284.
Schede, Hermann, Wirklicher Ge-

heimer Oberregierungsrat 60. 61. 67. 68. 79. 83. 92. 103. 118. 129. 199. 205. 215. 239. 240. 241. 242. 244. 248. 256. 264. 269. 272. 274. 276. 277. 283. 285. 292. 293. 295. 296. 301. 305. 308. 319. 324. 328. 330. 342. 345. 350. 352. 364. 366. 367. 369. 372. 373. 377. 389. 390. 398. 405. 411. 413. 414. 417. 418. 419. 436. 453. 454. 458. 459. 464. 470. 474. 480. 481. 486. 493. 494. 507. 514. 518. 535. 540.
Scheller, Oberlandesgerichtspräsident 64.
Scherer, Landgerichtspräsident 239. 277.
Scheunemann, Lehrer 20.
Schiller 70.
Schirmer, Maler 280.
Schleiermacher 61. 240.
Schleinitz, Graf v., Minister 334. 335.
Schlieben, Graf v., auf Sanditten 464.
Schmalenbach, Superintendent 455. 456. 457. 459. 460. 471. 534.
Schmeling, v., Oberst 64.
Schmidt, Adolf, Historiker 42.
Schmieder, Theologe 27. 30. 137. 292.
Schmoller, Nationalökonom 524.
Schnaase, Kunsthistoriker 280.
Schneider, Louis, Hofrat 216.
Schnorr von Carolsfeld, Maler 280.
Schorlemer-Alst, Freiherr v., Parlamentarier 490. 494.
Schubert, G. H. v., Naturphilosoph 64.
Schütte, Pastor 284.
Schulenburg, Graf v., Herrenhausmitglied 345.
Schulz, Pastor in Bethanien 185. 186.
Schulze, Johannes, Schulmann 27. 44. 287.
Schulze-Delitzsch 355.
Schurz, Frau, Gastwirtin 284.
Schwarz, Gastwirt 159.
Schwarze, Dr. v., Parlamentarier 496.
Schwerin-Putzar, Graf v., Minister 183. 233. 234. 243. 306. 329. 334. 355. 381. 437. 438.
Selchow, v., Minister 174. 415. 416.
Sell, Professor 251.
Senden, v., Regierungspräsident 107. 180. 192.
Senfft-Pilsach, v., Oberpräsident 34. 56. 59. 68. 76. 78. 118. 230. 231. 234. 235. 239. 242. 250. 298. 339. 359. 536.
Seydewitz, v., Oberpräsident 465.
Shakespeare 383. 438.
Simon, Dr. med., Polzin 70. 82. 101. 103. 104. 106. 321.
Simons, Justizminister 247. 250. 251. 266. 276. 277. 278.
Simson, Eduard 334.
Sohm, Rudolf, Rechtslehrer 412. 436. 535.
Solms, Fürst 202.
Solms-Lich, Fürst 294.
Sombart, Gutsbesitzer 522. 523.
Sommerfeld, v., Referendar 244.
Spankeren, von, Regierungspräsident 199. 218. 238. 239.
Springer, Anton, Kunsthistoriker 261.
Staemmler, Direktor 497.
Stahl, Julius 129. 147. 169. 170. 171. 175. 176. 209. 225. 233. 292. 326. 352. 386. 401.
Steffens, Philosoph 42. 43.
Stein, Freiherr vom 123. 130. 332. 369.
Stein, geheimer Baurat 275. 351. 537.
Stellter, Kreisgerichtsdirektor 455.
Stettin, Gutsbesitzer 151.
Stieber, Polizeidirektor 260. 261.
Stiehl, Schulmann 274.
Stier, Ewald Rudolf, Pietist 13. 27. 57.
Stockhausen, v., Kriegsminister 166.
Stoecker, Adolf 435. 492. 493. 507. 516. 517. 521. 522. 542.
Stolberg, Gräfin, geb. Freiin v. d. Recke 292.
Stolberg, Anton, Graf, Minister 76. 78. 170. 186. 187. 188. 189. 191. 192. 225. 228. 230. 235. 292. 310.
Stolberg, Berta, Gräfin 291.
Stolberg, Botho, Graf 399.
Stolberg, Cajus, Graf 206.
Stolberg, Charlotte, Gräfin, s. Kleist-Retzow.
Stolberg, Eberhard, Graf 170. 186. 196. 233. 289. 333. 368. 396. 400. 408. 425. 448. 453.

Stolberg, Marie, Gräfin, geb. Prinzessin Reuß 186. 510.
Stolberg, Otto, Fürst zu Wernigerode 448. 533.
Stolberg, Udo, Graf, Parlamentarier 527.
Stosch, Albrecht v. 289.
Straube, Pastor 350.
Stroffer, Bürgermeister 358.
Struckmann, Oberbürgermeister 502.
Stumm-Halberg, Freiherr v., Parlamentarier 500.
Stupp, Oberbürgermeister 208. 265.
Sybel, v., Assessor 281.
Sybel, v., Historiker 281.
Sydow, v., Gesandter 95.

T.

Tersteegen, Gerhard 13.
Teske, Arbeiter 143.
Thadden-Trieglaff, Frau v. 93. 94.
Thadden-Trieglaff, Adolf v. 13. 17. 65. 94. 95. 129. 139. 228. 286. 328. 347. 371. 376. 392. 397. 420. 428. 534.
Thadden-Trieglaff, Gerhard v. 94.
Thaer, Landesökonomierat 129.
Thaer, Albrecht 129. 240.
Theremin, Prediger 58.
Thiersch, Professor 95.
Thile, v., General 64. 95.
Thile, v., Staatssekretär 64. 434.
Thöl, Jurist 45.
Tholuck 13. 57. 319.
Thünen, v., Nationalökonom 327.
Tieck, Ludwig 240.
Treitschke, Heinrich v. 323. 359.
Trendelenburg, Philosoph 42.
Twesten, Professor 54. 55.
Twesten, Karl, Parlamentarier 228. 372. 376.

U.

Unruh, v., Abgeordneter 141.
Usedom, Graf, Diplomat 287.

V.

Varnhagen 194. 237.
Viktor Emanuel I., König von Italien 373.
Vilmar, Literaturhistoriker 392.
Vincke, Georg, Freiherr v. 140. 197. 227. 228. 367. 509.
Vincke, Karl, Freiherr v., auf Olbendorf 235.
Virchow, Rudolf 86. 409. 487. 488. 489. 490. 497.
Voltaire 530.
Voß-Buch, Graf 118.

W.

Wackernagel, Ernst, Pfarrer 315. 318. 321.
Wackernagel, Philipp 67. 137. 204. 208. 214. 274. 275. 285. 315.
Wagener, Hermann, Kreuzzeitungsredakteur 62. 63. 66. 67. 118. 120. 121. 124. 125. 126. 147. 159. 160. 173. 214. 215. 230. 238. 306. 309. 310. 311. 312. 313. 351. 352. 373. 384. 387. 395. 399. 415. 440. 443. 444. 454. 460. 461. 462. 482. 512. 536. 540.
Waldaw-Reitzenstein, v., Herrenhausmitglied 407.
Waldbott von Bassenheim, Landtagsmarschall 203. 205. 237.
Waldeck, Benedikt, Parlamentarier 442. 524.
Waldersee, Graf, Feldmarschall 511. 516. 517.
Waldersee, Graf, Kriegsminister 221. 250. 279.
Walter, Pastor 21. 22. 23. 25.
Wangemann, Missionar 133. 362.
Weger, Regierungsrat 135.
Wegscheider, Theologe 21.
Wentzel, Parlamentarier 183.
Werdeck, v., Geheimrat 129. 133.
Werther, Freiherr v., Gesandter 388.
Westphalen, v., Minister 177. 178. 179. 182. 195. 199. 207. 209. 210. 211. 212. 218. 219. 220. 230. 232. 233. 238. 239. 244. 246. 248. 250. 251. 255. 256. 258. 259. 266. 270. 272. 279. 281. 287. 288. 292. 332.
Weyhe, Garteninspektor 290.
Wichern 61. 137. 173. 182. 230. 241. 252. 270. 272. 285. 310. 315.
Widukind, Sachsenherzog 459. 460.
Wied, Fürst zu 294.
Wiese, Schulmann 273. 274. 360. 434.
Wiggers, Julius, Parlamentarier 32.
Wilamowitz, v., Oberpräsident 523.

Wilberforce, William 65. 224.
Wilhelm I. 110. 111. 112. 113, 114. 115. 116. 125. 134. 135. 136. 139. 140. 149. 151. 155. 156. 196. 197. 201. 205. 213. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 224. 230. 231. 234. 235. 236. 237. 239. 240. 247. 248. 250. 251. 253. 254. 256. 257. 259. 261. 269. 281. 282. 283. 285. 286. 287. 288. 290. 295. 296. 298. 299. 300. 306. 307. 308. 309. 324. 325. 330. 333. 334. 335. 336. 339. 341. 342. 343. 348. 349. 350. 352. 353. 354. 355. 363. 365. 371. 379. 380. 381. 382. 383. 385. 387. 391. 392. 393. 399. 400. 405. 406. 407. 408. 412. 413. 414. 415. 421. 422. 426. 430. 432. 434. 438. 439. 440. 442. 443. 445. 446. 448. 449. 466. 469. 470. 477. 478. 479. 480. 485. 492. 497. 506. 510. 517. 526. 539. 543.
Wilhelm II. 479. 491. 510. 511. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 524. 525. 530. 531. 539. 541.
Wilhelmy, Spezialkommissar 264. 265.
Windthorst, Ludwig 418. 486. 489. 509.
Winter, v., Oberbürgermeister 445.
Witzleben, v., Oberpräsident 177. 359. 382.
Wolden, v., Oberstleutnant 107. 108.
Wolff, v., Oberpräsident 439. 440. 501.
Wolff, Julius, Dichter 405.
Wrangel, Graf v., Feldmarschall 98. 116.
Württemberg, Eberhard, Graf v. 110.
Wunderlich, Frau 45.
Wunderlich, Konsistorialpräsident 81. 45. 51. 54. 56. 66. 152. 280. 291.

Z.

Zahn, Schloßprediger 535.
Zahn, Franz Ludwig, Seminardirektor 285. 321.
Zedlitz-Trützschler, Robert, Graf v., Minister 491. 509. 510. 520. 522. 523. 528. 529. 530. 531. 532.
Zedlitz-Trützschler, Gräfin, geb. v. Rohr 530.
Zelter 240.
Ziemer, Gutsbesitzer 110.
Zietelmann, Justizrat, Lehnssyndikus 328.
Ziebelmann, Geh. Regierungsrat 213. 215.
Zieten-Schwerin, Graf v., Politiker 514.
Zschokke, Heinrich 12.
Zwirner, Dombaumeister 284. 294.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

König Friedrich Wilhelm IV

von

Herman von Petersdorff

Geheftet M. 4.50 In Leinenband M. 5.50

Alfred Ritter von Arneth, Aus meinem Leben. 2 Bände. Mit 2 Porträts
Geheftet M. 12.— In Leinenband M. 15.—

Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen. 4 Bände. Mit dem Bildnis König Karls Geheftet M. 32.—
In Leinenband M. 40.—

Friedr. Ferd. Graf von Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen. 2 Bände Geheftet M. 12.—
In Leinenband M. 15.—

Generalfeldmarschall Graf von Blumenthal, Tagebücher aus den Jahren 1866 und 1870/71. Herausgegeben von Albrecht Graf von Blumenthal. Mit zwei Porträts und einem Brief Kaiser Friedrichs in Faksimiledruck Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.50

A. von Boguslawski, Aus der preußischen Hof- und diplomatischen Gesellschaft. I. Aus der preußischen Hofgesellschaft. 1822—1826. II. Ernestine von Wildenbruch. 1805—1858. Mit zwei Porträts Geheftet M. 5.—
In Leinenband M. 6.—

E. von Bojanowski, Louise, Großherzogin von Sachsen-Weimar und ihre Beziehungen zu den Zeitgenossen. Nach größtenteils unveröffentlichten Briefen und Niederschriften. Mit einem Porträt. Zweite Auflage. Mit einer Beigabe: Herders Briefe zur Erziehung des Erbprinzen Karl Friedrich
Geheftet M. 7.50. In Leinenband M. 9.—

Marie von Bunsen, Georg von Bunsen. Ein Charakterbild aus dem Lager der Besiegten gezeichnet von seiner Tochter. Mit einem Bildnis. Buchschmuck von Marie von Bunsen Geheftet M. 6.— In Leinenband M. 7.—

Des Freiherrn Carl Ernst Wilhelm von Canitz und Dallwitz Denkschriften. Aus dem Nachlaß herausgegeben von seinen Kindern. 2 Bände
Geheftet M. 12.— In Leinenband M. 15.—

Anna Caspary, Ludolf Camphausens Leben. Nach seinem schriftlichen Nachlaß dargestellt. Mit Camphausens Bildnis Geheftet M. 8.—
In Leinenband M. 9.—

Theodor Fontane, Wanderungen durch die Mark Brandenburg
Wohlfeile Ausgabe. 4 Bände und ein Ergänzungsband. Geheftet M. 25.—
In Leinenband M. 30.—

Erster Band: Die Grafschaft Ruppin. 10. und 11. Auflage
Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

Zweiter Band: Das Oderland. Barnim-Lebus. 8. Auflage
Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

Dritter Band: Havelland. Die Landschaft um Spandau, Potsdam, Brandenburg. 8. Auflage Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

Vierter Band: Spreeland. Beeskow-Storkow und Barnim-Teltow. 6. Auflage Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

Ergänzungsband: Fünf Schlösser. Altes und Neues aus Mark Brandenburg. 2. Auflage

Inhalt: Quitzöwel. — Plaue a. H. — Hoppenrade. — Liebenberg. — Dreilinden
Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Heinrich Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland. 1859—1866. Sechste Auflage. 2 Bände. Mit neun Karten
Geheftet M. 24.— In Halbfranzband M. 28.—

—„— **Der Krimkrieg und die österreichische Politik** Geheftet M. 4.—
In Leinenband M. 5.—

Bruno Gebhardt, Wilhelm von Humboldt als Staatsmann. 2 Bände
Geheftet M. 20.— In Halbfranzband M. 24.—

J. H. Gefficken, Staat und Kirche in ihrem Verhältnis geschichtlich entwickelt
Geheftet M. 11.—

Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs. Nach seinen Aufzeichnungen herausgegeben von seiner Tochter. 2 Bände
Geheftet M. 22.— In Halbfranzband M. 27.—

Theodor Freiherr von der Goltz, Geschichte der Deutschen Landwirtschaft. Zwei Bände Geheftet M. 19.— In Halbfranzband M. 23.—

Ferdinand Gregorovius, Lucrezia Borgia. Nach Urkunden und Korrespondenzen ihrer eigenen Zeit. Mit einer Tafel und drei Faksimilebeilagen. Vierte Auflage Geheftet M. 6.— In Halbfranzband M. 8.—

Handels- und Machtpolitik. Reden und Aufsätze im Auftrage der „Freien Vereinigung für Flottenvorträge" herausgegeben von **Gustav Schmoller, Max Sering, Adolf Wagner.** 2 Bände. Zweite Auflage

Erster Band. Geheftet M. 1.— Inhalt: Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und die Flottenvorlage. Von G. Schmoller. — Die Entwickelung des wirtschaftlichen und geistigen Horizonts unserer Nation. Von K. Lamprecht. — Die Seefahrt im Leben der Völker. Von R. Ehrenberg. — Weltpolitik und Sozialreform. Von E. Francke. — Deutschland und der Weltmarkt. Von P. Voigt.

Zweiter Band. Geheftet M. 1.20. — Inhalt: Die Handelspolitik der Großstaaten und die Kriegsflotte. Von M. Sering. — Die Flottenverstärkung und unsere Finanzen. Von A. Wagner. — Die Entwickelung und Bedeutung der deutschen Reederei. Von E. v. Halle. — Deutschlands Interessen in China. Von H. Schumacher.

Der Reinertrag ist für den „Deutschen Flottenverein" bestimmt.

Reinhold Koser, Friedrich der Große als Kronprinz. Zweite Auflage
Geheftet M. 4.— In Halbfranzband M. 5.50

—„— **König Friedrich der Große.** Zwei Bände mit 1 Karte und 14 Kartenskizzen. Dritte Auflage Geheftet M. 24.— In Halbfranzband M. 28.—

Theodor Lindner, Geschichtsphilosophie. Das Wesen der geschichtlichen Entwickelung. Einleitung zu einer Weltgeschichte seit der Völkerwanderung. Zweite Auflage Geheftet M. 4.50 In Halbfranzband M. 6.—

—„— **Weltgeschichte seit der Völkerwanderung.** In 9 Bänden.
Preis jedes Bandes: Geheftet M. 5.50. In Leinenband M. 7.—
In Halbfranzband M. 7.50

Bis Februar 1907 erschienen:

Erster Band: Der Ursprung der byzantinischen, islamischen, abendländisch-christlichen, chinesischen und indischen Kultur.

Zweiter Band: Niedergang der islamischen und der byzantinischen Kultur. Bildung der europäischen Staaten.

Dritter Band: Vom dreizehnten Jahrhundert bis zum Ende der Konzile. Die abendländisch-christliche Kultur. Anfänge einer neuen Zeit.

Vierter Band: Der Stillstand des Orients und das Aufsteigen Europas. Die deutsche Reformation.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Theodor Lindner, Geschichte des deutschen Volkes. 2 Bände
Geheftet M. 10.— In 1 Halbfranzband M. 12.—

Erich Marcks, Deutschland und England in den großen europäischen Krisen seit der Reformation. Zweite Auflage Geheftet M. 1.—

Fr. Meinecke, Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen. Mit Porträt Boyens. 2 Bände Geheftet M. 20.—
In Leinenband M. 22.—

Annie Mittelstaedt, Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland Geheftet M. 3.60 In Leinenband M. 4.60

Albert Pfister, Die Amerikanische Revolution 1775—1783. Entwicklungsgeschichte der Grundlagen zum Freistaat wie zum Weltreich. 2 Bände. Mit 2 Karten Geheftet M. 12.— In Leinenband M. 14.—

Hans Prutz, Preußische Geschichte. 4 Bände Geheftet M. 32.—
In Halbfranzband M. 40.—

Leopold von Ranke, Französische Geschichte, vornehmlich im 16. und 17. Jahrhundert. 6 Bände. Dritte Auflage Geheftet M. 20.—
In Halbfranzband M. 32.—

Eleonore Fürstin Reuß, Friederike Gräfin von Reden, geb. Freiin Riedesel zu Eisenbach. Ein Lebensbild nach Briefen und Tagebüchern
Zweite Auflage Geheftet M. 7.— In Leinenband M. 8.—

W. H. Riehl, Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Sozialpolitik. 4 Bände Geheftet M. 20.— In Leinenband M. 24.—

Hieraus einzeln:

Band I: **Land und Leute.** 10. Auflage Geheftet M. 5.—
In Leinenband M. 6.—

Band 2: **Die bürgerliche Gesellschaft.** 9. Auflage Geheftet M. 5.—
In Leinenband M. 6.—

Band 3: **Die Familie.** 12. Auflage Geheftet M. 5.—
In Leinenband M. 6.—

Band 4: **Wanderbuch** als zweiter Teil zu „Land und Leute".
4. Auflage Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

Albert von Ruville, William Pitt, Graf von Chatham. 3 Bände. Mit einem Porträt und fünf Kartenskizzen Geheftet M. 24.—
In Halbfranzband M. 29.—

Alfred Stern, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871. Erste Abteilung: 1815—1830. 3 Bände
Geheftet M. 26.— In Halbfranzband M. 32.—
Zweite Abteilung: 1830—1848. Erster Band Geheftet M. 12.—
In Halbfranzband M. 14.—

Heinrich von Sybel, Geschichte der Revolutionszeit 1789—1800. Wohlfeile Ausgabe. 10 Bände Geheftet M. 24.— In Leinenband M. 30.—

Karl Friedrich Graf Vitzthum von Eckstädt, Berlin und Wien in den Jahren 1845—1852. Politische Privatbriefe. Zweite Auflage
Geheftet M. 5.— In Leinenband M. 6.—

W. Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts. Erster Band. Siebente von Ernst Dümmler umgearbeitete Auflage. Mit einem Porträt Geheftet M. 11.—
In Leinenband M. 12.50

Eduard Wertheimer, Der Herzog von Reichstadt. Ein Lebensbild. Nach neuen Quellen. Mit sechs Lichtdrucken und einer Briefbeilage in Faksimiledruck Geheftet M. 9.— In Leinenband M. 10.—

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger
Stuttgart und Berlin

Fürst Bismarck

Gedanken und Erinnerungen
Liebhaber-Ausgabe auf getöntem Velinpapier in zwei Hlbfrzbdn. M. 30.—
Großoktav-Ausgabe in zwei eleganten Leinenbänden M. 20.—
Volks-Ausgabe (Klein-Oktav) in zwei einfachen Leinenbänden M. 5.—

Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen
Band I: **Kaiser Wilhelm I und Bismarck.** Mit Bildnis des Kaisers und 22 Briefbeilagen in Faksimiledruck
Band II: **Aus Bismarcks Briefwechsel**
Liebhaber-Ausgabe auf getöntem Velinpapier in zwei Hlbfrzbdn. M. 30.—
Großoktav-Ausgabe in zwei eleganten Leinenbänden M. 20.—
Die beiden Bände des Anhangs sind auch einzeln zu M. 15.— bezw. M. 10.— zu haben.

Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin. Herausgegeben vom Fürsten **Herbert Bismarck.** Mit Titelbild der Fürstin nach Franz von Lenbach und zehn weiteren Porträtbeilagen. Zweite vermehrte Auflage Geheftet M. 6.— In Leinenband M. 8.—

Hieraus einzeln:
Fürst Bismarcks Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71. Mit Titelbild u. einem Brief-Faksimile. Geh. M. 2.— In Leinenband M. 2.80

Bismarcks Briefe an den General Leopold von Gerlach. Mit Genehmigung Sr. Durchlaucht des Fürsten von Bismarck neu herausgegeben von **Horst Kohl** Geheftet M. 6.— In Halbfranzband M. 8.—

Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister Freiherrn von Schleinitz 1858 bis 1861 Geheftet M. 3.— In Leinenband M. 4.—

Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesamt-Ausgabe, besorgt von **Horst Kohl.** 14 Bände
Geheftet M. 108.50 In Halbfranzband M. 136.—

Bismarckreden 1847—1895. Herausgegeben von **Horst Kohl.** Auswahl in 1 Bande. Dritte Auflage Geh. M. 5.— In Halbfranzband M. 6.75

Bismarck-Jahrbuch. Herausgegeben von **Horst Kohl.** 6 Bände
Erster Band . . . . Geheftet M. 10.— In Halbfranzband M. 12.—
Zweiter Band . . . Geheftet M. 12.— In Halbfranzband M. 14.—
Dritter Band . . . Geheftet M. 10.— In Halbfranzband M. 12.—
Vierter bis sechster Band Geh. je M. 8.— In Halbfranzband je M. 10.—

Fürst Bismarck. Sein politisches Leben und Wirken urkundlich in Tatsachen und des Fürsten eigenen Kundgebungen dargestellt von **Ludwig Hahn.** Vollständig pragmatisch geordnete Sammlung der Reden, Depeschen, wichtigen Staatsschriften und politischen Briefe des Fürsten. 5 Bände
Geheftet M. 55.— In Leinenband M. 62.50

Erinnerungen an Bismarck. Von **Dr. Freiherrn von Mittnacht,** Kgl. Württemb. Staatsminister und Ministerpräsident a. D. Sechste Auflage
Geheftet M. 1.50 In Leinenband M. 2.—

Dasselbe. Neue Folge. Fünfte Auflage. Geh. M. 1.50 In Leinenband M. 2.—

Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen
Von **Horst Kohl** Geheftet M. 4.— In Leinenband M. 5.—

Aus Bismarcks Familienbriefen. Auswahl für die Jugend zusammengestellt und erläutert von **H. Stelling** (Sammlung Cotta'scher Schulausgaben) In Leinenband M. 1.—

DD 205 .K5 .P4 C.1
Kleist-Retzow.
Stanford University Libraries
3 6105 036 984 933

205
.K5.P4

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305